

EINLEITUNG

Die Entwicklung des Kaisertumes Österreich

Österreich ist die östliche Fortsetzung von Bayern. Der Donaustrom, der zwischen Linz und Melk beim Einfluß des Ybbs das kaum zwei Meilen breite Tor zwischen den deutschen Mittelgebirgen und den Alpen durchfließt, ist das Lebensband, das die beiden Hochebenen westlich und östlich vom Böhmerwald und bayrischen Wald verbindet. Österreich ist die Brücke zwischen Deutschland und dem Morgenlande. Die West-Ostrichtung des Gebietes wird vom Donaustrom herrisch betont. Fächerartig verzweigen sich nach Norden und Süden die Verbindungslinien in das norddeutsche Tiefland und in die Poebene. Die Flußtäler der Oder, Neiße, Bober, Elbe, Mulde, Elster, Eger stellen zahlreiche Kanäle aus dem böhmisch-mährischen Hochland in die norddeutsche Tiefebene dar, wie andererseits die Flußtäler der östlichen Alpen, vor allem das Tal der Drau, der Save und des Isonzo die Verbindung mit der Poebene ermöglichen.

Das Gebiet des Kaisertums Österreich, das geographisch und historisch-politisch eine Dreiteilung aufweist: das Kernstück Österreich zu beiden Seiten des Donaustromes, ein nördlicher Flügel im böhmisch-mährisch-schlesischen Gebirgsviereck und ein südlicher Flügel im östlichen Alpenlande, Steiermark, Kärnten, Tirol und Krain umsäumend, - dieses Kaisertum Österreich ist seit den Tagen der Völkerwanderung ein wahrhaft brodelnder Hexenkessel von Völkerbewegung gewesen. Die Nord-Südzüge der wandernden Germanen wurden von den Ost-Westzügen der Slawen, Hunnen, Awaren und Magyaren abgelöst, den von Weiten kommenden Kreuzfahrerscharen im 11. bis 13. Jahrhundert folgten die von Osten her sich entwickelnden Einfälle der Mongolen und Türken vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. - Schon früh fingen die Verwirrungen an. Die ersten nachweisbaren Bewohner der Gebiete zwischen Jablunkagebirge, Erzgebirge und Adria waren die Kelten. Durch die Kelten im heutigen Süddeutschland standen sie mit den gallischen Kelten in unmittelbarer Verbindung.

5

Deutsche unter Fremdherrschaft 6

Im letzten Jahrhundert vor Christi Geburt noch waren die Donauländer ein geschlossenes, in westöstlicher Richtung verlaufendes Siedlungsgebiet der Kelten. Im österreichischen Schlesien, wo man die älteste menschliche Siedlung in Kreuzendorf bei Troppau gefunden zu haben glaubt, lebten neben den keltischen Bojern die sagenhaften Volksstämme der Codieren, Ombronen und Tektosagen. In dieses keltische Siedlungsgebiet, das schon im 5. Jahrhundert vor der Geburt Christi bestanden hat, und von dem aus bereits im dritten vorchristlichen Jahrhundert Ausstrahlungen in Form von Wanderungen bis nach Kleinasien (Galiläa, Gallipolis, Galater!) erfolgten, brachen um 115 vor Christi Geburt die Kimbern ein. Dieser germanische Volksstamm war aus der jütischen Halbinsel aufgebrochen, hatte sich nach Osten gewandt und war dann, dem Laufe der Oder folgend, in das Gebiet der Bojer eingebrochen, etwa in der Gegend von Teschen. Nach einer mörderischen Schlacht bei Noreja setzten die Kimbern ihre Wanderung fort, streiften donauaufwärts, gelangten nach Gallien und von da nach Italien. Die eigentliche Verdrängung der Kelten durch die von Norden über die Gebirgspässe hereinbrechenden Germanen erfolgte um die Zeit von Christi Geburt. Bereits um 60 vor Christi Geburt mußten die keltischen Bojer nach langen Kämpfen den siegreichen suebischen Markomannen weichen. Diese siedelten sich zunächst am Rande der Gebirge an in dem Lande, das sie nach seinen ehemaligen Bewohnern Bojer - Heim, Böhmen, nannten (Tacitus spricht im 28. Kapitel seiner „Germania“ von Boihaemum). Erst Marbod, der ums Jahr 8 vor Christi Geburt aus der Gegend südlich vom Main nach

Böhmen kam, bewirkte, daß sowohl Böhmen wie Mähren systematisch und zusammenhängend von Germanen besiedelt wurden. Allerdings unterlag dieser Markomannenfürst zwanzig Jahre später in einer Schlacht, wohl bei Leipzig, dem Cheruskerfürsten Arminius. Viele heute noch in Böhmen und Mähren gebrauchte Fluß- und Ortsnamen sind germanischer Herkunft.

6

Einleitung: Frühgeschichte Österreichs 7

Die Bezeichnung Mährens wird vom Flusse March abgeleitet, dessen älteste Namensform Mar-ahwa, soviel wie Sumpfwasser lautet. Die Marhari also waren die Marchanwohner, wie die Bojuvari die Leute in Böhmen waren. –

Die Oderstraße und die Elbestraße waren in den kommenden Jahrhunderten zwei Hauptstraßen der germanischen Einwanderer. Da kamen zunächst die Quaden in das mährisch-schlesische Gebiet, ihnen folgten die vandalischen Lugier und die Heruler. Ums Jahr 100 nach Christi war das ganze Land nördlich der Donau von Germanen bevölkert. Die Kelten waren auf das südliche Ufer zurückgedrängt. Hier an der Donau prallten nun die germanischen Völkerschaften mit den römischen Heeren zusammen, und zwei Jahrhunderte lang wurde von den Römern um die Erhaltung der Donaugrenze gerungen. Mark Aurel führte von 166 bis 180 langwierige Kriege gegen die Markomannen. Er starb auf einem solchen Feldzug 180 in Wien.

Die Germanen brachen jetzt auch in die römischen Provinzen ein; den Herulern gelingt es, im Jahre 267 bis nach Athen zu kommen, und ein Jahrhundert später besiegen die Westgoten das Heer des Kaisers Valens bei Adrianopel, der Kaiser selbst fällt in der Schlacht.

Während sich so die germanischen Völkerschaften am mittleren Lauf der Donau hin- und herschieben wie gewaltige Eisschollen auf einem Flusse zur Frühlingszeit, stößt von Osten, aus den Steppen Asiens hervor, ein mongolisches Volk gegen diesen brodelnden Völkerkessel vor: die Hunnen. Sie brechen von der Wolga her vor, bahnen sich unter schrecklichen Kriegsgreueln einen Weg in die römische Provinz Pannonien, die etwa von der Leitha im Westen, von der Save im Süden, von der Donau im Osten und Norden begrenzt wird. Die Ostgoten und Gepiden müssen sich der hunnischen Herrschaft fügen, allmählich entsteht ein gewaltiges Reich, und der Herr dieses Reiches, Attila, bricht, verbündet mit den germanischen Völkerschaften an der Donau, Elbe und Saale, um die Mitte des 5. Jahrhunderts nach Gallien auf. Auf den katalanischen Feldern bei Troyes ereilt ihn sein Schicksal, er zieht nach Italien, stirbt 453.

7

Deutsche unter Fremdherrschaft 8

Sein mächtiges Reich zerfällt, und den Ostgoten und Gepiden gelingt es, die Hunnen in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts bis ans Schwarze Meer zurückzudrängen. Südlich der Donau lagen die drei römischen Provinzen Pannonien, westlich anschließend Noricum, das Gebiet Kärntens und der Steiermark von den Karawanken bis zur Donau umfassend, und Rätien, welches das Gebiet von Tirol, Vorarlberg und Algäu bis an die Donau im Norden reichend einnahm. Diese drei Provinzen wurden im 5. Jahrhundert eine Beute der Germanen.

Ursprünglich wohnten veneto-illyrische Völkerschaften in Rätien und Noricum. Im Noricum wurden diese Urbewohner im Jahre 225 vor Christi Geburt von den gallischen Tauriskern überrannt, 112 Jahre später durchzogen die germanischen Kimbern das Land und trafen bei Noreja mit den Römern zusammen. In den Felsentälern und auf den Schuttkegeln der rätischen Alpen aber erhielten sich nördlich und südlich vom Brenner die veneto-illyrischen Ureinwohner und vermischten sich mit Etruskern und Liguren. Im Jahre 15 vor Christi Geburt wurde dieses Land römisch, wobei aber nur

das Etschtal bis zur Passermündung und das Eisaktal bis Klauten zu Italien gerechnet wurden. Die Grenze Italiens bildete nicht der Alpenkamm. Das übrige aber, das sich nördlich vom Avisiofluß und der Adda zum Fuße der Alpen bis an den Bodenfee und Inn hinzog, wurde zur Provinz Rätien zusammengefaßt. Um die gleiche Zeit wie Rätien unter Kaiser Augustus wurde auch Noricum römische Provinz (15 v. Chr.). Straßen und Kanäle wurden gebaut, Provinzstädte entstanden: Solva, Cilli, Pettau.

Im Jahre 473 wurde Noricum von den Ostgoten, welche jetzt das von den Hunnen befreite Pannonien verließen, durchzogen, die Alanen folgten. Von 493 bis 526 gehörte Noricum, also Kärnten und Steiermark wie auch Krain und das Karstland zum ostgotischen Reiche Theoderichs des Großen, dann hatte der Frankenkönig Theodebert 534-547 die Herrschaft über das Land.

Inzwischen ereigneten sich neue Völkerverschiebungen nördlich der Donau.

8

Einleitung: Slaweneinfall 9

Die Markomannen verließen um 500 Böhmen und wanderten als Bajuvari nach Bayern, während gleichzeitig von Mähren und Schlesien her die Langobarden nach Süden vorstießen. Sie schoben sich, mit den Herulern zusammen, in den westlichen Teil der Provinz Pannonien, in das Gebiet der Leitha, welches späterhin zu Westungarn gehörte.

Da wehte ein neuer Sturm von Osten in das aufgewühlte Donauland: von Osten, aus Rußland, jagten die Awaren heran, ein wildes und grausames Mongolenvolk, das gewaltige Scharen von Slawen vor sich hertrieb. Die Langobarden verließen Pannonien, zogen durch Steiermark und Kärnten und fielen in Oberitalien ein, wo sie ein Reich gründeten. Die slawischen Völkerschaften fluteten in die zum Teil leer gewordenen Gebiete Mährens, Böhmens, des Burgenlandes, Steiermarks, Kärntens, Krains. Eine ungeheure slawische Überschwemmung ging über das ganze Land, in dem sich, nicht mehr zusammenhängend, sondern inselweise, besonders an den Randgebieten der Gebirge, noch starke germanische Wohngebiete befanden.

Diese slawische Invasion machte zum ersten Male in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts aus den von so verschiedenartigem Geschick betroffenen Gebieten eine Schicksalsgemeinschaft. Aber diese Slawen waren nicht frei, sondern sie standen unter der Herrschaft der Awaren, die in den Karpathenländern ihren Mittelpunkt hatte. Diese Awaren bedrückten in der gleichen Weise die germanisch-slawische Mischbevölkerung Böhmens und Mährens wie diejenige von Steiermark, Kärnten, Krain. Zwar gelang es einem fränkischen Kaufmann Samo um 625, die germanisch-slawischen Sudetenländer von der awarischen Herrschaft zu befreien und nördlich der Donau ein mächtiges Reich zu schaffen, das selbst noch Schlesien in sich schloß; doch nach seinem Tode zerfiel dieses Machtgebilde wieder, und die Slawen wurden wieder den Awaren untertan. Den Slawen südlich der Donau gelang es jedoch, das awarische Joch abzuschütteln.

Besonders in Kärnten und Krain begannen schon im 7. Jahrhundert die Kämpfe der Slawen und Awaren gegen die von Norden andringenden Bayern.

9

Deutsche unter Fremdherrschaft 10

Allmählich stellten die Slawen fest, daß sie sich unter bayrischer Herrschaft besser befänden als unter awarischer. So kam es, daß um 750, als auch die von 626 bis 738 dauernde Langobardenherrschaft über Südwestkärnten ihr Ende erreicht hatte, der Kärntner Fürst Borut die Bayern gegen die Awaren zu Hilfe rief. Herzog Odilo von Bayern (†748) und nach ihm Tassilo III. befreiten Karantanien - dieser Name war jetzt an die Stelle des alten Noricum getreten - endgültig von der Awarenherrschaft, behielten das Land aber unter bayrischer Oberhoheit. -

Zu derselben Zeit etwa, seit dem 6. Jahrhundert, schoben sich die Bayern in das Land Tirol, in das Gebiet der Rätoromanen vor. Bis südlich von Bozen und den Vinschgau und im Osten bis zum Toblacher Feld reichte der bayrische Einfluß. Rätien, das bis jetzt nach Westen, zum Rheintal hin politisch orientiert war, erhielt von nun an die Richtung nach Norden. 680 führt Paulus Diakonus einen bayrischen Grafen von Bozen an, 720 steht der Vinschgau unter bayrischer Herrschaft. Im achten Jahrhundert drangen von Süden her auch die Langobarden in das Bergland ein, sie kamen nicht als bäuerliche Siedler, sondern als große Grundherren. In der fruchtbaren und üppigen Poebene hatten sie große Reichtümer gesammelt.

Man sieht, daß im achten Jahrhundert die Gebiete nördlich der Donau, das alte Noricum und Rätien eine untereinander ganz verschiedene Entwicklung hatten, deren dennoch einheitlich bestimmendes Merkmal der vorherrschende Einfluß der deutschen Bayern war. Eine einheitliche politische Linie kam, wenn auch nur vorübergehend, in diese Entwicklung, als Karl der Große 791 einen Heerzug gegen die Awaren unternahm. Diese wilden Horden brachen von Zeit zu Zeit aus Pannonien hervor und plagten das Donauland bis nach Bayern hin mit ihren Raub- und Plünderungszügen. Hiergegen zog der Frankenkönig Karl zu Felde.

Den Kriegszug Karls gegen die heidnischen Awaren könnte man als den ersten Kreuzzug bezeichnen, der sich, der Donau folgend, nach Osten bewegte. Der Feldzug begann mit Litaneien und Psalmen, und Priester begleiteten die Kriegsscharen. Es war der erste große deutsche Zug von Westen her in ein Land, dessen Schicksal bisher fast ein Jahrtausend lang nur von Osten und Norden bestimmt worden war.

10

Einleitung: Karls des Großen Sieg über die Awaren 11

Alle deutschen Stämme, die Franken und Bayern, die Sachsen und Thüringer, waren beteiligt. Der König gelangte bis nach Pannonien hinein, er berührte das Ufer der Raab, eroberte und zerstörte die Königsburg, den „Ring“. Innere Wirren führten zum völligen Sturz des Awarereiches.

Der Erfolg des Kampfes war, daß die Awaren auf die Oberherrschaft über alle Gebiete westlich von Pannonien verzichteten und daß Karl der Große nun all diese Länder von Mähren, Schlesien, Böhmen und Steiermark zur awarischen Mark zusammenfaßte. Kärnten blieb mit Bayern vereinigt, und südlich davon wurde die Mark Friaul errichtet. Auf dem Reichstag zu Regensburg 803 wurde diese Neuordnung festgelegt.

Das Wichtigste aber war, daß nun deutsche Ansiedler ins Land kamen, Bayern und Franken, und an der Donau und in den von Slawen bewohnten Ländern ihre Dörfer gründeten. An den Hängen des bayrisch-böhmischen Gebirges entstanden die neuen deutschen Dörfer, in breiter Front von Westen her gegen das slawische Massiv in Böhmen sich vorschiebend. In dieses selbst drangen die Deutschen vor. Die Mönche und Priester der Klöster Salzburg, Passau, Freising und Regensburg bekehrten die heidnischen Slawen zum Christentum, bahnten deutscher Kultur den Weg in die Wildnis. Bis in die fernsten Gegenden Mährens erstreckte sich der Einfluß der Diözese Passau. Das Erzbistum Salzburg, die Bistümer Freising, Brixen und Bamberg erwarben in Kärnten reichen Grundbesitz. Schon Bischof Virgil von Salzburg (747 bis 784) hatte in Maria-Saal und St. Peter Holzkirchen erbauen lassen. Auch deutsche Adelsgeschlechter fanden ihren Weg nach Osten. In Steiermark und Kärnten wetteiferten sie mit den Klöstern und Bistümern in der Erwerbung gewaltiger Ländereien, in Kärnten wurden um 828 die slawischen Stammesfürsten nach wiederholten Empörungen durch bayrisch-fränkische Grafen ersetzt. Die reich begüterten Kirchen und Adligen riefen deutsche Bauern ins Land.

Ja sogar im westlichen Pannonien selbst, östlich der Leitha führte der Strom der deutschen Kolonisten zu einer ausgebreiteten deutschen Besiedlung.

11

Auch hier taten Klöster und Bistümer ihr möglichstes, deutsche Bauern seßhaft zu machen. Auf den Trümmern alter Römerstädte erwachte neues deutsches Leben: in Odenburg und Altenburg, in Steinamanger und Pinkafeld, in Neusiedel und Frauenkirchen. Bis zum Plattenfeld reichten die deutschen Siedlungen. In der Salzburger Konskription von 860 sind deutsche Besitzungen bis nach Stuhlweißenburg und in die Gegend von Budapest angeführt.

Auch in Tirol und besonders im Süden des Berglandes setzte im 8. Jahrhundert eine großzügige deutsche Kolonisation ein, deren Träger die Klöster waren. Infolge dieser engen Verbindung Tirols mit Bayern wurde das Bistum Säben, welches bisher zum Patriarchat Aquileja gehörte, 798 dem Erzstift Salzburg unterstellt und so in die fränkische Reichskirche eingegliedert.

Die Zeit Karls des Großen brachte also nach dem slawisch-awarischen Zwischenspiel den Anfang einer ersten großzügigen von Westen her erfolgenden deutschen Besiedelung und Kultivierung der slawisch-awarischen Ostmark, zu welcher Böhmen und Mähren, Österreich und Steiermark gehörten, sowie der angrenzenden Gebiete Kärntens, Krains und Tirols.

Allerdings hatte die karolingische Neuordnung noch keinen dauernden Bestand. Um 850 fielen die slawischen Fürsten Mährens vom fränkischen Reiche ab, und der Fürst Swatopluk gründete ein großmährisches Reich, zu dem auch Schlesien, große Teile Böhmens und Nordungarns fielen. Das Slawentum erhob sich gegen die Deutschen.

Da kam der dritte mongolische Sturm aus Osten: 896 drang Fürst Arpad mit den Magyaren in das Karpathenbecken ein, und das neue Volk, das von den Deutschen Ungarn, d. h. die Leute am Flusse Ung, genannt wurde, strebte weiter nach Westen. Die Ungarn brachten das großmährische Reich in ihre Gewalt, und dann unternahmen sie gewaltige Raub- und Plünderungszüge bis weit nach Bayern hinein und nach Norddeutschland bis in das Gebiet der Saale und Unstrut, ja bis in die Gegend der Werra (bei Eisenach) stießen sie vor auf der uralten Heerstraße, welche unstrutaufrwärts über Rittsburg und Sachsenburg durch das Tor zwischen Hainich und Hörselbergen nach der Werra hinführt.

12

Das ganze deutsche Werk des 9. Jahrhunderts wurde im Osten erschüttert. Die deutschen Siedlungen östlich der Leitha wurden dem Reiche der Ungarn einverleibt, aber ihr Volkstum wurde nicht vernichtet, es blieb weiter bestehen.

Erst dem König Otto I., dem Großen, gelang es, die Ungarn auf dem Lechfelde derart zu besiegen, daß sie keine Lust zu weiteren Raubzügen hatten. Unter den Nachfolgern Ottos I. setzte endlich eine dauerhafte Konsolidierung der deutschen Ostmark ein.

Das Herzogtum Bayern war unter Otto dem Großen ein mächtiger Staat geworden. Er umfaßte außer Bayern auch die Ostmark und das Herzogtum Kärnten, wozu Steiermark, Kärnten, Istrien, Friaul und die Mark Verona gehörten.

Wegen der Unbotmäßigkeit des Herzogs Heinrich II., des Zänkers, löst Kaiser Otto II. 976 Kärnten, Steiermark, Krain, Friaul und Verona von Bayern und macht ein selbständiges Herzogtum Kärnten aus ihnen, das bis 1335 bestand, damals bekamen es die Habsburger.

Auch die Ostmark, Ostar-richi, wurde 976 von Bayern getrennt und an den Babenberger Luitpold I. gegeben. Das Gebiet reichte ursprünglich von der Enns und Großen Rodel bis St. Pölten an der Treisen und bis Spitz in der Wachau. Wien lag nur noch zehn Meilen östlich der Grenze. Die Residenz war Melk. Aber Luitpold drang tatkräftig nach Osten vor und kam bis an den Wiener Wald, so daß er schließlich ein Gebiet von 14 000 Quadratkilometern beherrschte. Heinrich I. (994-1055), der Nachfolger Luitpolds, brachte das Gebiet zwischen Liesing und

Triesting, 1000 Quadratkilometer, hinzu. Adalbert I., 1018-1055, konnte bereits die Leitha und March zur Grenze seines Landes machen: Österreich war nun 18 500 Quadratkilometer groß.

Leopold IV. (1136-1141) erhielt von seinem Halbbruder Kaiser Konrad III. nach der Ächtung des Welfen Heinrichs des Stolzen das Herzogtum Bayern, das nach dem Tode Leopolds auf seinen Bruder Heinrich Jasomirgott überging.

13

Deutsche unter Fremdherrschaft 14

Nachdem sich die Welfen mit den Hohenstaufen ausgesöhnt hatten, gab Friedrich I. Barbarossa 1156 Bayern an Heinrich den Löwen zurück, erhob aber Österreich zum Herzogtum und vergrößerte es um drei Grafschaften zwischen Traun und Passauerwald. Heinrich Jasomirgott machte jetzt Wien zum Sitz des Herzogtums, wo er 1177 starb. Leopold V. (1177-1194) erbt 1192 die Steiermark, die 23 000 Quadratkilometer groß war, während Leopold VI. (1194-1230) verschiedene kleinere Grafschaften, der Grafen Klamm im Marchland, der Grafen von Peilstein südlich von Melk, ferner die Herrschaften Raabs, Stadt Linz, Besitzungen um Lambach, Portenau in Friaul, die Herrschaft Mödling und ansehnliche Güter des Freisingischen Besitzes seinem Herzogtum hinzufügte. Friedrich der Streitbare (1230 bis 1240) vermehrte die Besitzungen in Krain, fiel aber am 15. Juni 1246 an der Leitha im Kampfe gegen die Ungarn. Mit ihm starb das Geschlecht der Babenberger aus. Die Babenberger hinterließen ein etwa 55 000 Quadratkilometer großes Herzogtum.

Die Babenberger haben sich große Verdienste um die Verdeutschung und kulturelle Hebung Österreichs erworben. Ihr Hof in Wien war ein bedeutendes deutsches Kulturzentrum. Die bayrischen Klöster Eichstädt, Tegernsee, Nieder-Altaich, weniger Bamberg, sandten ihre Bauern in die Lande der Donau; es waren bayrische, fränkische, schwäbische, hessische, sächsische Siedler. Bayrische Adlige kamen und erwarben Grundbesitz. Diese sogenannte zweite Besiedlung, die von den Babenbergern zusammen mit den Klöstern durchgeführt wurde, beseitigte allmählich die Reste des Slawentums aus dem Gebiete des Herzogtums Österreich.

Die deutschen Kaufleute machten die Städte, vor allem Wien und Krems, zu blühenden Mittelpunkten des Handels. In Steiermark kamen Eisenbergwerke und Salinen in Aufschwung. Die Kreuzzüge trugen viel zur Hebung von Handel und Wandel bei. Die Straße nach dem Orient, donauabwärts, welche die Kreuzfahrer benutzten, wurde jetzt eine vielbenutzte Handelsstraße. Stoffe und Gewürze wurden auf ihr aus dem Morgenlande nach Wien gebracht, und von Venedig führte ebenfalls eine Handelsstraße nach Wien.

14

Einleitung: Kärnten und Tirol 15

Die Kultur des Abendlandes und der Reichtum des Morgenlandes strömten in der Residenz der Babenberger zusammen. Das Herzogtum Österreich war ein reiches, glückliches, deutsches Land geworden. –

Nicht so glücklich war Kärnten. Zwar tat hier das Bistum Bamberg viel für die Verdeutschung des Landes. Kaiser Heinrich II, hatte seiner Lieblingsstiftung das ganze Gebiet von Villach bis Pontafel, welches die Übergänge über Drau und Gail und das Kanaltal in sich schloß, gegeben. Aber eine starke herzogliche Gewalt konnte sich nicht entwickeln. Die Eppensteiner regierten von 1077-1122, ihnen folgten die rheinfränkischen Spanheimer von 1122-1160.

Ebenso wie in Kärnten wollten die deutschen Könige auch die Alpenübergänge in Tirol nicht in die Hand einer starken, zentralisierten weltlichen Herrschaft gelangen lassen. Die zahlreichen Grafschaften im Inn- und Eisaktal, im Pustertal, im Vinschgau und um Bozen wurden von den Königen den Bischöfen von Trient und Brixen verliehen. Geistliche Fürsten schienen ihnen zuverlässiger und abhängiger

im Besitz der wichtigen Pässe und Straßen als weltliche Herren. Die Bischöfe aber gaben die Grafschaften weiter zu Lehen, und so konnte im 12. Jahrhundert die Familie der Grafen von Tirol den Vinschgau und die Grafschaft Bozen in ihrer Hand vereinigen, 1248 gelang es dem Grafen Albrecht III. von Tirol, auch die brixnerischen Grafschaften in den Tälern des Inn, der oberen Eisak und der Puster zu erwerben. So ward das Jahr 1248 das Geburtsjahr des Landes Tirol, das, mit gelegentlichen, aber nur geringfügigen Änderungen bis 1919 bestand. Eine andere Entwicklung vollzog sich in Böhmen und Mähren. Nach dem Zusammenbruche des großmährischen Reiches zerfielen Böhmen, Mähren und Schlesien in zahlreiche kleinere Fürstentümer, aus deren Mitte sich in Böhmen während des 10. Jahrhunderts die Przemysliden erhoben. Es war ein slawisches Herrschergeschlecht, das den Deutschen freundlich gesinnt war, und die Entwicklung Böhmens bis ins 13. Jahrhundert zeigt manche Verwandtschaft mit derjenigen in Polen.

15

Deutsche unter Fremdherrschaft 16

Die Przemysliden hatten ihren ungestörten Aufstieg zum großen Teile ihrer Freundschaft mit der deutschen Reichsgewalt zu danken. Kaiser Heinrich II. erhob den Herzog von Böhmen zum Reichsfürsten, Heinrich IV. verlieh 1086 dem Herzog Wratislaw II. die Königswürde. Friedrich I. wiederholte dies, indem er 1158 dem Herzog Wlatislaus II. die Königswürde verlieh. Ottokar I. erhielt 1198 die erbliche Königswürde.

Fast ein Jahrhundert lang kämpften Böhmen und Polen um den Besitz Schlesiens. Doch zu Beginn des 13. Jahrhunderts errangen die schlesischen Fürsten, die sich unter Polens König beugen mußten, eine sehr weitgehende Selbständigkeit.

König Ottokar II. von Böhmen war ein ganz besonderer Freund der Deutschen. Er rief deutsche Mönche und deutsche Bauern ins Land, deutsche Adlige und deutsche Kaufleute kamen und verstärkten die geschlossenen deutschen Volksbestandteile, die nun wie ein breiter von der oberen Weichsel über die obere Oder und die Elbe bis zur oberen Moldau sich hinziehender Gürtel die in der Mitte sitzenden tschechischen Slawen umgaben. Die deutschen Siedler, die das Land urbar machten, durften ihr eigenes deutsches Recht bewahren, erhielten Steuerfreiheit und viele andere Vorrechte. Eger, Reichenberg, Aussig, Iglau, Freudenthal, Lundenburg, Mährisch-Neustadt, Zuckmantel u. a. mehr sind deutsche Handelsstädte. König Ottokar fördert sie mit allen Kräften, besonders nach dem verheerenden Mongoleneinfall von 1241. Bis Krakau drang das deutsche Element vor. Bis 1312 waren hier die Kaufmannschaft und der größte Teil der Zünfte deutsch. Der Schönhengstgau, das Kuhländchen, Iglau erhielten Bergrecht. Die Deutschen drückten Böhmen, Mähren und Schlesien ihren Charakter auf, man sprach in den Landen die deutsche Sprache wie in Bayern und Franken und Obersachsen, die Tschechen traten kulturell und wirtschaftlich hinter ihnen zurück.

16

Einleitung: Anfänge der Habsburger 17

Nun geschah es, daß 1246 die österreichischen und 1268 die kärntischen Herzöge ausstarben. König Ottokar von Böhmen benutzte die Schwäche der deutschen Reichsgewalt, um die beiden deutschen Herzogtümer seinem böhmisch-mährischen Königreiche anzugliedern und sich vom Reiche zu lösen. Ihm schwebte die gewaltige Staatengründung vor, die einst der Pole Boleslaw Chrobry vollbracht hatte, als er von der pommerschen Küste bis in die ungarische Steppe die östlichen Länder unter seinem Szepter vereinigt hatte. Als nun gar Ottokar dem zum deutschen Könige gewählten Grafen Rudolf von Habsburg die Anerkennung verweigerte, eröffnete dieser gegen ihn den Feldzug und besiegte ihn bei Dürnkrut auf dem Marchfelde 1278. Ottokar fiel, und seine Reichsidee war zertrümmert.

Rudolf von Habsburg belieh jetzt seine Söhne Albrecht und Rudolf mit Österreich, Steiermark und Krain. Kärnten erhielt 1286 Graf Meinhardt von Görz-Tirol, dessen Geschlecht 1335 ausstarb. In diesem Jahre gelangte Kärnten und Südtirol ebenfalls an die Habsburger. 28 Jahre später, 1363, erbte das Haus Habsburg das ganze Tiroler Land. - Die Habsburger konnten jetzt, drei Menschenalter, nachdem sie nach Österreich gekommen waren, von Wien nach Innsbruck reisen, ohne mehr fremdes Gebiet betreten zu müssen.

Während sich so im Süden der Donau die deutsche Macht der Habsburger durch Zusammenschmieden der Herzogtümer Österreich und Kärnten und der Grafschaft Tirol konsolidierte, nur in den südlichen Teilen Steiermarks, Kärntens und Krains eine slowenische Bevölkerung (vielleicht ein Drittel) beherbergend, bildete sich zu gleicher Zeit im Norden der Donau eine zweite deutsche Großmacht, Böhmen, Mähren, Schlesien umfassend und über das Gebirge hinausgreifend nach der Lausitz und Brandenburg. Das war das Königreich Böhmen unter dem deutschen Fürstengeschlecht der Luxemburger, dessen genialster Kopf Kaiser Karl IV. war.

Es war ein ganz sonderbares Wechselspiel der Geschichte: strebte der Slawe Ottokar II. im 13. Jahrhundert vom Erzgebirge und von den Sudeten nach dem Süden, dem Adriatischen Meere, weil Österreich nach dem Aussterben der Babenberger ein Gebiet politischen Tiefdrucks geworden war, so strebte hundert Jahre später der Deutsche Karl IV. von der Donau nach dem Norden, nach dem Baltischen Meere, der Ostsee, weil der Weg nach dem Süden durch die an Kraft und Stärke zunehmende österreichische Hausmacht der Habsburger versperrt wurde.

17

Deutsche unter Fremdherrschaft 18

Er warb ein Reich zusammen, eine Hausmacht von riesigen Dimensionen; doch die bedeutendste Eroberung der Luxemburger bleibt Schlesien; 1335 trat Polen im ersten Visegrader Vertrag Schlesien an den Luxemburger König Johann, Vater Karls IV., ab. Die wahrhaft deutsche Wesenheit Böhmens und Österreichs ist niemals deutlicher zum Ausdruck gekommen als im 14. Jahrhundert, als abwechselnd Prag und Wien die Hauptstädte des Deutschen Reiches waren.

Karl IV. ist, möchte man sagen, der eigentliche Vollender des deutschen Böhmen, wie Ottokar sein Begründer war. Karl IV. machte aus Böhmen, insbesondere aus Prag, ein Bollwerk des Deutschtums. Er zog Kaufleute in die Städte, bemühte sich, die wichtige Handelsader der Elbe von Prag bis Hamburg mit deutschem Gewerbe und Handelsfleiß zu beleben, so wie die Oder die Handelsader von Mähren und Schlesien nach Stettin werden sollte. Der König richtete in seinem böhmischen Lande eine deutsche Musterverwaltung ein, in seiner Kanzlei wurde zum ersten Male die reine, meißnische Sprache als Amtssprache angewendet. Er machte Prag zu einer Pflanzstätte deutschen Kultur- und Geisteslebens, indem er dort 1348 die erste deutsche Universität gründete. Die Habsburger folgten seinem Beispiel und erneuerten 1365 die bereits von den Babenbergern begründete, dann aber wieder eingegangene Universität Wien: sie wurde die zweitälteste deutsche Universität. Die wesentlichste Tat Karls IV. blieb diese Errichtung der Prager Universität. Sie wurde, wie Ranke sagt, Mutter und Mutter für andere, namentlich in Deutschland. Sie war in vier Nationen geteilt: die bayrische, welche auch die Franken und Schwaben umfaßte, die sächsische, zu der sich auch Schweden und Dänen rechneten, die polnische und die böhmische, zu der auch die Tschechen gehörten.

Das Unglück dieses Herrschers war, daß er keinen ebenbürtigen Nachfolger fand.

18

Einleitung: Hussitenbewegung 19

Die deutsche Politik Karls IV. war eine Politik auf weite Sicht, auf Jahrhunderte hinaus. Man muß stets berücksichtigen, daß die deutsche Bevölkerung Böhmens und

Mährens im 14. Jahrhundert wohl die Trägerin der höheren Kultur war, aber doch nur die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft des Landes ausmachte. Die andere Hälfte waren Tschechen, die im Mittelpunkt des Landes saßen.

Und diese erlebten durch die starke deutsche Politik Karls IV. eine nationale Renaissance. Ihr Selbstbewußtsein erwachte und bäumte sich auf gegen die deutschen Herrscher und das deutsche Volk, das nicht nur im Lande war, sondern ständig noch ins Land gezogen wurde. So geschah es, daß zur gleichen Zeit, da die Polen gegen den deutschen Orden in Preußen die Waffen erhoben, auch in Böhmen und Mähren eine religiöse, nationale und soziale Revolution der Tschechen losbrach.

Die Bewegung des Johann Hus war in ihrer Gesamtheit darauf gerichtet, die durch Karl IV. befestigte deutsche Vorherrschaft in der Staatsverwaltung, in der Kirche, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft zu brechen. Die deutsche Sprache sollte aus Böhmen verschwinden, der deutsche Besitz sollte weggenommen und den Tschechen gegeben werden, der deutsche Geist sollte ausgerottet werden, die Deutschen sollten überhaupt aus Böhmen und Mähren verschwinden. Alles, was dreihundert Jahre hindurch von Deutschen geschaffen war, sollte beseitigt werden. Es waren ganz moderne Ziele.

Der edle Erfolg der hussitischen Erhebung war denn auch, daß die Deutschen die Universität Prag verließen und nach Leipzig auswanderten, wo sie 1409 die Universität gründeten. Der deutsche König Wenzel, ein böhmischer Luxemburger und Sohn Karls IV., erwies sich im Gegensatz zu seinem Vater als ein willfähriges und hilfloses Werkzeug des radikalen tschechischen Pöbels. Auch er, der König, bekannte sich ohne Bedenken zu der tschechischen Forderung, daß nur als Böhme zu gelten habe, wer Tscheche sei. Dann aber wütete anderthalb Jahrzehnte der Hussitenkrieg mit allen seinen Greueln im Lande, der von Johann Ziska aus Trocnow (Trautenau) militärisch geleitet wurde und auch auf die Gebiete nördlich der Grenzgebirge übergriff.

19

Deutsche unter Fremdherrschaft 20

Die Deutschen bekamen in Böhmen und Mähren einen sehr schweren Schlag. Städte, die einst ganz deutsch waren, wie Kremsier, Prerau, Proßnitz wurden hussitisch und tschechisch. Die Sprache der Tschechen wurde da gesprochen, wo man vordem nur deutsche Worte gehört hatte in Verwaltung, bei Gericht und im Gottesdienst. Deutsche Beamte und Priester wurden verjagt. Der tschechische Geschichtsschreiber Palacky sagt: „Ohne den Hussitismus wäre Böhmen ein deutsches Land geworden wie Österreich und Schlesien.“ Bei all diesen „Reinigungstaten“ erfreuten sich die Tschechen der polnischen Unterstützung.

Das Verhängnisvolle war, daß auch König Siegmund, der Bruder und Nachfolger Wenzels, als König von Böhmen und deutscher König der entflammten nationaltschechischen Bewegung nicht Herr werden konnte, nachdem sie nach der Verbrennung des Johann Hus in ganzer Schärfe ausgebrochen war. Der grausame und blutige Krieg endete mit einem Kompromiß, d. h. also mit einem Siege der rebellischen Tschechen. Daß die Stärke der Slawen nicht gebrochen war, zeigte sich 1458, als ein tschechischer Magnat, Georg von Podiebrad, König von Böhmen wurde und dies bis zu seinem Tode 1471 blieb. Podiebrad regierte das Land im streng nationaltschechischen Geiste. Von 1400-1526 waren Böhmen, Mähren und Schlesien tschechische Länder, gelöst aus den alten Beziehungen zum Deutschen Reiche, diesen sogar feindlich gesinnt. Zum ersten Male war die jahrhundertalte Tradition durchbrochen, politisch und kulturell; denn das kurze Zwischenspiel der Auflehnung König Ottokars beschränkte sich lediglich auf die politischen Beziehungen.

1526, als König Ludwig von Ungarn und Böhmen in der Schlacht bei Mohacz gegen die Türken gefallen war, wurde das Königreich Böhmen mit Mähren und Schlesien ein Bestandteil der habsburgischen Hausmacht. Jetzt endlich war der Augenblick erreicht, wo die vielfältig zersplitterten Gebiete des Donaulandes unter eine einheitliche Regierungsgewalt vereinigt worden sind: Schlesien, Mähren, Böhmen,

Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Vorarlberg, sie alle waren jetzt zu einer politischen Einheit zusammengefügt worden.

20

Einleitung: Österreich zur Reformationszeit 21

Ja, auch das Burgenland östlich der Theiß, die deutschen Siedelgebiete von Wieselburg, Neusiedel, Rust, Frauenkirchen, Eisenstadt, Ödenburg, Pinkafeld, Steinamanger, Güssig, Jennersdorf, war nach einem wechselvollen Halbjahrtausend, in dessen Verlauf es bald zu Österreich, bald zu Ungarn gehörte, durch den Frieden von Preßburg 1491 zu Niederösterreich geschlagen.

Man muß einen Augenblick innehalten und einen Blick auf den Volkscharakter des mächtigen Reiches an der Donau werfen. Schlesien war ein rein deutsches Land, weder Polen noch Tschechen vermochten hier nationale Bewegungen zu entfalten. Auch in Mähren und Böhmen erlebte das deutsche Volkstum im 16. Jahrhundert nach der hussitisch-tschechischen Herrschaft einen neuen Aufschwung. Zahlreiche Deutsche kamen ins Land und verhalfen dem Bergbau zu neuer Blüte. Handel und Wandel führten wieder enge Beziehungen zum Deutschen Reiche herbei. Der Geist der Reformation fand seinen Eingang in Böhmen, deutsche Prediger kamen und brachten deutsche Bücher mit, eine neue Blütezeit deutschen Geistes war angebrochen. Steiermark wurde gegen Ende des 15. Jahrhunderts zwar von schweren Katastrophen heimgesucht. Von 1471 bis 1494 suchten mehr als ein dutzendmal die Türken das Land heim, Pest, Heuschreckenplage, Hungersnot folgten. Die Dörfer wurden verbrannt, die Äcker verwüstet, die Menschen starben oder wurden totgeschlagen. Dann kam der Windische Bauernkrieg 1515 und der deutsche Bauernkrieg 1525. Kaum war diese Erschütterung überwunden, da zog Soliman 1532 mit gewaltigem Türkenheere verwüstend durch die mittlere Steiermark und das Land der Drau. Und gerade diese Schicksalsschläge bewirkten, daß in jener Zeit vom deutschen Norden her ein neuer gewaltiger Strom deutschen Geistes und deutscher Menschen ins Land kam. Adel und Bürger wandten sich der Lutherischen Lehre zu. Deutsche Künstler bauten Kirchen und Paläste. Zwar setzte 1572 die Gegenreformation ein, doch vermochte sie nicht das Deutschtum zu vernichten, trotzdem sie dem überwiegend evangelischen deutschen Volkstum hart zusetzte.

21

Deutsche unter Fremdherrschaft 22

In Graz entstand 1581 eine deutsche Universität. In Krain, das allerdings eine starke südslawische Bevölkerung hatte, setzte seit dem 13. Jahrhundert bis ins 16. eine sehr bedeutende deutsche Zuwanderung ein, die sich weit nach Kroatien hinein erstreckte. Viele deutsche Siedlungen entstanden: Warasdin, Virovitica, Pernja, Petrinja, Wolfer, Lippoldtfeld, Wilman, Agram, Kreutz, Sichelberg, Zilina, Kopreinitz. Diese deutschen „Waldburga“ (Waldbürger) und „Sassi“ (Sachsen) waren vor allem Bergleute und brachten dem Lande durch den Bergbau großen Wohlstand. Karlstadt wurde 1580 gegründet. Ins Gottscheer Ländchen waren Ostfranken, Bayern, Schwaben, Thüringer eingezogen. Auch in Krain ist also trotz verheerender Türkenzüge das deutsche Volkstum außerordentlich stark und kräftig geworden. Kärnten nahm die gleiche Entwicklung wie Steiermark, auch hier die Katastrophen, Türkeneinfälle, Pestepidemien, Hungersnöte; dennoch erstarkte das deutsche Volkstum. Die kärntischen Stände erbaten sich 1518 von Kaiser Maximilian I. die Stadt Klagenfurt und bauten sie zu einer starken Festung aus. Auch in den Zeiten

der Gegenreformation war das Schicksal Kärntens mit demjenigen Steiermarks eng verbunden.

Und dann Tirol, insbesondere Südtirol! Welche Rolle im deutschen Geistesleben spielte das Land Tirol im Mittelalter! Man braucht nur an Walther von der Vogelweide und die Heerschar der Minnesänger bis ins 15. Jahrhundert hinein zu erinnern. Deutsche Bergleute zogen in die Täler des südlichen Tirol und brachten die deutsche Sprache mit. Eine mannigfaltige deutsche Künstlerschar wirkte in dem Berglande. Erst im 15. Jahrhundert drangen Italiener in Südtirol ein, aber sie mußten sich dem Volkscharakter fügen und deutsch sprechen. Im 16. Jahrhundert war der Avisiofluß und die Ortschaft Lavis die nationale Grenzscheide, diese uralte Grenzscheide, die schon zur Römerzeit bestand. Aber auch südwärts von Lavis bis Trient herrschte die deutsche Sprache. Deutsche Prediger gab es im 16. Jahrhundert zahlreich im Bistum Trient, umfaßte es doch auch weite Bezirke des deutschen Südtirol nördlich vom Avisiofluß.

22

Einleitung: Dreißigjähriger Krieg 23

So waren Bozen, Neumarkt, Kaltern, Lana, Meran, Passeyer, Schlanders, Sarntal, Klausen, Kastelrath Dekanate deutscher Zunge. Aber auch Trient selbst hatte im 16. Jahrhundert eine sehr beträchtliche deutsche Einwohnerschaft, etwa ein Drittel. In einem Kodex vom Jahre 1363 ist das Stadtrecht in deutscher Sprache enthalten. Unter den sieben Konsuln der Stadt mußten im 16. Jahrhundert wenigstens zwei Deutsche sein. Der Sekretär des Konzils von Trient, Bischof Angeln Massarelli, berichtet im Jahre 1545: Trient werde von Italiern und Deutschen bewohnt, beide Nationen bewahrten Sprache, Kleidung und Gewohnheiten; die Predigten würden in der Muttersprache gehalten. Am Hofe des Kardinals Christoph Madrutz, des Bischofs von Trient, herrschten deutsche Ostersitten. In der gotischen St. Peterskirche, dem Gotteshause der Deutschen, sangen Männer und Frauen bei der deutschen Predigt: „Christ ist erstanden! Alleluja!“ Und dennoch lag Trient noch zehn Kilometer südlich vom Avisiofluß, den Massarelli als die nationale Grenzscheide zwischen Italiern und Deutschen bezeichnet.

Betrachtet man nun das ganze habsburgische Österreich, so findet man, daß unter den zehn Millionen Einwohnern, die das Reich hatte, höchstens anderthalb Millionen Nichtdeutsche sich befanden: in Böhmen und Mähren Tschechen, in Krain und im südlichen Kärnten Slowenen, und im äußersten Süden Tirols Italiener. Ich möchte sagen: Hätte sich das Haus Habsburg zur Lehre Luthers bekannt, so wäre es ihm im 17. und 18. Jahrhundert möglich gewesen, die nationalen Minderheiten fast absolut von deutscher Kultur aufsaugen zu lassen, wie das in den preußischen Provinzen geschah. Die Gegenreformation, die das Haus Habsburg seit etwa 1570 durchführte, stärkte direkt und indirekt die slawischen Minderheiten innerhalb seiner Reichsgrenzen.

Der Dreißigjährige Krieg und die damit verbundene, von den Habsburgern verstärkt betriebene Gegenreformation versetzte dem weiten Lande einen Stoß, den es bis 1918 nicht mehr verwunden hat!

23

Deutsche unter Fremdherrschaft 24

Österreich ist 1918 an den Folgen der Habsburger Politik von 1620-1648 auseinandergebrochen. Die erbarmungslose Rekatholisierung, die im ganzen Lande nach der Schlacht am Weißen Berge anhub, vertrieb Tausende und aber Tausende fleißiger deutscher Bauern, Kaufleute, gebildeter Menschen. Die Provinzen Österreichs von Böhmen bis Steiermark, Kärnten, Krain wurden buchstäblich

entvölkert. Die protestantischen Deutschen wurden vertrieben, und da die Regierung protestantenfeindlich war, fand aus Deutschland kaum ein Zuzug mehr statt, um so ungehinderter konnten sich die Slawen ausbreiten. Böhmen zählte 1618 vier Millionen Einwohner, 1648 aber nur noch ein Fünftel: 800 000. Es ist schon richtig, daß Deutsche und Tschechen durch die katholische Verfolgung gleichermaßen litten, aber am schwersten wurden doch die Deutschen getroffen. Ihre Zahl wurde verhältnismäßig am meisten verringert, aber nicht nur das: jeder Deutsche, der wich, gab für die Zukunft einem Tschechen Platz, und jeder Deutsche, der in die katholische Kirche zurückkehrte, war unter damaligen Verhältnissen in seinem nationalen Werte den Tschechen gegenüber verringert. Man könnte vielleicht sagen: Böhmen hatte vier Millionen Einwohner, von denen die Hälfte Deutsche waren. Von den Deutschen wurden neun Zehntel Evangelische, von den Tschechen sieben Zehntel Hissen verdrängt. Dieser radikale Glaubenskrieg wirkt bis in unsere Tage zurück. Unter den 2,5 Millionen Deutschen gibt es heute nur noch zehn Prozent Evangelische, unter den 4,4 Millionen Tschechen ebenfalls nur 10 Prozent Hussiten. Die Ansicht, die Dietrich Schäfer in seiner „Deutschen Geschichte (11, 14)“ vertritt, kann wohl stark bestritten werden. Er sagt da: „Ferdinand II. hat seinem Staate und doch damit auch wieder dem Kaisertum eine europäische Stellung gegeben. Und diese Stellung war nun, so katholisch sie gehandhabt werden mochte, doch eine deutsche und ist eine deutsche geblieben. Nicht anders ist sie den fremden Völkern, die unter habsburgischer Herrschaft zusammengefaßt waren, entgegengesetzt. Mit dem Katholizismus, geführt von den Jesuiten, ist das Deutschtum wieder in die Länder der Wenzelskrone eingezogen.“

24

Einleitung: Politik der Habsburger 25

Ferdinands Sieg hat dem Hussitentum nicht nur religiös, sondern auch national ein Ende gemacht. Der Kampf gegen die Ketzerei gestaltete sich in Böhmen und Mähren zu einem Kampfe gegen das Tschechentum. Niemals, auch in den Tagen Ottokars und Karls IV. nicht, sind diese Länder deutscher gewesen, als sie es jetzt infolge der Gegenreformation wurden und weit über zweihundert Jahre, bis heran an unsere Zeit, geblieben sind. Nie sind diese Länder deutscher Führung so dienstbar gewesen wie in der nun folgenden Zeit.“ Dietrich Schäfers Behauptung könnte zu Recht bestehen, wenn eben das Herrscherhaus der Habsburger nicht dem internationalen Jesuitismus verfallen gewesen wäre. Tatsächlich tat Ferdinand II. 1622 in Böhmen das Gegenteil von dem, was Friedrich II. 1772 in Westpreußen tat! - Absolut unrichtig aber ist die tschechische Behauptung vom „Bodenraub am Weißen Berge“, als ob die Enteignung und Vertreibung nur zugunsten der Deutschen erfolgt wäre.

Die unselige, rein jesuitisch internationale Politik Ferdinands II. und seines Nachfolgers brachten es auch dahin, daß im Dreißigjährigen Kriege das Burgenland östlich der Leitha den Ungarn auf ihr beständiges Drängen hin ausgeliefert wurde. Der Protest der niederösterreichischen Landstände hatte keinen Erfolg.

Das Land der Habsburger, das als ein blühendes deutsches Gebiet in den großen Krieg ging, ging als eine völkisch ausgehöhlte Ruine aus ihm hervor. Die Verbindung mit dem wirtschaftlich und völklich leistungsfähigsten deutschen Volksteil, dem protestantischen Norden, ging nicht nur verloren, sondern verwandelte sich in offenen Gegensatz, und insofern war es eine notwendige Korrektur, die Friedrich der Große vornahm, als er die durch den Lauf der Oder nach Norden gerichtete Provinz Schlesien Maria Theresia abnahm und seinem Staate einfügte.

Böhmen aber sowie die Südpövinnen näherten sich mehr und mehr dem Slawentum. Zwar galt im 18. Jahrhundert die deutsche Sprache in Böhmen gleichberechtigt neben der tschechischen, ja, es gehörte zum „guten Tone“, deutsch zu sprechen; wie in Berlin die Gesellschaftskreise französisch sprachen, so sprach in Prag die tschechische Gesellschaft deutsch.

25

Die deutsche Sprache wurde zur Umgangs- und Verkehrssprache. Zeitungen und Theater bedienten sich ihrer, in Prag traten an die Stelle der lateinischen Vorlesungen deutsche. Doch unter diesem deutschen Kulturanstrich entwickelte sich um so kräftiger das tschechische Volkstum.

Ja, die Kaiserin Maria Theresia beklagte sogar den Verfall der tschechischen Sprache und verfügte die Pflege der „böheimischen“ Sprache in den Schulen. Wenige Jahrzehnte später, das ist wieder einmal die Ironie der Weltgeschichte, halfen die deutschen Romantiker eifrig mit an der Wiedergeburt der tschechischen Sprache! Das Aufblühen der Industrie in Nordböhmen und Mähren zu Beginn des 19. Jahrhundert ließen die Sünden der Habsburger Politik aus den Zeiten des 30jährigen Krieges deutlich erkennen. Die eingeseessene deutsche Bevölkerung hatte sich noch nicht von den schweren Schlägen der Rekatholisierung erholen können, die Einwanderung aus Deutschland hörte allmählich auf. Die fehlenden Arbeitskräfte wurden durch Tschechen ersetzt, die von nun an in steter Unterwanderung in das deutsche Siedlungsgebiet eindrangten und, wenn auch als niedrige Gesellschaftsklasse, wachsende tschechische Minderheiten in Nordböhmen und Mähren schufen.

Ein Zwischenspiel territorialer Art bildete der Reichsdeputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803. Er holte nach, was Reformation und Dreißigjähriger Krieg noch zu tun übriggelassen hatten. Infolge dieses Staatsaktes verschwanden nicht bloß zahlreiche Zwergfürstentümer, sondern auch noch die seit dem 15. Jahrhundert übriggebliebenen geistlichen Territorien. Das Haus Österreich erhielt aus dieser mittelalterlichen Konkursmasse die Bistümer Brixen und Trient, das Erzbistum Salzburg, die Probstei Berchtesgaden, den östlichen Teil des Bistums Passau und das Bistum Eichstädt. Während aber Brixen und Trient unmittelbar mit Tirol vereinigt wurden, kamen die anderen Güter in die Hand von des Kaisers Bruder Ferdinand, der das Großherzogtum Toskana verlor.

26

Ferdinand behielt das Salzburger Land bis zu seinem Tode 1824. Dann wurde es mit dem Kaisertum vereinigt.

Auch die Güter des Bistums Bamberg auf österreichischem Boden, des Bistums Passau in Ober- und Niederösterreich, des Bistums Freising in Steiermark und Krain wurden dem Kaisertum Österreich eingefügt. Gefährlich wurde die slawisch-nationale Entwicklung im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert des erwachenden nationalen Selbstbewußtseins. Zwei Jahrhunderte nach dem Dreißigjährigen Kriege erwies sich ganz offenbar die Schwäche Österreichs, in die es durch die verfehlte Politik der national indifferenten Habsburger geraten war. Das Haus Habsburg hatte schwere Unterlassungssünden gegen seine deutschen Einwohner auf sich geladen, es hatte seinen Blick zu sehr nach Osten und Süden gerichtet, teilweise aus Zwang, die bis ins 18. Jahrhundert hinein, fast dreihundert Jahre hindurch andauernden Türkeneinfälle abzuwehren, teilweise aber auch durch das sinnlose Bestreben, die ungarische Monarchie unter seiner Herrschaft zu halten. Das Haus Habsburg vergeudete wertvolle Kräfte für undeutsche, ja deutschfeindliche Zwecke und wurde immer mehr gezwungen, seine Herrschaft durch wachsende Begünstigung der Slawen auf Kosten der Deutschen zu erhalten. Als die auf mittelalterlichen Dynastienbegriffen ruhende Monarchie dem ersten Sturm neuer Anschauungen ausgesetzt war, wehrte sie sich hiergegen durch starres Festhalten an mittelalterlichen Ideen, im Dreißigjährigen Krieg. Gegen den zweiten Sturm moderner Ideen im 19. Jahrhundert konnte sie sich nicht mehr durch das starre Festhalten am Mittelalter wehren, sie mußte revolutionären Strömungen Rechnung tragen und enthüllte so die unendliche völkische Schwäche, welche das Kaisertum Österreich als ein Überbleibsel eines

mittelalterlichen „Weltreiches“ erfüllte.

In der Süd-Steiermark, Kärnten und Krain hatte sich unter der Einwirkung der napoleonischen Politik bereits 1809 die Irredentabewegung des Illyrismus entwickelt, welche die Vereinigung aller Südslawen in einem Reiche mit eigener Machtvollkommenheit anstrebte.

27

Deutsche unter Fremdherrschaft 28

L. Gaj wurde im folgenden Jahrzehnt ein beredter Führer dieses Illyrismus. In Böhmen entwickelte sich die bisher literarisch-ästhetische Bewegung der Tschechen zu einer politisch-nationalen. Der slawische Mährer und Protestant Palacky, der 1823 nach Prag kam, wurde zum Herold und zur Triebfeder der nationaltschechischen Aktion. Er hielt an der Universität Vorträge über das längst abgeschaffte böhmische Staatsrecht, und der tschechische Adel, der nach der Autonomie des Landes strebte, stellte sich hinter ihn. Die reaktionäre Politik Metternichs, die vor allem das Deutschtum knebelte, kam diesen Bestrebungen direkt und indirekt entgegen, denn von nun an wurde es der Leitsatz habsburgischer Politik, die verschiedenen Völker nach dem Grundsatz Divide et impera zum Schaden der Deutschen zu beherrschen. –

Das unruhige Jahr 1848 offenbarte zum ersten Male - nach den Vorzeichen von 1830 -, in welcher ernster nationaler Gefahr sich das Kaisertum Österreich befand. Die durch die Schuld der Ferdinande national zerklüftete Peripherie des Landes im Norden und Süden enthüllte ihre zentrifugalen Tendenzen. Wie einst das Jahr 1526 den Zusammenschluß der Länder brachte, so leitete 1848 die Auflösung ein. Zwischen beiden liegt das schicksalsschwere Menschenalter von 1620-1648.

In Prag erhob sich die Autonomistenpartei unter Palackys Führung. Fürst Lamberg, Graf Wurmbrand, Deym, Nostiz, Thun und andere Kavaliere gaben hier den Ton an, der rein tschechisch war. Das zeigte sich darin, daß die Tschechen eine Teilnahme an der Frankfurter Nationalversammlung ablehnten, statt dessen aber am 2. Juni 1848 einen „Panslawistenkongreß“ unter Palackys Vorsitz in Prag veranstalteten. Das sah jetzt jeder Mensch, daß die Tschechen im Bunde mit Russen und Polen sich feindselig gegen das Haus Habsburg und die Deutschen überhaupt erhoben.

Auf diesem Slawenkongreß wurde eine Böhmisches Regierung gebildet, Rieger wurde beauftragt, eine tschechische Verfassung auszuarbeiten. Die tschechischen Studenten zogen durch Prag, drangsalierten die Deutschen, verlangten Waffen und Munition.

28

Einleitung: Erhebung der Tschechen 29

Aber Fürst Windischgrätz, der Kommandant der österreichischen Truppen, schlug rücksichtslos alle derartigen Versuche nieder und sprengte am 12. Juni mit Waffengewalt den Slawenkongreß und die revolutionäre tschechische Regierung. In der Folgezeit zeigte sich, daß zwar noch nicht so sehr die Stellung der Habsburger als vielmehr die Stellung des Deutschtums in Böhmen erschüttert war. Auf dem Gebiete der Sprachenpolitik errang das Tschechentum einen dauernden Erfolg. An der Universität Prag wurden jetzt tschechische Vorlesungen gehalten, neben 40 deutschen Zeitungen wurden 22 tschechische herausgegeben. Das war ein Anfang, der bald eine verhängnisvolle Fortsetzung fand!

Die in Prag erhobene Forderung, ein selbständiges tschechoslowakisches Königreich zu schaffen durch Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien stieß zwar 1848 bei der Bevölkerung Mährens und Schlesiens auf Widerstand, der jedoch im Laufe der Jahrzehnte sich abschwächte. –

Ebenso wie in Böhmen wurden in Steiermark und Kärnten 1848 die nationalen Instinkte der Slawen wach und drängten die Deutschen aus ihrer bevorrechteten

Stellung mehr und mehr zurück. Allerdings waren die Slowenen keineswegs einmütig. Ein kleiner Kreis von Geistlichen verkörperte die slowenische Aktion und forderte 1848 im Steirischen Landtage ein eigenes Verwaltungsgebiet für die slowenische Bevölkerung. Doch die Deutschen traten mit Entschlossenheit der Zweiteilung Steiermarks und der Preisgabe ihrer nationalen Minderheiten südlich der Mur entgegen. Ja im Kärntischen Landtag widersetzte sich ein Slowene, Dr. Rulitz, aufs allerschärfste der in Laibach erhobenen slowenischen Forderung, die man in Wien im Begriff war anzunehmen, auch die gemischtsprachigen Teile Kärntens in ein eigenes slowenisches Verwaltungsgebiet zusammenzufassen. Im Gegenteil! Die Slowenen Kärntens schlossen sich 1848 gemeinsam mit den Deutschen unter der schwarz-rot-goldenen Fahne zusammen, um ihre Verbundenheit mit dem großen deutschen Vaterlande zu beweisen.

29

Deutsche unter Fremdherrschaft 30

Auf dem Reichstage von Kremsier 1849 setzten sich bei den Beratungen über die Neugestaltung Österreichs auch die slowenischen Abgeordneten Krains und Untersteiermarks für ein ungeteiltes deutsches Kärnten ein!

Um die gleiche Zeit begannen sich in Südtirol die Italiener zu regen. Auch sie fanden in Wien nur allzu bereitwilliges Entgegenkommen. Die italische Sprache wurde als Amtssprache anerkannt. Italischsprechende Landrichter wurden eingesetzt, die Verhandlungen fanden, wenn eine Partei dies wünschte, in italischer Sprache statt. Von Amts wegen mußte jeder höhere Beamte, der südlich vom Brenner dienen wollte, die italische Sprache beherrschen. –

Seit den Ereignissen von 1866 war das Deutschtum in Österreich überhaupt so gut wie vogelfrei. Seit 1865 leitete Graf Richard Belcredi die Staatsgeschäfte Österreichs, ein Slawenfreund, der vorher Statthalter in Böhmen war und es mit den Tschechen hielt, weil er überzeugt war, daß er militärisch und politisch noch so starker Faktoren imstande ist, "es vom Festhalten an dem damals gleichzeitig aufgestellten Ziele des Anschlusses an Deutschland abzubringen." – mit deren Hilfe den aristokratischen Einfluß gegen das aufstrebende deutsche Bürgertum befestigen konnte. Mit diesem mittelalterlichen Standpunkte verdiente sich Belcredi den Dank der Tschechen. Im September 1865 setzte er durch Sistierungspatent die österreichische Einheitsverfassung außer Kraft. Die Wahl zum böhmischen Landtage brachte eine tschechische Mehrheit. Am 11. Dezember 1865 erschien die tschechische Deputation des Landtages in Wien, um dem Kaiser für das Sistierungspatent zu danken! Franz Joseph empfing die Tschechen aufs freundschaftlichste und versprach ihnen, sich zum König von Böhmen krönen zu lassen. Im Frühjahr 1866 beschloß der Landtag die Slawisierung der Universität und den Zwang des tschechischen Sprachenunterrichts in allen böhmischen Schulen, auch den deutschen! Nach der Niederlage von 1866 war Belcredi mehr denn je ein Freund der Slawen geworden. Allerdings machten auch die Preußen bei ihrem Einmarsch in Böhmen einen schweren Fehler. Sie erließen eine Proklamation an die „Bewohner des glorreichen Königreiches Böhmen“, worin sie taten, als werde dieses nur von Tschechen bewohnt:

30

Einleitung: Das Jahr 1866 31

„Sollte unsere gerechte Sache obsiegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen können. Möge denn ein günstiger Stern ihr Glück auf immerdar begründen!“

Das weckte freudige Hoffnungen unter den Tschechen, und die in Berlin lebenden Tschechen sprachen in einer Adresse der preußischen Regierung ihren Dank aus. Die Deutschen in Böhmen und Mähren waren weniger erbaut. Sie verstanden nicht, wie

Preußen die anderthalb Millionen Deutsche gegenüber den zweiundeinhalb Millionen Tschechen einfach ignorieren konnte. Sie fühlten sich von Berlin in der gleichen Weise preisgegeben wie von Wien.

Zu der Niederlage von 1866 sagt Heinrich Friedjung im Schlußkapitel zu „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866“: „Nie mehr konnte Österreich den Verlust jener Tausende von Familien gutmachen, welche nach dem Siege Kaiser Ferdinands II. über den Protestantismus verbannt worden waren.“ Die lebendigen Kräfte der Nation waren unterdrückt durch Gegenreformation und später durch Reaktion. Die Niederlagen gegen Friedrich den Großen, die Niederlagen gegen Napoleon, die Niederlage im Krimkrieg, die Niederlage im italischen Krieg, die Niederlage im Kriege gegen Preußen - eine zusammenhängende Kette von unseligen Folgen des unseligen Sieges am Weißen Berge!

Nach 1866 war den Deutschen Österreichs das Rückgrat gebrochen. Sie hatten keinen festen politischen Halt mehr. Sie, nur sie waren das Opfer von 1866. - „Ein edles Opfer“, sagt Friedjung. -

Die Ministerien, die in der Folgezeit zu Wien das Kaisertum leiteten, nahmen sich der Tschechen, der Slowenen, der Italiener an - aber nicht der Deutschen!

Die neue föderalistische Verfassung von 1868 löste unter den Slawen mächtige Kräfte aus. 1869 entstanden in Böhmen tschechische, in Steiermark, Kärnten, Krain slowenische Volksschulen. Der Gedanke der nationalen Schulautonomie wurde bis zur letzten Konsequenz durchgeführt.

31

Deutsche unter Fremdherrschaft 32

Die Prager Universität war bereits seit 1848 unter tschechischen Einfluß gekommen, 1869 wurde auch die Technische Hochschule in Prag in ein deutsches und ein tschechisches Institut getrennt.

Die Befreiung der tschechischen Sprache mußte der Befreiung des tschechischen Volkes vorangehen. Das Ministerium Hohenwart, welches am 4. Februar 1871 ans Ruder kam, hatte nichts anderes im Sinne, als den Tschechen, Slowaken und Slowenen dieselbe unabhängige Stellung zu verschaffen wie den Ungarn. Man nannte das „Ausgleich“; und zum Zeichen des guten Willens nahm Hohenwart zwei „Ausgleichtschechen“ in sein Ministerium auf, von denen der eine - das erstmal seit es ein Kaisertum Österreich gibt! - sogar das Ministerium des Kultus und Unterrichts erhielt.

Hohenwart nahm die engste Verbindung mit den Tschechenführern Rieger und Chaus-Martinitz auf und ließ von ihnen die „Fundamentalartikel“ des neuen böhmischen Staatsrechts ausarbeiten: Böhmen sollte die autonome Gesetzgebung in Unterricht, Justiz, Steuern, Polizei, Verkehr, Verwaltung bekommen, der Kaiser sollte mit der Wenzelskrone gekrönt werden. Wäre dies alles wirklich geworden, dann wären 1,8 Millionen Deutsche unter die schrankenlose Gewalt von 2,8 Millionen Tschechen gekommen. Zum Glück wurde die Durchführung dieser Pläne im letzten Augenblick noch vereitelt.

Zur gleichen Zeit, da Hohenwart für die Tschechen arbeitete, bemühte sich Graf Taaffe als Statthalter von Tirol dort das deutsche Element zu unterhöhlen durch Stärkung der Italiener. Dieselbe Tragödie spielte sich in Krain und im südlichen Steiermark ab. Kleinliche und boshafte Wiener Hofschranzen verdrängten die Deutschen aus den Beamtenstellen, brachten Slowenen hinein. Eine Stellung nach der anderen verloren die Deutschen. Slowenische Kaufhäuser und Kreditanstalten entstanden, Lese-, Gesangs-, Sport-, Turn- und Gesellenvereine wurden gebildet, und vielfach waren die Pfarrer diejenigen, welche die slowenische Irredenta schürten. An einem südsteirischen Pfarrhof las man: „Hunden und Deutschen ist der Eintritt verboten“. In Krain verloren die Deutschen ihre Stellungen in der Hauptstadt und in allen zwölf Landstädten, Gottschee ausgenommen.

32

Slowenische Lehr- und Lesebücher überschwemmt das Land, Gewalttaten wurden verübt. So lieferten die Slowenen bereits 1868 den deutschen Turnvereinen bei einem Ausflug eine blutige Schlacht. Diese Vorgänge häuften sich in der Folgezeit. Die Deutschen versuchten eine Gegenwehr. Sie schlossen sich in Schulvereinen zusammen, gründeten 1889 in Südsteiermark den Verband „Südmark“, während in Krain ein „Deutscher Volksrat“ entstand. Doch die Deutschen standen in ihrem Kampf allein. Von Wien aus wurden sie nicht unterstützt, und so konnte von Moskau und Belgrad aus das panslawistische Netz über die Slowenen Krains, Kärntens und Südsteiermarks immer dichter gespannt werden, um so mehr, da auch die Tschechen die slowenische Wühlarbeit eifrig förderten. –

Das tschechische Bürgertum entfaltete sich in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges nach 1871 ungemein rasch. Bereits 1880 gab es in Böhmen, Mähren und Schlesien neben 167 deutschen Zeitungen 155 tschechische, 1890 waren die tschechischen Zeitungen schon in der Überzahl: 335 gegen 241 deutsche, 1914 gab es gar 1251 tschechische Zeitungen und nur 613 deutsche! Das tschechenfreundliche Ministerium Taaffe, das 1879 zu regieren begann, das Ministerium des Polen Badeni 1895, das Ministerium Thun 1898 taten ihr Möglichstes, um die Feinde der Deutschen zu stärken. Immer unseliger wurde das Kaisertum zerrüttet. Die Deutschen lehnten energisch jeden Föderalismus ab, sie forderten, daß eine „feste Hand“ die Zügel des Reiches führe. Die Tschechen, Slowaken, Slowenen, Italiener schrien nach Föderalismus, da sie von diesem eine Unterstützung ihrer Wünsche, die Erreichung ihres Zieles vollster Selbständigkeit erhofften. In Wien suchte man durch lahme Kompromisse den „Ausgleich“.

Die Führer der Tschechen, Kramarsch, Kaizl († 1910) und Masaryk setzten es durch, daß am 13. Juli 1908 abermals in Prag ein allslawischer Kongreß stattfand. Der kluge Kramarsch wollte nicht offen der Wiener Regierung den Kampf ansagen, was ihm seine Landsleute sehr verdachten.

33

Um so mehr hetzte er gegen Deutschland, den stärkeren Partner in dem seit 1879 bestehenden Bunde zwischen Österreich und Deutschland. Die Gefahr, welche Österreich drohe, so sagte er, liege in der Übermacht und der Herrschaft des Deutschen Reiches. Dagegen gebe es zwei Mittel: die Aufrichtung des tschechoslowakischen Staates in den Sudetenländern unter dem Zepter des Hauses Habsburg und dann das Bündnis der Monarchie mit Rußland und Frankreich. Die Stimmung in Österreich wurde immer gewitterschwüler. Rußland verhehlte kaum seine Angriffsabsichten, die Türkei hinwiederum suchte ihren Einfluß auf dem Balkan zu erweitern, weswegen das Kaisertum im Oktober 1908 Bosnien und Herzegowina annektierte. Als sich der wirbelnde Todhaß so zu schwindelnder Höhe türmte, wetterleuchtete es im September 1908 wieder in Laibach. Die Slowenen rotteten sich zusammen, zertrümmerten die Fenster des deutschen Casinos, rissen deutsche Geschäftsschilder herab oder überschmierten sie, planten mörderische Angriffe auf hervorragende deutsche Persönlichkeiten. Agenten aus Agram und Belgrad waren eifrig am Werke, das Chaos heraufzuführen, aber noch gelang es den Kugeln der kaiserlichen Regimenter, die nationale Leidenschaft der Slowenen, welche überzuschäumen drohte, einzudämmen. Aber auch diese Explosion vermochte nicht die Wiener Regierung zu bewegen, dem deutschen Volksteil energischeren Schutz zu gewähren.

Seit dem Kongreß von 1908 war die tschechische Politik in die klare Linie der Entente eingerückt: am 27. Mai 1921 erklärte Benesch, „daß die tschechoslowakische Republik eine alliierte und assoziierte, schon vor Beginn des Weltkrieges mit Deutschland im Kriegszustande befindliche Macht war“. An dieser Tatsache konnte

auch das Koalitionskabinett des Freiherrn von Beck in Wien 1906-1909, das neben Deutschen und Polen zwei Tschechen umfaßte, nichts mehr ändern. Für die Tschechen gab es nur noch ein Ziel: die Errichtung ihres Staates und die unbedingte Herrschaft über die 3,6 Millionen Sudetendeutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Ein nationaler Ausgleich kam für die Tschechen nicht mehr in Frage.

34

Einleitung: Lage vor dem Weltkrieg 35

Damit sie ihr Ziel um so leichter erreichten bedienten sie sich des Vorspanns der Slowenen im südlichen Teil der Monarchie.

Da brach der Weltkrieg aus, 1914. Der Fluch des Hauses Habsburg begann sich zu erfüllen. - Der Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand wurde in Bosnien, in Serajewo, ermordet: er ging als erster ein in das Tor zu Blut und Feuer, das sich auftrat und vier Jahre später die ganze Monarchie verschlang.

35

< [Leerseite] >

36

< [Leerseite] >

37

I. ABSCHNITT:
WELTKRIEG UND REVOLUTION
1914-1922

38

ERSTES KAPITEL

Der Verrat der Tschechen an Österreich

Mit dem Augenblick, da die österreichisch-ungarische Macht an der Seite Deutschlands gegen Rußland, Serbien, Frankreich in den Weltkrieg zog, stand für die Führer der Tschechen außer jedem Zweifel, daß auch sie in die Reihe der Gegner Österreich gehörten. Um so mehr, als der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg mit seinem bekannten rednerischen Ungeschick den Weltkrieg zu einem Kriege der Germanen gegen die Slawen erklärte. In Prag nahm der Untergang des Hauses Habsburg seinen Anfang.

Von Anfang an waren die Bemühungen der Tschechen bewußt gegen die Kaisermacht des Hauses Habsburg gerichtet. Allerdings herrschte in dem Kreis der Führer, so klein er war, eine starke Zersplitterung und Gegensätzlichkeit, um so mehr, als der Kriegausbruch ihnen völlig überraschend kam. Die tschechischen Klerikalen, die Angst vor hussitischen Traditionen hatten, hielten zum Hause Habsburg, wie auch ein Teil der Sozialdemokraten, bei denen marxistisch-anationale und pazifistische Ideen maßgebend waren. Die Nationaldemokraten Kramarsch und Dürich strebten nach möglichst engem Anschluß an Rußland, der den tschechischen Sozialisten nahestehende Masaryk hoffte auf die Westmächte. Ein großer Teil stand abwartend zur Seite: Tusar, Svehla, die sozialdemokratischen Führer Njemer und Soukup. Der einzig Aktive war Masaryk. Der jetzt, 1914, Fünfundsechzigjährige, führte seit 1900 die tschechische Volkspartei. Er war ein Mann von scharfem Verstande und feuriger Leidenschaft, der bisher aus Klugheit den schroffen Bruch mit Österreich vermieden hatte, jetzt aber ein leidenschaftlicher Gegner der Habsburger wurde. Schon im August 1914 begab sich Masaryk nach Holland, mit Freunden aus London und Paris zusammentreffend. Dann kehrte er wieder nach Böhmen zurück, gründete die tschechische Verschwörerorganisation „Maffia“, deren Aufgabe die Vorbereitung der Revolution im Innern und die Herstellung eines Nachrichtendienstes mit den in die Länder der Alliierten emigrierten Tschechen vor.

39

Deutsche unter Fremdherrschaft 40

Masaryk reiste bereits im Dezember 1914 endgültig ins Ausland. Aber eine Reihe hervorragender Tschechen gehörte der Maffia in Böhmen an: Benesch, Dürich, Scheiner, Kramarsch, Raschin. Allerdings emigrierte Dürich alsbald nach Rußland und Benesch verließ am 1. September 1915 Böhmen und begab sich über bayrisches und schweizerisches Gebiet nach Paris. Kramarsch, Scheiner, Raschin waren von den österreichischen Behörden bereits vor Beneschs Abreise wegen Hochverrat verhaftet ; So war die „Maffia“ wohl ihrer Führer beraubt, aber nichtsdestoweniger entfaltete sie ihre verderbliche Tätigkeit in großem Umfange.

Die Aufgabe der Verschwörer bestand zunächst darin, die tschechischen Soldaten im österreichischen Heere zur Fahnenflucht und zum Überlaufen zu verleiten. Von Anfang an wurde diese Aufgabe mit dem besten Erfolge erledigt. Viele Tausende und abermals viele Tausende von Tschechen, die an die Ost- oder Westfront geführt wurden, erhoben vor dem Feinde die Hände und ließen sich gefangen nehmen.

Sodann wurde die Einrichtung eines umfassenden Nachrichten- und Spitzeldienstes mit Erfolg betrieben. Mit gefälschten Namen und Pässen reisten die Agenten hin und her, brachten regelmäßig chiffrierte Meldungen über die schweizerische Grenze.

Sogar beim österreichischen Innenminister saß ein tschechischer Spitzel! Die kaiserliche Regierung war gar nicht in der Lage, das Todesnetz, das sie umspannte, bis in seine feinsten Fäden zu erkennen und zu zerreißen.

Kramarsch wurde zwar vor ein Kriegsgericht gestellt, und ein Hochverratsprozeß von ungeheuren Maßen rollte ab. Aber der Tscheche und seine Genossen wußten, daß der Tod unerbittlich seine Hand nach ihnen streckte. Kramarsch verteidigte sich als ein guter Österreicher: er habe nur den Staat der Habsburger vor der Aussaugung durch Deutschland bewahren wollen und empfohlen, nicht Deutschland, sondern Rußland als Bundesgenossen zu wählen. Das Kriegsgericht schenkte Kramarschs Worten keinen Glauben, doch zu spät kamen die Österreicher nun zur Erkenntnis. Ein Jahr lang dauerte der aufregende und aufwühlende Prozeß.

1. Kapitel: Abwehr tschechischer Umtriebe 41

Das Urteil der letzten Instanz über Kramarsch, ein stattlicher Band, lautete auf Todesstrafe. Es gipfelte in folgenden Ausführungen:

„Das erstrichterliche Urteil stellte fest, daß Kramarsch in der panslawistischen Propaganda und der tschechischen russophilen Bewegung durch bewußtes Zusammenwirken mit auf die Zertrümmerung der Monarchie abzielenden Bewegungen sich vor und nach Ausbruch des Krieges gegen den eigenen Staat betätigte. Sowohl im feindlichen wie im neutralen Auslande setzte eine weitverzweigte, organisierte revolutionäre Propaganda ein, die auf Bildung eines von Österreich-Ungarn unabhängigen tschechischen Staates mit allen Mitteln, wie Herausgabe von Zeitschriften, die beinahe ausschließlich dem Losrennungsgedanken gewidmet sind, Veröffentlichung von Aufrufen, Veranstaltung von Kongressen und Organisation tschechischer Freiwilligenlegionen in Rußland, Frankreich und England hinarbeitete.

Nach der gerichtlichen Überzeugung sind auf das Treiben des Angeklagten jene beklagenswerten Erscheinungen zurückzuführen, die im Laufe des Krieges bei einem Teile der tschechischen Bevölkerung zutage getreten und dem erfolgreichen Abschluß des Krieges bedeutende Hindernisse in den Weg legten. In dieser Hinsicht wird insbesondere hingewiesen auf die Vorbereitung hochverräterischer russischer Proklamationen in Böhmen und Mähren, auf Sympathiekundgebungen für den Feind, auf die zahlreichen strafgerichtlichen Verfolgungen wegen politischer Delikte, ferner auf die geringe Beteiligung der tschechischen Bevölkerung an den Kriegsanleihen, an der Kriegsmetallsammlung und an den Sammlungen für das Rote Kreuz. Tatsächliche Vorkommnisse, wie die Indienststellung tschechischer Freiwilligenkorps im feindlichen Ausland, das pflichtvergessene Verhalten tschechischer Kriegsgefangener, die Unverläßlichkeit von Mannschaften einzelner Truppenkörper, staatsgefährliche, gegen die militärische Dienstpflicht verstoßende Exzesse bei einzelnen tschechischen Truppen im Hinterlande und Etappenraum, belasten nach Überzeugung der Gerichte sowohl Kramarsch als seine Genossen.“

Das Urteil wurde an Kramarsch nicht vollstreckt. Kaiser Franz Joseph begnadigte ihn zu einer Kerkerstrafe.

41

Deutsche unter Fremdherrschaft 42

Er erinnerte sich an Johann Hus und wollte den Tschechen nicht einen neuen Märtyrer verschaffen. Im November 1916 starb der greise Kaiser von Österreich. Sein Nachfolger war Kaiser Karl, ein Mann, der wenig deutsch empfand und den Slawen gegenüber eine sehr freundliche Nationalitätenpolitik betrieb. Eine seiner ersten Handlungen war eine Amnestie gegen die verurteilten Tschechen. Wenige Tage vor Weihnachten 1916 gab er Doktor Kramarsch und den anderen verurteilten tschechischen Hochverrätern die Freiheit zurück. Karl glaubte, auf diese Weise den Tschechen seine antideutschen Sympathien zu beweisen und ihre Freundschaft zu gewinnen. Aber es brachte ihm keinen Segen. Mit neuen Kräften, zu viel tieferen und schrecklicheren Folgen führend, konnte die Unterminierung Böhmens und Mährens betrieben werden. Die Deutschböhmen waren verzweifelt. –

Inzwischen unternahmen Masaryk, Benesch und der Slowake Stefànik das schwere Werk, mit Hilfe von Journalisten und Gelehrten die Diplomaten und Völker Frankreichs und Englands auf die Existenz eines gänzlich unbekanntes, aber dennoch vorhandenen tschechoslowakischen Volkes hinzuweisen, dessen Knechtung unter die Herrschaft Österreichs zu bejammern und seine Wiederherstellung in den „historischen Grenzen“, d. h. mit Einschluß Deutschböhmens und Karpathorußlands, zu fördern. Masaryk wollte vor allem in London wirken, wo er vom Oktober 1915 bis Frühjahr

1917 Professor am King's College war und bereits am 14. November 1915 die erste Proklamation gegen Österreich-Ungarn veröffentlichte, die er und Benesch und Dürich als „Tschechoslowakischer Auslandsausschuß“ unterzeichneten. Mitte Dezember 1915 wurde Benesch mit dem Slowaken Stefànik, der die französische Nationalität erworben hatte, in Genf bekannt. Benesch, der Mann des kühlen Verstandes, und Stefànik, der Mann der Leidenschaft, begannen in Paris ihre gemeinsame Wirksamkeit. Dabei war es sehr nützlich, daß Stefànik Beziehungen zur französischen Regierung besaß.

42

1. Kapitel: Tschechen im Ausland 43

Durch die Vermittlung Stefàniks war es möglich, daß Masaryk am 4. Februar 1916 in einer Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand dessen Zustimmung zur Zerschlagung Österreich-Ungarns erlangte, da diese das wirksamste Mittel gegen den „pangermanistischen Plan Berlin- Bagdad“ sei. Schon wenige Tage später rief Masaryk in Paris den „Tschechoslowakischen Nationalrat“ (Conseil National des Pays Tchèques) ins Leben. Den Vorsitz hatte Masaryk, Dürich war Vizepräsident, Benesch Generalsekretär und Stefànik Vertreter der Slowaken. Dieser Nationalrat mit dem Sitz in Paris verfügte über das unbedingte Prestige, wurde aber in seiner Arbeit dadurch gehemmt, daß der Agrarier Dürich gegen die Linkspolitik Masaryks und Beneschs opponierte. Im Juli 1916 reiste Dürich nach Petersburg, fand Anschluß an die Zarenregierung und gründete dort einen zweiten Nationalrat mit Tschermak, Pavlu, Klecanda.

Der Tschechoslowakische Nationalrat in Paris organisierte von seinem Sitz Paris aus eine weltumspannende Propaganda, deren Zentren Paris und London waren. Masaryk, Benesch, Stefànik reisten in der Welt umher und gewannen die Sympathien ungezählter Vereine und Organisationen. Nicht bloß die Alliierten und ihre Bundesgenossen wurden mit Propaganda bedacht, auch über der österreichischen Front wurden Flugblätter revolutionären Inhalts in ungeheuren Massen abgeworfen. Diese groß angelegte tschechoslowakische Propaganda erfaßte jetzt auch die Südslawen, wodurch Italien infolge seiner Rivalität mit den Südslawen in einen gewissen Gegensatz zu den Bestrebungen der Tschechoslowaken geriet. Dann vor allem aber bemühte sich der Nationalrat, eine tschechoslowakische Armee zu gründen. Schon seit Februar 1915 verfolgte Masaryk den Gedanken, eine eigene Armee zu schaffen und sie den Alliierten zur Verfügung zu stellen. Nur auf diese Weise sei von den Alliierten die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei zu erwarten, nicht etwa von einer Revolution der Maffia in der Heimat. Die ersten Anfänge einer tschechoslowakischen Armee in Frankreich war die Kompanie Nazdar bei der Fremdenlegion in Paris, während zugleich in Petersburg die tschechische Legion Druzina entstand. Doch bis Ende 1916 blieb alles noch in den kümmerlichsten Anfängen, weil man völkerrechtliche Bedenken trug, Gefangene und Überläufer an der Front zu verwenden.

43

Deutsche unter Fremdherrschaft 44

Erst 1917 und 1918 gelang es, eine tschechoslowakische Armee mit einer Maximalziffer von 150 000 Mann zu bilden.

Die Friedenserörterungen im Dezember 1916, so unangenehm sie auch für Masaryk und Benesch waren, weil sie den Tschechen zu vorzeitig erschienen, brachten doch den Tschechoslowaken einen großen diplomatischen Erfolg. Es gelang Benesch, bei der Pariser Regierung dahin zu wirken, daß in der Antwort der Alliierten vom 12. Januar 1917 auf die Friedensnote Wilsons vom 21. Dezember 1916 ausdrücklich „die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechoslowaken von der Fremdherrschaft“ gefordert wurde. Damit hatte Benesch erreicht, daß die Alliierten die Sache der

tschechoslowakischen Unabhängigkeit zu ihrer eigenen gemacht hatten. In dieser Geschwindigkeit allerdings konnten die Tschechen in der Heimat ihren Emigranten nicht folgen, um so weniger, als Kaiser Karl erst kurz zuvor Kramarsch und seine Genossen amnestiert hatte! Am 31. Januar 1917 desavouierte der Verband der tschechischen Abgeordneten und tschechische Nationalausschuß in Prag die Note der Alliierten an Wilson durch eine feierliche Loyalitätserklärung gegenüber dem österreichisch - ungarischen Außenminister Czernin.

Dennoch brachte das Jahr 1917 den Tschechen weitere große Fortschritte drinnen und draußen. Im Frühjahr begann Masaryk seine große politische Weltreise nach Rußland, Japan und Amerika und warb um die Gunst der Männer, die das Schicksal der Welt in den Händen hielten. Seine Wünsche, die er vorbrachte, wurden durch das von der russischen Märzrevolution proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker aufs nachdrücklichste unterstützt. Dann erfochten zum ersten Male die tschechoslowakischen Truppen in der Kerenski-offensive am 26. Juni 1917 einen Sieg in der Schlacht bei Zborow. Die Folge war, daß nun, nach monatelangem, vergeblichem Drängen von seiten der Tschechen, die französische Regierung die Bildung einer tschechoslowakischen Nationalarmee auf französischem Boden zuließ.

44

1. Kapitel: Masaryk und Benesch 45

Und schließlich gelang es, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz zu Stockholm im August 1917 mit den tschechischen Sozialdemokraten der Heimat zusammenzutreffen. Sie hatten sich bisher immer den Österreichern versöhnlich gezeigt, besonders da der österreichische Ministerpräsident Clam-Martinic und Czernin bemüht waren, die Sympathien der Tschechen zu gewinnen. Der bisher abwartende Njemec kehrte von Stockholm nach Prag als entschiedener Gegner Österreich-Ungarns zurück.

Den unmittelbarsten Erfolg aus der Stockholmer Tagung erntete Benesch wohl in den Kämpfen an der italischen Front im November 1917. Die Kriegsleitung Österreich-Ungarns kam in die größten Verlegenheiten, weil ganze tschechische Schützenregimenter, wie das 8. und 28., den Gehorsam verweigerten und entwaffnet werden mußten, soweit sie nicht Fahnenflucht begingen!

Allerdings erlitten Masaryk und Benesch bei den angelsächsischen Völkern im Januar 1918 wieder eine diplomatische Schlappe. Lloyd George lehnte in seiner Rede am 5. Januar 1918 ausdrücklich eine Aufteilung von Österreich-Ungarn ab und begnügte sich mit der Autonomie der Nationalitäten. Dasselbe tat Wilson in seinen 14 Punkten vom 8. Januar 1918: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.“ Auf dieser Grundlage fanden sogar im Februar geheime Verhandlungen zwischen dem Vertreter Wilsons und dem Wiener Hofrat Lammasch in der Schweiz statt.

Masaryk und Benesch waren bestürzt von diesen Auslassungen: sie wollten nichts von Autonomie wissen, sie wollten nun um so entschlossener die Monarchie der Habsburger zertrümmern. Deshalb suchten sie jetzt das Bündnis mit den anderen inneren Gegnern Österreichs, mit den Südslawen, den Polen, den Italiern. Aber da galt es, erst noch die Spannungen zwischen Italien und den Südslawen zu beseitigen.

Bei den steirischen und kärntischen Slowenen lagen die Dinge allerdings anders als bei den böhmischen Tschechen. Die slowenischen Bataillone waren nicht so allgemein revolutionär wie die tschechischen.

45

Deutsche unter Fremdherrschaft 46

Die Slowenen taten mit den Deutschen zusammen ihre Vaterlandspflicht gegen Russen

und Italiener, sie waren zuverlässig und treu. Nur eine kleine Oberschicht von Gebildeten zeigte sich offen als Verräter, und diese war im Inland wie im Ausland die treibende Kraft gegen Österreich.

Auch das südliche Tirol tat seine Pflicht. Die Ladiner litten zwar sehr darunter, daß Teile ihrer Heimat von den Italiern besetzt waren, alle Schrecken der Schlachten und der Verwüstung zu spüren bekamen. Aber sie wankten nicht in ihrer Treue zum Hause Habsburg. Sie wollten nichts wissen von den Umtrieben einiger Verräter, und Ende Mai 1918 erklärten sich mehrere hundert Pfarrer und Bürgermeister italischer Herkunft in Südtirol ausdrücklich für staats-treu: sie seien nicht einverstanden mit den Bestrebungen radikaler Irredentisten und wünschten nicht, an Italien abzutreten zu werden. Dies war die Antwort einerseits auf Wilsons 14 Punkte, worin eine Berichtigung der Grenzen Italiens „nach klar erkennbaren nationalen Linien“ verlangt wurde, andererseits aber auch auf den Kongreß der Unzufriedenen, der unter Beneschs Leitung am 9. April auf dem römischen Kapitol tagte. –

Leider hatte die Wiener Regierung selbst den südtirolischen Irredentisten Waffen in die Hand gegeben. Im Frühjahr 1915, als Italien formell noch dem Dreibund angehörte und neutral war, bot Graf Burian am 27. März im Auftrage des Kaisers Franz Joseph gegen das Versprechen wohlwollender Neutralität und freie Hand für Österreich auf dem Balkan außerhalb Italiens dem italienischen König die Abtretung Welschtirols mit Trient an. Es handelte sich um das Gebiet südlich vom Avisiofluß. Das war aber den Italiern zu wenig, und Sonnino forderte am 6. April das gesamte Südtirol auf Grund der von Napoleon 1811 festgesetzten Grenze des Königreichs Italien. Die von Sonnino geforderte Grenze lief zwischen Bozen und Brixen hindurch, so daß das urdeutsche Bozen zu Italien kam. Ein zweites Angebot Burians vom 10. Mai, den Teil von Tirol, der von Italiern bewohnt sei, an Italien abzutreten, beantwortete die römische Regierung am 23. Mai mit der Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, 1915. -

46

1. Kapitel: Allgemeine Verschwörung 47

Diese Handlungsweise der Wiener Regierung war sehr ungeschickt, denn sie gab den fanatischen Irredentisten in der Folge einen hinreichenden Grund, die Zuteilung Südtirols an Italien zu betreiben, ja noch viel mehr, als man ursprünglich erstrebte: die Italiener konnten alles Tiroler Gebiet bis an die „Brenner-Grenze“ in ihre Gewalt bringen! –

Beneschs nächstes Ziel war also der Zusammenschluß der unterdrückten Nationalitäten Österreichs und ihre Angliederung an die Entente, wozu eine Entspannung zwischen Italien und den Südslawen nötig war. Diese wurde im März durch einen förmlichen Vertrag zwischen Italien und Trumbitsch, dem Führer der Südslawen, herbeigeführt.

Am 9. April 1918 tagte auf dem Kapitol zu Rom der Kongreß der von Österreich-Ungarn unterdrückten Nationalitäten. Unter Führung von Benesch hatten sich hier alle Verräter Österreichs zusammengefunden. Der Tscheche Benesch, der Slowene Trumbitsch, der Pole Zamorski malten in den schwärzesten Farben die Schrecken der deutschen Herrschaft. Franklin Bouillon erklärte im Namen der französischen Parlamentarier die Sympathien Frankreichs. Und dann wurde eine Entschliebung folgenden Inhalts angenommen:

„Die Italiener, Polen, Tschechen und Südslawen stellen folgende Grundsätze auf: 1. Ein jedes dieser Völker proklamiert sein Recht, seine Nationalität in nationaler Einheit zu konstituieren oder sie in voller politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu vervollständigen und zu vereinigen. 2. Ein jedes dieser Völker erkennt in der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Instrument der deutschen Herrschaft und ein fundamentales Hindernis für die Verwirklichung seiner Wünsche und Rechte. 3. Die Versammlung erkennt daher die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die gemeinsamen Unterdrücker an, damit ein jedes Volk zu seiner

vollen Befreiung und zur vollen nationalen Einheit, zu seinem eigenen freien Staatswesen gelangt.“

Damit war die geschlossene Front der Feinde der Deutschen von der nördlichen zur südlichen Peripherie des Reiches hergestellt.

47

Deutsche unter Fremdherrschaft 48

Das letzte Stadium der Entwicklung hub an: über die „nationaler Ausgleich“ genannte Duldung der indifferenten Wiener Regierung wuchs mächtig der Staatswille der Tschechen, Slowenen, Polen, Italiener heraus. Der Habsburgerstaat wurde als der sterbenskranke Mann an der Donau betrachtet.

Inzwischen reiste Masaryk nach Amerika. Er entwickelte dem Präsidenten Wilson die Ziele des tschechischen Volkes, das sich mit dem slowakischen zu einem demokratischen Staate vereinigen möchte. Nicht Autonomie, sondern Selbständigkeit und Unabhängigkeit müsse den Tschechoslowaken gegeben werden! Masaryk betonte auch klar den tschechischen Anspruch auf die „historischen Grenzen“ und war beunruhigt, daß Wilson sich allzusehr hinter die nationale Selbstbestimmungstheorie verschanzte. Darin gingen die Ansichten Masaryks und Wilsons auseinander: Der Anspruch auf die historischen Grenzen und das Recht der nationalen Selbstbestimmung waren für Böhmen und Mähren zwei gänzlich gegensätzliche Begriffe, da das tschechische Volkstum von einem 40-80 Kilometer breiten Gürtel deutschen Volkstums am Fuße der Gebirge umgeben war. Wilson aber hielt noch an dem von ihm verkündeten Recht der nationalen Selbstbestimmung fest, erkannte aber doch die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei an. Mit Beruhigung stellte Masaryk diesen Fortschritt gegenüber den 14 Punkten fest.

In Amerika erreichte Masaryk auch die solange erstrebte völlige Einigung mit den Slowaken. Am 30. Mai 1918 schloß er mit ihnen den Vertrag zu Pittsburg, wonach die Tschechen in Böhmen und Mähren und die Slowaken Nordungarns in einer neuzugründenden demokratischen Republik sich vereinigen sollten. Den Slowaken wurden eigene Verwaltung, eigener Landtag und eigene Gerichte zugesichert. Jetzt konnte nun der amerikanischen Regierung in Washington endgültig die in aller Form vollzogene Gründung nicht nur des polnischen und südslawischen, sondern auch des tschechoslowakischen Staates mitgeteilt werden.

Was Masaryk in Amerika durchsetzte, das vollendete Benesch in London: er brachte die englische Regierung dazu, nicht bloß die Autonomie, sondern die Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates anzuerkennen!

48

1. Kapitel: Die Tschechen und die Alliierten 49

England möge doch den Tschechoslowaken die gleichen Zugeständnisse machen wie den Polen, täten dies ja auch die andern Alliierten! Nach drei Wochen langem Bedenken endlich schrieb der Außenminister Balfour einen Brief an Benesch, worin er die Sympathie mit der tschechischen Bewegung erklärte und den Nationalrat als „Erstes Organ der tschechoslowakischen Bewegung in den alliierten Ländern“ sowie die tschechoslowakische Armee als eine „organisierte Einheit, die zum Nutzen der alliierten Sache kämpft“, anerkannte. Das war zwar noch keine präzise völkerrechtliche Anerkennung, aber immerhin doch ein Schritt weiter gegenüber den Worten Lloyd Georges vom Januar.

Ende Juni hatte Benesch den französischen Außenminister Pichon dahin gebracht, daß dieser bei der Fahnenweihe des ersten selbständigen tschechoslowakischen Regiments in Frankreich den Nationalrat als „Grundlage einer künftigen tschechoslowakischen Regierung“ bezeichnete und diesem neuen Staate ausdrücklich seine „historischen Grenzen“, d. h. auch Deutschböhmen, zusicherte. Hierauf begab sich Benesch abermals nach London und erreichte nach zweiwöchigen schweren Verhandlungen, daß

Balfour im Namen der englischen Regierung den Nationalrat nun zwar nicht als Regierung, aber als „gegenwärtigen Vertreter der künftigen tschechoslowakischen Regierung“, im Besitze der Rechte eines derzeitigen Bevollmächtigten der zukünftigen tschechoslowakischen Regierung, den tschechoslowakischen Staat als verbündete Nation und die tschechoslowakische Armee als ein verbündetes und mit Deutschland und Österreich-Ungarn in regelrechtem Kriege befindliches Heer anerkannte, am 16. August 1918.

Nun konnte es auch Masaryk in Washington durchsetzen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten am 3. September den tschechoslowakischen Staat de jure und den Nationalrat vorbehaltlos als „faktische Regierung“ anerkannte.

Die Regierung in Wien nur protestierte gegen die englische Anerkennung. Der tschechoslowakische Nationalrat sei ein Komitee von Privatpersonen, welche weder vom tschechischen Volke, noch viel weniger aber „von der nur in der Phantasie der Entente existierenden tschechoslowakischen Nation irgend ein Mandat erhalten haben“. Die tschechoslowakische Armee aber setze sich nur aus Eid- und Treubrügigen zusammen. –

49

Deutsche unter Fremdherrschaft 50

Der unermüdlichen Zähigkeit Masaryks und Beneschs war es gelungen, unter unglaublichen Schwierigkeiten den tschechoslowakischen Staat zu schaffen und ihm zur Anerkennung zu verhelfen. Sie sind die Begründer des neuen Staates geworden. Und um dieses neue Gebilde ganz sicher vor allen revolutionären und kriegerischen Überraschungen zu schützen, schloß Benesch im Namen der tschechoslowakischen Republik Ende September 1918 in aller Form des Völkerrechts ein Bündnis mit Frankreich. Die Tschechoslowakei war ein im internationalen Leben voll anerkannter Vertragspartner geworden. Dann begab sich der rastlose Tscheche Anfang Oktober nach Rom, um auch noch Italiens Zustimmung einzuholen. –

Aber auch in Österreich-Ungarn selbst trieben die Dinge zur letzten Entscheidung. Die Reibereien in Böhmen zwischen Deutschen und Tschechen nahmen durch das herausfordernde Verhalten der Tschechen seit Ende 1917 in der unangenehmsten Weise zu. Tschechische Trupps von Soldaten, Männern und Weibern zogen durch die Straßen Prags und anderer Städte, rissen deutsche Straßen- und Firmenschilder ab, brachten „Hochs“ auf die tschechoslowakische Republik und ihre Führer Masaryk, Kramarsch, Benesch aus, überfielen Deutsche und verprügelten sie.

Der Regierung in Wien blieb es nicht erspart, tschechische Zeitungen zu verbieten, die Rädelsführer zu verhaften, den verschärften Kriegszustand zu verhängen. In den reichsdeutschen Grenzgarisonen gegen Böhmen waren die Truppen jederzeit bereit, in Böhmen einzumarschieren, wenn der Befehl erteilt wurde. Am 22. Januar 1918 verlangte die deutsch-böhmische Vereinigung im Abgeordnetenhaus, daß eine selbständige Provinz Deutschböhmen gebildet werden solle, damit die Deutschen endlich vor den dauernden Bedrängnissen durch die Tschechen sicher seien. Diese deutsche Forderung zeigte, wie weit es gekommen war. Man erhoffte nicht mehr von dem schwachen Kaisertum in Wien Schutz, so daß sich

50

1. Kapitel: Wilsons Haltung 51

die Deutschen genötigt sahen, die föderalistische Forderung, die sie jahrzehntelang abgelehnt hatten, jetzt selbst zu stellen.

Die Rollen hatten sich umgekehrt. Die Tschechen, die bisher für Föderalismus waren, traten jetzt für zentrale Verwaltung in Böhmen und Mähren ein und protestierten gegen die deutsche Forderung, durch die ja die Erlangung der „historischen Grenzen“ gefährdet wurde! Sie begründeten am 11. Februar 1918 in Prag die „tschechisch staatsrechtliche Demokratie“, eine Fortbildung des

tschechischen Nationalausschusses, die sich innerhalb Österreich-Ungarns die Erkämpfung eines tschechoslowakischen Staates, umfassend ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die ungarische Slowakei, zum Ziele setzte, vorerst jedoch noch im Rahmen der Habsburger Monarchie.

Wilson, der auf der einen Seite mit Masaryk verhandelte, versuchte auf der anderen Seite auch unmittelbar auf die Wiener Regierung Einfluß zu gewinnen, und zwar noch auf der Basis der 14 Punkte vom 8. Januar. Der deutsche Parlamentarier Dr. Viktor Naumann erhielt Mitte Februar 1918 in Wien folgende Information: „Es ist mir von sicherster Schweizer Seite mitgeteilt worden, welche Unterhandlungen in der Schweiz zwischen Herrn Hofrat Lammasch und dem Vertrauten Wilsons stattfinden, daß Wilson erklärt, Österreich müsse die Prinzipien der Gerechtigkeit, Moral und das Nationalitätenprinzip bei sich im Innern anerkennen, und zwar schleunigst, dann könnten die Völker im Rahmen der Monarchie bleiben. Ferner müßte Österreich-Ungarn eine bindende Erklärung über die Wiederherstellung Serbiens und Montenegros abgeben, dann würde, falls man einen Sonderfrieden schließen wolle, wenn Deutschland im Kriegszustand beharre, Amerika dafür sorgen, daß die italienischen Bedingungen auf die Abtretung des Trentino und die Isonzofront beschränkt würden, daß die austropolnische Lösung eintrete und daß man eine sehr hohe Milliardenanleihe zu 3,5 Prozent gewähren werde. Hofrat Lammasch soll geantwortet haben, er hoffe, bald günstigen Bescheid zu geben, und man teilte mir mit, er habe hinzugefügt, falls der Kaiser Ellenbogenfreiheit habe, werde er Czernin beseitigen.“

51

Deutsche unter Fremdherrschaft 52

Doch an dem Widerstande Czernins, der zwar den Nationalitäten soweit wie möglich entgegenkam, aber ein zäher Gegner der vom Ausland geschürten Autonomiebestrebungen war, scheiterten diese geheimen Unterhandlungen. Ja, der Minister hielt nicht damit zurück, in öffentlicher Rede den in Amerika weilenden Masaryk mit maßloser Leidenschaftlichkeit anzugreifen.

Die Deutschböher waren infolge all dieser Vorgänge vor großer Unruhe erfaßt. Sie hielten überfüllte Versammlungen ab, protestierten gegen die Errichtung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates, forderten von der Regierung kategorische Abhilfe und Schutz gegen den Tschechenterror. In Wien suchte man wieder nach einem Kompromiß: man wollte, wie die Tschechen das früher und die Deutschen erst kürzlich gefordert hatten, nun doch eine neue Kreiseinteilung in Böhmen durchführen. Sieben tschechische, vier deutsche und zwei gemischtsprachige Kreise sollten gebildet werden. Natürlich war sofort der tschechische Protest wieder da: durch diese Maßnahme werde Böhmen zerrissen, und dieser Plan sei der erste Schritt auf dem Wege zur Bildung einer deutschen Provinz Böhmen; das tschechische Volk werde den Kampf keineswegs einstellen und an seinen Forderungen festhalten, die geplante Kreiseinteilung sei nur von den deutschen Chauvinisten erzwungen worden. Die Tschechen befanden auf ihren „historischen Grenzen“, jetzt, da die Verwirklichung ihrer Pläne näherrückte.

Die Lage der Deutschen war trostlos. Mit Schrecken dachten sie daran, daß Kaiser Karl sich zum König von Böhmen krönen lassen werde, wenn er sich dafür Vorteile von den Tschechen verspricht. Der Ministerpräsident Seidler in Wien selbst war ein Tschechenfreund, der Verbündete Kaiser Karls; am Anfang seiner unglücklichen Laufbahn stand die verhängnisvolle Amnestie. Der allgemeine Eindruck der Deutschböher war, daß ihre Sache in Wien nicht in guten Händen war. Am letzten Apriltage forderte der deutsche Volksrat für Böhmen auf seiner Vollversammlung in Lobositz Seidlers sofortigen Rücktritt und entschlossene Abkehr von der bisherigen tschechenfreundlichen Politik.

52

1. Kapitel: Unruhen in Böhmen 53

Den deutschen Abgeordneten des Reichsrates wurde rücksichtsloseste Opposition angeraten, bis diese Forderungen erfüllt seien.

Von Tag zu Tag wuchs die Siedehitze. Auf der Konferenz der Obmänner der Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses am 3. Mai fehlten die Mitglieder des tschechoslowakischen und südslawischen Klubs. Aber sie schickten eine Drohung: sie würden das Parlament sprengen, wenn die Regierung durch Ernennung von Kreishauptleuten in Böhmen oder durch andere Maßregeln den Deutschen entgegenkommen sollte. Daraufhin vertagte die Regierung am nächsten Tage die Einberufung des Reichsrates und des Abgeordnetenhauses.

Bei der Fünfzigjahrfeier des böhmischen Nationaltheaters zu Prag kam es am 16. Mai zu maßlosen tschechischen Kundgebungen und Ausschreitungen, die offen staatsfeindlichen, hoch- und landesverräterischen Charakter trugen. Die Wiener Regierung hatte sich unterdessen zu einem Kompromiß entschlossen: am 19. Mai ernannte sie die von den Deutschen geforderten böhmischen Kreishauptleute, die aber immer noch der gänzlich tschechisch beeinflussten Prager Landesregierung unterstanden und insofern keinerlei Selbständigkeit besaßen. Von einer Erfüllung der deutschen Autonomieforderungen konnte also noch keine Rede sein. Während die Tschechen die Bestellung der deutschen Kreishauptleute als einen Schlag gegen sich empfanden und die Fäuste ballten, murrten die Deutschen, daß es sich nur um einen Scheinerfolg handle, der für das deutsche Element keineswegs einen nationalen Gewinn bedeute. Aber die parlamentarische deutschböhmische Vereinigung bezeichnete die neue Kreisordnung als ein doch erfreuliches Zeichen für die Entschlossenheit der Wiener Regierung.

Um so lauter protestierte die Vollversammlung des parlamentarischen Tschechenverbandes zu Prag Ende Mai. Radikal wurden sämtliche Wiener Maßnahmen abgelehnt: die Errichtung der böhmischen Kreishauptmannschaften, die Verfolgung tschechischer Zeitungen, die Vertagung des Parlamentes. Auch das vertiefte Bündnis Österreich-Ungarns mit Deutschland wurde verworfen, da hierdurch die Monarchie allzusehr in Abhängigkeit von Deutschland gerate.

53

Deutsche unter Fremdherrschaft 54

Nun, da die kaiserliche Regierung nicht mehr verbergen konnte, daß sie vor dem Bankrott stand, wurde es auch in den andern Provinzen lebendig. Die Affäre mit dem Sixtusbriefe, die im April 1918 bekannt wurde und Kaiser Karl schwer belastete, löste einen Entrüstungssturm bei den Deutschen aus. Der Tiroler Volkstag sprach ein förmliches Verdikt über den Kaiser aus. Mächtig erhob sich das deutsche Nationalgefühl gegen die Losreißungsversuche an den andern Teilen der Peripherie des Reiches. In Steiermark und Kärnten versuchte eine kleine Gruppe südslawischer Intriganten in ständig steigender Wühlarbeit den Bestand des Reiches zu erschüttern. Ende April versammelte sich in Graz als Antwort auf die slawische Tagung in Rom Anfang April ein großer deutscher Volkstag Südsteiermarks: die ungeheure Menschenmenge leistete den heiligen Treueschwur, keinen Zollbreit Landes preiszugeben und unverbrüchlich an dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche festzuhalten, „denn hoch und heilig über allen andern Pflichten steht die Pflicht der Treue gegen das eigene Volk“! Die Deutschen Nordsteiermarks veranstalteten in Leoben am 10. Mai 1918 einen großen Volkstag, wo sie gegen die Gründung eines südslawischen Reiches protestieren und für sich den freien Zugang an die Adria fordern: Deutsche vom Belt bis zur Adria! Zehn Tage später veranstalteten in Klagenfurt die Deutschen eine feierliche Kundgebung gegen die südslawischen Wühlereien des Dr. Trumbitsch, der auf die Zerreißung Kärntens zugunsten eines neuen südslawischen Staates hinarbeite. Den Deutschen dürfe, so forderte man, der Weg an die Adria durch ein neues Staatsgefüge dieser Art nicht verlegt werden!

Ende Mai erscheinen Deputationen aus den südlichen Alpenländern beim Kaiser in Wien und bitten ihn um Unterstützung gegen das Vordringen der südslawischen Idee. Gleichzeitig verlangt ein deutscher Volkstag in Salzburg Zurückweisung aller tschechischen und südslawischen Ansprüche, und zur einheitlichen Organisation dieses Abwehrkampfes der Deutschen wird in Wien ein deutscher Volksrat gegründet. Erhebung, wie seit Jahrhunderten

54

1. Kapitel: Deutsche Gegenwehr 55

Der Rüttligeist war über die Deutschen gekommen, eine gewaltige Woge nationaler Erhebung, wie seit Jahrhunderten nicht mehr, flutete durch die deutschen Völkerschaften des habsburgischen Staates, in Böhmen und Mähren, in Kärnten und Krain und Tirol und Steiermark erhoben sich junge, neue Kräfte, die bereit waren, noch einmal in höchster Not zum Hause Habsburg zu treten und ihm zu helfen, zu jenem Dynastengeschlecht, das im Laufe von dreimal hundert Jahren mehr als oft genug dieselben Deutschen verraten und verlassen hatte, um seine Krone zu retten! Wie hätte eine starke Monarchie diese Kräfte ausnutzen können! Wie hätte sie all ihren slawischen Gegnern eine eiserne Grenze ziehen können! Aber das Haus Habsburg war innerlich bereits dem Tode verfallen, es fand keine Kraft und keinen Mut mehr, sich aufzuraffen. Und so verpuffte diese deutsche Volksleidenschaft. Übrig blieb nur der hämische Triumph der Tschechoslowaken, der Polen und der Südslawen, der Jugoslawen. Österreich war ein lebender Leichnam.

Die Tschechoslowaken holen zum letzten Schlage aus: Am 3. Juli 1918, einige Tage, nachdem Frankreich den neuen Staat in den von ihm geforderten „historischen Grenzen“ anerkannt hat, nimmt die Vollversammlung des Tschechenklubs einen sozialdemokratischen Antrag an, gegen das Ministerium Seidler sei Anklage zu erheben wegen Verletzung der Verfassung, begangen durch die Errichtung der böhmischen Kreishauptmannschaften. Zehn Tage später bildete sich in Prag der Tschechoslowakische Nationalausschuß, dessen Präsident Kramarsch ist, während Klotz Vizepräsident und der Sozialdemokrat Soukup Schriftführer werden. Es ist gleichsam der heimliche Zweig der neuen tschechoslowakischen Regierung, die Ergänzung des Tschechoslowakischen Nationalausschusses in Paris. Der Ausschuß veröffentlicht eine Kundgebung, worin es heißt: „Die Aufgabe des tschechoslowakischen Volkes liegt in der Arbeit zur Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes in einem selbständigen, demokratischen, tschechoslowakischen Staate, mit eigener Verwaltung im eigenen Hause und unter eigener Oberherrschaft.“

55

Deutsche unter Fremdherrschaft 56

Das, was der verbannte Masaryk im Auslande erreicht hatte, das schuf Kramarsch, der zum Tode Verurteilte, Begnadigte und Freigelassene, in der Heimat: er gründete den Tschechoslowakischen Staat, alle Parteien tschechischer Nationalität, bürgerliche und sozialdemokratische, in der nationalen Idee einigend.

Und dann kam der schwarze 22. Juli 1918, als das österreichische Abgeordnetenhaus über den tschechoslowakischen Antrag der Ministeranklage gegen Dr. von Seidler verhandeln sollte. Der Tscheche Dr. Stransky sprach Worte an diesem Tage, wie sie grauenhafter und fürchterlicher wohl kaum je in dem Parlament eines großen Staates gehört worden sind: „Die Tschechen erklären, Österreich in Ewigkeit zu hassen und bekämpfen zu wollen. Sie werden es schließlich vollständig zertrümmern, denn Österreich ist ein hundertjähriges Verbrechen gegen die Freiheit des Menschengeschlechts. Es ist die größte nationale Pflicht der Tschechen, Österreich zu schädigen, wo und wann es immer möglich ist. Das erfordert die Treue gegen das tschechische Volk und die Treue gegen die böhmische Krone. Und diese Treue kann

nur im Verrat gegen Österreich bestehen. Wir sind deshalb auch gesonnen, wo immer wir können, es treu zu verraten. Österreich ist überhaupt kein Staatswesen, sondern ein häßlicher hundertjähriger Traum, ein Alpdruck, sonst aber nichts. Es ist ein Staatswesen ohne Patrioten und ohne Patriotismus, das durch Addition von acht Irredenten - die deutschen mit einbegriffen - entstanden ist. Es ist ein Unding! Die Verteidigung der gerechten Sache des schwer beleidigten Tschechenvolkes in dem elenden Staate, genannt Österreich, erwarten wir längst nicht mehr! Erst wenn zwei Drittel des Staates sterben würden, würde es im Parlament eine Zweidrittelmehrheit geben, die gegen die Regierung auftreten würde. Sie haben sich die Sache sehr einfach zurechtgelegt. Sie schaffen zuerst Kreishauptmannschaften, und diese fassen Sie dann zusammen zu einem deutschen Zentrum, wodurch Sie die Errichtung einer Provinz Deutsch-Böhmen zu erreichen suchen. Der Weg nach Deutschland ist frei, aber wir müssen Sie bitten, nicht etwas auf diesem Wege mitzunehmen, was uns gehört!"

Ganz lustig und unbekümmert schrieb der tschechische Nationalrat Anfang September für alle tschechischen Steuerträger und Nichtsteuerträger eine „nationale Steuer“ aus, die dem neuen Tschechenregiment ein Betriebskapital von zehn Millionen Kronen verschaffen sollte.

56

1. Kapitel: Österreichisches Autonomiegesetz 57

Allen denen, die diese Steuer etwa sich weigern sollten zu zahlen, wurde gleichzeitig angedroht, daß ihre Namen in der tschechischen Presse öffentlich angeprangert werden würden. Wien ließ Herrn Kramarsch gewähren, und der kümmerte sich wahrhaftig keinen Deut darum, was die in Wien zu seinen Maßnahmen sagten. Hier beschränkte man sich lediglich darauf, zwischen all den Sorgen um militärischen Zusammenbruch und Frieden die Tschechen nun endlich doch noch durch das gnädige Geschenk einer Autonomie zu versöhnen. Am letzten Septembertage brachte das Landesgesetzblatt für Böhmen das durch kaiserliche Entschliebung geänderte Statut der Landesverwaltungskommission des Königreichs Böhmen, wodurch diese Kommission nach dem Grundsatz der nationalen Parität umgestaltet wurde. Die gemeinsamen Kollegialberatungen wurden abgeschafft. Statt ihrer sollte es von nun an eine deutsche und eine tschechische Abteilung geben, deren jede aus einem Vizepräsidenten, vier Mitgliedern und zwei Ersatzmännern bestand. Jede Abteilung sollte selbstständig und unabhängig von der andern beraten und beschließen. Der örtliche Wirkungskreis der Abteilungen sollte sich mit den durch die Maiverordnung geschaffenen deutschen und tschechischen Kreisen decken, die beiden gemischtsprachigen Kreise Budweis und Pilsen und einige kleinere Gebiete sollten der Vollversammlung, die durch das Zusammentreten der beiden Abteilungen gebildet wurde, direkt unterstehen. Diese Vollversammlung sollte außerdem alle gemeinsamen Angelegenheiten erledigen. Auch die Regelung der Finanzfragen sollte selbstständig von den beiden Abteilungen bzw. von der Vollversammlung vorgenommen werden. Die Mitglieder der Landesverwaltungskommission sollten vom König berufen werden. Die Wiener Regierung hoffte mit diesem Schritte den durch die Kreisverordnung vom Mai eingeleiteten Versuch, die nationalen Reibungsflächen im öffentlichen Leben zu beseitigen, nun auch auf das Gebiet der autonomen Verwaltung auszudehnen. Eine Befriedung des Volkes und ein Ausgleich der feindseligen Gegensätze sollte die Folge sein, und Kaiser Karl versprach sich einen großen Erfolg von dieser Autonomielösung.

57

Deutsche unter Fremdherrfchaft 58

Aber es war zu spät. Die Wiener Regierung hatte die Dinge viel zu weit treiben lassen, anstatt ihnen rechtzeitig starken und mutigen Widerstand entgegenzusetzen.

Jetzt wuchsen die Tschechen dem ihnen freundlich gesinnten Kaiser Karl über den Kopf. In den Sitzungen des österreichischen Abgeordnetenhauses Anfang Oktober, die wieder von den wüsten Schimpfereien der Tschechen, Polen und Südslawen erfüllt waren, herrschte allgemein die Ansicht vor, daß die Regierung mit der nationalen Autonomie zu spät komme. Der sozialdemokratische Abgeordnete Mataja meinte, den Weg obrigkeitlicher Zusammenfassungen der Nationen zu Staatsgebilden gebe es nicht mehr; man müsse sich entschließen, den Weg der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen anzuerkennen, nicht aus Zwang, aber aus der Erkenntnis der inneren Notwendigkeit eines neuen Systems. Aber gerade in den Tagen, da die Tschechen den letzten Schritt zu ihrer Freiheit taten, wurde das noch ungeborene Staatswesen von einer schweren Gefahr bedroht. Am 14. Oktober rotteten sich in Prag und andern böhmischen Städten die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten zusammen, verbündeten sich und begannen unter der Parole „Sozialisierung der Bergwerke“ einen Umsturzversuch. An diesem Tage erlebte das Werk des bürgerlichen Nationaldemokraten Kramarsch eine schwere Krisis, und die nationale Revolution schien durch die proletarische Revolution bezwungen zu werden. Aber Kramarsch konnte sich behaupten, der Umsturzversuch wurde abgeschlagen, weil die Behörden der Monarchie an der Seite des tschechischen Bürgertums gegen die Umstürzler vorgingen und so Kramarsch retteten. - Am gleichen Tage ließ Benesch eine Zirkularnote von Paris ausgehen, welche der Welt eine regelrechte tschechoslowakische Regierung mit diplomatischen Vertretern präsentierte: Masaryk war zunächst Staatspräsident, Ministerpräsident und Finanzminister, Benesch Außen- und Innenminister, Stefànik Kriegsminister.

58

1. Kapitel: Österreichs Zerfall 59

Noch einmal unternahm Kaiser Karl den hilflosen Versuch, sein schon längst zerbrochenes Reich neu zu umklammern; in Erfüllung einer Verpflichtung, die er nach langem Sträuben in seinem Friedensangebot vom 5. Oktober an Wilson endlich übernommen hatte, gab er am 16. Oktober das Manifest über den Neuaufbau Österreich-Ungarns als Bundesstaat heraus, das ganz allgemein die Föderalisierung Österreichs verkündete: „Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet.“ Die Abgeordneten der verschiedenen Völker des Reiches sollten Nationalräte bilden, welche bei der Neugestaltung der Verfassung mitwirken sollten. Die Sache war von vornherein aussichtslos, da Tschechen und Südslawen aufgehört hatten, von Wien aus Manifeste und Verordnungen entgegenzunehmen. Zwei Tage später, am 18. Oktober, antwortete Wilson auf das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober. Wilson sprach darin das Ablehnungsurteil über das Autonomiemanifest aus, indem er sich ausdrücklich und hauptsächlich auf die bereits bestehende tschechoslowakische Regierung berief, und verlangte nichts anderes als Anerkennung der Tschechoslowakei und der Jugoslawen als besondere Nationalitäten und selbständige Staaten: „Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er den gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich ereigneten und notwendigerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten ändern, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam die folgende vor: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.“

59

Seit dieser Satz geschrieben und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen dem Deutschen und Österreichisch-ungarischen Reiche besteht und daß der tschechoslowakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße 'Autonomie' dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf seiten der österreichisch-ungarischen Regierung um ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.“ Darauf proklamierte am 19. Oktober Masaryk die Unabhängigkeit der tschechoslowakischen Nation. Kramarsch protestierte gleichzeitig gegen die von den Deutschen geforderte Lösung der deutschen Sudetenländer vom Lande Böhmen: der tschechoslowakische Staat werde sich mit allen Mitteln einer Abtrennung „historischer Länder“ widersetzen.

Kaiser Karl versuchte in seiner Verzweiflung nun das äußerste, um Böhmen und Mähren zu erhalten. Er gestattete den tschechischen Abgeordneten, nach der Schweiz zu reisen und in Genf mit Benesch zusammenzutreffen, in der Hoffnung, daß durch ihre Einwirkung die Unnachgiebigkeit der Emigranten gemildert werde. Tatsächlich fürchteten die in die Schweiz reisenden Politiker, daß die nationale tschechoslowakische Revolution durch die bolschewistische verschlungen werden könne, wenn man das sterbende Reich zur Verzweiflung triebe. In Genf gab es Tage der Ungewißheit und Unsicherheit. Ja, Kaiser Karl suchte den Tschechen noch weiter entgegenzukommen: am 27. Oktober ernannte er den deutsch-feindlichen und pazifistischen Hofrat Lammasch zum österreichischen Ministerpräsidenten. Doch auch diese Tat konnte den rollenden Stein nicht mehr aufhalten.

60

1. Kapitel: Kriegsende 61

Der vorzüglichen Selbstdisziplin Kramarschs war es gelungen, durch Verzicht seiner ursprünglich monarchistischen Neigungen nun auch die widerstrebenden Teile der tschechischen Sozialdemokratie ins nationale Lager hinüberzuziehen, und vor dieser vereinten tschechisch-nationalen Front kapitulierten bedingungslos die Träger der österreichischen Staatsmacht: ein blitzschneller Handstreich Kramarschs brachte sie zu Falle.

Am 28. Oktober wurde das letzte Band zerrissen, das noch Böhmen an das Haus Habsburg fesselte. Menschenmassen wogten durch die Straßen Prags, Lieder singend, die Deutschen beschimpfend und bedrohend. Junge Burschen mit Leitern zogen herum, kletterten an den öffentlichen Gebäuden empor, zertrümmerten mit Beilen die kaiserlichen Adler oder überpinselten sie. Während die Stadt im Aufruhr war, begaben sich die Tschechen Svehla, Dr. Rasin, Dr. Soukup, Stribrny zum königlichen Statthalter Grafen Coudenhove und teilten ihm mit, daß der tschechische Nationalausschuß die gesamte ausführende Regierungsgewalt in den Gebieten des tschechoslowakischen Staates übernehme.

Coudenhove verließ kurzerhand Prag. Am Abend des gleichen Tages übergaben Feldmarschalleutnant Zanantoni und der Kommandierende General Kestranek dem tschechoslowakischen Nationalausschuß auch die gesamte militärische Gewalt. Die tschechischen Legionäre zogen durch die Straßen, Schüsse krachten, die deutschen Soldaten Österreichs wurden entwaffnet und abgeschoben, die Fahnen der Regimenter zerrissen. Der selbständige tschechoslowakische Staat war da.

Eine gewisse Sorge bereiteten den Tschechen deutsche Truppenkonzentrationen bei

Görlitz. Die deutsche Heeresleitung hatte diese Truppen versammelt, um mit ihnen im Falle eines österreichischen Verrates in Böhmen einzumarschieren und das Land zu besetzen. Die Tschechen fürchteten, da sie keine genügenden Waffen hatten, von den Deutschen überwältigt zu werden. Ganz besonders aber zitterten sie davor, daß die sudetendeutsche Bevölkerung diesen Einfall unterstützen könnte. Doch diese Besorgnisse erwiesen sich als überflüssig. Es kam nicht zur Wiederholung der Vorgänge von 1756 und 1866: der Zusammenbruch Österreichs wie Deutschlands verhinderte, daß die Tschechen durch deutsche Truppen gestört wurden.

61

Deutsche unter Fremdherrschaft 62

Nach 392jähriger Dauer hatten die Tschechen die Verbindung mit dem Hause Habsburg gelöst. Das Haus Habsburg hatte an jenem 28. Oktober 1918 geerntet, was seine Ahnherren Ferdinand II. und Ferdinand III. nach der Schlacht am Weißen Berge am 8. November 1620 gesät hatten. Die Tschechen hatten ihren Staat bekommen, nach dem sie seit dem 15. Jahrhundert gestrebt hatten. Masaryk, Benesch, Kramarsch hatten das zu einem siegreichen Ende gebracht, was Johann Hus und Georg Podicbrad begonnen hatten. Aber mit der Forderung nach den historischen Grenzen begann die Tragödie der Sudetendeutschen.

Das Rückgrat der zentrifugalen Nationalitätsbestrebungen während des Weltkrieges im Kaisertum Österreich war das tschechische Element im In- und Ausland. An dieses schlossen sich an die andern slawischen Unabhängigkeitsbemühungen, die südslawische und polnische sowie die italische Bewegung im Trienter Tirol. Sie wußten alle, daß noch ein deutscher Rest übrigbleiben würde, wenn sie das gewonnen hatten, was sie begehrten. Merkwürdig war es, daß sie diesem deutschen Reste nicht das gleiche Selbstbestimmungsrecht zugestehen wollten, das sie selbst für sich beanspruchten.

Masaryk als erster machte sich über das fernere Schicksal Deutsch-Österreichs Gedanken. In einer Denkschrift „Independent Bohemia“, die er Mitte April 1915 Sir Edward Grey übergab, erörterte er drei Möglichkeiten: ein selbständiges, mit dem Deutschen Reiche verbündetes Österreich, ein selbständiges, Frankreich nahestehendes Österreich oder schließlich ein dem Deutschen Reiche „einverleibtes“ Österreich. Masaryk war von allem Anfang an gegen diese letzte Möglichkeit. In seinem 1918 erschienenen Buche „Das neue Europa“ sagte er in seinem Programm, Punkt 23: „Die deutschen Provinzen Österreichs werden einen selbständigen Staat bilden.“ Benesch dagegen rechnete mit der ersten Möglichkeit.

Anders die Polen. Roman Dmowski überreichte im Frühjahr 1917 den Politikern der Westmächte eine Denkschrift: „Mittel- und osteuropäische Probleme“, worin er für den Anschluß aller deutschen Restgebiete Alt-Österreichs an das

62

1. Kapitel: Polen und Südtirol 63

Deutsche Reich als Entschädigung für die von Polen beanspruchten Gebiete von Ost- und Westpreußen, Danzig und Pommerellen eintrat. „Nach meiner Überzeugung war es die Hauptaufgabe der Sieger, die Herrschaft Preußens über Deutschland aufzuheben. Das konnte man aber nur machen durch Angliederung der österreichischen Länder an Deutschland und durch gleichzeitige gehörige Amputation Preußens im Osten.“

Der Trientiner Irredentist Ettore Tolomei befürwortete ebenfalls Mitte April 1915 in seiner Denkschrift „Oberetsch“ die Wiedervereinigung Rest-Österreichs mit dem deutschen Gebiete. „Ein geschlagenes, aber nicht gedemütigtes Deutschland möge sich mit den deutschen Provinzen Österreichs entschädigen.“ Der Schweiz aber schlug er Angliederung Vorarlbergs vor, als Tausch für die Abtretung des Münstertales und des Gebietes von Poschiavo. Auch der reformsozialistische Abgeordnete und Minister Bissolati war für den Anschluß, wie ebenfalls der

linksgerichtete Flügel der radikalen Irredentisten.

Interessant war die Meinung, die man in Frankreich zu Anfang des Weltkrieges über den Anschluß hatte. Im März 1915 gab Onésime Reclus sein Buch über Deutschlands Zerstückelung heraus, und was er im 14. Kapitel über ein nördliches und südliches Deutschland sagte, war gewissermaßen der Niederschlag der öffentlichen Meinung: „Österreichs Verschwinden müßte natürlich dem Deutschen Reiche die deutschen Provinzen angliedern, die einen Teil des dualistischen Reiches gebildet haben. Und doch darf es nicht geschehen, daß Deutschland auf diese Weise seine Grenzen im Süden ausdehnt. Keinesfalls darf der übermütige Hohenzoller der Erbe des greisen Habsburgers werden. - In Wahrheit gibt es ja ein zweifaches Deutschland. Das eine liegt am Niederrhein, an der Weser, Elbe und Oder, an der Nord- und Ostsee; es ist kalt, nebelig, vielfach sandig und unfruchtbar, meist protestantisch. Man spricht dort allerlei niederdeutsche Dialekte, die an das Dänische, Holländische und selbst an das Englische anklingen. Der Mittelpunkt ist Berlin. - Das andere Deutschland an der Donau ist heiterer, gebildeter,

63

Deutsche unter Fremdherrschaft 64

sympathischer. Fast ganz katholisch, hat es wenig übrig für die Brüder im Norden. Wenn man im Nordwesten die gleichfalls katholischen Strecken an dieses südliche Deutschland angliedern würde, schüfe man ein gutes Gegengewicht gegen den schwerfälligen, heuchlerischen, bössartigen und barbarischen Norden. So würde Wien ein Gegengewicht gegen Berlin werden . . .“

Das waren Erinnerungen an napoleonische Zeiten: an Rheinbund, Mainlinie, Donaubund. Grundsätzlich also waren die Franzosen dem Anschluß Deutsch-Österreichs an das südliche Deutschland geneigt, wenn damit zugleich wieder die alte deutsche Zwietracht zwischen Nord und Süd, die Politik der Mainlinie, ihre Auferstehung feiern würde.

64

ZWEITES KAPITEL

Die Katastrophe des Hauses Habsburg und der Friede von St. Germain

Die zentrifugalen Kräfte im Norden und Süden des Reiches, ihr stetig wachsender Einfluß und der stetig sinkende Widerstand der Wiener Regierung gegen diese Bestrebungen alarmierte seit dem Frühjahr 1918 die deutsche Bevölkerung. Nicht etwa, daß nun die deutsche Bevölkerung der Alpenländer sich ganz und gar von dem entarteten Habsburger Karl abgewendet hätte, dazu war das bäuerliche Volk der Berge zu konservativ, zu eng mit dem Herrscherhaus verwachsen. In Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Steiermark, Kärnten waren die Christlich-Sozialen und die mehr liberal angehauchten Freiheitspartei in der Überzahl der Sozialdemokratie gegenüber. Nur die Millionenstadt Wien, welche die Hofburg der Habsburger in sich barg, war zugleich die Hochburg der Sozialdemokratie. Das hatte der große, von bolschewistischen Kräften entfachte Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 bewiesen, und die Hauptstadt Österreichs führte seit jenem Ereignis im Munde des Volkes den Namen „das rote Wien“.

Eine Forderung, welche durch sämtliche Wünsche der Deutsch-Österreicher in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch ging, war diejenige nach einer wesentlichen Vertiefung des Bundesverhältnisses zu Deutschland: wirtschaftlich, politisch, militärisch. War auch die habsburgische Kaisermacht allein zu schwach, die Deutsch-Österreicher vor der drohenden Zermalmung zwischen den Slawen des Nordens und denen des Südens zu schützen, so konnte doch die enge Verbindung mit dem Deutschen Reiche dem deutschen Volkstum ein festeres Rückgrat verleihen.

Ein deutscher Volkstag der Christlich-Sozialen und Deutsch-Freiheitlichen zu Dornbirn in Vorarlberg am 16. August 1918 forderte zielbewußte Vertiefung und weiteren Ausbau des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht; man bekannte sich zu Staat und Dynastie, lehnte aber jede weitere Verwelschung deutscher Gebiete ab.

65

Deutsche unter Fremdherrschaft 66

Vierzehn Tage später hielt der deutsche Volksrat für Österreich in Wien eine Sitzung ab; man stellte fest, daß eine weitere Lockerung des westösterreichischen Staatsgefüges dem deutschen Verlangen zuwiderlaufe; vor allem wandte man sich gegen die Schaffung eines südslawischen Staates.

Je weiter aber die Zersetzung des Habsburgstaates vor sich ging, um so mehr gewann der Gedanke eines regulären politischen Anschlusses an Deutschland Boden. Am 6. Oktober kamen die deutschen Volksräte für Österreich zu einer großen Versammlung in Wien zusammen. Aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Wien, Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Salzburg, Kärnten, Krain, Tirol, Triest, Galizien, Bukowina waren die Abgesandten erschienen. Die Unzufriedenheit mit dem Kaiser wurde nicht mehr zurückgehalten. Republikanische Gedanken wurden geäußert, der Anschluß an Deutschland wurde erwogen: „Einig und entschlossen fordern wir unser volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht!“

Zwei Tage später gründete eine Anzahl liberaler Abgeordneter die Deutschösterreichische Unabhängigkeitspartei; sie verlangte, daß eine deutsche Nationalversammlung einberufen werde, die außerhalb des Reichsrates über die künftige Gestaltung der deutschen Gebiete Österreichs entscheiden solle, da das zerrüttete Parlament nicht mehr der geeignete Boden hierfür sei. Wie in Deutschland war auch in Österreich der demokratische Umbau des Staates in Gang gekommen. Aber es war ein Unterschied: in Deutschland versuchte der Kaiser die Führung in den Händen zu behalten, in Österreich ging die Bewegung über den schwachen Karl hinweg, da dieser gesonnen war, das Gegenteil von dem zu tun, was die Deutschen seiner Länder von ihm erwarteten.

Das Autonomiemanifest Karls ließ auch bei den Deutschen auf entschlossenen Widerstand. Besonders die Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Deutschböhmen, Franz Jesser, Rudolf Jung, Hans Knirsch, Hugo Simm, Josef Patzel lehnten dies Manifest ab. Am 18. Oktober forderte der nationalsozialistische Abgeordnete Knirsch volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht der Deutsch-Österreicher, bundesstaatlichen Anschluß an das Deutsche Reich;

66

2. Kapitel: Deutsche Kundgebungen 67

Hauptaufgabe sei es, zu verhindern, daß die Sudetendeutschen unter die tschechische Herrschaft kämen. Wenige Tage später, am 27. Oktober, tagten in Aussig die Vertrauensmänner des deutschen Volksrates in Böhmen und forderten, daß die Provinz Deutschböhmen dem Deutschen Reiche angegliedert werde.

Auch im Süden waren die Deutschen wachgeworden. In Brixen kam am 13. Oktober ein großer Tiroler deutscher Volkstag zusammen, der außerordentlich stürmisch verlief. Keinen Fußbreit Landes werde man den Italiern abtreten! Den Ladinern müsse man das freie Selbstbestimmungsrecht einräumen, ein einiges Bundesverhältnis zu Deutschland müsse angestrebt werden. Eine Woche später forderte der deutsche Volksrat für Mittelsteiermark den Anschluss an das Deutsche Reich.

Den Deutsch-Österreichern galt die Zuflucht bei Deutschland als Schutz vor dem Chaos. Von dem todwunden Deutschen Reiche strömte noch eine derart gewaltige Anziehungskraft aus, daß es den bedrängten deutschen Brüdern in österreichischen

Landen als schirmender Erzengel erschien.

Als die Tschechen, Polen, Südslawen sich vom Hause Habsburg losgesagt hatten und ihre Abgeordneten die Parlamente verließen, da konstituierte sich am 21. Oktober im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses zu Wien der übrigbleibende Rest als vorläufige deutsch-österreichische Nationalversammlung. Sie setzte sich aus sämtlichen deutschen Reichstagsabgeordneten zusammen und stand unter dem Vorsitz des Professors Dr. Waldner. Es war ein liberalgemäßigtes Parlament, in dem die Sozialdemokratie nicht überwog. Seine Tendenz war die Zusammenarbeit sämtlicher Parteien auf der Basis des Liberalismus.

Diese provisorische Nationalversammlung schritt jetzt zur Selbsthilfe, da das Herrscherhaus versagte. Ein deutsch-österreichischer Staat sollte gegründet werden, und eine EntschlieÙung wurde angenommen, worin von der Gründung eines selbständigen, deutsch-österreichischen Staates die Rede war, in dem auch die deutschen Sudetenländer, die in einem 40 bis 80 Kilometer breiten Gürtel den tschechischen Kern Böhmens umgaben, einbezogen werden sollten.

67

Deutsche unter Fremdherrschaft 68

Schon diese erste Sitzung der provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober kam einer tatsächlichen Absetzung des Kaiserhauses gleich. Zwar traten die Christlichsozialen noch für ein grundsätzliches Festhalten an der monarchischen Regierungsform ein, aber sie stimmten doch in den Ruf der anderen Parteien nach Demokratisierung ein. Die Sozialdemokraten allerdings wollten nichts mehr vom Haus der Habsburger wissen. Auch darin war man sich einig, daß die Friedensverhandlungen nicht mehr Sache des Kaisers sein würden, dem man wegen seiner Unaufrichtigkeit kein Vertrauen entgegenbrachte, sondern daß die Nationalversammlung das österreichische Volk bei den Friedensverhandlungen vertreten sollte.

Während noch die Sozialdemokraten für eine Bundesgenossenschaft mit den neuen slawischen Staaten eintraten, lehnte der Nationalsozialist Knirsch jede wie auch immer geartete Vereinigung mit diesen ab und forderte den staatsrechtlichen Anschluß Deutsch-Österreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich. Den deutschböhmischem Nationalsozialisten gebührte der Ruhm als erste, leider auch als einzige klar und unumwunden in jener Sitzung den Anschluß an das Reich gefordert zu haben. Die historische Erklärung, die der Abgeordnete Hans Knirsch abgab, hatte folgenden Wortlaut:

„Wir nationalen Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutsch-Österreichs zu einem Staatenbund mit den aus dem alten Österreich erstehenden slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutsch-Österreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich. - Die Regelung der außenpolitischen und der Handelsbeziehungen zu den neu erstehenden Nachbarstaaten kann nur unter dem Gesichtspunkte der Interessen des Gesamtdeutschtums erfolgen, muß also Sache aller im Deutschen Reiche vereinigten Bundesstaaten sein. - Nur im deutschen Einheitsstaat können wir Ostmarkdeutschen die Verwirklichung jener staatssozialistischen Grundlätze erhoffen, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser 80-Millionen-Volk der Arbeit und Tätigkeit einer glücklichen Zukunft entgegenführen werden. Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!“ -

68

2. Kapitel: Nationalversammlungen 69

Dem Beispiele des Reichsrates folgte das Abgeordnetenhaus. Ende Oktober konstituierte sich in den Ländern deren Abgeordnete als regionale Nationalversammlungen. Die deutschböhmischem Abgeordneten, die bereits Mitte

Oktober in Lobositz einen deutschen Nationalausschuß gebildet hatten, versammelten sich am 29. Oktober, während sich in Innsbruck, Graz, Klagenfurt usw. die anderen regionalen Landtage konstituierten, im niederösterreichischen Landhause zu Wien, konstituierten den deutsch-böhmischen Landtag aus den deutsch-böhmischen und deutsch-mährischen Reichsratsabgeordneten, wählten eine Regierung unter dem Vorsitz Pachers und gründeten das Land Deutschböhmen. Der Vorsitzende Pacher erklärte, Deutschböhmen sei deutsches Land und gehöre zu Deutschösterreich, einstimmig lehnt man alle tschechischen Annektionsgelüste ab. Eine vorläufige Verfassung auf demokratischer Grundlage wurde beschlossen, als vorläufiger Sitz der Landesverwaltung wurde Reichenberg erklärt, Pacher wurde zum Landeshauptmann gewählt. Dann wurde über die geplante Errichtung einer deutschböhmischen Volkswehr verhandelt.

Gerade in diesen kritischen Oktobertagen wurde Wien von schweren Industriearbeiterstreiks und unaufhörlichen sozialdemokratischen Demonstrationen erschüttert. Überall in den Betrieben bildeten sich Arbeiterräte, die sich im Reichsarbeitererrat eine oberste Zentralinstanz schuf. Er fühlte sich als die Exekutive der Sozialdemokratischen Partei, ließ aber bolschewistische Einflüsse nicht zur Macht kommen. Der Zusammentritt der Nationalversammlung fand unter dem Revolutionsgeschrei der Sozialdemokraten auf den Straßen und in den Massenversammlungen statt. Das Frontheer wurde nicht nur durch den Nationalitätenhader, sondern vor allem auch durch den Parteihader zermürbt. So wurden Soldatenräte in den Fronttruppen gebildet, Offiziere abgesetzt, der Gehorsam verweigert. Die Disziplin lockerte sich bis zur Zuchtlosigkeit. Am 31. Oktober brach die K. K. Armee auseinander.

69

Deutsche unter Fremdherrschaft 70

Die tschechischen, jugoslawischen, ungarischen, polnischen Truppen lösten sich aus ihren Frontverbänden, marschierten im Eiltempo ab. Die in der Minderzahl befindlichen Deutschösterreichischen Truppen suchten diesem Beispiel zu folgen, soweit sie nicht durch deutsche Truppen noch in der Disziplin festgehalten wurden. Das Zurückfluten der Truppen wurde bald ganz allgemein. Die Soldaten hatten wichtigere Aufgaben: Soldatenräte zu wählen und den Offizieren den Gehorsam zu versagen, statt ihre Pflicht an der Grenze des Vaterlandes zu tun. In den ersten Tagen des November strömte die Armee in vollkommen aufgelöstem Zustande in die Heimat zurück, ihre Waffen wegwerfend, das Heeresgut verschleudernd, die Proviantämter plündernd. Zügellose Haufen schwirrten durch das Land, die feindlichen Heere folgten ihnen auf dem Fuße. In Laibach, der Hauptstadt des Herzogtums Krain, hatten die slowenischen Turner, die Sokoln, bereits in den letzten Oktobertagen eine bewaffnete Miliz gebildet, welche die zersplittert und ungeordnet zurückkommenden Teile der kaiserlichen Armee entwaffneten, Gewehre, Kanonen, Maschinengewehre und Munition beschlagnahmten und von vornherein jede deutsche Erhebung unmöglich machten. Am 1. November übergab Graf Atmete, der letzte Landespräsident des Herzogtums, die Regierungsgewalt der provisorischen Regierung von Slowenien, deren Haupt der frühere Bürgermeister Hribar, der Agent der tschechischen Versicherungsgesellschaft Slawia, war. Bereits am 2. November erschienen die serbischen Truppen in Laibach.

Am Allerheiligentage erhoben sich auch die Slowenen Südsteiermarks. Die österreichischen Offiziere in Marburg wollten den Jugoslawen Widerstand leisten, sie fragten bei der Landesregierung in Graz um Verhaltensmaßregeln an, aber sie erhielten keine Antwort, denn die Regierung stand den Ereignissen ratlos gegenüber. Marburg, und damit die südliche Steiermark, mußte aufgegeben werden. Mit Windeseile erschienen die Serben, deren Einmarsch zur vollkommenen Überraschung der Deutschen von den Slowenen seit langem vorbereitet war.

70

2. Kapitel: Einbruch der Feinde 71

Am 2. November zog italische Reiterei in Undine ein. Am 3. November besetzten die Italiener Triest und Trient und drangen gegen den Brenner vor, Tausende von Gefangenen wegführend. Der Weg nach Wien stand den Feinden jetzt offen; an der Spitze einer ausreichenden Heeresmacht erschien die italische Waffenstillstandskommission, geführt von General Segre, in der Kaiserstadt, ohne Widerstand zu finden. Die Hauptmasse der Bevölkerung wünschte keine fremde Besatzung in Wien. Aber ein kleiner Kreis monarchistischer und kapitalistischer Leute war damit zufrieden, weil sie Angst hatten, daß der Bolschewismus ausbrechen könnte. Ja, gewisse Ratgeber Kaiser Karls hatten selbst Schritte unternommen, daß die Italiener nach Wien kamen, auch der ehemalige Außenminister Czernin war in dieser Richtung tätig gewesen. Den persönlichen Schutz der Habsburger Familie übernahm der englische Oberst Strutt mit einem Detachement.

Am 4. November endlich trat der Waffenstillstand in Kraft. Alle deutschen Truppen mußten sofort das Gebiet Österreichs verlassen, die Truppen der Entente, einschließlich der Tschechoslowaken, erhielten das Recht zur Besetzung aller Punkte, die ihnen aus strategischen Gründen wichtig erschienen. Die Gefangenen mußten herausgegeben, das Heer demobilisiert, die Waffen und ein großer Teil der Verkehrsmittel ausgeliefert werden. - In den späten Nachtstunden des 5. November telegraphierte das bayrische Kriegsministerium in München an den Präsidenten des Tiroler Nationalrates: „Die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Österreich und der Entente zwingen uns, zur Sicherung unserer Landesgrenzen Truppen nach Tirol zu schicken. Gleichzeitig sollen diese Truppen mithelfen, um den Abfluß aufgelöster Teile des österreichischen Heeres nach Osten zu ordnen und das Land vor Zuchtlosigkeit zu schützen.“ Die Tiroler ließen nun 35 000 Mann bayrischer Truppen das Land passieren und nahmen sie mit freundschaftlicher Gastlichkeit auf.

71

Deutsche unter Fremdherrschaft 72

Doch die Präsidenten des Salzburger Volksrates, Lackner, Ott und Preußler beauftragten den Militärstationskommandanten Oberstleutnant Burger, im Namen der Nationalregierung und der autonomen Salzburger Landesregierung gegen den Durchzug von zwei bayrischen Bataillonen, die das Puffertal schützen sollten, Protest einzulegen. Burger mußte sich zwar fügen, aber er legte auch bei dem Staatssekretär für Äußeres in Wien, dem Sozialdemokraten Dr. Viktor Adler, Protest dagegen ein, daß den bayrischen Truppen die Benutzung der Salzburger Eisenbahn verweigert wurde. Auch aus Tirol gelangte ein Protest wegen dieser Vorfälle an Dr. Adler.

Dieser Sozialdemokrat gab die beiden Protesturkunden an die Entente weiter und beauftragte den österreichischen Botschafter in Berlin, bei der Reichsregierung gegen den Einmarsch deutscher Truppen nach Tirol zu protestieren. Auf diese Weise wurde die einzige und letzte Möglichkeit, einem deutschen Lande zu helfen, von den Wiener Sozialdemokraten vereitelt. Das bayrische Alpenkorps wurde am 8. November wieder zurückgezogen. Südtirol war nun schutzlos dem italischen Einmarsch preisgegeben: am 9. November zogen die italischen Soldaten im deutschen Bozen ein. Das in dieser Sache bewiesene diplomatische Ungeschick Adlers führte dazu, daß er am 15. November von seinem Posten zurücktrat und Dr. Otto Bauer sein Nachfolger wurde.

In Wien hatte sich inzwischen folgendes begeben:

Die provisorische Nationalversammlung hatte am 30. Oktober einen Verfassungsbefehl angenommen, wonach das deutsche Österreich als zentralistischer Einheitsstaat erklärt wurde. Am folgenden Tage übernahm die Nationalversammlung die Regierung in Deutsch-Österreich. Zu dem Zwecke bildete sie aus ihrer Mitte eine Regierung, den sogenannten Staatsrat. Als Leiter der

Staatskanzlei wurde der Sozialdemokrat Dr. Renner berufen, der drei weitere Sozialdemokraten mit Ministerämtern betraute: das Äußere übernahm Viktor Adler, das Innere Mataja und die Fürsorge Hainisch. Drei Christlich-Soziale teilten sich in die Staatssekretariate der Wohlfahrt, Dunkel, des Ackerbaus, Stier, und der öffentlichen Arbeiten, Zertick.

72

2. Kapitel: Demokratische Regierung in Wien 73

Die Deutschnationalen besetzten das Finanzministerium mit Dr. Steinwender, das Handelsministerium mit Urban, das Unterrichtsministerium mit Pacher und das Justizministerium mit Roller. Das Staatssekretariat des Heerwesens nahm ein Deutsch-Agrarier, Rittmeister Joseph Meyer, an. Zwei Fachminister stellten Löwenfeld für Ernährung und Professor Dr. Kaupp für Gesundheit dar. Dies war die erste demokratische Regierung Österreichs.

Es war im großen ganzen ein gemäßigtes Regiment, hervorgegangen aus der Koalition sämtlicher Parteien, nach ihrem Verhältnis, das sie im Reichsrat hatten, das ganze Volk einschließlich Deutschböhmen umfassend. Aber eine gewisse vorherrschende Stellung der Sozialdemokratie war nicht zu verkennen: sie hatte das Amt des Präsidenten inne sowie die beiden wichtigen Ministerien für Äußeres und Inneres, sodann die Wohlfahrt. Und nicht nur das! Dem Staatssekretär für das Heerwesen wurde als Unterstaatssekretär zugeteilt der Artillerieleutnant Dr. Julius Deutsch, ein jüdischer Sozialdemokrat, der in der Folge eine österreichische Volkswehr als einseitige sozialdemokratische Parteitruppe aufbaute. Die anderen Parteien hatten der Sozialdemokratie einen gewissen Vorrang eingeräumt, um gewaltsamen Auseinandersetzungen vorzubeugen.

Dieser Koalitionsregierung mit vorherrschender sozialdemokratischer Machtstellung übergab am 31. Oktober der letzte kaiserlich-königliche Ministerpräsident Lammasch die Regierungsgewalt. Damit hatte das Regiment der Habsburger sein tatsächliches Ende erreicht.

Die provisorische Nationalversammlung sah sich vor schwere Aufgaben gestellt. Zunächst ordnete sie die Demobilmachung an, es galt, die zucht- und regellos zurückströmenden, plündernden Heerhaufen wieder dem Volke zuzuführen. Die Herausgabe des Demobilmachungsbefehls verzögerte sich bis zum 7. November, und gleichzeitig verfügte Hanusch, daß den Arbeitslosen für die Zeit vom 18. November bis 15. Februar 1919 eine Unterstützung in Höhe des täglichen Krankengeldes gezahlt werde. Dies war als eine Übergangsmaßnahme gedacht, da man mit Recht befürchtete, daß bei der schnell durchgeführten Demobilmachung nicht jeder Soldat sogleich wieder seine Arbeit finden würde.

73

Deutsche unter Fremdherrschaft 74

Sodann mußte die provisorische Nationalversammlung dafür sorgen, daß unverzüglich ein neues nationales Heer geschaffen würde. Mit dieser Aufgabe wurde Julius Deutsch beauftragt, der seine Tätigkeit begann, indem er sogleich für die Wiener Garnison die Wahl von Soldatenräten in allen Truppenteilen verfügte. Diese Wahlen fanden am 3. November statt und brachten überwiegend Sozialdemokraten in die Vertrauensposten.

Und schließlich hielt es die Nationalversammlung für ihre Pflicht, die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs zum Deutschen Reiche durch ein eindringliches Mittel zu bekunden. Sie erklärte die Landesfarben der Habsburger, schwarz-gelb, für abgeschafft und wollte auf diese Weise jede Erinnerung an die Habsburger Zeit auslöschen. Sie kehrte zu den Farben der Babenberger zurück, rot-weiß-rot, auf diese Weise bekundend, daß Deutsch-Österreich wieder ein Teil des Deutschen Reiches sei, wie zur Zeit der Babenberger vom 10. bis 13. Jahrhundert.

Der demokratische Geist verbreitete sich von Wien aus in die Länder, nach Tirol, Salzburg, Kärnten usw.; häufig nicht ohne Widerstand bei den Trägern der bisherigen Gewalt zu finden. Schon am 1. November übernahm in Tirol ein Nationalrat die Zivilverwaltung. Am 3. November konstituierte sich in Bregenz die neue Landesverwaltung von Vorarlberg, 19 Christlich-Soziale, sechs Deutschnationale und fünf Sozialdemokraten umfassend. Man proklamierte Vorarlberg als ein selbständiges Land im Rahmen Österreichs und vollzog so die endgültige Lösung von Tirol. Am 5. November bildete sich in Niederösterreich eine neue demokratische Landesregierung, bestehend aus zwei Christlich-Sozialen und einem Sozialdemokraten. Der bisherige kaiserliche Statthalter und Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein jedoch wich nur nach ausdrücklichem Protest der neuen Gewalt. Formell war ja Österreich in diesen Tagen noch eine Monarchie. - Es muß bemerkt werden, daß in den meisten Ländern die Christlichsozialen den Sozialdemokraten überlegen waren.

74

2. Kapitel: Abdankung Kaiser Karls 75

Doch Kaiser Karl mußte allmählich erkennen, daß er eigentlich recht überflüssig geworden war. Das Volk und die Nationalversammlung kümmerten sich nicht im geringsten um ihn. Man tat, als sei er gar nicht da. Und nun geschah es, daß in den Tagen vom 7. bis 10. November in Deutschland alle Fürsten ihrer Macht entkleidet wurden, jetzt hielt es der müßige Karl für an der Zeit, auch von seinem Throne zu steigen. Er tat dies mit einer Kundgebung, die ganz zu Unrecht von dem Gefühl bitterster Enttäuschung des kaiserlichen Herrn durchdrungen war. Sie war am 10. November von Karl und dem schon längst nicht mehr im Amte befindlichen Lammasch unterzeichnet und bekanntgemacht:

„Seit meiner Thronbesteigung war ich unablässig bemüht, meine Völker aus dem schrecklichen Kriege herauszuführen, an dessen Ausbruch ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wieder herzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung geebnet.

Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich ihrer freien Entfaltung meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen.

Im voraus erkenne ich die Entscheidung, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft, an.

Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.

Gleichzeitig enthebe ich meine österreichisch-ungarische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutsch-Österreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die neue Ordnung schaffen. Das Glück meiner Völker war von Anbeginn das Ziel meiner Wünsche. Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen.“

Österreich war jetzt in jeder Form des Rechtes eine Republik. - Am 27. Dezember 1282, am dritten Weihnachtsfeiertage, hatte die Dynastie der Habsburger das Land zu beherrschen begonnen, am 10. November 1918, einem trüben, regnerischen Herbsttage, legte sie das Zepter nieder.

75

Deutsche unter Fremdherrschaft 76

636 Jahre hatte das Haus in seinen verschiedenen Zweigen und in seiner jüngeren lothringischen Linie über das Donauland geboten, bis es unterging in einer Katastrophe, an der es nicht schuldlos war. An Kaiser Karl, einem nicht sehr würdigen Vertreter der Dynastie, erfüllte sich der Fluch der Ahnen aus der Zeit von 1620 bis 1650 und wieder aus der Zeit von 1815 bis 1848. Der größte Teil der Nation nahm keinen Anteil an dieser Schicksalswendung. Kaum beachtet, ohne Ruhm

und in aller Stille verließ Kaiser Karl den Thron seiner Ahnen. Schon am folgenden Tage, dem 11. November 1918, nahm der Staatsrat ein von Dr. Renner vorgelegtes Gesetz an, das die kaiserliche Regierung auflöste und bestimmte, daß Deutsch-Österreich eine demokratische Republik und ein Bestandteil der deutschen Republik sei. Auch sei Deutsch-Österreich keineswegs gewillt, auf das deutsche Böhmen und die Sudetenländer zu verzichten. Jetzt endlich bekannte sich die neue Regierung zum Anschluß an Deutschland, nachdem drei Wochen vorher die provisorische Nationalversammlung einen entsprechenden nationalsozialistischen Antrag nicht angenommen hatte. Aber jetzt war es zu spät! Nachdem Österreich vor seinen Feinden die Waffen gestreckt hatte, war es nicht mehr freier Herr seiner Entschlüsse.

Bei der Feststellung der demokratisch-republikanischen Staatsform Österreichs waren die Christlich-Sozialen zunächst etwas zurückhaltend. Man könne doch die Entscheidung über die Regierungsform einer allgemeinen Volksabstimmung überlassen. Dann aber meinten sie doch, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung die höchste Bürgerpflicht sei, und so stellten sich die Abgeordneten der Partei auf den Boden der Republik. Die Parteikonferenz am 25. November 1918 billigte den Standpunkt, um so mehr, da sich eine zunehmende Lockerung der öffentlichen Zucht und Staatsautorität zeigte. Auch die im Deutschnationalen Verband geeinigten Parteien erkannten die neue Staatsform an. Sie schlossen sich am 13. November zu einer einheitlichen „Deutsch-Sozialen Partei“ zusammen, die liberal war und keine dynastischen Hemmungen wie die Christlich-Sozialen verspürte. Der Alldeutsche Verband und die Deutsch-österreichische Unabhängigkeitspartei wurden ebenfalls zum Eintritt aufgefordert. Am 26. November 1918 änderte die Partei ihren Namen und nannte sich von jetzt an „Deutschnationale Partei“.

76

2. Kapitel: Neuordnung 77

Es war von einer gewissen Bedeutung, die für die spätere föderalistische Entwicklung Österreichs von Belang war, daß der Staatskanzler Renner am 12. November Beitrittserklärungen einiger Länder, die ja nach der Verfassung vom 30. Oktober nur Provinzen waren, entgegennahm: „Die provisorische Nationalversammlung nimmt die feierlichen Beitrittserklärungen der Länder, Kreise und Gaue des Staatsgebiets zur Kenntnis.“ So wurde aus dem Nachgeben der sozialdemokratischen Regierung gegenüber christlichsozialen Einflüssen der Grund zum ausgesprochenen Föderalismus gelegt, geradezu im Gegensatz zu dem Gesetz vom 30. Oktober. Der Christlich-Soziale Seipel sagte später einmal: „Es war keine schlechte Idee des ersten österreichischen Kanzlers, des alten Groß-Österreichers Dr. Renner, von den Ländern Beitrittserklärungen zu erlangen - oder wenigstens zu präsumieren. Daß er es frühzeitig tat, daß er dem Friedensdiktat damit zuvorkam, war eine noch bessere Idee. Er hat damit ein Stück österreichisches Staatsgefühl begründet.“

Ende November beschloß die provisorische Nationalversammlung, die konstituierende Nationalversammlung zum 1. März 1919 einzuberufen, die Wahlen dazu sollten Ende Januar oder Anfang Februar stattfinden. In 38 Wahlkreisen sollten 210 Mandate gewählt werden, je eines auf 38 000 Einwohner, und außerdem waren fünf Mandate für die Brünnler, Olmützer und Iglauer Sprachinsel vorgesehen. Das Wahlrecht sollten alle Großjährigen ausüben und diejenigen, die von 1914 bis 1918 am Kriege teilgenommen hatten. –

Die Jugoslawen, Italiener und Tschechoslowaken leiteten aus dem Waffenstillstandsvertrag für sich das Recht ab, alle Gebiete zu besetzen, soweit sie es für nötig hielten. So hatte der slowenische Nationalrat in Laibach am 1. November den Feldmarschall-Leutnant Iwanowitsch zum Kommandanten aller slowenischen Truppen ernannt. Am folgenden Tage besetzten diese Truppen Laibach, wo jetzt vom slowenischen Nationalrat eine Landesregierung unter dem Präsidenten Pogacnik gebildet wurde; der alte Landespräsident Graf Atttems mußte das Feld räumen.

Drei Wochen später wurde die Vereinigung Südslawiens, wozu auch Kärnten und das südliche Steiermark gehörte, mit Serbien und Montenegro proklamiert, Laibach wurde zur Hauptstadt der Provinz Slowenien erhoben, die sich nach dem Willen der Slowenen bis zur Kette der Hohen Tauern und der Steirischen Alpen erstrecken sollte, also auch ganz Kärnten und den größten Teil Steiermarks umfaßte. Jedoch die im südöstlichen Kärnten und im südlichen Steiermark zwischen den Deutschen eingesprenzte slowenische Bevölkerung, die Winden, wollten nichts von einer Vereinigung mit dem großserbischen Reiche wissen. Sie traten an die Seite der Deutschen und gerieten so in Gegensatz zu den Slowenen südlich der Karawanken, in Krain, die sich von Österreich gelöst hatten.

In Tirol waren die Italiener am 10. November bis Brixen und Franzensfeste vorgedrungen. Zehn Tage später waren die italischen Truppen über den Brenner gekommen und in Innsbruck eingefallen. Sie richteten sich gleich häuslich ein im Land Tirol und taten so, als würden sie es nie wieder verlassen. Die Tiroler kochten vor Zorn und erhoben geharnischten Protest, aber sie mußten es dulden, daß die Italiener im Schulunterricht den Gebrauch und die Erlernung der italischen Sprache befahlen, daß sie die jungen Leute zum italischen Heeresdienste aushoben, daß sie zahlreiche Wehrfähige ohne jedes kriegsgerichtliche Urteil verschleppten und internierten, weil sie sich den italischen Befehlen widersetzen. Ohne jedes kriegsgerichtliche Urteil. Ganz Südtirol bis zum Brenner, also auch die deutschen Städte Bozen, Meran, Brixen, Säben, mußte hinfert zu Italien kommen, forderten die neuen Herren, denn den Brenner bezeichneten sie als ihre „strategische“ Grenze. Am heftigsten begann sogleich der Kampf in Böhmen und Mähren zu toben. Die Deutschböhmen widersprachen der tschechischen Forderung nach den historischen Grenzen, und von Wien aus wurde dieser deutschböhmische Widerspruch gestärkt. Am 6. November hielt der Landtag für Deutsch-Böhmen in Reichenberg seine erste Vollversammlung ab. An die Stelle Pachers, der im deutsch-österreichischen Staatsrat Unterrichtsminister geworden war, übernahm jetzt der Abgeordnete von Lodgman die Leitung der deutschböhmischen Regierung als Landeshauptmann.

Das deutsche Vorgehen beantworteten die Tschechen damit, daß sie mit bewaffneter Macht aus ihrem Zentrum vorstießen und die deutschen Gebiete besetzten. Schon gleich in den ersten Novembertagen wurde die Deutschumsinsel Brünn von den Tschechen besetzt. Die Volksmenge rottete sich zusammen, bedrohte das Rathaus und griff die Deutschen an, plünderte ihre Läden und Wohnungen. Der tschechische Nationalausschuß schrieb eine „Anleihe der nationalen Freiheit“ aus in Höhe von einer Milliarde Kronen, zu der auch die Deutschen herangezogen wurden.

Die Tschechen waren besser organisiert und gerüstet als die Deutschböhmen. Vor allem waren sie nicht durch parteipolitische Zersplitterung geschwächt. Bei den Deutschen gab es keine einheitliche Linie. Bei allen Protesten, welche die deutschböhmischen Sozialdemokraten gegen das tschechische Vorgehen erhoben, waren sie doch versöhnlich gegen die Tschechen gestimmt und befanden sich in einem Gegensatz zu den nichtmarxistischen Deutschen. Dieser Zwiespalt förderte die Absichten der Tschechen sehr. So kam es, daß ihre Legionäre immer tiefer in die deutschen Sudetenländer vordringen konnten. Ja, die Tschechen bezogen sogar ihre Waffen aus Deutsch-Österreich, und das lieferte die Waffen, mit denen die Deutschböhmen unterdrückt wurden! Die deutschböhmische Regierung Lodgmann, Seliger, Maixner wandte sich an Wilson und bat um Schutz für die 3,5 Millionen Sudetendeutsche; sie verlangten Wilsons Beistand in dem von den tschechischen

Truppen und ihren Gewalttaten aufgezwungenen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht. Wilson aber rührte sich nicht. Er bot den Tschechen nicht Einhalt, die, wie zur Zeit des Hussitenkrieges, mit Waffengewalt in die deutschen Städte eindringen, die Behörden vereidigten und diejenigen, die sich weigerten, mit Hochverratsklagen bedrohten. Deutsche Abgeordnete wurden verhaftet, das Eigentum der Deutschen wurde beschlagnahmt und geplündert, auf den Bahnpostämtern wurden die Sendungen nach Geld, Metall und Lebensmitteln durchstöbert.

79

Deutsche unter Fremdherrschaft 80

Die Lebensmittelzufuhr nach Wien wurde gewaltsam verhindert, die Pressefreiheit wurde abgeschafft, die Deutschen wurden zwangsweise zum tschechischen Heeresdienst ausgehoben. Überall in Böhmen, Mähren, Niederösterreich war das dasselbe Leid, und die waffenlosen Deutschen waren schutzlos der tschechischen Willkür preisgegeben. Am 13. November hatte sich in Prag der tschechische Nationalausschuß versammelt. Unter andere beschloß er die Abschaffung des Adels, der Orden und der Titel. Mit großer Eile faßte er diese Beschlüsse, um so revolutionären, bolschewistischen Strömungen von vornherein ihre gefährliche Schärfe zu nehmen. Dann genehmigte er die in Genf gebildete siebzehngliedrige Regierung: Kramarsch wurde Ministerpräsident, Benesch, Masaryks Schwiegersohn, zur Zeit noch in Paris, wurde Außenminister, der Agrarier Svehla übernahm das Innere, die Justiz wurde in die Hände des Sozialdemokraten Soukup gelegt, die Landesverteidigung wurde dem Führer der tschechischen Nationalsozialisten Kľofatsch anvertraut, Kriegsminister wurde Stefánik. Am nächsten Tage trat die tschechoslowakische Nationalversammlung zum ersten Male zusammen. Sie bestand aus dem bisherigen Nationalausschuß, in den gemäß den Besprechungen mit Benesch in Genf auf Grund eines Proportionalschlüssels noch 44 Slowaken aufgenommen wurden. Das Parlament, das jetzt aus 256 Mitgliedern bestand, enthielt nicht einen einzigen Deutschen. Es bestätigte einstimmig die neue Regierung, wählte einstimmig Masaryk zum Präsidenten der Republik, dann aber gab Kramarsch, der Ministerpräsident, folgende wichtige Erklärung ab:

„Fest und unverbrüchlich beharren wir darauf, daß der durch eine vielhundertjährige Geschichte geheiligte Verband der böhmischen Länder unverletzt bleibt, und wir werden um keinen Preis die Verbindung mit unfern slowakischen Brüdern aufgeben. Im Namen der ersten Regierung der freien tschechoslowakischen Republik kann ich erklären, daß das deutsche Volk innerhalb der Grenzen unseres Staates nicht den geringsten Grund hat, für seine nationale Entwicklung Befürchtungen zu hegen. Getreu unseren demokratischen Grundsätzen wollen wir die deutschen Landsleute, wenn sie sich ehrlich auf den Boden unseres Staates stellen, in keiner Weise in ihrer kulturellen und sprachlichen Entwicklung verkürzen.“

80

2. Kapitel: Deutschböhmen 81

Aber das waren bloß Worte, denen nicht die Taten folgten. Im Gegenteil! Die gewaltsame Unterwerfung der Sudetenländer durch die Tschechen nahm von nun an immer größeren Umfang an. Die unglücklichen Deutschen, die vier Jahre lang treu mit Gut und Blut und Leben ausgeharrt hatten an den Fronten in Ost und West und in der Heimat, die Tausende von Blutopfern ihrem Vaterlande dargebracht hatten - jetzt kamen sie gleichsam unter die Knechtschaft eines feindseligen Volkes. In Wien versuchte man das Los der Deutschböhmen zu bessern. Der Staatssekretär für das Äußere, Dr. Bauer, beklagte sich bitter bei Tusar, dem Gesandten der tschechoslowakischen Republik, über die Gewalttaten im deutschen Böhmen. Doch Tusar wußte nur zu erwidern, daß schon längst der tschechoslowakischen Republik die „historischen Grenzen“ zugesprochen seien und daß die tschechoslowakische

Republik das Recht habe, in ihrem Lande Ordnung zu schaffen.

Die deutschböhmisches Landesregierung ließ bei ihren Maßnahmen die Energie vermissen, welche die Tschechen beseelte. Der Landeshauptmann ordnete die Organisation der böhmischen Staatsbahn-, Post- und Finanzdirektion an, er ließ ein eigenes Wirtschaftsamt errichten, regte die Aufstellung einer Volkswehr an, verfügte die Übernahme und Vereidigung der Staatsbeamten aus der kaiserlichen Zeit. Hier und da kam es auch zu Ansätzen eines Aufbaues deutscher Verwaltungsorganisation, aber es blieb doch alles in den Anfängen stecken. Auch eine vorläufige Landesverfassung für die Provinzen Deutschböhmen und Deutschmähren wurde beschlossen. Da Reichenberg als Sitz der Landesregierung etwas weitab von Westböhmen lag, siedelte Lodgman mit seiner Regierung Ende November nach Teplitz über.

Anfang Dezember veranstalteten die Deutschen Böhmens große Demonstrationen gegen die Gewalttaten der Tschechen.

81

Deutsche unter Fremdherrschaft 82

Am 8. Dezember fanden in zehn größeren Städten Deutschböhmens Volkstage statt, die massenhaft von Männern und Frauen und Jugendlichen aller Parteien besucht waren. Eine heilige Liebe zum Vaterland war unter Not und Schmerzen endlich aufgebrochen. Auch die deutschböhmischen Sozialdemokraten traten in immer größeren Massen auf die Seite der deutschen Freiheitsbewegung. Die Redner, unter ihnen auch die Regierenden, klagten die Tschechen an, erneuerten und bekräftigten feierlich den Schwur zu deutschem Volk und Land. Aus vierzig deutschböhmischen Städten wurden Telegramme an Wilson und die Führer der Alliierten gesandt, welche die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes forderten.

Doch die Tschechen waren schon weiter. Kramarsch hatte am 20. November den Ungarn die Besetzung der Slowakei mitgeteilt. Da man mit dem Widerstande Ungarns rechnen mußte, ordnete am folgenden Tage Klotzsch, der Leiter des Departements für nationale Verteidigung, die sofortige Mobilisierung sämtlicher Heerespflichtigen unter vierzig Jahren an. Die tschechoslowakische Republik verfügte über eine stattliche Armee, die mit den in Österreich gekauften Waffen hervorragend ausgerüstet worden war. Diese Waffenmacht konnte man jetzt gut gegen die Deutschen verwenden, die sich unbotmäßig gegen die tschechische Forderung nach den historischen Grenzen erhoben.

In Aussig erging sich am 10. Dezember der tschechische Plebs in Ausschreitungen gegen die Deutschen, große Plünderungen fanden statt. Sofort war tschechisches Militär da und schoß auf die sich wehrenden Deutschen. Zwei Tage später rückten tschechische Kompanien in Leitmeritz ein. Sie setzten in der Stadt einen Verwaltungsausschuß ein, der aus sechs Deutschen, sechs Tschechen und einem Tschechen als Vorsitzenden befand. Am 12. Dezember wurde Karlsbad von tschechischem Militär besetzt. Immer tiefer drangen die Tschechen im deutschen Westböhmen vor.

Die deutschböhmisches Landesregierung, die von Teplitz wieder nach Reichenberg zurückgekehrt war, fühlte sich durch die tschechischen Aktionen aufs tiefste beunruhigt. Ringsherum im Lande fanden die Tschechenregimenter, die Nachrichten von deren Gewaltregiment häuften sich, die Deutschen mußten sogar den Tschechen Militärdienst leisten.

82

2. Kapitel: Karastrophe der Deutschböhmen 83

Die Regierung in Reichenberg erkannte, daß die Stadt von den Tschechen umzingelt werden sollte, um schließlich die deutschböhmisches Regierung, der man nach allen Seiten den Weg verlegte, gefangen zu nehmen. Um diesem Schicksal zu entgehen, floh

die deutschböhmisches Regierung am 11. Dezember nach Wien. Damit also war das Schicksal des deutschen Böhmens besiegelt, sie waren nun führerlos den Tschechen preisgegeben. Darüber ließ auch der Präsident Masaryk, der wenige Tage später nach Prag kam, keinen Zweifel. Beim Empfang der Nationalversammlung am 22. Dezember erklärte er: „Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser und bleibt unser!“ – In diesen schrecklichen Dezembertagen kam auch das Volk Deutsch-Österreichs zu der fürchterlichen Erkenntnis, daß es kein freies Volk mehr war! Die neue tschechoslowakische und jugoslawische Regierung eröffneten sofort den Wirtschaftskrieg gegen Deutsch-Österreich; die Zufuhr an Lebensmitteln und an Kohlen, die beiden hauptsächlichsten Notwendigkeiten für das durch den langen Krieg völlig ausgemergelte Volk, wurde im Norden und im Süden, wie auch von Ungarn her, gesperrt. Nur von Deutschland, das selbst hungerte, erhielt die Regierung in Wien zehntausend Tonnen Mehl zur Verteilung an das Volk. Aber die große Gefahr bestand ja darin, daß der an sich schon stark gedrosselte Eisenbahnverkehr durch den Kohlenmangel gänzlich zu erliegen drohte! Monatlich fehlten eine Million Tonnen Kohle! Die Eisenbahnen Deutsch-Österreichs brauchten am Tage viertausend Tonnen Kohle, aber nur ein Viertel davon bekamen sie! Wenn aber erst der Zugverkehr ganz unterbrochen war, dann stand das Volk vor Hungersnot und blutigem Chaos. Die österreichische Regierung hatte den Tschechen und Jugoslawen die Bildung eines gemeinsamen Kohlenkomitees in Prag vorgeschlagen, aber die beiden feindlichen Regierungen hatten nur ein höhnisches Gelächter für das mit schlimmster Not ringende Nachbarvolk. Dazu kam der wachsende Einfluß der Sozialdemokraten im Innern. Die Leidenszeit des Krieges war der beste Nährboden für die Unzufriedenheit gewesen. Jetzt schüttelte nun das Streikfieber das unglückliche Volk.

83

Deutsche unter Fremdherrschaft 84

Verhetzte Massen mit roten Fahnen zogen lärmend und schreiend durch die Straßen der ehemaligen Kaiserstadt, riefen nach Brot und Frieden und Sozialisierung, nach Enteignung des Bürgertums, und unterdessen fanden die Räder der Fabriken und die Bahnen still! Immer drohender erhob sich die rote Woge, mit Mühe von den Führern gebändigt, immer näher rückte das Gespenst der Revolution.

Mit Schrecken und Entsetzen erkannte die Nationalversammlung, welchen Weg Österreich gehen mußte. Hoffnungslos die Lage der Kriegsgefangenen, hoffnungslos die Lage der Deutschen in Böhmen und Mähren, in Krain und in Tirol. Und nun waren in Österreich selbst Kräfte am Werke, welche dazu beitrugen, die Verwirrung zu steigern.

Julius Deutsch, der Sozialdemokrat und Unterstaatssekretär für das Heerwesen, war eifrig am Werke, die neue Volkswehr aufzubauen. Zielbewußt schuf er eine sozialdemokratische Parteigarde. Das Parteibuch entschied bei der Aufnahme in die Volkswehr. Die Wehrmänner machten keinen Hehl aus ihrer Gesinnung. Sie trugen nicht die Armbinden in den neuen Landesfarben rot-weiß-rot. Sie trugen rote Armbinden! Schwere Sorge erfüllte die Bürgerlichen. War auf diese Volkswehr Verlaß, wenn sich die sozialdemokratischen Massen gegen den Staat erhoben? Am 18. Dezember 1918 beschloß der Staatsrat ein vorläufiges Wehrgesetz. Es gründete sich auf den Gedanken der Miliz, für die allgemeine gleiche Wehrpflicht vom 18. bis 41. Lebensjahr bestand. Zwischen dem 18. und 22. Jahr sollte vier Monate aktiv gedient werden. Hiervon waren die Kriegsteilnehmer ausgenommen. Die von Deutsch besonders gepflegten Soldatenräte erhielten Funktion als Beschwerdeinstanzen zur Kontrolle der Verpflegung und Soldzahlung. Die Verfügung über das Heer stand bei der Nationalversammlung, die militärische Leitung wurde dem Staatsrat übertragen. - Es war ein maßvolles Gesetz, das ganz dem gemäßigten Charakter der provisorischen Nationalversammlung entsprach, es konnte aber gefährlich werden, wenn seine Ausführung in den Händen eines sozialdemokratischen Parteimannes lag.

2. Kapitel: Gegensätze in Wien 85

Die Gemüter erhitzten sich mit wachsender Not immer mehr in gegenseitigen Vorwürfen und Anklagen. Je mehr sich den Sozialdemokraten des Staatsrats die Archive öffneten, um so mehr gingen sie mit der tiefen Korruption des Habsburger Staates hausieren. Die Nationalversammlung setzte einen viergliedrigen Ausschuß ein, der feststellen sollte, wie weit die Heeresleitung am militärischen Zusammenbruch schuld sei. In den Finanzskandalen der Kriegszeit wurde das Haus Habsburg schwer belastet. Die grenzenlose Habgier Kaiser Karls, der Erzherzoge und Erzherzoginnen kam ans Tageslicht. Geschäftstüchtig verstanden sie es, sich rücksichtslos zu bereichern, während das Volk bittere Not litt. Auch der frühere kaiserlich-königliche Ministerpräsident Karls, Seidler, wurde in die Korruptionsskandale hineingezogen. Man erhob Anklage gegen ihn. Die ehemaligen Minister verbrachten jetzt ihre Zeit damit, Rechtfertigungsreden zu halten und Verteidigungsschriften zu schreiben. Das Volk aber zerklüftete sich gegenseitig immer tiefer.

Schwere Monate zogen herauf für die Deutschen von der Leitha bis zum Inn, von den Sudeten bis zu den Karawanken, - schwere Monate sowohl für die innere wie die äußere Entwicklung.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen in Österreich ergab sich aus dem soeben Gesagten. Die Christlich-Sozialen verkörperten den konservativen Teil der Bevölkerung, der, wenigstens innerlich, an der Treue zu Thron und Altar festhielt. Sie waren Österreicher und als solche dem Hause Habsburg eng verbunden, so wie die Bayrische Volkspartei dem Hause Wittelsbach anhing. Die Sozialdemokraten aber, die sich als Träger des Fortschritts bezeichneten, ertrugen es schwer, daß sie sich mit den reaktionären Christlich-Sozialen in die Macht teilen mußten. Der Beginn eines Machtkampfes war die notwendige Folge.

85

Deutsche unter Fremdherrschaft 86

Als Waffe in diesem Machtkampfe sollte der Sozialdemokratie die Volkswehr dienen, die Genosse Julius Deutsch organisierte. Die Volkswehr war - weder Freund noch Feind zweifelte daran - die bewaffnete sozialdemokratische Parteitruppe. Schon um die Mitte des Januar 1919 berichtete eine englische Kommission, die sich in Wien aufhielt, über die Volkswehr folgendes nach Paris: Österreich habe keineswegs die Entwaffnungsbestimmungen des Waffenstillstandes erfüllt und sein Heer demobil gemacht. Es trieben sich an die hunderttausend Mann in Uniform herum und würden von der Sozialdemokratischen Partei zu einer marxistischen Kampftruppe zusammengefaßt. Die Volkswehr sei nur für marxistische Zwecke zu gebrauchen, bei allgemeinen staatlichen Aufgaben versage sie. Die österreichische Regierung sage, es sei notwendig, die Soldaten der Volkswehr zusammenzuhalten, da sie sonst arbeitslos wären. Aber im Interesse der Lebensmitteltransporte sei es gefährlich, wenn man dieser Parteitruppe die Bewachung des Eisenbahnkörpers anvertraue. - Auf das Drängen der Feinde hin, das auf Grund dieses Berichtes erfolgte, setzte die vorläufige Nationalversammlung Anfang Februar 1919 das Kontingent der Einberufungen für die Übergangszeit auf 24 000 Mann fest. Eine starke Verringerung der Volkswehr wurde vorgenommen. Aber die Wehrmänner, die da ausschieden, gingen der Sozialdemokratie nicht verloren. Man nahm ihnen nicht die Waffen ab, und unbemerkt tauchten sie unter, wenn man so sagen will, in einer zivil getarnten schwarzen Volkswehr, deren Kommandeure in den Gewerkschaftshäusern saßen. Auch auf kulturellem Gebiete versuchte die Sozialdemokratie einen Vorstoß. Ende Januar brachte die Partei in der vorläufigen Nationalversammlung eine

Ehegesetzvorlage ein, welche auch den geschiedenen Katholiken das Recht gab, wieder eine neue Ehe einzugehen. Dies Gesetz war ein schwerer Vorstoß gegen die Katholische Kirche und die Christlich-Sozialen. Fast wäre es angenommen worden, wenn nicht im letzten Augenblick es den Christlich-Sozialen gelungen wäre, die Deutsch-Agrarier für eine Ablehnung zu gewinnen; so wurde diese Vorlage am 24. Januar mit 63 gegen 53 Stimmen abgelehnt mit der Begründung, daß die Vorläufige Nationalversammlung für derartige Gesetze nicht zuständig sei.

86

2. Kapitel: Wahl der Nationalversammlung 87

Die Erzbischöfe und Bischöfe Deutsch-Österreichs aber erhoben am gleichen Tage in einem Hirtenbriefe ihre Stimme gegen eine Trennung von Staat und Kirche und lehnten auch die Bestrebungen, die auf eine freie Schule und freie Ehe hinzielten, ab.

Am 16. Februar fanden die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung statt. Schon am 3. Dezember 1918 hatte der Staatsrat die Wahlordnung angenommen: jeder, der im Kalenderjahr der Wahl das 21. Lebensjahr vollendete, war wahlberechtigt, ohne Unterschied des Geschlechtes, nach dem System der Verhältniswahl. Man sah davon ab, wie ursprünglich geplant, auch die Kriegsteilnahme von 1914 bis 1918 zur Voraussetzung des Wahlrechts zu machen bei denen, die das Wahlalter noch nicht erreicht hatten. Die Verfassunggebende Nationalversammlung sollte auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden und 255 Mandate umfassen.

Mitte Februar fiel die Entscheidung. Das bürgerliche Lager ging in einer großen Zersplitterung von 24 Gruppen zur Wahl, die sich in drei großen Parteien zusammengeschlossen hatten: in den Christlich-Sozialen, dem Landbund und den Deutsch-Freiheitlichen, den späteren Großdeutschen. Diese hatten ein gemäßigt freisinniges Programm; der Landbund, der sich zu den Christlich-Sozialen hielt, bildete die Brücke zu den Deutsch-Freiheitlichen. Das Wahlergebnis war folgendes: 75 Sozialdemokraten, 63 Christlich-Soziale, 22 Deutsch-Freiheitliche, ein Tscheche, ein Jude. Die Christlich-Sozialen hatten eine entschiedene Niederlage erlitten, die Sozialdemokratie hatte gesiegt, aber im ganzen war das Bürgertum stärker als der Marxismus.

Nun fehlten allerdings noch 85 Abgeordnete für Deutschböhmen und Sudetenland (sie wurden später erst vom Staatsrat ernannt, denn die Tschechen hatten die Wahl mit Waffengewalt verhindert), drei Steiermärker und acht Abgeordnete aus dem von den Italiern besetzten deutschen Tirol. Es zeigte sich aber jetzt, daß die Sozialdemokratie ihr Übergewicht in den Städten hatte, während auf dem Lande die Christlich-Sozialen und Großdeutschen überwogen.

87

Deutsche unter Fremdherrschaft 88

Besonders in Wien war die Herrschaft der Sozialdemokraten unbestritten: von 1 125 000 Wahlberechtigten hatten sich 210 000 für die Christlich-Sozialen, aber 523 000 für die Sozialdemokratie entschieden. In den Ländern war die Sozialdemokratie die schwächere.

Das bewiesen die im Laufe der folgenden Monate stattfindenden Wahlen zu den Landesversammlungen:

Salzburg, 6. April:

12 Sozialdemokraten, 20 Christlich-Soziale, 7 Deutschnat., 1 Wirtschaftsparteiler.

Vorarlberg, 27. April:

5 Sozialdemokraten, 22 Christlich-Soziale, 2 Deutschnat., 1 Bauernpartei.

Wien (Stadt), 4. Mai:

100 Sozialdemokraten, 50 Christlich-Soziale, 3 Deutschnat., 1 Demokrat, 8 Tschechen, 3 Juden.

Niederösterreich, 4. Mai:

64 Sozialdemokraten, 45 Christlich-Soziale, 8 Deutschnat., 3 Tschechen.

Steiermark, 11. Mai:

24 Sozialdemokraten, 36 Christlich-Soziale, - Deutschnat., 8 Bauern, 2 Demokraten.

Oberösterreich, 18. Mai:

22 Sozialdemokraten, 38 Christlich-Soziale, 12 Deutschnat.

Tirol, 15. Juni:

11 Sozialdemokraten, 38 Christlich-Soziale, 6 Deutschnat., 1 Wirtschaftsparteiler.

Diese ungleiche Parteiengruppierung in Reichsparlament und Länderparlamenten enthüllte ein neues Spannungsmoment im österreichischen Volk: zu den vertikalen Klassengegenfätzen traten noch horizontale Landschaftsgegensätze. Die Abwehr, welche die konservativen Christlich-Sozialen den sozialdemokratischen Angriffen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet entgegensezten, wurde bald zu einem erbitterten Kampf der Länder gegen das „rote Wien“, indem sie diesem die Lebensmittelzufuhr sperrten.

Die Christlich-Sozialen waren die Träger des konservativen Bewußtseins in Klerus, Adel und Bürgertum.

88

2. Kapitel: Parteien in Österreich 89

In ihrem Herzen lebte zwar noch das dynastische Gefühl, aber sie hielten es für ein Gebot der Klugheit, sich zur republikanisch-demokratischen Staatsform zu bekennen. Das war aber auch alles. Sie wollten nicht, daß der weitere ideelle Besitz, d. h. die christliche Jugenderziehung, und der materielle Besitz angetastet würden, aber sie hielten es für ein Gebot der Klugheit, die Staatskontrolle für die großen volksausbeutenden Industrieunternehmen zu befürworten. Wenn sie auch sich ein gewisse dynastisches Gefühl bewahrt hatten, so förderten sie zunächst doch den Gedanken des Anschlusses an Deutschland im freien Willen der einzelnen Länder, weil sie hierin ein Mittel sahen, von der Herrschaft der Wiener Sozialdemokratie loszukommen, diese zu isolieren durch den Abfall der Länder zu Bayern. Das war bei den Christlich-Sozialen keineswegs ein großdeutscher Anschlußgedanke, sondern vielmehr ein föderalistischer Auflösungsgedanke. Deshalb wurde nach dem 16. Februar mit einem gewissen Rechte in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse behauptet, daß ein Sieg der Christlich-Sozialen den Anschluß an Deutschland in Frage gestellt hätte. Mit dem Augenblick, wo Wien erobert sein würde, dachte kein Christlich-Sozialer mehr an Anschluß. Eine winzige, aus Aristokraten und Offizieren bestehende, monarchisch-legitimistische Gruppe, die habsburgisch-separatistisch gesonnen war, spielte innerhalb der Partei vorläufig nicht die geringste Rolle.

Bei der Haltung der Christlich-Sozialen war eine Verringerung der Reibungsflächen, eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zunächst noch möglich. Am 4. März trat die Verfassungsgebende Nationalversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es war ein Rumpfparlament, das von 255 Abgeordneten erst 159 umfaßte. Zum Präsidenten des Parlamentes wurde der Sozialdemokrat Seitz gewählt, der als die Hauptaufgaben der Nationalversammlung im Innern drei bezeichnete: Sicherung der Republik, Sozialisierung und Bodenreform. Als zweiter Präsident wurde Hauser, der Führer der Christlich-Sozialen, gewählt.

Zunächst mußte, nachdem bereits am 3. März der alte Staatsrat zurückgetreten war, eine neue Regierung gebildet werden.

89

Deutsche unter Fremdherrschaft 90

Dies geschah am 15. März 1919; ein Koalitionskabinettt aus sechs Sozialdemokraten zwei Christlich-Sozialen und drei Beamten kam mit 99 Stimmen, bei Enthaltung der

Großdeutschen, zustande. Renner, der Sozialdemokrat und bisherige Vorsitzende des Staatsrates, wurde Staatskanzler, der Christlich-Soziale Fink ward Vizekanzler. Das Heerwesen übernahm der Sozialdemokrat Julius Deutsch, die soziale Verwaltung Hanusch, das Ressort für Übergangswirtschaft Ellenbogen, Sozialisierung und Auswärtiges vereinigte zunächst der Sozialdemokrat Dr. Bauer in seiner Hand. Die neue Koalitionsregierung, deren Gegner die Großdeutschen - sie waren aus der Vereinigung der Deutschnationalen mit den Agrariern hervorgegangen - waren, stellte als ihr Programm auf: Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes, Befestigung der Republik, Sozialisierung, Ordnung des Staatshaushaltes durch eine Vermögensabgabe. Es waren reine sozialdemokratische Forderungen. Der letzte Punkt vor allem war derjenige, der die Koalition am schwersten belastete, sie schließlich nach fünfzehn Monaten zerbrach. Der Staatshaushalt Österreichs war durch die Abschneidung jeglicher Zufuhr und durch die Demobilisierung, die Arbeitslosigkeit, die Streiks, den Rückgang der Produktion und der Steuern gänzlich aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Schon im Januar wies er ein Milliardendefizit auf, das den Staatsrat bewog, nicht nur eine Staatsanleihe in Form kurzfristiger Schatzscheine aufzulegen, sondern auch neue Steuern auszuschreiben, die den Betrag von hundert Millionen bringen sollten. Anfang Februar stellte der Staatsrat einen halbjährigen Voranschlag für Deutsch-Österreich, Böhmen und Sudetenland auf, wo den Ausgaben von 2,5 Milliarden nur Einnahmen von 1,25 Milliarden gegenüberstanden. Wohin das führen sollte, wußte kein Mensch, aber das wußte man: daß die Ausgaben infolge der wachsenden Not und Arbeitslosigkeit immer weiter ansteigen, die steuerlichen Einnahmen aus denselben Gründen aber immer tiefer sinken würden. Eine Vermögensabgabe schien der einzige Weg, der aus diesem Chaos führen konnte. Sie hatte aber nur dann Sinn, wenn die Währung stabil blieb und nicht abwärts glitt.

90

2. Kapitel: Kaiser Karls Flucht 91

Aber gerade dies Problem konnte infolge der hiermit verknüpften prinzipiellen kapitalistisch-marxistischen Gegensätze von der Koalition nicht gelöst werden; die Vermögensabgabe wurde immer wieder vertagt, die Währung glitt immer tiefer, und der Staatshaushalt geriet in immer größere Verwirrung. Und gerade die Vermögensabgabe wurde in den erden Sitzungen der Verfassunggebenden Nationalversammlung als äußerst dringend bezeichnet, weil man von ihr in Unkenntnis dessen, was noch kommen folgte, die Wiederherstellung des Gleichgewichts in den staatlichen Finanzen und Bereithaltung eines ansehnlichen Reservefonds für die Staatsaufgaben erhoffte.

Verhältnismäßig schnell wurde ein maßvolles Sozialisierungsgesetz für „dazu geeignete Betriebe“ geschaffen. Auch in einem andern Punkte wurde man sehr rasch einig. Der ehemalige Kaiser Karl erkannte nach der ganzen Entwicklung der Dinge, daß seine Sache verloren war. So faßte er den Entschluß, von Eckartsau, wo er sich mit seiner Familie unter englischem Schutze aufhielt, ins Ausland zu entfliehen. Am 23. März führte er den Plan aus; er begab sich mit seinen Angehörigen nach Hüttelsdorf und reiste von hier in die Schweiz. Die Presse rief ihm nach, daß sein Verhalten würdelos sei, und der Nationalversammlung wurde es nicht schwer, am 3. April ein Gesetz anzunehmen, das die Landesverweisung der kaiserlichen Familie und die Einziehung des Vermögens der Familie Habsburg-Lothringen dekretierte. Gleich am nächsten Tage folgte ein Gesetz, wodurch der Adel, gewisse Titel und Würden abgeschafft wurden. Ein weiteres Gesetz vom 4. April 1919 hob die Todesstrafe in nichtmilitärischen Strafprozessen auf. –

In den Frühjahrswochen 1919 ging Deutsch-Österreich hart am bolschewistischen Chaos vorüber. Daß es in den Donauprovinzen nicht zum Siege des Radikalismus kam wie in Budapest und München, das war ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, die ihre gemeinsame Front mit den Christlich-Sozialen in dieser Frage erkannte. Ihre maßvolle Haltung brachte alle Versuche der ungarischen Kommunisten

zum Scheitern. Die Lage für Österreich war sehr gefährlich: in Ungarn regierte der bolschewistische Terror, in Bayern wuchs sich der Linksradikalismus zu einem regelrechten bolschewistischen Räteregime aus, in der Slowakei entwickelte sich ein bolschewistisches Chaos.

91

Deutsche unter Fremdherrschaft 92

Was war natürlicher, als daß die ungarischen Kommunisten aus Gründen der Selbsterhaltung alles versuchten, um ihrem Machtbereich auch Deutschösterreich, die Brücke zwischen Ungarn und Bayern, einzugliedern? Dann wäre der mächtige bolschewistische Ring von Rußland, Ungarn, Österreich, Bayern geschlossen gewesen, die Lage für Polen, die Tschechei und Norddeutschland wäre verhängnisvoll geworden.

Überall in den Industriebezirken Österreichs wühlten die Kommunisten. Verschiedentlich kam es zu revolutionären Ausbrüchen. So in Graz in der Steiermark am 22. Februar. Der Landeshauptmann hatte wegen der Gefahren für Ruhe und Ordnung eine kommunistische Versammlung verboten und alle wichtigen Punkte der Stadt mit Volkswehr, Studentenwehr, Gendarmerie besetzen lassen. Die Kommunisten aber versammelten sich vor der Stadt, wo ihnen aufrührerische Reden gehalten wurden. In Gruppen zogen sie dann in die Stadt zurück, demonstrierten in herausfordernder Weise gegen Gendarmen und Studenten, versuchten, sie anzugreifen. Abends kam es vor dem Rathaus zu einer Schießerei, bei der es einige Tote und Verwundete gab. Aber die Gendarmerie und das Arbeiterhilfskorps stellte schnell die Ordnung wieder her, die Stadt blieb ruhig, so daß am nächsten Tage die militärischen Abteilungen zurückgezogen werden konnten.

Ein wichtiger Umstand dafür, daß die Sozialdemokraten ein kommunistisches Abenteuer ablehnten, war nicht nur die Erkenntnis ihrer innenpolitischen Schwäche - ein radikalmarxistischer Umsturz in Wien hätte sofort den Abfall der Länder, den Zerfall Österreichs zur Folge gehabt -, sondern auch die absolute Abhängigkeit Deutsch-Österreichs vom Auslande in der Lebensmittelversorgung. Es ging den Österreichern herzlich fehler. Das Volk hatte keine Kohlen, keine Kleider, keine Kartoffeln, kein Fleisch, kein Mehl. Es war zum Hungertode verurteilt. Dazu kamen die drakonischen Forderungen der italienischen Waffenstillstandskommission. Der italienische General Segre, der Vorsitzende dieser Kommission, verlangte Mitte Februar die Ablieferung von hundert Lokomotiven und zweitausend Wagen.

92

2. Kapitel: Bolschewismus bevorstehend 93

Der Staatsrat erwiderte, dies sei unmöglich, die ganze Lebensmittelzufuhr werde ins Stocken kommen. Darauf stellte Segre ein Ultimatum: bis zum 25. Februar, innerhalb fünf Tagen, sind 237 Lokomotiven und 3000 Güterwagen abzuliefern! Inzwischen ist die weitere Abfertigung von Lebensmittelzügen nach Wien eingestellt! Österreich mußte sich fügen und geriet in um so tiefere Abhängigkeit von der Entente. Die Erkenntnis dieser Entwicklung, die vor Unbesonnenheiten warnte, ist das Verdienst Dr. Renners, Dr. Bauers und der andern führenden Sozialdemokraten. Sie haben durch ihr Verhalten Österreich vor der Vernichtung bewahrt und haben weiterhin dadurch die Botschafterkonferenz in Paris bewogen, der Wiener Regierung am 21. März durch die italienische Waffenstillstandskommission die Aufhebung der Blockade zum 1. April bekanntzugeben. Der Erfolg und die Wirkung dieser Maßnahme zeigte sich sofort. Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte in Wien beschloß unter dem Vorsitz Friedrich Adlers, den von gewissen Kreisen in seiner Mitte tatsächlich geplanten Anschluß an die ungarischen und russischen Genossen zu unterlassen, aber weiter zu rüsten. Die Angst vor dem Ententekapitalismus sei stärker als der revolutionäre Wille, höhnten die

Radikalen, die in der Minderheit blieben, aber Deutsch-Österreich war auf die Entente angewiesen, wenn es nicht verhungern wollte.

Gewiß waren die sozialdemokratischen Massen nun keineswegs gewillt, auf ihre Macht zu verzichten. Am 26. März brach ein großer Streik der Eisenbahner wegen Lohnforderungen aus, der innerhalb zwei Tagen das gesamte Eisenbahnnetz erfaßte und zu einer schweren Katastrophe führen konnte, so daß die Regierung den Forderungen der Eisenbahner nachgab. Der Generalstreik der Eisenbahner endete mit ihrem Siege.

Und die ungarischen Bolschewisten hetzten weiter. Am 30. März putschte ein fanatischer Budapester Kommunist eine Versammlung von Matrosen, Soldaten und Arbeitern in Wien auf, daß sie eine EntschlieÙung annahm, worin die Bewaffnung der Arbeiter, die Verkündung der Räterepublik und der Anschluß an Ungarn gefordert wurde.

93

Deutsche unter Fremdherrschaft 94

Tatsächlich kam es Mitte April vorübergehend zu Unruhen in Wien. Den Kommunisten war es gelungen, die demobilisierten und arbeitslosen Soldaten ihren Zielen gefügig zu machen. Am 17. April begab sich eine Abordnung dieser Leute zum Staatskanzler Renner ins Parlament und verhandelte mit ihm über ihre Forderungen. Dabei drang die Menge, in wilder Wut entfesselt, ins Parlamentsgebäude ein, wurde aber von der Sicherheitswache mit der Waffe wieder hinausgedrängt. Im weiteren Verlauf der Demonstration gab es fünf Tote und zahlreiche Verletzte. Dann, um den Streit zu beenden, wurden zwischen der Sicherheitswache und der Volkswehr Verhandlungen gepflogen, in deren Verlauf die Sicherheitswache ihre Waffen der Volkswehr auslieferte. Diese besetzte jetzt das Parlament, konnte aber nicht verhindern, daß ein Teil des Seitenflügels in Brand gedeckt wurde.

Die Urhebererschaft der Kommunisten war klar erwiesen; schon in der Nacht vor dem 17. April hatten Budapester Agenten massenhaft Zettel verteilt, worin die Bevölkerung aufgefordert wurde, die Regierung zu stürzen und dem Beispiel Budapests zu folgen. In den Bezirken Mariahilf und Josefsstadt kam es am 17. April zu Plünderungen. Die Polizei verhaftete drei Schweizer Kommunisten, konnte aber gegen die ungarischen Wühler nicht vorgehen, da sie in der ungarischen Gesandtschaft eine Zuflucht hatten.

Die Kommunisten kamen nicht zu ihrem Ziele. Die heftig umworbene sozialdemokratische Volkswehr verhielt sich ablehnend, ja feindlich, so daß das Bürgertum zwar über diese Disziplin erstaunte, sie aber anerkannte. Am 18. April stellten sich der Zentralrat der Wiener Soldatenräte wie auch der Zentralarbeiterrat hinter die Regierung und verurteilten die kommunistischen Putschversuche. Noch einmal am 15. Juni versuchten die Kommunisten für die Räteregierung zu putschen, aber auch diesmal scheiterte der Versuch am entschlossenen Widerstande der Volkswehr und der organisierten Arbeiterschaft. Immerhin hielt Graf Czernin die Lage für so gefährlich, daß er über den Kopf der Regierung hinweg sich zum tschechischen Gesandten Tusar begab und fremde Besatzung für Österreich verlangte, damit nicht der Staat und das Bürgertum durch die bolschewistischen Umtriebe gefährdet werde.

94

2. Kapitel: Sozialdemokraten und Kommunisten 95

Auf dem Reichskongreß der Arbeiterräte, der vom 30. Juni bis 2. Juli in Wien zusammengekommen war und mehrere tausend Delegierte umfaßte, wurden die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Minderheit theoretisch, aber recht leidenschaftlich fortgeführt. Die wirtschaftlichen Beweggründe des Gegensatzes zeigten sich immer deutlicher: es war

ein Kampf zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und kommunistischen Arbeitslosen. Die Gewerkschaften fühlten sich durch die bolschewistische Gefahr in ihrem Bestande bedroht, und so hatten sie seit langem eine weitsichtige Politik getrieben: in größtem Umfange hatten sie die Mittel des Staates durch die sozialdemokratischen Minister zur Linderung der allgemeinen Not und damit auch der Unzufriedenheit verwendet. Die Gewerkschaften verstanden es auch um den Preis des finanziellen Staatszusammenbruchs der Inflation, die Sozialdemokratie unversehrt durch Klippen und Ströme zu führen. Das zeigte sich auch auf diesem Kongreß: der Hauptantrag der Kommunisten, daß die Arbeiterräte die gesamte politische und wirtschaftliche Macht des Staates in ihrer Hand vereinigen sollten, um die kapitalistische Produktionsweise in die kommunistische zu überführen, wurde abgelehnt. Friedrich Adler verteidigte gegen die kommunistischen Angriffe die Regierungskoalition mit den Christlich-Sozialen und Dr. Otto Bauer, der Staatssekretär für das Auswärtige, führte die Erbitterung weiter Arbeitermassen gegen den Kommunismus darauf zurück, daß die Kommunisten mit dem Schlagwort von der Diktatur des Proletariats nur die Diktatur einer kleinen Minderheit über das Proletariat aufrichten wollten. Der Kommunistenführer Toman konnte auf all dies nur erwidern, er lasse das Proletariat nicht in Unkenntnis darüber, daß der Endkampf mit bewaffneter Hand, mit Maschinengewehren ausgetragen werden müsse. Der Griff an die Kasse der Kapitalisten werde einen unausbleiblichen Kampf herbeiführen. Die Arbeiterräte legten ihre Haltung genau fest: neutral gegen Ungarn, eindeutiger Kampf gegen die kapitalistische Bourgeoisie und ihre Staatsbeherrschung, aber Bekenntnis zur Regierung. - Die kommunistische Minderheit war unterlegen.

95

Deutsche unter Fremdherrschaft

96

Doch die Methode der Regierung, die der Sozialdemokratie zugute kam, durch ihre sozialen Ausgaben die Ruhe aufrecht zu erhalten, hatte wieder verderbliche Folgen für Staat und Volk. Es war schließlich kein valutakräftiges Geld mehr da, um die Lebensmittellieferungen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover zu bezahlen, ohne die das Volk Deutsch-Österreichs buchstäblich dem Hungertode verfallen wäre. Die Goldreserven der Österreichisch-Ungarischen Bank in Wien durften zu Zahlungszwecken nicht angegriffen werden, das hatte Mitte Mai der Kommissar der italischen Waffenstillstandskommission verboten. Die Nationalversammlung mußte also im Juli die Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapiere anordnen. Aber auch damit war nur eine Galgenfrist gewonnen, denn das kärgliche Ergebnis reichte höchstens für ein paar Wochen.

Im Innern konnte man den Geldbedarf ohne große Not decken: man griff, wie man das nannte, zu einer „Kreditoperation mit der Notenpresse“. Es wurden, mit Einwilligung der Nationalversammlung, einfach ungedeckte Geldzettel gedruckt, im Juli beispielsweise für zwei Milliarden Kronen! Welche Folgen diese gewissenlose Steigerung des Umlaufs von Zettelgeld - im Juli 1914 betrug er 2,5 Milliarden Kronen, Mitte Dezember 1919 war er über zwölf Milliarden angewachsen - hatte, läßt sich denken. Eine sprunghafte inflationistische Preissteigerung setzte ein, welche die Not immer mehr vergrößerte. Dadurch dehnte sich der Kreis der zu unterstützenden notleidenden Bürger immer weiter aus, so daß Ende Juli 1919 den Einnahmen des Budgets von 3,5 Milliarden bereits Ausgaben von 8,5 Milliarden gegenüberstanden!

Diese Inflationspolitik war zugleich die Stärke der Sozialdemokratie und ihre Schwäche. Anfang September 1919 traten die Angestellten der Ostbahn, der Aspernbahn und der Südbahn, deren Gehälter bei der verminderten Kaufkraft des Geldes nicht mehr ausreichten, in einen Lohnstreik ein, der aber nach drei Tagen zusammenbrach, da die Regierung der Provinz Niederösterreich weitere Lohnerhöhungen ablehnte, um nicht der Inflation weiteren Vorschub zu leisten.

2. Kapitel: Anschlußbewegung 97

Die Christlich-Sozialen verfolgten die Entwicklung mit schweren Sorgen. Die Sozialdemokraten waren leichtfertiger. Sie bauten Wolkenkuckucksheime und hofften auf reiche Fischzüge in Gestalt einer Vermögensabgabe und einer Anleihe von der Entente. Der Goldstrom, der sich da ergießen würde, würde die ganze Ebbe mit einem Male überfluten. So zuversichtlich waren die Marxisten.

Eine große Hoffnung sah das Volk Deutsch-Österreichs in den Sommermonaten 1919 scheitern: die Hoffnung auf den Anschluß an Deutschland.

Ende Dezember 1918 war die Wiener Presse aller Richtungen erfüllt von Erörterungen über den Anschluß. Die aus der politischen und wirtschaftlichen Isolierung geborene Not zwang das Volk, aus diesem Zustand irgendwie herauszukommen. Staatssekretär Bauer für das Auswärtige ließ am 25. Dezember 1918 dem diplomatischen Korps in Wien eine Verbalnote zugehen, worin er folgendes ausführte: Man bittet, die Friedensverhandlungen zu beginnen; der Friedensvertrag müsse die deutschen Gebiete Österreichs zusammenschließen: Innerösterreich, Deutsch-Steiermark, Deutsch-Tirol, Deutsch-Kärnten, Nordböhmen, Sudetenland. Aber dies so geeinigte Deutsch-Österreich könne aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen nicht allein bestehen. Da gebe es nur zwei Lebensmöglichkeiten: entweder eine zollpolitische Donauföderation, welche die Gebiete des alten Habsburgerstaates wirtschaftlich zusammenschließe, oder den Anschluß an Deutschland. Da aber weder Jugoslawien noch Ungarn noch die Tschechoslowakei zu Zollverhandlungen bereit seien, bleibe nur der zweite Weg, der Anschluß. Nur der Anschluß an das Deutsche Reich sichere Deutsch-Österreichs wirtschaftliche und nationale Zukunft. Die Regierung hoffe, daß die Vereinigten Staaten und die Entente nicht über Deutsch-Österreich verfügen würden, ohne den Willen des deutsch-österreichischen Volkes zu berücksichtigen.

97

Deutsche unter Fremdherrschaft 98

Einen Monat später nahm der Staatsrat einstimmig einen Gesetzesantrag Renners an, worin Deutsch-Österreich zum Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt wird. Auch in Deutschland fand der Anschlußgedanke freudige Aufnahme. Einstimmig nahm die Verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar am 21. Februar 1919 folgenden Antrag an:

„Die Nationalversammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von dem Beschlusse Kenntnis, mit dem die Vertreter der stammesverwandten Deutsch-Österreicher ihre Zugehörigkeit zum deutschen Gesamtvolke bekundet haben. Sie bestätigen den deutsch-österreichischen Brüdern, daß über die bisherigen Grenzen hinweg die Deutschen des Reichs und die Deutschen in Österreich eine untrennbare Einheit bilden, und sprechen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die von den beiderseitigen Regierungen einzuleitenden Verhandlungen recht bald zu festen staatlichen Formen führen und die Zusammengehörigkeit in einer von allen Mächten der Welt anerkannten Weise ihren Ausdruck finden möge.“

Vom 24. Februar bis zum 2. März weilte Dr. Bauer in Weimar und Berlin und besprach mit den deutschen Staatsmännern die staatsrechtlichen Formen des Anschlusses. Mit Brockdorff-Rantzau insbesondere verhandelte Bauer über den Eintritt Deutsch-Österreichs in das deutsche Zollgebiet. Das Ergebnis der Verhandlungen war auf deutscher Seite der zweite Absatz des Artikels 61 in der Weimarer Verfassung: „Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl.“

Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme.“

Noch aber zögerte Deutsch-Österreich, den Anschluß tatsächlich zu vollziehen, wenn auch die Nationalversammlung in Wien am 12. März einstimmig ein Grundgesetz annahm, worin Deutsch-Österreich als ein Teil der deutschen Republik erklärt wurde. Österreich war nicht mehr freier Herr seiner Entschlüsse.

98

2. Kapitel: Anschlußbewegung 99

Man ward sich klar darüber in den Kreisen der Wiener Regierung, daß der Anschluß gegen den Einspruch der Entente nicht durchgeführt werden konnte. Und die Entente, das war bereits in den Frühsommermonaten zu erkennen, war nicht geneigt, dem Anschluß zuzustimmen. Von ihr aber war Österreich abhängig in der Lieferung von Lebensmitteln. Bauer, der seine ganze Kraft auf die Verwirklichung des Anschlusses konzentrierte, erlebte eine große Enttäuschung. Dennoch hörte er nicht auf, die Idee zu propagieren, in der Hoffnung, daß sich die Zeiten ändern würden. In aller Schärfe hatte sich bei Bauer die Überzeugung herausgebildet, daß der Anschluß an Deutschland eine wirtschaftliche, kulturelle und politische Notwendigkeit sei, politisch insofern, als sich Österreich durch die Donaukonföderation nicht in den Dienst des fremden Imperialismus begeben dürfe: es gebe keinen andern Weg als die Vereinigung mit Deutschland. Wochenlang machte Bauer die ernstesten und verzweifeltsten Anstrengungen, die Unterstützung und das Wohlwollen Italiens in der Anschlußfrage zu erhalten, weil er glaubte, daß Italien an der Seite Englands und Amerikas den Widerstand Frankreichs besiegen würde. Aber es war alles vergeblich.

Das Volk in den Alpenländern forderte unbedingt den Anschluß. Fast in allen Landtagen wurden dahingehende Entschließungen angenommen. So erklärte die steiermärkische Landesversammlung am 13. März 1919, sie behalte sich selbständigen Anschluß an Deutschland vor, wenn er für ganz Österreich nicht in Frage komme, durch die Bedenken wegen der Entente. In Wien hatte am 27. März unter der Losung „Großdeutschland unsere Zukunft“ eine gewaltige Massenkundgebung stattgefunden. Auch das Land Tirol forderte Anfang Juli den Anschluß. Eine schwankende Haltung nahm das christlich-sozial regierte Vorarlberg ein. Bereits im Dezember 1918 hatte es seine Selbständigkeit und Trennung von Tirol proklamiert, um freie Hand in seinen Entschlüssen zu haben. Im Landtag zu Bregenz debattierte man am 24. März eifrig über den Anschluß an Württemberg oder an die Schweiz. Schließlich entschied sich die christlich-soziale Mehrheit für die Schweiz. Sie veranstaltete tatsächlich am 11. Mai 1919 eine Volksabstimmung für den Anschluß an die Schweiz, der 45 566 Stimmen dafür, 11 029 dagegen erbrachte.

99

Deutsche unter Fremdherrschaft 100

War der Anschlußwille der Regierung bereits im Frühjahr durch den Widerstand der Entente gelähmt worden, so wurde der Anschlußwille des Volkes durch das Diktat der Gegner im August geknebelt und gefesselt. Der Friede von Saint-Germain schlug alle Hoffnungen tot. Nicht anders erging es dem Schicksal Böhmens, Südtirols und Kärntens. Die Tschechen fuhren unbekümmert fort, das deutsche Böhmerland mit ihren Truppen zu besetzen (am 10. Januar waren sie in Franzensbad eingerückt) und die deutsche Freiheit zu vergewaltigen. Als am 16. Februar die Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung stattfanden, besetzten tschechische Soldaten die Wahllokale in Deutschböhmen und trieben die Deutschen mit den Waffen von den Straßen. Eine Wahlpropaganda durch Presse und Flugblätter war überhaupt unmöglich. Mehr als 700 Gemeindevertretungen des Sudetenlandes beklagten sich in Wien über das Vorgehen der Tschechen.

Fast schien es, als solle den Deutschböhmen in der Ferne ein Rettungsstern

leuchten. Vom 10. bis 22. Februar 1919 tagte in Bern eine Wirtschaftskonferenz von Vertretern Deutschböhmens und der Verbandsmächte. Bei den Verhandlungen beantragten die Amerikaner nach der Schilderung der großen Not und des großen Leides der Deutschböhmen, daß die Zuteilung Deutschböhmens an die Tschechoslowakei von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden solle. Bis dahin solle das gesamte Gebiet vom Böhmerwald bis Troppau von amerikanischen und englischen Truppen besetzt werden. Die Engländer unterstützten den Vorschlag, nach einigem Zögern nahmen ihn auch die Franzosen an.

Darüber waren die Tschechen nun sehr erregt: ihre „historischen Grenzen“ wurden in Frage gestellt! Kramarsch, der in Paris weilte, war bitter enttäuscht, daß die Amerikaner und Engländer plötzlich das künftige Schicksal der nichtslawischen Nationalitäten garantieren wollten. Die tschechische Presse schrieb, die Tschechoslowakei werde wahrhaftig unter Kuratel gestellt, denn schon am 12. Februar war Joffres Generalstabschef Pellet in Prag als Generalstabschef des tschechischen Heeres eingetroffen.

100

2. Kapitel: Tschechenterror 101

Die Wut der Tschechen entlud sich auf die unglücklichen Deutschen. Zunächst wurden durch geheime Instruktion die deutschböhmischen Abgeordneten unter politische Bewachung gestellt, weil sie das Volk zum „Hochverrat“ aufreizten! Die Reisepässe wurden ihnen abgenommen, Ein- und Ausreiseerlaubnis wurde ihnen entzogen. Dann aber wurde am letzten Februartage der deutsche Vizekonsul Dr. Schwarz in Prag wegen „Hochverrat“ verhaftet. Man warf ihm vor; er habe aus Deutschland Agitationsmaterial gegen die Tschechen nach Böhmen gebracht und habe durch Bestechung einer tschechischen Beamtin geheimes Nachrichtenmaterial Wiener und Prager deutschen Blättern mitgeteilt. Doch daran war kein wahres Wort.

Zu einer großen Tragödie kam es am 4. März. An diesem Tage trat in Wien die neugewählte Nationalversammlung zusammen, und die Sudetendeutschen, die an der Wahl gehindert worden waren, hatten diesen Tag zu einer gewaltigen Kundgebung gewählt. Die Fabriken standen still, nirgends wurde gearbeitet, wie ein Feiertag breitete es sich über das Böhmerland. Und dann erschienen viele Zehntausende von Deutschen, Arbeiter, Bürger, Bauern, auf den Straßen, von einem Willen beseelt und geeint, sich aufzubauen gegen die Gewaltherrschaft der Tschechen. Die tschechischen Soldaten lungerten an den Straßen herum, beschimpften die Deutschen, die mit ihren trauerumflorten Vereins- und Parteifahnen vorüberzogen, erhoben ein höhnisches Gelächter, griffen im Übermut hier und da Männer oder Frauen, die in den Zügen waren, an. Es erhob sich ein Handgemenge, und plötzlich ratterten aus irgendwelchen versteckten Maschinengewehre, in die dichtgedrängten erschreckten und entsetzten Menschenmassen hineinfeuernd. In wilder Flucht stürmten die Wehrlosen davon, ihre Umzüge in ein Chaos verwandelnd.

Das war kein Einzelfall! Das ereignete sich in den meisten Städten: in Kaaden, Karlsbad, Eger, Aussig, Brüx, Dux, Oberleutensdorf, Sternberg, Neutitschein, Mies, Arnau u s w. Mehr als hundert tote und verwundete Deutsche (54 Tote) waren die Opfer dieses Bluttages, allein in Kaaden wurden dreizehn Deutsche gemordet!

101

Deutsche unter Fremdherrschaft 102

Und in ihrer vollendeten Gemeinheit verwendeten die Tschechen Dum-Dum-Geschosse gegen die Deutschen!

Die Kunde von diesem Blutbade eilte durch die Welt. Die Sudetendeutschen riefen in Wien, in Paris um Hilfe. Sie wollten befreit sein von dieser tschechischen Hölle. Die Wiener Nationalversammlung erhob flammende Anklage gegen Kramarsch und seine Trabanten, es sei Zeit, daß eine Volksabstimmung stattfinde. Aber mit eherner

Stirne rechtfertigten sich die Tschechen. Seit langem schon sei eine Verschwörung angezettelt, von Berlin aus, der Fall Schwarz beweise es ja! Man sei dahinter gekommen, daß der Plan eines kombinierten deutsch-ungarischen Einfalles in die Tschechoslowakei ausgearbeitet worden sei. Dagegen müsse sich die Regierung in Prag schützen. Das war natürlich Unsinn. Und wenn wirklich einige wenige junge deutsche Heißsporne unter dem tschechischen Druck den Plan faßten, das tschechische Joch abzuschütteln, so waren das Verirrungen einzelner, an denen die Masse der Deutschen, geschweige denn das Deutsche Reich nicht beteiligt waren. Die Tschechen konnten hieraus nicht das Recht zu ihrem Blutbad herleiten. Die Verbündeten unternahmen nichts gegen die Tschechen. Diese aber gingen in immer größerer Linie zum Angriff gegen die Deutsch-Böhmen über. Nun litten die Tschechen ja selbst unter starkem revolutionärem Druck. Ein Attentat auf Kramarsch, den bürgerlichen Nationaldemokraten, am 8. Januar zeigte offen die Spannung, die zwischen Bourgeoisie und radikalem Marxismus bestand. Immerhin verstand es die Regierung, diesen Strömungen Rechnung zu tragen und sie zur Waffe gegen die Deutschen zu benutzen. Ende März nahm die tschechische Nationalversammlung ein Gesetz an, das die Arbeiter und Angestellten am Reingewinn der Unternehmungen beteiligte. Diese Art Sozialisierung war ein damals in Mitteleuropa allgemeines Zeichen der Zeit. Wesentlich wichtiger war schon das andere Gesetz, das den Großgrundbesitz, über 250 Hektar, und den privaten Wald enteignete, und zwar ohne Entschädigung, soweit es sich um Fürstenbesitz handelte und soweit der Besitz im Dreißigjährigen Krieg aus religiösen oder politischen Ursachen erworben wurde.

102

2. Kapitel: Tschechenterror 103

Das betraf neben tschechischen Familien vor allem viele deutsche. Für die übrigen zu enteignenden Großbesitze wurde im April 1920 eine Entschädigung in bescheidenem Umfange festgesetzt.

Ohne daß Deutschböhmen bereits formell dem Tschechenstaate einverleibt gewesen wäre, wurden sämtliche deutschen Richter und Rechtsanwälte zum Treueid für den tschechischen Staat gezwungen. Die Betroffenen schickten Ende März eine Abordnung zum Justizminister und beschwerten sich. Sie erhielten zur Antwort, daß die Zeit der deutschen Vorrechte vorüber sei, die Deutschen würden nicht anders behandelt als die Tschechen. Sie mußten sich fügen, denn wer den Eid verweigerte, wurde unweigerlich aus Amt und Brot vertrieben und konnte als Bettler durchs Land irren. Die Zustände wurden immer unhaltbarer, und von einer Volksabstimmung war schon längst keine Rede mehr. Es war dem ränkevollen Spiel des Dr. Kramarsch und Dr. Benesch in Paris gelungen, durch zahllose von Frankreich unterstützte Versprechungen und feierliche Beteuerungen, sie würden das Recht der Deutschen achten, Wilson umzustimmen, daß er auf eine Volksabstimmung verzichtete. Kramarsch hatte der Tschechoslowakei die historischen Grenzen gerettet.

Da half es denn auch gar nichts, daß die neue provisorische deutschböhmische Landesregierung in Wien, die sich nach ihrer Umbildung aus bürgerlichen und sozialdemokratischen Mitgliedern zusammensetzte: Hartl, Dr. Herold, Schaefer und Seliger, beunruhigt durch die Nachrichten aus Paris, am 10. April Wilson um Zulassung zur Friedenskonferenz baten und um den Schutz der Alliierten und eine Volksabstimmung in Böhmen ersuchten! Es war zu spät. Denn gerade jetzt wurde sich der Viererrat, Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando, einig, daß man der Tschechoslowakei die „historischen Grenzen“ zuerteilen müsse.

Die Tschechen gingen nun mit Ausnahmeverfügungen gegen die Deutschen vor: ihre allgemeinen Rechte wurden beseitigt, die tschechische Amtssprache wurde eingeführt. Natürlich konnte das den deutschen Charakter des Landes nicht ändern.

103

Bei den Gemeindewahlen in Deutschböhmen am 17. Juni erhielten nur 40 Tschechen Mandate, aber achtmal soviel Deutsche! Das Verhältnis der Deutschen zu den Tschechen in den einzelnen Städten war folgendes: Reichenberg 37:5, Gablonz 26:6, Teplitz-Schönau 33:6, Aussig 33:7, Karlsbad 36:1, Brüx 29:6.

Ein Regierungswechsel, der am 8. Juli stattfand, sollte die tschechische Staatsführung in versöhnlichere Bahnen lenken. Der intransigente Kramarsch trat zurück, zu seinem Nachfolger wurde von Masaryk Tusar berufen, der die Republik in Wien vertreten hatte und so der geeignete Mann war, eine Brücke zu den Deutschen zu schlagen. Es war aber wohl schon zu spät, denn die deutschen Sozialdemokraten, die bisher eine versöhnliche Haltung einnahmen, waren im Begriff, in die Front des sudetendeutschen Bürgertums einzuschwenken. Das bewiesen sie am 21. Juli, als sie in allen Städten die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu großen Massenversammlungen gegen den Gewaltfrieden und den Imperialismus der Entente zusammenriefen.

Immerhin bemühte sich Tusar aus taktischen Gründen - Renner war in St. Germain und verhandelte mit der Entente, und da war es ratsam, sich an die Versprechungen zu halten und die Deutschen zu beschwichtigen - eine mittlere Linie der Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen zu finden. Am 1. September hielt er im deutschböhmisches Weipert eine Rede, in der er ausführte, Deutsche und Tschechen sollten gemeinsam den neuen Staat bauen: „dem deutschen Schulwesen soll kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Was die Deutschen brauchen, um sich kulturell zu entwickeln, soll ihnen gegeben werden. Der gegenseitige Kampf auf dem Gebiete des Schulwesens im alten Österreich soll nicht nachgeahmt werden.“ - Wenige Tage später lieferte das Diktat von Saint-Germain die Sudetendeutschen den Tschechen aus. Drei Millionen deutsche Böhmen wurden unter die Fremdherrschaft gezwungen. Nun hatte auch die provisorische Landesregierung für Deutschböhmen und Sudetenland in Wien ihren Sinn verloren: sie löste sich Ende September auf. -

Ebenso tragisch war das Schicksal der Deutschen in Südtirol.

104

2. Kapitel: Deutsche Proteste 105

In den Vierzehn Punkten Wilsons vom 8. Januar 1918 forderte Punkt 9 die „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nationen“. Oberst House sagte in seinem Kommentar von Ende Oktober 1918 hierzu: „Dieser Vorschlag reicht nicht an die italischen Ansprüche heran, natürlich noch weniger an das mit dem Londoner Vertrag verheißene Gebiet und an das Abkommen zwischen der italischen Regierung und dem jugoslawischen Staate.“ House führte weiter aus: „Im Gebiet von Trient verlangen die Italiener eher eine strategische als eine ethnische Grenze. Es sollte in diesem Zusammenhange vermerkt werden, daß Italien und Deutschland Nachbarn werden, wenn sich Deutschösterreich dem Deutschen Reiche anschließt. Und wenn Italien die beste geographische Grenze erhielte, würde es die Herrschaft über eine große Zahl Deutsche antreten. Das ist eine Verletzung des Grundsatzes. Es mag aber ins Treffen geführt werden, daß Italiens Sicherheit ungeheuer erhöht und die Notwendigkeit großer Rüstungen herabgesetzt wird, wenn die Grenze haarscharf entlang dem Alpenkamm gezogen wird. Es könnte daher vorgesehen werden, daß Italiens Anspruch auf den Trentino befriedigt, der von Deutschen bewohnte nördliche Teil aber vollkommen autonom und die Bevölkerung nicht zu Militärdiensten in der italischen Armee verpflichtet werde. Italien könnte danach die unbewohnten Alpengipfel für militärische Zwecke besetzen, würde sich aber in das kulturelle Leben der andersstämmigen Bevölkerung südlich dieser Grenze nicht einzumengen haben.“ - Nach diesen Ausführungen war also die ursprüngliche Absicht der Amerikaner, Italien nur das Gebiet von Trient zu geben, „Welschtirol“, während das deutsche Südtirol von Österreich zwar getrennt, aber ein autonomes Gebiet werden sollte, das lediglich in die italische Militärgrenze einbezogen werden sollte.

Diese amerikanische Auffassung fand eine Stütze an den ungezählten Protesten, mit denen die Friedenskonferenz von Anfang an aus Tirol überschüttet wurde. Es war wohl Anfang 1919 keine Woche vergangen, wo nicht aus Tirol Klagen und Forderungen auf Selbstbestimmung, Volksabstimmung in die Welt hinausgingen.
105

Deutsche unter Fremdherrschaft 106

Die Tiroler nördlich und südlich des Brenner wurden nicht müde, sich gegenseitig ihre unauflösliche Zusammengehörigkeit zu beteuern und mit Eidschwüren zu bekräftigen. 220 deutsche Gemeinden und die Dolomitenladiner übergaben Präsident Wilson eine Denkschrift, worin sie feierlich gegen die Zerreißung des Landes protestierten. Auf der anderen Seite bestürmte Orlando unablässig den Präsidenten, daß er seine Zustimmung zur Brennergrenze geben müsse, da nur so in Zukunft Italien gesichert sei. Wilson nahm sich nun nicht die Mühe, die Lage der 230 000 Deutschen südlich vom Brenner sorgfältig zu studieren, und so sagte er Orlando leichtsinnig die strategische Grenze des Brenner zu, gleichsam um mit dem deutschen Südtirol Italiens Verzicht auf Fiume zu erkämpfen, nachdem der italische Ministerpräsident im römischen Parlament seinerseits zugesagt hatte, „gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf deren Sprache, Kultur und wirtschaftliche Interessen eine in weitem Maße liberale Politik zu befolgen“. Als es zu spät war, im Mai 1919, erklärte dann Wilson, seine Zustimmung zur Brennergrenze sei auf „unzulängliche Kenntnis“ zurückzuführen gewesen. Wilsons Privatsekretär Baker sagte später in den Erinnerungen: „Unglücklicherweise hatte der Präsident die Brennergrenze Orlando zugesagt, wodurch etwa 150 000 tiroler Deutsche Italien überantwortet wurden - eine Tat, die er später als einen groben Fehler ansah und tief bedauerte. Es war geschehen, bevor er diese Frage sorgfältig studiert hatte, und jetzt war er gebunden und mitschuldig an Orlandos Forderung nach einer strategischen Grenze.“ –
In Südkärnten und Südsteiermark waren die jugoslawischen Regimenter und Freischärlerbanden bereits im November und Dezember 1918 unter beständigen Kämpfen mit der Bevölkerung, mit Heimwehr und Volkswehr bis zur Drau vorgedrungen, von Arnoldstein bis Unterdrauburg, dazu Völkermarkt und St. Paul wurden von ihnen besetzt. Die slowenische Nationalregierung in Laibach, die der Belgrader Regierung des am 4. Dezember 1918 gegründeten großserbischen Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen unterstellt war,
106

2. Kapitel: Erhebung in Kärnten 107

beanspruchte bedingungslose Angliederung Südkärntens bis Hermagor, mit Villach, Klagenfurt und dem Zollfeld, nachdem die Slowenen in Paris sich überzeugt hatten, daß sie die Tauerngrenze gegen den Widerstand Italiens und Amerikas nicht erlangen würden, denn diese Landesteile seien ihnen zugehöriges Volksgebiet, und aus dem Waffenstillstand nahmen sie sich das Recht der Besetzung für das beanspruchte Gebiet, um eine fertige Tatsache zu schaffen; doch die Deutschen Kärntens, mit denen die Winden einig waren, wollten von den neuen Herren nichts wissen. Die vorläufige Kärntner Landesversammlung verweigerte den Slowenen das Recht der Besetzung, und forderte, daß eine Volksabstimmung unter unparteiischer Leitung das Schicksal des Landes entscheiden solle. Am 5. Dezember 1918 hatte die Landesversammlung den bewaffneten Widerstand beschlossen. Als bald erhob sich einmütig das ganze Volk zur Befreiung des Landes. Jünglinge und Greise, Väter und Söhne, Bauern und Arbeiter, Studenten und Beamte scharten sich um ihre Führer und traten dem Feind im Kugelregen entgegen, die Frauen pflegten die Verwundeten und verbanden sie, Kinder trugen den kämpfenden Männern Verpflegung und Munition in die Gefechtslinien. Der erbitterte Kampf in dem von Schluchten und Wäldern

zerrissenen Lande trieb die Feinde bis an die Karawanken zurück. Die Volkserhebung griff auf die südliche Steiermark über. Truppenteile der Volkswehr bildeten hier wie da das Rückgrat der Volkserhebung, und kriegserprobte Offiziere leiteten die Kampfhandlungen. Aber zu einer umfassenden Erhebung und zu einem Vormarsch wie in Kärnten kam es hier nicht. Dazu war hier der slowenische Volksteil, der sich mit den Serben verbündet hatte, zu stark und lähmte die Operationen der zahlenmäßig schwachen Deutschen durch Verrat und Überfall. Immerhin genügte das Auftreten der Deutschen, um die Serben zu beunruhigen. Der jugoslawische General Maister, der sein Quartier in Marburg nahm, wurde durch diesen Kleinkrieg derart aufgebracht, daß er der Steiermärkischen Landesregierung in Graz am 20. Januar 1919 mitteilte, er werde die Volkswehrtruppen in Zukunft nicht mehr als Soldaten anerkennen können.

107

Deutsche unter Fremdherrschaft 108

Er werde sie, wo er sie gefangennähme, standrechtlich behandeln, d. h. ohne Gnade erschießen lassen. Zugleich drohte er, daß die jugoslawischen Truppen, wenn sie zur Räumung der besetzten Gebiete infolge des Kleinkrieges gezwungen sein würden, vorher alle Städte, Märkte und Dörfer in Brand stecken würden.

Aber der verbissene Volkskrieg ging weiter. Die schon aus dem Dreißigjährigen und aus dem Siebenjährigen Kriege bekannte kroatische Barbarei feierte ihre Triumphe. In Marburg wurden die Deutschen von den Balkantataren wie das liebe Vieh behandelt. Ihre Wohnung, ihr Eigentum, die Ehre ihrer Frauen und Töchter, nichts war vor den Gewalttaten dieser Banditen sicher, so daß Ende Januar der Deutschdemokrat in der vorläufigen steiermärkischen Landesversammlung mit der Selbsthilfe der Deutschen in Marburg drohen mußte, wenn die jugoslawische Besatzung nicht unverzüglich durch andere Verbandstruppen abgelöst würde. Die Italiener mußten sich ins Zeug legen und den grausamen Kampf beenden, eine Tätigkeit, die ihnen nicht die Sympathien der Jugoslawen eintrug. Eine Demarkationslinie wurde festgelegt, die im wesentlichen dem Lauf der Drau folgte und das Land südlich von diesem Flusse von Villach bis Friedau der jugoslawischen Besatzung überließ. Eine Zeitlang herrschte jetzt die Ruhe einer Gewitterspannung im Lande.

Inzwischen bereiste eine amerikanische Kommission das Kärntner Land und überzeugte sich von der Abneigung der Bewohner gegen eine Vereinigung mit Südslawien. Darauf schlugen die Amerikaner in Paris der unter Tardieu's Vorsitz tagenden Kommission die Karawankengrenze gegen Südslawien vor. Die Italiener schlossen sich aus strategischen Gründen an, die Engländer waren uninteressiert, neigten aber dem amerikanischen Vorschlag zu.

Die Franzosen allerdings nahmen die Partei der Südslawen, und Marschall Foch gab ihnen zu verstehen, daß für sie ungünstigen Entscheidung durch einen Gewaltstreich zuzukommen. Die Jugoslawen brachen also den Waffenstillstand und eröffneten den zweiten Angriff auf Kärnten.

108

2. Kapitel: Kärntens Not 109

Am 29. April nahmen die Jugoslawen auf der ganzen Demarkationslinie den Vormarsch auf. Sofort war das kärntische Volk, unterstützt durch Freiwillige aus Tirol und Steiermark auf dem Plan und setzte den Störenfrieden heftig zu. Schon am 3. Mai hatten diese alle Stellungen nördlich der Drau verloren, drei Tage später wurden sie aus Bleiburg und Eisenkappel geworfen. Eine Volkserhebung südlich der Drau brach aus, die sich zu einem Sturm zu entwickeln schien, welcher die Jugoslawen wie Spreu über die Grenze hinwegfegen konnte. In wenigen Tagen waren die Jugoslawen hinter den Karawanken verschwunden, und im südlichen Steiermark, in

Cilli und Windischgrätz, ereigneten sich schwere Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und den Feinden.

Jetzt war es Zeit für die Italier, einzugreifen. Sie fielen den Kärntnern und Steiermärkern in den Arm, wie die Engländer zur gleichen Zeit im Baltikum den Deutschen in den Arm fielen und wie zwei Jahre später die Franzosen es mit den Deutschen in Oberschlesien machten. General Segre, der Chef der italischen Waffenstillstandskommission, beschwerte sich bei der Wiener Regierung, daß deutsch-österreichische Volkswehrverbände die Demarkationslinie überschritten hätten. Der Minister für das Heereswesen, Julius Deutsch, wies zwar die Vorwürfe zurück, indem er betonte, die Jugoslawen hätten mit den Feindseligkeiten begonnen, befahl aber den Landesregierungen in Graz und Klagenfurt, den Kampf einzustellen und sich von den tirolischen und steirischen Heimwehren zu trennen.

Nun begannen am 11. Mai Waffenstillstandsverhandlungen in Klagenfurt zwischen den Österreichern und Jugoslawen, die am 16. Mai ergebnislos abgebrochen wurden. In Paris hatte der Freiheitskampf der Kärntner einen tiefen Eindruck gemacht, Präsident Wilson entschloß sich, nördlich der Karawanken eine Volksabstimmung zuzulassen. Auf's neue sahen die Jugoslawen ihre Absichten auf das südliche Kärnten stark bedroht. Ein dritter jugoslawischer Angriff erfolgte mit gewaltiger Übermacht. Eine reguläre Truppe, neun Infanterieregimenter mit starker Artillerie, den Kärntner Freiheitskämpfern zwölfmal überlegen, rückte ein.

109

Deutsche unter Fremdherrschaft 110

Die Kärntner, deren Angriffsmacht durch die Wiener Maßnahmen und durch die jugoslawische Übermacht gelähmt war, zogen sich Ende des Monats an die Drau zurück. Sie mußten den Fluß überschreiten: am 3. Juni zogen die Jugoslawen in Völkermarkt ein, am 6. Juni waren die Kroaten in Klagenfurt. Die Kärntner Landesregierung mußte nach Spittal flüchten.

Jetzt griffen die Italier abermals ein. Sie besetzten die Bahnlinie von Villach nach Sankt Veit, um ein weiteres Vordringen der Kroaten zu verhindern, Mitte Juni. Zwei Wochen später verhandelten sie mit den Jugoslawen und bewogen sie endlich mit Überredung und Drohung, hinter die Demarkationslinie zurückzugehen. Aber es dauerte noch bis Ende Juli, bis die Jugoslawen das Klagenfurter Becken räumten. Die Kroaten aber fuhren mit ihrem Gewaltregiment fort. Mitte August, als es feststand, daß das südliche Steiermark von Österreich abgetreten werden mußte, verhafteten die Jugoslawen dort eine Menge Deutsche, es sollen vierhundert gewesen sein, wegen Beteiligung an dem Freiheitskampfe und wegen Aufreizung zu Aufruhr und Hochverrat.

Die Alpenländer hatten eine schwere Last zu tragen. –

Am 2. Mai 1919 traf in Wien Clemenceaus Einladung ein, die österreichische Regierung möge eine Delegation zur Entgegennahme der Friedensbedingungen entsenden.

Die österreichische Delegation war am 14. Mai in St. Germain-en-Laye, einem Orte an der Seine, achtzehn Kilometer westlich von Paris, mit einem Schlosse Heinrichs IV. Staatskanzler Renner führte die aus fünf Staatssekretären bestehende Abordnung, unter der sich aber nicht Dr. Otto Bauer, der Außenminister, befand. Enttäuscht über den Mißerfolg seiner Politik war er in Wien geblieben, sein Vertreter in Saint-Germain war der Staatssekretär Klein. An der Spitze der alliierten Abordnung stand der Franzose Cambon. Fast drei Wochen ließ Clemenceau die Österreicher, die bereits ungeduldig wurden, auf die Übergabe des Friedensdokumentes warten. Endlich, am 2. Juni, gelangte es in die

110

2. Kapitel: Saint-Germain 111

Hände der Österreicher, allerdings waren die militärischen Fragen, die Reparationen und einige Grenzfragen hinsichtlich der italischen Grenze darin noch nicht enthalten. Folgendes aber stand schon fest:

Das ganze Land Tirol südlich vom Brenner bekam Italien. Von den 26 683 Quadratkilometern ganz Tirols (1910) verlor also Österreich Südtirol mit 8691 Quadratkilometern und Welschtirol mit 5592 Quadratkilometern. Insgesamt wurden 584 000 Einwohner, darunter etwa 250 000 Deutsche, von Österreich abgerissen, das waren 68 Prozent der Bevölkerung Tirols.

Das gesamte Böhmen, 51 947 Quadratkilometer groß, und Mähren, 22 222 Quadratkilometer, sowie ein noch gegen Polen abzugrenzendes Stück Schlesiens, 4134 Quadratkilometer groß, insgesamt also 78 303 Quadratkilometer mit zehn Millionen Einwohnern, darunter drei Millionen Deutsche, wurden an die Tschechoslowakei gegeben. Außerdem erhielt dieser Staat von Niederösterreich das Gebiet von Weitra, 91 Quadratkilometer groß, mit elf Ortschaften und 10 000 Einwohnern, von denen 3500 Deutsche waren. Schließlich wurde das niederösterreichische Gebiet von Feldsberg, 87 Quadratkilometer groß, mit fünf Ortschaften und 10 643 Einwohnern, von denen 5366 Deutsche waren, der Tschechoslowakei zugewiesen.

Südslowenien wurde mit dem Lande Krain, dem südlichen Kärnten und dem südlichen Steiermark bedacht, etwa 40 000 Quadratkilometer, - die neue Provinz Slowenien. Von den etwa zwei Millionen Einwohnern waren 800 000 Deutsche. Außerdem verlor Kärnten das Kanaltal, das Gebiet um Tarvis, an Italien. Das Mießtal wie das Kanaltal waren je 350 Quadratkilometer groß und hatten unter insgesamt 22 000 Einwohnern 8600 Deutsche.

Deutsch-Österreich verlor also, abgesehen von Galizien, das natürlich an Polen abgetreten wurde, etwa 140 000 Quadratkilometer Landfläche mit 12, 5 Millionen Einwohner, von denen ein Drittel Deutsche waren. Übrig blieb ein Rumpf von 80 000 Quadratkilometern mit 6 Millionen Einwohnern.

111

Deutsche unter Fremdherrschaft 112

Weiter hatte Österreich sich mit Ungarn in die gesamten Kriegskosten der ehemaligen Monarchie zu teilen. Die Tschechoslowakei, Italien und Südslowenien waren für ihre neuerworbenen Gebiete davon befreit. -

Das Anschlußverbot war im ursprünglichen Entwurf des Diktats von Saint-Germain noch nicht enthalten. Aber bereits im Februar hatte Clemenceau dem amerikanischen Oberst House erklärt, daß er entschieden gegen den Anschluß sei. Das war auch ganz natürlich, denn die Franzosen zogen ein zwiespältiges Deutschland seit je einem geeinten Deutschland vor, und wie die Dinge lagen, konnten sie sogar hoffen, auch noch Bayern vom Reiche zu trennen und, mit Österreich vereinigt, dem preußischen Norddeutschland ein bayrisch-österreichisches Süddeutschland entgegenzusetzen. Die amerikanischen Delegierten hatten aus Gründen des Wirtschaftslebens und des Selbstbestimmungsrechtes den Anschluß befürwortet, aber mit seiner eigentümlichen Starrheit widerstand Clemenceau derartigen Vorschlägen, worin er sowohl von den Tschechen, welche den Verlust Sudetendeutschlands durch den Anschluß befürchteten, wie auch von Italien und Südslowenien, welche den Verlust Südtirols und Kärntens befürchteten, unterstützt wurde. Clemenceau blieb in der Anschlußfrage Sieger. Jedoch wurde das Anschlußverbot nur im Artikel 80 des Versailler Vertrages aufgenommen, während es im Vertrage von Saint-Germain nicht ausgesprochen war. Als Graf Brockdorff-Rantzau in seiner Entgegnung auf das Versailler Diktat Abstimmung in Österreich verlangte, verschärfte Clemenceau sogar noch den Artikel 80, um in dem Punkte der österreichischen Unabhängigkeit ganz sicher zu sein.

Für Renner setzte jetzt die schwere Aufgabe ein, diese Bedingungen, welche Österreich erdrosselten, zu mildern. Er arbeitete mit seinem Stabe Denkschriften aus, worin er nachwies, daß Österreich nach dieser Verstümmelung nicht mehr lebensfähig sei. Die Wirtschaftsfolgen seien katastrophal. Der neue Staat könne

nur noch ein Viertel der notwendigen Lebensmittel erzeugen, die Kohleförderung werde auf zwei Millionen Tonnen im Jahr verringert, und zwölf Millionen Tonnen müßten dazugekauft werden!

112

2. Kapitel: Saint-Germain 113

Sechs Wochen dauerte das Hin und Her der Noten, bis dann am 20. Juli Dutasta einen gemilderten Text an Renner übergab, in bezug auf die Gebietsfragen. Das südliche Kärnten sollte, abgesehen vom Kanaltal und von dem an Südslawien ohne Abstimmung abzutretenden Mießtal, nicht mehr abgetreten werden, sondern seine Zugehörigkeit zu Österreich oder Südslawien sollte von einer Volksabstimmung im Klagenfurter Becken abhängig gemacht werden. Diese sollte, unter Leitung einer interalliierten Kommission, in zwei Zonen stattfinden, doch so, daß, wenn die Abstimmung in der südlichen Zone für Österreich entscheide, die nördliche Zone ohne Volksabstimmung bei Österreich bleiben solle. Diese Regelung kam nicht nur den Wünschen der Österreicher entgegen, sondern entsprach auch der bereits im April geäußerten Absicht des Präsidenten Wilson und wurde von den Italiern begrüßt. Steiermark südlich der Drau von Drauburg über Marburg bis Radkersburg blieb zwar bei Südslawien, doch wurden Radkersburg und die Gemeinden nördlich der Mur, Spielfeld, die Sobot mit den Nachbargemeinden und die Umgebung von Leutschach, bei Steiermark belassen. Der Verlust des Landes wurde so von etwa 7000 Quadratkilometer auf 6039 Quadratkilometer verringert.

Dann aber war es Renner gelungen, die Alliierten zu bewegen, daß das deutsche Burgenland, 4000 Quadratkilometer groß, östlich der Leitha, von Westungarn gelöst und der Republik Deutsch-Österreich zugesprochen wurde, unter dem Protest Ungarns. Von den 286 179 Einwohnern waren 226 995 Deutsche. Jedoch wurden Preßburg mit drei deutschen Umgebungsgemeinden mit 37 100 Deutschen der Tschechoslowakei, drei Gemeinden mit 918 Deutschen Südslawien, und 23 Gemeinden mit den Städten Ungarisch-Altenburg, Wieselburg, Güns, Steinamanger, St. Gotthard an der Raab mit zusammen 26 600 Deutschen Ungarn gegeben.

Es wurde in dem neuen Entwurf noch festgesetzt, daß für die Wiedergutmachungsleistungen die Reparationskommission für Deutschland zuständig sei.

Auch in den anderen wirtschaftlichen Bestimmungen glich das Diktat von Saint-Germain demjenigen von Versailles:

113

Deutsche unter Fremdherrschaft 114

Österreich mußte den alliierten und assoziierten Mächten die Meistbegünstigung einräumen und dieselbe Verpflichtung den Nachfolgestaaten gegenüber übernehmen. Aber gerade diese zweite Verpflichtung war sehr hart. Staatssekretär Dr. Bauer sagte am 7. Juni 1919 in der Nationalversammlung: „Wir müssen von der tschechoslowakischen Republik die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel, vor allem auch die Kohle, beziehen. Es ist geradezu eine Lebensfrage für uns, uns diesen Bezug zu sichern; in welchem Maße eine Lebensfrage, zeigt ein Blick auf unsere hunderttausende Arbeitslose, die nur darum arbeitslos sind, weil wir nicht Kohle genug bekommen, die Dampfkessel unserer Fabriken zu heizen. Aber wie sollen wir zu den Handelsabkommen mit unsern Nachbarstaaten, die für uns buchstäblich eine Lebensnotwendigkeit sind, kommen, wenn man uns von vornherein die Hände bindet und uns von vornherein verpflichtet, fast alles, was wir in solchen Handelsabkommen als Preis für die uns lebensnotwendigen Gegenzugeständnisse zugestehen könnten, ohne jede Gegenleistung zu gewähren?“

Ebenso drakonisch waren die andern Bestimmungen, die den Nachfolgestaaten das Recht der Liquidation österreichischen Besitzes und die Entschädigungspflicht

durch den österreichischen Staat seinen Staatsbürgern gegenüber festsetzte, und die Bestimmung, bei der geplanten Vermögensabgabe die Angehörigen der Nachfolgestaaten, die in Österreich begütert waren, auszunehmen und ihnen ihre Guthaben voll auszuzahlen. –

Ende Juli teilten die Alliierten der österreichischen Delegation mit, daß die Reparationskommission Österreich mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versorgen werde, wenn Österreich Waffen und Munition an die Tschechoslowakei im Austausch gegen Kohlen liefere. Renners Bitte an Clemenceau vom 28. Juli, daß der Kohlennot Österreichs nur dann wirksam abgeholfen werden könne, wenn die Alliierten den Deutschen gestatteteten, von ihren Pflichtablieferungen an die Westmächte 15 000 Tonnen zu streichen und diese an Österreich zu geben, blieb unberücksichtigt. Eine neue Verschärfung trat ein, als am 11. August 1919 die deutsche Verfassung mit dem Anschlußartikel 61 verkündet worden war.

114

2. Kapitel: Saint-Germain 115

Deutschland hatte im Versailler Vertrag den Artikel 80 anerkennen müssen: „Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit Österreichs und wird sie streng in den von dem gegenwärtigen Vertrag festgesetzten Grenzen als unveräußerlich beachten, es sei denn mit Zustimmung des Völkerbundsrats.“ Gegen diesen Artikel schien den Alliierten Artikel 61 Absatz 2 der am 11. August verkündeten deutschen Reichsverfassung ein Verstoß zu sein.

Um allen Weiterungen zu entgehen, beschloß der Oberste Rat am 12. August, aus dem Frieden von Saint-Germain die Bezeichnung Deutsch-Österreich zu streichen und nur noch von der österreichischen Republik zu sprechen. Es wurde weiterhin Artikel 88 in den Vertrag neu eingefügt, der da erklärt, „daß die Unabhängigkeit Österreichs unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt“, und außerdem mußte Österreich in aller Form die Verpflichtung übernehmen, „sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege, namentlich - bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes - im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer andern Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte“.

Am 2. September endlich wurde die endgültige Fassung dem Staatskanzler Renner überreicht. Der Vertrag bewegte sich in seinen Grundzügen im Rahmen des Versailler Vertrages, wobei lediglich die besonderen deutschen Bestimmungen durch die besonderen österreichischen ersetzt waren. Dies betraf in erster Linie die territorialen Bestimmungen und diejenigen über die Entwaffnung. Es wurde der Republik lediglich ein Söldnerheer von insgesamt 30 000 Mann zugestanden, worunter sich 2000 Unteroffiziere und 1500 Offiziere befanden. Die Alliierten befahlen die Annahme bis zum 7. September. Renner bat um eine Fristverlängerung, die bis zum 9. September gewährt wurde. –

Das Volk Deutsch-Österreichs wurde durch die Friedensbedingungen tief gebeugt. Nicht allein die materiellen Bedingungen waren unerträglich, sondern vor allem auch die moralischen.

115

Deutsche unter Fremdherrschaft 116

Die Deutschösterreicher waren zu einem Sklavenvolke degradiert worden, dem man nicht das Recht der freien Völker auf Selbstbestimmung zuerkannte, das Recht, welches man den Tschechoslowaken, den Polen und den Kroaten einräumte.

Deutsch-Österreich war gefesselt, es durfte aus freiem Willen sich nicht an Deutschland anschließen. Deutsch-Österreich mußte verzichten auf ein Gesamtgebiet von 35 500 Quadratkilometern mit mehr als 3,5 Millionen Einwohnern, die Deutsche waren und, wenn man ihnen das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt hätte, sich weder

für Italien, noch für die Tschechoslowakei, noch für Südslawien, sondern allein für Deutsch-Österreich entschieden hätten!

Der Staatssekretär für das Äußere, Dr. Bauer, war bereits am 25. Juli zurückgetreten, als er erkannte, daß all seine Bemühungen, Italien für das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Österreichs in der Frage des Anschlusses und der Deutschböhmen zu gewinnen, gescheitert waren.

Am 6. September befaßte sich die österreichische Nationalversammlung mit dem Diktat. Einstimmig wurde ein Protest angenommen gegen die Verletzung des Mitbestimmungsrechtes Deutsch-Österreichs bei den Friedensverhandlungen. Aber man hoffte, wie man in Wien schon so oft gehofft hatte und noch öfter hoffen würde, auf den Völkerbund, daß er das Unrecht an Österreich und an den Deutschen Böhmens, Steiermarks und Südtirols wieder gutmachen würde. 97 Christlich-Soziale und Sozialdemokraten stimmten dem Verträge zu, die 23 Großdeutschen lehnten ihn ab. Renner wurde ermächtigt, zu unterzeichnen. Am 10. September, vormittags 10 Uhr 15 Minuten, setzte Renner seinen Namen unter das Diktat von Saint Germain. – Die Anschlußfrage hatte noch für Deutschland und Österreich ein demütigendes diplomatisches Nachspiel. Clemenceau drohte am 2. September der deutschen Regierung mit Gewaltmaßregeln, wenn nicht unverzüglich Artikel 61 Absatz 2 der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt werde. Am 5. September beugte sich die Reichsregierung, aber nur bedingt: der bewußte Artikel sei so lange ungültig, so lange der Rat des Völkerbundes einer Veränderung der internationalen Lage Deutsch-Österreichs nicht zustimme.

116

2. Kapitel: Annahme des Friedensdiktates 117

Am 22. September wurde darüber in Versailles ein besonderes Protokoll unterzeichnet. Auf die gleiche Weise wurde Deutsch-Österreich gezwungen, am 21. Oktober 1919 das am 12. März von der Nationalversammlung angenommene Grundgesetz durch ein neues Bundesgesetz außer Kraft zu setzen. Dieses Gesetz, erklärte der Sozialdemokrat Austerlitz, sei das schmerzlichste Ergebnis des Friedensvertrages.

-
117

DRITTES KAPITEL

Verfassungssorgen. Wachsende Spannung im Innern. Volksabstimmungen. (Herbst 1919 bis Winter 1921)

Dem unglücklichen Lande stand ein schrecklicher Winter bevor. Das tägliche Brot ward immer weniger, kein Geld war da, um etwas zu kaufen. Bei diesem würgenden Mangel an Lebensmitteln mußten auch noch Tausende von Kühen und Pferden an die Feinde abgeliefert werden!

Schon im September 1919 erwog man die Ausweisung aller Fremden, um von dieser Seite einen Verbrauch lebensnotwendiger Dinge zu verhindern. Allen Ausländern wurde nur ein Aufenthalt von wenigen Tagen zugestanden.

Zu alledem kamen die Spannungen zwischen den überwiegend christlich-sozialen Provinzen und der überwiegend sozialdemokratischen Hauptstadt. Die Bauern hielten ihre Produkte fest, lieferten nichts nach Wien. Renner machte den Landesregierungen bittere Vorwürfe darüber. Ende Oktober drohte der Engländer Smith, der Vorsitzende der alliierten Ernährungscommission, den Ländervertretern mit verdoppelter Blockade, wenn sie aus ihrem „Überflusse“ nichts nach Wien abführen würden!

Aber auch in Tirol, Salzburg, Vorarlberg war man bald am Ende. Die Gebirgsländer hatten kein Brotkorn mehr, Kredite zum Ankauf waren nicht vorhanden, noch vor

Weihnachten war die ganze Ernte aufgezehrt.

Und dann die Kohlennot! Der Mangel an Eisenbahnwagen hemmte den Kohlentransport ganz empfindlich. Am 21. September kam ein Kohlenlieferungsvertrag mit der Tschechoslowakei zustande, wonach dieser Staat monatlich zehntausend Tonnen Kohle gegen österreichische Waffenlieferungen abgab. Auf Grund eines gleichen Vertrages lieferte Polen siebentausend Tonnen. Aber das genügte keineswegs.

Als sich der trostlose, graue November über die Weltstadt Wien senkte, da war es, als hülle der Schleier des Todes jenes Stück Erde ein, das auf 278 Quadratkilometern fast zwei Millionen Menschen trug. Die Katastrophe der Kälte und des Hungers nahm mit Windeseile zu.

118

3. Kapitel: Volksnot in Österreich 119

Die Regierung sandte ihre Bitten um Hilfe aus höchster Not an alle Völker. Die Massen der Arbeiterschaft, der gesamte Mittelstand, Gelehrte, Künstler saßen hungernd und frierend in kalten, dunklen Stuben, in winddurchfegten Bodenkammern, in dumpfen Kellerlöchern. Einst wohlhabende Familien waren infolge der rasenden Geldentwertung nicht mehr in der Lage, sich ein Stückchen Pferdefleisch oder einen Hering zu kaufen. Nur die Juden und die Geldmagnaten verstanden es noch, im Schleichhandel der bleichen, hohlwangigen, unterernährten Bevölkerung ihre geringe Nahrung zu entziehen. In den verwahrlosten Straßen, wo kaum noch eine Straßenbahn verkehren konnte, gehörten Leichenbegängnisse in steigender Zahl zum täglichen Verkehr. Die Verhungerten wurden von ihren Angehörigen, die selbst dem Hungertode nahe waren, in schmucklosen, armseligen Särgen auf den Friedhof geleitet. Kinder starben zu Tausenden, Säuglinge gingen ein, weil keine Milch mehr für sie da war. In verhärtetem, tränenlosem Kummer brachten Väter und Mütter die Särglein mit den kleinen Leichen zum Totengräber. Dutzende von frischen Kindergräbern verlängerten täglich die Reihen der kleinen, von kargem Blumenschmuck bedeckten Hügel. Ein entsetzenvoller Tod drosselte die große Stadt.

In den Städten und Industrieorten Steiermarks gab es Ende November tagelang keine Schnitte Brot. Ebenso war es in Tirol und Salzburg. Das Gespenst des Hungertodes stand so nahe vor dem entsetzten Volke, daß sogar das hungernde deutsche Volk im Dezember jede Brotkarte um fünfzig Gramm kürzte, um den verzweifelnden Österreichern zu helfen. Besonders schlimm litten die Provinzen unter dem Kohlenmangel. Am 1. Dezember beschloß der Oberste Rat in Paris, Österreich monatlich 250 000 Tonnen oberschlesischer Steinkohlen zuzuweisen. Das waren aber, mit der tschechischen und polnischen Kohle, nur drei Fünftel des normalen Monatsbedarfs. Um die Kohlentransporte zu sichern, stellte die französische Regierung dreitausend Waggons aus der Tschechoslowakei den Österreichern zur Verfügung. Außerdem sagte die Reparationskommission 30 000 Tonnen Getreide zu. Aber die Republik brauchte im Dezember allein 50 000 Tonnen.

119

Deutsche unter Fremdherrschaft 120

Schon am 11. Dezember erklärte Renner der Reparationskommission, daß Österreich zu Neujahr ohne Mehl und Brot sein werde und mit seiner entwerteten Währung nichts kaufen könne, so daß die Reparationskommission noch 20 000 Tonnen zusagte. Anfang Januar 1920 stieg die fürchterliche Not aufs höchste. Die Verarmung der breiten Massen des Mittelstandes war ohne Beispiel. Die Kaufkraft der Währung war nur noch ein Viertel gegen Januar 1919. Natürlich litten die Staatsfinanzen außerordentlich. Der Notenumlauf betrug 12 Milliarden, etwa 2000 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung. Die Regierung machte für diese verheerende Inflation zwei Gründe geltend: die Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrages und das Ausbleiben der Kredithilfe von seiten der Entente. Die Notenpresse stand nicht

mehr still. Ende Januar wollte die Nationalversammlung das Tabakmonopol für eine Auslandsanleihe verpfänden. Neue drückende Steuererhöhungen setzten ein. Die Bezüge der Beamten und öffentlichen Angestellten mußten Ende März erhöht werden. Das kostete wieder drei Milliarden, die man durch Erhöhung der Gebühren für Tabak, Eisenbahn, Post, Telegraph und Telephon einzubringen hoffte. Der Etat vom 1. Juli 1919 bis zum 30. Juni 1920 wies 6,3 Milliarden Einnahmen und 18,9 Milliarden Ausgaben, also ein Defizit von 12,6 Milliarden aus, und dieses Defizit wurde durch erhöhte Tätigkeit der Notenpresse gedeckt! Neben der Lösung des Finanzproblems wurden Regierung und Nationalversammlung erheblich von Verfassungssorgen gequält. In der sechsten Länderkonferenz Ende September 1919 meinte Renner, Österreich sei durch das Anschlußverbot in dieselbe Lage wie die Schweiz geraten. Daher sei es wohl auch zweckmäßig, den Staat als einen Bund sich selbst regierender Städte und Landschaften zu organisieren.

Die föderalistische Staatsidee, die vor allem von den Christlich-Sozialen vertreten wurde, war schon sehr bald gegenüber dem Gedanken des Einheitsstaates die stärkere. Allerdings entsprang der österreichische Föderalismus der starken inneren, parteipolitischen Spannung im Volke. Die vorwiegend christlich-sozial regierten Länder standen der sozialdemokratischen Hauptstadt feindlich gegenüber.

120

3. Kapitel: Verfassungskämpfe 121

Bereits im November und Dezember 1918 hatte der Christlich-Soziale Richard Steidle in Innsbruck, später Begründer der Heimwehr, im Tiroler Nationalrat den Standpunkt vertreten, daß der Wegfall der Dynastie den Ländern das Verfügungsrecht über ihr staatliches Schicksal zurückgegeben habe und daß Tirol entschlossen sein müsse, von dieser Freiheit den ihm zweckmäßig erscheinenden Gebrauch zu machen. Von Tirol aus verbreitete sich diese Auffassung alsbald auf die anderen österreichischen Länder, da mit ihr eine erfolgreiche Abwehr gegen den übersprudelnden Wiener Radikalismus möglich war. Landeshauptmann Steiner von Niederösterreich sagte in der Länderkonferenz Ende September 1919, die Entstehung der Räteorganisationen sei schuld für die Entfremdung der Länder gegenüber Wien. Aus diesem Grunde wollten die Länder den Föderalismus. Der Landtag von Tirol lobte Ende September Renners föderatives Verfassungsprogramm und beauftragte den Landesrat, die anderen Landesräte zur gemeinsamen Mitarbeit und Einsetzung eines eigenen Länderkomitees einzuladen, das in steter Fühlung mit den Ländern einerseits und der Staatsregierung andererseits an den Entwürfen der Bundesverfassung mitarbeiten solle.

Das Ringen zwischen der zentralistischen Staatsidee, welche von der Sozialdemokratie und der hohen Bürokratie Wiens verfochten wurde, und der föderalistischen Staatsidee, welche von den christlich-sozialen Ländern vertreten wurde, verzögerte das Werk der Verfassung viele Monate hindurch. Die Grundsätze der Christlich-Sozialen waren folgende: im alten Österreich haben die Länder keine Einheit gebildet, daher sei auch für ein neuösterreichisches Gemeinschaftsgefühl keine Grundlage gegeben. Die Republik Österreich vom Bodensee bis zum Neusiedlersee sei weder ein geschichtliches Faktum, noch ein Produkt der freien Entscheidung seiner Bevölkerung, sie sei künstlich zusammengezwungen durch das Diktat von Saint-Germain. Die Schuld der Sozialdemokratie sei es, wenn kein Gemeinschaftsgefühl entstehe. Denn die Sozialdemokratie habe statt Demokratie den Terror gebracht. Das sozialdemokratische Wien sei die Brutstätte der religionslosen Kindererziehung, der Eigentumsfeindlichkeit, der Gewalttätigkeit.

121

Deutsche unter Fremdherrschaft 122

Das balkanische Kaffeehauswesen und Genießertum Wiens wirke außerdem abstoßend auf

die Länder. In dieser Auffassung waren sich die führenden christlich-sozialen Politiker, Steidle, Seipl, Mataja, Mayr usw., alle einig. Sie verlangten den Föderalismus als ein Bollwerk gegen den Umsturz und die Keimzelle für eine Gesundung des öffentlichen Lebens auf echter demokratischer Grundlage. Im Oktober 1919 fanden unter der Leitung des sozialdemokratischen Präsidenten der Nationalversammlung, Seitz, Verhandlungen wegen der Umbildung der Regierung statt. Trotzdem sich manche Unstimmigkeiten zwischen den beiden Koalitionsparteien bereits bemerkbar machten, beschloß der marxistische Reichsarbeiterrat ein Festhalten an der Koalition.

Am 17. Oktober war die neue Regierung Renner fertig, die sich aus acht Sozialdemokraten und sieben Christlich-Sozialen zusammensetzte. Unter den Christlich-Sozialen befand sich Michael Mayr als Staatssekretär für Bearbeitung von Verfassungsfragen. Von 95 anwesenden Abgeordneten stimmten 76 für die neue Regierung.

Die Grundlage für die neue Koalition bildete folgender Kompromiß: schleunigste Vermögensabgabe, Abgabe von Gold, Juwelen, Devisen zur Lebensmittelbeschaffung, wertbeständige Währung, Valutaanleihe, regelmäßige Vermögenssteuer, Bundescharakter des Staates, Schutz der Demokratie und Koalitionsrecht; außenpolitisch bekannte man sich zum Frieden von Saint-Germain, lehnte jede staatsrechtliche Verbindung mit Nachbarstaaten ab.

Schon die Verhandlungen über die Vermögensabgabe Ende Oktober führten zu einer gewitterschwülen Atmosphäre. Wer 15 000 Kronen besaß, sollte 5 Prozent abgeben, bei 100 000 Kronen 10 Prozent, bei einer Million 20 Prozent und bei 15 Millionen Vermögen sollte die Abgabe 65 Prozent betragen! Großindustrie und Großbanken waren nicht sehr eingenommen für diesen Plan, jedoch wurde er zunächst noch zurückgestellt, um nicht die Regierungskoalition zu gefährden.

Zu einem scharfen Zusammenstoß kam es am 6. November. Man wollte den 12. November, den Tag der Ausrufung der Republik Österreich, durch eine Amnestie feiern, welche die Sozialdemokraten so weitgehend wie nur irgend möglich fassen wollten, wogegen sich die Christlich-Sozialen wehren.

122

3. Kapitel: Die Christlich-Sozialen 123

Die Sozialdemokraten mußten einem Kompromiß zustimmen, der wenigstens den bedingungslosen Anspruch auf die Amnestie beseitigte.

Auf ihrem Parteitag Mitte November stellten, die Christlich-Sozialen fest, daß die Koalition mit den Sozialdemokraten zwar eine schwere Belastung darstelle, aber der letzte Versuch zur Rettung des Vaterlandes vor dem drohenden Untergange sei. Ein Antrag, durch den Völkerbund Anschluß an Deutschland und Wiedervereinigung mit den losgerissenen deutschen Gebieten herbeizuführen, wurde abgelehnt. Zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen bestanden also schwere Spannungen, auf innenpolitischem Gebiete durch die Vermögensabgabe, in der äußeren Politik in bezug auf den Anschluß. In diesem zweiten Punkte äußerte sich auch der regionale Gegensatz der Länder zu Wien. Wo nämlich christlich-soziale Länderregierungen wirklich den Anschluß forderten, da geschah es mit dem Gedanken, bestenfalls von der sozialdemokratischen Hauptstadt Wien loszukommen und sich dem wesensverwandten Bayern anzuschließen. So forderte man in Tirol und Salzburg wegen der verzweifelten Wirtschaftslage, daß die Wiener Regierung in Paris den Anschluß an Bayern durchsetze! Hier sprachen wohl vor allem separatistische bayrisch-wittelsbachische Umtriebe mit. Vorarlberg ging seine eigenen Wege. Die Landesregierung bereitete den Anschluß an die Schweiz vor, wogegen die Sozialdemokraten protestierten, weil sie fürchteten, daß „die Errungenschaften der Revolution“ verlorengehen könnten. Die zentrifugalen Bestrebungen waren jedenfalls so stark, daß der Oberste Rat durch Clemenceau Mitte Dezember in Wien erklären ließ, er werde weder den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz, noch denjenigen Salzburgs und Tirols an Bayern gestatten, denn ein Zerfall Österreichs werde das

Gleichgewicht Europas stören.

Über Bayern, Tirol und Salzburg hatte sich seit dem Frühjahr 1919 eine eigentümliche heimliche Gemeinsamkeit verbreitet. Die völkische Gleichartigkeit dieser Gebiete, die Gleichheit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und religiösen Struktur beförderte Pläne, die Gefährliches in sich bargen.

123

Deutsche unter Fremdherrschaft 124

Die Christlich-Soziale Partei und die Bayrische Volkspartei waren das Rückgrat von Bewegungen, die mit ihrer schroff antimarxistischen, ja geradezu monarchistischen Tendenz geeignet waren, zugleich dem Deutschen Reiche und dem Lande Österreich schwere Stunden zu bereiten. Die Bauern der österreichischen Alpenländer hatten sich im Frühjahr zu Bündnissen zusammengeschlossen, die bewaffnet - Waffen lagen ja in jenen Zeiten genug herum - den Schutz der Heimat übernahmen, in den südlichen Landesteilen, Kärnten und Südsteiermark, gegen die Invasion der Südslawen, und in den nördlichen Gebieten, Tirol, Salzburg, Nordsteiermark, gegen Umsturzversuche radikaler Marxisten. In Bayern gab es ähnliche Selbstschutzorganisationen wie diese österreichischen Heimwehren, Organisation Escherich, Oberland, die sich nach der Räteherrschaft entwickelt hatten und ebenfalls bewaffnet waren, zum Schutze gegen den radikalen Umsturz.

Die bayrischen Bauern und die christlich-sozialen Bauern der Alpenländer, die gleichzeitig die Mitglieder der Heimwehren waren, hielten enge Verbindung. Die Bünde waren gegenseitig jenseits ihrer Grenzen zu Gäste, tauschten Treueschwüre aus und hielten gemeinsame Veranstaltungen und Schützenfeste ab. In München und Innsbruck wirkte ein Kreis von Männern im stillen, die gefährliche Pläne auf diesen Zustand aufbauten, und die abgedankten bayrischen Offiziere der Weltkriegsarmee, die bei den Heimwehren Salzburgs und Tirols als Instruktoren wirkten, waren die vielfach ahnungslosen Wegbereiter dieser Gedanken.

Eine regelrechte bayrische Separatistenbewegung, die mit dem Rheinlandverräter Dorten im engsten Einvernehmen stand und andererseits den Wittelsbacher Kronprinzen Ruprecht als zukünftigen König ihres zu schaffenden Reiches betrachtete, wurde von dem bayrischen Bauernführer Dr. Heim einerseits und dem Grafen Bothmer, dem Führer der bayrischen Royalisten, andererseits gefördert. Bothmer, der „verdächtigste Mann Deutschlands, wo er der siebenmal Gehäutete genannt wird“, betrieb unter der Losung „Bayern den Bayern“ eine Lostrennungspolitik vom Deutschen Reiche. Heim und Bothmer und die Bayrische Volkspartei hatten zu Berlin das gleiche Verhältnis wie die Christlich-Sozialen Tirols und Salzburgs zu Wien.

124

3. Kapitel: Geheime Umtriebe 125

Heim und Bothmer, zu denen sich Prinz Ysenburg, Sohn einer österreichischen Erzherzogin, gesellte, verfolgten den Plan einer Donaumonarchie, die letzten Endes die Zusammenfassung Bayerns und Österreichs unter Ruprecht als König sein sollte. Zeitweise war auch die Kurie stark an diesen Plänen interessiert. Der Papst bedauerte schmerzlich den Zusammenbruch Österreich-Ungarns, der durch die Geschichte geheiligten apostolischen Großmacht, der katholischen Vormacht in Europa und der Gedanke, daß der sozialdemokratische Einfluß in Wien die Kirche aus dem Staate drängen könnte, war ihm unerträglich. Die einflußreichen Führer der Christlich-Sozialen wie der Bayrischen Volkspartei, meist Prälaten und sonstige hohe Geistliche, hatten einen gewissen Einfluß auf die Umgebung des Papstes. Der französischen Gegenströmung aber, die zwar auch die Lösung Bayerns vom Reiche erstrebte, doch die vereinigte Donaumonarchie nicht gerade wünschte, war es zuzuschreiben, daß die Kurie sich bald von den royalistischen Ideen entfernte.

Tatsächlich betrieben aber Bothmer und Ysenburg in aller Stille, unabhängig von den wechselnden Strömungen in Rom, eine Einigung zwischen den Häusern Habsburg und Wittelsbach in der Richtung, daß man den Habsburgern Ungarn einräumte und den Wittelsbachern Bayern und Österreich vorbehielt.

Diese geheimen Kreise in Bayern also wollten die monarchische Einstellung der bayrischen, der Tiroler und Salzburger Bauern benutzen, um ihre monarchischen Donaupläne zu verwirklichen; und wenn die Christlich-Soziale Volkspartei bereits die Maske fallen ließ und sich vom Anschluß an das Deutsche Reich schlechthin lossagte, andererseits aber Tirol und Salzburg beharrlich den Anschluß an Bayern forderten, so findet das ganze, scheinbar widerspruchsvolle Verhalten seine Erklärung in den Gedanken, welche die Münchener Inspirationen in den Voralpenländern weckten und pfl egten. München, Innsbruck, Salzburg bildeten eine Interessengemeinschaft gegen Wien und Berlin. Natürlich blieben diese Bestrebungen trotz aller Heimlichkeit den Sozialdemokraten und Großdeutschen nicht verborgen, und sie wurden einer jener tiefen Gründe für das Zerwürfnis, dem die Koalition in Wien nach einiger Zeit zum Opfer fiel.

125

Deutsche unter Fremdherrschaft 126

Wenn man dies alles betrachtet, so erkennt man die Bedeutung des Umstandes, daß die Besprechung der Vertreter aller österreichischen Länder und der Stadt Wien in Salzburg vom 15. bis 17. Februar 1920 mit einem vollen Siege der Christlich-Sozialen endete. In der Frage Bundesstaat oder Einheitsstaat siegte der Föderalismus. Die Sozialdemokraten Steiermarks, Wiens, Nieder- und Oberösterreichs stimmten zu, weil sie glaubten, daß auf diese gelockerte Weise die Beziehungen zwischen Ländern und Staatsregierung erträglicher gestaltet werden könnten. Die Sozialdemokraten Vorarlbergs, Salzburgs, Tirols und Kärntens allerdings traten für den Einheitsstaat ein, weil sie die schwere Gefahr des Separatismus unmittelbar erkannten. Jedoch die von den Christlich-Sozialen neben der Bundesversammlung geforderten eigenen gesetzgebenden Länderkammern lehnten alle Sozialdemokraten ab. Diese Parlamente hatten sich bisher immer gegen die zentrale Bundesregierung aufgelehnt, und Renner hatte manch harten Strauß mit den Landtagen gehabt. Es konnten sich mit diesen Landtagen Situationen ergeben, die grotesk wirken mußten: z. B. lehnten die Christlich-Sozialen im Staatsparlament den von den Sozialdemokraten betriebenen Anschluß an das Deutsche Reich ab, während in den Länderparlamenten die Christlich-Sozialen den Anschluß an Bayern betrieben und unter der Losung Anschluß an das Reich die Umwandlung der Länder in bayrische Provinzen erstrebten. Die Wahl des Staatsoberhauptes, des Bundespräsidenten, sollte nach dem Willen der Christlich-Sozialen und Großdeutschen durch das ganze Volk erfolgen, die Sozialdemokraten befürworteten die Wahl durch die Bundesversammlung. –

Mitte Januar 1920 hatte die Nationalversammlung wieder einmal über die Vermögensabgabe beraten. Sie sollte von 64 Milliarden Vermögen 10 Milliarden erbringen, das hätte gerade genügt, um das Defizit des Staates zum größten Teil zu decken. Aber man wurde noch nicht einig und vertagte abermals die Sache. Mitte März schluckten die Christlich-Sozialen widerwillig die Wehrvorlage.

126

3. Kapitel: Innere Vorgänge 127

Die Wehrmacht bestand hinfort aus 30 000 Wehrmännern, einschließlich 2000 Unteroffizieren und 1500 Offizieren. Die Soldatenräte wurden als beratende Instanzen beibehalten, was den Christlich-Sozialen gar nicht gefiel. Auch blieben die Wehrmänner im Besitz ihrer politischen Rechte, vor allem des Wahlrechts. Die sozialdemokratischen Volkswehrleutnants mußten übernommen werden. Das Söldnerheer

wurde gewerkschaftlich organisiert, Offiziere und Wehrmänner erhielten Gehalt wie Staatsbeamte und wurden der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstellt. Der Oberbefehl über dieses Gebilde von Söldnern stand beim Staatssekretär für das Heerwesen. Dies war wahrlich keine Truppe mehr, welche die Bezeichnung Heer verdiente: sie war ein bewaffneter, unzuverlässiger Parteihaufen, durch tief innere Schwäche bereits entwaffnet!

Wie konnten die Christlich-Sozialen die amtlich anerkannte bewaffnete Parteitruppe der Sozialdemokraten als Wehrmacht des Staates betrachten, diese Truppe, die den in den Heimwehren zum Ausdruck gelangten militärischen Idealen der Christlich-Sozialen geradezu entgegengesetzt war? Der Wille „Los von Wien!“ erhielt neuen starken Antrieb. Immer mehr entwickelten sich die unter dem Einfluß bayrischer Gedankenkreise stehenden Länder Tirol und Salzburg zum Hort und Vorkämpfer zentrifugaler Bestrebungen. So kam am letzten Märztag eine Abordnung des Landesrates und der Landesregierung von Tirol nach Wien und forderte vom Staatskanzler Renner wenigstens wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland, d. h. Bayern, um die Ernährungsschwierigkeiten zu überwinden. Renner war verstimmt, er warnte vor übereilten und nutzlosen Schritten, er wies auf den Vertrag von Saint-Germain hin, woraus sich das Hoffnungslose all solcher Bestrebungen, wie sie in Tirol am Werke wären, von selbst ergebe. Doch Tirol war weit entfernt, den Gedanken eines Anschlusses an Bayern aufzugeben. - Auch in Salzburg faßte der Landesrat den Beschluß, wegen der unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufhebung des Anschlußverbotes zu fordern, d. h. die Möglichkeit eines Anschlusses an Bayern vorzubereiten.

127

Deutsche unter Fremdherrschaft 128

Mit Groll verfolgte die Sozialdemokratie das Erstarken der Christlich-Sozialen in den Bundesländern. Auf der Tagung des Reichsarbeiterrates, die vom 31. Mai bis 3. Juni 1920 in Wien stattfand, herrschte die sozialdemokratische Linke vor. Zwar trat die von den Kommunisten erhoffte Spaltung der Sozialdemokratie nicht ein, aber die ganze Räteeinrichtung glitt nach links. Auch die Bemühungen Dr. Otto Bauers, die Arbeiterräte auf einer staatspolitischen Linie zu halten und ihre, wenn auch beschränkte, Mitverantwortlichkeit am Regiment zu wahren, schlugen fehl. In einer Entschliebung wurde gefordert: Einstellung sämtlicher Waffenlieferungen der Regierung an die ungarischen Gegenrevolutionäre, Einstellung aller Waffenlieferungen an Polen, das mit Sowjetrußland im Kriege lag, Protest gegen die ungarische und bayrische Gegenrevolution und gegen die Verbindung der österreichischen Gegenrevolution mit dieser, Organisation von Arbeiterwehren aus zuverlässigen Republikanern zum Schutze der Republik gegen die reaktionären Bürger- und Bauernwehren, Demokratisierung der Verwaltung, Kommunalisierung der Polizei und Gendarmerie und Ergänzung aus klassenbewußter Arbeiterschaft, Annahme des Vermögensabgabegesetzes noch vor den Sommerferien der Nationalversammlung unter Androhung der Abberufung der proletarischen Vertrauensmänner aus der Regierung.

Diese Entschliebung kam einem Ultimatum an die Christlich-Sozialen gleich. Die Wirkung blieb nicht aus. Am 10. Juni kam es zum Bruch zwischen den Koalitionsparteien. Den nichtigen Anlaß bot ein Streit um die Gemeinderäte. Da brach die ganze Wut der Sozialdemokratie, lange zurückgestaut, hervor: man warf den Christlich-Sozialen vor, an ihrem Widerstande sei bisher das so dringend notwendige Gesetz über die Vermögensabgabe gescheitert, sie bewaffneten in Salzburg und Tirol die reaktionären Heimwehren, sie hätten sich mit den Großdeutschen gegen den sozialdemokratischen Staatssekretär für das Heereswesen, Julius Deutsch, wegen der Soldatenräte verbündet! Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre ersuchten den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten um die Ermächtigung, ihre Ämter niederzulegen. Die Ermächtigung wurde ihnen erteilt: am 11. Juni trat die

Regierung Renner zurück.

128

3. Kapitel: Spannung in der Koalition 129

Nach einem einmonatigen Interregnum wurde nach langen Verhandlungen eine „Übergangsregierung“ gebildet, nachdem noch einmal mühsam eine Koalition zustande gekommen war, um den Preis des Vermögensabgabegesetzes. Das Kabinett des Christlich-Sozialen Dr. Mayr setzte sich aus vier Christlich-Sozialen, einem Großdeutschen und vier Sozialdemokraten zusammen. Der beherrschende Einfluß der Sozialdemokraten, das zeigte sich deutlich, war gebrochen, und es war nur eine Frage der Zeit, wann auch die letzten sozialdemokratischen Minister aus der Regierung verschwinden würden. Bei den Beratungen über die Vermögensabgabe kam es wieder zu scharfen Auseinandersetzungen. Am 20. Juli machte der Sozialdemokrat Dr. Otto Bauer Vertretern der Banken und Industrie und Handelskammer sowie dem bürgerlichdemokratischen Abgeordneten Friedmann schwere Vorwürfe, sie hätten versucht, die Reparationskommission zum Einspruch gegen das Gesetz über die Vermögensabgabe als mit gewissen Bestimmungen des Vertrages von St.-Germain unvereinbar zu veranlassen. Ein solches Verhalten sei unwürdig, müsse der öffentlichen Verachtung verfallen, die Tätigkeit Friedmanns sei Hochverrat! Als Friedmann sich verteidigte, kam es fast zu Tötlichkeiten zwischen ihm und den sozialdemokratischen Abgeordneten. Der Staatssekretär für Finanzen, Reisch, erklärte, die Reparationskommission habe ihn ermächtigt, mitzuteilen, daß der Ertrag der Vermögensabgabe für Reparationszwecke nicht beansprucht werde. So wurde dann endlich, nach langen Kämpfen, am 21. Juli das Gesetz über die Vermögensabgabe angenommen.

Das wichtigste Ereignis der Regierung Mayr war die endlich erfolgte Annahme des Bundesverfassungsgesetzes (BVG.) durch die Nationalversammlung am 1. Oktober 1920. Hiernach wurde Österreich, das seit November 1918 als Einheitsstaat organisiert werden sollte, als Bundesstaat eingerichtet, bestehend aus den neun Ländern Wien, Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und dem von Ungarn noch abzutretenden Burgenland.

129

Deutsche unter Fremdherrschaft 130

Es wurde ausdrücklich erklärt, daß Österreich ein Bundesstaat sein solle, der nicht aus Kantonen, sondern aus grundsätzlich selbständigen Ländern bestehe. Es war dies ein voller Sieg des christlichsozialen Föderalismus. Außenpolitik, Heerwesen, Rechtspflege, Rechtsprechung, Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon, Zoll und verschiedenes andere blieben ausschließlich dem Bunde vorbehalten. Seine gesetzgebenden Körperschaften waren der Nationalrat, die Volkskammer, die vom Bundesvolk nach gleichem, unmittelbarem, geheimem und persönlichem Wahlrecht der über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden sollte auf die Dauer von 4 Jahren. Der Nationalrat sollte 165 Abgeordnete umfassen, die alle mindestens 24 Jahre alt sein mußten. Neben ihm stand als Länderkammer der von den Landtagen der einzelnen Länder zu wählende Bundesrat. Nationalrat und Bundesrat sollten als Bundesversammlung zusammentreten und den Bundespräsidenten wählen.

Die obersten Vollzugsorgane waren Bundespräsident und Bundesregierung. Der auf vier Jahre gewählte Bundespräsident verfügte über sehr beschränkte Rechte. Er vertrat die Republik nach außen, schloß Staatsverträge ab, übte das Begnadigungsrecht aus. Eine Diktaturgewalt, wie sie die Weimarer Verfassung bot, war ihm nicht gegeben. Er war der Bundesversammlung verantwortlich und konnte von ihr wegen Verfassungsverletzung vor dem Verfassungsgerichtshof angeklagt werden. Die Bundesregierung setzte sich aus Bundeskanzler, Vizekanzler und den

Bundesministern zusammen; sie sollte vom Nationalrat gewählt werden, war auf dessen Vertrauen angewiesen und ihm politisch und juristisch verantwortlich. In den Ländern hatten die Landtage die gesetzgebende Gewalt, sie wählten die Landesregierungen, die sich aus dem Landeshauptmann und den Landesräten zusammensetzten. Jedoch war der Landeshauptmann in keiner Weise der Bundesregierung, sondern nur seinem Landtag verantwortlich. Der Verfassungsgerichtshof in Wien war der Garant der Verfassung.

130

3. Kapitel: Bundesverfassung 131

Er wurde gebildet von einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, und den zur Hälfte vom Nationalrat, zur andern Hälfte vom Bundesrat auf Lebensdauer gewählten Mitgliedern. Er hat die Verfassungsmäßigkeit aller politischen Handlungen und die Ordnungsmäßigkeit sämtlicher Wahlen zu prüfen und Recht zu sprechen über angeklagte Regierungsmitglieder. Auf die Disziplinargerichtsbarkeit über Beamte wurde ihm übertragen. Das Bundesheer wurde dem Kommando des Bundesministers für Heerwesen unterstellt. Die Aufgabe des Heeres war Schutz der Grenzen und Erhaltung der inneren Ordnung. Den Soldaten blieben die politischen Rechte gewahrt, ihre Vertrauensmänner waren die Soldatenräte. Die Parlamente besaßen das Kontrollrecht über das Heer.

Das Schulwesen wurde nicht angetastet, darüber sollte ein besonderes Bundesgesetz geschaffen werden, das - gleich wie das Reichsschulgesetz in Deutschland - infolge der Parteiengegensätze nicht zustande kam.

Das Prinzip der wirtschaftlichen Demokratie, welches der Sozialisierungspolitik die verfassungsrechtliche Grundlage geben sollte, wurde durch die Großdeutschen und Christlich-Sozialen zu Falle gebracht. -

Diese Verfassung war also geradezu das Höchstmaß eines dezentralisierten Föderalismus, das sich überhaupt denken ließ. Dem Bundespräsidenten wurde nicht einmal für Zeiten, da das Vaterland in Gefahr war, diktatorische Befugnis gegeben, aus Furcht, die föderalistische Idee könne an einer solchen Maßnahme zugrunde gehen! Es ging sogar soweit, daß der Heeresminister, wenn er eine Abteilung des Bundesheeres in ein Land verlegen wollte, aus dem sie sich nicht rekrutierte, zuvor die Erlaubnis des betreffenden Landeshauptmanns einholen mußte! Der scharfe Parteigegensatz der christlichsozialen Länder gegen das sozialdemokratische Wien, der christlich-sozialen Heimwehr gegen die sozialdemokratische Volkswehr schuf derartige Vorbeugungsmaßnahmen, welche in Augenblicken der Entscheidung den Ländern fast völlige Souveränität gaben. Der Zusammenhalt Österreichs lag in Zukunft einzig und allein in der personellen Zusammensetzung der Bundesregierung, und die eigentliche Verantwortung für das Funktionieren der Bundesverfassung trug nicht der Bundespräsident, sondern der jeweilige Bundeskanzler.

131

Deutsche unter Fremdherrschaft 132

Er allerdings konnte mit einigem diplomatischen Geschick dann auch diktatorisch regieren! Versagte er aber, wie Mayr, dann hatten die Länder die stärkere Regierungsgewalt in Händen.

Die Bundesverfassung wurde mit geteilten Gefühlen aufgenommen. Den Sozialdemokraten war sie zu föderalistisch, den Ländern war sie noch zu zentral. Der Sozialdemokrat Renner wies auf die Unbotmäßigkeit der Länder hin, die sozialdemokratische Presse spottete, die Länder, vor allem Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg forderten entweder ganz offen die Loslösung von Wien oder betrachteten sich als Bundesmitglieder auf Kündigung. In Tirol sprach sich der Landtag Ende November gegen die Verfassung aus und nahm sie unter Vorbehalt an, da er zu wenig Zeit gehabt habe, sich vorher damit zu befassen!

Die Verfassung war die letzte Tat der Nationalversammlung gewesen, sie löste sich auf, und nun setzte wieder eine Epoche der Wahlen ein. Zunächst jedoch müssen wir die Entwicklung der Anschlußbestrebungen betrachten. Hier standen sich, wie gesagt, die großdeutsche zentrale und die separatistische, föderalistische Tendenz gegenüber. Das zeigte sich in den Landesversammlungen. In Salzburg z. B. forderte der Landtag am 11. Juni den Landesrat auf, nach wie vor energisch den Anschluß an Deutschland zu betreiben bzw. an Bayern. Die Sozialdemokraten widersprachen: nicht auf den Anschluß einzelner Länder, sondern auf den Anschluß der gesamten Republik komme es an. Ähnlich war es in Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

In Paris nahm man die österreichische Anschlußbewegung wegen dieser inneren Spaltung nicht ernst: es sei kein Beweis für den Anschluß im Volke vorhanden, behauptete man Mitte Juni im Senat, im Gegenteil, die österreichischen Katholiken bekämpften sogar den Anschluß an das protestantische Deutschland! Diese Behauptung rief in Österreich starke Entrüstung hervor. Der Landesrat von Tirol hielt es für nötig, Mitte Juli ausdrücklichen Protest hiergegen zu erheben. Vor allem aber wurde jetzt die Initiative der Großdeutschen herausgefordert, und eine Zeitlang herrschte jetzt die großdeutsche, zentrale Anschlußidee vor, der sich getarnt die separatistische Anschlußidee fügte.

132

3. Kapitel: Der großdeutsche Gedanke 133

Seit der Mitte des Jahres 1920 entwickelten sich die Großdeutschen zum Mittelpunkt einer aktiven Anschlußpolitik, die allerdings in den Fesseln von St.-Germain lag. Die deutschfreiheitlichen Gruppen gründeten am 20. Juni in Wien eine deutsche Arbeitsgemeinschaft als Sammelpunkt für alle Anschlußbewegungen. Als man sich am 9. Juli in der Nationalversammlung über einige Punkte des Vertrages von Saint-Germain unterhielt, machte der Großdeutsche Dr. Angerer folgende Ausführungen: Die Christlich-Sozialen seien unehrlich in der Anschlußfrage. Ihre sowie Dr. Heims Haltung in Bayern legten die Überzeugung nahe, daß nach Frankreichs Plan ein katholisches Süd- und ein protestantisches Norddeutschland geschaffen werden sollten. Die Partei der Anhänger Kaiser Karls sei noch nicht tot. Die Beeinträchtigung des Anschlußgedankens ermutige die Reaktion. Auch die Sozialdemokraten hätten nicht mehr das gleiche Interesse am Anschluß wie zu jener Zeit vor dem Kapp-Putsch, da Deutschland rein sozialdemokratisch regiert worden sei. Die Großdeutschen aber, so sagte Angerer, seien unter allen Umständen für den Anschluß, auch an ein monarchisch regiertes Deutschland, doch die Wiedererrichtung der Monarchie in Österreich würden sie niemals zulassen. Gegen die Vorwürfe Angerers verteidigte der Christlich-Soziale Wagner seine Partei nur matt: auch die österreichischen Katholiken wünschten den Anschluß, aber sie wollten erst einmal abwarten, bis die Sache spruchreif sei.

Anfang August beschlossen in Wien die Vertreter der nationalfreiheitlichen Parteien ihren bisher losen großdeutschen Zusammenschluß endgültig in die Form der „Großdeutschen Volkspartei“ zu fügen. Der Kernpunkt des Programms war der Anschluß an Deutschland. Man stellte die Forderung auf, daß zugleich mit den im Oktober bevorstehenden Wahlen eine Volksabstimmung über den Anschluß verbunden werde.

133

Deutsche unter Fremdherrschaft 134

Auf dem Reichsparteitag, der am 7. September 1920 zu Salzburg stattfand, wurde das Aktionsprogramm festgelegt (Salzburger Programm) und bestimmt, die Nationalversammlung unverzüglich zu einem Gesetzesbeschluß zu veranlassen, kraft dessen die wahlberechtigte Bevölkerung Österreichs am Tage der nächsten Nationalratswahlen am 17. Oktober 1920 auch zu einer Volksabstimmung über die Frage der Rückeinverleibung Deutschösterreichs ins Deutsche Reich (Anschluß)

berufen wird. Man wollte mit dieser Tat die Pariser Behauptung widerlegen. Nun ließ sich das allerdings technisch nicht durchführen, und so begnügten sich die Großdeutschen, der Nationalversammlung einen Antrag vorzulegen, wonach binnen sechs Monaten die Abstimmung über den Anschluß in der Bevölkerung stattfinden sollte. Am 1. Oktober nahm das Parlament diesen Antrag an. – Inzwischen hatte der Wahlkampf mit aller Heftigkeit eingesetzt. Die Sozialdemokraten gaben Ende August einen Aufruf heraus, der aufs heftigste die Christlich-Sozialen angriff. Diese seien die Vertreter der katholisch-dynastischen Interessen. „Siegen am 17. Oktober die Christlich-Sozialen, dann ist die Republik in Gefahr.“ Die wirtschaftliche und finanzielle Notlage fordere unbedingt den Anschluß an Deutschland. Rücksichtslose Besteuerung des Großkapitals und Großgrundbesitzes wurde gefordert. Großgrundbesitz, Großindustrie, Großbanken und Bergbau müßten sozialisiert werden, damit sie nicht in die Hände des Auslandes übergingen. „Deutschland und Deutschösterreich sind entwaffnet, zerstückelt und ohnmächtig der Willkür der Sieger preisgegeben. Nur der Sieg des Sozialismus befreit uns aus den Ketten von Versailles und Saint-Germain. In dem weltbewegenden Kampfe zwischen internationalem Kapitalismus und internationalem Sozialismus ist auch der 17. Oktober ein Schlachttag.“

Der Wahlkampf wurde hitzig geführt. Die Volkswehr, die österreichische Wehrmacht, beteiligte sich tüchtig auf sozialdemokratischer Seite. Die Angehörigen der Wehrmacht trugen keine rot-weiß-roten Armbinden, sondern rote.

134

3. Kapitel: Wahlkampf 135

Ihre Musikkorps spielten auf öffentlichen Plätzen, bei Veranstaltungen und Feiern die Internationale. Ja die Soldaten scheuten sich nicht einmal, in Wiener Bezirken gewaltsam in christlich-soziale Wahlversammlungen einzudringen und sie zu stören! Das waren Entgleisungen einer Wehrmacht, wie sie in der neueren Geschichte der europäischen Völker einzigartig dastehen: politisierende Soldaten im Dienste der Sozialdemokratie! Jeder mußte erkennen, daß die Zeit der Freundschaft zwischen Sozialdemokratie und Christlich-Sozialen vorüber war.

Mitte Oktober fanden die Wahlen zum Nationalrat statt. Sie brachten an Mandaten den Christlich-Sozialen 82, den Großdeutschen 22, der Bauernpartei 4, der bürgerlichen Arbeitspartei 1, den Sozialdemokraten 66. Es war ein Ruck nach rechts. Zur gleichen Zeit fanden in Steiermark Landtagswahlen statt, bei denen die Christlich-Sozialen 311 die Bauernbündler 8, die Großdeutschen 7 und die Sozialdemokraten 24 Sitze erhielten. Die Sozialdemokraten hatten die Schlacht verloren. Das bewies auch wieder der Bundesrat, dessen Zusammensetzung seit dem 1. Dezember folgende war: 22 Christlich-Soziale, 2 Großdeutsche, 1 Bauernparteilerner und 21 Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten zogen die Konsequenzen, ihre Minister schieden aus der Regierung aus. In den eigenen Reihen der Partei brach der Zwist aus. Auf dem Parteitag Anfang November in Wien warf man den Kommunisten vor, ihre Umtriebe hätten die Partei geschwächt. Und man beschloß radikale Opposition gegen die kommende bürgerliche Regierung. Mitte November trug der innerparteiliche Zwist seine Früchte: Dr. Frey und Bothe schieden aus und gründeten die linksradikale „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschösterreichs“. Die Einigkeit der Partei war zertrümmert. Im Nationalrat kam jetzt die Koalition zwischen Christlich-Sozialen und Großdeutschen zustande. Am 20. November wählte das Parlament die neue Regierung: Bundeskanzler wurde der Christlich-Soziale Dr. Mayr, seine drei andern Minister gehörten seiner Partei und den Großdeutschen an. Das Regierungsprogramm war sehr allgemein gehalten: Ersparungen, Produktionssteigerung, Wiederaufbau. Man wolle den Frieden von Saint-Germain loyal erfüllen, man wolle besonders freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland unterhalten, man wolle die religiösen Bedürfnisse der Kinder in der Schulerziehung berücksichtigen.

135

Die Großdeutschen erklärten wohlwollende Neutralität. Der Christlich-Soziale Dr. Seipl nannte das neue Ministerium eine Fachmännerregierung. Der Sozialdemokrat Bauer kündigte schärfsten Kampf an, seine Partei werde die geplanten Angriffe auf die Schulreform und die republikanische Volkswehr nicht zulassen. Einen ersten Vorstoß machte die Partei mit ihrer Forderung, daß, wenn die Entwaffnung der Heimwehren in nächster Zeit nicht möglich sei, auch den Notwehrorganisationen der Arbeiter die nötigen Waffen zur Verfügung gestellt werden müßten, um das Gleichgewicht der Klassen herzustellen. Tatsächlich verfügte die Regierung Ende Dezember die zwangsweise Entwaffnung aller Privatpersonen, in erster Linie der Heimwehren aller politischen Parteien. Doch die Länderregierungen führten diese Verfügung sehr oberflächlich aus, und die Heimwehren in den Alpenländern behielten einen großen Teil ihrer Waffen.

Auch in den Ländern führten die Sozialdemokraten jetzt eine rauhere Sprache. Sie versuchten teilweise, einen rücksichtslosen Kampf gegen die Christlich-Sozialen, in denen sie die Reaktionäre sahen, zu führen. Doch waren sie zu schwach hierzu. Dem Tiroler Landtag wurde am 17. November ein Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten vorgelegt, worin die Absage des ersten Tiroler Landesschießens auf dem Berge Isel und die Ausweisung Escherichs und seines Mitarbeiters Kanzler gefordert wurde, wenn diese, wie angekündigt, zum Landesschießen kommen sollten. Man warf den Heimwehren vor, sie würden von monarchistischen bayrischen Offizieren geleitet, die in Innsbruck eine Kanzlei eingerichtet hätten. Die Heimatwehren seien eine monarchistische Truppe, und ein Bürgerkrieg sei die Folge, wenn das Landesschießen stattfinde, drohte der Sozialdemokrat Ertl. Landesrat Dr. Steidle, einer der Gründer der Heimatwehr, wies die Vorwürfe der Sozialdemokraten zurück, und der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

136

3. Kapitel: Abstimmungen und Abtretungen

137

Eine bemerkenswerte Tatsache war die Wahl des ersten Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung. Das war ein schweres Werk, das mehrere Tage erforderte. Vier Wahlgänge waren erfolglos, aus dem fünften endlich ging der Christlich-Soziale Dr. Michael Hainisch als erster Bundespräsident der Republik Österreich am 8. Dezember 1920 hervor. –

Am 16. Juli 1920 trat der Friede von Saint-Germain durch die Niederlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft. Seine Bestimmungen mußten von nun an erfüllt werden. Der Landesrat von Tirol protestierte wohl gegen die Unterwerfung des ladinischen Südens unter die Herrschaft Italiens. Doch es war ja nutzlos! Am 9. Oktober ging das Land südlich vom Brenner Paß in die Hoheit der Italiener über: nicht bloß Welschtirol mit dem Mittelpunkt Triest, sondern auch Deutsch-Südtirol mit den deutschen Städten Meran, Bozen, Brixen. Die Heimat Walthers von der Vogelweide kam unter die Fremdherrschaft. Eine tiefe Trauer erfüllte das ganze Land, und der Zorn über die Zerreißung war viel mächtiger als die schwache Hoffnung auf Wiedervereinigung in ferner Zukunft. Als nun gar der deutsche Reichskanzler Dr. Simons in seinen Reden zu Düsseldorf und Köln Mitte November 1920 erklärte, das deutsche Interesse an Südtirol beschränke sich unter Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen Italiens auf kulturelle Beziehungen; Deutschland glaube, mit Italien einig zu sein in der Auffassung, daß die Eigenart der Südtiroler berücksichtigt und gewahrt werden müsse - da schäumte der Andreas-Hofer-Bund auf und nannte solche Worte „jeden völkischen Bewußtseins und jeder nationalen Selbstachtung bare Äußerungen“. –

Das Schicksal Kärntens war günstiger. Die Nationalslowenen hatten alles versucht, um für sich ein günstiges Abstimmungsergebnis herbeizuführen. In Wort und Bild und

Schrift spielte der Anschluß an Deutschland eine große Rolle, und man wollte den Kärntnern einen Schrecken vor der preußischen Pickelhaube einjagen. Jedoch, die slowenischen Bemühungen fanden wenig Anklang in Kärnten. In Zone A, Klagenfurt, fand am 10. Oktober 1920 die Volksabstimmung statt, und sie brachte bei 96 Prozent Wahlbeteiligung 22 000 Stimmen für Österreich und 15 278 für Südslawien.

137

Deutsche unter Fremdherrschaft 138

Die Mehrzahl der Winden hatte für Österreich gestimmt, trotz dem slowenischen Terror. Damit blieb Klagenfurt österreichisch, und die Abstimmung in Zone B fand nicht statt. Kärnten blieb nun bei Österreich mit Ausnahme der in Saint-Germain ohne weiteres Südslawien und Italien zugewiesenen Täler.

Das besetzte Gebiet Kärntens mußte nun von den italischen und südslawischen Truppen geräumt werden. Kärnten war frei, blieb österreichisch! Die Karawanken wurden die südlichste Grenze deutschen Volkstums. Allerdings blieben die Italiener ohne jeden Rechtsgrund noch vier Jahre lang in dem kleinen Grenzort Thörl und dessen Umgebung, der da lag, wo die Bahnstrecke von Villach nach Tarvis die österreichisch-italische Grenze des Kanaltales kreuzt. Erst am 19. November 1924 zogen die Italiener diese letzte, unrechtmäßige Besetzung zurück.

Die Jugoslawen in Laibach waren mit dem Ergebnis der Volksabstimmung nicht einverstanden. Sie stachelten die Belgrader Regierung an, sich bei der Botschafterkonferenz über die Durchführung der Volksabstimmung zu beschweren und die Festsetzung der Drau als Grenze zu verlangen. Diese Forderungen allerdings, die dem Friedensvertrage widersprachen, wurden zweimal in Paris abgewiesen.

Daraufhin trösteten sich die Laibacher Politiker mit der Hoffnung, daß die Kärntner Frage wieder aufgerollt werden würde, sobald Österreich den Anschluß an Deutschland vollziehen würde. Allerdings auch für die Verquickung dieser beiden Fragen bot der Friedensvertrag nicht die geringsten Anhaltspunkte. Jedoch unverzüglich begannen die Jugoslawen von Laibach her eine starke nationale Propaganda unter der Bevölkerung Kärntens zu entfalten.

Die Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Belgrad ließ ihrerseits keinen Zweifel darüber, daß sie die Kärntner Frage auch nach der Abstimmung noch als offen betrachte. Der serbische Außenminister Trumbitsch beruhigte eine Abordnung Kärntner Slowenen, die hilfeschend zu ihm gekommen war, bereits am 18. Oktober 1920 darüber, daß die Kärntner Frage in dem Augenblick wieder aufgerollt würde, da sich Österreich an Deutschland anschließe;

138

3. Kapitel: Not Österreichs 139

dann nämlich werde die Frage der Grenzen auf den Kämmen der Karawanken eine mitteleuropäische werden, und die Regierung in Belgrad werde dies nie aus den Augen lassen. Diese Ansicht wurde bei allen Slowenen die vorherrschende. Sie wünschten und begrüßten den Anschluß Österreichs an Deutschland, um den kärntnerischen Streit zu erneuern, denn, so sagten sie, die Abstimmung in Kärnten habe sich nur auf die Frage: Österreich oder Südslawien?, nicht aber Deutsches Reich oder Südslawien? erstreckt! –

Die Vereinigung des Burgenlandes mit Österreich konnte noch nicht geschehen, da der Friede zu Trianon mit Ungarn noch nicht ratifiziert worden war. Noch ein ganzes Jahr mußte Österreich auf die Angliederung des Burgenlandes warten. Die wichtigste Folge der Friedensratifikation war wohl die Aufnahme Österreichs in den Völkerbund. Der christlich-soziale Bundeskanzler Dr. Mayr betrieb diese Aufnahme mit Eifer. Auf der ersten Vollversammlung des Völkerbundes, die am 15. November 1920 in Genf eröffnet wurde, lag Österreichs Zulassungsantrag vor, der von Benesch befürwortet wurde. Auch Lord Robert Cecil empfahl im Namen der

Kommission die Aufnahme Österreichs, weil diese tatsächlich Beweise seines guten Willens zur Erfüllung der Friedensbedingungen gegeben habe. Am 15. Dezember wurde die Republik einstimmig von den 35 Mitgliedern des Bundes aufgenommen.

Österreich hatte sich in den Völkerbund eingegliedert, weil die Regierung ihre Hoffnung auf Freiheit und Selbstbestimmung auf diese neue Organisation setzte. Um frei zu werden, trat Österreich der Liga der Nationen bei; das Gegenteil dieser Hoffnung erfüllte sich!

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage Österreichs war entsetzlich. Der Voranschlag für 1920 bis 1921 wies Einnahmen von 20,7 Milliarden, Ausgaben von 33,2 Milliarden auf. Der Mangel an Eigenproduktion führte das Volk immer tiefer ins Elend.

139

Deutsche unter Fremdherrschaft 140

Der Kreis der Verarmten und Verhungerten wurde immer größer. Allein 7,2 Milliarden mußte der Staat zur Verfügung stellen, um die Lebensmittel an die Masse des verarmten Mittelstandes und der notleidenden Arbeiterschaft zu billigen Preisen abgeben zu können.

Die Republik hatte 45 Milliarden Schulden des kaiserlichen Österreich übernehmen müssen. Sie selbst hatte bereits 15 Milliarden Schulden, außerdem schuldete sie dem Ausland an Krediten für Lebensmittel und Rohstoffe 17,5 Milliarden - eine Schuldenlast von 77,5 Milliarden!

Das innere Defizit von 12,5 Milliarden wurde durch die Notenpresse reguliert. Am 7. Dezember bewilligte der Nationalrat einen Nachtragskredit von 3,6 Milliarden, am 16. Dezember einen solchen von 8 Milliarden. Der Banknotenumlauf betrug Ende 1920 etwa 32 Milliarden, 5300 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung! Die

Sozialdemokraten drängten auf sofortige Durchführung der Vermögensabgabe, denn ihre schrittweise Durchführung machte sie bei der rapide zunehmenden Geldentwertung für den Staatssäckel so gut wie bedeutungslos. Die Christlich-Sozialen hofften auf eine langfristige Auslandsanleihe - durch den Völkerbund. Österreich stand näher denn je vor dem Zusammenbruch. Ende Januar 1921 mußten die Lebensmittelpreise gestaffelt werden. Eine Untergruppe mit 12 000 Kronen und weniger Einkommen pro Haushaltungskopf erhielt den Laib Brot für 8 Kronen 10 Heller, eine Mittelgruppe mit Einkommen bis 100 000 Kronen pro Haushaltungskopf zahlte 15 Kronen für einen Laib Brot, die Obergruppe 60 Kronen. Diese Staffelung sollte den Staat von seinen Zuschüssen entlasten.

Der Finanzminister Grimm war sehr pessimistisch. An einen Währungswechsel sei bei weiterem Inflationsgefahren nicht zu denken. Eine halbe Milliarde Dollar sei nötig, also etwa zwei und eine halbe Milliarde Goldkronen, um das zerrüttete Reich wieder aufzurichten. Mayr, der Bundeskanzler, meinte, die einzige mögliche Politik für Österreich sei, die Hilfe der Verbandsmächte zu gewinnen. Österreich müsse seine Beziehungen zum Ausland jetzt auf eine geschäftliche Grundlage stellen. -

140

3. Kapitel: Anschlußforderungen 141

Im Gegensatz zur Regierung wollte das Volk nicht vom Völkerbunde und den Alliierten Hilfe, sondern forderte den Anschluß an Deutschland. So erhob sich nun das tragische Schauspiel des Kampfes zwischen einem unfreien Volke und einer unfreien Regierung, der die erste Hälfte des Jahres 1921 ausfüllte und mit der Niederlage der Regierung und doch auch des Volkes endete! -

Der Bundeskanzler Mayr erblickte seine Aufgabe darin, den Wiederaufbau Österreichs vorzubereiten und, wenn möglich, durchzuführen. Er stand auf der Basis von Saint-Germain und wollte den Frieden soweit wie möglich durchführen. Aber Mayr meinte, daß ohne eine schnelle Hilfe des Auslandes die Aufgabe nicht zu lösen sei. Sollte

nun diese Hilfe nicht möglich sein, so erkannte er erst einen zweiten Weg darin, durch den Völkerbund die Frage des Anschlusses entscheiden zu lassen. Dieser zweite Weg aber kam für den Bundeskanzler vorläufig nicht in Frage. Der Standpunkt Mayrs hatte eine gewisse Berechtigung, da inzwischen auch die Regierung des deutschen Reichskanzlers Fehrenbach in der Anschlußfrage sehr zurückhaltend geworden war. Die Regierung Fehrenbach hatte kein augenblickliches Interesse, das Anschlußproblem aufzurollen, da sie bei ihren Verhandlungen mit den Alliierten über die Wiedergutmachungssumme ängstlich alles vermied, was England und Frankreich verstimmen könnte. Sie war also in der Anschlußfrage durchaus passiv, und die Erkenntnis dieser Tatsache lähmte auch den Willen der Wiener Regierung, die übrigens in der Erlangung materieller Vorteile der Entente gegenüber die gleiche Politik wie die deutsche Regierung verfolgen mußte. Das Volk selbst richtete seine Schritte nicht nach Vernunftgründen und politischen Erwägungen, sondern nach dem ursprünglichen Gefühl seines deutschen Volksbewußtseins.

Bereits Anfang Januar 1921 hatte Mayr erreicht, daß die Reparationskommission eine Anleihe von 250 Millionen Dollar, auf vier bis fünf Jahre verteilt, erwog. Italiens Regierung bewilligte von sich aus Anfang Februar einen Kredit von 60 Millionen Lire als Beitrag zur wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung Österreichs. Für diese Hilfe mußte sich Österreich den Kontrollforderungen der Entente fügen: sie verlangte Einsetzung eines Ersparungsausschusses, und die Bundesregierung begann mit dem Beamtenabbau.

141

Deutsche unter Fremdherrschaft 142

Ferner erzwang die Reparationskommission als Liquidator der Österreich-Ungarischen Bank von dieser die Herausgabe von 65 Millionen Goldkronen - die Forderung bestand ursprünglich in 100 Millionen, wurde aber infolge des Bankwiderstandes ermäßigt - und des Tresorschlüssels in die Verwahrung der Kommission. Als sich Regierung und Bankleitung sträubten, wurde von Paris aus gedroht, daß die Reparationskommission sofort alle Hilfsaktionen abrechnen werde. Wenn auch die Bundesregierung an den Völkerbund appellierte, so mußte sie sich schließlich doch fügen.

Die fünfzigjährige Gründungsfeier des Deutschen Reiches am 18. Januar war gleichsam das Eröffnungssignal für die großdeutsche Anschlußoffensive, in die jetzt auch die separatistischen Bewegungen gleicher Art einmündeten. In Presse und Parlamenten wurde lebhaft die Vereinigung mit Deutschland gefordert. Im Tiroler Landtag beantragte die Großdeutsche Fraktion am 19. Januar, daß die Anschlußabstimmung in Tirol bis spätestens Anfang März stattfinde. In Salzburg richteten die nationalistischen Parteien einen ähnlichen Antrag an die Landesversammlung.

Der Nationalrat machte die deutsche Reichsgründungsfeier zum Gegenstand einer großen politischen Aktion. Der christlich-soziale Präsident des Parlamentes, Dr. Weißkirchner, führte in der Sitzung vom 25. Januar folgendes aus: „Die politischen Fäden, die unser Land durch ein Jahrestausend mit dem alten Deutschen Reiche verbanden, konnten zwar gelöst werden, niemals aber hat die kulturelle Einheit zwischen uns und dem Deutschen Reiche aufgehört. Der Tag des 18. Januar, dessen unsere Stammesbrüder im Reiche in wehmütiger Freude gedachten, bewegt mit ganzer Macht auch unsere Herzen, die wir Mühsal und Leiden getrennt von unsern Volksgenossen tragen müssen.“ Der Nationalrat sandte an den deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert folgendes Telegramm: „Der Nationalrat der Republik Österreich gedenkt bei seinem ersten Zusammentreten nach dem 18. Januar bewegten Herzens des Tages, an dem vor fünfzig Jahren Deutschlands Stämme sich zum Deutschen Reich vereinigt haben, und hat mich (Weißkirchner) unter lebhaftem Beifall ermächtigt, aus diesem Anlaß dem deutschen Reichstag und Reichspräsidenten seine herzlichsten Glückwünsche zu entbieten.“

142

In unser aller Herzen ruht fest verankert die Hoffnung und das Vertrauen auf des deutschen Volkes neue Blüte. Möge die Zukunft des Deutschen Reiches und der Republik Österreich die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen.“ Schon am folgenden Tage antwortete der deutsche Reichspräsident: „Dem Nationalrat der Republik Österreich danke ich herzlichst für die anlässlich des Erinnerungstages übermittelten freundlichen Grüße. Das deutsche Volk ist gleich den Stammesgenossen in Österreich von der festen Zuversicht erfüllt, daß sich der deutsche Name in der Zukunft überall jene Achtung und Geltung erringen wird, die dem gemeinsamen Streben der Wiederaufrichtung durch unermüdete Arbeit zuteil werden müssen.“ Dieser Telegrammwechsel war der Sympathieaustausch zweier verwandter Völker, hinter dem die Sehnsucht nach der Vereinigung, dem Anschluß stand. Aber diese Sehnsucht konnte nicht erfüllt werden, weil der mächtige Wille der Gegner das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Völker knebelte.

Wiewohl der Bundeskanzler Mayr und seine Regierung offensichtlich jede Gemeinsamkeit mit dem Schritte des Nationalrats vermieden hatte, ließ der französische Bevollmächtigte in Wien die österreichische Regierung in gemessenen Worten wissen, daß die Entente einen Anschluß an Deutschland nicht dulden werde. Es war der erste Donner einer noch fernen Wetterwolke, die sich von Paris, London, Rom, Prag und Belgrad her über dem Anschluß zusammenzog.

Um so stürmischer aber forderte das Volk nun die Erfüllung seiner Anschlußwünsche. Am vorletzten Januartage fand im Wiener Rathaus eine großartige Anschlußkundgebung des Deutsch-Österreichischen Lehrerbundes statt. Der Anschluß an Deutschland sei der einzige Weg zu Wirtschaftsgesundung und kulturellem Aufstieg. Um die Ansicht des Volkes hierüber kennenzulernen, müsse eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden.

143

Schon wenige Tage später, am 3. Februar, erschienen die Vertreter Tirols, Salzburgs, Kärntens und Steiermarks bei Bundeskanzler Mayr und teilten ihm mit, daß alle Parteien ihrer Länder, trotz dem Abraten der Bundesregierung, auf der Anschlußabstimmung beharrten. Jedoch solle die Anschlußbewegung im Rahmen des Vertrages von Saint-Germain gehalten werden. Das Abstimmungsergebnis werde ohne Zweifel günstig für den Anschluß ausfallen und solle dem Völkerbund zunächst nur mit einem entsprechenden Antrag unterbreitet werden. Als aber eine Woche später dem Nationalrat ein großdeutscher Antrag unterbreitet wurde, es solle ein Bundesgesetz über eine Volksabstimmung wegen des Anschlusses an Deutschland vorgelegt werden und es solle zunächst nur die grundsätzliche Meinung der Bevölkerung eingeholt werden, da waren die andern Parteien doch etwas zögernd. Sie waren der Ansicht, daß außenpolitische Rücksichten augenblicklich einer Forcierung der Anschlußbewegung nicht wünschenswert erscheinen ließen, und in dieser Auffassung befanden sie sich in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Regierung. Die Regierung befand sich gewiß in keiner angenehmen Lage. Das Volk drängte ungestüm zum Anschluß, und diesem Drängen konnte man nur die Schärfe nehmen, aber man konnte es nicht einfach beseitigen. Andererseits kamen die Finanzverhandlungen mit der Entente nicht vom Flecke. Die Pariser Konferenz vom 24. bis 29. Januar hatte nicht die ersehnte und erhoffte Entscheidung gebracht. Am 4. Februar legte Loucheur der Internationalen Kommission seinen Bericht über den Wiederaufbau Österreichs vor, der folgendes forderte: Kontrolle des Budgets und Sanierung der Finanzen, Reformen und Ersparnisse in der Verwaltung, Beamtenabbau, Beseitigung der Mißbräuche, Überwachung der Banknotenausgabe, die nur mit Genehmigung des Internationalen Ausschusses erfolgen dürfe. Als Sicherheit für die zu gewährende

Anleihe sollten Österreichs öffentliche Einnahmen unter Aufsicht gestellt werden. Dann sollte eine Industrie-, Handels- und Bankgesellschaft mit einem Kapital von 200 Millionen Franken gegründet werden. Den Banken und der Industrie Österreichs wurde freigestellt, durch Beteiligung mit 50 Millionen Franken das Kapital auf 250 Millionen zu erhöhen.

144

3. Kapitel: Anschlußwille des Volkes 145

Diese Aussichten waren nicht sehr rosig, und das Volk wollte dieser wirtschaftlichen Knechtung umso mehr durch den Anschluß entgehen, vor allem, da sich die Finanzverhandlungen so in die Länge zogen, daß ein Ende der von Tag zu Tag wachsenden Not nicht abzuleben war. Immer stürmischer, immer kategorischer wurde in Zeitungen und Volksversammlungen die Vereinigung mit Deutschland gefordert, und mit Sorge dachte der Bundeskanzler an den Eindruck dieser Aktionen auf die bevorstehende Londoner Konferenz, auf der die Würfel über die Finanzhilfe der Entente für Österreich fallen sollten. Anfang März erklärte Mayr im Nationalrat, es entspreche sowohl der innigen Anteilnahme Österreichs an allem, was Deutschland betreffe, als auch der politischen Klugheit, wenn augenblicklich alles unterbleibe, was die internationale Lage des Deutschen Reiches irgendwie erschweren könnte.

Man merkte den Worten des Bundeskanzlers an, wie froh er war, einen begründeten Vorwand für seine ablehnende Haltung zu haben. Um so lauter grollte das Volk. Der Großdeutsche Dr. Frank entgegnete am folgenden Tage, dem 4. März, im Nationalrat: „Um der Entente nicht eine bequeme Waffe für die Verweigerung der Kredite an uns in die Hand zu geben, haben wir uns in der Anschlußfrage bis zur Pariser Konferenz die äußerste Zurückhaltung auferlegt. Nun aber können wir eine weitere Passivität in der Anschlußfrage vor unserm Gewissen nicht mehr rechtfertigen ... Wenn die Entente ihre Verpflichtungen nicht erfüllen kann oder will, dann soll sie die Gittertore unseres Käfigs öffnen und uns den Anschluß gestatten. Wir haben die Regierung bisher unterstützt, können sie aber nur dann weiter unterstützen, wenn sie unserer Anschlußpolitik nicht weiter hindernd entgegentritt.“ Auch die Sitzung vom 10. März brachte große Kundgebungen des Nationalrats für den Anschluß. Nun hatte es den Anschein, als wäre in den österreichisch-alliierten Kreditverhandlungen ein Fortschritt zu verzeichnen. Auf der Londoner Konferenz, die am 21. Februar begonnen hatte, brachte der 18. März das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Obersten Rat und dem Bundeskanzler.

145

Deutsche unter Fremdherrschaft 146

Es wurde eine Finanzkommission des Völkerbundes beschlossen; die von Loucheur vorgeschlagene, noch zu gründende Bankengesellschaft sollte eine Anleihe gewähren, zu deren Sicherung die Republik Österreich Staatsmonopole verpfänden sollte. Für Friedensvertragsleistungen sowie für Tilgung und Verzinsung bisheriger Vorschüsse wurde ein Zahlungsaufschub vorgesehen, die Verwaltung der Staatseinnahmen sollte der Finanzkommission übergeben werden.

Vorläufig war dies alles noch theoretisch. Die Alliierten dachten nicht daran, dem von dem Anschlußfieber geschüttelten Österreich eine Rettungsanleihe zu geben. Sie wollten zunächst nur die Regierung Mayr stützen und kräftigen, indem man ihrer Politik Erfolge in Aussicht stellte. Es war ja möglich, daß ein Umschwung in der inneren Entwicklung Österreichs durch die Aussicht auf den Erfolg zugunsten der Bundesregierung eintreten konnte. Das Volk aber war sehr ungehalten. In aller Öffentlichkeit wurde festgestellt, daß diese Vorschläge die völlige „Ottomanisierung“ Österreichs darstellen. Das Land würde zu einer Kolonie der Alliierten gemacht, dem Volke wurde nachdrücklich klargemacht, daß es in die

Sklaverei abgeführt werden sollte. - Und jetzt begann unter großdeutscher Führung der entschlossene Endkampf um den Anschluß an Deutschland gegen die Bundesregierung. Das Land Tirol, das in der Anschlußbewegung immer führend war, ging auch diesmal wieder voran. Wir sahen, daß der Landtag im Januar die Volksabstimmung über den Anschluß forderte. Am 1. Februar verbot die Regierung in Wien die Durchführung der Volksabstimmung, weil dies von Frankreich kommandiert worden war. Mitte März teilte Landeshauptmann Schraffl dem Landtag von Tirol die Regierungserklärung mit, welche eine Abstimmung als unzulässig bezeichnete. Die Landesregierung in Innsbruck teilte nicht den Standpunkt von Wien: es handle sich doch lediglich darum, den Willen des Volkes festzustellen, damit Landtag und Regierung ihn berücksichtigen könnten. Das Volk solle nur um seine Meinung befragt werden.

146

3. Kapitel: Anschlußabstimmungen 147

Die öffentliche Meinung verlange dringend die Vornahme der Abstimmung, und diese selbst stehe nicht im Widerspruch zur Bundesverfassung. Am 18. März dann ordnete die Tiroler Landesregierung für den 24. April eine Volksabstimmung an über die Frage: „Wird der Anschluß an das Deutsche Reich gefordert?“.

Der Bundeskanzler war machtlos: das Volk ging über seine Anordnungen hinweg. Mayr besaß nicht jene Autorität, die dem Staatsführer die Macht gibt, das Volk seinem Willen gefügig zu machen. Seine stete Berufung auf Willen und Absicht des Auslandes war seiner Regierung in den Augen des Volkes im höchsten Grade schädlich. Das Volk bäumte sich auf gegen den Willen der Entente. Am letzten Tage des März verbreitete sich der Kanzler im Nationalrat ausführlich über die Beweggründe seiner Politik: Bei der Besprechung der Kreditverhandlungen in Paris und London teilte er mit, daß in Paris auch ein Gedankenaustausch über Österreichs Stellung in der Anschlußfrage stattgefunden habe. Sowohl in England wie in Frankreich sehe man die gegenwärtige Anschlußbewegung in Österreich als einen politischen Fehler an und verweise darauf, daß die endgültige Entscheidung über den Anschluß nicht bei Österreich, sondern bei der Entente und in Berlin liege. Deutschland könne sich gegenwärtig und für lange Zeit nicht auf eine Aktion für den Anschluß Österreichs einlassen, ohne seine eigenen Interessen aufs schwerste zu schädigen. Die politische Lage in Europa verlange nach der Ansicht insbesondere der maßgebenden Persönlichkeiten in Paris ein selbständiges und unabhängiges Österreich, dem man die Möglichkeit der Existenz gewährleisten müsse... Und übrigens habe der Völkerbund gegenwärtig die Aufgabe erhalten, den Wiederaufbau Österreichs zu versuchen. Es könne der Bundesregierung nicht erwünscht sein, wenn während der Verfolgung der Hilfsaktion des Völkerbundes schon die zweite Möglichkeit, die Entscheidung des Völkerbundes in der Anschlußfrage, so vielfach öffentlich erörtert und in den Vordergrund gestellt werde, ehe die Entscheidung über die Hilfsaktion für den Wiederaufbau gefallen sei. So wohlbegründet die Meinung des Bundeskanzlers von seinem Standpunkte aus war, so wenig überzeugend wirkte sie auf das Volk.

147

Deutsche unter Fremdherrschaft 148

Der Landtag von Steiermark nahm am 8. April einen Antrag der Großdeutschen an, worin die Anschlußabstimmung auf den 29. Mai festgesetzt wurde. Schwere Vorwürfe erhob der Sozialdemokrat Eldersch vier Tage später im Nationalrat: Es handle sich für Österreich um zweierlei, entweder um Kredithilfe der Alliierten oder um Anschluß an Deutschland. In diesem Dilemma erwählten die Sozialdemokraten den zweiten, den natürlichen Weg des Anschlusses. Für das Linsengericht einer nicht einmal allzu großen Kredithilfe gedächten sie nicht das Recht auf den Anschluß zu

verkaufen. Die Regierung habe versucht, den Anschlußgedanken nicht zu erörtern, um den Kreditverhandlungen nicht zu schaden. Es müsse aber gesagt werden, daß die Geduld der österreichischen Bevölkerung nun zu Ende sei. Die Großdeutschen und die Sozialdemokraten betrachteten das Verhalten der mit der Entente verbündeten Regierung Mayr nicht bloß als einen Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, sondern auch gegen das Recht der freien Meinungsäußerung! Jetzt schien es den Alliierten an der Zeit, in Wien eine drohende Sprache zu führen, vielleicht würde sich die Regierung nun doch noch aufrufen und energisch der großdeutschen Bewegung entgegentreten. Der französische Gesandte Lefevre-Pontalis gab zwei Tage später dem Bundeskanzler folgende Erklärung ab: „Falls die österreichische Regierung nicht in der Lage sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Österreich einstellen und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis voll ständig wieder hergestellt werden.“ Die Vertreter Englands und Italiens schlossen sich an, indem sie bemerkten, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion das Ende des Unternehmens und das Fallenlassen aller hierauf bezüglichen Pläne bedeute. So weit war es mit der Regierung Mayr schon gekommen, daß nicht nur das eigene Volk ihr drohte, sondern auch das Ausland ihr Schwäche vorwarf! Aber der Bundeskanzler, für den es jetzt Zeit gewesen wäre zurückzutreten, versuchte, den Kampf gegen das eigene Volk im politischen Interesse der Franzosen weiterzuführen.

148

3. Kapitel: Anschlußabstimmungen 149

Es war sofort vorauszusehen, daß die anmaßende Sprache der Franzosen den Nationalrat zu einer Entgegnung veranlassen würde. Einstimmig nahm das Parlament am 15. April einen großdeutschen Antrag an, die Regierung solle den Mächten folgendes mitteilen: „Aus Artikel 88 geht hervor, daß Österreich das Recht hat, sich an den Völkerbund mit dem Ersuchen um Zulassung des Anschlusses an das Deutsche Reich zu wenden. Die in diesem Rahmen gehaltenen und aus den Bedürfnissen der in ihren Lebensinteressen schwer betroffenen Bevölkerung entstehenden Bewegungen können als Umtriebe keineswegs bezeichnet werden.“ Zwei Tage später fand in Wien eine gewaltige Kundgebung der werktätigen Bevölkerung für den Anschluß an Deutschland statt, an der sich viele Tausende von Männern und Frauen beteiligten. Da das verstümmelte Österreich nicht lebensfähig sei, solle das österreichische Volk von seinem Rechte Gebrauch machen, vor dem Völkerbunde seinen Wunsch nach seiner Vereinigung mit dem Deutschen Reiche zum Ausdruck zu bringen, denn nur der Anschluß an Deutschland könne wirkliche wirtschaftliche Hilfe bringen. Es war in der zahllosen Menge nicht einer, der dieser Entschliebung widersprochen hätte. Mit freudigem Herzen jubelten die tausende gequälten, hungernden und verzweifelnden Menschen ihrem Stern entgegen: Vereinigung mit Deutschland, das Großdeutsche Reich. Ein Rausch der Begeisterung flog durch die alte Kaiserstadt an der Donau und ließ die tägliche Not vergessen. Eine große Sehnsucht vereinte Millionen und forderte kategorisch ihre Erfüllung. Wie eine mächtige Walze ging nun die Bewegung über die schwache Regierung hinweg. Am 24. April stimmte das Land Tirol für den Anschluß. Von insgesamt 146 468 Stimmen entschieden sich 144 342 (= 98,6 Prozent) für, 1794 gegen den Anschluß. Die Begeisterung kannte keine Grenzen. In alle Teile der Republik verkündete der Draht sogleich den Sieg, und das Frohlocken nahm kein Ende. Aber die Wiener Regierung wurde gebrandmarkt und geschmäht, weil sie nicht das Wohl des Volkes im Auge habe, und zuversichtlich hoffte man, daß angesichts eines solchen Ergebnisses der Völkerbund nicht länger den Anschluß verweigern könne.

149

Am 27. April beschloß der Landtag von Oberösterreich auf Antrag aller drei Parteien einstimmig, nun ebenfalls eine Volksabstimmung über den Anschluß vornehmen zu lassen. Der Salzburger Landtag faßte am gleichen Tage folgende EntschlieÙung: „Der Landtag legt Verwahrung gegen den vom französischen Gesandten in Wien unternommenen Schritt ein, der nicht imstande ist, die Bevölkerung in ihrem AnschluÙgedanken wankend zu machen. Die Volksabstimmung im Lande Salzburg ist am 29. Mai vorzunehmen, falls nicht durch die Bundesregierung ein früherer Termin für das ganze Reich festgesetzt wird. Die Volksabstimmungsfrage hat zu lauten: Wird der AnschluÙ an Deutschland gefordert?“ Auf die Bundesregierung jedoch durfte man keine Hoffnung setzen.

Ganz offensichtlich regierte der Nationalrat gegen Dr. Mayr, als er am 12. Mai das Gesetz über eine Volksbefragung über den AnschluÙ Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich annahm. Den Bundesbürgern sollte die Frage vorgelegt werden: Soll die Bundesregierung beim Rat des Völkerbundes um die Zustimmung zum AnschluÙ der Republik Österreich an das Deutsche Reich ansuchen? Allerdings hatte der Verfassungsausschuß aus dem großdeutschen Antrag die wichtige Bestimmung über den Zeitpunkt der Volksbefragung gestrichen und dafür die Bestimmung aufgenommen, daß der Tag der Volksbefragung durch den Nationalrat bestimmt werden solle. Der Nationalrat lehnte also den großdeutschen Antrag wegen Befristung der Abstimmung ab, nahm im übrigen aber das Gesetz mit überwältigender Mehrheit an.

Aufs neue erhoben die Alliierten ihre drohende Stimme. Gemeinsam wiesen Frankreich, Italien und die Kleine Entente die Bundesregierung auf strikte Innehaltung des Artikels 88 hin, welcher Österreich den AnschluÙ verbot. Gemäß diesem Artikel sei bereits auch vor einer Abstimmung über die AnschluÙfrage die Zustimmung des Völkerbundes erforderlich. Ein eigenmächtiges Vorgehen von Volk und Regierung hätte die Einstellung aller wirtschaftlichen Hilfsaktionen zur Folge. Am 21. Mai, also sechs Tage später, erhoben der französische und rumänische Botschafter Einspruch bei Dr. Mayr.

150

3. Kapitel: Widerstand der Regierung 151

Der jugoslawische Ministerpräsident Pasitsch, von den Laibachern getrieben, drohte sogar mit einer Revision der kärntischen Abstimmung. Gerade in jener Zeit stärkster AnschluÙbewegung schuf Benesch die Kleine Entente (Verträge der Tschechoslowakei mit Rumänien vom 14. August 1920 und 23. April 1921 und Vertrag Rumäniens mit Jugoslawien 7. Juni 1921), deren Aufgabe es nicht bloÙ war, die Nachfolgestaaten vor irgendwelchen monarchischen und kriegerischen Überraschungen von seiten Ungarns (Putsch Karls von Habsburg, Ende März) zu schützen, sondern auch, wenn nötig mit Waffengewalt durch Besetzung österreichischer Gebiete, unter allen Umständen den AnschluÙ Österreichs an das Deutsche Reich zu verhindern. Gefährliche Wetterwolken zogen am außenpolitischen Himmel auf. Die fremden Mächte erkannten, daß sie von einer Bundesregierung, die selbst keine Macht mehr über die entfesselte Volksseele besaß, nichts zu erwarten hatten. Die AnschluÙbewegung ging durch das Volk wie ein Naturereignis, und die Nachfolgestaaten, von Frankreich und Italien geschützt, bereiteten sich darauf vor, sich in die Angelegenheiten Österreichs einzumischen.

Der Bundeskanzler ließ nichts unversucht. Am 14. Mai war er selbst in Salzburg und hatte sich Vertreter aus Kärnten und Niederösterreich mitgebracht. In bewegten Worten versuchte Mayr, die Salzburger Regierung von der Volksabstimmung über den AnschluÙ abzubringen. Er rückte die schweren Gefahren vor Augen, die aus dieser Handlung entstehen könnten: die Kredithilfe würde scheitern, die Südslawen würden erneute Ansprüche auf das Kärntener Abstimmungsgebiet erheben, ja es schein nicht ausgeschlossen, daß die Tschechoslowakei Ober- und Niederösterreich besetzen werde, jedenfalls bestehe seit März ein dahin zielender Geheimvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich. Mit Rücksicht auf diese Gefahren sei es unbedingt

notwendig, daß von der Anschlußabstimmung Abstand genommen werde.
Für die Salzburger Regierung in ihrer Eigenschaft als Bundesbehörde waren die Vorstellungen Mayrs zwingend genug, daß sie auf aktives Betreiben der Volksbefragung verzichtete.
151

Deutsche unter Fremdherrschaft 152

Nun aber übernahmen die Parteien des Landtages die Durchführung! Mayr hatte also nichts erreicht. Fast schroff gab er am 23. Mai dem Chef der Salzburger Landesregierung die strenge Weisung, es sei unbedingt notwendig, den Charakter der Anschlußbewegung als einer reinen Privatveranstaltung zu wahren. Alle amtlichen Organe seien angewiesen, daß jede mittelbare oder unmittelbare Unterstützung zu unterbleiben habe.

Der italische Vertreter teilte zwei Tage später dem Bundeskanzler mit, daß sich die Mächte durch die Anschlußbewegung beunruhigt fühlten; es könnten daraus für Österreich schwere wirtschaftliche und politische Schäden erwachsen. Mayr konnte nur noch mit einem resignierten Achselzucken antworten, aber noch einmal bot er all seine Beredsamkeit auf, um dem Auswärtigen Ausschuß des Nationalrats am 28. Mai die Folgen zu schildern. Er sagte, die Kreditangelegenheit sei längst keine wirtschaftliche Angelegenheit mehr, sondern eine rein politische, und dann wiederholte er mit leidenschaftlicher Beschwörung, was er schon in Salzburg so düster geschildert hatte. Aber das machte wenig Eindruck auf die Vertreter des Volkes.

Der nächste Tag brachte das Ergebnis der Salzburger Abstimmung. Von 104 000 Stimmen waren 103 000 für, 800 gegen den Anschluß, 200 waren ungültig. Das Ergebnis war noch großartiger als in Tirol. Und an diesem Tage entschied das Schicksal über Mayrs Sturz. In Steiermark nämlich hatte der Landtag ursprünglich auch die Volksbefragung für den 29. Mai beschlossen. Aber schon am 24. Mai erschien der Bundeskanzler im Steirischen Landtag und verbreitete sich, wie zehn Tage vorher in Salzburg, über die schweren Folgen der Abstimmung. Tatsächlich erreichte Mayr, daß der Abstimmungstermin aufgehoben wurde. Als aber die Steiermärker das Salzburger Ergebnis erfuhren, beschloß der Landtag am 31. Mai erneut, die Volksabstimmung durchzuführen, und zwar am 3. Juli. Dieser Schritt entschied das Schicksal des Bundeskanzlers. Am 1. Juni trat er mit seiner Regierung zurück.

152

3. Kapitel: Rücktritt der Regierung 153

Er begründete seinen Schritt damit, daß er infolge der vom Steirischen Landtag erneut beschlossenen Abstimmung die Verantwortung für die Regierung angesichts der Ententdrohungen und der Gefährdung der Kreditaktion durch die Anschlußbewegung nicht länger tragen zu können glaubte.

So war eine Regierung gefallen, die in der Geschichte Österreichs ein unrühmliches Andenken hinterließ. Das ganze Sinnen und Trachten des Bundeskanzlers Mayr war außenpolitisch auf die Kredithilfe des Völkerbundes, innenpolitisch auf die Unterdrückung der Anschlußbewegung gerichtet. Er scheiterte hier wie da. Die innere Entwicklung trat in dieser Ära hinter diesen beiden Problemen zurück. Trotzdem müssen wir auch auf sie einen kurzen Blick werfen.

Die innenpolitischen Gegensätze zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten nahmen bereits schärfere Formen an, da die Sozialdemokratie sich in Opposition befand. Der Streit um die Wehrmacht erregte die Gemüter, und die Christlich-Sozialen warfen den Sozialdemokraten vor, sie hätten das Heer durch parteipolitische Zersetzung untauglich zur Landesverteidigung gemacht, während die Sozialdemokraten den Christlich-Sozialen vorwarfen, sie hätten den Feinden

gegenüber den Charakter und die Notwendigkeit der republikanischen Schutztruppe nicht genügend betont. Vollends erbittert aber wurden die Sozialdemokraten, als Ende April dem Christlich-Sozialen Vaugoin die Leitung der Wehrmacht übertragen wurde und dieser nun die Truppenformationen von den Sozialdemokraten zu säubern begann, soweit dies in Einklang mit den internationalen Bestimmungen stand, und sie zu einer brauchbaren wehrfähigen Macht zusammenschmiedete.

Ein aufregendes Zwischenspiel bereitete das Erscheinen Karls von Habsburg in Budapest zu Ostern. Schon am 30. März hatten die Großdeutschen erreicht, daß sich der Steirische Landtag gegen eine Durchreise Karls erklärte und die Grenzen gegen ihn sperrte. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnte jede Gemeinschaft mit dem ehemaligen Kaiser ab. Im Nationalrat beantragten die Sozialdemokraten, Karl von Habsburg gefangen zu nehmen, wenn er den Boden der Republik betrete. Die Großdeutschen forderten die Regierung auf, mit allen Mitteln eine Gefährdung der Republik kräftig abzuwenden.

153

Deutsche unter Fremdherrschaft 154

Die Christlich-Sozialen betonten ihre Mitarbeit am Ausbau der demokratischen Republik und ihre Pflicht und das Bestreben, diese Staatsform aufrechtzuerhalten. In der Ablehnung dieses Monarchen herrschte eine seltene Einmütigkeit. Nicht so in einer andern Sache. Der Landtag von Wien-Niederösterreich hatte mit sozialdemokratisch-großdeutscher Mehrheit im Winter die Ausschaltung der Kultusgemeinden aus der Schulaufsicht beschlossen. Das hatte natürlich bei dem Klerus ungeheure Erregung hervorgerufen und die Christlich-Sozialen brachten die Angelegenheit vor den Nationalrat. Dieser machte Mitte April den Beschluß durch Bundesgesetz mit 85 gegen 84 Stimmen rückgängig. Der Sieg der Christlich-Sozialen über die großdeutsch-sozialdemokratische Opposition war nur dadurch möglich, daß die sechs Bauernparteilern von den Großdeutschen zu den Christlich-Sozialen übergegangen waren. Der Kampf um die Schulaufsicht wurde mit Zähigkeit geführt. Am 23. Juli 1921 erhoben im Bundesrat die Großdeutschen und Sozialdemokraten, 23 Stimmen, gegen die 21 Christlich-Sozialen Einspruch gegen das vom Nationalrat angenommene niederösterreichische Schulaufsichtsgesetz, weil darin die geistliche Schulaufsicht bestimmt wurde. So ging das Gesetz zur abermaligen Beratung an den Nationalrat zurück. Am gleichen Tage aber nahm der Bundesrat das sogenannte Kongruagesetz an, das die staatliche Besoldung der katholischen Geistlichen und ihre Gleichstellung mit den Staatsbeamten bestimmte. Der leidenschaftliche Kampf der Sozialdemokraten gegen dieses Gesetz war fruchtlos gewesen. – Die Staatsfinanzen hinterließ der Bundeskanzler Mayr in vollkommen zerrüttetem Zustande. Im ersten Halbjahr 1921 standen 24 Milliarden Staatseinnahmen 49,5 Milliarden Ausgaben gegenüber. Allein die Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel Mehl, Fleisch, Fett, Milch hatte 10 Milliarden gekostet! Die österreichische Staatsschuld war auf 170 Milliarden Kronen angewachsen, sie war im Laufe von neun Monaten um rund 100 Milliarden gestiegen! Der letzte Ausweg blieb wieder nur die „Kreditoperation“!

Aber die Wahlen, die in Niederösterreich und Nordtirol stattfanden, zeigten, daß sich die Christlich-Sozialen behaupteten.

154

3. Kapitel: Österreichs Lage 155

Am 24. April wurden zum Niederösterreichischen Landtag gewählt: 32 Christlich-Soziale (bisher 26), 22 Sozialdemokraten (bisher 20), 6 Großdeutsche (bisher 6). Die Zahl der Abgeordneten hatte sich von 52 auf 60 erhöht. In Nordtirol wurden am 22. Mai für die Tiroler Volkspartei 58 000 Stimmen abgegeben, für die Sozialdemokraten 24 700, für Großdeutsche und Nationalsozialisten je 12 700, für

die Kriegsoffer 475.

Das Tragische an den Ereignissen im Frühsommer war, daß mit dem Sturze des Bundeskanzlers auch die Anschlußbewegung ihr vorläufiges Ende fand. In dem Widerstreit des Willens des Auslandes und des Willens im eigenen Volke siegte der erste. Es hatte sich gezeigt, daß der Kampf um den Anschluß das österreichische Staatsgefüge gänzlich zu zerrütten, ja aufzulösen drohte. Man kam zur Erkenntnis, daß, wollte man in der äußeren Politik etwas erreichen, man im Innern Ruhe und Sammlung brauchte. So hart es auch war: aber das Volk mußte sich vorläufig dem Diktat der Feinde fügen und auf den Anschluß verzichten. Die Großdeutschen mußten vor dem stärkeren Willen der Alliierten kapitulieren, ihre Politik hatte zunächst einen Zusammenbruch erlitten. - Aber es war wenigstens kein vernichtender Zusammenbruch. Denn es wäre sehr problematisch gewesen, was geworden wäre, wenn die Anschlußbewegung Erfolg gehabt hätte! Sie suchte in jenem Stadium 1921 in erster Linie nicht die Entscheidung Wien oder Berlin, sondern mehr die separatistisch-süddeutsche Entscheidung zwischen Wien und München!

Die Christlich-Sozialen, die an sich in ihren führenden Männern nicht unbedingte Verfechter des Anschlußgedankens waren, hielten am 9. Juni einen Parteitag ab unter dem Vorsitz Dr. Seipls. In einer Entschliebung wurde die Politik Dr. Mayrs zur wirtschaftlichen Sanierung mit der Hilfe des Völkerbundes gebilligt; es müsse alles vermieden werden, was dieser Aktion schade. Doch könne man nur eine solche Regierung unterstützen, die mit starker Hand die Verwaltung führe und entschlossen sei, die Verhältnisse einer Gesundung entgegenzuführen.

155

Deutsche unter Fremdherrschaft 156

In Steiermark beschloß am 16. Juni der Landesparteitag der Christlich-Sozialen, die über das Ergebnis ihres Beschlusses vom 31. Mai überrascht waren, mit den Führern der Wiener Christlich-Sozialen über die weitere Behandlung der Abstimmungsfrage zu beraten. So reiste denn Landeshauptmann Rintelen an der Spitze einer fünfköpfigen Deputation nach Wien, und das Ergebnis der Besprechung war, die Abstimmung fallen zu lassen. Nach der Rückkehr ihrer Abgesandten stellte am 23. Juni die Christlich-Soziale Partei im Landtag von Steiermark den Antrag, den Abstimmungstermin am 3. Juli aufzuheben. 29 Christlich-Soziale unterstützten den Antrag, 15 Großdeutsche und Freiheitliche Bauernbündler waren dagegen, die Sozialdemokraten hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Der Sturz des Bundeskanzlers Mayr hatte zur Folge, daß sich die Christlich-Sozialen in der Frage der aktiven Anschlußbewegung von den Großdeutschen trennten. Die Bildung eines neuen Kabinetts bereitete dem Nationalrat Schwierigkeiten. Am 20. Juni endlich kam als „Übergangsministerium bis zum Herbst“ ein Beamtenkabinettt zustande. An seine Spitze wurde der 47jährige Johannes Schober als Bundeskanzler berufen, der seit 1918 Polizeipräsident von Wien war und den Großdeutschen nahestand. Als Vertrauensmann der Großdeutschen übernahm Dr. Waber das Innenministerium und als Vertrauensmann der Christlich-Sozialen behielt Vaugoin das Heeresministerium in dieser Beamtenregierung. Die Richtlinien des neuen Kabinetts waren dieselben wie bei Mayr: Fortsetzung der außenpolitischen Kreditverhandlungen bis zum erfolgreichen Ende. Allerdings mußten sich die Parteien in aller Form verpflichten, für das Unterbleiben weiterer Anschlußabstimmungen Sorge zu tragen. Am nächsten Tage gaben im Nationalrat der Regierung Schober die Christlich-Sozialen und Großdeutschen 99 Stimmen, die Sozialdemokraten blieben mit 63 Stimmen in der oppositionellen Minderheit. Unter diesen veränderten Umständen hatte es wenig Bedeutung, daß der Bundesrat am 11. Juli beschloß, gegen das Bundesgesetz des Nationalrates vom 12. Mai, betreffend Anschlußabstimmung, Widerspruch nicht zu erheben.

156

Der großdeutsche Berichterstatter Hartmann sagte dazu: Jeder Versuch, den Ausdruck des Wunsches der österreichischen Bevölkerung zu verhindern, sei eigentlich das Zeichen eines bösen Gewissens, das nicht wolle, daß die Absicht der Österreicher vor aller Welt kund werde, das Selbstbestimmungsrecht im Sinne des Anschlusses an Deutschland ausüben zu wollen. Trotz aller Not von innen und außen wolle auch Österreich seine geheiligten Grenzen haben, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gründeten.

Aber die Linie der endgültigen Regierungspolitik war jetzt eindeutig festgelegt: Verzicht auf Anschluß zugunsten des alliierten Kredits! Abseits von Regierung und Macht durfte das Volk vom Anschluß träumen, aber verfemt und geächtet war jeder durch den Achtspruch der Franzosen und ihrer Verbündeten, der es wagen wollte, seine Sehnsucht zum Anschluß zur gemeinsamen Sache des ganzen Volkes oder gar zum Ziel einer entschlossenen Regierung zu machen! Am Jahrestage der Republik, dem 12. November, wurde in den sozialdemokratischen Festversammlungen eine Entschliebung angenommen, darin es hieß: „Am dritten Jahrestag der Gründung der Republik erneuert das Proletariat feierlich den Schwur unverbrüchlicher Treue und erklärt, daß kein Verbot militärisch und politisch noch so starker Faktoren imstande ist, es vom Festhalten an dem damals gleichzeitig aufgestellten Ziele des Anschlusses an Deutschland abzubringen.“ -

157

VIERTES KAPITEL

Der Kampf um das Burgenland. Weitere Ereignisse bis zum Sturz der Regierung Schober

Das seit dem 12. Jahrhundert von Deutschen besiedelte Gebiet Westungarns zwischen Leitha, Donau und Raab war im Dreißigjährigen Kriege an Ungarn verloren worden, nachdem es vorher abwechselnd zu Österreich und Ungarn gehört hatte. Bereits die kaiserliche Regierung in Wien unternahm während dem Weltkrieg Schritte, die auf eine Angliederung des westlichen Ungarn an Österreich abzielten. Nach dem Zusammenbruche 1918 erklärten sich 251 burgenländische Gemeinden einmütig für Österreich. Aber erst Renner setzte es Mitte 1919 durch, daß in den Friedensverträgen von Saint-Germain mit Österreich und von Trianon mit Ungarn Westungarn zum größten Teil der Republik Österreich zugesprochen und nicht, wie ursprünglich geplant, zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien geteilt wurde. Der westliche Teil des deutschen Gebietes Westungarns wurde seit Ende 1918 als „Burgenland“ bezeichnet, nach den ungarischen Komitaten Preßburg, Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg. Von diesen vier Bezirken sollte Österreich nur die drei letzten erhalten, während Preßburg der Tschechoslowakei zufiel; kleine Teile im Süden erhielt Südslawien. Das Burgenland war das alte „Heinzen- (Heanzen) land“ oder „Heideland“ und ist durch Joseph Haydn, geboren in Rohrau, begraben in Eisenstadt, Schöpfer jener Melodie, die auf das deutsche Nationallied übergegangen ist, und Franz Liszt aus Raiding innig mit dem deutschen Kulturleben verknüpft. Allerdings war Ungarn nicht gewillt, diesen Verlust hinzunehmen. Außer der ungarischen Regierung, welche die Frage des Burgenlandes auf diplomatischem Wege zu lösen versuchte, mischten sich auch militärische Banden ein, welche sich mit Waffengewalt einer Abtretung widersetzen wollten. Kaum war im August 1919 bekannt, daß Westungarn an Österreich fallen sollte, da zogen sich bewaffnete Freischärlerformationen in Stärke von ungefähr dreitausend Mann in Steinamanger zusammen und begannen von hier aus in der schlimmsten Weise das Burgenland zu terrorisieren.

158

Die Banden gingen in die Dörfer und Städte hinaus, nahmen unter Drohung mit der Waffe den notleidenden Einwohnern rücksichtslos auch noch das Letzte weg. Viele Monate hindurch lebten die unglücklichen Burgenländer in steter Angst und stetem Schrecken vor den Überfällen dieser Panduren.

Neben dieser militärischen Bewegung und gleichsam im Bunde mit ihr entwickelte sich eine sozusagen zivile Unabhängigkeits- und Antiösterreichbewegung, die unter der Leitung des Karlisten Stefan Friedrich, Mitglied der ungarischen Nationalversammlung, stand. Dieser Stefan Friedrich war die Seele all der Vorgänge, durch welche im Jahre 1921 das Burgenland erschüttert wurde. Bereits 1920 hatte er dafür gesorgt, daß bei der Wahl zur ungarischen Nationalversammlung in Westungarn nur Gegner des Anschlusses an Österreich gewählt wurden. Friedrich verfügte über zahlreiche Helfer. Am 12. Januar 1921 veranstalteten in Budapest die Ungarische Gebietsliga des Grafen Cuno Klebensberg und die Westungarische Liga des Gustav Thörning eine große Volksversammlung, in der laut gegen die Abtretung des Burgenlandes protestiert wurde. Ödenburg, die blühende Hauptstadt Westungarns, dürfe nicht zum unbedeutenden Vorort Wiens zusammenschrumpfen, sagte Klebensberg, und Eugen Rekosi erklärte, mit der Lostrennung Westungarns würden die freundschaftlichen Beziehungen Ungarns zu Österreich aufhören. Durch furchtbaren Druck und mit Gewalt wurde die eingeschüchterte Bevölkerung zu den Versammlungen getrieben, mußte die Statisterie abgeben für die Pläne der Drahtzieher.

Diejenigen, die dem Anschluß an Österreich freundlich gegenüberstanden, wurden von Soldaten und Freischärlern terrorisiert, ja sogar in die Gefängnisse geworfen! Das unglückliche Land wurde streng von der Außenwelt abgesperrt, und die wildesten Gerüchte über Österreich wurden verbreitet: in Österreich herrsche der Kommunismus, der Staat sei in voller Auflösung begriffen, die Herrschaft der Tschechen stehe bevor. –

Zwar leugnete die ungarische Regierung auf die Proteste Österreichs hin jede Beteiligung an dem Gewaltregiment im doppelten Spiel, das die polnische Regierung in bezug auf Oberschlesien spielte. –

159

Am 5. Mai 1920 waren zu Trianon der ungarischen Deputation die endgültigen Friedensbedingungen überreicht worden. Es war klar, daß sich in Budapest ein Sturm des Protestes erhob. Der Außenminister Teleki wies die Gebietsabtretungen weit zurück, verlor doch die ungarische Monarchie mehr als die Hälfte ihres gesamten Umfangs. Besonders in bezug auf das Burgenland glaubte die ungarische Regierung auf dem Verhandlungswege noch etwas retten zu können. Der Verband selbst habe in der Mantelnote authentisch seinen Friedensvertrag dahin interpretiert, daß die Beseitigung allgemeiner ethnischer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten durch den Grenzfestsetzungsausschuß des Völkerbundes möglich sei. Infolgedessen strebte die Regierung Ungarns dahin, mit Österreich über eine Grenzrevision im Burgenlande zu verhandeln.

Davon aber wollten die Staatsmänner in Wien nichts wissen. Über Grenzen, die in den Friedensverträgen festgesetzt und entschieden seien, gebe es keine Diskussion, erklärte der Bundeskanzler Mayr Mitte Januar 1921! Er fügte auch hinzu, daß die Entente sich für eine reibungslose Abtretung Westungarns verbürge, ein aktives Eingreifen Österreichs werde nicht nötig sein. Die Entente verfüge über genug Druckmittel Ungarn gegenüber, die Tschechoslowakei im Norden und Rumänien im Süden würden schon einen etwaigen Widerstand Ungarns zu brechen wissen.

Mayr befand sich im Januar 1921 noch in einem sehr guten Verhältnis zur Entente, und so war es ihm verhältnismäßig leicht, deren Unterstützung gegen Ungarn zu

finden. Die Pariser Botschafterkonferenz ließ dann auch in Budapest erklären, die Abtretung Westungarns sei nicht etwa eine direkte Angelegenheit zwischen Ungarn und Österreich, sondern stelle eine Verpflichtung der Alliierten dar; das Gebiet müsse von den Ungarn an die Verbandsmächte übergeben werden, und diese würden es an Österreich abtreten. Die zweifache Übergabe werde durch eine internationale Kommission in Ödenburg geschehen.
160

4. Kapitel: Streit um das Burgenland 161

Die Entente schaltete sich in diesem strittigen Punkte als Zwischenglied ein, wie in Oberschlesien, weil sie glaubte, dadurch alle Reibungen und gewaltsamen Widerstände zu beseitigen. Sie hatte sich aber darin im Burgenlande ebenso verrechnet wie in Oberschlesien.

In Budapest aber ließ man die Hoffnung nicht sinken. Der Außenminister Gratz erklärte im Klub der Regierungsparteien, Österreich stelle sich zwar auf den Standpunkt der *res judicata*, aber nach den eignen Erklärungen der Entente sei eine Beseitigung wirtschaftlicher und ethnischer Ungerechtigkeiten möglich. Diese aber liegen unzweifelhaft in Westungarn vor. Es sei verhängnisvoll für beide Staaten, wenn die Übergabe erzwungen würde. Österreich dürfe das Suchen nach einer Verständigung nicht Ungarn allein überlassen. Der österreichischen Regierung war dies Drängen Ungarns auf Verhandlungen unangenehm. Es wurde dadurch gewissermaßen ein Zustand der Unsicherheit geschaffen, der für Österreich nur Nachteile in sich bergen konnte. Deshalb drängte der Bundeskanzler sowohl in Paris wie auch wieder in London (Mitte März) auf möglichst schnelle Ratifizierung des Vertrages von Trianon, damit die Bestimmung über das Burgenland Rechtskraft erlange. Der französische wie der englische Außenminister sagten dann auch eine Ratifizierung durch die Parlamente kurz nach Ostern zu.

Aber die Ratifizierung zog sich in die Länge, zum größten Unwillen der Österreicher, und Anfang Mai beschäftigte sich die ungarische Nationalversammlung abermals mit der Frage des Burgenlandes. Der Karlist Graf Apponyi wies wieder auf die Mantelnote der Entente hin, die eine Grenzberichtigung ermögliche. Er hoffe, daß die Westmächte ihr feierlich gegebenes Wort nicht brechen würden und daß also eine Revision des Friedensvertrages wohl möglich sei.

Tatsächlich begannen am 24. Mai 1921 in Wien unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Mayr der Form nach die seit langem von Ungarn gewünschten Verhandlungen über die Grenzberichtigung. Ungarn versuchte, Österreich bereitwillig zu machen, daß es die nach Ungarns Ansicht passiven Gebiete Westungarns - es handelte sich hauptsächlich um das Komitat Ödenburg - bei Ungarn belasse und nur die sogenannten aktiven Teile angliedere.

161

Deutsche unter Fremdherrschaft 162

Ungarn versprach, bei einer solchen Lösung mehrere Jahre lang größere Mengen Lebensmittel an Österreich zu liefern. Die österreichische Regierung aber hielt sich unbedingt an die Beschlüsse des Parlamentes, daß Westungarn uneingeschränkt angegliedert werden solle, und wies darauf hin, daß Ungarn selbst keinen Überfluß an Lebensmitteln habe und solche einführen müsse. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen.

Am 26. Juli 1921 wurde der Vertrag von Trianon nach der Ratifikation rechtskräftig, und am 6. August trat die internationale Kommission in Ödenburg zusammen, setzte den Tag der Übergabe auf den 29. August fest, und am 29. August begannen die ungarischen Behörden, das an Österreich fallende Gebiet Westungarns zu räumen. Aber wie die Dinge lagen, ließ sich schon voraussehen, daß die Abtretung nicht friedlich geschehen würde. Als am 12. August der Bundespräsident

Hainisch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch in Hallstadt zusammentraf, bot Benesch in kluger Voraussicht der kommenden Dinge dem Österreicher die tschechische Hilfe gegen Ungarn an, aber Hainisch lehnte ab: Österreich wolle sich ausschließlich auf die Anwendung diplomatischer Mittel beschränken. Inzwischen hatte die Drangsalierung des Landes durch die bewaffneten Banden ihren Fortgang genommen. Die ungarische Gebietsschutzliga und die nach Autonomie strebende westungarische Liga hatten eine ungeheure Propaganda entwickelt. Die Seele dieser Umtriebe waren der Karlist Stefan Friedrich, der sich zu einem Korfanty des Burgenlandes entwickelte, die Monarchisten Stefan Ravkowsky, General Hegedues, Graf Klebensberg, Eugen Rekosi, Gustav Thörring. Am 25. August hielten die westungarischen Komitate in Budapest eine Generalversammlung ab. Sie forderten die Regierung auf, die diplomatischen Beziehungen zu Österreich abubrechen und sofort die Grenzsperrung in Kraft treten zu lassen. Vier Tage später sollte die Übergabe erfolgen. Plötzlich tauchten im ganzen Lande bewaffnete Banden auf in Verbindung mit madjarischen Truppenteilen unter Führung der Offiziere Pronay, Hejas und Ofztenburg, besetzten die Dörfer, requirierten Pferde und Lebensmittel, zwangen die Einwohner zu Gespanndiensten, bauten Maschinengewehre am Ausgang der Ortschaften ein, von wo sie die Straßen unter Feuer nehmen konnten.

162

4. Kapitel: Aufstand im Burgenland 163

Am 28. August überfielen Ofztenburgs Soldaten die Ödenburger Zeitung, in der Nacht und am folgenden Tage drangen immer mehr Freischärler in das Land ein, und Hejas besetzte am Nachmittag des 29. August den Ödenburger Bahnhof. Es wimmelte von bewaffneten Abteilungen, die durch das Land schweiften und sich der österreichischen Grenze näherten. –

Da den Österreichern die Verwendung von Militär verboten worden war, hatte die Entente-Kommission eine Abteilung österreichischer Gendarmen herangezogen, welche das Burgengebiet übernehmen und die Grenzorte besetzen sollten. Kaum schickten sich diese an, am 28. August die Grenze zu überschreiten, da wurden sie von Gewehr- und Maschinengewehrfeuer empfangen. An allen vier Stellen, bei Pinkafeld und Agendorf, bei Hartberg und Burgau wurde ihnen der Übertritt verwehrt. Den 1500 österreichischen Gendarmen traten etwa ebensoviel gut bewaffnete, mit Stahlhelmen, Handgranaten, Maschinengewehren versehene Freischärler gegenüber. Im Nu entwickelten sich erbitterte und blutige Feuergefechte. Bei Agendorf konnte sich die österreichische Gendarmerie behaupten, bei Pinkafeld mußte sie zurückgezogen werden, bei Burgau stellten sich Ententeoffiziere an die Spitze der Österreicher und führten sie weiter vor. Die Lage der Österreicher war dadurch ungünstig, weil die Entente die Verwendung der österreichischen Wehrmacht bei der Besetzung des Burgenlandes ausdrücklich verboten hatte.

Die ungarische Regierung erklärte sofort in Wien, sie mißbillige auf das entschiedenste diese Angriffe, die ohne ihr Wissen und ihren Willen geschehen seien. Die ungarische Regierung sei bemüht, das Eindringen unverantwortlicher Elemente in das von ungarischen Truppen und Gendarmen geräumte Gebiet zu verhindern und habe strengste Anweisung gegeben, sich aus der geräumten Zone zu entfernen und sich jedes gewaltsamen Vorgehens zu enthalten. Die Regierung in Budapest versprach genaue Untersuchung der Vorfälle und strenge Bestrafung der Schuldigen.

163

Deutsche unter Fremdherrschaft 164

Doch die Botschafterkonferenz in Paris hatte begründeten Argwohn gegen die Aufrichtigkeit der ungarischen Erklärung und machte den Ungarn die schwersten

Vorwürfe: die ungarische Regierung sei voll verantwortlich, sie habe die von langer Hand vorbereiteten Umtriebe und die Bandenbildung geduldet, zum wenigsten nicht verhindert. Man verlange, daß die Regierung in Budapest unverzüglich ihren Verpflichtungen nachkomme. Das versprach diese ja dann auch und bot außerdem noch an, daß in Ödenburg neben dem ungarischen Regierungskommissar auch noch ein österreichischer eingesetzt wurde. Aber die ungarische Regierung nahm sich Zeit, diesen Versprechungen nachzukommen.

Unterdessen aber fuhren die Banden Stefan Friedrichs fort, das Burgenland unter ihrer Gewalt zu halten und sogar Angriffe über die österreichische Grenze zu unternehmen. In Oberpullendorf hatten sie ein eigenes Armeeoberkommando eingerichtet. Am 5. September lieferten sie der österreichischen Gendarmerie bei Kirchschatz ein heftiges Gefecht, trieben diese zurück, überschritten die Grenze und besetzten Kirchschatz. Drei Tage später warfen sich übermächtige Banden, bei denen sich auch Kavallerie befand, auf den Gendarmerieposten bei Agendorf, der sich nach Mattersdorf zurückziehen mußte.

Der österreichische Bundesrat appellierte an die Völkerbundsversammlung in Genf, sie möge die geeigneten Maßregeln ergreifen, um den Frieden der Republik Österreich gegen den kriegerischen Maßnahmen Ungarns zu schützen. Nach dem Überfall bei Agendorf beschloß der Ministerrat, unter Protest bei den Alliierten die gesamte Gendarmerie aus dem noch besetzten Teil hinter die alte Landesgrenze zurückzuziehen und sich auf die Abwehr der Einfälle magyarischer Banden auf österreichischem Boden zu beschränken. Diese Kämpfe kosteten zehn Gendarmen und vierzig Wehrmännern das Leben, während 18 Gendarmen und 66 Wehrmänner schwer verletzt wurden.

164

4. Kapitel: Not im Burgenland 165

Das Burgenland war den Umtrieben Stefan Friedrichs und der in seinem Solde stehenden bewaffneten Banden preisgegeben. Es sei ja gar kein Wunder, ließ sich nun die Regierung in Budapest vernehmen, daß solche Zustände einreißen konnten. Die Vorgänge seien doch nur die Folge davon, daß die tausendjährige Verbundenheit des Burgenlandes mit Ungarn aufgehoben werden sollte. Weder das Volk im Burgenland noch das Volk in Ungarn könne diese Trennung billigen. Übrigens sei die einzig wirksame Maßregel gegen diese kriegerischen Taten die vollständige Absperrung der durch den Vertrag von Trianon festgelegten Grenze durch einen Militärkordon. Aber dazu genüge nicht die zur Verfügung stehende Gendarmerie, die ja für ganz Ungarn nur 1900 Mann betragen dürfe.

Zwischen Raab und Leitha beherrschten jetzt völlig die Autonomisten die Lage. Stefan Friedrich, der Karlist, der am 30. August von ungarischen Behörden der Form wegen vorübergehend verhaftet worden war, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, ging dazu über, den selbständigen, westungarischen Staat zu proklamieren. Nachdem der Pariser Botschafterrat am 27. September der österreichischen Regierung den Rat gegeben hatte, mit Ungarn wegen Ödenburg und Umgebung einen Vergleich zu schließen, veröffentlichte in Budapest der Landesverteidigungsrat am folgenden Tage eine von Stefan Friedrich unterzeichnete Kundgebung, die folgendes besagte: „Infolge des uns von der Entente aufgezwungenen Friedens war die ungarische Regierung genötigt, auf die Ausübung ihrer Hoheitsrechte über Westungarn zu verzichten. Nun hat der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernommen und wird das Land bei selbständiger Regierung verwalten. Die alten Beamten bleiben auf ihren Posten und werden ihre Arbeit fortsetzen. Für Gott, König und Vaterland! Tue jeder seine Pflicht!“

Die Proklamation fand in der Bevölkerung erzwungenen Widerhall. Diese mußte am 4. Oktober durch ihre Vertreter die Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität von Gebiet und Bevölkerung erklären lassen und den Oberkommandanten Stefan Ravkowszky mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes betrauen.

165

In großen kommandierten Versammlungen mußte sich auch die Einwohnerschaft der Bezirke Neusiedel, Eisenstadt, Lakompak, Oberpollendorf und Nemetujvar der Unabhängigkeitsproklamation anschließen. Am Tag zuvor hatte der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen feierlich die Bereitschaft der ungarischen Regierung zur Räumung der westungarischen Komitate erklärt!

Es kam dann auch auf Betreiben der Pariser Botschafterkonferenz zu Besprechungen zwischen Vertretern Österreichs und Ungarns unter dem neutralen Vorsitz des italienischen Außenministers della Torretta in Venedig, die ihren Niederschlag im Venediger Protokoll vom 13. Oktober 1921 fanden. Ungarn verpflichtete sich, das Burgenland von den bewaffneten Banden zu säubern und restlos bis auf Ödenburg und nähere Umgebung an Österreich auszuliefern. In Ödenburg sollte unter Kontrolle der Alliierten eine Volksabstimmung stattfinden. Zwar verweigerten die Österreicher ihre Zustimmung hierzu, aber della Torretta entschied zugunsten der von Ungarn geforderten Volksabstimmung, die acht Tage, nachdem die Generalkommission die vollständige Beruhigung des Landes festgestellt hätte, stattfinden sollte.

Allerdings hiermit waren die Autonomisten und Anhänger Karls gar nicht einverstanden. Sie hatten geheime Beziehungen zu Karl von Habsburg, und dieser, ein Freund und Schleppenträger Frankreichs und der kleinen Entente, begab sich in ein zweites Abenteuer, ganz irriger Weise auf die Unterstützung der Franzosen und ihrer Trabanten rechnend. Am 21. Oktober plötzlich landeten Karl und seine Gemahlin Zita auf dem Flugplatz bei Ödenburg und wurden von General Hegedues empfangen, Der General stellte seine Truppen der kaiserlichen Familie zur Verfügung, bildete eine Regierung unter Stefan von Rakowszky und machte sich auf den Weg nach Budapest, wobei sich ihm unterwegs noch andere Truppenteile anschlossen. Im ganzen Burgenlande läuteten die Glocken, in Scharen strömten die frommen Bauern dem Monarchen entgegen, fielen auf die Knie vor ihm, beteten und flehten Gottes Segen auf seine Heimkehr herab.

166

4. Kapitel: Abenteuer Kaiser Karls

167

Der Ministerpräsident Graf Bethlen erließ zunächst am folgenden Tage eine Kundgebung an das ungarische Volk, forderte Einhaltung des Venediger Abkommens, appellierte an die Aufständischen, sie sollten die Waffen niederlegen, Österreich werde ihnen Amnestie gewähren, dagegen werde ihr Ungehorsam Ungarn in die Katastrophe stürzen.

Sodann schickte Bethlen zuverlässige Regierungstruppen dem Zuge des Kaisers entgegen, und bei Budaörs, 18 Kilometer von Budapest, stießen Bethlens drei Divisionen auf Karls Truppen, am 23. Oktober. Eine Schlacht entbrannte, der königliche Feldmarschall Sarkany mußte sich schließlich zurückziehen und am folgenden Tage kapitulieren. Bei Komorn wurden Karl und Zita von Horthy-Truppen gefangengenommen, nach Schloß Totis (Tata) und dann zur Benediktinerabtei Tihany gebracht und am 1. November unter der Aufsicht der Alliierten außer Landes geschafft. Rakowszky, Graf Julius Andrassy und viele andere Oppositionelle und Legitimisten wurden verhaftet.

Der Widerstand der burgenländischen Autonomiebewegung, die eine monarchische war, wie ihre Führer Stefan Friedrich, General Hegedues und Stefan Rakowszky Anhänger Karls waren, war gebrochen, sowohl gegen Ungarn wie gegen Österreich. Das Burgenland mit Ausnahme Ödenburgs kam jetzt unter österreichische Gewalt. Schober ließ nach Aufforderung durch die Generalkommission am 14. November das Gebiet durch die Wehrmacht besetzen, ohne daß sich ein Zwischenfall ereignete. Doch die Abstimmung in Ödenburg stellte eine Gewalttat Ungarns dar.

In den letzten Novembertagen kamen die österreichischen Abstimmungskommissare nach

Ödenburg. Sie wurden an der Grenze des Abstimmungsgebietes gleich herzlich empfangen. Ungarische Gendarmen brachten sie zum Stadtkommandanten von Ödenburg, nach langen Verhandlungen erhielten sie endlich ihre Freiheit. Einer der Abstimmungskommissare aber blieb in Haft, wurde in einen Keller geführt, dort durchsucht, vollkommen nackt ausgezogen und dann erpreßte man ihm das Eingeständnis, daß er Kommunist sei und daß in Österreich der Kommunismus herrsche.

167

Deutsche unter Fremdherrschaft 168

Die Österreicher konnten sich bald überzeugen, in welcher terroristischer Weise die Abstimmung vorbereitet wurde. Die ungarischen Bürgermeister bereiteten die Abstimmungslisten vor, strichen die österreichischen Personen und diejenigen, die vor der Verfolgung der Ungarn geflüchtet waren. Dagegen wurden viele hundert madjarisch Gesinnte aufgenommen, denen Bürgermeister Dr. Thurner von Ödenburg freigebig Heimatscheine ausstellte.

Ungarische Soldaten, Gendarmen und Freischärler überschwemmten das Land und verbreiteten unter den Deutschen Furcht und Schrecken. Von Haus zu Haus gingen die Freischärler und verlangten, daß sich die Bewohner schriftlich verpflichteten, für Ungarn zu stimmen. Wer sich widersetzte, wurde verprügelt und trug schwere Verletzungen davon. Das im Protokoll von Venedig festgelegte Propagandaverbot wurde nur einseitig gegen Österreich angewendet, während Ungarn volle Freiheit erhielt. Und all dies duldeten die Generalkommissionen.

Die österreichischen Abstimmungskommissare erhielten erst vom 5. bis 7. Dezember die Stimmliste. Sie wiesen zahlreiche Fälschungen nach und leiteten eine Fülle von Reklamationen ein. Ehe die Prüfung der Listen beendet und die Reklamationsverfahren abgeschlossen waren, erklärte General Ferrario, der Leiter der Generalkommission, am 12. Dezember die Arbeiten für beendet und setzte die Abstimmung auf den 14. Dezember an, ohne die Ermächtigung von der Botschafterkonferenz, sie auf den 18. oder 20. zu verschieben, zu berücksichtigen. In Wien war man aufs höchste empört: in keiner Weise sei die Freiheit und die Unparteilichkeit der Abstimmung gewährleistet, und die Regierung beschloß einmütig mit allen Parteien des Nationalrates, an der Volksabstimmung nicht teilzunehmen und deren Ergebnis nicht anzuerkennen. In der Nacht vom 13. zum 14. Dezember erhielten die 32 österreichischen Prüfungskommissare in Ödenburg den telegraphischen Befehl, sich nicht an der Abstimmung zu beteiligen, sondern Ödenburg sofort zu verlassen. An die Botschafterkonferenz telegraphierte die Bundesregierung, Ungarn habe das Venediger Abkommen verletzt und die österreichische Regierung müsse sich nun auf den Boden des Friedens von Saint-Germain stellen, d. h. also, das Gebiet von Ödenburg ohne Volksabstimmung beanspruchen.

168

4. Kapitel: Abstimmung in Ödenburg 169

Es blieb nicht aus, daß bei der Abstimmung am 14. Dezember alle nur erdenklichen Gewalttaten gegen die Deutschen begangen wurden, so daß ein italienischer Offizier meinte, die Ödenburger Abstimmung sei ein Betrug, wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe! Die ungarischen Uniformen waren zwar verschwunden aus dem Gebiet, aber die Freischärler und Soldaten tauchten in Zivil wieder an den Wahlurnen auf und schikanierten mit ihren Pandurenmethoden die zur Abstimmung Erschienenen. Dennoch war das Ergebnis überraschend: von 32 000 Stimmberechtigten stimmten 15 343 für Ungarn und 8227 für Österreich. Etwa 8500 hatten nicht abgestimmt. Das war das Ergebnis des ungarischen Terrors, das ein Deutscher, der selbst für Ungarn gestimmt hatte, als eine große moralische Niederlage für Ungarn bezeichnet hatte.

Am 23. Dezember 1921 bestätigte die Botschafterkonferenz das Abstimmungsergebnis, und am 2. Januar 1922 übernahm die ungarische Regierung das Gebiet von Ödenburg. Für Österreich waren die Hauptstadt des Burgenlandes und sieben Gemeinden verloren.

Durch den Ödenburger Erfolg ermutigt, versuchte die ungarische Regierung im Frühjahr 1922 weitere Grenzberichtigungen im Burgenlande zu erlangen. Man wollte unter Hinweis auf die im Venediger Abkommen anerkannte Abstimmungspraxis auf diesem Wege noch einige andere Gemeinden zurückgewinnen. Aber sowohl die österreichische Regierung wie die Botschafterkonferenz in Paris lehnte derartige Ansprüche Ungarns ab. Gleichsam als Begleitmusik zu den Regierungshandlungen wiederholten sich die Bandenein- und -überfälle aus Ungarn in das Burgenland. Es dauerte Monate, ehe die endgültige Beruhigung eintrat. Das Burgenland war die einzige Erwerbung, die Österreich im Frieden von Saint-Germain machte, es war darin glücklicher als Deutschland, aber wie entsetzlich schwer wurde dem tief verwundeten Staate diese Erwerbung gemacht! -

169

Deutsche unter Fremdherrschaft 170

Die Republik, deren Schicksal in die Hände des Bundeskanzlers Schober gelegt war, geriet in eine immer schwierigere Lage. Alle Welt hoffte auf die Erlösung, welche die Kredithilfe des Völkerbundes bringen sollte. Anfang September weilte der Finanzminister Grimm in Paris, London und Genf und berichtete nach seiner Rückkehr, der Stand der Kreditaktion sei sehr günstig, und unabhängig von dieser seien ihm auch von privater amerikanischer Seite weitgehende Kreditangebote gemacht worden. Alle Welt hoffte auf die Hilfe des Völkerbundes nun schon seit länger als einem Jahr, und inzwischen verfielen Wirtschaft und Währung im Innern immer mehr. Man mußte sich aufraffen, etwas zu unternehmen, wenn es nicht zu spät sein sollte, und Grimm hatte bereits derartige Ermächtigungen vom Völkerbund erhalten, wonach Österreich bei anderen Völkern Anleihen aufnehmen durfte. Ein erster Schritt in dieser Anleihepolitik war ein Gesetz, das der Finanz- und Budgetausschuß am 4. Oktober mit den Stimmen der Großdeutschen annahm und die Überfremdung der Länderbank mit französischem und der Anglobank mit englischem Kapital gestattete, unter der Voraussetzung, daß ein erheblicher Teil des den beiden Instituten zufließenden ausländischen Kapitals dem inländischen Kredit zugute kommen müsse und beide Banken dem Bankenkontrollgesetz, das gleichzeitig geschaffen wurde, unterworfen wurden.

Wenige Tage später fand ein Wechsel im Finanzministerium statt. Die Sozialdemokraten hatten am 1. Oktober dem Bundeskanzler ein Finanzprogramm überreicht, das neben außerordentlichen Steuerbelastungen der Besitzenden einen Abbau der Lebensmittelpreise zu Lasten der Unternehmer, Vereinfachung der Verwaltung und Abbau des Beamtenapparates forderte. Das konnte der Finanzminister nicht annehmen, er reichte seinen Rücktritt ein. Sein Nachfolger wurde Dr. Gürtler. Gleichzeitig, am 7. Oktober, wählte der Nationalrat den bisherigen Ernährungsminister Dr. Grünberger zum Handelsminister und den Oberst Wächter zum Heeresminister.

Gürtler entwickelte sein Finanzprogramm: das Land müsse nun endlich aus dem Zustand des tatenlosen Wartens auf die internationale Kredithilfe herausgeführt werden und zur Selbsthilfe schreiten.

170

4. Kapitel: Schwierige Lage Österreichs 171

Das Defizit der Bundesbahnen, das dreißig Milliarden betrage, müsse durch eine Erhöhung der Post- und Gütertarife sowie durch weitgehende Einschränkungen aller Vergünstigungen ausgeglichen werden. Die staatlichen Zuschüsse zu den

Lebensmittelpreisen müßten verschwinden, die Wirtschaftskreise sollten dafür sorgen, daß den Arbeitern und Angestellten durch Lohnzulagen der Brotpreis verringert werde. Der Staat werde durch eine entsprechende Erhöhung der Beamtenbezüge auf diesem Wege vorangehen. An einen gewaltsamen Beamtenabbau werde nicht gedacht, doch wolle man durch Vergünstigungen das freiwillige Ausscheiden von Beamten erleichtern. Die Einkommensteuer sollte in Geldbeträgen zahlbar sein, welche der Kaufkraft des Einkommens entsprächen. - Diese Absichten des Ministers ließen seine deutliche, wenn auch nicht restlose Annäherung an die sozialdemokratischen Vorschläge erkennen.

Bevor jedoch Dr. Gürtler sein Programm zu verwirklichen begann, ging ein tiefer Parteienstreit gleichsam wie ein Zwischenspiel durch Volk und Parlament. Die Umtriebe Karls, vollends sein Flug nach Ödenburg, regten die Bevölkerung Österreichs aufs tiefste auf. Bereits am 13. Oktober hatte der Landesparteitag der Großdeutschen Partei den Kampf gegen die sehr regsamen Monarchisten beschlossen. Die Organisierung eines unbewaffneten nationalen Selbstschutzes und der Austritt der Nationalen aus der legitimistischen Frontkämpfervereinigung wurde gefordert. Nach dem Zusammenbruch des Abenteurers Karls kam es im Nationalrat zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Sozialdemokrat Dr. Renner machte den Ententemächten und den Christlich-Sozialen, vor allem ihrem Führer, dem Prälaten Dr. Seipl, heftige Vorwürfe wegen der Vorgänge im Burgenlande. Die Christlich-Sozialen hätten mit den ungarischen Führern in Verbindung gestanden, deshalb hätten sie die Angelegenheit des Burgenlandes so lau betrieben und die karlistische Agitation in Österreich geduldet, ja, sie hätten die eigne Wehrmacht sabotiert und verdächtigt! Seipl blieb Renner die Antwort nicht schuldig: die Sozialdemokraten hätten Österreich um seinen Respekt im Auslande gebracht und die Republik durch ihren Heeresminister Julius Deutsch wehrlos gemacht. -

171

Deutsche unter Fremdherrschaft 172

Für die Sozialdemokraten waren derartige Agitationen das Lebenselement. Sie brauchten sich in ihren heftigen Angriffen keine Zügel anzulegen, denn sie befanden sich in der Opposition. Und ihr Vorgehen füllte die eigenen Reihen. Die Partei, die im Juni 1920 etwa 336 000 Mitglieder, darunter 76 000 Frauen, zählte, war bis zum Oktober 1921 auf 491 000 angewachsen, darunter 110 000 Frauen, das war in fünfzehn Monaten eine Vermehrung um 46 Prozent! Die Hauptmacht der Partei aber war und blieb Wien, das „rote Wien“, während in den Ländern die Christlich-Sozialen herrschten. Das zeigten wieder die Salzburger Landtagswahlen vom 9. April 1922, wo die Christlich-Sozialen und der Freiheitliche Bauernbund 47 631 Stimmen erhielten, die Sozialdemokraten 27 768 und die Großdeutschen 8601. -

Der Haushaltsplan für 1922, der Anfang November aufgestellt wurde, bewegte sich in erschreckenden Ziffern: den Einnahmen von 93,3 Milliarden standen 258,2 Milliarden Ausgaben gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 165 Milliarden ergab! Die Hälfte davon, 83 Milliarden, machte den Zuschuß für die Verbilligung der Lebensmittelpreise aus. Die Staatsschulden hatten die stattliche Höhe von 667 Milliarden erklommen, wozu Dr. Gürtler beruhigend bemerkte, daß der Staat nicht überschuldet sei, denn das Anlagekapital der Staatsbetriebe betrage 914 Milliarden nach der Valuta vom Oktober 1921.

Für die Sozialdemokratie behielt die politische These Geltung: Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse, Abwälzung der Lebensmittelverbilligung auf die Unternehmer durch Anpassung an den Reallohn! Daran hielt man auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag Ende November fest. Eine große Arbeiterkundgebung am 1. Dezember in Wien gegen die Teuerung sollte die sozialdemokratischen Forderungen unterstützen. Doch kam sie bald in eine gefährliche Bahn. Nach Schluß der Kundgebung rotteten sich 20 000 Jugendliche und Erwerbslose zusammen und verübten schwere Ausschreitungen. Auf der Ringstraße wurde eine große Anzahl Kaufhäuser und Hotels vollständig ausgeplündert und demoliert.

4. Kapitel: Schobers Politik 173

Erst am späten Abend gelang es einem starken Polizeiaufgebot, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen.

Das rote Wien tanzte auf einem Vulkan. Zur gleichen Zeit aber rühmte Dr. Gürtler ein Ereignis, das in den letzten zwei Jahren zum ersten Male eintrat: die Notenpresse hatte in der Woche vom 23.-30. November nicht gearbeitet, es war scheinbar gelungen, den Lauf der Inflation zu hemmen! Das war wohl eine kleine Erleichterung für Staat und Volk, die sich aber sehr bald als unbeständig erwies, und am 2. Dezember erfolgte eine zweite Erleichterung: der Finanz- und Haushaltsausschuß des Nationalrates nahm ein Kompromiss über den Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse an; er sollte am 1. Januar 1922 beginnen und in drei Etappen durchgeführt werden, so daß am 30. April sämtliche Zuschüsse aufhörten. Den Arbeitgebern ward die Verpflichtung auferlegt, ihren Arbeitern die Mehrkosten für den Brotbezug zu ersetzen. - Es waren vorübergehende Versuche, die zu stabilisieren der Staat aus eignen Kräften viel zu schwach war.

In der Zwischenzeit war auch Schober nicht müßig gewesen. Die Erlaubnis des Völkerbundes, Auslandsanleihen aufzunehmen, nutzte der Bundeskanzler zunächst gegenüber der Tschechoslowakei aus. Am 15. Dezember 1921 trafen Hainisch und Schober mit Masaryk und Benesch in Lana zusammen und führten die im August begonnenen Gespräche von Hallstatt über den möglichst schnellen Abbau der tschechischen Ein- und Ausfuhrverbote erfolgreich fort. Auch die Kohlenfrage fand eine für Österreich befriedigende Lösung. Schließlich sagten die Tschechen einen Kredit von 500 Millionen Tschechenkronen zu, wovon allerdings 169 Millionen Kronen abgesetzt wurden, welche Österreich dem Tschechenstaate noch schuldete. Bedeutsam wurden die Gespräche von Lana durch politische Abmachungen, die in einem Vertrag festgelegt wurden: Beide Staaten verpflichten sich zur unbeschränkten Durchführung der Verträge von Saint-Germain und Trianon und garantieren einander gegenseitig die Staatsgebiete. Sie werden sich gegenseitig zur Sicherung der Integrität der genannten Gebiete politisch und diplomatisch unterstützen und versprechen, Neutralität bei einem Angriff von dritter Seite zu wahren.

173

Deutsche unter Fremdherrschaft 174

Auch werden sie sich gegenseitig bei der Bekämpfung von Geheimorganisationen unterstützen. Strittige Fragen sollen in freundschaftlichem Einvernehmen vor einem Schiedsgericht oder vor dem Haager Gerichtshof geklärt werden. Weder Österreich noch die Tschechei werden mit einem dritten Staate ein Abkommen schließen, das im Widerspruch zu diesem Verträge steht.

Diesen Vertrag mußten Schober und Hainisch als Gegenleistung für die wirtschaftliche Hilfe der Tschechoslowakei in Kauf nehmen. Es war der erste Versuch Beneschs, Österreich in die Netze der kurz zuvor begründeten Kleinen Entente zu fangen, diese zur Donauföderation zu erweitern. Österreich verzichtete aus eigener freier Willenserklärung auf die deutschen Sudetenländer und auf den Anschluß an Deutschland, es verzichtete somit auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechtes und begab sich in das politische Schlepptau der Tschechoslowakei, die durch dieses Abkommen eine starke moralische Entlastung erhielt. Es war klar, daß die Bekanntgabe des Vertragsentwurfs am 20. Dezember in Prag und Wien bei den Österreichern ein ungeheurer Sturm der Entrüstung losbrach. Besonders die Großdeutschen schäumten vor Wut. Verstieß doch der Vertrag von Lana gegen den eigentlichen Sinn ihrer ganzen politischen Arbeit und enttäuschte er doch vor allem die Hoffnungen, die sie auf Schober gesetzt hatten! Am 16. Januar 1922 legte der Innenminister Waber, der Vertrauensmann der Großdeutschen in der

Regierung, sein Ministerium nieder. In den Landtagen der Länder erhoben die Großdeutschen lauten Protest. Am 18. Januar lehnten auch die Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten den Vertrag ab im Nationalrat. Eine Woche lang mußte Schober die Parteien von den materiellen Vorteilen des Abkommens überzeugen, und am 26. Januar nahmen 104 Christlich-Soziale und Sozialdemokraten gegen 23 Großdeutsche, die unversöhnlich blieben, den Vertrag an. Der Großdeutsche Dinghofer schleuderte der Regierung harte Worte ins Gesicht: das Prager Abkommen bedeute Österreichs Eintritt in die Kleine Entente, damit der Ring gegen Deutschland geschlossen werde und Österreich dem Tschechen Benesch als Werkzeug gegen die Sudetendeutschen diene.

174

4. Kapitel: Rücktritt der Regierung Schober 175

Der Sozialdemokrat Dr. Otto Bauer erklärte sich einverstanden mit dem Vertrag, weil die sudetendeutschen Sozialdemokraten der tschechischen Regierung gegenüber auch eine versöhnliche Haltung einnahmen, und der Christlich-Soziale Seipl lobte und rühmte die wirtschaftlichen Erleichterungen des Abkommens.

Nichtsdestoweniger trat die gesamte Bundesregierung zurück, wurde aber schon am nächsten Tage vom Nationalrat mit 80 gegen 72 Stimmen der Sozialdemokraten und Großdeutschen wiedergewählt. Die einzige Änderung war die, daß das Außenministerium, das bisher der Bundeskanzler Schober inne hatte, nun dem Ackerbaumminister Hennes übertragen wurde. Der Großdeutsche Waber trat nicht wieder ein. - Am gleichen Tage stimmte der Bundesrat dem Verträge von Lana zu.

Schon wenige Tage später zahlte die tschechische Regierung der österreichischen einen Vorschuß von 100 Millionen des vereinbarten Kredites, unter Verzicht auf Bankengarantie. Der Rest von 231 Millionen sollte gezahlt werden, wenn das Tschechenparlament den Handel genehmigt hatte. - Österreich hatte, gedrängt durch die innere Not, jetzt in der Tat ein Stück seiner Freiheit an die Tschechei verkauft!

Auch mit England wurde Mitte Februar ein Kredit von zwei Millionen Pfund Sterling abgeschlossen. Er sollte durch sechsprozentige Schatzwechsel gedeckt und durch Verpfändung gewisser - Gobelins, Kunstwerke, gesichert werden! Ein englischer Finanzbeirat sollte über die Verwendung des Geldes wachen! Nach und nach wurde auch mit Frankreich und Italien über Kredite verhandelt.

So versuchte die österreichische Regierung, ihrem ausgepumpten Staate und seiner Wirtschaft fremdes Blut zuzuführen, um sie lebensfähig zu erhalten. Indes glitt die Währung unaufhaltsam abwärts, da der Stabilisierungskredit des Völkerbundes noch immer nicht beschafft war. Ende März mußten neue Steuern und Gebührenerhöhungen durchgeführt werden, da die letzten Kursverluste der Währung wieder ein Defizit von 200 Milliarden herbeigeführt hatten.

175

Deutsche unter Fremdherrschaft 176

Auf der Konferenz von Genua gelang es Schober, den Gouverneur der Bank von England zu bewegen, in Verhandlungen wegen größerer Privatkredite einzutreten.

Die Opposition der Großdeutschen führte schließlich zum Sturze Schobers. Die Regierung beantragte Mitte Mai einen Kredit von 120 Milliarden, aber der Nationalrat bewilligte nur 41,6 Milliarden. Die Christlich-Sozialen, die nach einer Verständigung mit den in Opposition stehenden Großdeutschen strebten, unterstützten nicht mehr die Regierungsforderung. Schober erkannte, daß sich im Parlament eine neue Parteigruppierung vollzog, und so trat er am 24. Mai 1922 mit seinem Kabinett zurück. Sein Sturz war die Folge seines Zerwürfnisses mit den Großdeutschen, letzten Endes die Folge des Vertrages von Lana.

176

< [Leerseite] >

177

II. ABSCHNITT:
DIE CHRISTLICH-SOZIALE ÄRA
1922-1929
178

FÜNFTES KAPITEL

Seipl und Ramek. Österreichs Hinwendung zum Völkerbund

Einige Tage nach dem Rücktritt Schobers ersuchte die Christlich-Soziale Vereinigung ihren Vertrauensmann Seipl, eine neue Regierung zu bilden. Seipls Bestreben ging von allem Anfang an auf eine geschlossene bürgerliche Front aus, da ihm die Bekämpfung des Marxismus als der wesentliche Inhalt österreichischer Innenpolitik erschien. Er machte den Marxismus für die Anschlußbewegung und für die Zerrüttung der Währung verantwortlich. Mit den Unterhändlern des politischen Parteiklubs stellte er eine Ministerliste zusammen, welche sieben Christlich-Soziale mit drei Großdeutschen vereinigte. Seipl war Bundeskanzler, der Großdeutsche Frank war Vizekanzler und der Großdeutsche Waber übernahm wieder das Innenministerium. Am letzten Maitage 1922 wählte der Nationalrat mit 101 Stimmen der Christlich-Sozialen und Großdeutschen gegen 58 Sozialdemokraten diese neue Regierung.

Der 46jährige Prälat Dr. Ignaz Seipl, der mit 23 Jahren die Priesterweihe empfing, zehn Jahre später Theologieprofessor in Salzburg wurde, gehört neben dem Sozialdemokraten Renner und dem Großdeutschen Schober zu den markantesten Staatsmännern der österreichischen Republik. Im Gegensatz zu diesen beiden, die nach dem Großdeutschen Reiche strebten, war er aber der staatsbewußte Österreicher, eine in sich geschlossene, durch und durch lautere Persönlichkeit. Unermülich in der Arbeit, zäh im Kampfe für das, was er als richtig erkannte, war er für sich selbst bescheiden und ohne jedes Bedürfnis. Wie jedem Großen im Geiste zeichnete auch ihn der absolute Verzicht auf allen äußeren Schein und Prunk aus. Er sah in den äußeren Ehren und in der Macht, die er genoß, etwas Vorübergehendes, Hinfälliges, das keinen Bestand hatte jenseits der Grenzen dieser Zeit, im Reiche der Ewigkeit. Als ernster katholischer Christ tief überzeugt vom Segen der Lehre des Erlösers, stellte er die Ereignisse dieser Welt unter eine große, versöhnende, irenische Idee.

179

Deutsche unter Fremdherrschaft 180

Das, was die katholische Kirche des Mittelalters als ihr höchstes Ziel auf dieser Erde sah, das Bewußtsein von der unlösbaren Einheit der christlichen Völker Europas in die Tat umzusetzen, das fand in Seipl einen neuen, modernen Ausdruck: er war ein Völkerbundsidealist, tief durchdrungen von der transzendentalen Kraft, welche die Vereinigung aller Völker in einem höheren Frieden und Zusammensein über Krieg und Streit hinweg in sich barg. Aber dieses christliche, irenische Bewußtsein schloß auch bei Seipl notgedrungen sein Gegenstück in sich: die Kreuzzugstendenz gegen alles, was unchristlich war. Daraus ergibt sich Seipls entschlossene Gegnerschaft gegen alles, was marxistisch ist. Die beiden

hervorstechendsten Merkmale Seipls, sein europaversöhnender Völkerbundswille und sein entschlossener Kampf gegen den Marxismus, waren das Ergebnis seines tiefen, katholischen Christentums. Er war der Priester am Steuer des Staatsschiffes. Allerdings glaubte er im Kampfe gegen mächtige Widersacher nicht darauf verzichten zu können, ein undurchdringliches, verschlossenes Wesen anzunehmen und mit Verschleierungen zu operieren. Dies trübt sein Bild in der Geschichte. Seipl war, auch das eine Folge seines priesterlichen Wesens, ein entschiedener Anhänger der Königsidee. Die Monarchie war ihm die bestmögliche Staatsform, unter der dem Lande Glück beschert werden könne. Aber als Realpolitiker stellte er sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Als Anhänger der Habsburgdynastie war er ein Gegner des Anschlusses an Deutschland, um so mehr, als dort die sozialdemokratische Gottlosigkeit das Regiment führte. Seipl gehörte zu dem kleinen Lager konsequenter Anschlußgegner, das sich aus christlich-sozialen Föderalisten und Monarchisten, Bankiers und Industriellen, Klerikern und Literaten rekrutierte und die eher zu Frankreich und dem Völkerbund statt zu Deutschland neigten. Es war wohl gleichsam das Charakteristikum Seipls, daß er 1918 im Auftrage Kaiser Karls mit dem deutschfeindlichen, pazifistischen Hofrat Lammasch zusammen in der Schweiz Friedensgespräche führte und Ende Oktober 1918 an dem kurzen Ministerium Lammasch als Minister für soziale Angelegenheiten teilnahm.

180

5. Kapitel: Bundeskanzler Seipl 181

Später verteidigte Seipl die anschußfeindliche Politik des schwachen Bundeskanzlers Mayr gegen dessen Gegner.

Das dritte, was Seipls staatsmännischen Charakter bestimmte, war seine föderalistische Einstellung. Ursprünglich, so bekennt er selbst, 1916 und 1917 war er kein Verfechter des Föderalismus, sondern nur der nationalen Autonomie. Erst als der Zusammenbruch erfolgt war und das übriggebliebene deutsche Österreich unter dem Mißverhältnis zwischen der Stadt Wien und den übrigen Gebieten litt, sah Seipl einen Ausgleich hierfür in einem föderalistischen Staatsaufbau. Der schroffe Parteieng Gegensatz förderte diese Bestrebungen. Das rote Wien wurde von der Sozialdemokratie beherrscht, in den Ländern herrschten die Christlich-Sozialen. Seipl erkannte, daß nur der Föderalismus hier das Gleichgewicht herstellen konnte, und so war er bei den Verfassungsberatungen ein eifriger Verfechter des Föderalismus. Er war es auch deshalb, weil seiner Ansicht nach einem föderalistischen Österreich ein Anschluß an das Deutsche Reich schwerer gemacht sei als einem zentralistischen Staatswesen. Seipl hielt den Föderalismus für eine wesentliche Energie der österreichischen Innen- und Außenpolitik. – Seipl bildete gleichsam die Brücke vom alten Kaisertum Österreich in die neue Republik Österreich. Mit einem wahrhaft gläubigen Vertrauen sahen die Anhänger Seipls zu ihm auf. Der Publizist Karl Anton Prinz Rohan nennt ihn den „großen Führer dieses Landes“. „Seine menschliche Reinheit und priesterliche Größe verleiht ihm Autorität im Lande und hebt ihn weit über das Durchschnittsniveau der österreichischen Parlamentarier empor. Das Geheimnis um diesen Einsamen vergrößert seine Wirkung und hat es vermocht, daß im Bewußtsein des Auslandes die Gleichung Seipl = Österreich politisches Gemeingut geworden ist. Seipl ist katholischer Priester und als solcher verabscheut er den atheistischen Marxismus. In den Sozialdemokraten, die in Österreich ganz besonders marxtreu sind, sieht er also folgerichtig seine Feinde.“ Seipl ist ein Mann von Grundsätzen, von Willenskraft und Charakterstärke. -

181

Deutsche unter Fremdherrschaft 182

Im Nationalrate entwickelte Seipl sein Programm: nicht die Erfindung neuer Ideen

sei jetzt nötig, sondern der Wille zur Arbeit. Freimütig bekannte er, daß er Monarchist und Föderalist sei, daß er ein Gegner des Anschlusses sei und auf dem Boden von Saint-Germain stehe, wo den Österreichern die einzige Möglichkeit zur Fortentwicklung in Europa gegeben sei. Der Sozialdemokrat Seitz kannte sehr wohl den Mann, der Österreichs Geschick nun lenken sollte, und deshalb bezeichnete er dessen Regierung als arbeiterfeindlich, kündigte schroffe Opposition an. Auch der Großdeutsche Dinghofer verhehlte nicht den Gegensatz seiner Partei zu Seipl. Die Überzeugung der Großdeutschen sei, daß Österreich allein durch den Anschluß gerettet werden könne. Doch die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs habe eine Zwangslage geschaffen, so daß sich die Großdeutschen der Teilnahme an der Regierung nicht entziehen konnten. Und dabei hatte Seipl noch für die Zusammenarbeit mit den Großdeutschen ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß an dem kulturellen Status quo nicht gerüttelt werden dürfe! In diesem Punkte nämlich erblickte er in den Großdeutschen die Bundesgenossen der Marxisten!

Die vordringlichste Aufgabe der neuen Regierung bestand in der Ordnung der Staatsfinanzen. Graf Segur, der neue Finanzminister, konnte nicht auf die 78,4 Milliarden Kronen verzichten, um deren Verweigerung Schober zurückgetreten war. Segur erhielt nun die Bewilligung des Nationalrates. Der lang erwartete Völkerbundskredit war noch immer nicht eingetroffen. Doch bewilligte der französische Senat am 13. Juni einen Kredit von 55 Millionen Franken, wie der Senator Berenger sagte, „aus politischen Gründen“, denn Frankreich müsse aktiv an der Donau Politik machen, um den Widerstand gegen die Alldeutschen zu stützen. Eine Woche später bewilligte das tschechoslowakische Abgeordnetenhaus den bereits von Schober abgeschlossenen 500-Millionen-Kredit, wovon jetzt noch 200 Millionen zahlbar waren. Die Deutschnationalen und deutschen Nationalsozialisten im Prager Parlament lehnten allerdings ab, weil es sich um einen hochpolitischen Kredit handle. Das aber war nun einmal der Weg des hilflosen Österreich: es konnte seinen materiellen Ruin nur aufhalten, indem es sich die goldnen Handfesseln von seinen Gegnern anlegen ließ.

182

5. Kapitel: Finanzpläne 183

Graf Segur jedoch versuchte, unbeschadet der vielen einzelnen Auslandskredite, seinen Plan auf die Selbsthilfe Österreichs aufzubauen. Er entwickelte Ende Juni einen „Sanierungsplan“, der den letzten Wunsch Österreichs darstelle, sich aus eigenen Kräften vom Untergange zu retten, da die allein helfende Völkerbundsanleihe nicht eingetroffen sei. Der Plan sah rigorose Steuererhöhungen, Spar- und Abbaumaßnahmen vor, wovon man sich einen Ertrag von 290 Milliarden versprach. Dadurch würden die Staatsschulden in Höhe von 790 Milliarden verringert werden, den Dollar zu zehntausend Papierkronen gerechnet. Außerdem wurde die Auflegung einer ergiebigen Inlandsanleihe vorbereitet.

Alles das hatte nur Sinn, wenn der Inflation ein Ende bereitet wurde. Zu diesem Zwecke wurde die Errichtung einer Notenbank in Gang gesetzt, die über ein Kapital von 30 Millionen Goldkronen verfügen sollte und deren Bedeutung darin befand, daß die Regierung gezwungen wurde, die inflationistischen „Kreditoperationen“ einzustellen, während die Bank verpflichtet wurde, den Kurs der Krone durch eine geschickte Devisenbehandlung nicht unter eine bestimmte Grenze fallen zu lassen. Mitte Juli nahm der Nationalrat das Gesetz über die Bank an.

Die Sozialdemokraten hatten starke Zweifel. Der Plan sei unmöglich, behaupteten sie. Vorher jedoch hatten sie noch einen Stoß gegen die Regierung geführt. Ende Juni erzwangen die Beamten durch Streik vom Nationalrat eine Neuregelung der Gehälter: Für die Festsetzung der Teuerungszulagen sollte fortan die Indexzahl maßgebend sein. Nun, warum sollte die Regierung das nicht zugestehen? Sie hatte ja ohnehin die Absicht, der Inflation ein Ende zu machen, und dann war die Indexziffer überflüssig. Seitz aber triumphierte. Der Streik habe vollen Erfolg

gehabt, die Anwendung der Indexzahl sei als dauerndes Zugeständnis erlangt worden. Das Alimentationsprinzip habe über das Leistungsprinzip gesiegt! Denn die Sozialdemokraten glaubten nicht an das Ende der Inflation.

183

Deutsche unter Fremdherrschaft 184

Der Juli brachte dem Nationalrat schwere Arbeit. In großer Eile wurde das Gesetz über die Zwangsanleihe geschaffen, welches Renner ein waghalsiges, leichtfertiges Experiment nannte. Auch die Großdeutschen und Bauern hatten Bedenken. Dann wurde das Beamtenabbaugesetz verabschiedet, auf Grund dessen bis Ende des Jahres nahezu 100 000 Staatsangestellte entlassen wurden. Weitere Steuergesetze folgten. Ende Juli begann die Sozialdemokratie, an den Erfolg der Pläne Seipls zu glauben. Sogar der Sozialdemokrat Seitz mußte die „ungeheure Arbeit“ anerkennen, die Nationalrat und Finanzausschuss geleistet hätten. Die durchgreifenden Maßnahmen des Grafen Segur machten auch auf die Sozialdemokraten doch Eindruck. Ende August mahnte die sozialdemokratische Parteileitung in der „Wiener Arbeiterzeitung“ durch einen „Aufruf an die arbeitende Bevölkerung“ zu Ruhe und Ordnung, da jede Störung unweigerlich eine Intervention, eine Gegenrevolution mit fremden Bajonetten hervorrufen müsse. Nach Ansicht der Parteileitung sei die Rettung Österreichs aus eigener Kraft immer noch möglich, wenn die besitzenden Klassen bereit seien, entsprechende Opfer zu bringen.

Gewiß war alle Not nicht mit einem Schlage zu bannen. Gräßliche Teuerung und wütender Hunger trieben das ausgesogene Volk weiterhin an den Rand der Verzweiflung. Aber all dies ertrug die gequälte Bevölkerung, um nicht in die Fremdherrschaft gestürzt zu werden. Fast schien es sogar, als sei der neue Finanzplan gescheitert, denn trotz aller guten Vorsätze mußte Segur Mitte September wieder um eine Kreditermächtigung von 235 Millionen bitten, ja, fünf Wochen später ermächtigte der Nationalrat die Regierung bis zum 31. Mai 1923 Kreditoperationen bis zur Höhe von 750 Milliarden Kronen vorzunehmen!

Allerdings, eine besondere Gefahr für das Gelingen des Aufbauplans stellten diese Ereignisse zunächst noch nicht dar. Denn das Wiederaufbaugesetz begann ja erst am 1. Januar 1923 wirksam zu werden. An diesem Tage nahm die neugegründete Notenbank die Arbeit auf. Man sah es deswegen nicht so hoffnungslos an, wenn der Etat für 1923 vorläufig noch mit vier Billionen Einnahmen und zehn Billionen Ausgaben abschloß.

184

5. Kapitel: Sanierungsmaßnahmen 185

Die Staatsschulden waren von Ende 1921 bis Ende 1922 von ih Milliarden auf 13 Billionen angewachsen! Aber man hoffte auf die Zukunft, auf die Rückkehr zu einer geordneten Finanzlage, auf die Sparsamkeit, die sich natürlich erst nach einer Reihe von Monaten auswirken konnte.

Schon am 25. Oktober brachte die Regierung im Nationalrat die Vorlage für einen Überbrückungskredit von 80 Millionen Goldkronen als Gegenwert in Papier ein bis zum Inkrafttreten der Auslandshilfe Mitte November. Der Kredit wurde am 3. November bewilligt, ohne daß die Notenpresse in Anspruch genommen wurde. Ende Dezember 1922 konnte die Regierung den Erfolg ihrer Selbsthilfe verkünden. Auf die inländische Goldanleihe waren bereits 200 Milliarden gezeichnet, die Notenpresse war stillgelegt, ihr unheilvolles Werk beendet. Der Notenumlauf betrug drei Billionen. 14 400 Kronen von Ende 1922 waren soviel wert wie 1 Krone im Juli 1914. Die Durchführung der Selbsthilfe- und Sanierungsmaßnahmen durch die österreichische Regierung wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn die innere Aktion nicht durch eine planmäßige und umfassende Hilfeleistung von draußen unterstützt worden wäre. Insofern war es auch der Regierung Seipl offenbar

geworden, daß eine hundertprozentige Selbsthilfe, unter Verzicht auf alle ausländischen Unterstützungen undurchführbar war. Er mußte den Gedanken der Völkerbundsanleihe weiter verfolgen, was ihm leichter als seinen Vorgängern wurde, da er als erster Kanzler sich um eine Ordnung im Innern ernstlich bemühte und außerdem in Paris und Genf Vertrauen genoß. - Österreich hatte zwar in den vier ersten Jahren der Republik rund eine Milliarde Goldkronen Kredit aus Amerika, Frankreich, England, Italien, Tschechoslowakei erhalten, teils in bar, teils in Sachlieferungen, Lebensmitteln und Rohstoffen. Diesen Krediten war zwar Pfand- und Zahlungsvorrang vor den Reparationen eingeräumt, aber sie standen in keinem planmäßigen Zusammenhang mit der notwendigen Reorganisation des öffentlichen Haushalts. Dieser geriet durch die Notenpresse immer mehr aus dem Gleichgewicht.

185

Deutsche unter Fremdherrschaft 186

Zur Stabilisierung der österreichischen Währung waren jetzt aber zwei Dinge nötig: die Stilllegung der Notenpresse und eine umfassende Aufbauanleihe des Auslandes. Die Regierungen Renner, Mayr, Schober standen seit 1920 in ständigen Verhandlungen mit dem Völkerbund wegen einer Stabilisierungsanleihe. Von Monat zu Monat hofften sie auf den Abschluß der Verhandlungen, der sich aber immer weiter in die Länge zog. Der Grund für diese Verzögerung lag in erster Linie darin, daß die Regierungen nicht den Mut zur Sparsamkeit fanden und zu schwach waren, die Notenpresse stillzulegen. Sie konnten den Rückgang der Steuereinnahmen nicht mit den ständig wachsenden Sozialausgaben, Lebensmittelpreisen, Löhnen und Gehältern in Einklang bringen.

Die Regierung Seipl war die erste, die den festen Willen besaß, die Notenpresse auszuschalten, die „Kreditoperationen“ zu unterlassen. Die umfassende Finanzreform, die im Juli 1922 ihren Anfang nahm, ließ erkennen, daß sich die Regierung nicht scheute, mit allen Mitteln stark zuzufassen, um ein weiteres Abgleiten der Währung zu verhindern. Das Ausland erkannte sehr wohl den Umschwung, der sich in Österreich vollzog, und jetzt nahte der Augenblick, wo auch das sehnsüchtig erwartete Ende der Verhandlungen über die Völkerbundsanleihe näher rückte.

Bereits Mitte August 1922 bat die Regierung den Völkerbund, ihr einen Vorschuß zu gewähren. Seipl reiste nach Berlin, nach Italien, nach Paris, um Österreichs Stellung im Auslande zu festigen. Besonders in Paris hatte Seipl lange Verhandlungen, während Segur mit dem italienischen Schatzminister Paratore in Rom über Kredithilfe beriet. Seipl äußerte sogar in Paris den Gedanken, daß Österreich mit Italien eine Zoll- und Währungsunion zu erreichen suchen werde, wenn andere Hilfe nicht möglich sei. Indessen beriet man bereits in Genf über die Völkerbundsanleihe und die Kontrolle ihrer Verwendung durch Österreich. In Österreich verfolgte man mit Spannung den Gang der Verhandlungen, die nur bruchstückweise bekannt wurden. Die Sozialdemokraten waren die eifrigsten Widersacher.

186

5. Kapitel: Völkerbundsanleihe 187

„So sehr ich auch wünsche, daß wir mit der Tschechoslowakei gut leben - einen tschechischen Kontrolleur in Wien wünsche ich mir nicht“, sagte einmal Dr. Bauer im Nationalrat. Und Dr. Renner erklärte: „Es gibt noch einen dritten Weg, der weder nach Rom noch nach Genf führt, das ist, daß wir zusammenarbeiten, um mit unserer eigenen Kraft zu versuchen, uns achtunggebietend in die Welt zu stellen, damit wir uns solange am Leben erhalten, bis die große Stunde der Befreiung und der Verwirklichung des Anschlusses an Deutschland kommt. Jeder andere Weg ist ein Abweg.“ Allerdings war dies ein Weg, der für Seipl gar nicht in Frage kam.

Auch der Großdeutsche Dinghofer forderte nach wie vor den Anschluß an Deutschland. An andere Nationen könne man sich wirtschaftlich annähern, aber keinen politischen Anschluß suchen.

Die größte Furcht hatte das Volk Österreichs davor, daß mit der Völkerbundsanleihe entehrende Staatskontrolle durch das Ausland verbunden sein könnte. Doch die Regierung Seipl war wenigstens bemüht, die Forderungen des Auslandes so viel wie möglich zurückzudämmen. Als zum Beispiel Mitte September die Anglobank und die Länderbank eine Statutenänderung der Notenbank forderten, stellte Graf Segur sie vor die Wahl, sich unter den von ihnen wie von den übrigen Banken gutgeheißenen Bedingungen an der Gründung der Nationalbank zu beteiligen oder aber die Verantwortung für das Scheitern des Bankprojektes und des ganzen Finanzplans zu übernehmen.

Ende September endlich kamen in Genf die Verhandlungen mit dem Völkerbund zu Ende. Am 4. Oktober 1922 wurden zwischen England, Frankreich, Italien und Tschechoslowakei als Gläubiger und Österreich als Schuldner die drei Genfer Protokolle unterzeichnet. Danach erhielt Österreich eine Anleihe bis zu 650 Millionen Goldkronen. Für 84 Prozent davon übernahmen die Gläubigermächte zu gleichen Teilen die Garantie. Die Alliierten und Amerika verzichteten ferner darauf, für die Laufdauer der Anleihe, d. h. für zwanzig Jahre, ihre aus der österreichischen Wiedergutmachungsverpflichtung abgeleiteten Forderungsrechte geltend zu machen, d. h. das Reparationsproblem wurde bis 1942 vertagt.

187

Deutsche unter Fremdherrschaft 188

Es war auch nötig, diese Anleihe politisch zu sichern, dem Ausland wie dem österreichischen Inland das Vertrauen auf den Fortbestand des österreichischen Staates wiederzugeben. Das erste Protokoll über die politische Garantie machte jede Anschlußbewegung unmöglich. Die Gläubigermächte verpflichteten sich, die „politische Unabhängigkeit, die territoriale Unverletzlichkeit und die Souveränität Österreichs zu wahren“. Sie selbst wollten keinerlei Bestimmungs- und Herrschaftsrechte über Österreich erlangen, demgegenüber mußte Österreich sich verpflichten, seine Unabhängigkeit nach Artikel 88 des Vertrages von Saint-Genmain gewissenhaft zu wahren. „Diese Verpflichtung läßt Österreich, soweit es die Bestimmungen des Vertrages von Saint-Germain gestatten, seine volle Freiheit in allen Fragen der Zolltarif-, des Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen in allen seine wirtschaftliche Organisation und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten, jedoch unter der Voraussetzung, daß es seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht durch das Zugeständnis einer besonderen Regelung oder ausschließlicher Vorteile an irgendeinen anderen Staat aufgibt, das geeignet wäre, diese Unabhängigkeit zu gefährden.“

Das zweite Protokoll behandelt die Verpflichtungen der Garantiemächte. Sie verwalten die Anleihe in Höhe von 650 Millionen Goldkronen, auf welche die österreichische Regierung Staatsobligationen ausgibt. Ein aus Vertretern der vier Garantiemächte paritätisch zusammengesetztes Kontrollkomitee regelt die Auszahlung der Anleihe und überwacht deren Verwendung durch den Schuldner. In gewissen Zeitabständen tritt das Komitee in Genf zusammen, während vom Völkerbund ein Generalkommissar ernannt wird, der seinen dauernden Aufenthalt in Wien nimmt und dort die Finanzkontrolle ausübt.

Das dritte Protokoll schließlich enthielt die Verpflichtungen Österreichs. Die Regierung hatte einen Plan vorzulegen, wonach binnen zweier Jahre das dauernde Gleichgewicht des Staatshaushaltes hergestellt sein sollte.

188

5. Kapitel: Genfer Protokoll von 1922 189

Um die Unzuverlässigkeiten des durch keine Verfassungsbestimmung beschränkten parlamentarisch-demokratischen Regimes auszuschalten, hatte die Regierung sofort für die ganze Dauer des Planes eine Ermächtigung einzuholen, die ihr auf finanziellem Gebiet diktatorische Unumschränktheit gab. Weiter mußte die Regierung der Ernennung des Generalkommissars durch den Völkerbund zustimmen. Dieser sollte auf Österreichs Kosten ständigen Sitz in Wien nehmen und trug die Verantwortung für die Verwendung der Anleihe: ihm war die Regierung Rechenschaft schuldig. Wenn der Generalkommissar es verlangen sollte, mußte Österreich bereit sein, Zölle, Tabakmonopol und andere Staatseinnahmen zu verpfänden. Die österreichische Regierung verpflichtete sich, kein Papiergeld mehr auszugeben und bei der Aufnahme von Anleihen außerhalb des Sanierungsprogramms die Genehmigung des Generalkommissars nachzusuchen. Die Regierung mußte sich ferner verpflichten, das Statut der Notenbank zu ändern, daß sie der Regierung gegenüber volle Autonomie erhielt. (Das hatten wenige Wochen vorher bereits die Anglo- und die Länderbank gefordert, waren aber auf den Widerstand des Grafen Segur gestoßen.) Schließlich mußte sich die österreichische Regierung zur Erhöhung der Eisenbahn-, Post-, Telegraphentarife sowie der Monopolpreise verpflichten, um das Defizit zu verringern. –

Es sei bemerkt, daß die Schweiz sich außerhalb des Genfer Planes mit 20 Millionen Franken an der Hilfsaktion für Österreich beteiligte. –

Am tiefsten wühlte das dritte Protokoll die Gemüter in Österreich auf. Tagelange heftige Auseinandersetzungen fanden im Nationalrat statt. Der Generalkommissar werde der wahre Diktator Österreichs sein, die Regierung müsse ihm gehorchen, das Parlament habe überhaupt nichts mehr zu sagen. Am heftigsten kämpfte die Sozialdemokratie gegen den Genfer Plan. Auf dem Parteitag Mitte Oktober in Wien erklärte Dr. Otto Bauer, die Genfer Protokolle seien Instrumente der Fremdherrschaft, für die einheimische Bourgeoisie das Mittel zur Wiederherstellung ihrer unbeschränkten Klassenherrschaft. Man müsse den schärfsten Kampf in Stadt und Land ansagen.

189

Deutsche unter Fremdherrschaft 190

Der Bundeskanzler Seipl nannte im Nationalrat die Genfer Vereinbarungen „das kleinere Übel gegenüber dem gegenwärtigen Zustand“. Der christlich-soziale Gesamtparteitag erklärte Ende Oktober, daß er unerschütterlich hinter der Regierung stehe. So bekamen die Genfer Protokolle die geschichtliche Bedeutung, daß sie die Kluft zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten außerordentlich vertieften.

Ende November nahm der Nationalrat mit 103 Stimmen der Christlich-Sozialen, Großdeutschen und Bauernpartei gegen 68 Sozialdemokraten die Genfer Protokolle an. Auch die Regierungsvorlage über die außerordentlichen Vollmachten für die Regierung auf die Dauer von zwei Jahren wurde angenommen. Zur Ausübung dieser Vollmachten wurde ein außerordentlicher Kabinettsrat eingesetzt. Gegen das Wiederaufbaugesetz erhoben die Sozialdemokraten beim Bundesrat Einspruch, so daß es zu nochmaliger Behandlung an den Nationalrat zurückverwiesen wurde.

In den letzten Dezembertagen ernannte der Ministerrat den früheren Staatssekretär für Finanzen, Dr. Reisch, zum Präsidenten der Nationalbank, die am 1. Januar 1923 ihre Arbeit begann. Auch der vom Völkerbunde ernannte Generalkommissar, der bisherige Bürgermeister Dr. Alfred Zimmermann von Rotterdam, traf, ausgerüstet mit den weitreichenden Vollmachten eines Finanzdiktators, in Wien ein. Diesem Manne allerdings sahen die christlich-sozialen Föderalisten in den Ländern mit einigem Bangen entgegen. Sie fürchteten, die diktatorischen Sparmaßnahmen, die er durchführen werde, könnten der Selbständigkeit der Länder gefährlich werden. Innerhalb der österreichischen Regierung war im November insofern ein Wechsel eingetreten, als der Finanzminister Graf Segur zurückgetreten war. Man begründete seinen Rücktritt mit Erkrankung. Der wahre Grund aber wird darin zu suchen sein,

daß die Statutenabänderung für die Nationalbank, die er der Anglo- und der Länderbank verweigert hatte, durch Genf befohlen worden war. Sein Nachfolger wurde der Christlich-Soziale Kienböck. -
190

5. Kapitel: Wirtschaftslage 191

Der Bundeskanzler Seipl hatte in wenigen Monaten ein gewaltiges Werk geschaffen. Was keiner seiner Vorgänger vermochte, das hat er getan: er hat sein Vaterland aus jahrelanger Agonie zu neuem Leben, zu neuer Aktivität erweckt, er hat es durch seine entschlossene Hinwendung zum Völkerbund in den Gang der europäischen Angelegenheiten verflochten - allerdings um den Preis des Verzichts auf einen großen Teil der Freiheit und der Selbstbestimmung. Und darin folgte Seipl den Fußspuren seiner Vorgänger: an die Kette der Verzichte Renners und Mayrs, des Verzichtes Schobers in Lana schmiedete er als ein neues Glied den Verzicht von Genf.

Mit allem Ernst war er nun bemüht, das begonnene Werk mit Erfolg fortzusetzen. Der Beamtenabbau verschonte auch nicht die Ministerien. Aus Ersparnisgründen mußten mehrere Ministerien aufgelassen werden. Dies war der formale Grund, daß am 16. April 1923 die Bundesregierung ihren Rücktritt nahm, doch schon am nächsten Tage wählte der Nationalrat das Kabinett Seipl wieder: sechs Christlich-Soziale, darunter Vaugoin als Heeresminister, und zwei Großdeutsche. -

Die Ordnung der Währung und der Finanzen war aber nur der eine Teil des gewaltigen Programms, das Seipl durchführen wollte. Der zweite Teil betraf die Wiederbelebung der Wirtschaft. Das Wirtschaftsleben lag arg danieder, das Volk war verarmt, Handel und Wandel stockten, die Arbeitslosigkeit wuchs. Mitte Februar 1923 gab es in Österreich 130 000 Erwerbslose, davon allein in Wien 97 000. In der österreichischen Metallindustrie waren von rund 200 000 Arbeitern nur noch 49 000, der vierte Teil, voll beschäftigt, während 40 000 Arbeiter, also ein Fünftel, arbeitslos waren und der Rest Kurzarbeit leistete.

Diesem ganz neuen, erst nach dem Kriege auftretenden Problem der Arbeitslosigkeit stand man zunächst ratlos gegenüber. Man suchte seine Gründe zuerst einmal und mit Recht in einer allgemeinen Unterhöhlung des Volkswohlstandes durch die Inflation. Mit andern Worten: die Inflation erschien als ein Symptom der inneren Absatzkrise. Dann aber glaubte man auch, daß die unterbrochenen Außenhandelsbeziehungen schuld seien am Rückgang des Exportes und somit der Produktion und die Arbeitslosigkeit herbeiführten.

191

Deutsche unter Fremdherrschaft 192

Man meinte, wenn erst die normalen Zustände im Außenhandel hergestellt und die schädlichen Bindungen des Vertrages von Saint-Germain beseitigt seien, dann werde sich der Export und die Wirtschaftsnot bessern. Vor allem mußte man erreichen, daß die andern Länder die ungeheuer hohen Zollmauern gegen Österreich abbauten. Seipl versuchte nun, die unterbrochenen und durch sehr hohe Zölle abgedrosselten Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande zu bessern und ein Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr herzustellen. Der Kabinettsrat erhöhte die Einfuhrzölle Anfang April 1923 und steigerte so den Zollertrag um 12 Millionen Goldkronen. Dies kam vorerst einmal den Staatsfinanzen zugute. Der Bundeskanzler war unermüdlich tätig, die Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern. Ende Februar weilte er in Belgrad, Ende März in Rom zu handelspolitischen Besprechungen. Im Juni 1923 wurde der österreichisch-italische Handelsvertrag geschlossen, worin allerdings Österreich den Italiern die Meistbegünstigung noch zugestehen muß, ohne sie selbst zu erhalten. Kurz darauf, am 22. Juni, wurde auch der Handelsvertrag mit Frankreich unterzeichnet, welcher wenigstens der Form nach der seit Saint-Germain

bestehenden einseitigen Bindung Österreichs ein Ende bereitete. Es war überhaupt der erste Handelsvertrag, den Frankreich mit einem seiner ehemaligen Kriegsgegner schloß: um einen Tarifvertrag, worin Österreich allerdings wie Italien so auch Frankreich das einseitige Meistbegünstigungsrecht zugestehen mußte. Mitte September 1923 weilte Seipl in Warschau und schloß einen Schiedsgerichtsvertrag mit Polen. Danach sollten alle auftauchenden Streitfragen zwischen beiden Ländern, soweit sie in dem Vertrage ausdrücklich vorgesehen sind, einer obligatorischen schiedsgerichtlichen Behandlung unterworfen werden. Anfang Oktober wurde in Wien ein für sechs Monate gültiges Meistbegünstigungsabkommen für Handel, Zoll und Verkehr mit Japan unterzeichnet. Mit der Türkei wurde Ende Januar 1924 ein Freundschafts- und Handelsvertrag sowie ein Niederlassungsabkommen geschlossen.

192

5. Kapitel: Wahlen 193

Wenn auch die Erfolge den Erwartungen in der Folgezeit nicht entsprachen, so diente doch diese Handelspolitik dazu, um Österreich wieder in die Gesellschaft der Völker wirtschaftlich einzuführen, seine verderbliche Isolierung zu lockern. Auch mit Deutschland wurden enge freundschaftliche Beziehungen erhalten. In dem für Deutschland so schweren Inflationsjahr 1923 fanden tausende deutscher Kinder bei den österreichischen Bauern gastfreundliche Aufnahme, und im März 1924 weilten der Reichskanzler Marx und der Außenminister Stresemann selbst zu zweitägigem Besuche in Wien, dessen Zweck Zoll- und Handelsbesprechungen waren. – In der Sehnsucht nach der Konsolidierung waren weiteste Kreise des österreichischen Volkes trotz der rigorosen Maßnahmen mit der Regierung Seipls einverstanden. Das zeigte sich bei den Nationalratswahlen im Oktober 1923. Am 27. September 1923 wurde der erste Nationalrat geschlossen. Er hatte eine reiche Tätigkeit in drei Jahren entfaltet: 300 Gesetze waren von ihm verabschiedet worden, wovon allerdings etwa ein Drittel dazu diente, um der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung zu tragen. Außer einer Anzahl Besoldungs- und Zollgesetze wurden 30 Steuergesetze und 42 Gesetze der sozialen Fürsorge geschaffen! Die Wahl am 21. Oktober 1923 brachte den Christlich-Sozialen 81 (bisher 82), den Sozialdemokraten 67 (bisher 66), den Großdeutschen 9 (bisher 22), dem Landbund 8 (bisher 4) Mandate. Der prozentuale Anteil am Gesamtparlament war bei den Christlich-Sozialen von 41,7 auf 45,4, bei den Sozialdemokraten von 36,1 auf 39,6 gestiegen. Aber die Großdeutschen hatten nach dem Scheitern der Anschließpolitik ein katastrophales Sinken von 18,2 auf 8,3 Prozent zu verzeichnen. Ihre Anhänger hatten sich den Christlich-Sozialen (3,7 Prozent) oder den Sozialdemokraten (3,5 Prozent) angeschlossen oder als Landbund (4,5 Prozent) eine eigene Liste aufgestellt. Die Wahl bewies den glänzenden Erfolg Seipls und das Vertrauen, das der größere Teil des Volkes zum Kanzler hatte. Die Großdeutschen hatten das Rennen verloren, die Stellung der Christlich-Sozialen war unerschüttert, aber der Gegensatz zwischen ihnen und den Sozialdemokraten hatte sich verschärft.

193

Deutsche unter Fremdherrschaft 194

Die in diesen Wahlen zum Ausdruck kommende Stabilität war infolge der eigenartigen Gliederung des Volkes möglich. 40 Prozent der Erwerbstätigen, in den Ländern außer Wien 55 Prozent, gehörten der Land- und Forstwirtschaft an. Sie bildeten das Rückgrat der christlich-sozialen Parteimasse, das im Reichsbauernbund organisiert war. Der kleine Rest der Bauernschaft, etwa ein Fünftel, hatte sich in dem den Großdeutschen nahestehenden Landbund zusammengeschlossen. Die Geistlichkeit stand geschlossen im christlich-sozialen Lager. Die Erwerbstätigen in Industrie und Handel, 33,3 Prozent, in den Bundesländern ohne Wien 27 Prozent, und im Verkehr, 15,4 Prozent, in den Ländern ohne Wien 14 Prozent, verteilten sich zum größeren

Teil auf die Christlich-Sozialen, zum kleineren auf die Großdeutschen. Innerhalb dieser bestand der nationalsozialistische Deutsche Gewerkschaftsbund. Doch die Mehrheit der Arbeitnehmer, auch der Beamten, die in den Freien Gewerkschaften organisiert waren, gehörten der Sozialdemokratie an. –

Am 19. November trat der zweite Nationalrat zusammen. Der Christlich-Soziale Gymnasialprofessor Miklas wurde zu seinem Präsidenten gewählt. Das Kabinett Seipl trat, der Form wegen, zurück, wurde aber schon den folgenden Tag in unveränderter Zusammensetzung wiedergewählt. Daß die Sozialdemokraten versuchen würden, einen Stoß gegen die ihnen verhaßte Regierung zu führen, war vorauszusehen. So begann am 11. Dezember in ganz Österreich ein Streik der Telegraphen-, Telephon- und Zollangestellten, der jedoch nach drei Tagen beendet wurde, als ein Kompromiß mit der Regierung zustande gekommen war. –

Der ganz überraschende Erfolg der Seiplschen Sanierungspolitik zeigte sich bereits in dem Etat für 1924. Er wies nur ein Defizit von 836 Milliarden Papierkronen auf, während dies im Vorjahre noch 2,7 Billionen betrug. Auch dieses Defizit sollte durch Rationalisierung der Bundesbahnen mit 486 Milliarden und durch höheren Ertrag der Monopolbetriebe mit 400 Milliarden ausgeglichen werden.

194

5. Kapitel: Bankkrach 195

Der Generalkommissar Zimmermann berichtete schon nach wenigen Monaten dem Völkerbund, daß der Stand der Bundesfinanzen zufriedenstellend sei, daß die Volkswirtschaft gedeihe, daß die Lage der Nationalbank günstig sei und daß die österreichische Regierung alle Vorschriften des Völkerbundes einhalte. Die Einnahmen seien um 92 Prozent gesteigert, die Ausgaben um 8 Prozent gesenkt. Allerdings gab es im Frühjahr 1924 doch Reibungen zwischen dem Generalkommissar und Seipl. Von der Völkerbundsanleihe waren noch 200 Millionen Goldkronen übrig und die Regierung verlangte darüber freie Verfügung. Doch Zimmermann war der Ansicht, daß diese Forderung den Verpflichtungen gegenüber den Garantiestaaten und den Anleihegebern widerspreche, und setzte sich mit seiner Ansicht durch. Mitte April 1924 konnte die Regierung bereits den Sparkommissar Dr. Hornick abbauen, da nach etwa fünfzehnmönatiger Tätigkeit seine Aufgabe erfüllt sei. Mit dem österreichischen Wirtschaftsleben ging die Gesundung allerdings nicht so rasch wie mit den Finanzen. Es wurde von heftigen Krisen geschüttelt; die Zahl der Arbeitslosen ward nicht geringer. Wie in Deutschland, so waren auch in Österreich weite Kreise vom wilden Spekulationstaukel der Inflation ergriffen worden und konnten sich nicht davon befreien. Direktoren und Angestellte schoben und spekulierten mit Unsummen fremden Geldes. In großem Stile betrieb der Leiter der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Wien, Castillioni, seit 1922 dieses Geschäft. Diese Zentralbank war ein Dachinstitut verschiedener österreichischer Sparkassen, der Steirer Landesbank, der Bauernbank und anderer kleiner Banken. Castillioni entnahm der Nationalbank große Summen, spekulierte in Franken, wobei er das Gesetz über den Devisenhandel umging, er finanzierte zweifelhaftes Industrieunternehmen, die in der Gründerzeit der Inflation wie giftige Pilze aus der Erde schossen, und machte Millionengeschäfte. Die Zentralbank war nicht mehr die Bank für Sparkassen, die zu sein sie vorgab. Direktor Dr. Reisch, der Präsident der Nationalbank, überschätzte die Bedeutung der Zentralbank als Zentralinstitut der Sparkassen und ließ es außerdem an der nötigen Kontrolle fehlen.

195

Deutsche unter Fremdherrschaft 196

Diese Umstände führten im Frühsommer 1924 zu einem gewaltigen Bankenkrach; der Verlust der zusammengebrochenen Kleinbanken betrug mehr als 400 Milliarden

Papierkronen, mit der Depositenbank (Zentralbank) zusammen etwa 800 Milliarden oder 60 Millionen Goldkronen. Zahlreiche kleine Sparer verloren ihre mühsam erworbenen Spargroschen wieder. Es war für das kleine Österreich wahrhaftig eine schlimme Katastrophe.

Unermüdllich war Seipl tätig, die Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande zu bessern. Am 22. Mai 1924 wurde in London von Macdonald und dem österreichischen Gesandten Frankenstein ein Handelsvertrag unterzeichnet, der unter anderem die gegenseitige Meistbegünstigung vorsah. Am 12. Juli wurde in Prag ein Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 unterzeichnet, das eine Anzahl Bindungen und Zollherabsetzungen im geltenden deutschen Zolltarif und im neuen österreichischen Zolltarif vorsah. Vier Tage später unterzeichnete Mussolini das Wirtschaftsabkommen zwischen Österreich und Italien. Einen Monat später wurde das Abkommen mit Frankreich unterzeichnet, wodurch der bestehende Handelsvertrag auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse umgestellt wurde. Am 18. November kam ein Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei zustande, den Benesch als einen „wertvollen Schritt auf dem Wege zum Wiederaufbau Österreichs“ bezeichnete. Mitte Juli weilte der südslawische Außenminister Nintschitsch, Anfang Oktober der rumänische Ministerpräsident Bratianu in Wien. Gegenstand der Besprechungen waren auch hier Wirtschaftsfragen.

Mit einer Rastlosigkeit und Energie wirkte Seipl für den Wiederaufbau seines Vaterlandes, daß er sich im In- und Ausland größte Bewunderung erwarb. Der politische Erfolg Seipls, das Gelingen seines unter schwierigsten Bedingungen durchgeführten Sanierungswerkes führte dazu, daß die Opposition der Sozialdemokraten immer radikaler wurde, sich geradezu in einen abgründigen Haß verwandelte. Schon der Umstand, daß die Wehrmacht, seitdem Seipl die Regierung führte, rücksichtslos von marxistischen Elementen gesäubert wurde, daß auch die anfänglich übernommenen sozialdemokratischen Volkswehrleutnants allmählich verschwanden, empörte die Sozialdemokratie aufs tiefste.

196

5. Kapitel: Seipls Sturz 197

Am 10. Mai wurden insgesamt nur noch 21 363 Wehrmichtsangehörige statt 30 000 gezählt, darunter nur 1347 Offiziere, 1317 Unteroffiziere und 18 699 Wehrmänner. Die Ergänzung wurde aus den Reihen der Christlich-Sozialen und der Heimwehren genommen. Zielbewußt schuf sich Vaugoin eine zuverlässige Truppe, und allein der Gedanke daran lähmte die Tatkraft der Sozialdemokratie. Es gab auch kein Mittel, wodurch man diese Umbildung der Wehrmacht verhindern konnte. Die Interalliierte Militärkontrollkommission hatte keine Veranlassung, sich einzumischen (ihre Ersetzung durch eine Völkerbundskontrolle lehnte Seipl ab), und die parlamentarische Kontrolle war bei der Minderheit der sozialdemokratischen Opposition nur eine schöne Arabeske. Vergeblich versuchten die Sozialdemokraten durch Interpellationen über die „Zunahme der Soldatenselbstmorde“ die Heeresfrage zu einem parlamentarischen Konflikt erster Ordnung auszugestalten.

Der Haß der Sozialdemokraten machte sich in der Tat eines Fanatikers Luft. Am Tage, da in Wien der dritte Internationale Gewerkschaftskongreß begann, am 1. Juni, schoß der Arbeiter Karl Jaworek auf den Bundeskanzler und verletzte ihn schwer durch einen Lungenschuß. Ein halbes Jahr später wurde Jaworek zu drei Jahren und sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt. –

Der Bundeskanzler ließ sich durch dies Attentat keineswegs bestimmen, aus dem politischen Leben zu scheiden. Die stillen Hoffnungen der Sozialdemokraten in dieser Richtung erwiesen sich als trügerisch. Und so führte dann der Marxismus auf einem andern Felde den Stoß gegen Seipl, der ihn doch noch zu Falle brachte. Am 4. November 1924 unterbreiteten die Vertreter der Angestellten bei den Bundeseisenbahnen der Regierung ein Ultimatum wegen Erhöhung der Gehälter. Die Verhandlungen der Beamtenvertreter mit der Verwaltung der Bundesbahnen wurden am 7. November ergebnislos abgebrochen.

Um Mitternacht begann der Streik. Seipl erklärte, er könne die Verantwortung für die Mehrausgaben in Höhe von 180 Milliarden Kronen nicht übernehmen, und erklärte am gleichen Tage den Rücktritt des Kabinetts. - Sechs Tage später wurde der Streik durch ein teilweises Entgegenkommen der Regierungsvertreter beigelegt.

Im Schoße der Christlich-Sozialen Partei kam man jetzt zu der Überzeugung, daß man den Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht auf die Spitze treiben dürfe; es sei gut, wenn eine weniger markante Persönlichkeit eine der Sozialdemokratie gegenüber versöhnlichere Richtung einschlagen würde. Allerdings: einen Systemwechsel dürfe der Regierungswechsel nicht bedeuten!

So wurde Rudolf Ramek zum Nachfolger Seipls ausersehen. Ramek war 1881 zu Teschen geboren und 1913 Rechtsanwalt in Salzburg; vom Oktober 1919 bis zum Juli 1920 war er, bereits unter Renner, Staatssekretär für Justiz, im Kabinett Mayr hatte er vom November 1920 bis Juni 1921 das Innenministerium inne. Zwei Momente mußten ihn nach Ansicht der Christlich-Sozialen in den Augen der Sozialdemokratie annehmbar erscheinen lassen: er war kein Geistlicher wie Seipl, und außerdem hatte er mit dem Sozialdemokraten Renner in einer Regierung gesessen. Andererseits war er das willfährige Werkzeug Seipls, gewissermaßen das Ausführungsorgan für den Willen des christlich-sozialen Parteidiktators. Die Regierung Rameks vereinigte sieben Christlich-Soziale, darunter Ramek, den Außenminister Dr. Mataja und den Heeresminister Vaugoin, und zwei Großdeutsche, darunter den Vizekanzler und Justizminister Dr. Waber. Am 20. November 1924 wählte der Nationalrat das Kabinett mit 91 Stimmen der Christlich-Sozialen und Großdeutschen gegen 60 Sozialdemokraten, die jedes Entgegenkommen ablehnten.

Rameks Programmrede erwies sogleich, daß der neue Bundeskanzler entschlossen war, in den Wegen des alten weiterzuwandern. Die Grundlage der Regierungspolitik werde das Genfer Protokoll von 1922 bilden: die Stabilisierung der Krone und das Gleichgewicht des Staatshaushalts seien zuvörderst nötig, dann könne man an Aufrichtung und Kräftigung der Volkswirtschaft denken.

Der Grundsatz äußerster Sparsamkeit müsse eingehalten werden. Der Sozialdemokrat Renner war sehr enttäuscht, daß Ramek sich zur bisherigen Politik bekenne. Das Hervorstechende bei Seipl sei sein bürokratischer Dünkel gewesen und der Mangel jedes Verständnisses für die schweren sozialen Verpflichtungen. „Die Regierung Ramek bedeutet für uns nichts Neues und kann uns zu einer Änderung unserer Taktik nicht veranlassen.“ Besonders gegen Mataja hegten die Sozialdemokraten maßlosen Groll; er sei „der erste Wühler gegen den Anschluß und der schlimmste Feind, den Deutschland und Österreich haben“. Der Großdeutsche Dinghofer verwies wieder sehr nachdrücklich auf den Anschluß an Deutschland und lehnte entschieden alle in der Tschechoslowakei und in Frankreich auftauchenden Pläne einer Donauföderation ab. Das Kabinett der zweiten Garnitur begann seine Tätigkeit im Innern mit der Fortführung Seiplscher Pläne. Das Recht zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung wurde vom 16. auf das 18. Lebensjahr heraufgesetzt, eine Maßnahme, die den Sozialdemokraten wieder einmal Gelegenheit gab, über das unsoziale Verhalten der Regierung sich zu verbreiten. Den Schlußstrich unter die Inflation bildete das Gesetz vom 20. Dezember 1924, das vom 2. März 1925 ab die Schillingwährung einführte. Die Einheit des Schilling wurde auf 10 000 Papierkronen festgesetzt mit einer Goldparität von 21,172086 Gramm Feingold. Der Schilling galt 59 deutsche Pfennige, während die Goldkrone deren 85 wert war. - In diesen Dezembertagen fand auch die Wiederwahl des christlich-sozialen Bundespräsidenten Michael Hainisch

durch die Bundesversammlung auf weitere vier Jahre statt. Seine erste vierjährige Amtsperiode war abgelaufen.

Am 4. Februar 1925 richteten die Sozialdemokraten im Nationalrat an die Regierung die dringliche Anfrage, unter welchem Gesichtspunkt sie die Interessen Österreichs in Genf wahrnehme. Ramek erwiderte, das Kabinett stehe unentwegt auf dem Boden des Genfer Protokolls von 1922 und werde sich von dieser Linie unter keinen Umständen abdrängen lassen. Diese Linie brachte die Regierung allerdings auch in gewissem Gegensatz zu den verbündeten Großdeutschen, die am 25. Mai auf ihrem Reichsparteitag sehr laut und vernehmlich ihre Stimmen für den Anschluß an Deutschland erhoben.

199

Deutsche unter Fremdherrschaft 200

Der Gegensatz störte jedoch nicht die Zusammenarbeit in der Regierung. Andererseits hielten es die Monarchisten für nötig, am 19. Oktober auf einer Versammlung in Wien, die unter Vorsitz des Generals von Dankl und in Anwesenheit des Grafen Clam-Martinitz stattfand, in aller Schärfe jeden Anschluß an Deutschland abzulehnen. Zwischen diesen beiden Extremen für und gegen den Anschluß trieb Ramek seine Genfer Politik. Seit Mitte September 1925 kämpfte der Bundeskanzler auf Seipls Initiative beim Völkerbund um die Beseitigung der Finanzkontrolle. Frankreich leistete heftigen Widerstand, aber der an sich widerstrebende Völkerbund suchte nach einem Ausweg: Die Kontrolle sollte außer Kraft gesetzt, doch nicht ein für allemal aufgehoben werden, sondern die Möglichkeit der Wiedereinsetzung der Kontrolle sollte zehn Jahre lang bestehen, um sie jederzeit bei einer schweren Störung des Haushaltsgleichgewichtes wieder in Kraft treten zu lassen.

Die Sozialdemokraten wandten sich scharf gegen den Völkerbund und die Möglichkeit einer neuen Kontrolle. Sie klagten die Regierung an, daß sie unaufrichtig sei. Es lägen hier politische Absichten zugrunde. Man wolle Österreich bei den bevorstehenden Entwicklungen als willenloses Werkzeug unter der Knute halten. Das sei eben die schlimmste Gefahr, meinte Dr. Bauer, daß man täglich bei jeder selbständigen Regung Österreichs drohen könne, man werde den Generalkommissar wieder schicken. Die ganze erste Oktoberhälfte war von stürmischen Auseinandersetzungen im Nationalrat ausgefüllt. Die Sozialdemokraten forderten ungestüm den Anschluß an Deutschland und wurden aufs heftigste erregt, weil der ihnen verhaßte Mataja die Regierungspolitik verteidigte: es sei das Ziel der Regierung, einerseits die Kontrolle zu beseitigen, andererseits den österreichischen Kredit nicht zu schädigen; jedoch sei es unmöglich, daß die Kontrolle aus allgemein politischen Gründen wieder eingeführt werde.

Der Sprecher der Großdeutschen, Dinghofer, war auch für den Anschluß, doch wollte er der Regierung nicht opponieren, da sonst die Aufhebung der Kontrolle unmöglich gemacht werde.

200

5. Kapitel: Rücktritt Rameks 201

Ein Grund für eine neue Einsetzung der Kontrolle sei ebenfalls nicht gegeben, wenn Österreich den Anschluß erstrebe, denn dieser werde niemals in Genf, sondern durch die Regierungen entschieden werden. Bemerkenswert war der Gedanke, den Dinghofer dann äußerte: der einzig vernünftige und zweckmäßige Weg für die Wiederaufrichtung der österreichischen Wirtschaft sei eine Zollunion mit Deutschland. Diese war das Ziel, das die Großdeutschen in der nächsten Zeit erstrebten.

Am 9. Dezember 1925 berichtete der englische Außenminister Austen Chamberlain in Genf über Österreichs Finanzlage und schlug vor, Österreich seine finanzielle Souveränität wiederzugeben. Zugleich forderte er Österreich und die Nachfolgestaaten auf, günstige Handelsverträge miteinander abzuschließen, die den

beiderseitigen Bedürfnissen entsprächen.

So begann jetzt auch in Genf der Gedanke der Donaukonföderation Gestalt zu gewinnen. Hatte man Österreich über seine Finanznot hinweggeholfen, so wollte man nun anfangen, seine Wirtschaftsnot zu beseitigen. Auch erschien dem Völkerbund diese Donaukonföderation als ein wirksames Bollwerk gegen die Anschlußbestrebungen. - Mit der österreichischen Wirtschaft sah es allerdings schlimm aus. Die Handelsbilanz war stark passiv, die Arbeitslosigkeit lastete auf dem Volke. Die erhofften Vorteile aus den Handelsverträgen waren ausgeblieben und Ramek war ebenso ratlos wie Seipl. Am 5. Februar 1925 war noch ein Handelsvertrag mit Spanien geschlossen worden, der für Österreich weitgehende Meistbegünstigung brachte, nur in der Theorie. -

Bevor die Regierung Ramek ihre Tätigkeit fortsetzen konnte, wurde sie durch das Zwischenspiel eines Rücktritts gestört. Am 14. Januar 1926 trat das Kabinett zurück, angeblich, weil es seine Aufgabe, das Genfer Programm zu Ende zu führen mit der vom Völkerbund nun endlich auf Österreichs Drängen beschlossenen Aufhebung der Finanzkontrolle, als erfüllt betrachte; der Nationalrat solle die Möglichkeit haben, seine politische Orientierung für die Zukunft in voller Entschließungsfreiheit festzulegen.

201

Deutsche unter Fremdherrschaft 202

Doch Seipl hielt die Stunde seiner Rückkehr ins politische Leben noch nicht für gekommen, und am 15. Januar wählte der Nationalrat mit 80 Stimmen der Christlich-Sozialen und Großdeutschen gegen 53 Sozialdemokraten die Regierung Ramek wieder, der Landbund enthielt sich der Stimme. Allerdings schieden der unbeliebte Mataja und der Finanzminister Dr. Ahrer aus. Ramek übernahm auch das Äußere.

Das neue Kabinett Ramek stellte jetzt als sein Hauptziel hin, langfristige Auslandskredite zu beschaffen, um die Wirtschaft zu beleben. Man mußte den Kurs der Handelspolitik ändern, denn mit den Zollverträgen allein war kein Aufstieg der wirtschaftlichen Kräfte zu erreichen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen hatte die erschreckende Höhe von einer Viertelmillion erreicht. Auch wollte Ramek sich bemühen, die Kreditreste aus der Völkerbundsanleihe, etwa noch 60 Millionen Schilling, im Innern freizubekommen. Schließlich wollte man auf dem Wege einer ersprießlichen Zollpolitik fortfahren. Nichts wollte Ramek unversucht lassen, um der Wirtschaft Kredite zu verschaffen und den Export zu erhöhen, und so die Arbeitsgelegenheiten, die schon bedenklich eingeschrumpft waren, wieder zu erweitern. Diesen Plänen gegenüber hatte der Sozialdemokrat Ellenbogen nur zu erklären, daß die neue Regierung aus einem Frosch-Mäusekrieg innerhalb der Christlich-Sozialen Partei hervorgegangen sei und im Zeichen einer schärferen Bekämpfung der Sozialdemokratie gewählt sei.

Allerdings dies stimmte nicht ganz. Auf dem Christlich-Sozialen Parteitag Anfang Februar berichtete Ramek, daß er zwar vorbehaltlos auf der von Seipl geschaffenen Grundlage - Aufrechterhaltung einer gesunden stabilen Währung und des Gleichgewichts im Staatshaushalt - stehe, aber daß er doch der sozialdemokratischen Opposition zu sachlicher Zusammenarbeit entgegenkommen wolle. Die Christlich-Sozialen müßten die Grenze innehalten, deren Überschreitung ihnen die Führung entreißen würde. Mit dieser Ansicht allerdings geriet Ramek in Gegensatz zu Seipl, der jedes Paktieren mit den Marxisten allein schon aus kulturpolitischen Gründen ablehnte.

202

5. Kapitel: Neue Regierung Ramek 203

Die Wirtschaftsnot bereitete der Regierung schwere Sorgen, vor allem deshalb, weil die alten Gegensätze für und gegen den Anschluß jetzt auch die Parteien der

Regierungskoalition zu entzweien begannen. Dinghofer verfocht am 15. Januar im Nationalrat seine These, daß die Vergrößerung des österreichischen Absatz- und Wirtschaftsgebietes zunächst im Deutschen Reiche zu suchen sei; Österreich müsse danach trachten, mit Deutschland eine Zollunion zu erlangen. Dem entgegnete der Christlich-Soziale Kunschak, aus geschichtlichen Gründen kämen nun einmal die Nachbarländer, die Nachfolgestaaten, als Absatzgebiete für Österreich am ersten in Betracht. Er vertrat also den Gedanken der Donaukonföderation.

Lediglich die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie hielt die beiden Parteien zusammen. Auf dem Großdeutschen Parteitag in Innsbruck am 6. Juni wurden die Bestrebungen begrüßt, die den Anschluß an das deutsche Mutterland vorbereiten und überall dort durchführen sollten, wo die Möglichkeit dafür gegeben sei. Eine solche EntschlieÙung war geradezu gegen die Christlich-Sozialen und ihre Regierungstendenzen gerichtet, während sich die zweite Forderung, daß die verfassungsrechtliche Stellung des österreichischen Bundespräsidenten in gleicher Weise wie die des deutschen Reichspräsidenten ausgestaltet und dadurch der parteipolitischen Schrankenlosigkeit ein wirksames Ende gesetzt werde, sich in gleicher Weise gegen die Sozialdemokraten wie gegen die Christlich-Sozialen wandte.

Die „parteilpolitische Schrankenlosigkeit“ der Christlich-Sozialen hatte sich gerade in diesen Tagen in Wien auf kulturpolitischem Gebiete gezeigt. Da das Schulwesen in Österreich nicht durch ein einheitliches Bundesschulgesetz geregelt war, wurde am 29. Mai 1926 zwischen der sozialdemokratischen und christlich-sozialen Rathauspartei zu Wien eine Vereinbarung getroffen, daß alle Wiener Mittelschulen in „deutsche“ Mittelschulen umgewandelt werden sollten. Dieses Abkommen wurde von dem christlich-sozialen Unterrichtsminister Schneider stillschweigend gebilligt.

203

Deutsche unter Fremdherrschaft 204

Da aber zwang der klerikale Flügel der Christlich-Sozialen durch einen starken Vorstoß den Minister, den Rückzug anzutreten, und am 9. Juni verkündete dieser einen „definitiven“ Volksschullehrplan an Stelle der seit sechs Jahren geltenden Reform des Sozialdemokraten Gloeckel. Der Plan Schneiders hatte eine scharf klerikale Richtung und entfesselte nicht bloß bei den Sozialdemokraten einen Entrüstungssturm, sondern erregte auch bei den Großdeutschen Mißbehagen. Sogar ein Teil der Christlich-Sozialen hatte Bedenken. Unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Erregung fiel Minister Schneider wieder um und stimmte schließlich einem Kompromiß zu, der „der Eigenart und den besonderen Bedürfnissen der Stadt Wien“ angepaßt war. Die klerikale Fronde der Christlich-Sozialen, an der Spitze der Prälat Seipl, unternahm einen zweiten Vorstoß gegen Schneider, und der schwache Bundeskanzler Ramek kapitulierte. Er ließ in einer ganz ungewöhnlichen Form durch amtlichen Erlaß seinen Ministerkollegen fallen: er, Ramek, sei außerstande, den im Unterrichtsministerium über die künftige Gestaltung des Schulwesens geführten Verhandlungen und dem darauf geschlossenen Kompromiß seine Zustimmung zu erteilen. Der Minister Dr. Schneider wurde vorher nicht gehört und konnte sich nicht rechtfertigen. Am 16. Juni legte er sein Amt nieder. Zu seinem Nachfolger wählte der Nationalrat in Abwesenheit der Sozialdemokraten Dr. Rintelen.

Diese Art christlich-sozialer Parteidiktatur war nicht dazu angetan, das Verhältnis zu den Sozialdemokraten zu verbessern. Der schwache Ramek, der wohl die Absicht hatte, den Marxisten entgegenzukommen, mußte sich dem stärkeren Willen Seipls fügen. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann die Sozialdemokratie zum entscheidenden Stoß gegen das Kabinett ausholen würde. - Hier hatte sich einmal deutlich gezeigt, welche bedenklichen Lücken die österreichische Verfassung aufwies: die letzte Entscheidung in innerpolitischen Konflikten hing lediglich von der brutalen Überlegenheit der einen oder der andern Partei ab, ohne daß es dem

Bundespräsidenten möglich gewesen wäre, gestützt auf sein verfassungsmäßiges Recht, eine letzte, überparteiliche Entscheidung zu treffen! -
204

5. Kapitel: Innere Spannungen 205

Die Sommermonate wurden durch parlamentarische Gefechte im Nationalrat ausgefüllt. Mitte Juli gewährten Nationalrat und Bundesrat der zusammengebrochenen Zentralbank ein Moratorium vorläufig bis zum 31. Oktober. Außerdem übernahm das Kabinett Ramek eine Bürgschaft von 60 Millionen Schilling für die Bank, aus denen später 75 wurden. Die Sozialdemokraten leisteten deswegen schärfste Opposition, ja sie beantragten sogar Anklageerhebung gegen das Kabinett, die jedoch Ende August abgelehnt wurde. Wochenlang machten die Sozialdemokraten die Zentralbankaffäre zu einer prinzipiellen Angelegenheit. Sie bezeichneten die Bank als ein Institut, das durch die Machenschaften der Christlich-Sozialen zugrunde gerichtet worden sei. Die Untersuchung des Skandals belastete tatsächlich eine Reihe christlich-sozialer Politiker. So mußte Ende September der Landeshauptmann Prisching von Steiermark zurücktreten, weil der Untersuchungsausschuß festgestellt hatte, daß die der Zentralbank angeschlossene Steierer Bank dem Landeshauptmann zur Deckung seines Spekulationsverlustes die Summe von 618 Millionen Kronen als Provision gutgeschrieben hatte! Auch andern Beamten konnte Korruption nachgewiesen werden. Diese Dinge waren um so schlimmer, als auch die unter der Leitung des Christlich-Sozialen Bosel stehende Postsparkasse 1926 einen Spekulationsverlust von 110 Millionen Schilling erlitt! Die Verteidigung der Christlich-Sozialen im Parlament war matt. Sie meinten, man sollte nicht diese Leute als die Schuldigen verurteilen, sondern diejenigen, die erst diese Inflationsnot und die damit verbundene Spekulationswut herbeigeführt hätten! Zu alledem kam noch hinzu, daß Ramek nicht die wirtschaftliche Not zu lindern vermochte. Die Zahl der Arbeitslosen fiel zwar von etwa einer Viertelmillion im Januar auf 148 000 im September. Aber das war kein Zeichen einer Stabilisierung, sondern lediglich eine Konjunkturererscheinung, hervorgerufen durch die sommerlichen Saisonarbeiten. Ramek ging zwar auf dem von Seipl beschrittenen Wege fort, schloß Handelsverträge und Schiedsverträge (Handelsverträge mit der Schweiz 6. Januar, mit Ungarn 9. April, mit Südslawien im Mai, Schiedsverträge mit der Tschechoslowakei im März, mit Polen im April, mit Schweden im Mai)
205

Deutsche unter Fremdherrschaft 206

und trug auf diese Weise zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens bei. Greifbare Erfolge aber kamen dabei nicht heraus. -
Der Abschluß der Kämpfe in Genf stellte sich im Juni 1926 ein. Chamberlain legte als Berichterstatter des Ratskomitees für Österreich dem Völkerbundsrat am 9. Juni eine EntschlieÙung vor, wonach die Tätigkeit des Generalkommissars und die Völkerbundskontrolle selbst mit dem 30. Juni zu Ende gehen solle, da nun die finanzielle Stabilität Österreichs gesichert sei. Der Völkerbundsrat nahm die EntschlieÙung an, und am 29. Juni verließ der Generalkommissar Dr. Zimmermann Wien. Die fortdauernde Aufsichtsbefugnis der Kontrollkommission wurde aber prinzipiell aufrechterhalten, und gerade dies war es, was einige Monate zuvor den heftigsten Streit der Parteien entfesselt hatte. Drei Monate später, am 7. September 1926, genehmigte der Völkerbundsrat in Anwesenheit Rameks ohne Diskussion den Schlußbericht über die Finanzierung Österreichs und zwei Gesetzentwürfe zur Ausgabe von 75 Millionen Schilling Schatzscheinen mit Zulassung der Lombardierung durch die Nationalbank, ferner auch die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter und die noch an einige Bedingungen geknüpfte Freigabe der Kreditreste aus der Völkerbundsanleihe. Diese Kreditreste, etwa 60 Millionen

Schilling, sollten für produktive Ausgaben verwandt werden: für den Ausbau des Kabel- und Telephonnetzes und für den Straßenbau.

Damit hatte Ramek das schwierige Werk der Völkerbundsanleihe, das vier Jahre die Gemüter in Erregung hielt, zu einem günstigen Abschluß gebracht. Der Bundeskanzler hatte das Werk Seipls, die Überwindung der Inflation im Innern und die Wiederherstellung des Auslandsvertrauens, treulich zu Ende geführt, geleitet von der starken, unsichtbaren Hand des Parteidiktators. Aber um so schwärzer türmten sich die Wolken im Innern. Die Beziehungen der unter christlich-sozialer Diktatur stehenden Bundesregierung zur Sozialdemokratie waren die denkbar schlechtesten geworden. Auf der ganzen Front, auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem, außenpolitischem Gebiete war der Großkampf entbrannt.

206

5. Kapitel: Sturz Rameks 207

Anfang Oktober ging die Sozialdemokratie zum Endkampf gegen Ramek über: wie zwei Jahre vorher gegen Seipl, so schickte sie auch diesmal wieder ihren bewährten Sturmtrupp vor, die Bundesangestellten. Sie forderten eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 25 Prozent. Darauf glaubte Ramek nicht eingehen zu können. Am 12. Oktober schlug der Bundeskanzler den Beamtenvertretern eine Erhöhung von 10,33 Prozent vor. Diese Erhöhung mache dem Staate eine Mehrausgabe von 162 Millionen Schillingen, so daß der Staatsetat für Bundesangestellte insgesamt 850 Millionen Schillinge im Jahr betrug. Das sei das höchste Zugeständnis, das die Regierung machen könne, ohne die Steuern zu erhöhen. Die Beamten lehnten ab, sie beharrten auf ihren 25 Prozent. Am 15. Oktober überreichten ihre Vertreter dem Bundeskanzler ein bis zum nächsten Tage, 12 Uhr mittags, befristetes Ultimatum: Erfüllung der Forderung oder Streik! Ramek hielt weitere Verhandlungen mit den Beamten für aussichtslos, konnte aber auch mit Rücksicht auf das Gleichgewicht im Staatshaushalt und aus Sorge um die Wirtschaft des Staates und Volkes weitere finanzielle Zugeständnisse nicht verantworten. So trat das Kabinett am 15. Oktober 1926 zurück.

207

SECHSTES KAPITEL

Bundeskanzler Seipl. Spannungen innen und außen. Streererwitz

Nach diesem Ereignis trat die christlich-soziale Parteileitung zu einer Sitzung zusammen und beschloß, den Prälaten Dr. Seipl abermals mit dem Amte des Bundeskanzlers zu betrauen. Seipl war bereit, den Auftrag anzunehmen, stellte jedoch drei Bedingungen: zunächst sollte die Partei geschlossen hinter ihm stehen, auseinandergelassene Ansichten, z. B. in der Schulfrage oder Anschlußfrage, dürften es nicht geben. Zweitens müssen Politik und Geschäft auch in den autonomen Landesverwaltungen streng geschieden werden. Solche Korruptionsfälle wie bei der Zentralbank und der Postsparkasse dürften nicht wiederkehren. Und drittens sollten die Landeshauptleute sich im Interesse der Gesamtpartei und des Staates der Parteileitung unterordnen. Der Föderalismus dürfe nicht in zentrifugale Zerrüttung ausarten. Diese geschlossene, in sich gefestigte Partei sollte das Machtmittel sein, mit welchem der Diktator Seipl den Staat Österreich regieren wollte. Es war dies gewissermaßen eine private Verfassungsänderung innerhalb der Partei, die dem Parteidiktator, der den Staat beherrschte, die Rechte gab, die der Bundespräsident nicht hatte.

Am 20. Oktober wählte der Nationalrat mit 91 gegen 59 Stimmen der Sozialdemokraten Dr. Seipl zum Bundeskanzler. Seine Regierung war die übliche antimarxistische Koalition von sechs Christlich-Sozialen, darunter der Finanzminister Kienböck und

der Heeresminister Vaugoin, und zwei Großdeutschen, darunter der Vizekanzler und Justizminister Dinghofer. Die Programmrede Seipls war der augenblicklichen Lage des Staates angepaßt, doch maßvoll gegen die Sozialdemokraten. Die Regierung müsse nach der Aufhebung der Völkerbundskontrolle durch eine Politik der Sparsamkeit das Gleichgewicht im Staatshaushalt bewahren. Die Einnahmeüberschüsse seien nicht für neue, nicht unbedingt nötige Ausgaben da, sondern müßten durch Herabsetzung der Steuern der schwer ringenden Volkswirtschaft dienen.

208

6. Kapitel: Neue Regierung Seipl 209

Der Föderalismus dürfe sich nicht auf Koben des Staates ausleben und zu parteipolitischen Experimenten mißbraucht werden. (Das war gegen die sozialdemokratische Herrschaft in Wien und ihre Kulturforderungen gerichtet.) Eine Reinigung des Staatslebens müsse wieder durchgeführt werden. Der Staat müsse wieder mächtig werden durch seine Befreiung vom Gründergeiste der Inflation. Es müsse aufhören, daß durch Intervention von Politikern Regierung, Verwaltung und Geschäft miteinander vermengt würden (wie dies z. B. bei der Steierer Bank der Fall war). Mit den Bundesangestellten kündigte Seipl Verhandlungen an und erklärte, er wolle auch den Pensionisten helfen, soweit es das Budget erlaube. Schließlich müsse der Staat auch noch die Mehrkobn für die zunehmende Arbeitslosenunterstützung tragen. Ende Oktober führte Seipl die Verhandlungen mit den Beamten zu Ende. Die Mindestbezüge wurden von 150 auf 165,5 Schilling erhöht, aber nicht allgemein, sondern in der Form von Personalzulagen. In der Frage der allgemeinen Gehaltserhöhung erklärte Seipl ein Hinausgehen über das schon von der Regierung zugestandene Maß von 12,5 Prozent für unmöglich. Für die Altpensionäre wurde ein Betrag von 6 Millionen zugesagt. Die Beamtenvertreter erklärten zwar, daß diese Lösung die Angestellten nicht befriedigen können, aber sie gaben dennoch schließlich ihre Zustimmung. - Trotz dieser Gehaltserhöhung schloß der Etat für 1927 mit einem Überschuß von 45 Millionen ab.

Vor allem beschäftigte den Nationalrat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen stieg von rund 150 000 im September 1926 wieder auf etwa eine Viertelmillion im Februar 1927. Diese aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschalteten, vier Prozent der Gesamtbevölkerung, mußten unterstützt werden, da es andere Möglichkeiten der Beschäftigung nicht gab. Seipl erkannte, daß die Arbeitslosigkeit keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein Dauerzustand sein würde, unter dem die ohnehin kranke Volkswirtschaft noch ganz besonders leiden würde. -

Anfang 1927 kündeten sich schwere Stürme zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen an, die zu einer Machtprobe nicht nur für Seipl, sondern auch für den Staat und seine Verfassung werden sollten.

209

Deutsche unter Fremdherrschaft 210

Am 30. Januar ereignete sich in Schattendorf, einem kleinen Ort des Burgenlandes, folgendes: der Republikanische Schutzbund machte einen Umzug und kam an dem Wirtshaus vorüber, in dem sich der Frontkämpferbund versammelt hatte. Als der Schutzbund schon fast ganz vorüber war, wurde nach vorhergehenden Provokationen aus den Fenstern des Wirtshauses geschossen. Ein Handgemenge erhob sich, und die Frontkämpfer erschossen zwei Schutzbündler.

Die sozialdemokratische Presse tobte vor Wut. Es handle sich um Hochverrat der ungarischen Monarchisten, welche Unruhen im Burgenland erregen wollten, und die Studenten, welche die Mitglieder des Frontkämpferbundes seien, zettelten eine Verschwörung gegen die Republik an. Im Nationalrat fragte Renner Anfang Februar die Regierung dringlich, ob sie die Schuldigen an dem Mord mit aller Energie

verfolgen und bestrafen und den Frontkämpferbund wegen seiner hochverräterischen Umtriebe gegen die Sicherheit der Republik auflösen wolle. In diesen Tagen wurde soviel von Bürgerkrieg und Machtprobe gesprochen, so daß Seipl Anfang März im Wiener Arsenal Waffen und Waffenbestandteile beschlagnahmen ließ, die von dem sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund dort aufbewahrt wurden. Die Schattendorfer Angelegenheit, die vorläufig in die Bahnen eines Strafprozesses eingemündet war, trat vor den Wahlen im April in den Hintergrund. Dieser Monat wurde von einer Reihe Länderwahlen und von den Wahlen zum dritten Nationalrat ausgefüllt. In dem neuen Nationalrat erhielten Mandate die Bürgerliche Einheitsliste 85, und zwar die Christlich-Sozialen 73, die Großdeutschen 12, die Sozialdemokraten 71, der Landbund 9. Der Landbund hatte vier Mandate gewonnen, die Sozialdemokraten 3, die Großdeutschen 2, und die Christlich-Sozialen hatten 9 verloren! Die Christlich-Sozialen hatten einen empfindlichen Verlust erlitten. Ihr prozentualer Anteil ging auf 41 Prozent zurück und war jetzt fast ebenso groß wie derjenige der Sozialdemokratie, während er bei den Großdeutschen 7, bei dem Landbund 5 Prozent betrug. -

210

6. Kapitel: Nationale Konzentration 211

In den Ländern dagegen, in Salzburg, Ober-, Niederösterreich konnten die Christlich-Sozialen ihr Übergewicht behaupten. Auch in Tirol war dies der Fall. In Burgenland, Steiermark und Kärnten hatten sie mit dem Landbund die Majorität über die Sozialdemokraten. Nur in Wien standen 78 Sozialdemokraten 40 Christlich-Sozialen und 2 Großdeutschen gegenüber.

So wie Seipl im Oktober 1926 die Partei unter seinen Willen gebeugt hatte, so hatte er im Frühjahr 1927 nach den Schattendorfer Ereignissen in der Vorahnung eines heraufziehenden Machtkampfes den Zusammenschluß mit den Großdeutschen vollzogen - beide unter dem Gesichtspunkt des entschlossenen Kampfes gegen die Sozialdemokratie. In der Tat hatte Seipl an der Spitze der bürgerlichen Einheitsliste die Machtstellung einer parlamentarischen Diktatur jetzt in der Hand, hinter ihm stand die absolute Majorität und sein Wille ward Gesetz. Er war der Mann der großen nationalen Konzentration, der über die beiden großen bürgerlichen Parteien, über die überparteilichen Heimwehren, die sich in den Ländern aus den Mitgliedern dieser Parteien zusammensetzten, gebot und der in der Wehrmacht dank der jahrelangen Tätigkeit Vaugoins ein zuverlässiges Instrument in Händen hatte.

Am 18. Mai trat die Regierung zurück. Schon am 19. Mai wurde das neue Kabinett gewählt, das aus sechs Christlich-Sozialen, zwei Großdeutschen und einem Landbündler bestand. Seipl blieb Bundeskanzler, der Landbündler Hartleb wurde Vizekanzler. Die 94 Stimmen der großen Koalition von den Christlich-Sozialen bis zu den Landbündlern standen hinter der Regierung, die 70 Sozialdemokraten blieben in der Opposition.

Seipl entwickelte sein Programm. Die Schwierigkeiten Österreichs sah er auf handelspolitischem Gebiete. Nach der Stabilisierung der Währung hatte es sich ja deutlich genug gezeigt, wie wirtschaftlich unselbständig das verstümmelte Österreich geworden war. In der Außenpolitik kündete Seipl eine Änderung des Regierungskurses an. Man werde versuchen, die Arbeitslosigkeit durch rationelle Maßnahmen, besonders durch Steigerung der Produktion zu mildern.

211

Deutsche unter Fremdherrschaft 212

Gerade hierin erblicke das Kabinett seine Hauptsorge. Auch ein neues Mieterrecht sei nötig, dagegen stehe eine Regierungsvorlage über die Änderung des Eherechtes nicht bevor.

Der Sozialdemokrat Glöckel bezeichnete die neue Regierung als ein rein klerikales Kabinett. Es sei bedauerlich, daß das brutale österreichische Eherecht nicht abgeschafft werde. Aber es werde nicht gelingen, den Mieterschutz zu beseitigen. Der christlich-soziale Kunschak betonte die wirtschaftliche und sozialpolitische Annäherung an Deutschland. Bei den Großdeutschen und Landbündlern wurde der Anschlußgedanke in den Vordergrund gerückt. Der Großdeutsche Wotawa erklärte, seine Partei glaube nicht an Österreichs Lebensfähigkeit, wenn auch der rumänische Außenminister und Dr. Zimmermann in Genf diese Lebensfähigkeit betont hätten. Der wirtschaftliche Anschluß sei notwendig, und der müsse schließlich vom politischen Anschluß gekrönt werden. Noch entschiedener und nachdrücklicher betonte der Landbändler Professor Schönbauer den Anschluß. Die österreichischen Bauern würden sich das auf Selbstbestimmung gegründete Recht, dem Mutterlande einverleibt zu werden, nicht nehmen lassen. „Wir hoffen auf den Tag, wo wir sagen können: Heim ins Reich!“

Wie ein gewaltiger Begleitakkord schwingt die Volkssehnsucht nach dem Anschluß neben der Regierung und ihren Handlungen.

Das christlich-sozial-großdeutsche Bündnis war durch Zugeständnisse von beiden Seiten erlangt worden. Die Christlich-Sozialen gaben ihre Einwilligung zu einem Schulreformgesetz, die Großdeutschen unterstützten die von den Christlich-Sozialen geforderte Zolltarifnovelle. Noch Anfang Januar 1927 hatten die Christlich-Sozialen auf ihrem Parteitag sich zum Privateigentum wie auch zur konfessionellen Schule bekannt. Das Schulreformgesetz, das der Unterrichtsminister Schmitz dem Nationalrat schon am 19. Mai vorlegte, ließ die konfessionelle Schule offiziell fallen und nur noch Privatschulen mit konfessionellem Charakter gelten. Das Gesetz befaßte sich mit den Mittelschulen und den Bürgerschulen. Mit dem Experimentieren müsse jetzt ein Ende gemacht werden, sagte der Minister, die Gefahr der Zersplitterung drohe.

212

6. Kapitel: Schulreformgesetz 213

Die Erfahrungen rieten ab von einer grundstürzenden Umgestaltung. Als Mittelschulen sollten gelten die 52 Gymnasien, die 86 Realgymnasien, die 41 Realschulen, die 6 Oberlyzeen für Mädchen und Frauenoberschulen. Nach dem Beispiel des Deutschen Reiches sollten die Mittelschulen grundsätzlich eine Einheit bilden und in der Vorbereitung für das Hochschulstudium ihre Hauptaufgabe erblicken. Alle Mittelschulen sollten „deutsche“ Mittelschulen sein, achtklassige Lehranstalten, nicht neunklassige wie in Deutschland, deren Besuch allen Schülern nach vier Grundschuljahren in der Bürgerschule freistand. Den begabten Kindern der Bürgerschulen sollten Aufstiegsmöglichkeiten in die Mittelschulen gegeben sein. Die Koedukation wurde abgelehnt, für die Lehrer der Mittelschulen wurde abgeschlossene Hochschulbildung verlangt. - Die Bürgerschule, die einem Mittelding zwischen der deutschen Volks- und Mittelschule entspricht, diente den Zwecken der allgemeinen Schulpflicht vom 6.-14. Lebensjahre. Alle Kinder müssen anstatt 3 jetzt die 4 ersten Schuljahre in der Bürgerschule durchlaufen. Guten Schülern wurde der Übertritt in die Mittelschule ohne Prüfung gewährt. Die vier letzten Klassen der achtstufigen Bürgerschule stellten die „Hauptschule“ dar. Die Bürgerschule war interkonfessionell, Simultanschule.

An diesem Gesetz hatten sogar die Sozialdemokraten ihre Freude. Immerhin forderte Glöckel, daß die Kinder, bevor sie in die Mittelschule eintreten, die Bürgerschule ganz durchlaufen sollten. Diese sollte eine Einheitsschule sein, und der Besuch der Mittelschule sollte auf vier Jahre beschränkt werden. Doch am 2. August 1927 nahm der Nationalrat einstimmig die Regierungsvorlage an.

Das Schulgesetz war, historisch betrachtet, der erste Versuch, das ganze Volk einschließlich der Sozialdemokraten auf eine gemeinsame innenpolitische Linie zu vereinigen. Es war aber darüber hinaus auch eine Annäherung an das reichsdeutsche Schulwesen. Es war gewiß eine staatsmännische Tat Seipls, daß er von seinem

Standpunkt aus die Opfer brachte. Er mußte es bringen, weil die Idee des zentralen Staates, die aus der Christlich-Sozialen Partei heraus erwachsen war, bei ihm innenpolitisch jetzt zur vorherrschenden geworden war.

213

Deutsche unter Fremdherrschaft 214

Aber es blieb doch ein Opfer für Seipl, weil in ihm der Parteimann stärker war als der Staatsmann.

Die Zolltarifnovelle, die am 24. Mai vor den Nationalrat kam, sah eine Erhöhung der Einfuhrzölle vor. Es war ein Lieblingsgedanke Seipls in letzter Zeit, durch Beschränkung und Rationalisierung der Einfuhr die heimische Produktion zu heben. Der Sozialdemokrat Dr. Bauer meinte allerdings, die Handelspolitik der Importdrosselung könne die kleine Republik Österreich nicht wieder aufnehmen. Sie sei gefährlich. Die anderen Staaten würden mit der gleichen Münze bezahlen. Auch der Landbändler Tauschitz erwartete keine Rettung Österreichs von der Erhöhung der Einfuhrzölle. Die deutsche Zollgrenze im Westen müsse fallen. Mit Freuden stelle er fest, daß der Gedanke der Zollunion mit Deutschland nun Gemeingut der Arbeitsmehrheit im Parlamente geworden sei und die Verwirklichung der Zollunion damit näherrücke. Natürlich sei die Zollunion nur die Vorstufe für den endgültigen Anschluß, den Österreich aus nationalen Gründen sehnsüchtig erwarte.

Seipl war seinem Ziele der nationalen Konzentration erheblich nahegekommen. Der Großdeutsche Parteitag in Wien am 20. Juni unter Vorsitz von Wotawa äußerte seine Zufriedenheit über die Zusammenarbeit der antimarxistischen Front in der Regierung, erklärte aber zu gleicher Zeit, daß er eifrig alle Arbeiten zur Verwirklichung des Anschlusses fördern werde. –

In dieser Zeit geschah es, daß Österreich, allen überraschend, durch eine schwere kommunistische Revolte erschüttert wurde. Den Kommunisten war es 1923 und 1927 nicht gelungen, einen Abgeordneten ins Parlament zu schicken. Dennoch aber hatten sie die Hoffnung auf die Errichtung der proletarischen Diktatur nicht aufgegeben. Da sollte ihren Plänen ein Umstand Vorschub leisten, den sie selbst nicht erwartet hatten.

Am 14. Juli 1927 ging der Schattendorfer Prozeß in Wien zu Ende: die drei Angeklagten vom Frontkämpferbund, die beschuldigt wurden, zwei Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes erschossen zu haben, wurden freigesprochen.

214

6. Kapitel: Julirevolte 1927 215

Die Sozialdemokraten waren maßlos erregt. Vor dem Justizpalast hatten sich Menschengruppen versammelt und demonstrierten in wilder Leidenschaft gegen dieses Urteil, das sie ein Klassenurteil nannten. Der Polizeipräsident Schober sandte verstärkte Patrouillen der Sicherheitswache durch die Stadt, aber zunächst ereignete sich nichts. Bereits in der dritten Morgenstunde des 15. Juli wußten jedoch die sozialdemokratische Parteileitung und der Bürgermeister von Wien, daß am Vormittag auf der Ringstraße eine Demonstration gegen das Schattendorfer Urteil stattfinden sollte, der Polizeipräsident Schober wurde aber nicht verständigt. Um 7 Uhr fanden sich die Arbeiter wie alle Tage in ihren Betrieben ein. Um 8 Uhr traten in verschiedenen Stadtbezirken die Arbeiter in den Ausstand, der Straßenbahnverkehr und der Telephonbetrieb wurden stillgelegt. Doch um 9 Uhr fuhr die Straßenbahn wieder und das Telephon funktionierte auch. Der Proteststreik war hier auf eine Stunde beschränkt worden. Nur die streikenden Arbeiter kehrten nicht in die Betriebe zurück. Sie zogen in regellosen Haufen, ohne Ordner und Führer, in die Stadt, Arbeitslose, zweifelhafte Elemente, Verbrechergesindel, mit Einbruchswerkzeugen, Eisenangen, Spitzhacken ausgerüstet, Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, ja sogar Gemeindebedienstete in Uniform gesellten

sich hinzu, und an Stelle der fehlenden sozialdemokratischen Ordner übernahmen kommunistische Agitatoren die Führung. Mit lautem Brüllen und Gröhlen wälzte sich die Masse vor die Universität auf dem „Ring des 12. November“. Die Kommunisten peitschten die Menschen auf: da drinnen, die Studenten, das seien die Arbeitermörder. Die Menge drängte zu den Eingängen, hier aber stieß sie auf den Widerstand der Sicherheitswache. Diese verfügte weder über Gewehre noch über Karabiner, sondern nur über Säbel, Gummiknüppel, hier und da über Pistolen. Die durch den Widerstand gereizten Demonstranten, die bereits nach vielen Tausenden zählten, eröffneten einen Steinhagel gegen die Beamten, gingen mit Zaunlatten vor. Die berittene Wache konnte dem Ansturm nicht mehr standhalten, sie mußte weichen.
215

Deutsche unter Fremdherrschaft 216

Ein Beamter wurde vom Pferde gerissen, schwer mißhandelt, durch Messerstiche verwundet. In der leeren Universität konnte die tobende Menge ihren Zorn nicht auslassen. Sie wälzte sich zum Parlamente, das einige hundert Meter weiter ebenfalls auf dem Ring des 12. November lag, wollte dieses stürmen und in Brand stecken. Doch hier war hinreichend starker bewaffneter Schutz vorhanden, den Heimwehr und Frontkämpferbund stellten. Der Sturm der Meute wurde abgeschlagen, und tobend vor Wut setzte sie sich über den Schmerlingplatz in Richtung auf den Justizpalast in Bewegung.

Polizeipräsident Schober erkannte sofort, daß es sich um ungewöhnlich schwere Ausschreitungen mit kommunistischem Hintergrunde handelte. Die Sicherheitswache war gegenüber den zehntausenden rasender Menschen machtlos. Ja, der sozialdemokratische Bürgermeister Karl Seitz und die sozialdemokratischen Parteifunktionäre ersuchten dringend, daß die Polizei zurückgezogen werde! Man werde mit der aufgeregten Menge besser ohne Waffengewalt fertig. Anfänglich gab Schober diesen sozialdemokratischen Wünschen nach, dann handelte er auf eigene Verantwortung, in der Erkenntnis, daß jedes weitere Zögern den Staat in das bolschewistische Chaos stürzen konnte. Zunächst ließ er die Beamten mit Gewehren und Maschinengewehren ausrüsten, damit sie schießen konnten. Die Polizei hatte bereits schwere Verluste gehabt. Die Verwundeten, welche während der ersten zwei Stunden in den Kliniken eingeliefert wurden, waren nur Beamte der Sicherheitswache, kein Demonstrant befand sich darunter. Schober beantragte dann bei dem sozialdemokratischen Bürgermeister, daß Militär zur Verstärkung herangerufen würde, denn nach der Verfassung mußte Seitz, der Oberbürgermeister, zugleich als Landeshauptmann von Wien seine Genehmigung zum Einsetzen des Militärs erteilen. Doch Seitz lehnte dies ab. Der Begründung Schobers, daß durch die Hinzuziehung von Militär viele Opfer gespart werden könnten, setzte Seitz das Argument entgegen, man solle durch das Militär die entfesselten Massen nicht noch mehr reizen!

Die Kommunisten waren in ihrem Element. Ein Abgesandter der Partei sauste im Kraftwagen über die ungarische Grenze, telegraphierte nach Berlin, daß augenblicklich bewährte Führer im Flugzeug nach Wien kommen sollten.
216

6. Kapitel: Brand des Justizpalais 217

Ja, sie setzten sich mit dem Sozialdemokraten Dr. Otto Bauer in Verbindung, er sollte die Errichtung der Arbeiterdiktatur proklamieren. Doch Bauer lehnte dies ab aus einem sehr schwerwiegenden Grunde: er wußte wohl, daß es ein leichtes sein würde, in Wien die Diktatur des Proletariats aufzurichten, daß aber in diesem Augenblick die christlich-sozial regierten Länder, diese unsicheren Kantonisten, sich von Wien trennen Österreich dem Zerfall preisgeben würden. Ein endgültiger

Sieg war also nicht zu erwarten. Deshalb waren die Sozialdemokraten nun doch entsetzt über die Entwicklung und führten die Vorgänge darauf zurück, daß die nicht von Ordnern begleitete Menge kommunistischen Agitatoren in die Hände gefallen war. Die Parteileitung alarmierte den Republikanischen Schutzbund, dessen Mitglieder, soweit sie sich nicht an den Exzessen beteiligten, nur schwer in dem allgemeinen Chaos sich sammeln konnten. –

Die heulende und tobende Menge hatte sich unterdessen zum Justizpalast gewälzt, dessen Eingänge von unzureichend bewaffneten Beamten der Sicherheitswache verteidigt wurden. Mit Steinen und Revolverschüssen wurden diese angegriffen und mußten sich nach Verlusten in das Innere des Gebäudes zurückziehen. Die Aufständischen zertrümmerten mit Steinwürfen nahezu alle Fenster der Vorderfront, brachen die Schutzgitter auseinander und quollen in den Justizpalast hinein. Andere holten Leitern von einem Gerüst in der Nähe und stiegen durch die Fenster ein. Die Rebellen entleerten Benzin auf Akten und Möbel und steckten dann die Räume in Brand! - Diese Zerstörungen wurden auf Geheiß der Kommunisten ausgeführt: damit die Akten der Bourgeoisie und ihres Besitzes vernichtet wurden. Auch Angehörige des Republikanischen Schutzbundes beteiligten sich eifrig an diesem Vernichtungswerk.

Dicke Rauchwolken quollen aus den Fenstern des Gebäudes, Flammen züngelten an den Mauern empor. Die Feuerwehr wurde alarmiert, aber die Meute hinderte sie, an das brennende Gebäude heranzukommen und das Feuer zu löschen.

217

Deutsche unter Fremdherrschaft 218

Vergebens versuchten der sozialdemokratische Bürgermeister Seitz und Parteifunktionäre, durch Verhandlungen mit den Aufrührern die Tätigkeit der Feuerwehr zu ermöglichen. Auch ein starkes Aufgebot der Sicherheitswache vermochte anfänglich nichts gegen die Aufrührer, die sich hinter Barrikaden verschanzt hatten und schossen und Steine warfen. Unterstützt von Abteilungen des Republikanischen Schutzbundes mußte die Polizei sich buchstäblich gegen die Rebellen vorkämpfen und der Feuerwehr den Weg ebnen. Unter heftigem Gewehrfeuer von seiten der Aufständischen konnte sie ihre Arbeit beginnen. Jetzt rief Schober auf eigene Verantwortung, d. h. unter Bruch der Verfassung, Militär herbei. In den Nachmittagsstunden traf es ein. Ohne einen Schuß abgeben zu müssen, konnte es den Schmerlingplatz, den Platz um den brennenden Justizpalast absperren.

Unterdessen aber war in der Lichtenfelsgasse ein Wachlokal gestürmt worden. Mit dem Revolver wurden die Beamten bedroht, dann wurde auch hier Feuer angelegt. Als die Feuerwehr kam, um den Brand zu löschen, wurden die Schläuche zerschnitten. Die Rebellen drangen in die Wohnungen der umliegenden Häuser ein, raubten, stahlen, plünderten, zerstörten, was sie nicht mitnehmen konnten, bedrohten die Bewohner, so daß sich diese unter Polizeischutz wegführen lassen mußten. Dann stürmte die Meute das Gebäude der „Wiener Neuesten Nachrichten“. Danach plünderte sie die christlich-soziale „Reichspost“ und zündete das Gebäude an. Ein starkes Aufgebot der Sicherheitswache mußte mit Revolver und Säbel gegen die wütende, feuernde Menge vorgehen, um der Feuerwehr Bahn zu machen.

Erst in den späten Nachmittagsstunden gelang es der Sicherheitswache unter großer Mühe, die Ruhe notdürftig wieder herzustellen. Stark bewaffnete Patrouillen zogen durch die Straßen, doch konnten sie neue Ausschreitungen nicht verhindern. Der Mob wälzte sich nach Einbruch der Dunkelheit durch die dunklen Straßen, versuchte Waffenhandlungen zu stürmen, beschoß die Sicherheitsabteilungen, die auf Kraftwagen durch die Stadt jagten, um den überall wieder aufflammenden Aufruhr zu unterdrücken. Bei diesen Feueregefechten erlitt die Polizei beträchtliche Verluste an Verwundeten und hatte zwei Tote.

218

In den Vormittagstunden des 16. Juli erlahmte die Energie der Revolutionäre. Sofort begannen die Kommunisten, aufs neue den Aufruhr zu schüren. Sie verteilten Flugblätter und hetzten zu Zusammenrottungen. In den Mittagsstunden lebten die Straßenkämpfe wieder auf. In dem Gewehrfeuer blieben Tote und Verwundete. Doch die Polizei beherrschte die Lage. In der kommunistischen Schriftleitung hielt sie eine Haussuchung ab und zerstörte mehrere tausend Flugblätter der Roten Fahne. Die Rädelsführer wurden verhaftet, darunter neun Ausländer. - Die Erregung ebte ab, langsam beruhigte sich die Stadt, die sechsendreißig Stunden unter der drohenden Gefahr des sich erhebenden Bolschewismus bebte.

Die außerordentlich schweren Kämpfe hatten der Polizei 4 Tote und 519 Verwundete gekostet, darunter 61 Schwerverletzte. Durch Messerstiche in den Kopf waren allein dreizehn Polizisten verwundet worden. Die Aufständischen hatten 81 Tote und an die hundert Verletzte, unter denen sich 74 Vorbestrafte, davon 35 Verbrecher, befanden! -

Die Sozialdemokratie maß die Schuld an diesen Vorgängen der Regierung Seipl und ihrer „Klassenjustiz“ zu. In den beiden kritischen Tagen hatte sich Seipl allerdings neutral, gleichsam abwartend verhalten, weil er nach der Verfassung nicht anders handeln konnte. Er rief die Heimwehren nicht zum Schutze des Staates auf, denn er wußte, daß dies den Bürgerkrieg zu einem allgemeinen Chaos erweitern würde, wo aber außerhalb Wiens die Heimwehren alarmiert wurden und unter Gewehr traten, da duldete er dies schweigend, schon weil er keine Macht hatte, den Landeshauptleuten Verbote zu erteilen. Die Parteileitung der Sozialdemokraten proklamierte am 16. Juli den Streik in Eisenbahn, Post, Telephon und Telegraph für ganz Österreich. Auch in Wien sollte mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe gestreikt werden. In der Tat wurde die Streikparole befolgt. Zwei Tage lang war alle Verbindung und Nachrichtenübermittlung abgebrochen.

219

In Tirol und Vorarlberg jedoch hatten die Landesregierungen die Heimwehr als Notpolizei aufgeboden, und gemeinsam mit Militär und Gendarmerie besetzte sie am 18. Juli morgens zwischen 2 und 4 Uhr die Bahnhöfe und Eisenbahnstrecken zur Ermöglichung der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs. Zum ersten Male gelang es der Heimwehr, einen sozialdemokratischen Streik zu brechen. Auch in Steiermark brach die Heimwehr die kommunistische Herrschaft, die der Diktator Wallich, seinerzeit Volkskommissar unter Bela Khun, in Bruck an der Mur eingerichtet hatte. Während Wallich das Standrecht verkündete und sein Sowjetregime begann, strömten die Männer der Heimwehr zusammen, rüsteten sich hinreichend mit Gewehren, Maschinengewehren und Munition aus; die Herrschaft Wallichs war von kurzer Dauer. In ganz Steiermark schützten die Heimwehren Ruhe und Ordnung.

Die Sozialdemokratie ließ es nicht auf eine Machtprobe mit den Heimwehren ankommen. Am 18. Juli, nachts 24 Uhr, wurde der Streik auf Anordnung der Parteileitung beendet. -

Die Juliereignisse hatten die traurige Ohnmacht enthüllt, in der sich die Bundesregierung infolge der mangelhaften (...) weder Bundespräsident noch Landespräsident hatten die geringste Möglichkeit, gegen die Rebellion einzuschreiten. Ein Ausnahmezustand konnte nicht verhängt werden, der Bundespräsident konnte nicht das Bundesheer aufbieten, ja, er durfte es nicht einmal kraft eigener Machtvollkommenheit nach Wien rufen, ohne Einwilligung des Bürgermeisters! Dieser Sozialdemokrat Bürgermeister Seitz war am 15. Juli mächtiger als Hainisch und Seipl, diese hatten nicht einen Bruchteil der Macht und Entscheidungskraft in Händen - es sei denn, daß sie die Verfassung brechen würden und sich Befugnisse anmaßen, die ihnen nicht zukamen. Sie taten es nicht. Trotz dieser schwerwiegenden Mängel der Verfassung erwies sich aber doch zugleich

wieder ihre Stärke. War die zentrale Staatsgewalt auch ein Nichts gegen die Rebellen, so zeigte sich jetzt der Föderalismus als stärkster und mächtigster Gegner aller Umsturzversuche. Die in diesem Augenblick geradezu souveränen Länder hatten es in ihrer Macht, Wien hermetisch abzuschließen, sich gegen den roten Terror zu erheben und ihn zu ersticken.

220

6. Kapitel: Mängel der Verfassung 221

Der Föderalismus, der den Ländern ihre eigene Initiative ermöglichte, rettete die zentrale Staatsgewalt. Darum war es für die Bundesregierung in diesen Tagen schwierig, unverrückbar die gerade Linie der Staatsführung einzuhalten. Dennoch tat Seipl dies. Er ergänzte die Lücke, welche die Verfassung in der Initiative des Staatsmannes aufwies, durch eine private Fühlungnahme mit den Heimwehren, diesen gewissermaßen offiziellen Machtorganen der Länder. Die Existenz dieser Formationen mußte dem Bundeskanzler genügen, die Autorität seiner Macht auf legalem Wege aufrechtzuerhalten. Er zog nicht die Heimwehren an sich heran, trotzdem es ihm ein Leichtes gewesen wäre, aber er wußte, daß sie im entscheidenden Augenblick zu seiner Verfügung standen durch das Eingreifen der Landesregierungen. Andererseits stimmte er dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Wien zu, als dieser am 17. Juli aus Abteilungen des Republikanischen Schutzbundes eine Gemeindefürsorge zur Unterstützung der regulären Polizei, der Sicherheitswache, einrichtete. Allerdings verlangte Seipl, daß diese Gemeindefürsorge nach zehn Tagen wieder aufgelöst werden sollte. So steuerte Seipl mitten durch die christlich-sozialen Länder und das sozialdemokratische Wien hindurch: in den Ländern übernahmen die Heimwehren, in Wien der Republikanische Schutzbund den Schutz der Ruhe und Ordnung. Durch das geschickte Öffnen der Ventile vermied der Bundeskanzler in jenen aufgeregten Tagen jede Explosion, in Wahrheit war er der ohnmächtigste Mann von der Welt.

Der Bürgermeister Seitz löste die von ihm gebildete Gemeindefürsorge nicht am 28. Juli auf. Seipl machte ihm deshalb Vorwürfe. Die Liquidierungsstelle der Interalliierten Militärkontrollkommission mußte sich erst einmischen. Sie übergab am 29. Juli dem Bundeskanzler eine Note, worin sie nach Artikel 123 des Vertrages von Saint-Germain Einspruch erhob gegen die Gemeindefürsorge und deren Auflösung verlangte. Seipl gab die Note den folgenden Tag an Seitz weiter mit dem Ersuchen, alles zu veranlassen, um außenpolitische Komplikationen zu vermeiden. So verfügte denn Seitz am 5. August die Auflösung der Gemeindefürsorge zum 18. August und ihre Ersetzung durch eine lediglich für den Wachdienst bestimmten Gemeindefürsorge. -

221

Deutsche unter Fremdherrschaft 222

Um weitere Zusammenstöße zu vermeiden, verbot der Landeshauptmann von Vorarlberg die Konferenz der sozialistischen Internationale der Bodensee-Uferstaaten am 5. August, ja, der Landeshauptmann von Kärnten untersagte vier Tage später für volle zwei Monate jeglichen Aufmarsch von Wehr- und Selbstschutzverbänden. Im Nationalrat fanden die Julivorgänge lauten Widerhall. Die bewegte Debatte zeigte, wie tief die Kluft zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten sich aufgetan hatte. Zwar gab Dr. Bauer, der Sprecher der Sozialdemokraten, zu, daß die Sozialdemokratische Partei Fehler gemacht habe. Sie hätte den Demonstranten Ordner beigegeben und den Republikanischen Schutzbund aufbieten müssen. Aber die ganze Schuld für die Vorgänge treffe doch die Bundesregierung. Gegen die Polizei erhob er schwere Vorwürfe wegen ihrer Grausamkeit. Der Christlich-Soziale Schuschnigg aus Tirol wetterte gegen die Sozialdemokraten, daß ihre ständige Verbeugung vor den Kommunisten die Kluft zwischen Wien und den Ländern unüberbrückbar mache. Er

rühmte, daß es der Tiroler Heimwehr zum ersten Male gelungen sei, einen Verkehrsstreik teilweise zu brechen. Etwa 450 Teilnehmer der Julirebellion waren verhaftet . und den Gerichten zugeführt worden. Die Sozialdemokraten stellten am 3. November im Nationalrat den Antrag, daß die Amnestie anlässlich des Jahrestages der Republik auch auf diese Verhafteten und zum Teil schon Verurteilten ausgedehnt werde. Die Mehrheit jedoch lehnte diesen Antrag ab. Erst im November 1928 erhielten die Julirebellen Amnestie. - Als ein Zeichen dafür, wie tief das Volk innerlich aufgewühlt war, mußte der Revolveranschlag betrachtet werden, den am 26. November ein völkischer Student auf den Bürgermeister Seitz verübte, jedoch ohne ihn zu verletzen. - Seipl hatte aus den Julivorgängen die Notwendigkeit erkannt, sich für die Zukunft gegen etwaige Wiederholungen solcher Angriffe auf die Staatsgewalt zu schützen. Zunächst mußte das Heer ein zuverlässiges Instrument der Staatsmacht sein.
222

6. Kapitel: Reorganisation von Heer und Gendarmerie 223

Der 15. Juli hatte bewiesen, daß Vaugoins jahrelange Tätigkeit die Wehrmacht reformiert hatte. Was wäre aus Österreich geworden, wenn an jenen kritischen Tagen die Soldaten versagt hätten? Das Heer war nicht mehr das Machtorgan der Sozialdemokratie, das bewies nicht nur der 15. Juli, sondern das zeigten auch die Soldatenratswahlen, die genau ein Vierteljahr später, am 15. Oktober, stattfanden. Sie brachten der Sozialdemokratie eine empfindliche Niederlage. War im Heerespersonalausschuß bisher nicht ein einziger nicht-marxistischer Vertreter, so bekamen jetzt die Unpolitischen mit 7 Mandaten die Majorität über die 2 Sozialdemokraten. Im Brigadeausschuß erhielten die Unpolitischen 5, die Sozialdemokraten 1 Mandat. - Ein Jahr später fanden die allgemeinen Vertrauensmännerwahlen im Bundesheer statt. Von 281 Sitzen erhielt der unparteiische Wehrbund 212 (bisher 78), der sozialdemokratische Wehrverband 62 (bisher 118) und die Deutsche Soldatengewerkschaft 7. Das Heer allein konnte nur das Rückgrat des Staatsschutzes darstellen. Es kam aber auch darauf an, daß die Gendarmerie den Angriffen von links standhielt. Die Regierung verstand es, durch einen sanften Druck die Gendarmen zu bestimmen, die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verlassen und unpolitischen Standesvereinigungen beizutreten. Die Gendarmerie mußte, wie das Heer, entpolitisiert werden, damit nicht die Disziplin untergraben wurde durch Verhetzung gegen die höheren Kommandostellen. Darauf arbeitete die Regierung mit aller Energie hin. Anfang Februar 1928 war es dann auch soweit, daß die oberösterreichischen Gendarmen die Auflösung der in ihrer Mehrheit sozialdemokratischen Personalvertretung verlangten und sich in der Urabstimmung für unpolitische Organisationen aussprachen. Auch in der Gendarmerie hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Gehorsam gegen den christlich-sozialen Staat stärker sein müsse als der Gehorsam gegen die marxistische Partei. Neben Heer und Gendarmerie traten jetzt auch die Heimatwehren in die Reihe derjenigen, die den Staat aktiv gegen marxistische Angriffe schützten.
223

Deutsche unter Fremdherrschaft 224

Von Staats wegen wurde planmäßig eine Verbindung zwischen den drei Faktoren Heer, Gendarmerie und Heimwehr organisiert, die Heimatwehren wurden militärischen Kommandostellen angegliedert und bewaffnet. In Wien entwickelte sich ein lebhafter, aber doch immer geheimer Waffenhandel, der Tausende von Gewehren und Pistolen in den Besitz der Heimwehrangehörigen brachte. Offiziell durfte die Regierung zwar dies nicht unternehmen, aber sie hatte ihre Mittelsleute, die diese bewaffnete Organisation der Heimatwehren betrieben. Seit dem Juli 1927 wurden die

Heimwehren ein Faktor von ständig wachsender politischer Macht.

Man kann diese Einheitsfront von Volkswehr, Gendarmerie und Heimwehren auf etwa 150 000 Mann veranschlagen, und diese Truppe, die der Regierung Seipl zur Verfügung stand, war, wenn auch vielleicht nicht an Zahl, doch an Ausbildung und kriegerischer Qualität dem Republikanischen Schutzbund weit überlegen. – Mit Sorgen verfolgten die Sozialdemokraten diese Entwicklung. Auf dem Parteitag, der Ende Oktober bis Anfang November 1927 in Wien stattfand, entwarf Dr. Bauer einen pessimistischen Bericht. Die reaktionären Gewalten seien erstarkt, zwischen Heer, Gendarmerie und Heimwehren sei die Front geschlossen worden. Zwar könne die Demokratie nicht mehr angegriffen werden, denn sie sei noch die einzige Verständigungsmöglichkeit zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern. Doch eine Koalition der Sozialdemokraten mit Seipl sei nicht möglich. Es wäre höchstens zu erwägen, ob ein Abkommen über die innere Abrüstung geschlossen werden könne. Doch Seipl sei ja nicht verständigungswillig. – Dr. Renner wandte sich scharf gegen die kommunistischen Umtriebe: „Wir wollen das Recht und wir wollen den Frieden. Wir mühen gleichsam an der Spitze unterer Lanzen den andern den Frieden und das Recht anbieten.“ In einer EntschlieÙung wurde gesagt, daß mit Seipl keine Koalition möglich sei, Seipls Politik habe ein allgemeines Wettrüsten herbeigeführt und treibe zum Bürgerkrieg. Seipl sei eine Gefahr für die demokratische Republik. Doch er dürfe nicht vergessen, daß ihm 600 000 organisierte Sozialdemokraten und 1,5 Millionen sozialdemokratische Wähler gegenüberständen.

224

6. Kapitel: Wachsende Spannungen 225

Das hervorstechende Merkmal der Sozialdemokraten war die mangelnde Entschlossenheit ihrer Führer, der Intellektuellen. Sie mahnten zu Vorsicht und Ruhe: die Zeit sei noch nicht reif zur Revolution. Dies warfen die Kommunisten den Sozialdemokraten immer wieder vor, und sie nannten dies Verhalten den Verrat an der Arbeiterschaft. Die Kommunisten sammelten die entschlossenen, aber zahlenmäßig geringen Elemente unter der roten Fahne und organisierten sie im Rotfrontkämpferbund.

Immer schwüler wurde die Atmosphäre, die sich über Österreich ausbreitete. Die beiden mächtigen Gegner standen sich, zum Sprunge bereit, gegenüber. Auf der einen Seite der Republikanische Schutzbund, waffenstarr, auf das Kommando der Sozialdemokratischen Partei gedrillt, auf der andern Seite die Heimwehren, waffenstarr, im Bunde mit Heer und Gendarmerie, bereit zum Losschlagen, wenn die Regierung, der Bundeskanzler ihrer bedurfte. Schwere, schwarze Wolken drückten das Volk, und gelegentlich wetterleuchtete es grell aus ihnen, so wenn am 1. Februar 1928 die Sozialdemokraten im Nationalrat Aufklärung von der Regierung verlangten, warum man einen Druck auf die Gendarmerie ausübe, daß sie die sozialdemokratischen Gewerkschaften verlassen sollten, und der Vizekanzler Hartleb ihnen antwortete, die Gendarmerie sei kein Republikanischer Schutzbund, sie habe auf den Befehl der Regierung, nicht auf das Kommando einer Partei zu hören; – oder wenn der Bundeskanzler in den letzten Apriltagen den Rotfrontkämpferbund verbot; – oder wenn die Sozialdemokraten im Nationalrat die Abrüstung der Heimwehren verlangen.

Ende September 1928 machten die Heimwehren bekannt, daß sie am 7. Oktober in der Wiener Neustadt eine große Kundgebung veranstalteten. Sofort ordnete die sozialdemokratische Parteileitung am gleichen Tage eine große Kundgebung des Republikanischen Schutzbundes an. Die Wiener Bevölkerung lebte in Ängsten und Sorgen, fürchtete ein großes Blutvergießen, denn man wußte, daß beide Gegner gut bewaffnet waren.

225

Am 3. Oktober stellten die Sozialdemokraten im Nationalrat eine dringliche Anfrage wegen der inneren Abrüstung. Die Heimwehren seien zu faschistischen Organisationen entartet, sie drohten offen mit dem gewaltsamen Umsturz der Republik, und die Arbeiterschaft sei gezwungen, sich gegen derartige Gefahren zu wappnen. „Ist die Bundesregierung zu Verhandlungen über die innere Abrüstung bereit?“ frag Renner, und er wies darauf hin, daß die Wien-Neustädter Bevölkerung sich durch den angekündigten Heimwehraufmarsch am 7. Oktober geradezu physisch bedroht fühle. Die Heimwehren seien eine bezahlte Privatarmee der Industrie. Ihr Stabschef Major Pabst sei vom deutschen Reichsgericht als Verräter an der deutschen Nation gebrandmarkt. Die Arbeiter seien gezwungen, ihren Republikanischen Schutzbund aufrechtzuerhalten.

In der Erwidern dieser leidenschaftlichen Anklagen stellte sich Seipl auf den Standpunkt der Heimwehren und lehnte zunächst die innere Abrüstung ab. „Ich bin bereit, Verhandlungen über eine innerpolitische Abrüstung einzuleiten, sobald der 7. Oktober vorüber ist und eine Beruhigung der Öffentlichkeit eingetreten ist. Einen Erfolg von solchen Verhandlungen verspreche ich mir aber nur dann, wenn sie ohne Hinterhalt geführt werden und wenn ohne Hintergedanken abgerüstet wird. Der sozialdemokratische Antrag ist hierfür nicht geeignet. Man muß den Terror abbauen, aber nicht nur den Versammlungsterror, sondern auch den Betriebsterror!“

Der 7. Oktober nahte. Die Luft war zum Krachen mit Explosionsstoff gefüllt - es ereignete sich nichts. Die Tausende von Heimwehrleuten marschierten durch die Arbeiterviertel Wiens, finstere, fanatische Gesichter, und geballte Fäuste säumten ihren Weg, der Republikanische Schutzbund marschierte zu Tausenden durch die gleichen Straßen - Todhaß auf beiden Seiten. Es geschah nichts, und bewunderungswürdig war allein die eiserne Disziplin, welche auf beiden Seiten rasende Gefühle bändigte. Und weil nichts geschah, darum blieb nicht nur die ungeheure Spannung bestehen, nein, sie verstärkte sich noch.

226

6. Kapitel: Riß in der bürgerlichen Front 227

Seipl aber fühlte, daß seine Herrschaft ins Wanken geriet: Die Verfassung band ihm die Hände; er hatte wohl im entscheidenden Augenblick die bewaffnete Macht zur Hand, aber er hatte nicht das Recht, sie zu rufen und über sie zu verfügen. Koalitionsparteien, die Großdeutschen und Landbündler, begannen sich von den Christlich-Sozialen zu trennen. Diese sahen für Seipl nur eine Alternative: entweder führte er eine Entscheidung gegen die Marxisten herbei oder er müßte gehen, denn auf die Dauer war der herrschende Zustand unmöglich. Um aber eine Entscheidung gegen die Marxisten herbeizuführen, hätte Seipl die Verfassung zunächst ändern müssen. Dazu aber die Hand zu bieten, waren die Koalitionsparteien keineswegs gewillt: sie wußten sehr wohl, daß jetzt einer Verfassungsänderung die Parteidiktatur der Christlich-Sozialen, die Diktatur der Kleriker legalisieren würde. Das aber wollten sie nicht, denn sie befanden sich ja in starken politischen und kulturpolitischen Gegensätzen zu den Christlich-Sozialen. Besonders in den Ländern, wo bei den Regierungen keine Zusammenarbeit mit den Christlich-Sozialen bestand, wie in der Bundesregierung, entfalteten Großdeutsche und Landbündler eine von Tag zu Tag zunehmende Agitation gegen die Christlich-Sozialen. Großdeutsche, Landbündler und Sozialdemokraten stellten vor allem in kulturpolitischen Fragen eine geschlossene Opposition dar.

Der Riß in der bürgerlichen Einheitsfront zeigte sich bei der Wahl des Bundespräsidenten am 5. Dezember 1928 ganz offenbar. Der siebzigjährige Hainisch trat zurück, und in dreimaligem Wahlgange wurde der Christlich-Soziale Wilhelm Miklas mit 94 Stimmen der Christlich-Sozialen gewählt. Die Sozialdemokraten hatten Renner aufgestellt, den sie aber nach dem zweiten Wahlgange zurückzogen. Die Großdeutschen hielten die Kandidatur Schobers noch im dritten Wahlgange aufrecht,

wo er 26 Stimmen der Bundesversammlung erhielt.

Der Bundeskanzler fühlte mehr denn je die Mängel der Verfassung. Die Ereignisse der Julirebellion hatten die tatsächliche Ohnmacht der für den Staat verantwortlichen Regierung erwiesen.

227

Deutsche unter Fremdherrschaft 228

Hier mußten Lücken geschlossen werden, welche besonders den Bundespräsidenten betrafen, seine Machtstellung mußte erweitert, im eigentlichen Sinne erst geschaffen werden. Der Gedanke einer Verfassungsänderung mag bereits im Juli 1927 bei Seipl festere Gestalt gewonnen haben. Aber er wagte ihn nicht zur Diskussion zu stellen wegen der Widerstände, die er befürchten mußte. Jetzt vermißte er auch wieder die Handhabe der zentralen Gewalt, denn nur mit ihrer Hilfe hätte die Regierungskoalition diktatorisch Herr werden können der Differenzen in den Ländern. Jetzt war Seipl an dem Punkte angelangt, wo ihm die Verfassung eine Schranke aufrichtete vor seinem letzten Schritt zum Diktator, und wo er diese Schranke nicht brechen konnte, weil er zu sehr Parteimann war. Und darum durfte er nicht den Entscheidungskampf gegen die Marxisten wagen. Er war unsicher, er wußte nicht, ob und wie ihn die Länder lähmen, ihm in den Rücken fallen könnten. Ein weiteres Moment der Unsicherheit bildete die absolute Abhängigkeit der Bundesregierung vom Parlament. Die Stellung der Regierung mußte gestärkt werden durch eine Abhängigkeit von einem mit Macht ausgestalteten Bundespräsidenten. Sie mußte sich vom Parlamente befreien, in die Lage versetzt werden, im entscheidenden Augenblicke auch Notverordnungen und Ausnahmeverfügungen zu erlassen. Schließlich mußte als letzter Faktor der Unsicherheit die souveräne Stellung der Reichshauptstadt Wien beseitigt werden, die seit dem 1. Januar 1922 ein eigenes „Land“ darstellte und von Niederösterreich getrennt war. Das alles waren Fragen, die gelöst werden mußten, aber Seipl konnte nur zögernd versuchen, diese Lösung durchzuführen. Einem Parteiführer fehlte die Kraft, die elementare Staatsgewalt zu bändigen. Diese unangenehmen Gedanken bewegten Seipl gegen Ende 1928 sehr stark. Er sagte deshalb in seiner Rede zum 12. November, man müsse sich mit gewissen Änderungen der Verfassungsgrundlagen befreunden, und am 18. Januar 1929 kündigte er eine Verfassungsänderung großen Stiles an, im Sinne des Föderalismus und der Demokratie.

Am 9. Dezember 1928 hielten die Christlich-Sozialen in Wien einen Parteitag ab, an dem auch Vertreter der Bayrischen Volkspartei, darunter Ministerpräsident Held, teilnahmen.

228

6. Kapitel: Seipls Sorgen 229

Seipl hielt eine große politische Rede, in der er folgendes sagte:

Der Zustand, daß alle Parteien in der Regierung gegen die Sozialdemokratische Partei zusammengefaßt seien, sehe schöner aus als es gut sei. Rein politisch-taktisch sei es leichter gewesen, als die Landbündler noch draußen gewesen seien. Man hätte dann noch eine Reserve gehabt, die man in einzelnen Fällen hätte einsetzen können. Nun frage er sich, ob man nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen könne. Man sehe jedoch die Sozialdemokraten dort, wo sie in der Macht seien, immer wieder das Kulturkämpferische herausstellen. Nun seien gewiß auf dem Gebiete der Kulturpolitik auch die andern Mehrheitsparteien nicht auf seiten der Christlich-Sozialen, doch bei den jetzigen Regierungsparteien komme es nicht über eine gelegentliche Entgleisung hinaus. Insbesondere in der Regierung gebe es weniger Schwierigkeiten. Wenn man das jetzige System aufgebe, käme man wahrscheinlich in den Kulturkampf hinein, oder man müsse den Sozialdemokraten auf allen andern Gebieten übergroße Zugeständnisse machen. Es wäre gegen den Willen

des österreichischen Volkes, wenn die Christlich-Sozialen, die das Volk zur stärksten Partei gemacht hätte, jetzt in Opposition gingen. Auf welche Parteikombination solle man in Zukunft hinarbeiten? Man müsse wie bisher seine Aufgabe als Regierungspartei erfüllen und, solange es gehe, mit den nichtsozialistischen Parteien in der Arbeitsmehrheit bleiben. Die Frage sei nur, wie lange es gehe. Es seien Gefahren vorhanden, die aus der Zusammenarbeit mit den andern Mehrheitsparteien hervorgingen. Sie bestünden darin, daß diese Zusammenarbeit in der Regierung kein vollkommenes Gegenstück in den Bundesländern finde, wo von den andern Parteien eine Agitation entfaltet werde, die sich teilweise nicht allzu stark von der sozialdemokratischen unterscheide. Daraus erwachte auf beiden Seiten Erbitterung. Man stehe daher vor der zwingenden Notwendigkeit, in der allernächsten Zeit mit größter Energie auf der Bereinigung aller Unstimmigkeiten zwischen den Mehrheitsparteien zu bestehen.

229

Deutsche unter Fremdherrschaft 230

Die Sache war in Wahrheit die, daß Seipl an dem Erfolg seines Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu zweifeln begann: Die bürgerliche Einheitsfront, die er im Frühjahr 1927 geschaffen hatte, drohte zu zerbrechen, letzten Endes an der Frage der Verfassungsänderung, von welcher die andern Parteien eine christlich-soziale Diktatur befürchteten. Seipl fühlte über sich das tragische Verhängnis, als Parteimann selbst ein Gefesselter, dem Spiel der andern Parteien, der eigenen Bundesgenossen, ausgeliefert zu sein. Wollte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie fortführen, ja sogar, wollte er sich behaupten, dann mußte es ihm nicht nur gelingen, baldigst eine Verfassungsänderung herbeizuführen, sondern auch mit den Koalitionsparteien das zerrüttete Verhältnis wieder zu festigen. Beides konnte er nicht mehr ausführen. Die Koalitionsparteien kamen ihm zuvor, sie gingen zum Angriff gegen ihn über, mit dem Ziele, ihn zu stürzen. Seipls Ankündigung einer Verfassungsreform parierten Großdeutsche und Landbündler mit außerordentlich schweren Schlägen. Am 22. Januar 1929 nahm der Nationalrat mit 80 Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen gegen 76 Stimmen der Christlich-Sozialen und des Landbundes einen sozialdemokratischen Antrag an, durch den die Regierung aufgefordert wurde, binnen drei Monaten das österreichische Eherecht an das reichsdeutsche anzugleichen. Das war ein Kardinalpunkt der Verschiedenheit in der kulturpolitischen Auffassung, und mit verzweifelten Kräften hatten sich bis jetzt die Christlich-Sozialen gegen diesen „Kulturbolschewismus“ einer Änderung des Eherechts gewehrt. Man konnte voraussehen, daß der Prälat Seipl dieser Forderung nicht stattgeben konnte.

Am nächsten Tage versetzten Sozialdemokraten und Großdeutsche der Regierung weitere Schläge. Im Nationalrat wurde eine sozialdemokratische EntschlieÙung angenommen, die unverzüglich die Ausdehnung des Reichsvolksschulgesetzes auf das Burgenland verlangte. 70 Sozialdemokraten und 11 Großdeutsche unterstützten den Antrag, und nur 70 Christlich-Soziale und 6 Landbündler stimmten dagegen. Unmittelbar darauf brachten die Großdeutschen einen Antrag ein:

230

6. Kapitel: Erweiterte Stellung Seipls 231

Den von der am 25. November 1928 durch den Salzburger Fürstbischof und Bundeskanzler Seipl neu eröffneten Salzburger katholischen Universität verliehenen akademischen Graden solle die Anerkennung versagt und ebenso allen Studierenden die in Salzburg verbrachten Semester von den übrigen Bundeshochschulen nicht angerechnet werden. Auch dieser Antrag wurde mit der gleichen Mehrheit angenommen. Schließlich brachte noch der Landbund eine Resolution ein, die sich inhaltlich mit dem sozialdemokratischen Antrag deckte und die Ausdehnung des

Reichsvolksschulgesetzes auf das Burgenland verlangte. Landbund, Großdeutsche und Sozialdemokraten stimmten für den Antrag, die Christlich-Sozialen waren isoliert. Eigentlich war schon an diesem 23. Januar 1929 das Urteil über Seipl gesprochen. Das Parlament hatte dem Bundeskanzler den Krieg erklärt. Dennoch scheute er Wochen hindurch nicht die mühseligen Versuche, die zerbrochene Einheitsfront wieder zu leimen. Seine Verfassungswünsche fanden strikte Ablehnung, unverrückbar beharrten seine Gegner auf dem Ehegesetz, andere kulturpolitische Gegensätze kamen hinzu. Dann klaffte ein fundamentaler Gegensatz zwischen Seipl und seiner Opposition in der Frage der Wohnungsreform und der etappenweisen Aufwertung der Mieten, auch die Grundsatzgesetze, welche die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Staat und Ländern zum Gegenstande haben, vertieften die Kluft. Ja sogar in der Christlich-Sozialen Partei selbst schwand die Einmütigkeit bei der Behandlung der handelspolitischen Probleme: während der eine Flügel zum Wirtschaftsanschluß an Deutschland hinstrebte, widersetzte sich diesem Streben der andere, klerikale Flügel, dem Seipl angehörte. Es war dem Bundeskanzler nur möglich, sich mit untergeordneten Verfassungsfragen zu beschäftigen, mit der Umwandlung der Geschworenengerichte in Schöffengerichte, mit einem modernen Pressegesetz und mit dem Schutze des Arbeitsrechtes. Seipl erkannte, daß er vollkommen auf das tote Gleis gekommen war, der Parlamentarismus, dem er auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war, hatte sich festgefahren, und das Staatsoberhaupt, geflissentlich von der Verfassung zur Ohnmacht verurteilt, hatte keine Möglichkeit, das Staatsschiff wieder flottzumachen.

231

Deutsche unter Fremdherrschaft 232

Am 3. April unterbreitete der Bundeskanzler die Demission des Kabinetts: die inneren Spannungen hätten ein hohes Maß erreicht; das Verhältnis zwischen Bund und Ländern sei immer noch in der Schwebelage; dies hindere die Regierung, sich ungestört mit den Sorgen des Wirtschaftslebens zu beschäftigen. Die Verhandlungen zur Vorbereitung einer Investitionsanleihe vom Ausland seien bisher günstig verlaufen. Die Sozialpolitik sei so weit fortgeschritten, daß sie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Feindschaft mehr zu erzeugen brauche. Aber die inneren Spannungen ständen dieser Entwicklung entgegen. Durch beharrliche Agitation werde viel Haß aufgehäuft. „Aber der Ausweg, auf dem meine Gegner zu rein sachlicher Arbeit für das öffentliche Wohl zurückkehren können, soll nicht versperrt werden. Deswegen halte ich es für richtig, nachdem ich in den zehn Jahren der Republik insgesamt fast fünf Jahre an der Spitze der Regierung gestanden habe, den politischen Parteien die Möglichkeit zu geben, in anderer Weise als es unter meiner Führung geschehen konnte, die Zukunft sicherzustellen.“

Das war das Ende der Ära Seipl. In der großen innenpolitischen Aufgabe, die er sich in seiner zweiten Ära gestellt hatte, nachdem er in seiner ersten Bundeskanzlerschaft Österreich vom Alpdruck der Inflation befreit hatte, in der Bekämpfung des Marxismus, war er gescheitert, weil er bei dem Versuche, ihn hindernde Mängel der Verfassung zu beseitigen, von seinen Bundesgenossen, den Großdeutschen und dem Landbund, verlassen wurde. Die bürgerliche Einheitsfront, das Werk Seipls aus dem Frühjahr 1927, war im Frühjahr 1929 ein Haufen von Scherben. Das war die Folge davon, daß Seipl der von ihm angestrebten Diktatur kulturpolitisch ein klerikales Gepräge gab. Seine Gegner erblickten in seiner Herrschaft zugleich die Herrschaft der katholischen Kirche, des Klerikalismus. Und deshalb bäumten sie sich auf gegen die christlich-soziale Herrschaft Seipls.

232

6. Kapitel: Paneuropakongreß 233

Wir müssen noch einen Blick auf die äußeren Vorgänge in der zweiten Ära Seipl

werfen.

Seipl war, aus den Anschauungen seiner Kirche und seines Glaubens heraus, ein Ireniker, ein Freund des Friedens und der Versöhnung, der Wiederherstellung christlicher Einheit, wie sie im frühen Mittelalter war. Seipl erkannte den Völkerbund als seinem Ideal am nächsten kommend. Seine Auffassung wurde durch seine österreichische Nationalität bestärkt: die einzige Möglichkeit, dem kleinen und schwachen Österreich seine Freiheit, sein Wesen und seine Unabhängigkeit zu bewahren, bot der Völkerbund, und das höchste Ziel österreichischer Politik mußte es sein, dem Völkerbunde zu helfen, mit ihm zusammenzuarbeiten, denn so nur konnte auch Österreich geholfen werden. Österreich und Völkerbund galten Seipl als zwei untrennbare Begriffe. Deswegen war Seipl besonders erfreut über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund, September 1926. Durch dieses Ereignis war der Völkerbund seiner Vollkommenheit einen Schritt näher gekommen. So war es kein Zufall, daß der erste Paneuropa-Kongreß des Grafen Coudenhove-Kalergi unter dem Vorsitz des deutschen Sozialdemokraten Paul Löbe und unter tätiger Anteilnahme Seipls am 3. Oktober 1926 in Wien abgehalten wurde.

Doch der Weg zu Paneuropa konnte nur in kleinen Schritten zurückgelegt werden. Seipl setzte daher seine wirtschaftsfreundliche Politik fort durch den Abschluß von Handelsverträgen mit fremden Völkern, so mit Finnland 9. August 1927, und mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit denen am 19. Juni 1928 ein Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag geschlossen wurde. Aber die österreichische Wirtschaft, die sich immer noch nicht erholen konnte, verlangte auch gewisse Selbstschutzmaßnahmen. Es gelang nicht, die Zahl der Arbeitslosen herabzudrücken. Sie schwankte ständig im Jahre zwischen einer halben und einer Viertelmillion. Seipl suchte dem Arbeitsmangel im Innern abzuwehren, indem er die Einfuhr zu drosseln versuchte. Am 27. Oktober 1927 wurde die Zolltarifnovelle Gesetz. Eine Reihe Zusatzabkommen über Zollerhöhungen wurden mit fremden Staaten geschlossen, so mit Ungarn 14. Juni 1928, mit Südslawien 31. Dezember 1928.

233

Deutsche unter Fremdherrschaft 234

Auch bemühte sich Seipl um die Erlangung einer ausländischen Anleihe, die in die Industrie investiert werden und sie beleben sollte - gewissermaßen eine Wirtschaftsanleihe als Gegenstück zur Finanzanleihe von 1922. Er schloß mit den Gläubigerstaaten in Europa Reliefschuldenverträge und Abkommen über die Reparationen, um den Weg für die Begebung der Investitionsanleihe freizumachen, doch scheiterten alle seine Bemühungen noch am Widerstande Italiens. Im Londoner Abkommen 1928 wurde zwischen Österreich, England, Frankreich und der Tschechoslowakei vereinbart, daß die Reliefschulden, d. h. für die nach dem Waffenstillstand gelieferten Lebensmittel, innerhalb 28 Jahren, nach Ablauf des Moratoriums für die Stabilisierungsanleihe 1943, bezahlt werden sollten und daß erst nach ihrer Bezahlung 1968 die Reparationen festgesetzt und fortlaufend bezahlt werden sollten. Die österreichische Schuldenfrage wurde also in dieser Weise geregelt: Stabilisierungsanleihe bis 1941, Reliefschulden bis 1968, dann Reparationen! Allerdings standen sich in der Behandlung der Wirtschaftsnot zwei Auffassungen gegenüber. Seipl suchte unter allen Umständen Österreichs Wirtschaft selbständig zu erhalten, indem er ihr durch Zölle und Anleihen zu helfen versuchte. Die Großdeutschen dagegen forderten den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland. Diese Auffassung machte sich auch Bundespräsident Hainisch zu eigen. In seiner Rede am 12. November 1928 meinte er, die österreichische Wirtschaft sei noch immer nicht vollständig saniert, deshalb müsse der Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet erstrebt werden. Die Verschiedenheit der Auffassung in dieser Frage ist ein Grund für den Rücktritt Hainischs gewesen.

Mehr Glück als in der Sanierung der Wirtschaft hatte Seipl in der Erhaltung des Gleichgewichts der Staatsfinanzen. Die Etats für 1928 und für 1929 hatten beide Male einen Überschuß von etwa 35 Millionen Schilling aufzuweisen. Dies ist um so

bemerkenswerter, als der Etat durch das starke Mißverhältnis der Pensionäre zu den Beamten belastet wurde: 201 000 Bundesbeamten standen 143 000 Pensionäre gegenüber.

Trotzdem Seipl bemüht war, die Selbständigkeit Österreichs aufrechtzuerhalten, war er der kulturellen und juristischen Angleichung seines Landes an das Deutsche Reich nicht abgeneigt.

234

6. Kapitel: Deutschland, Italien 235

Im September 1927 hatte die fünfjährige Angleichungsarbeit auf dem Gebiete des Strafrechts einen Schritt vorwärts getan. Der Nationalrat beschäftigte sich mit dem Entwurf eines neuen Strafgesetzes, das für das Deutsche Reich wie für Österreich gelten sollte und von den Juristen beider Reiche ausgearbeitet worden war. Es blieben ja immer noch einige Unterschiede bestehen, schon rein administrativ: In Österreich gehörte die Rechtsprechung zur Bundesexekutive, im Deutschen Reiche zur Länderexekutive. Im deutschen Entwurf wurde auch die Todesstrafe beibehalten, während sie im österreichischen Entwurf fortfiel. Der Großdeutsche Dinghofer, der seit 16. September 1927 Justizminister war, brachte den Entwurf vor den Nationalrat und führte dabei aus: „Die Rechtseinheit mit dem Deutschen Reiche wäre nicht nur ein sichtbarer Ausdruck für die Einheit der Kultur, für die Gleichheit der sittlichen und rechtlichen Anschauungen bei uns und im Reiche, sie wäre nicht nur ein Denkmal der nationalen Zusammengehörigkeit der beiden Gemeinwesen, in denen das einheitliche deutsche Volkstum seinen zweifachen staatlichen Ausdruck findet, sie hat auch großen praktischen Wert.“

Die Sozialdemokraten waren zwar erfreut über die Angleichung der Rechtsanschauungen, bedauerten aber, daß sie zuerst auf dem Gebiete des Strafrechtes geschähe, statt auf dem Gebiete des Eherechtes. Renner bedauerte auch, daß die Todesstrafe im deutschen Entwurf beibehalten worden sei. - Es wurde schließlich vom Nationalrat ein Ausschuß gewählt, der 26 Parlamentarier umfaßte und den Großdeutschen Weber, früheren Justizminister und Vizekanzler, zum Vorsitzenden hatte. Dieser Ausschuß sollte das Strafgesetz weiter vorbereiten. Die im südlichen Tirol Herbst 1927 einsetzende rücksichtslose Verwelschungspolitik Mussolinis rief in Nordtirol einen Sturm der Entrüstung hervor. Auch der Bundeskanzler Seipl sprach sich entschieden gegen die kulturelle Diktatur der Italiener aus. Das hatte zur Folge, daß das Verhältnis Österreichs zu Italien Anfang 1928 stark getrübt wurde. Mussolini berief sogar seinen Gesandten Auriti aus Wien ab.

235

Deutsche unter Fremdherrschaft 236

Mehrere Monate lang dauerte das Mißverhältnis. Seipl erklärte in Rom, er denke nicht daran, sich in Italiens innere Angelegenheiten zu mischen, sein Interesse sei lediglich ein kulturelles. Schließlich war Mussolini versöhnt und sandte Auriti am 2. Juli wieder nach Wien.

Ebenso sehr wie sich Seipl gegen den Anschluß an Deutschland wehrte, wies er einen Vorstoß der Kleinen Entente zurück, Österreich in ihr System einzubeziehen. Die Kleine Entente, Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, war ein Bündnis mit negativen Zielen, zusammengehalten durch den Gegensatz zu Ungarn, nachdem Österreichs Anschlußbestrebungen vereitelt waren. Benesch versuchte, den Bund auch mit positiven Aufgaben zu erfüllen. Schon seit mehreren Jahren hatte die Kleine Entente an Österreich die Aufforderung gerichtet, in nähere Beziehungen zu ihr zu treten. Österreich hatte beharrlich alle diese Versuche abgelehnt, weil es überhaupt einseitige politische Bindungen ablehnte. Vom 20. bis 22. Juni 1928 hielt die kleine Entente in Bukarest eine Konferenz ab, auf der sie beschloß, sich

umzubilden und nicht bloß politische Ziele zu verfolgen, sondern auch wirtschaftliche Aufgaben zu lösen, deren vorwiegend sie die Einbeziehung Österreichs war. Benesch sprach von einer Einbeziehung Österreichs in das „wirtschaftliche System der kleinen Entente“, welches „keinen politischen, wohl aber einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten Mitteleuropas auf Grund besonders zu schaffender, zusammenhängender Handelsverträge“ bezwecke. Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch bekräftigte diese Auffassung: „Infolge der gegebenen Tatsachen betrachten Jugoslawien und die kleine Entente Österreich als zu dem von der kleinen Entente ausgehenden wirtschaftlichen System gehörig und wollen ihm Österreich - jene zu seiner Existenz und Entwicklung nötigen Möglichkeiten bieten, die ihm infolge der politischen Nachkriegsverhältnisse im allgemeinen die protektionistischen Methoden der umgebenden Nachfolgestaaten zum Teil genommen haben“. Diese Stellungnahme zu Österreich liege nicht nur im Interesse der kleinen Entente und ganz Europas, sondern auch in dem Deutschlands.

236

6. Kapitel: Donauföderation oder Anschluß 237

Besondere Bedeutung erhielten diese Pläne dadurch, daß Marinkowitsch gleichzeitig die absolute Gegnerschaft der kleinen Entente gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland betonte, „was aber nicht ein Prinzip, sondern eine aus den bestehenden Verhältnissen resultierende Notwendigkeit darstellt“. - Das war nun das Wichtige an der Bukarester Konferenz, daß Benesch und Marinkowitsch die kleine Entente zur Donaukonföderation erweitern wollten unter betontem Gegensatz gegen die österreichischen Anschlußbestrebungen.

Deshalb richtete im Nationalrat am 27. Juni 1928 der Sozialdemokrat Dr. Otto Bauer die Anfrage an Seipl, ob an die österreichische Regierung jemals das Ansinnen gestellt worden sei, in Sonderbeziehungen zu den Mächten der kleinen Entente zu treten. Das Volk wolle nicht in das wirtschaftliche System der kleinen Entente eingegliedert werden, sondern fordere einmütig den Anschluß an das Deutsche Reich. Der Bundeskanzler Seipl erwiderte darauf in langer Rede, betonte, daß die Staatsmänner der kleinen Entente mit großer Energie sich gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland ausgesprochen hätten. Er folgerte, Österreich könne daraus lernen, daß es nicht an der Zeit sei, mit einer Erfüllung des Anschlußgedankens zu rechnen, und daß es gar nicht an der Zeit sei, selbst diesen Gedanken in öffentlichen Aussprachen mehr in den Vordergrund zu rücken, weil man ja wisse, daß man derzeit auf jede solche Äußerung ein Nein zur Antwort bekomme. Im übrigen wunderte sich Seipl darüber, daß die kleine Entente plötzlich ein wirtschaftliches System verfolge und Österreichs Zugehörigkeit hierzu proklamiere, obwohl Österreich selbst nichts davon wisse. Es sei doch bekannt, daß die kleine Entente bisher politische Ziele „gegen einen bestimmten, uns benachbarten mitteleuropäischen Staat- gemeint ist Ungarn - gehabt habe. Es sei gar nicht verlockend für Österreich, nicht in die politische kleine Entente hineinzukommen, sondern nur zu dem Wirtschaftssystem zu gehören, das von der kleinen Entente ausgehe, „sozusagen ein Mitglied zweiter Klasse zu sein einer Vereinigung von Staaten, das nur wirtschaftlich mitreden und einige Vorteile beziehen darf, politisch aber nichts zu sagen hat“.

237

Deutsche unter Fremdherrschaft 238

Das sei nicht gerade der Würde und dem Ansehen Österreichs entsprechend. Seipl schloß: „Deswegen habe ich die Meinung, daß wir uns freihalten müssen, hineinzugehen in eine größere oder kleinere, eine europäische, mitteleuropäische, deutsche Lösung, sobald sich uns die Tür in dieses oder jenes größere Wirtschaftsgebiet öffnet. Aber niemals werden wir glauben, daß die

mitteleuropäische Frage gelöst ist, wenn der große Staat, der das eigentliche Mitteleuropa ausfüllt, das Deutsche Reich, bei dieser Lösung nicht mit dabei ist.“ - Die Absage Seipls an die kleine Entente fand den Beifall des Nationalrats, doch sein neuerliches Abrücken von der Anschlußidee forderte den Widerspruch der Großdeutschen heraus. Dr. Wotawa entgegnete, es sei gut, wenn möglichst oft das Anschlußproblem international erörtert würde. - Eine andere Meinungsverschiedenheit erhob ich im Herbst 1928 zwischen Österreich und Ungarn und betraf das Burgenland. Graf Bethlen, der ungarische Ministerpräsident, hielt am 14. Oktober 1928 in Ödenburg wie schon einmal im Vorjahre eine revisionistische Rede. Daraus ging hervor, daß Ungarn auf die abgetretenen heile des Burgenlandes noch nicht verzichtet hatte, wie Österreich nicht die Abstimmung in Ödenburg anerkannte. Bethlen führte aus, er erwarte von dem 70-Millionen-Volke der Deutschen - er setzte also den Anschluß voraus - daß es einmal vom Wortlaut der Verträge absehen und dazu kommen werde, durch eine nochmalige Volksentscheidung erst endgültig über die Zugehörigkeit des Burgenlandes das Los fallen zu lassen. Ein diplomatischer Notenwechsel zwischen Wien und Budapest sowie verschiedene Anträge der Sozialdemokraten und Mehrheitsparteien im Nationalrat waren die Folge. - Betrachtet man die außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1928, so erkennt man, daß die von Seipl angestrebte Versöhnungspolitik keineswegs so reibungslos vor sich ging, wie mancher erwartet hatte. Die schwere Trübung des Verhältnisses zu Italien hatte tiefgreifende Folgen. Italien verweigerte die Zustimmung zu dem Abkommen zur Regelung über die Reliefschulden, welches Österreich 1928 mit den andern europäischen, Reliefgläubigerstaaten geschlossen hatte;

238

6. Kapitel: Bundeskanzler Streeruwitz 239

es verweigerte ferner den auf die Vertagung der Reparationsfrage bezüglichen Beschlüssen seine Zustimmung und verhinderte so, daß die von der österreichischen Wirtschaft dringend ersehnte Investitionsanleihe zustande kam. Die Absage an die Wünsche und Ziele der Kleinen Entente spannte die Beziehungen zur Tschechoslowakei, zu Rumänien und Jugoslawien an, der burgenländische Fragenkomplex riß alte Gegensätze zu Ungarn auf. Andererseits kamen die Verhandlungen mit Deutschland über einen Handels- und Zollvertrag sowie über die Rechtsangleichung nicht vorwärts. Seipl war, wie im innern, so auch in der Außenpolitik auf dem toten Punkte angekommen, und die äußere Entwicklung hat mit zu seinem Entschlusse beigetragen, die Regierung niederzulegen, wenn auch die eigentlichen Triebkräfte dafür in der inneren Entwicklung zu suchen sind. Das Interregnum dauerte einen Monat. Außerordentlich heftige Kämpfe wurden zwischen den widerstrebenden Parteien ausgefochten. Schließlich einigten sich die alten Koalitionsparteien wieder auf einer rein wirtschaftspolitischen Basis: auf der Schaffung eines Mietengesetzes, auf der Ausschaltung kulturpolitischer Probleme und auf einer deutschfreundlichen Handelspolitik, d. h. auf dem Gedanken der Übertragung des Angleichungsverfahrens vom Rechtsgebiete auch auf das wirtschaftliche Gebiet. Die zunehmende Passivität der Handelsbilanz, die Zerfahrenheit der Außenhandelspolitik, der Rückgang der Industrie, die Verschärfung der Arbeitslosennot, die Notlage der Landwirtschaft begründeten die Forderung, daß ein hervorragender Wirtschaftler an die Spitze des Staates treten solle, ein Mann, der schließlich auch eine Verständigung mit der Sozialdemokratie herbeiführen konnte. Am 4. Mai wählte der Nationalrat mit 89 Stimmen der Christlich-Sozialen, der Grossdeutschen und des Landbundes gegen 59 Sozialdemokraten den Christlich-Sozialen Streeruwitz zum Kanzler. Er übernahm gleichzeitig das Außenministerium. Vizekanzler wurde der Landbändler Schumy. Das Kabinett umfaßte sechs Christlich-Soziale, unter denen sich auch wieder Vaugoin befand, zwei Großdeutsche und einen Landbändler. -

239

Ernst Ritter von Streeruwitz entstammte einer deutschböhmisches Familie, die im Dreißigjährigen Kriege geadelt worden war. Ursprünglich Offizier, wandte er sich später dem juristischen und volkswirtschaftlichen Studium zu und nahm führende Stellen in der Industrie ein. Er war Vizepräsident der Wiener Handelskammer und des Wiener Industriellenklubs, sowie Vorsitzender verschiedener Organisationen. Schon an der österreichischen Zolltarifnovelle hatte er maßgebend mitgearbeitet, auch war er immer einer der eifrigsten Vorkämpfer einer Wirtschaftsunion mit Deutschland. - Der Vizekanzler Schumy war früherer Landeshauptmann von Kärnten und Führer der im Landbund organisierten Kärntner Bauern. 1918 und 1919 hatte er sich große Verdienste im Abwehrkampfe gegen die Südslawen erworben. Streeruwitz entwickelte sein Programm. Außenpolitisch sollte der bisherige Kurs fortgeführt werden. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten wurden erstrebt, vor allem auch zu Italien und insbesondere zu Deutschland. Seipls großes Werk, das in der Wiederaufrichtung der Währung und der Finanzen bestanden habe, werde vor Gefahren bewahrt werden. Die von Seipl nicht erlangte Investierungsanleihe zur Förderung der Wirtschaft werde die neue Regierung zu erreichen sich bemühen. Die Anleihe müsse im geeigneten Zeitpunkt begeben und neue Impulse müßten für die Wirtschaft freigemacht werden können. Die handelspolitische Aktion werde man ebenfalls nachdrücklich fortsetzen, um günstigere Ausführbedingungen zu erhalten, die Österreich auf Grund seiner Einfuhr beanspruchen könne. Das Streben nach stärkerem Schutz werde Österreich von außen aufgedrängt. Innenpolitisch müsse vor allem einseitige Parteipolitik eingedämmt und der hemmungslose Parteihader beseitigt werden. Die Regierung Streeruwitz besaß nicht die Kraft, ihre umfangreichen Pläne zu verwirklichen. Im Innern verzehrte sie sich in wochenlangen Kämpfen um die Verfassungsreform. Die Gegner der Christlich-Sozialen, vor allem auch die Heimwehren, leisteten Obstruktion, weil sie nicht willens waren, die Macht eines christlich-sozialen Bundeskanzlers zu stärken. Man kam nicht vorwärts. Nur zwei bedeutsame Gesetze konnte Streeruwitz in seiner fünfmonatigen Regierungszeit durchbringen.

240

6. Kapitel: Wohnungs- und Rentnergesetz

241

Am 14. Juni nahm der Nationalrat das Gesetz über Wohnungen und deren Vermietung an. Dieses Gesetz regelte zum erstenmal von Staats wegen die Mieten. Nach deutschem Vorbilde wurden zu dem gesetzlichen Mietzins, der nach dem Friedensstande ermittelt wurde, Unkostenzuschläge hinzugefügt und eine Zinsgroschensteuer, welche der deutschen Hauszinssteuer entsprach. Es sollte eine Zinsgroschensteuer in Höhe von einem Groschen für je eine Krone Friedensmiete erhoben werden. Die hieraus fließenden Summen sollten zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden: 30 000 Wohnungen sollten bis Ende 1932 daraus errichtet werden. Man dachte sich das so: der Siedler, der ein Haus bauen wollte, mußte 10 Prozent der Bausumme als Eigenkapital aufweisen. 30 Prozent wurden von einer Bank als erste Hypothek gegeben, und der Rest von 60 Prozent wurde, zu 1 Prozent verzinslich, als zweite Hypothek aus den Mitteln der Zinsgroschensteuer gegeben. - Ein zweites Gesetz verpflichtete die Vermieter, aber nur in Wien, jede frei werdende Wohnung der Behörde anzuzeigen. Zwei Monate lang hatten die Vermieter das Recht der freien Vermietung, stand die Wohnung aber länger leer, dann wies die Stadt Mieter ein.

Das zweite bedeutsame Gesetz war das am 18. Juli im Nationalrat angenommene Kleinrentnergesetz. Es brachte zum ersten Male in Österreich eine Art Aufwertung von Kronenansprüchen der durch die Inflation geschädigten Gläubiger. Diese Aufwertung stand aber nicht unter dem Gesichtspunkt des Besitzes, sondern unter

dem Gesichtspunkt der Sozialfürsorge. Ansprüche durften nur Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre erheben, sowie andere erwerbsunfähige Rentner, die Anfang 1919 ein Rentenskapital von 6000 bis 60 000 Kronen besaßen. Diese Altersrentner erhielten jetzt Unterhaltsrenten, gestaffelt von 4 bis 1 Prozent des Kapitals. Der Gesamtaufwand aus den Mitteln des Kleinrentnerfonds, der durch den Bund und die Gemeinden aufgebracht werden mußte, wurde für das Jahr 1930 auf 16 Millionen Schilling festgesetzt, ein Betrag, der einer Zahl von etwa 40 000 Unterstützungsempfängern entsprach.

Das war eine Belastung von 2 Schilling (- 1,58 RM.) auf den Kopf der Bevölkerung.
241

Deutsche unter Fremdherrschaft 242

Aber die Besprechungen um die Verfassungsreform kamen nicht weiter. Streeruwitz wurde durch die Heimwehren unter Druck gesetzt, die kategorisch die Abwendung vom Parteienstaat und die nationale Diktatur verlangten. Die Macht der Heimwehren auf Parteien und Regierung wuchs von Tag zu Tag. Es war der überparteilich-nationale Kampfbund für ein straffes, starkes Reich, der auch aus der Arbeiterschaft immer mehr Zulauf gewann. Prinz Rohan schrieb in jenen Tagen über die Heimwehren folgendermaßen: die Bewegung „hat sich nach dem 15. Juli über allen Partikularismus hinweg zu einer allgemeinen österreichischen Bewegung entwickelt, die mit starkem Idealismus und ebenso begeistertem wie ernstem Heimatspatriotismus einen neuen Staatsgedanken organischer Gesellschaftsordnung vertritt. Ähnlich wie seinerzeit beim italischen Faschismus sind Menschen, Charakter, Mut und Opferfreudigkeit früher da als ein deutliches Programm und eine geistig bestimmte Orientierung. Nach innen handelt es sich bei der Heimwehr ganz primitiv darum, den Marxismus umzubringen, aber schon beginnen Meinungsverschiedenheiten über die Kampfmethoden, die Heimwehr in einen gemäßigten und einen radikalen Flügel zu gruppieren. Wir sind nicht in Italien. Ein neues Staatsprogramm hat in Österreich nur dann Aussicht, die alten Mächte zu beseitigen, wenn es nicht nur Massenversammlungen zu begeistern, sondern durch positive Sachlichkeit auch jenseits der Phrasen, in der abgeklärten Atmosphäre ruhiger Erwägung, die geistige Substanz des Landes zu überzeugen vermag ... So stark aus den Äußerungen der Heimwehr das Lebensgefühl des Jahrhunderts spricht, so stellt das primitiv antimarxistische Programm ohne differenzierte positive Ziele vorerst eine lediglich negative Kraft dar, die sich allerdings nach und nach in eine staatsaufbauende Macht verwandeln könnte. Immer klarer wird die Gegnerschaft der Heimwehren gegen den alten Parteienstaat überhaupt. . . . Durch den Zustrom von Arbeitermassen in die Bewegung wird naturnotwendig das Augenmerk derselben über die reine Besitzverteidigung hinaus zu den großen Sozialproblemen, zu Fragen der Staats- und Gesellschaftsordnung geworden.“

242

6. Kapitel: Schuldenverhandlungen 243

Steidle und Pfriemer, die beiden Führer der Heimwehrbewegung, und ihr Stabschef Pabst waren im Laufe zweier Jahre die mächtigsten Leute in Österreich geworden. Die Atmosphäre war gewitterschwül und drängte auf Entspannung. Dies bewiesen die Vorgänge am 18. August in Sankt-Lorenzen bei Graz, als zwischen Heimwehr und Republikanischem Schutzbund eine blutige Schlägerei stattfand. Die Parteien des Nationalrats und die Regierung selbst unterstanden dem Druck der Heimwehr; saßen ja doch die Führer der Heimwehren in den Regierungen der Länder außer Wien! Schließlich fiel der schwache Streeruwitz diesem Druck zum Opfer: am 25. September trat das Kabinett zurück, weil der Bundeskanzler weder in seiner eigenen Partei noch in der Koalitionspartei der Landbündler eine geschlossene und sichere Mehrheit hinter sich habe. Streeruwitz war zu nüchtern, zu bedächtig. Die

Heimwehren tadelten ihn wegen seiner Trägheit. Sie forderten stürmisch die Stärkung der Staatsgewalt gegen die schrankenlose Parteiherrschaft. Sie drohten mit ihrer Offensive, mit einem Putsch, mit einem „Marsch auf Wien“, um die Überparteilichkeit einer konzentrierten Staatsmacht und ihre Anerkennung in der Verfassung zu erzwingen. Diesem Drucke war der Bundeskanzler nicht gewachsen. – Die außenpolitische Tätigkeit des Kabinetts Streeruwitz führte zum Abschluß der Reliefschuldenverhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch dies war ein Schritt weiter auf dem Wege zur Investitionsanleihe. Etwas anderes aber war viel wichtiger.

Unter der Regierung des Bundeskanzlers Streeruwitz wurde nämlich wider Erwarten das österreichische Reparationsproblem akut. Es war während der verflochtenen Jahre der Tribut, den Österreich zu entrichten hatte, niemals festgesetzt worden, weil der Staat außerstande war, einen Pfennig zu bezahlen. Durch das Reliefschuldenabkommen Seipls wurde die Festsetzung sogar bis 1968 verschoben, so daß zwar die österreichische Wirtschaft nicht mehr unmittelbar durch diese Belastung bedroht und bedrückt, aber doch ständig durch das über ihr schwebende Damoklesschwert beunruhigt wurde.

243

Deutsche unter Fremdherrschaft 244

Allerdings bestimmte der Vertrag von Saint-Germain im Artikel 208, Absatz 4, daß der durch die Nachfolgestaaten von Österreich erworbene Staatsbesitz in Polen, Tschechoslowakei, Südslawien und Italien in seinem Werte berechnet und diesen Staaten angelastet und der Republik Österreich in Anrechnung auf die Wiedergutmachungsschuld gutgeschrieben werden sollte. Auch die Festsetzung des Wertes dieser „biens cedés“, dieser „abgetretenen Güter“ und der „Befreiungsschuld“ der Nachfolgestaaten war noch nicht erfolgt.

Da begann die Sachverständigenkonferenz des Owen Young im Frühjahr 1929 sich auch mit dem mitteleuropäischen Reparationsproblem zu beschäftigen und empfahl einstimmig den Regierungen der Gläubigerstaaten Österreichs, binnen Jahresfrist die Frage der sogenannten „biens cedés“ endgültig zu bereinigen. Es sollten also die Entschädigungen Österreichs für das von den fremden Staaten übernommene Gut festgesetzt und die Zahlungsmodalität bestimmt werden. Die Summen sollten dann Österreich und Ungarn auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Von diesem Verfahren wurde Österreich nicht unmittelbar betroffen.

Eine Komplikation stellte sich aber auf der Haager Konferenz im August 1929 ein. Der italienische Delegierte Pirelli bot am 22. August dem englischen Schatzkanzler Snowden an Zahlungsstatt den italienischen Anteil an der „Befreiungsschuld“ der Tschechoslowakei an. Anfangs lehnte Snowden ab, aber am 29. August war die Zession perfekt. So kam es, daß die „Befreiungsschuld“ der österreichischen Nachfolgestaaten sehr zu deren Missvergnügen als vollwertiger Kompensationsgegenstand in den internationalen Verkehr kam. Die Tschechoslowakei war sehr beunruhigt über diese Entwicklung. Auf der Ostreparationskonferenz, die am 24. September in Paris zusammentrat, stellte Benesch den Antrag, die österreichischen Schulden überhaupt zu streichen und natürlich auch die Festsetzung des Wertes der „biens cedés“ zu unterlassen. Der Antrag Beneschs war gegen Italiens Schritt im Haag gerichtet.

244

6. Kapitel: Reparationen und Militärkontrolle 245

Streeruwitz, der bereits in Genf für eine Niederschlagung der Reparationen eingetreten war, erschien ebenfalls in Paris und bezeichnete die Streichung der österreichischen Reparationsschulden und die Schließung der Kriegsschuldenkonten zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten als die einzige Möglichkeit, das

wirtschaftliche Wirrwarr im Donaauraum zu beseitigen. Die Konferenz erklärte sich allerdings für unzuständig, eine solche Empfehlung den Gläubigermächten gegenüber auszusprechen.

Immerhin hatte Streeruwitz den ersten Vorstoß gegen die Reparationen unternommen, und das war um so wichtiger, da jeder österreichische Staatsmann, der den wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs herbeiführen wollte, sein Land zuvor von der noch im Dunkeln drohenden Last befreien mußte. War doch Österreich verpflichtet, wenn es eine neue Anleihe aufnehmen wollte, nicht nur die Genehmigung der Kontrollkommission für die Völkerbundsanleihe von 1922 einzuholen, sondern auch die Zustimmung der Reparationskommission! - Vorläufig aber scheiterten die Bemühungen von Streeruwitz noch am Widerstande Italiens.

Die Interalliierte Militärkontrolle war bereits am 31. Januar 1928 beendet worden. Es blieb aber ein Liquidationsorgan der Kontrollkommission in Wien zurück, das erst Mitte Juni 1929 zurückgezogen wurde. Nicht ohne Bedenken. Die außerordentlich gespannten Verhältnisse in Wien gewährten den fremden Offizieren einen tiefen Einblick in die Verhältnisse Österreichs. So berichtete denn Briand am 17. Juni dem Völkerbund, daß die Ergebnisse nicht in allen Punkten befriedigend seien. Die industrielle Leistungsfähigkeit der österreichischen Kriegsindustrie sei leicht zu beleben. Die Gefahr, daß die bestehende Armee ein Kaderheer sei, bestehe darin, daß die Wehr- und Schutzverbände 200 000-300 000 ausgebildete junge Leute umfaßten. Dann bestehe auch eine Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben Deutschlands und Österreichs. Offiziere würden ausgetauscht, die Vereinheitlichung der Dienstreglemente sei geplant. In Wien sei man bemüht, einen großen Generalstab nach deutschem Vorbild zu schaffen.

245

Deutsche unter Fremdherrschaft 246

Schließlich sprach der Bericht davon, daß Wien der Mittelpunkt eines geheimen Waffenhandels sei.

Trotz all dieser Bedenken aber ließen die ehemaligen Alliierten die Kontrolle endgültig fallen. Die Zeiten hatten sich geändert. Nicht mehr die Mentalität der Siegerstaaten von ehedem war die stärkere, sondern immer mächtiger erscholl die Forderung der Entwaffneten nach Weltabrüstung.

246

III. ABSCHNITT:
DIE HEIMWEHR-ÄRA

1929-1933

247

< [Leerseite] >

248

SIEBENTES KAPITEL

Von der Verfassungsreform zur Zollunion

Streeruwitz war dem Druck der Heimwehren zum Opfer gefallen. Nach seinem Rücktritt befand sich Österreich in derselben Lage wie 1922, als Schober zurücktrat: der Staat lief Gefahr, in einer völlig festgefahrenen, unfruchtbaren Parteienopposition zu erstarren. Das Problem der Verfassung hatte den Christlich-Sozialen eine Grenze gezogen, die zu überschreiten über ihre Macht ging. Ein neuer Kurs mußte dem Staate und dem Staatsleben einen neuen Antrieb geben.

Schon am 26. September schlug der Hauptausschuß dem Nationalrat die Wahl des Bundeskanzlers Schober vor. Mit 84 Stimmen gegen 69 Sozialdemokraten wurde das neue Kabinett gewählt. Es bestand aus sieben Ministern. Schober war Bundeskanzler und zugleich Unterrichts- und Finanzminister. Der Vizekanzler Vaugoin übernahm wieder das Heerwesen: Der ehemalige Bundespräsident Hainisch wurde Handelsminister. Die Wahl dieses Mannes drückte den Gegensatz zu Seipl und die Hinwendung zur wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland aus. Der Kompaß des neuen Kurses zeigte im Gegensatz zum christlich-sozialen nicht nach Genf, sondern nach Berlin.

Die Wahl Schobers erregte großes Aufsehen. Der Mann, der den Juliaufstand niedergeschlagen hatte, konnte nicht auf das Wohlwollen der Sozialdemokraten rechnen. Ja, seine Gegner bezeichneten seine Wahl geradezu als eine Verbeugung vor den Heimwehren, als ein Nachgeben gegenüber den militanten Formationen. Das war es auch. Die Heimwehren nahmen allerdings jetzt von ihrem geplanten Marsch auf Wien Abstand, aber sie verlangten eine Änderung der Verfassung und kündigten an, daß sie mit Mißtrauen über die Regierung wachen würden. Immerhin behandelten sie Schober mit Wohlwollen, denn er zeichnete sich durch zweierlei aus: einmal war er nicht parteigebunden wie Seipl oder Streeruwitz, sodann war er der Mann, der im Juli 1927 sich über die Verfassung hinwegsetzte und aus eigener Entschlußkraft die Rebellion niederschlug. Diese beiden Umstände machten ihn wie keinen zweiten geeignet, die mit großen Mängeln behaftete Verfassung zu ändern.

249

Deutsche unter Fremdherrschaft 250

In der Tat wandte Schober sich ganz offen der Heimwehrebewegung zu. Seine Regierungserklärung am 27. September begann damit, daß die Heimwehr sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetze. Es sei verfehlt und unrecht, zu meinen, die Bewegung ziele auf Putsch und Bürgerkrieg hin. Mit aller Entschiedenheit müsse er der vor allem im Ausland verbreiteten Annahme entgegentreten, als handle es sich um eine auf gewaltsamen Umsturz gerichtete Bewegung. Die Aufgabe der Regierung werde es sein, den Kontakt mit den Heimwehren zu unterhalten und die Bewegung in jene Bahnen zu leiten, die zu einer Erfüllung ihrer Forderungen, soweit sie berechtigt seien, auf legalem Wege führten. Dann entwickelte Schober sein Programm für die Verfassungsänderung. Die Befugnisse des Bundespräsidenten müßten erweitert werden, er müßte das Recht haben, die Bundesregierung zu ernennen und zu entlassen, den Nationalrat aufzulösen. Er müßte den Oberbefehl über das

Bundesheer und das Notverordnungsrecht entsprechend Artikel 48 der Deutschen Reichsverfassung erhalten. Die Staatsgewalt müsse die Möglichkeit haben, im Falle erheblicher Unruhen einen Ausnahmezustand zu verhängen. Auch die Polizeifrage müsse im Sinne einer Zusammenfassung der Kräfte geregelt werden. Volle Entpolitisierung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sei nötig. Die Stellung Wiens verlange eine Korrektur, es sei nicht angängig, daß eine Körperschaft drei Instanzen in sich vereinige. Eine Wahlreform sei nach der Richtung hin zu erwägen, daß man den Berufsständen ein Vertretungsrecht einräume. Der Behördenapparat müsse auf ein möglichstes Mindestmaß beschränkt werden. Bund und Länder sollten verständnisvoll zusammenwirken. Auch die Länder hätten das Ziel der Sparsamkeit zu verfolgen. Die Kritik der Hypertrophie in Bund, Ländern und Gemeinden sei nicht unberechtigt. Dann kam Schober auf die Not der Landwirtschaft, die Industriekrise, die Arbeitslosigkeit zu sprechen. Die gedeihliche Entwicklung des Staates und der innere Friede hängen nicht allein von den starren Formen eines wohlgegliederten Rechtssystems ab, sondern auch von dem Wohlergehen der Wirtschaft und der Zufriedenheit aller Schichten der werktätigen Bevölkerung.

250

7. Kapitel: Verfassungsreform 251

Die Außenpolitik müsse eine Politik der Neutralität sein. Österreich trete keiner Staatengruppe bei und richte seine Politik gegen niemand. Seine Politik sei ein friedliche. Dem Deutschen Reiche halte man brüderliche Treue. Man werde fortfahren auf dem in Paris im September beschrittenen Wege, um die dringend benötigte Investitionsanleihe zu erhalten.

Der Sozialdemokrat Danneberg vermißte in diesen Ausführungen das klare Bekenntnis zur Republik und zur demokratischen Staatsform. Er wies den neuen Bundeskanzler geflissentlich darauf hin, daß durch die Ereignisse der letzten Jahre eine tiefe Kluft zwischen ihm und den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung aufgerufen sei. Die Stellung Wiens werde seine Partei nicht erschüttern lassen. Wenn man die österreichische Verfassung der deutschen angleichen wolle, dann solle man nicht ausgerechnet mit dem Diktaturartikel 48 anfangen, sondern man solle dem Volke das immer noch in der Verfassung fehlende Referendum, Volksbegehren und Volksentscheid, geben.

Die Sozialdemokratie rüstete sich für alle Fälle. Auf dem Parteitag am 10. Oktober beschloß sie vollständige innere Abrüstung von Heimwehr und Schutzbund zu verlangen. Sie erklärte ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Verfassungsreform, vorausgesetzt, daß ihre Bedingungen angenommen werden. Sei dies nicht der Fall, dann würde man Neuwahlen verlangen. Im Falle eines Staatsstreiches soll die vollkommene Freiheit der Aktion gegeben sein, das heißt Proklamierung des revolutionären Zustandes. Aber gerade in den Tagen, da der Parteitag dies verzweifelte Programm beschloß, erlitt die Sozialdemokratie eine neue Niederlage bei den Vertrauensmännerwahlen im Mannschaftsbestand des Bundesheeres. Der sozialdemokratische Militärverband erhielt nur noch 3324 Stimmen oder 25 Mandate, während der unpolitische Wehrbund 13 000 Stimmen und 256 Mandate errang! – Am 18. Oktober legte Schober dem Nationalrat seinen Verfassungsreformentwurf vor, in dem auch die Wünsche der Opposition berücksichtigt waren. Da war von der Einrichtung eines Ständeparlaments die Rede, von der Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 21 Jahre.

251

Deutsche unter Fremdherrschaft 252

Wahlpflicht war vorgesehen für die Wahlen zum Nationalrat und für Volksabstimmungen und Volksentscheide. Diese Maßnahmen aber mißfielen der Opposition. Von großer Bedeutung aber waren die Bestimmungen über den

Bundespräsidenten. Er sollte im ersten Wahlgange durch das gesamte Volk gewählt werden; wenn kein Kandidat die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten habe, solle die Bundesversammlung wählen, und zwar unter den drei Kandidaten, die bei der Volkswahl die meisten Stimmen erhalten haben. Die Stellung des Bundespräsidenten wurde im Gedanken der Stärkung der staatlichen Autorität neu festgesetzt. Er darf die Mitglieder der Regierung ernennen und entlassen, den Nationalrat auflösen, doch nur einmal aus ein- und demselben Grunde. Ihm wurde der Oberbefehl über die Bundesarmee und das Recht zu Notverordnungen und Ausnahmeverfügungen übertragen, doch blieb das volle Kontrollrecht des Nationalrats gewahrt. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde zur Bundessache erklärt, die Sicherheitsbehörden des Bundes erhielten das Recht, von sich aus alle nötigen Schritte im Falle der Gefahr zu ergreifen.

Ein weiterer Abschnitt forderte Entpolitisierung des Heeres, Aufhebung der ständigen Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten, Entziehung des Wahlrechts der Soldaten und Beschränkung der Befugnisse der Vertrauensmänner.

Weiterhin wurde erklärt, es sei unmöglich, daß in Wien der Stadtssenat zugleich Gemeindevertretung, Bezirksvertretung und Landesparlament und der Bürgermeister zugleich Landeshauptmann sei. Trennung der Gewalten müsse durchgeführt werden, entweder durch Einschaltung neuer Körperschaften oder durch die Umwandlung Wiens in bundesunmittelbare Hauptstadt, deren oberste Instanz die Bundesregierung selbst sei.

Fünfundzwanzig Tage, teilweise auch die Nächte, beschäftigte sich der Nationalrat mit der Regierungsvorlage. Die sozialdemokratische Opposition bereitete nicht die Schwierigkeiten, die mancher erwartet hatte. Renner erklärte zwar, er hätte es lieber gesehen, wenn vor allen Verfassungsverhandlungen die innere Abrüstung durchgeführt worden wäre, und Seitz, der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, verwahrte sich gegen eine Änderung in dem Verhältnis Wiens zum Bunde.

252

7. Kapitel: Verfassungsreform 253

„Wien wird nur gehaßt als der eigentliche Hort der Demokratie Österreichs. Entweder wollen Sie den Grundsatz des gleichen Rechts für alle Länder, und nur dort, wo Sozialdemokraten sind, gibt es kein Landesrecht und keinen Landeshauptmann, oder Sie wollen wirklich gleiches Recht.“

In den Beratungen wurde noch manches geändert. Die Ständevertretung verschwand, die Heraufsetzung des Wahlalters, die Wahlpflicht fiel. Die Bestimmungen über das Heer wurden abgelehnt. Wie sollten auch die Christlich-Sozialen auf diese 30 000 Stimmen verzichten? Denn das Heer war zu drei Vierteln eine rein christlich-soziale Angelegenheit, und den marxistischen Rest wollten die Sozialdemokraten nicht preisgeben. Die Bestimmungen über den Bundespräsidenten wurden im wesentlichen angenommen, mit der Änderung, daß auch die Stichwahl vom Volke, nicht von der Bundesversammlung vorzunehmen sei. Wien wurde durch Einschaltung neuer Instanzen zum regelrechten Bundesland gemacht und wie die andern Länder der Kontrolle des Obersten Rechnungshofes unterstellt.

Am 7. Dezember nahm der Nationalrat die Verfassungsreform an, drei Tage später erteilte der Bundesrat seine Zustimmung. In den Übergangsbestimmungen wurde festgestellt, daß Bundespräsident Miklas im Amte bleiben und zehn Wochen nach Zusammentritt des neugewählten Nationalrats durch Volksabstimmung die neue Präsidentenwahl durchgeführt werden solle.

Für die Stellung des Bundespräsidenten war folgendes festgesetzt: Nach deutschem Vorbild ernannt er den Bundeskanzler und auf dessen Vorschlag die Minister, die Regierung würde also nicht mehr wie bisher durch den Nationalrat gewählt. Er kann einen Minister nur auf Vorschlag des Bundeskanzlers entlassen, bei einem parlamentarischen Mißtrauensvotum muß er aber das Kabinett oder einen einzelnen Minister seines Amtes entheben. In Deutschland treten in diesem Falle die Minister von selbst zurück, ohne Amtsenthebung durch den Präsidenten. Der Bundespräsident

muß die Gesetze verkünden, kann sie aber nicht aussetzen oder einen Volksentscheid anrufen wie in Deutschland.

253

Deutsche unter Fremdherrschaft 254

Er muß den Nationalrat zu ordentlichen Tagungen im Herbst und Frühjahr einberufen, er muß ihn zu außerordentlichen Tagungen berufen, wenn eine neue Regierung gebildet ist oder wenn ein Drittel der Abgeordneten dies verlangt. Auf Antrag der Bundesregierung und mit Zustimmung des Bundesrates kann er auch jeden Landtag der Länder auflösen. Das Notverordnungsrecht ist auf augenblickliche Katastrophengefahr und Behinderung des Parlamentes beschränkt, im Unterschied zum deutschen Artikel 48. Es kann nur auf Vorschlag der Regierung nach Rücksprache mit dem Hauptausschuß ausgeübt werden, und binnen acht Tagen muß der Nationalrat dem Notgesetz des Präsidenten zustimmen oder es ablehnen, wodurch es hinfällig wird. Finanzielle und sozialpolitische Notverordnungen sind im Gegensatz zum deutschen Artikel 48 unzulässig. Vor allem aber erhielt der Präsident den Oberbefehl über das Heer, eine Änderung, die angesichts der Ereignisse vom Juli 1927 in der Tat von großer Bedeutung war. So wurde die neue Stellung des Bundespräsidenten bestimmt durch ein Kompromiß zwischen überparteilicher Heimwehrpolitik und parteipolitischer Volksherrschaftspolitik.

Das Bemerkenswerte war: Österreich hatte sich aus einer Parlamentsrepublik in eine Präsidenschaftsrepublik umgewandelt. Dieser Wechsel hatte sich gleichsam unter den Bajonetten der Heimwehren vollzogen, die hinter der Mehrheit des Volkes standen. Zugleich aber bedeutete die Verfassungsreform eine, allerdings sehr beschränkte, Angleichung an den verfassungsmäßigen Aufbau des Deutschen Reiches, - ein Hinstreben zu Deutschland, das in der Linie der Politik Schobers lag. - Diese Angleichungstendenz fand wenige Tage später einen neuen Ausdruck in dem sozialdemokratischen Antrag, das Österreichische Eherecht dem deutschen Rechte anzugleichen. Dieser Antrag wurde mit 81 Stimmen der Großdeutschen und Sozialdemokraten gegen 75 der Christlich-Sozialen und des Landbundes nun endlich angenommen. -

Am 11. Dezember 1929 trat die neue Verfassung in Kraft. Schober unterbreitete dem Bundespräsidenten Miklas den Rücktritt der Gesamtregierung, unter Hinweis darauf, daß nach der abgeänderten Verfassung der Bundespräsident den Bundeskanzler und die Minister zu ernennen habe.

254

7. Kapitel: Haager Konferenz 255

Miklas ersuchte den Bundeskanzler, daß die Regierung im Amte bleiben möge. Zugleich teilte er dem Heeresminister Vaugoin mit, daß er den Oberbefehl über das Bundesheer übernommen habe.

Neben der Tätigkeit auf dem Gebiete der Verfassungsreform hatte Schober in diesen Herbstwochen noch eine mühselige Aufgabe zu erfüllen. Die Bodenkreditanstalt stand vor dem Zusammenbruche. Die Katastrophe dieses Instituts hätte eine unabsehbare wirtschaftliche Erschütterung nach sich gezogen, schlimmer als diejenige, die dem Zusammenbruch der Zentralbank folgte. Schober wehrte das Unglück dadurch ab, daß die Bundesregierung die Bürgschaft übernahm. -

Der zweite Abschnitt der Tätigkeit Schobers wurde vornehmlich durch außenpolitische Aktionen bestimmt. Schon Anfang Dezember war es ihm gelungen, ein freundschaftliches Verhältnis zu Italien herzustellen. Die italische Regierung erteilte ihre Zustimmung zur Schaffung der Voraussetzungen für die Begebung der geplanten Anleihe. Sie sicherte ihren Beitritt zu dem Abkommen über die Regelung der Reliefschulden zu, das im Jahre 1928 mit den europäischen Staaten, 1929 mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen worden war, und versprach, auch

den auf die Reparationsfrage bezüglichen Beschlüssen, die zur Ermöglichung der Anleihe notwendig seien, zuzustimmen.

Am 4. Januar 1930 trat auf der Zweiten Haager Konferenz das Komitee für Ostreparationen zusammen. Schober gab eine eingehende Darstellung der Finanz- und Wirtschaftslage Österreichs sowie der Verhandlungen in Paris September 1929. Österreich erneuere jetzt seinen Antrag, sämtliche Reparationen zu streichen. Durch die Lasten des Vertrages von Saint-Germain seien Österreichs Finanzen in völlige Erstarrung geraten. Deshalb müsse Österreich versuchen, eine Anleihe zu bekommen, um die Wirtschaftslage zu verbessern. Werde die endgültige Entlastung Österreichs nicht erreicht, so käme dies einem Verzicht auf die gründliche Sanierung der Finanzen und der Wirtschaft Österreichs gleich, die doch nicht nur im Interesse Österreichs, sondern auch seiner Nachbarstaaten dringend erwünscht sei.

255

Deutsche unter Fremdherrschaft 256

Er richte an die Gläubiger den Appell, der Schuldenstreichung zuzustimmen, und schlage vor, in direkten Verhandlungen mit jedem einzelnen der osteuropäischen Gläubiger zu entsprechenden Vereinbarungen zu gelangen. Den Ausführungen Schobers stimmten sofort die Delegierten der Kleinen Entente, dann auch der Vorsitzende des Ausschusses, Loucheur, zu. In vierzehntägigen Verhandlungen erreichte Schober, daß alle Reparationsverpflichtungen Österreichs gestrichen wurden. Der tatkräftige Beistand und das weitgehende Verständnis Italiens kam ihm dabei sehr zustatten. Bis zum 28. Juni 1930 wurden am Quai d'Orsay die Ratifikationsinstrumente von vier Großmächten und drei andern Staaten außer Österreich hinterlegt. Damit trat nach den Bestimmungen des Haager Abkommens die Befreiung von den Reparationen in Kraft, und die Beziehungen der Reparationskommission zu Österreich hatten ihr Ende erreicht. –

Im Haag hatte man die Parole von der Liquidierung des Weltkrieges ausgegeben. Kaum war Schober aus der Hauptstadt der Niederlande zurückgekehrt, so begab er sich Anfang Februar nach Rom, gleichsam um Mussolini für die Unterstützung im Haag den Dank abzustatten. Dieser italische Besuch Schobers verwandelte die seit Ende 1927 stark getrübtten Beziehungen Österreichs zu Italien in neue herzliche Freundschaft und bekräftigte diese durch einen Freundschafts- und Schiedsvertrag, den Schober und Mussolini am 6. Februar im Palast Chigi unterzeichneten und durch den sich beide Staaten verpflichteten, Streitigkeiten, die nicht diplomatisch beigelegt werden können, durch eine aus fünf Mitgliedern bestehende Vergleichskommission oder durch ein Schiedsgericht oder schließlich durch den Haager Gerichtshof entscheiden zu lassen. Mit warmer Sympathie begrüßte die italische Presse den Besuch Schobers, und sie ließ keinen Zweifel, daß ihr der Anschluß Österreichs an Deutschland lieber sei als das Zustandekommen der Donauföderation. Doch die Franzosen waren mißtrauisch; aus ihrer eigenen Praxis erwuchs ihnen der Argwohn, es könne eine Militärkonvention zwischen Österreich und Italien zustande gekommen sein, deren Spitze sich gegen Frankreich richte.

256

7. Kapitel: Wirtschaftsnot 257

Unmittelbar nach der Romreise begab sich Schober nach Berlin, wo er auch mit großer Herzlichkeit empfangen wurde. Der Zweck der Reise war, endlich den Handelsvertrag zwischen beiden Staaten zustande zu bringen. Seit Jahren hatten die Wirtschaftsvertreter der beiden Länder vergeblich eine Einigung zu erzielen versucht. Die Gleichartigkeit der volkswirtschaftlichen Struktur Deutschlands und Österreichs hatte sich als größtes Hemmnis erwiesen. Die beiden Wirtschaftskörper konnten sich handelspolitisch nicht ergänzen. Aber doch verlangte die

österreichische Wirtschaft kategorisch nach einer Lösung: im Jahre 1929 stand einer Ausfuhr von etwas über 2 Milliarden eine Einfuhr von mehr als 3 Milliarden Schilling gegenüber, der Export nach Deutschland betrug 350 Millionen, während von dort fast für 700 Millionen eingeführt wurden. In Österreich aber wuchs die Wirtschaftsnot immer mehr, im Februar 1930 zählte man etwa 300 000 Arbeitslose! Schober war überzeugt, daß der Handelsvertrag niemals von den Wirtschaftlern geschaffen werden könne, er löste das Problem politisch. Und es gelang ihm, den Handelsvertrag zu vollenden! Bei den Verhandlungen wurde nicht das Thema des Anschlusses berührt, denn dieses sei nicht aktuell, wie Schober sagte. Dennoch hegte man in Paris den schlimmsten Argwohn. Man fürchtete, daß in Berlin Anschlußkomplotte geschmiedet würden aus einem gewissen mystischen Gefühl heraus, gegen das Vernunft nicht aufkäme. Aber es gäbe ja noch Mächte, die stark genug seien, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu schützen. Den schwersten Schaden einer abwegigen Politik habe nur Österreich. - Am 12. April 1930 war das Werk des österreichisch-deutschen Handelsvertrages geschaffen.

Die Wirtschaftsnot bereitete der Bundesregierung schwere Sorgen. An der Zollwaffenstillstandskonferenz, die vom Völkerbund am 17. Februar in Genf eröffnet wurde, nahm der Bundesverkehrsminister Hainisch teil und vertrat dort die Forderung nach einem untergeteilten System von regionalen Zollabkommen, eine Idee, die auch Schober verfocht, weil er davon die Ausweitung des österreichischen Wirtschaftsarmes nach Deutschland hin erwartete.

257

Deutsche unter Fremdherrschaft 258

Indessen trat am 28. Februar im Bundeskanzleramt zu Wien eine Wirtschaftskonferenz zusammen, die von der Regierung einberufen worden war. Das gesamte Kabinett nahm teil, dazu die Vertreter des Gewerbes, des Handels, der Industrie, der Banken, der Landwirtschaft und sämtlicher Arbeitergewerkschaften. Das Regierungsprogramm, das Schober vortrug, forderte, daß Bund und Bundesbahnen der Industrie beschleunigt Aufträge erteilen sollten, die Arbeitslosenfürsorge sollte produktiv werden, die Banken sollten herangezogen werden zur Errichtung einer Kreditorganisation und zur Kreditversicherung für Auslandsaufträge, der Achtsturentag sollte streng eingehalten werden. Dann wurden Maßnahmen angekündigt, welche verhindern sollten, daß Landarbeiter in der Schwerindustrie, bei den Bundesbahnen und in öffentlichen Betrieben beschäftigt werden sollten. Auch das Doppelverdienende sollte verhindert werden. Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei jedoch eine tatkräftige Wohnbauförderung.

Es wurde wochenlang viel geredet und viel geplant, und als man am 14. März auseinanderging, hatte man wohl die besten Absichten, aber doch kein absolut sicher wirkendes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Gewiß, die Ziffer der Arbeitslosen sank unter dem Einfluß der Saisonarbeiten bis auf 150 000 im Juni, hatte im Dezember aber bereits das Doppelte erreicht und war im Februar 1931 den 380 000 sehr nahe. -

In den letzten drei Apriltagen weilte Schober in Paris, um dort alle Verdachtsmomente gegen seinen Berliner Besuch zu zerstreuen. Die Verständigung war so vollkommen, daß Schober mit dem Orden der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde. Darauf begab er sich nach London, wo er bis zum 3. Mai blieb und mit Macdonald und Henderson Besprechungen hatte und vom König Georg empfangen wurde. Bei den Pariser wie bei den Londoner Besprechungen bemühte sich Schober, den Staatsmännern klarzumachen, daß dem deutschen Volke in Österreich Ersatz für sein zerstörtes Wirtschaftsgebiet gegeben werden müsse. Doch nach seiner Rückkehr mußte Schober schwere Vorwürfe hören.

258

7. Kapitel: Gegensatz zu den Heimwehren 259

Aus allen Lagern klagte man ihn an, er habe den Anschluß verraten, und neue Anschlußforderungen wurden in Presse und Versammlungen erhoben. Streeruwitz erklärte, die Auffassung, der Anschluß habe Zeit, sei bedenklich, denn auf diese Weise habe man früher die Schweiz und die Niederlande verloren. Mit Österreich würde Deutschland wertvolle Verbindungen nach Osten verlieren. Bei der Besprechung des Handelsvertrages mit Deutschland im Nationalrat Mitte Mai meinte der Landbündler Schönbauer, die Schwierigkeiten, die von Österreich schwer empfunden würden, lägen in der Meistbegünstigungsklausel. Dagegen gebe es nur ein dauerndes und wirksames Mittel: die Zollunion.

Trotz der bewunderungswürdigen Erfolge Schobers, die er mit der Verfassungsreform, auf der Haager Konferenz, in Rom und Berlin errungen hatte, war seine Stellung Mitte Mai erschüttert. Sein Verhältnis zu den Heimwehren war schon seit längerem getrübt. Der Bundeskanzler hatte das andauernde und mächtige Drängen der über den Parteien stehenden Verbände in den Staat zurückgewiesen. Er befürchtete davon eine Erschütterung der inneren Zustände, und außerdem erschien ihm nach der Änderung der Verfassung kein weiterer Grund, die militanten Formationen aktiv an der Regierung zu beteiligen und den Gegensatz zum Marxismus zu verschärfen. Diese Gegensätzlichkeit der Auffassung spitzte sich im Laufe des Frühjahrs zu, und das Verhalten Schobers war weniger das des Staatsmannes, der den Mut zur Verantwortung hat, als vielmehr des hohen Beamten, der nur seine Pflicht tut. Deshalb holte er jetzt zum großen Schlage gegen die Heimwehren aus, gegen seine Bundesgenossen vom Herbst 1929. Diese Klärung hielt er sowohl aus äußeren wie aus inneren Gründen für nötig, und wenn Schober nicht den Angriff eröffnete, dann, wußte er, würden ihn die Heimwehren gegen ihn eröffnen.

Die Heimwehren waren also nach des Bundeskanzlers Ansicht in ihrem rücksichtslosen Kampfe gegen den Parlamentarismus zu einer Gefahr für den Staat geworden. Zwar hatte sich auch in ihrer Mitte diese Hinwendung zur Diktatur nicht ohne Krisis vollzogen.

259

Deutsche unter Fremdherrschaft 260

Die Heimwehren standen vor der Entscheidung, in eine radikale, diktatorische und eine gemäßigte, parlamentarische, aber überparteiliche Gruppe zu zerfallen. Doch die diktatorische Richtung der Steidle, Pfriemer und Pabst blieb die stärkere, sie beugte die Gegner unter ihren Willen, und nur im südlichen Steiermark kam es zu einer zunächst geringfügigen Absplitterung. Hier beschlossen die Vertrauensmänner der Bauernschaft die Errichtung von Bauernwehren und erließen am 22. Dezember einen Aufruf, der zum Austritt aus der Heimwehr aufforderte: Die Bauernwehren wünschten den Frieden, ständen auf dem Boden der Verfassung und der demokratischen Republik, sie lehnen jede Diktatur ab, wollten unabhängig bleiben vom Ausland und von machtgierigen Ehrgeizlingen; die oberste Führung gehe Wege, welche die Bauernschaft mit größter Sorge und größtem Mißtrauen erfülle. Allerdings war es der gemäßigten Richtung nicht beschieden, eine entscheidende Rolle zu spielen, sie kam nicht über ihre Anfänge hinaus.

Das Gefährliche bei den Heimwehren war, daß sie über Waffen verfügten, und das gab dem Auslande die Möglichkeit einer Einmischung. Zwar war die Militärkontrolle aufgehoben, aber die Bundesregierung war verpflichtet, dem Völkerbund fortlaufend Bericht zu erstatten, insonderheit anzuzeigen, was sie zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung zu tun gedenke. Bereits Mitte März 1931 teilte Schober dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit, daß ein neues Entwaffnungsgesetz in Vorbereitung sei, das in viel strengerer Weise als bisher das Verbot des Waffenbesitzes sowie auch die allgemeine Verpflichtung zur Waffenauslieferung an die Behörden regle; für Übertretungen seien viel strengere Strafen als bisher vorgesehen.

Die Heimwehren waren inzwischen eifrig bemüht, sich zu einer äußerst starken, über

dem Staate stehenden Heeresmacht zu entwickeln. So wurde den Angehörigen in Korneuburg eine Gelöbnisformel vorgelegt, wonach man den jeweiligen Bundesführern, ohne Rücksicht auf bestehende Gesetze, zu gehorchen habe. Das war die durch die Opposition zu Schober bedingte Entwicklung zum Staat im Staate, im besonderen eine Obstruktion gegen das bevorstehende Entwaffnungsgesetz.

260

7. Kapitel: Heimwehren gegen Schober 261

Wie sich die Heimwehren in die Frage der Verfassungsreform eingemischt hatten, so suchten sie jetzt auch, sich in die Entwaffnungsaktion hineinzudrängen. Am 21. Mai überreichten Steidle und Pfriemer dem Bundeskanzler ihre Forderungen, die einen herrischen, feindseligen Ton anschlugen: Die Staatsexekutive habe unter Mitwirkung der Heimwehren die Entwaffnung der staatsfeindlichen Organisationen, des Republikanischen Schutzbundes durchzuführen; für die Zeit dieser Entwaffnungsmaßnahmen habe ein von der Bundesführung der Heimwehren vorgeschlagener Vertrauensmann das Innenministerium zu übernehmen, das diese Entwaffnungsaktion als oberste Behörde leite. Auch der oberste Polizeibeamte solle ein Vertrauensmann der Heimwehren sein. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt würden, könnten die Heimwehren die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Entwaffnung unterstützen.

Das Kabinett lehnte einmütig und entschieden diese Forderungen ab. Damit war offen der Krieg zwischen Schober und den Heimwehren erklärt. Am 23. Mai brachte Schober seinen Entwaffnungsentwurf vor den Nationalrat. Das Bedeutsame hieran war, daß die Kompetenz zum Erlaß von Verordnungen über Waffenbesitz von den Landeshauptleuten auf den Bundeskanzler übertragen wurde gemäß der geänderten Verfassung. Dies allein war schon ein Schlag gegen die Heimwehren, denn ihre Stärke leiteten sie ja vor allem von ihren engen Verbindungen mit den Landeshauptleuten her. Die Führer der Heimwehrebewegung saßen ja in den Landesregierungen! Scharf wandte sich Schober sodann gegen die Heimwehren: die Zeit sei vorüber, wo irgendeine Gruppe oder Partei wagen dürfe, etwas zu unternehmen, das die öffentliche Ruhe im Lande ernstlich gefährden könne. Der Innenminister Schumy machte seinem Zorn in drohenden Ausführungen Luft. Die Bundesregierung sei gewiß langmütig, aber sie gestehe den Heimwehren keineswegs das Recht zu, Minister abzurufen. „Die Regierung ist für die Dauer keineswegs geneigt, Angriffe gegen Gesetze, Ruhe und Ordnung und gegen ihr Ansehen ruhig hinzunehmen.“

Die Führer der Heimwehr kochten vor Wut. Der Major Pabst gab die Losung aus, man müsse jetzt den Kampf in das Bundesheer, in die Gendarmerie und in die Polizei hineinbringen.

261

Deutsche unter Fremdherrschaft 262

Die bewaffnete Macht des Staates sollte unterhöhlt und zur offenen Revolte verleitet werden! Bei der zweiten Lesung des Entwaffnungsgesetzes im Nationalrat, am 13. Juni, stimmten die Sozialdemokraten gegen das Gesetz und, trotzdem Fraktionszwang bestand, zwei Christlich-Soziale: der Landeshauptmann von Steiermark Dr. Rintelen und der niederösterreichische Heimwehrführer Raab. Am folgenden Tage wurde der deutsche Major a. D. Waldemar Pabst, der nach dem Kapp-Putsch 1920 aus Deutschland geflüchtet war und seitdem in Innsbruck gewohnt hatte, von der Bundespolizei vorgeladen und des Landes verwiesen, weil er sich in Österreich in einer für einen Ausländer unzulässigen Weise betätigt habe. Die Berufung Pabsts wurde abgewiesen, am 15. Juni begab er sich nach Venedig. Tags darauf erschien der Tiroler Landesrat Gebhardt bei Schober und erhob im Namen der Tiroler Landesregierung leidenschaftlichen Einspruch gegen die Ausweisung Pabsts. In weiten Kreisen der Tiroler Bevölkerung herrsche darüber große Aufregung,

besonders, da die Bundesregierung vorher nicht mit der Landesregierung Fühlung genommen habe. Man habe das Empfinden, daß der Schlag nicht Pabst, sondern der Heimwehrebewegung gelten sollte.

Am 17. Juni nahm der Nationalrat das Entwaffnungsgesetz in dritter Lesung an. Am gleichen Tage gab der Bundesrat mit 26 gegen 15 Stimmen seine Zustimmung. Dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten und der christlich-soziale Tiroler Bundesrat Steidle, der Heimwehrführer. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Steidle und Schober. Steidle bezeichnet die Ausweisung Pabsts als eine Maßnahme des alten Polizeistaates, deren Begründung lächerlich sei. Pabst sei in der Öffentlichkeit niemals hervorgetreten. Auch sei es lächerlich, zu behaupten, Pabst habe direkten Widerstand gegen die Durchführung von Gesetzen geleistet. Das sei eine schöne Regierung, die sich national nenne und nationale Deutsche ausweise! Die eine derartige Kabinettsjustiz übe.

Schober erwiderte mit Schärfe, er habe der schon seit langem geplanten Ausweisung Pabsts bisher nicht zugestimmt, sondern erst dann, als dieser die Parole ausgegeben habe, man müsse jetzt den Kampf in Heer, Gendarmerie und Polizei tragen.

262

7. Kapitel: Starhemberg Führer der Heimwehr 263

Die Behörden hätten ihre Pflicht getan. Besäße Steidle nicht die Immunität, dann würde er ihn gern zur Verantwortung ziehen. Die Behörden hätten schon lange gefunden, daß dieser nach Österreich nicht zuständige Herr Pabst in diesem Lande keine Berechtigung habe, unter den Bundesbürgern Verwirrung und Kampf hervorzurufen. –

Der Bundeskanzler war Sieger geblieben: das Entwaffnungsgesetz war da und Pabst, die Seele der Heimwehren, war verschwunden. Es war ein Pyrrhussieg, aber dennoch ein schwerer Schlag für die Heimwehren. Sie quittierten ihn damit, daß sie der Führung, die sich nicht durchzusetzen vermochte, das Vertrauen entzogen und in einer Sitzung der Bundesleitung in Schladming (Steiermark) die beiden bisherigen, dem großdeutschen Gedanken anhängenden Führer Steidle und Pfriemer gewissermaßen den schlichten Abschied erhielten und als alleiniger Führer und Diktator der oberösterreichische Landesführer Fürst Starhemberg gewählt wurde, am 3. September. Unter Starhembergs Führung geriet die Heimwehrebewegung in das Fahrwasser des legitimistischen Flügels der Christlich-Sozialen. Die Wahl Starhembergs bedeutete einen Kurswechsel: bisher gegen den Parlamentarismus, jetzt mit dem Parlamentarismus gegen Schober. Und so fiel Starhemberg, als Gegenspieler Schobers, immer mehr in die Hände der christlich-sozialen Klerikalen und Legitimsten und konnte sich von den Umstrickungen einer Partei, die von der Annäherung der Heimwehren einen neuen Aufstieg zur Macht erhoffte, nicht mehr frei machen. Starhemberg verleugnete den Grundgedanken der Heimwehr, er versündigte sich an ihm, indem er den Wehrbund in das Parteigetriebe hineinzog. Aber die Schuld Schobers war es, daß er durch seine starre Abweisung die Entwicklung der Heimwehren erst in diese Bahnen gelenkt hatte. Schober war nicht so beweglich wie Seipl, und deshalb erlag er schließlich den vereinten christlich-sozialen und Heimwehrintrigen. Den Bruch mit der Heimwehr empfand er übrigens selbst als äußerst tragisch. –

263

Deutsche unter Fremdherrschaft 264

In dieser Zeit der schweren inneren Kämpfe war dem Bundeskanzler noch ein achtbarer Erfolg beschieden: Am 20. März hatte der Nationalrat ein Gesetz angenommen, das die Regierung zur Aufnahme einer Investitionsanleihe ermächtigte. Nach viermonatigen Verhandlungen konnte Finanzminister Juch am 14. Juli in London

mit den Vertretern der beteiligten Banken die Wiederaufbauanleihe für Österreich unterzeichnen. 62 Millionen Dollar zu 7 Prozent Zinsen wurden auf 27 Jahre gewährt, die Rückzahlung sollte mit einer Prämie von 3 Prozent über pari erfolgen. Diese Anleihe von 441,4 Millionen Schilling notierte allerdings nach zwei Jahren, im November 1932, nur 71, während die Völkerbundsanleihe den Kurs von 105 hatte! – Um der dringenden Not der vor dem Zusammenbruch stehenden Landwirtschaft zu steuern, nahm der Nationalrat am 16. Juli ein Gesetz über ein Notopfer für die Landwirtschaft und eine Zolltarifnovelle an. Sozialdemokraten, Großdeutsche und Landbündler forderten die Regierung auf, ein staatliches Getreide- und Mehlhandelsmonopol einzuführen: den heimischen Landwirten sollte von Staats wegen das Getreide zu einem stabilen, vom Weltmarktpreis unabhängigen, die Gesteungskosten deckenden Preise abgenommen und der Mehrbedarf durch zollfreie Einfuhr gedeckt werden. Die Christlich-Sozialen stimmten gegen den Antrag. – Im September begab sich Schober nach Genf zur Völkerbundsversammlung. Dort wurde über Briands Paneuropaplan debattiert, und gerade dieses Problem fand in Österreich lebhaftes Echo. Allerdings gab es in Österreich zwei einander entgegengesetzte Richtungen in der Auffassung, wie die Vereinigten Staaten von Europa verwirklicht werden sollten. Seipl wollte bekanntlich ein umfassendes, universelles, dem Weltreichsgedanken Augustins nachgebildetes europäisches Gemeinschaftssystem, das sich dem Völkerbundsgedanken harmonisch einordnete. Schober befürwortete den regionalen Aufbau, der durch wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft bedingt wurde, Schober wollte also auf dem Wege über Zollunionen zur politischen Union vordringen. Das war ein Kerngedanke Schoberscher Politik.

264

7. Kapitel: Völkerbundskonferenz 265

Schon bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland vertrat er die Auffassung, daß diese nicht von Wirtschaftlern, sondern von den Politikern zu führen seien. Ihm galten wirtschaftliche Verhandlungen nur als Durchgangsstadium. Das letzte Wort, das entscheidende, sollte immer der Staatsmann haben. In der Antwort auf Briands Paneuropa-Memorandum sagte Schober am 12. Juli 1930, die von Briand angeregten Lösungen könnten nur in engster Verbindung mit dem Völkerbunde erfolgen, vor allem stellten die wirtschaftlichen Aufgaben nicht den Fachleuten überlassen bleiben, denn diese würden von den Augenblicksforderungen ihrer heimischen Wirtschaftskreise allzusehr beeinflußt, sondern sie müßten in den Händen der politischen Exponenten der verschiedenen Regierungen zusammenlaufen. Auf der Völkerbundskonferenz und in der Europakommission im September trat Schober entschieden für eine nüchterne und realpolitische Inangriffnahme eines paneuropäischen Programms ein und forderte, daß der Anfang gemacht werde mit den regionalen Zusammenschlüssen handelspolitischer Staatengruppen, wie sie im Februar auf der Zollkonferenz des Völkerbundes angeregt worden seien. Für Österreich könne, das betonte Schober ausdrücklich, nur eine Beteiligung an einer Staatengruppe unter Führung Deutschlands in Betracht kommen. – Bereits hier bereitete Schober die Welt auf einen Plan vor, dessen Verwirklichung sein höchstes Ziel war. –

Als Schober nach Wien zurückkehrte, wurde er von den christlich-sozialen Ministern, welche inzwischen das Bündnis mit Starhemberg und den Heimwehren vollzogen hatten und die Forderungen der Heimwehren zu ihren eigenen machten, mit Murren empfangen: ein ganzes Jahr lang seien die Wünsche ihrer Partei vernachlässigt worden, man verlange jetzt ihre Erfüllung.

Die schon deutlich heraufziehende Regierungskrise wurde durch ein Ereignis zur schnellen Lösung gebracht. Am 19. September wurde im Prozess des christlich-sozialen Heimwehrführers Dr. Strafella gegen die „Arbeiterzeitung“ wegen Beleidigung das Urteil gesprochen. Das Gericht hielt Strafellas politische Unsauberkeit und Unkorrektheit für erwiesen.

Aber eben dieser Strafella war vom Wehrminister Vaugoin als Präsident der Bundesbahnen ausersehen. Jetzt erhob sich ein christlich-sozialer Entrüstungssturm gegen Schober: es sei Zeit, der bisherigen Verschleppung des Kampfes gegen die Korruption ein Ziel zu setzen, wobei man die Korruption weniger bei Strafella, als vielmehr in der allgemeinen Lage suchte. Am 22. September trat Handelsminister Schuster, der seit Hainischs Rücktritt am 16. Juni dies Amt inne hatte, wegen der Strafellasache zurück. Zwei Tage später demissionierten Vaugoin und der Landwirtschaftsminister Fördermayer. Schober mußte sich der Obstruktion der Christlich-Sozialen fügen und erbat am 25. September die Entlassung des Kabinetts. Starhemberg, der große Unsichtbare, hatte über Schober gesiegt. Das erwies sich sogleich. Am folgenden Tage betraute Miklas den bisherigen Wehrminister Vaugoin mit der Regierungsbildung. Vaugoin war seit 9. Mai Seipls Nachfolger als Vorsitzender der Christlich-Sozialen Partei, stand aber ganz im Banne Seiplscher Tendenzen. So wurde auch das Kabinett Vaugoin von Seipls Geiste beherrscht, übernahm doch in ihm Seipl selbst das Außenministerium. Großdeutsche und Landbund standen dem neuen Kurs feindselig gegenüber. So umfaßte die neue Regierung, die am 30. September gebildet war, eine Minderheitsregierung, acht Christlich-Soziale und zwei Heimwehrleute, und zwar übernahm Starhemberg das Innenministerium! Der Geist der neuen Regierung war, im Gegensatz zum Kabinett Schober, außenpolitisch Völkerversöhnung, innenpolitisch Kampf gegen den Marxismus, im allgemeinen bereits beginnende Rückwendung zur habsburgischen Tradition. Die Beteiligung der Heimwehrbewegung an der Regierung erfolgte aus innerem Zwang. Die Bewegung war stark angewachsen und vereinigte in sich Anhänger aller nichtmarxistischen Parteien, der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen, der Nationalsozialisten und des Landbundes sowie anderer bürgerlicher Elemente. Gewiß mußte die Bewegung jetzt an Stelle ihres bisher rein negativen Programms, der Bekämpfung des Marxismus, ein positives staatspolitischer Betätigung setzen, aber es war wohl verkehrt, dies positive Programm in einer Anteilnahme an dem Parlamentarismus zu sehen, den man ja bisher so schonungslos bekämpft hatte.

266

7. Kapitel: Schobers Sturz 267

Das war der Fluch der bösen Tat! Nach dem Sturze Schobers war Starhemberg zu schwach, sich dem Drucke der hinter ihm stehenden Bewegung zu entziehen, er mußte, allzufrüh, unmittelbaren Anteil an der Regierung gewinnen, lediglich im Bunde mit den Christlich-Sozialen, um inmitten der Heimwehren reifende Staatsstreichpläne zu vereiteln. Eine sechsmonatige Entwicklung trug jetzt giftige Früchte. Auf der Bundesführertagung am 1. Oktober wurde beschlossen, für diejenigen Teile der heimattreuen Bevölkerung, die sich in die bestehenden Parteien nicht einreihen wollten, eine politische Kampfgruppe, den „Heimatblock“, zu schaffen, der eigene Kandidaten zu den Wahlen aufstellen wollte. Der Kampf gegen das Parlament sollte in das Parlament selbst hineingetragen werden! So suchte man sich über diese verhängnisvolle Entwicklung, die geraden Wegs in das Parteigetriebe hineinführte, hinwegzutäuschen.

Das Kabinett Vaugoin-Seipl-Starhemberg konnte nicht auf eine Mehrheit im Parlament rechnen. So verfügte der Bundespräsident am 1. Oktober die Auflösung des Nationalrats und schrieb Neuwahlen aus. Schon am folgenden Tage hatte die neue Regierung einen Erfolg: der christlich-soziale Bundesbahnpräsident Dollfuß bestätigte Strafellas Ernennung zum Generaldirektor der Bundesbahnen! Die Sozialdemokraten schworen der neuen Regierung, die sie als reaktionär bezeichneten, Todfeindschaft. Das hinderte nicht, daß sie weiter denn je von einer

Einwirkung auf die Regierung entfernt waren. Bei den Vertrauensmännerwahlen im Bundesheer zum Beispiel, die am 16. Oktober stattfanden, erwarben die Unpolitischen 268 Mandate (vorher 256). Sechs Mandate blieben unbesetzt, da die Sozialdemokraten gar keine Liste aufgestellt hatten! Die Regierung litt unter dem inneren Zwange ihres Gegensatzes. So kam sie nur zu spärlichen, aus der Gemeinsamkeit der Christlich-Sozialen und der Heimwehr geborenen Aktionen. In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war man sich einig.

267

Deutsche unter Fremdherrschaft 268

Näherte sich doch die Zahl der Arbeitslosen bereits wieder einer Viertelmillion. So wurde denn Ende Oktober an alle Zentralstellen des Bundes, an die Generaldirektion der Bahnen und an die Bundesländer dringend die Aufforderung gerichtet, die in ausgedehntem Maße ausgeübte eigenwirtschaftliche Betätigung, wie Buchdruckereien, Schlossereien, Tischlereien, im Interesse der schwierigen Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit ganz abzubauen oder wenigstens einzuschränken. Viel kam dabei nicht heraus. Die österreichische Wirtschaft war todkrank, verarmt, überschuldet. Allein die Stabilisierungsanleihe des Völkerbundes von 1922 verschlang jährlich 66 Millionen Schilling an Zinsen! Das waren 11 Schilling auf den Kopf der Bevölkerung, und das mußte aufgebracht werden. Ein rapides Zusammenschrumpfen der Wirtschaft, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit war die Folge.

Fürst Starhemberg hatte als Innenminister ein erfolgreicherer Tätigkeitsgebiet. Am 4. November hob er die Ausweisung des Majors Pabst auf, da der Staatsanwalt das Verfahren eingestellt hatte. Dann aber entwaffnete er den Republikanischen Schutzbund. Er ließ an verschiedenen Orten bei diesem und ihm nahestehenden Kreisen Durchsuchungen nach Waffen und Kriegsgerät vornehmen und hatte eine ganz schöne Ausbeute: über 4000 Gewehre, Karabiner und Stutzen, 20 Maschinengewehre, 360 000 Schuß Munition, 56 Revolver, 180 scharfe Handgranaten, rund 1000 Spaten, Beilpicken und andere Ausrüstungsstücke. Nun hatten ja die Heimwehren doch erreicht, was Schober ihnen im Mai versagt hatte! Und das Entwaffnungsgesetz wurde von Starhemberg gründlich, aber einseitig durchgeführt. Ohnmächtig, mit geballten Fäusten und knirschenden Zähnen mußten die Sozialdemokraten es geschehen lassen. Von der von ihnen vorgeschlagenen paritätischen inneren Abrüstung war nichts zu spüren.

Nach einem außerordentlich heftigen Wahlkampfe fanden am 9. November die Wahlen zum Nationalrat statt. Sie waren das Bekenntnis des Volkes zum Parlamentarismus, sie richteten sich gegen die Regierung Vaugoin und ihre verkappten diktatorischen Absichten. Trotz aller Versprechungen und Hoffnungen erlitten insbesondere die „überparteilichen“ Heimwehren eine geradezu katastrophale Niederlage!

268

7. Kapitel: Bundeskanzler Ender 269

Die Nationalsozialisten erwarben trotz 87 620 Stimmen kein Mandat, die Kommunisten brachten überhaupt nur 20 000 Stimmen auf. Die monarchistische Bewegung erlebte eine Katastrophe. Von den insgesamt abgegebenen 3,69 Millionen Stimmen (1927: 3,64) erhielten die Sozialdemokraten 1,51 (1927- 1,54) oder 72 Abgeordnete gegen 71 vorher. Sie waren die stärkste Partei trotz ihres Stimmenverlustes. Die Christlich-Sozialen erhielten für ihre 1,3 Millionen Stimmen 66 Mandate, hatten also 7 verloren. Dafür aber erschien der Heimatblock neu mit 228 340 Stimmen und 8 Mandaten. Im Schoberblock waren die Großdeutschen (bisher 12) und der Landbund (bisher 9) zusammengefaßt. Er erhielt 422 140 Stimmen und 19 Sitze. Im Jahre 1927 waren für die bürgerliche Einheitsliste, in der sich Christlich-Soziale, Großdeutsche und Landbund vereinigt hatten, 1,756 Million Stimmen abgegeben

worden. Jetzt erhielten Christlich-Soziale, Heimwehrblock und Schoberblock fast 2 Millionen Stimmen.

Das unfähige Kabinett Vaugoin hatte keine Mehrheit erlangt. Es zog die Konsequenzen und trat am 29. November zurück, nachdem es vorher noch mit Italien ein Abkommen über die Extrareliiefschuld von 16 Millionen Goldfranken für die ersten Lebensmittellieferungen Italiens an Österreich im Winter 1918/1919 abgeschlossen und Rückzahlung in dreißig Jahresbeträgen vereinbart hatte. Der Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Otto Ender, ein Christlich-Sozialer, wurde nun mit der Regierungsbildung beauftragt. Die eifrigen Bemühungen Seipls, der seinen ganzen Einfluß dahin geltend machte, eine umfassende Arbeitsgemeinschaft aller antimarxistischen Gruppen unter Einbeziehung der Heimwehren herbeizuführen, waren nicht von Erfolg gekrönt. Ender ließ daher die Heimwehr fallen und wandte sich nur dem zahlenmäßig stärkeren Schoberblock zu, mit dem die Christlich-Sozialen eine Parlamentsmehrheit besaßen. Von den 10 Regierungsmitgliedern waren 7 christlich-sozial, 2 großdeutsch, und zwar wurde Schober Vizekanzler und zugleich mit dem Außenministerium betraut, einer, der Ingenieur Winkler, war Landbändler und Innenminister.

269

Deutsche unter Fremdherrschaft 270

Für diese Regierung stellten die Heimwehren keine Gefahr mehr dar, nachdem sie selbst eine Gruppe im Parlament geworden waren und noch dazu eine sehr schwache Opposition darstellten.

Die Linie der neuen Regierung wurde vornehmlich durch außenpolitische Tendenzen bestimmt. Im Innern beschränkte man sich auf die notwendigsten Maßnahmen, da sehr viele Reibungsflächen in der Koalition vorhanden waren. Das zeigte sich bei einem sozialdemokratischen Antrag Ende Dezember, der die Stilllegung großer Betriebe von der behördlichen Genehmigung abhängig gemacht wissen wollte. Der Antrag wurde von 77 Sozialdemokraten und Heimwehrabgeordneten unterstützt, jedoch von 65 Christlich-Sozialen und Abgeordneten des Schoberblocks abgelehnt. Hatten auf der Seite der Regierungsgegner nur drei Abgeordnete nicht abgestimmt, so fehlten auf der Seite der Regierungskoalition 20 Stimmen, fast ein Viertel, wodurch die Gegner in der Überzahl blieben!

Ernstere Differenzen innerhalb der Koalition rief das Problem der Wahl des Bundespräsidenten hervor. Nach der neuen Verfassung mußte die Wahl acht Wochen nach dem Zusammentritt des nächsten neugewählten Nationalrats ausgeschrieben werden; am 8. Februar war diese Frist abgelaufen. Es gab aber keine Bestimmung darüber, welche Frist zwischen Ausschreibung und Durchführung der Wahl zu liegen habe. Der Schoberblock wollte die Neuwahl sobald wie möglich durchgeführt wissen, die Christlich-Sozialen wollten sie bis in den Herbst verschieben. Der Nationalrat ermächtigte die Regierung, den Wahltermin festzusetzen, und die Christlich-Sozialen blieben vermöge ihrer Übermacht Sieger: am 18. Oktober 1931 sollte der erste Wahlgang, am 9. November die Stichwahl stattfinden.

Zu einer hochinteressanten Erörterung kam es Mitte Februar 1931 bei der Heeresberatung im Nationalrat. Der Bundeskanzler Ender war ein echter Demokrat und hatte sich seit je zu strenger Verfassungsmäßigkeit bekannt. In seinem Lande Vorarlberg war er stets gegen die monarchistischen Strömungen seiner eigenen Partei und gegen die illegalen Bestrebungen der Heimwehr aufgetreten.

270

7. Kapitel: Außenpolitik Schobers 271

Gerade dieses Problem hatte er in einer genialen Weise gelöst: er hatte die Heimwehr von Vorarlberg zu einer Art Miliz der Landesregierung unter seinem eigenen Oberbefehl umgestaltet und sie so von ihren gefährlichen Absichten

befreit. Jetzt sollte der Versuch im Großen unternommen werden. Bezeichnenderweise trat Ender dabei nicht selbst in Erscheinung, sondern vom Landbund ging am 19. Februar im Nationalrat der Antrag aus, die Regierung solle aufgefordert werden, alle Schritte zu unternehmen, um die Zustimmung der Signatarmächte des Vertrages von Saint-Germain zum Ausbau der gesetzlichen Wehrorganisation auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Muster eines Milizsystems zu erreichen. Dieser Antrag wurde vom Schoberblock und einem Teil des Heimatblocks unterstützt, während die Fronde noch zögerte, sich auf diese Weise an Staat und Regierung ketten zu lassen. Allerdings erklärte Vaugoin, daß es vorerst nicht möglich sei, das Wehrsystem zu ändern. Auch ein zweiter, weitergehender Antrag des Landbundes wurde vorgelegt, welcher die Entpolitisierung des Bundesheeres, d. h. Abschaffung des Wahlrechts und Verbot politischer Betätigung, und Begrenzung der Rechte der Vertrauensmänner forderte. Jedoch, so meinte Vaugoin, dies setze eine Verfassungsänderung voraus, wozu die Zustimmung sämtlicher Parteien nötig sei. Bei der Abstimmung am nächsten Tage wurde der erste Antrag einstimmig angenommen, der zweite jedoch abgelehnt. Wenn es Ender gelungen wäre, ungehindert vom Ausland seine Gedanken des Milizheeres zu verwirklichen, dann hätte er von Österreich die drohende Gefahr der zum Staatsstreich neigenden Heimwehren gebannt. Der Mittelpunkt der Regierung war Schober, dessen Außenpolitik eine entschiedene Angleichung an Deutschland erstrebte. Es sollte fortgesetzt werden, was durch den Sturz Schobers im September unterbrochen worden war. Als Ender sein Programm darlegte, erklärte der Kanzler: „Das auf der letzten Völkerbundsversammlung in Genf behandelte Programm der wirtschaftlichen und politischen Annäherung der 27 europäischen Staaten im Sinne des Vorschlags des französischen Außenministers wird auch von der neuen Bundesregierung mit allem Eifer unterstützt werden, und die Regierung wird sich bemühen, gemäß den in Genf gemachten Anregungen und Verhandlungen eines regionalen Aufbaus Europas im Wege der wirtschaftlichen Verbindung gleich interessierter Staaten vorzubereiten.“

271

Deutsche unter Fremdherrschaft 272

Bis Mitte 1931 gewinne Österreich gegenüber den hauptsächlich Agrarprovinzortstaaten handelspolitische Freiheit und das ganze Gebiet des Handelsverkehrs müsse untersucht werden. Ender hatte sich also zur Fortsetzung der von Schober in Genf vorgezeichneten Politik bekannt, die eine engere Verbindung mit Deutschland anstrebte. Er fand dabei weithin im Volke Verständnis. Das bewies der Nationalrat, als er am 23. Januar 1931 eine 21köpfige Sonderkommission zur Beratung des gemeinsamen österreichisch-deutschen Strafgesetzesentwurfes einsetzte. Drei Wochen später wurde mit 80 Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen gegen 79 Stimmen der Christlich-Sozialen, des Landbundes und des Heimatblockes abermals ein großdeutscher Antrag angenommen, der die Angleichung des österreichischen Eherechts an das deutsche forderte. Aber die knappe Stimmenmehrheit zeigte doch, welche Hemmungen noch auf dem Gebiete kulturpolitischer Angleichung bestanden. Viel wichtiger und dringender allerdings war die wirtschaftliche Angleichung, die von den Großdeutschen schon seit Jahren gefordert wurde. Die Weltwirtschaftskrise begann seit Ende 1930 auch die Länder Südosteuropas, insbesondere Österreich immer tiefer wirtschaftlich zu zerrütten. In Österreich erkannte man, daß die ganze bisher befolgte Zollpolitik nicht im geringsten den ersehnten Erfolg gebracht hatte. So kam denn die im März 1930 eingesetzte Wirtschaftskommission in ihrem Bericht vom 12. Januar 1931 zu dem Schlusse, daß die Wiederbelebung der Wirtschaft abhängig sei nicht nur von einer Herabsetzung der öffentlichen Abgaben und Ausgaben, sondern vor allem von einer Vergrößerung des Absatzgebietes. Auch die südosteuropäischen Agrarstaaten, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien, befanden sich in einer schweren Absatzkrise.

272

Bereits am 22. Juni 1930 beauftragte der südslawische Außenminister seinen Gesandten in Bukarest, der rumänischen Regierung eine Denkschrift zu überreichen, worin auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, eine Wirtschaftsorganisation der Kleinen Entente zu schaffen. Im November, wenige Tage, nachdem der südslawische Handelsminister Kumanudi sich dem französischen Gesandten ein Präferenzabkommen unterzeichnet hatte, worin sich Frankreich verpflichtete, 10 Prozent seiner gesamten Getreideeinfuhr (gleich 15 000 Waggons) in Südslawien zu kaufen und die französischen Zollgebühren an Südslawien zurückzuerstatten, tagte in Belgrad eine Sachverständigenkonferenz der östlichen Agrarländer und beschloß, nationale Büros zum Schutze der Getreideausfuhr zu schaffen. Auf der Europakonferenz im Januar 1931 zu Genf wurde die Frage weiter behandelt, wie und wo der Getreideüberschuß der südosteuropäischen Länder abzusetzen sei. Der Jugoslawe Marinkowitsch meinte, mit der Herabsetzung der Zölle sei nichts mehr zu erreichen, die Staaten Südosteuropas befänden sich in einer äußerst schwierigen Lage. Der von dem Rumänen Titulescu eifrig befürwortete Vorschlag ging auf die Schaffung eines internationalen Zentralkreditinstituts hinaus. Die Idee, die Kleine Entente durch Einbeziehung Österreichs zur wirtschaftlichen Donauföderation umzugestalten, sprach bei den Genfer Besprechungen sehr stark mit. Schober indessen verfolgte seinen Plan vom regionalen Wirtschaftszusammenschluß, für den er ein ganzes Jahr lang in Rom und Paris und Genf und London starke Propaganda gemacht hatte, ebenfalls weiter. Allerdings bewegten sich seine Absichten in einer der Kleinen Entente absolut entgegengesetzten Richtung. Es war keine Zeit mehr zu verlieren, jetzt mußte unter dem Drucke der Not die Zollunion mit Deutschland geschaffen werden. Vom 3.-5. März weilte der deutsche Außenminister Curtius in Wien, und in diesen Tagen wurden wichtige auf die Zollunion hinzielende Besprechungen abgehalten. Die Politik Österreichs und Deutschlands kehrte zu einem Plane zurück, der bereits im Februar 1919 verwirklicht werden sollte, und für den in den Besprechungen Bauers mit Brockdorff-Rantzau die Grundlagen geschaffen wurden.

273

Mit einer außerordentlich geschickten Regie versuchte Schober der Zollunion den Weg zu bahnen. Am 18. und 19. März wurde in Wien eine Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz abgehalten, an der außer Miklas, Ender, Schober, Streeruwitz auch Vertreter Ungarns, Deutschlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei teilnahmen. Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschliebung, worin der Abschluß regionaler Wirtschaftsabkommen als dringend geboten bezeichnet wurde, um eine möglichst enge Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mittel- und Südosteuropa herbeizuführen. Da die handelspolitischen Bemühungen des Völkerbundes bisher ohne Erfolg geblieben seien, fordere man die beteiligten Regierungen auf, ungesäumt direkt über diese Fragen zu verhandeln. Ein Antrag des tschechoslowakischen Vertreters Weißner, der die Bildung eines handelspolitischen Organisationsausschusses verlangte, wurde einstimmig angenommen. Inzwischen wurde am 19. März nach Abschluß der Konferenz in aller Stille das Protokoll über die österreichisch-deutsche Zollunion in Wien unterzeichnet.

Es war eine Komödie der Irrungen in diesen Tagen. Während die Kleine Entente auf dem besten Wege zur Donauföderation zu sein glaubte, wurde unerwartet offenbar, was sich hinter den Kulissen abgespielt hatte. Am 21. März gab, unter gleichzeitiger Mitteilung des Unionsplanes an die Regierungen in Prag und Rom (zwei Tage später erfuhren Paris und London den amtlichen Text), die Berliner Regierung amtlich ein Kommuniqué aus, worin sie die durch das Wiener Protokoll vom

19. März geplante Zollunion mit Österreich ankündigte. Um mit der regionalen Verständigung einen praktischen Anfang zu machen, hatten Österreich und das Deutsche Reich Richtlinien über eine vertragmäßige zoll- und handelspolitische Angleichung beschlossen, unbeschadet der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit beider Staaten. Dies sollte der erste Anfang einer gesamteuropäischen Konsolidierung sein, es stehe allen andern Ländern, besonders den südeuropäischen, der Beitritt zu dieser Zollunion frei.

274

7. Kapitel: Widerspruch gegen Zollunion 275

Die Zollunion sei nichts anderes als die erste Initiative in der innerhalb Briands Paneuropaplan vorgesehenen Zollunion nach dem Scheitern der Genfer Zollkonvention. Die Staaten Europas waren überrascht: das hatten sie am allerwenigsten erwartet! Noch am gleichen Tage (21. März) begaben sich die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zu Schober und teilten ihm mit, daß die in den Zeitungen veröffentlichte Nachricht über die Zollunion ihre Regierungen veranlaßt habe, der österreichischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß der Abschluß einer Zollunion gegen das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 verstoße. Zwei Tage später wurde der Wortlaut des aus 12 Artikeln bestehenden und mit den Worten „Unter voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der beiden Staaten“ beginnenden Wiener Protokolls der Zollunion in London, Paris und Rom mitgeteilt. Die deutschen und österreichischen Diplomaten wiesen darauf hin, daß sich das Projekt völlig in den Bahnen der gesamteuropäischen Kooperation bewege. Mussolini zog sich alsbald auf eine nüchtern-sachliche und abwartende Haltung zurück. Auch die englische Auffassung war zwar nicht eine vorbehaltlos zustimmende, so doch eine wesentlich ruhigere als die in Frankreich und der Tschechoslowakei. Am 25. März empfing Schober den englischen Gesandten Sir Eric Phipps, der im Auftrage Hendersons die Besorgnisse mitteilte, die der britische Außenminister über das geplante deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen hege. Henderson hoffe, daß dem Völkerbundsrat in seiner Maisitzung Gelegenheit gegeben sein werde, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie weit das geplante Wirtschaftsabkommen sich mit dem Genfer Protokoll von 1922 vereinbaren lasse. Schober erwiderte, daß der Rahmen des Genfer Protokolls keineswegs durchbrochen sei. Die Bundesregierung habe also nichts dagegen einzuwenden, daß die rechtliche Seite des Übereinkommens überprüft werde von den Regierungen, die seinerzeit das Genfer Protokoll unterzeichnet hätten. Eine Überprüfung nach politischen Gefechtspunkten komme angesichts des wirtschaftlichen Charakters nach Meinung der österreichischen Regierung nicht in Frage.

275

Deutsche unter Fremdherrschaft 276

Die Bundesregierung habe auch nicht die Absicht, ein fait accompli zu schaffen. Nur in Paris und Prag gingen die Wogen der Erregung hoch: die Zollunion bringe das europäische Gleichgewicht ins Schwanken. Poincare bezeichnete die Zollunion auf gleicher Stufe mit dem Einbruch in Belgien stehend und drohte mit militärischen Maßnahmen: Wiederbesetzung des Rheinlandes. Briand erklärte vor dem Senat, die Zollunion widerspreche allen Bedingungen einer europäischen Zusammenarbeit, die drohende wirtschaftspolitische Ausbreitung Deutschlands müsse vereitelt werden. Briand holte den Plan hervor, den die Wirtschaftskonferenz in Genf im Januar entwickelt hatte: Zollunion zwischen Polen, Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien und Griechenland, Gründung einer internationalen Landwirtschaftsbank, um die Agrarkrise der Donaustaaten zu beseitigen. Auf diesem Gebiete traf er sich mit Benesch, der in Prag, ebenfalls aus Angst vor einer „neuen politischen Blockbildung“, die wirtschaftliche Donauföderation ins Leben zu rufen gedachte,

einem Wirtschaftsbund, der außer der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien auch Österreich, Ungarn, Polen und Bulgarien umfassen sollte. Das Zentrum dieses Bundes sollte Prag sein. Die Engländer wollten vermitteln; sie waren ungehalten über Frankreichs „hysterische Reaktion“. Sei denn etwa Luxemburgs Unabhängigkeit durch die Zollunion mit Belgien gefährdet? Die Kronjuristen stellten fest, daß zwischen den Verträgen von Versailles und Saint-Germain und dem Genfer Protokoll von 1922 sowie dem Wiener Protokoll von 1932 keinerlei Widerspruch bestehe. Henderson suchte zu vermitteln; er schlug in Wien und Berlin vor, man möge das Projekt dem Völkerbundsrat unterbreiten, nicht um ein politisches Gutachten zu erwirken, sondern nur um die juristische Seite zu prüfen. Hiergegen hatte ja Schober in seiner Unterredung mit Sir Eric Phipps nichts einzuwenden, auch Brüning und Curtius waren einverstanden. Der englische Standpunkt deckte sich also im wesentlichen mit dem österreichischen und deutschen.

276

7. Kapitel: Frankreich gegen Zollunion 277

Am 10. April stellte die französische Regierung beim Völkerbundssekretariat in Genf für die in vier Wochen stattfindende Ratssitzung den Antrag, den deutsch-österreichischen Zollanschlußvertrag als unvereinbar mit den von Deutschland und Österreich eingegangenen Verpflichtungen zu erklären. Zwei Tage später ging Englands Antrag ein, die Zollunion juristisch zu untersuchen. Der Londoner „Observer“ stellte fest, die Lage sei ernster als je nach dem Waffenstillstande infolge der rücksichtslosen Unterdrückungspolitik Frankreichs. In Österreich regte sich auch Widerstand gegen die Zollunion. Eine kleine Gruppe christlich-sozialer Politiker, eine habsburgisch-klerikale Separatistenklique, setzte der Zollunion Widerstand entgegen und knüpfte heimliche Verhandlungen mit der ehemaligen Kaiserin Zita sowie mit Vertretern Frankreichs und Ungarns an. Das unliebsame Aufsehen, das die Zollunion erregte, beflügelte die Hoffnungen der Monarchisten auf Wiederherstellung des alten Donaustaates in irgendeiner Form. Schober aber war entschlossen, ganze Arbeit zu leisten. Man müsse nun endlich die politische Flickschusterei durch eine großzügige Lösung der Zollunion beenden, sagte er. Im übrigen erinnerte er daran, daß er 1930 in Genf unter dem Beifall der Mehrheit den Vorschlag zur Bildung regionaler Wirtschaftsverträge gemacht habe. Auf Frankreichs Geheiß berief Benesch in den ersten Maitagen eine Konferenz der Kleinen Entente nach Bukarest, welche dort eine EntschlieÙung gegen die österreichisch-deutsche Zollunion annehmen mußte. Das war allerdings ein schwieriges Werk, denn die Kleine Entente wurde lediglich durch eine negativ-politische Tendenz, den Gegensatz zu Ungarn und Österreich, zusammengehalten, litt aber selbst an starken wirtschaftlichen Gegensätzen, die durch die agrarische Wirtschaft Rumäniens und Jugoslawiens und die industrielle Wirtschaft der Tschechoslowakei bedingt wurden. Da aber Frankreich den Staaten der Kleinen Entente große Anleihen gegeben hatte von zusammen rund 400 Millionen Reichsmark, mußten sich diese dem politischen Drucke Frankreichs fügen und die Zollunion verurteilen. –

Am 8. Mai stellte Briand vor der Kammer Frankreichs Standpunkt fest: „Deutschland und Österreich behaupten, das Recht für einen derartigen Plan zu besitzen. Ich antworte: Nein!“

277

Deutsche unter Fremdherrschaft 278

Denn wenn sie diesen Gedanken hatten, so hätten sie ihn mit andern Mächten besprechen müssen und insbesondere mit derjenigen, die ihnen Anleihen gegeben hat!“ Wenn in Genf keine Einigung erzielt werde, müsse der Plan der Zollunion dem Haager Gerichtshof vorgelegt werden. Die Tagesordnung wurde angenommen: in aller

Form wurde der Plan des deutsch-österreichischen Zollabkommens abgelehnt, weil er im Widerspruch zur Verständigungspolitik einer weitgehenden und ehrlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker und zu den Verträgen stehe. Das war die Vorbereitung für Genf.

In Genf begannen die Erörterungen über die Zollunion mit einem Redestreit zwischen Curtius und Briand am 15. Mai im Europa-Ausschuß. Briand schlug ein Wirtschaftsbündnis der Donaustaaten vor, dessen Charakteristikum ein weitgehendes Präferenzzollsystem war, doch Schober entgegnete, daß Österreich an der Zollunion festhalte und weiter keine Lust habe, sich mit jahrelangen fruchtlosen Kommissionsarbeiten herumzuschleppen. Am 17. Mai übermittelte das Generalsekretariat des Völkerbundes den Mitgliedern eine umfangreiche französische Denkschrift, worin gefordert wurde, im Gegensatz zum englischen Antrag, daß die Zollunion im Völkerbundsrate nicht nur nach rechtlichen, sondern nach politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten behandelt werde. Jedoch der Ratsvorsitzende Henderson spürte keine Lust, große Diskussionen zu entfesseln, und brachte am 18. Mai nach Eröffnung der Ratstagung den Antrag ein, den Internationalen Gerichtshof im Haag um ein Gutachten darüber zu ersuchen, ob das Wiener Protokoll vom 19. März 1931 mit dem Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain und mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 vereinbar sei. Der Antrag wurde angenommen, und diese diplomatische Lösung verpflichtete Schober, Hendersons kurze Frage, ob bis zur Erledigung der Angelegenheit durch den Rat jede weitere Verhandlung über die Zollunion unterbleibe, mit einem klaren ja zu beantworten. Curtius aber protestierte gegen die Absicht, den deutsch-österreichischen Zollunionsplan noch einmal vor den Rat des Völkerbundes zu bringen, wenn der Haag sein Urteil gesprochen habe.

278

7. Kapitel: Bankzusammenbruch 279

Unmittelbar bevor Schober sich nach Genf begab, wurde Österreich von einer neuen, außerordentlich schweren Wirtschaftskatastrophe betroffen, die ganz überraschend, „wie ein Blitz aus heiterm Himmel“, kam. Die österreichische „Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ teilte der Regierung am 11. Mai mit düren Worten mit, daß sich bei der Aufstellung der Bilanz für 1930 ein Verlust von 140 Millionen Schilling ergeben habe. Ein kräftiger Bankzusammenbruch von Zeit zu Zeit gehörte in Österreich zu den üblichen Erscheinungen der Nachkriegszeit. So etwas war die Folge der maßlosen Wirtschaftszerrüttung. Je länger aber die Wirtschaftsnot dauerte, um so tödlicher mußten derartige Katastrophen auf Wirtschaft und Währung wirken. Mehr als bei früheren Zusammenbrüchen hing Österreichs Zukunft von der Katastrophe der Creditanstalt ab. Zudem kam sie im ungeeignetsten Augenblick der Politik. Die Bundesregierung mußte also wieder einmal helfen. Sie wollte ein Bundesdarlehen von 150 Millionen Schilling, gedeckt durch Bundesschuldverschreibungen oder Bundesschatzwechseln mit mehrjähriger Laufzeit, aufnehmen und den Betrag der Bank gegen Auslieferung eines Aktienpakets zur Verfügung stellen. Die Idee war undurchführbar, da die Anleihe im Inlande nicht unterzubringen war.

Der Run der Inlandsgläubiger auf die Bank, die ihre Ersparnisse zu verlieren fürchteten, setzte sich den ganzen Mai hindurch fort. Neue Kreditgeber muhten einspringen, ausländische. Das Präsidium der Nationalbank begab sich nach Basel, verhandelte mit Quesnay, dem Präsidenten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, und mit privaten Finanzgruppen. Aber das Ausland war nur dann zu Darlehen bereit, wenn der Bund die volle Haftung übernehme. Die Nationalbank lud ferner den Professor Dr. G. W. J. Bruins, den königlichen Kommissär der Niederländischen Bank, nach Wien ein, wo er auch am 1. Juni eintraf. Bruins war zur Zeit des Dawesplanes 1924 bis 1930 Kommissar bei der Reichsbank in Berlin gewesen und sollte jetzt für die Dauer der durch die Verhältnisse bei der Creditanstalt geschaffenen Lage als Berater der österreichischen Nationalbank

fungieren. Österreich begab sich aus Furcht vor einem neuen Währungsverfall erneut freiwillig unter Finanzkontrolle.

279

Deutsche unter Fremdherrschaft 280

Quesnay selbst begab sich nach Wien, untersuchte die Angelegenheit und stellte eine Sanierung durch französisches Geld in Aussicht. Diese Hilfsbereitschaft hatte aber einen Haken, der bald offenbar wurde. Am 16. Juni erschien der französische Gesandte bei Schober und überreichte ihm die Bedingungen, unter denen Frankreich bereit sein würde, einen Kredit von 150 Millionen Schilling zu beschaffen: Die Bundesregierung sollte beim Völkerbund die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung und Ordnung der österreichischen Verhältnisse beantragen und sich verpflichten, die Vorschläge dieser Kommission bedingungslos anzunehmen. Die österreichische Regierung sollte ferner einen Brief nach Paris schreiben, worin sie feierlichst erkläre, sich künftig jeglicher Kombinationen politischer und wirtschaftlicher Art zu enthalten, die den internationalen Status Österreichs verändern könnten. Mit andern Worten: Frankreich wollte Österreich die Zollunion abkaufen! Schober lehnte jegliche Erörterung über das unverschämte Anerbieten ab. Der Landbündler Innenminister Winkler erklärte seinen Rücktritt, darauf beschloß das Gesamtkabinett Ender seine Demission. - Die Bank von England aber gewährte Österreich den dringend notwendigen Kredit von 150 Millionen Schilling ohne jede erpresserische Bedingung.

Die Bildung der neuen Regierung bereitete einige Schwierigkeiten. Enders Versuch scheiterte am 19. Juni, weil ihm die von ihm geforderten außerordentlichen Vollmachten nicht gewährt wurden. Nun wurde Seipl beauftragt. Auch sein Versuch scheiterte bereits den folgenden Tag, weil sich die Großdeutschen weigerten, mit dem in Aussicht genommenen Finanzminister Kienböck zusammenzuarbeiten. Endlich bildete der christlich-soziale Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Karl Buresch, ein Kabinett der alten Mehrheitsparteien, worin Schober wieder als Vizekanzler und Außenminister aufgenommen wurde.

Die innere Erschütterung Österreichs sowie die im Juli folgende Wirtschaftskatastrophe Deutschlands zerstörten den Plan der Zollunion vollends.

280

7. Kapitel: Aufgabe der Zollunion 281

Bei allen Sanierungsverhandlungen, die im Juli und August zwischen Paris und Berlin geführt wurden, spielte der von den Franzosen geforderte Verzicht auf die Zollunion die Hauptrolle. So waren die Vorgänge der ersten Septembertage im Völkerbunde zu Genf nicht weiter verwunderlich: sie bildeten den letzten Akt des Trauerspiels um die Zollunion. Deutschland und Österreich mußten in aller Form den Verzicht auf die Zollunion erklären. Besonders demütigend war es, daß von Schober und Curtius den Franzosen verschiedene Formeln der Verzichtserklärung vorgelegt werden mußten, die aber von diesen als ungenügend verworfen wurden. Am 4. September tat Schober in der Europakommission den Weg nach Canossa: „Die österreichische Regierung erklärt, das Projekt der österreichischen Zollunion nicht weiter verfolgen zu wollen, und hofft, daß diese Erklärung dazu beitragen werde, die notwendige allgemeine Beruhigung herbeizuführen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zu schaffen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird zu einem größeren Teil außerordentlich verschärft durch die bestehende weitreichende Vertrauenskrise, die die Grundlagen der europäischen Wirtschaft erschüttert. Die abgegebene Erklärung soll zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen und die engere europäische Zusammenarbeit für die Zukunft sichern.“ Dann beugte sich Curtius unter das kaudinische Joch: „In Erwartung eines fruchtbaren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die

deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen.“ Diese Erklärungen wurden vor Eintreffen des Haager Spruches abgegeben, um zu verhindern, daß sich in der Ratssatzung lange Erörterungen an den Haager Spruch knüpften. Dieser war eigentlich für den 2. September erwartet worden, aber er traf erst nach den Erklärungen der beiden Staatsmänner ein. - Im Haag war, nachdem Anfang August das öffentliche Verfahren beendet worden war, ein harter Streit ausgefochten worden.

281

Deutsche unter Fremdherrschaft 282

Der englische Richter Hurst war eifrig bemüht, eine Entscheidung herbeizuführen, in der sich der Gerichtshof in der Frage der Zollunion als nicht zuständig erklären sollte. Dies hätte am ehesten in Englands Interesse gelegen. Aber eine solche Entscheidung kam nicht zustande. Statt dessen erklärten der japanische Präsident, der amerikanische, englische, niederländische, deutsche, belgische und chinesische Richter, daß gegen die Zollunion nichts einzuwenden sei. Den entgegengesetzten Standpunkt vertraten Frankreich, Polen, Rumänien, Spanien, Salvador und Kolumbien. Dem Franzosen gelang es noch, Italien und Kuba auf seine Seite zu ziehen, obwohl diese von Frankreichs Meinung abweichende Begründungen für ihre Ablehnung der Zollunion gaben. Mit acht gegen sieben Stimmen wurde folgendes Ergebnis festgestellt: „Ein auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundsätze des Protokolls vom 29. März 1932 errichtetes Zollregime zwischen Deutschland und Österreich würde mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 nicht vereinbar sein.“

Der Völkerbundsrat nahm die Erklärungen Schobers und Curtius' und des Haager Gerichtshofes ohne Aussprache zur Kenntnis: die Zollunion war in aller Stille beigelegt worden. Es war die Tragik Schobers und mit ihm aller Großdeutschen, daß er nicht nur 1921 die Anschlußbewegung, sondern 1931 auch die Zollunionsbewegung liquidieren mußte. Eine tiefe Mutlosigkeit und grimmige Enttäuschung ergriff weite Volkskreise. -

Schobers alte Widersacher, die Heimwehren, glaubten die Regierung durch die Schicksalsschläge von Anfang Mai bis Anfang September derart geschwächt, daß es ein leichtes sein würde, sie zu stürzen. Der Druck in der Heimwehrebewegung gegen den Parlamentarismus hatte in der Opposition wieder zugenommen. Als Starhemberts Versuch, dauernden und maßgebenden Einfluß auf die Regierung durch Einschwenken in die parlamentarische Front zu gewinnen, gescheitert war, mußte er, Mitte Mai 1931, die Führung der Heimwehren wieder an Dr. Pfriemer abgeben, der zu dem alten, antiparlamentarischen Kurs zurückkehrte. Dieser Personenwechsel bedeutete eine erneute Verschärfung der inneren Krise, zumal der Nationalsozialismus Einfluß zu erringen begann.

282

7. Kapitel: Heimwehrputsch 283

Als die Franzosen Mitte Juni ihre unverschämten Forderungen stellten, brachen bereits unter den Studenten, die ja in der Hauptsache der Heimwehrebewegung angehörten und sich immer mehr der Hitlerbewegung zuwandten, Unruhen aus, so daß die Wiener Universität und Technische Hochschule geschlossen werden mußten. Damals erwies sich ein Regierungswechsel nötig, wobei jedoch Schober weiterhin das Außenministerium behielt. Im August nun traf Pfriemer Vorbereitungen für einen großen Putsch, der sich über ganz Österreich erstrecken und mit der Verhaftung des Innenministers und Heeresministers beginnen sollte. Die obersteirische Heimwehr, bei welcher der Nationalsozialismus am ersten Fuß faßte, sollte zuerst losschlagen, und das sollte das Zeichen für die andern sein. Aber der Regierung

blieben die Vorgänge nicht verborgen. Sie zog in den Morgenstunden des 13. September Polizei an der steirischen Grenze zusammen. In der Tat bemächtigte sich an diesem Tage die Heimwehr unter Pfriemers Führung in einigen Orten Steiermarks, Oberösterreichs und Salzburgs der Staatsgewalt. Die Gendarmerie, die Landesregierungen und Verwaltungsbeamten leisteten der Heimwehr Vorschub, während sich die Masse der Bevölkerung ablehnend verhielt. Mit deren Hilfe gelang es den Regierungsorganen, die Ordnung im Laufe des Tages wieder herzustellen. Als sich der Abend über das Land senkte, war von der Heimwehraktion nichts mehr zu merken. Es wurde nach dem Putsch bei den Heimwehrorganisationen der Alpenländer zahlreiches Kriegsmaterial beschlagnahmt: über 2200 Gewehre, 34 Maschinengewehre, 1000 Stahlhelme, 500 Bajonette und zahlreiche Munition. Dennoch sah die Bundesregierung von einer einseitigen Auflösung der steirischen Heimwehr ab, wenn nicht zugleich sämtliche bewaffnete Selbstschutzverbände, auch der Schutzbund, aufgelöst würden. Pfriemer war nach dem Zusammenbruch seiner Unternehmung nach Südslawien, dann nach Deutschland geflohen, kehrte jedoch am 7. Dezember nach Graz zurück und stellte sich dem Gericht. Elf Tage später wurden er und alle übrigen Angeklagten von den Geschworenen freigesprochen.

283

Deutsche unter Fremdherrschaft 284

Die Bundesregierung hatte große Milde und Nachsicht walten lassen, weil die christlich-sozialen Bundesgenossen der Heimwehren es wünschten. Den Christlich-Sozialen entging der in den Heimwehren einsetzende Einfluß der Nationalsozialisten. –

Die Regierung Buresch hatte eine undankbare Aufgabe: sie mußte die Scherben wegräumen, welche die Regierung Ender hinterlassen hatte, außenpolitisch in bezug auf die Zollunion, innenpolitisch in bezug auf die Katastrophe der Kreditanstalt. Gerade diese wirkte auf die Staatsfinanzen zurück, die durch die Sanierung in Anspruch genommen waren. So kam es, daß der Etat für 1932 nicht wie bisher mit 35 Millionen Überschuß abschloß, sondern nur einen solchen von 2,33 Millionen aufwies. Daß dennoch das für die Stabilität der Währung notwendige Gleichgewicht erhalten wurde, war die Folge der Einwirkung des Finanzkommissars Bruins, der mit sanftem Druck drakonische Sparmaßnahmen verordnete. Die Grundgehälter der Beamten wurden von 4 bis 6 Prozent gekürzt, die Sonderzulagen von 40 Prozent eines Monatsgehaltes wurden bis zum Juni 1933 gestrichen, die Nebengebühren um 15 Prozent gekürzt. Freiwerdende Stellen sollten bis Mitte 1932 nicht neu besetzt werden, die Werbungen für das Bundesheer mußten bis zum 30. September 1932 unterbleiben. Ein Krisenopfer in Gestalt eines Zuschlags zur Einkommensteuer sollte bis Ende 1933 erhoben werden, eine Junggesellensteuer in Höhe eines Fünftels der Einkommensteuer wurde neu eingeführt, die Vermögenssteuer um 50 Prozent erhöht. Gehaltskürzungen, Einsparungen, neue Steuern wirkten zusammen, um ein Defizit zu vermeiden, das ganze Volk wurde neu belastet, weil die Wirtschaftsnot eine neue Katastrophe über das Volk hereinbrechen ließ. Aber die Staatsfinanzen mußten gesichert werden. So wurden die Ausgaben der Hoheitsverwaltung um 100 Millionen gekürzt, der Rest wurde durch Steuern aufgebracht, denn die Staatsschuld war um 200 Millionen angewachsen. Der Etat glich sich aus mit etwa 2 Milliarden und dem oben erwähnten geringen Überfluß. – Österreich mußte es außerdem auf sich nehmen, daß der Völkerbund Ende 1932 einen neuen Generalkommissar zur Überwachung der Finanzen ernannte, den Holländer Rolf van Tonningen, als Nachfolger des Professor Bruins.

284

7. Kapitel: Wahl des Bundespräsidenten 285

Im Oktober sollte die Wahl des Bundespräsidenten stattfinden. Nach der neuen

Verfassung lag diese Wahl sowie die Stichwahl beim Volke. Nach den Septemberereignissen schien aber eine Volkswahl Gefahren in sich zu bergen: die allgemeine Bewegung, in welche die Volksmassen vor allem auch durch die Tätigkeit der Nationalsozialisten gerieten, wäre einem Heimwehrputsch günstig gewesen. Deshalb beschloß der Nationalrat am 8. Oktober, dieses Mal die Wahl des Bundespräsidenten für vier Jahre durch die Bundesversammlung vornehmen zu lassen. Alle Parteien stimmten dafür, nur die acht Abgeordneten des Heimatblockes waren dagegen! Am 9. Oktober nahm die Bundesversammlung die Wahl vor. Die Abgeordneten des Heimatblockes fehlten. Miklas erhielt 109 Stimmen der Christlich-Sozialen, Großdeutschen und des Landbundes, Renner bekam 93 Stimmen der Sozialdemokraten. So war Miklas auf weitere vier Jahre gewählt. –

Zwei Ereignisse, der Zusammenbruch der Zollunion und der drakonische Sparetat, führten im Laufe der Wintermonate zur Regierungskrise. Beide Momente hatten der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich starken Auftrieb gegeben, und ihrem Drucke erlag die Großdeutsche Partei. Man konstruierte aus den Fehlschlägen der letzten Monate ein Verschulden Schobers. Man forderte seinen Zurücktritt. Eifrig schürte der französische Gesandte die andere gegen Schober gerichtete Strömung der Christlich-Sozialen. Schon wochenlang vor dem endlich erfolgenden Rücktritt jubelte Clauzel: „Ich habe schon seinen Kopf!“ Schober wollte nicht weichen. Schließlich aber wurde er doch von der klerikalen Richtung der Christlich-Sozialen und den Franzosen aus der Regierung gedrängt. – Am 27. Januar 1932 trat die Regierung Buresch zurück. Aber Buresch bildete sofort eine neue Regierung aus Christlich-Sozialen und Landbündlern, hinter der allerdings von den 165 Abgeordneten des Nationalrates nur 75 standen. Diese neue Regierung erblickte ihre Aufgabe in der Sicherung der Währung und in der Bereinigung der Kreditanstaltskrise.

285

Deutsche unter Fremdherrschaft 286

Außenpolitisch sollte die bisherige Linie weiter eingehalten werden: „Jede Kombination mit Deutschland, keine Kombination ohne Deutschland!“ – Schober ist eine tragische Gestalt: so erfolgreich seine Außenpolitik in der Zeit seiner Bundeskanzlerschaft war, so unglücklich war sie später, als er das Außenministerium inne hatte. Im Innern war er zu ehrlich, so erlag er den Stößen welche die Heimwehren, die christlich-sozialen Kleriker und die Franzosen gegen ihn führten.

286

ACHTES KAPITEL

Pläne um Österreich. Erneute Versklavung

Der Zusammenbruch der Zollunionspolitik war für Österreich eine vernichtende diplomatische und moralische Niederlage. In Paris verlangten die französischen Nationalisten sogar, die deutsche und die österreichische Regierung sollten feierlich erklären, daß sie während der nächsten zehn Jahre auf jede Wiederaufnahme der Anschlußverhandlungen verzichteten. Benesch in Prag schlug Ende Oktober 1932 der Wiener Regierung vor, eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Tschechoslowakei herzustellen, etwa nach den Plänen der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung eine gemischte österreichisch-

tschechische Wirtschaftskommission zu bilden und Abmachungen zwischen den Industriekartellen beider Nachbarländer zu treffen. Schober durfte die Tschechen nicht verstimmen, er verhielt sich abwartend, denn er hoffte auf einen 60-Millionen-Kredit von Frankreich. Die Kraft seiner Initiative war gelähmt. Fesseln schlangen sich um ihn, die er nicht mehr zu zerbrechen vermochte. Die Sorge um die Finanzen begann die Regierung bereits zu knebeln. Aber das Volk erklärte, eine Lösung ohne oder gegen Deutschland komme nicht in Frage.

Die Not Österreichs wuchs im Eiltempo. Im Dezember 1931 hatte die Gesamtziffer der Arbeitslosen 350 000 überschritten, im Februar 1932 betrug sie 427 000, fünfzigtausend mehr als im Februar des Vorjahres. Die Hoffnung Schobers, durch eine Sanierung der Creditanstalt ganze Wirtschaftszweige vor dem Zusammenbruch zu retten und ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, hatte sich als Irrtum erwiesen. Die Sanierung ging über die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes und begann, die Stabilität der Finanzen zu erschüttern. Zermürbende Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern der Creditanstalt zogen sich wochenlang hin, die Staatseinnahmen gingen rapide zurück, die Handelsbilanz verschlechterte sich zusehends.

287

Deutsche unter Fremdherrschaft 288

Alle Staaten des Donauraumes standen Anfang 1932 mehr oder weniger vor einem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, der in der Hauptsache auf die Überlastung mit Auslandsschulden und auf die Absatzstockungen der Agrarprodukte zurückzuführen war. 3682 Millionen, fast 4 Milliarden Reichsmark, hatten Österreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien zusammen an fremden Schulden zu verzinsen, und zwar waren Frankreich mit 484 Millionen und England mit 1047 Millionen, die Vereinigten Staaten mit 1323 Millionen als Gläubiger beteiligt. Österreichs Auslandsschulden betragen 1078 Millionen, dann folgten Ungarn mit 916 und Rumänien mit 639 Millionen Reichsmark. Rechnete man die Auslandsschulden auf den Kopf der Bevölkerung um, dann betrug sie für die Tschechoslowakei 32 Reichsmark, für Jugoslawien 35,5, für Bulgarien 37,5, für Rumänien 39, für Ungarn 113, doch für Österreich 166 Reichsmark! Die durchschnittliche Belastung für die 62 Millionen Einwohner des Gesamtdonauegebietes machte nur 60 Reichsmark pro Kopf.

Zu dieser Finanznot kam die Wirtschaftsnot. Im Jahre 1930 führte Österreich für 1100 Millionen Reichsmark aus, doch für 1600 Millionen ein. Das war ein Einfuhrüberschuß von 77 Reichsmark auf den Kopf der Bevölkerung, während Ungarn, Rumänien, Bulgarien Ausfuhrüberschüsse hatten und Jugoslawien nur den geringen Einfuhrüberschuß von 13 Millionen - eine Reichsmark auf den Kopf der Bevölkerung - aufwies. Das ganze Herumexperimentieren mit Zolltarifen und handelspolitischen Systemen hatte für das kranke Österreich nichts genützt.

Nur ein Beispiel: Einst war die Stadt Steyr Sitz einer blühenden Eisenindustrie seit dem Mittelalter her. Sensen, Pflüge, Äxte, Meiler wurden hergestellt. Während dem Weltkrieg waren die Steyr-Werke die Waffenschmiede für das Heer des Hauses Habsburg. 15 000 Arbeiter fanden hier ihr Brot. Noch im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege vermochte Steyr seine Industrie durch Umstellung auf Automobilfabrikation zu halten. Die Weltkrise aber brach furchtbar über Steyr herein. Anfang 1932 wurden nur noch 1800 Arbeiter beschäftigt.

288

8. Kapitel: Tardieuplan 289

Die Hälfte der 22 000 Einwohner zählenden Bevölkerung lebte nur von Almosen. Kaum ein Fünftel konnte sich sattessen. Die Straßen wurden belagert von Bettlern und hungernden Kindern. Die Arbeitslosen hatten in ihren Holzbaracken weder Licht noch

Heizung, viele Menschen hausten in einem einzigen engen Raume. Tuberkulose und Rachitis breiteten sich aus. Die Verwaltung der sterbenden Stadt war nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. - In Klagenfurt lagen die Dinge ähnlich, wie überhaupt in den Industriestädten. In den Alpenländern erstarben Industrie und Wohlstand. Einst reiche und angesehene Bürgerfamilien rangen mit grausamster Not, lebten kümmerlich von der Vermietung ihrer Landhäuser als Fremdenpensionen, während sie selbst in armseligen Schlupfwinkeln Zuflucht suchten. Die Bundesregierung, deren Mittel erschöpft waren, sah keinen Ausweg aus dieser verzweifelten Not. -

In seiner Regierungserklärung vor dem Nationalrat am 4. Februar 1932 hatte Buresch allen Bemühungen in Paris und Prag gegenüber erklärt, ein Donaubund ohne Beteiligung Deutschlands komme für Österreich nicht in Frage. Die Großdeutschen und Sozialdemokraten äußerten allerdings Zweifel an der Aufrichtigkeit der Regierungserklärung und wiesen darauf hin, daß von christlich-sozialer Seite getagt worden sei, Schober habe wegen seiner Zollunionspolitik auf Wunsch verschiedener Herren in Paris aus der Regierung verschwinden müssen. Zwölf Tage später berief Bundeskanzler Buresch die Wiener Auslandsdiplomaten zu sich und entwickelte ihnen Österreichs Finanzlage. Österreich brauche Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraumes. Die Regierung müsse deshalb mit allen Nachbarstaaten und allen Staaten, die dazu bereit seien, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung eintreten und erbitte dafür Verständnis und Förderung der in Betracht kommenden Staaten. Für Österreich komme es vor allem darauf an, die Einfuhr zu beschränken und die Ausfuhr zu verstärken, was jedoch nur unter Aufhebung der Meistbegünstigung zu erreichen war.

Es dauerte länger als zwei Wochen, bis die deutsche Reichsregierung antwortete.
289

Deutsche unter Fremdherrschaft 291

Am 3. März ließ Reichskanzler Brüning dem Bundeskanzler Buresch mitteilen, daß Deutschland der österreichischen Wirtschaft Vorzugszölle zu gewähren bereit sei, „wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees des Völkerbundesrates und die Mitwirkung der andern Staaten die Möglichkeit begründen, Österreich Zugeständnisse für seine Ausfuhr unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung zu machen“. Tardieu aber, der seit Ende Februar französischer Ministerpräsident war, hatte einen andern Plan, den er in der Kammer entwickelte: er werde die wirtschaftliche Zusammenarbeit der fünf Donaustaaten - ohne Bulgarien - betreiben auf der Grundlage von Vorzugszöllen untereinander. Die fünf Staaten sollten sich erst untereinander einigen, dann sollten die Großmächte dazu Stellung nehmen. In diesem Sinne ließ Tardieu dem österreichischen Vertreter in Genf einen Plan unterbreiten, den er mit dem Engländer Simon und dem Italiener Grandi vorher flüchtig besprochen hatte, der aber der Reichsregierung nicht mitgeteilt worden war: Frankreich war bereit, Österreich durch eine Anleihe zu stützen, wenn Österreich zunächst mit Ungarn und der Tschechoslowakei, sodann auch mit Rumänien und Jugoslawien sich über ein System von Vorzugszöllen einigte. Frankreich glaubte also, daß ein System von Vorzugszöllen unter den fünf Donaustaaten allein genügen würde, um deren wirtschaftliche Nöte zu beseitigen. Vor allem aber wollte Tardieu unter allen Umständen jede Beteiligung oder Einmischung Deutschlands verhindern. Der deutsche und der französische Plan hatten keinerlei Zusammenhang miteinander. Beide aber schlugen das System der Vorzugszölle vor, doch Frankreich lediglich unter den Donaustaaten, während Deutschland sich selbst unmittelbar in das Vorzugszollsystem einschalten wollte.

In den Donaustaaten wurde Tardieus Plan sehr kühl aufgenommen, da man ihn für unwirksam hielt. Die Agrarstaaten sahen keine Möglichkeit, ihren Getreideüberschuß im Donaoraum abzusetzen. In Österreich verwahrte sich die ringende Landwirtschaft dagegen, daß sie vollends durch Überschwemmung mit südslawischem, rumänischem und ungarischem Getreide vernichtet würde.

8. Kapitel: Tardieuplan 291

Dieselbe Sorge beunruhigte die Tschechoslowakei. In Berlin ließ die Wiener Regierung erklären, sie werde eine Donauföderation nur dann abschließen, wenn Deutschland hineinbezogen würde, und Deutschland teilte in Wien seine Bereitschaft mit, einzutreten in den geplanten Wirtschaftsbund der Donaustaaten. Jetzt endlich hielt es Tardieu für angezeigt, nachdem er den Fehlschlag seines Vorstoßes erkannt hatte, der Regierung Brüning unter gleichzeitiger offizieller Bekanntgabe seines Planes am 5. März mitzuteilen, Frankreich habe den Wunsch, daß sich Deutschland an den Arbeiten für den Südosten Europas beteiligen möge.

Die Politik der Christlich-Sozialen schien bei oberflächlicher Betrachtung an einem Widerspruch zu leiden. Hatten sie erst Schober wegen seiner Zollunionspolitik gestürzt, so wollten sie jetzt keine Bindung ohne Deutschland eingehen. Wenn es auch in der Partei zwei Richtungen, eine liberale und eine klerikale, gab, die für und gegen Deutschland waren, so ließen sie sich doch auf eine gemeinsame mittlere Linie vereinigen. Die Klerikalen wünschten nicht, daß ein Großdeutscher wie Schober die Annäherung an Deutschland betrieb, sie fürchteten, er würde von der wirtschaftlichen zur kulturpolitischen Annäherung fortschreiten, und dies haßten sie. Sobald sie aber selbst den Kurs der Regierung bestimmten, waren sie bis zu einem gewissen Grade dem Kurs zu folgen bereit, da sie es dann jederzeit in der Hand hatten, der Annäherungspolitik eine Grenze zu setzen. So konnten die Christlich-Sozialen ohne Bedenken dem Drängen des Volkes entgegenkommen und jede einseitige Bindung mit den Donaustaaten ablehnen, wenn nicht - unter vorhergehenden hinreichenden Sicherungen hinsichtlich anderer, kulturpolitischer Annäherungsversuche - auch Deutschland in das Wirtschaftssystem einbezogen würde. -

Mussolini billigte den Tardieuplan keineswegs. Er hatte starke Zweifel und forderte vor allem in seiner Antwort vom 8. März, daß die europäischen Großmächte, Deutschland eingeschlossen, von vornherein zusammen mit den beteiligten Donaustaaten das Problem behandeln sollten. Noch eine andere Meinung hatte Deutschland, die es Mitte März bekanntgab:

291

Deutsche unter Fremdherrschaft 292

es sei vielleicht ganz gut, wenn erst einmal die vier Großmächte eine Vorkonferenz unter sich abhalten würden, ehe sie mit den Donaustaaten zusammen beraten würden. Inzwischen vermischte Benesch die Pläne um die Donauföderation mit den politischen Tendenzen der Kleinen Entente. Das war sein Lieblingsgedanke seit je, und so forderte er in einer Besprechung vor dem tschechoslowakischen Parlamentsausschuß am 23. März, daß sich vor allem Südslawien und Rumänien an den Donauplänen beteiligen möchten. Prompt erwiderte Bundeskanzler Buresch am folgenden Tage, Österreich werde bei den Donauverhandlungen keinerlei politische Bindungen eingehen.

So vielgestaltig und verworren waren die Triebkräfte und Spannungen in den großen europäischen Donauplänen. Tardieu forderte die Konferenz der fünf Donaustaaten, Italien forderte die Neunmächtekonferenz, Deutschland schlug eine Vorkonferenz der vier Großmächte vor. Benesch wollte die politischen Gedanken der Kleinen Entente mit dem Wirtschaftsplane der Donauföderation vermischen, und Buresch lehnte von vornherein alle politischen Bindungen nach jeder Seite hin ab.

Der Engländer Macdonald hielt es für das richtigste, zunächst erst eine Konferenz der vier Großmächte über den Donauplan abzuhalten. Durch Lord Tyrrell, den englischen Botschafter in Paris, Franzosenfreund und Deutschenhasser, schlug Macdonald den Franzosen eine Viermächtekonferenz in London für den 1. April vor.

Doch Tardieu bereitete dem Engländer so große Schwierigkeiten, daß dieser auf die Konferenz verzichtete und nur mit Mühe eine zwanglose Vorbesprechung der vier Großmächte in London zustande brachte.

Am 6. April trafen in London Tardieu, Bülow, Brünings Vertreter, und Grandi ein, nachdem sich vorher Macdonald und Tardieu besprochen, aber keine Beschlüsse gefaßt hatten. Schroff standen sich die Ansichten gegenüber, Tardieu argumentierte: Österreich und Ungarn brauchen schnellste Finanz- und Wirtschaftshilfe. Nur Frankreich ist imstande, eine Anleihe zu gewähren. Dafür fordert Frankreich Finanzkontrolle, Bürgschaft Englands und die Durchführung des Tardieuplans, d. h. Vorzugszollsystem der fünf Donaustaaten unter Ausschluß Deutschlands und Italiens.

292

8. Kapitel: Tardieuplan 293

Demgegenüber forderte Bülow, daß unter Heranziehung anderer, hauptsächlich interessierter Absatzländer außerhalb des Donaugebiets (Deutschlands und Italiens) ein größerer Wirtschaftsarm gebildet werde. Diese Staaten sollten den notleidenden Donaustaaten einseitige Präferenzen gewähren, wodurch diesen ein großes Absatzgebiet gesichert werde. Der deutsche Vorschlag wurde von Grandi unterstützt. Die Gegensätze konnten nicht überbrückt werden, und so wurde die Besprechung am 8. April plötzlich ohne jedes Ergebnis vertagt.

Die ganze Angelegenheit war so undurchsichtig, daß auch der Völkerbundsrat am 12. April die Donaufrage auf den Mai vertagte. Das Völkerbundssekretariat hatte eine Denkschrift ausgearbeitet und eine Fülle Materials zusammengebracht, das gegen den französischen, aber für den deutschen Plan sprach. Die Handelsstatistiken erwiesen nämlich, daß der bereits lebhaftete Gütertausch der Donaustaaten untereinander durch den französischen Plan nicht weiter gesteigert werden konnte; ein derartiges System von Vorzugszöllen könnte höchstens schwere Schäden für die Landwirtschaft in Österreich und Tschechoslowakei heraufführen. Dagegen seien Deutschland und Italien die natürlichen Aufnahmegebiete, und die Wirtschaftslage der Donaustaaten könne sich nur bessern, wenn die ökonomischen Beziehungen dahin vertieft würden und die Produkte dort zu auskömmlichen Preisen abgesetzt werden könnten. – In Österreich selbst hatte sich unterdessen folgendes begeben: die entsetzliche Not im Volke und die verzweifelten, doch unfruchtbaren Bemühungen der Regierung, Hilfe vom Ausland zu erhalten, hatten in der Bevölkerung einen starken Freiheitswillen entfacht. Nach dem Rücktritt Schobers wuchs die nationalsozialistische Bewegung aufs neue stark an und schlug in die Front der bürgerlichen Parteien eine mächtige Bresche. Die Entwicklung, die in Deutschland seit Sommer 1929 sich anbahnte, kam in Österreich Anfang 1932 in Fluß. Die Großdeutschen und der Landbund wurden fast völlig aufgerieben, vor allem ihre akademische Jugend strömte zu Hitler, auch die Christlich-Sozialen empfiengen schwere Verluste.

293

Deutsche unter Fremdherrschaft 294

Etwa ein Viertel aller Wahlberechtigten, aber der größte Teil der Jugend stand bereits im Lager Adolf Hitlers. Die Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg brachten den Nationalsozialisten einen überraschenden Aufstieg. Dieser Vorgang bewog nicht nur den Nationalrat, den Beschluß seiner Auflösung zu fassen, sondern auch die Regierung Buresch, am 6. Mai ihren Rücktritt zu erklären. Zwei Wochen dauerte die Bildung der neuen Regierung, die sich auf die Koalition der Christlich-Sozialen, des Landbundes und Heimatblockes stützte. Der Bundesbahnpräsident Dollfuß wurde Bundeskanzler und Außenminister, der jahrelange Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen, übernahm das Unterrichtsministerium. Die vornehmste Aufgabe der Regierung Dollfuß war es, Österreich aus seiner

entsetzlichen Not zu befreien und zugleich den Nationalsozialismus niederzuhalten, in dem die Christlich-Sozialen für sich die kommende Gefahr witterten. Noch am 9. Mai, drei Tage nach seinem Rücktritt, hatte Buresch den Völkerbund ersucht, Österreichs Lage zum Zwecke der Aufnahme einer internationalen Anleihe zu prüfen und die Mittel und Wege für eine Änderung des mitteleuropäischen Wirtschafts- und Zollsystems zu untersuchen. Darauf befaßte sich das Wirtschaftskomitee mit der Sache und empfahl dem Völkerbund sofortige Hilfe für Österreich, Griechenland und einige andere Staaten. Doch im Rate konnte keine Einigkeit erzielt werden, und die dringende Angelegenheit wurde am 21. Mai auf das lange Gleis der Weiterbehandlung durch eine gemischte Kommission geschoben. So wurde die Angelegenheit wochenlang verschleppt. So mußte der neue Bundeskanzler Dollfuß zur Selbsthilfe greifen. Er kündigte ein rigoroses Einfuhrverbot an, erwog ein Transfermoratorium für die Zinsen der Völkerbundsanleihe, leitete Wirtschaftsverhandlungen mit den Südoststaaten wegen Vorzugszöllen nach dem Vorschlag Tardieus in die Wege und beschloß eine bedingte Devisensperre für Auslandsschulden, um durch den Besitz der Devisen die Stabilität der Währung zu sichern, so wie es in Deutschland gemacht wurde.

294

8. Kapitel: Völkerbundsanleihe 295

Im Juli endlich, als der deutsche Reichskanzler von Papen in Lausanne die Frage der deutschen Tribute aufrollte, kamen dort auch die österreichischen Anleihewünsche wieder zur Sprache. Auf eine sehr entwürdigende Weise. Während die Vertreter der vier Großmächte im Hotel Beaurivage verhandelten, wartete draußen der Vertreter Österreichs, wie ein Bittsteller, seine Aktentasche unterm Arm. Als der Engländer Simon den Saal verließ, näherte sich ihm der Österreicher hilflos, und der Engländer ging mit ihm zu Papen, Grandi, Herriot. Mit der gönnerhaften Miene eines Wohltäters der Menschheit versicherte Herriot, daß Österreich geholfen werden müsse. Er verzichtete auch großmütig auf eine Bezahlung durch neue politische Verzichtete, sondern wollte sich lediglich mit dem begnügen, was schon da war. So wurden unter Duldung des Reichskanzlers Papen die Bedingungen für die neue Anleihe an Österreich festgesetzt. Österreich bekam eine neue Anleihe von 300 Millionen Schilling, von der allerdings nur etwas über 200 Millionen ausgezahlt wurden, weil der von England gewährte Vorschuß zurückerstattet werden mußte. Das Prioritätsrecht vor dieser Anleihe genießen die Anleihen von 1923 und 1930. Übrigens ist sie mit denselben Pfändern wie die erste Völkerbundsanleihe ausgestattet, mit Zöllen und Monopolen, und wird auf 20 Jahre gegeben. Demütigend aber waren die Bedingungen: Österreich mußte unter Hinweis auf das Genfer Protokoll von 1922 für zwanzig Jahre auf jede Art Anschluß, auch Zollunion, verzichten. Das Verbot, das nach dem Genfer Protokoll von 1922 nur bis 1942 galt, wurde so bis 1952 verlängert. Österreich mußte eine Finanzkontrolle anerkennen und sich verpflichten, unverzüglich durch neue, harte Sparmaßnahmen das Gleichgewicht des Haushalts wieder herzustellen. Der Holländer Rost van Tonningen wurde mit der Finanzkontrolle, der Belgier Frère mit der Kontrolle über die Nationalbank betraut. Die Bundesbahnen, bisher selbständig, wurden unter internationale Kontrolle gestellt. Jegliche Anleiheoperationen der österreichischen Regierung wurden von dem Kontrollkomitee der garantierenden Mächte abhängig gemacht.

295

Deutsche unter Fremdherrschaft 296

Ferner mußte sich Österreich verpflichten, sich mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt zu einigen, um einen Druck auf den Wert des Schillings zu beseitigen.

Das war das Schlimmste, was Österreich bisher geboten wurde. Nicht das Diktat von Saint-Germain, nicht das Scheitern der Anschlußbewegung von 1921, nicht das Genfer Protokoll von 1922 waren so entwürdigend wie das Lausanner Protokoll von 1932. Österreich durfte keine deutsche Außenpolitik mehr machen. Es konnte nicht mehr über seinen Besitz verfügen. Die Finanzkontrolle des Völkerbundes erstreckte sich auf das Budgetrecht, die Notenbank und die Bundesbahnen. Am 15. Juli wurde dieses mörderische Protokoll unterzeichnet. Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrate enthielt sich aus Protest der Stimme. Am gleichen Tage wurde das Transfermoratorium für die Völkerbundsanleihe in Kraft gesetzt. Es mußte kommen, weil Österreich außerstande war, zu zahlen. Es war durch den Zusammenbruch der Kreditanstalt in dieselbe Lage geraten wie Deutschland im Jahr zuvor, ehe das Hoovermoratorium in Kraft gesetzt wurde.

Eine ungeheure Erregung ging durch das Volk. Am 20. Juli forderte Dollfuß im Nationalrat die Annahme der Bedingungen. Sozialdemokraten und Großdeutsche lehnten ab. Die Christlich-Sozialen und die Mehrheit des Landbundes waren dafür, ebenso der Heimatblock unter gewissen Voraussetzungen. Die Regierung erklärte, daß die politischen Bindungen des Lausanner Abkommens nicht über die Genfer Protokolle von 1922 hinausgingen und daß vor allem eine Nichtannahme eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe herbeiführen würde, trotzdem die Regierung ein allgemeines Transfermoratorium als „Übergangsbestimmung für die Zeit der Devisensperre für Auslandsschulden“ hätte erlassen müssen. Und dann, wenn das Protokoll nicht angenommen würde, werde Österreichs Anleiheschuld bis 1942 auf 1500 Millionen Schilling anwachsen, was Österreich niemals zurückzahlen könne. - Doch die Annahme des Protokolls war sehr zweifelhaft: die Regierung verfügte im Nationalrat nur über eine Stimme Mehrheit.

296

8. Kapitel: Protest gegen Regierung 297

In Wien und zahlreichen andern Orten wurden aus Protest gegen die Regierungspolitik Anschlußkundgebungen abgehalten, zu denen viele Tausende zusammenströmten. In Graz allein nahmen 10 000 Menschen an einer einzigen Kundgebung teil. Die Nationalsozialisten riefen in leidenschaftlichen Reden das Volk zur Freiheit. Sie verwünschten die Regierung Dollfuß, alle Christlich-Sozialen und die, die den Anschluß an Deutschland verraten. Hieraus ergab sich, daß die Regierung und Polizei gegen die Nationalsozialisten scharfe Maßnahmen anordneten. Der reichsdeutsche nationalsozialistische Abgeordnete Habicht, der in Linz wohnte und Hitlers Vertrauensmann für Österreich war, mußte sich mit dem Gedanken der Ausweisung vertraut machen, wenn er irgend welche Angriffe oder übelwollende Kritik an den staatlichen Einrichtungen oder Angriffe gegen die Regierungsparteien unternahme oder sich sonst in einer Weise betätige, die seinen Aufenthalt aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Österreich als unzumutbar erscheinen lassen! Die Polizeibehörde zwang ihn, diese Staatsdrohungen durch seine Unterschrift unter ein entsprechendes Protokoll zu bekräftigen!

In diesen Tagen beherrschte die deutschfeindliche Strömung die Christlich-Soziale Partei vollständig. Die Presse dieser Partei entfaltete eine hemmungslose Hetze gegen das Reich, die Nationalsozialisten und die deutsche Industrie. Der führende christlich-soziale Abgeordnete Kunschak erging sich Ende Juli in den niedrigsten Schmähungen gegen Deutschland vor dem Nationalrat: Es sei der Furor Teutonicus, der gleichbedeutend sei mit Hohenzollernschen Hausinteressen, der Arm in Arm mit Junkern und Industriernagnaten dem welterlösenden demokratischen Gedanken im eigenen Lande und auch Österreich und seinem Volke den Krieg erkläre.

Reichsdeutsche Emissäre seien in geschäftigster Weise in Wien tätig. Aus diesen Tatsachen ziehe er die Folgerung, daß die Agitation gegen das Lausanner Protokoll, die sich in Österreich bemerkbar mache, künstlich, und zwar durch ausländischen Einfluß herbeigeführt sei.

Es wäre der gemeinsamen Sache des Deutschtums sehr zweckdienlich, wenn die deutsche Reichsregierung diese Fanghunde zurückpfeifen und an die Leine nehmen würde. Die Großdeutschen warfen den Christlich-Sozialen unter Hinweis auf den Fall Habicht vor, sie hätten gegen die deutschen Elemente eine systematische Hetze eingeleitet, worauf der Christlich-Soziale Aigner noch schärfer als Kunschak sich dagegen verwahrte, daß „ausländische“ Kreise sich in innere österreichische Angelegenheiten mischten. Zur Anschlußfrage müsse er ohne weiteres zugeben, daß die drückende Mehrheit des österreichischen Volkes zwar im innersten Herzen den Zug zum Muttervolke habe, aber er, Aigner, stehe in enger Verbindung mit den katholischen Kreisen Österreichs und wisse: zu einem solchen politischen Chaos, zu einer derartigen Einstellung des protestantischen Nordens zum katholischen Süden, zu einer Einstellung, die von der „süddeutschen Kanaille“ rede, zu einer solchen deutschen Gesinnung hätte Österreich keinen Anschluß zu wünschen! - Mit der Entthronung des Zentrums in Deutschland nach Brünnings Rücktritt hatte in den Christlich-Sozialen der klerikale Flügel die Oberhand gewonnen. Es waren die Leute, die gegen Großdeutschland und die Nationalsozialisten tobten. Anfang August nahm der Hauptausschuß mit 11 gegen 10 Stimmen das Lausanner Versklavungsprotokoll an. Mit dem gleichen Verhältnis wurde ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung abgelehnt. Furchtbar tobten die Leidenschaften im Volke. Der elementare Zorn der Nationalsozialisten über den Verrat am Volke entlud sich in wilder Leidenschaft. Überall wurden Neuwahlen gefordert, man verlangte Vertagung der Abstimmung im Parlamente, man rief nach einer neuen Regierung, die unabhängig vom Ausland sei. Als die einzige Hilfe aus dem Chaos wurde der Anschluß an Deutschland bezeichnet. Ja, es wurde sogar, allerdings ohne Erfolg, eine Volksabstimmung über Annahme oder Ablehnung vorgeschlagen. Dollfuß wandte im Bunde mit Starhemberg geradezu balkanische Methoden an, um die auf Messers Schneide stehende Abstimmung im Nationalrat zu seinen Gunsten zu wenden.

8. Kapitel: Annahme der Versklavungsanleihe 299

Deutsche Zeitungen wurden verboten, deutsche Politiker wurden am Reden und Schreiben verhindert. Kranke Abgeordnete wurden in den Sitzungssaal des Parlamentes geschleppt. Als am 2. August der Abgeordnete, ehemalige Bundeskanzler Seipl starb, wurde binnen weniger Stunden, ehe der Leichnam erkaltet war, schon der Ersatzmann ins Parlament kommandiert, nur um die Majorität der einen Stimme nicht einzubüßen! Am 17. August 1932 nahm der Nationalrat das Lausanner Protokoll mit einer Stimme Mehrheit an.

Das Volk Österreichs beantwortete das Vorgehen seiner Regierung und seines Parlamentes mit 120 überfüllten Anschlußkundgebungen der Nationalsozialisten am 20. August im ganzen Lande. In vielen Städten, vor allem in Wien und Graz, hatten die Privathäuser halbmast geflaggt. Zorn und Trauer erfüllte den größten Teil des Volkes, und die Wiener „Mittagszeitung“ schrieb: „Österreich hat sich und sein deutsches Wesen durch eine Stimme Mehrheit im Nationalrat degradiert. Der Name Dollfuß wird als der eines österreichischen Herostratos in der Geschichte fortleben. Die Schande des 17. August ist größer als jene, die uns der Friedensvertrag zufügte.“

Am 19. August beschloß der Bundesrat mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Großdeutschen und Sozialdemokraten nach stundenlanger Aussprache Ablehnung des Lausanner Protokolls, weil „1. durch dieses Protokoll die außenpolitische Handlungsfreiheit der Republik, insbesondere auch im Hinblick auf eine engere politische und sogar wirtschaftliche Gemeinschaft mit dem Deutschen Reiche, für

eine Dauer bis zu 20 Jahren wesentlich beeinträchtigt wird; 2. durch dieses Protokoll Österreich neuerlich einer drückenden Auslandskontrolle unterworfen wird; 3. in diesem Protokoll wirtschaftspolitische Bestimmungen gefährlichster Art enthalten sind; 4. Bestimmungen dieses Protokolls geeignet sind, wichtige sozialpolitische Errungenschaften breiter Schichten arbeitender Menschen zu gefährden“. So wurde die Abstimmung über das Protokoll dem Nationalrat zurücküberwiesen. Und noch im letzten Augenblick kam der Regierung ein Ereignis zustatten.

299

Deutsche unter Fremdherrschaft 300

Am Abend des 29. August starb nach einer schweren Krankheit der Abgeordnete, ehemalige Bundeskanzler, Schober. Er war ein strenger Gegner des Lausanner Protokolls, und als man ihm infolge seiner Krankheit riet, das Mandat niederzulegen, lehnte er das aufs entschiedenste ab, bevor die Lausanner Sache erledigt sei. Er wollte auf seinem Posten beharren, um sein Nein in die Waagschale werfen zu können. Doch der Tod war stärker als er. Sein Nachfolger ward ein Landbündler, der für Lausanne stimmte.

Am 23. August nahm der Nationalrat trotz aller Proteste endgültig mit 82 gegen 80 Stimmen das Lausanner Protokoll an. Nur die Großdeutschen, Sozialdemokraten und frondierenden Abgeordneten des Heimatblockes stimmten dagegen. Ein großdeutscher Antrag, den Beschluß des Nationalrates vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten einer Volksabstimmung zu unterwerfen, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Unmittelbar hinterher veröffentlichte Dollfuß eine amtliche Erklärung, darin die Regierung noch einmal ihren absoluten Zahlungswillen an das Ausland betont. Besonders schmerzlich sei es gewesen, daß auch der Zinsendienst für die Völkerbundsanleihe hätte unterbrochen werden müssen. Regierung und Nationalbank seien entschlossen, „alles zu unternehmen, um vor allem den Transfer für den Schuldendienst dieser Anleihe sobald als möglich wieder aufzunehmen und die Periode der Unterbrechung so sehr abzukürzen, als es irgendwie angeht“. Doch wie dies geschehen sollte, das war aller Welt, vor allem aber der Regierung selbst, vollkommen unklar. Der Völkerbundskommissar Rost van Tonningen hatte bereits festgestellt, daß Österreich bis Ende 1932 an Zinsen und Tilgungsraten, die nicht unter das Transfermoratorium fielen, 148 Millionen Schilling zu zahlen hatte. Sie waren höher als der Österreich verbleibende Rest der Anleihe, und die Regierung mußte außerdem noch 40 bis 50 Millionen Devisen opfern, die sie, um die Währung zu erhalten, aufspeichern zu können hoffte!

In den letzten Dezembertagen 1932 war die österreichische Anleihe Gegenstand der Beratungen in der französischen Kammer und im Senat.

300

8. Kapitel: Frankreichs Politik 301

Nur auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken erhob sich Widerspruch. Der Abgeordnete Flandin meinte, die Anleihe sei nur dazu bestimmt, die österreichische Kreditanstalt, ein Privatunternehmen, wieder flottzumachen und England die 150 Millionen Schilling zurückzugeben, die es 1931 der Kreditanstalt zur Verfügung gestellt habe. Man hätte früher schon ähnliche Anleihen gegeben, ohne daß sie den erhofften Zweck erfüllt hätten. Die Argumente der Rechtsopposition waren vor allem folgende: England und Deutschland seien bemüht, ihre in Österreich eingefrorenen Kredite wieder flüssig zu machen, dafür müsse Frankreich frisches Kapital liefern. Das müsse man ablehnen, solange sich Österreich nicht endlich dazu entschließe, den deutschen Anschlußbestrebungen eine geschlossene Front entgegenzusetzen. Das Lausanner Abkommen stelle keinen neuen

und wirksamen Schutz gegen einen Anschluß dar. Die Kommunisten bekämpften die Anleihe, weil sie einer angeblich reaktionären Regierung gegeben werden solle.- Dann aber befürwortete Herriot in einer großen Rede die Anleihe.

Es gebe zwei Möglichkeiten, die man im Auge behalten müsse, führte Herriot aus: den Anschluß und die Zusammenarbeit Österreichs in einer großen Einheit. Man solle dabei nicht vergessen, daß das Deutsche Reich eine politische Einheit mit Hilfe einer Zollunion systematisch vorbereitet habe. Man solle sich auch davor hüten, einen Zustand zu schaffen, der ein Deutsches Reich herbeiführe, wie es die Geschichte bereits gekannt habe und das, wie eine Ellipse mit zwei Mittelpunkten, seine wirtschaftlichen und politischen Schwerpunkte in Berlin und Wien besitzen würde. Um dieser Gefahr zu begegnen, bleibe nur übrig, Völkerbundspolitik zu treiben, das heißt, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Österreichs innerhalb eines organischen Regimes in Europa zu sichern.

Denn heute handle es sich, fuhr Herriot fort, nicht um Österreich allein, sondern um eine gesamte wirtschaftliche Organisation Europas, denn wenn Österreich finanziell zusammenbreche, so seien alle weiteren Wiederaufbaubestrebungen in Mitteleuropa aussichtslos.

301

Deutsche unter Fremdherrschaft 302

Heute handele es sich um die Wahl - Herriot sprach mit größtem Pathos und erntete stürmischen Beifall der Linken - zwischen der Politik des engstirnigen Nationalismus und der Politik des Völkerbundes, die die französische Linke auf ihre Fahnen geschrieben habe. Wer heute gegen die Anleihe stimme, erkläre sich gegen den Völkerbund. Herriot schloß mit einem warmen Appell für das „österreichische Volk, das den Krieg nicht gewollt und die furchtbaren Leiden der Nachkriegszeit mit unverkennbarem Heroismus ertragen habe“. Das französische Volk sei Herzensgründen zugänglicher als Gründen bloßer Vernunft, und deshalb werde Frankreich verstehen, daß die Kammer trotz der inneren Finanzschwierigkeiten dem Notrufe Österreichs sich nicht verschließe, muß mehr als dieser Notruf, eine Aufforderung zur Völkerversöhnung sein.

Minutenlang, tosender Beifall der Linken folgte Herriots Worten. Dann wurde die Abstimmung vorgenommen. 352 Stimmen wurden für, 188 gegen das Lausanner Abkommen abgegeben. Das Grundsätzliche dieses Vorganges lag in der Enthüllung der Triebkräfte traditioneller französischer Politik, Österreich zu versklaven, um es von Deutschland zu trennen. Um dieses Grundsätzliche zu betonen, stellte der Ministerpräsident Paul Boncour wegen der Annahme des Regierungsbeschlusses über die Anleihe an Österreich die Vertrauensfrage, denn bei der Anleihe handle es sich um den Eckstein des Gebäudes, dessen Einsturz die Regierung verhindern wolle. Auch der Senatsausschuß nahm die Regierungsvorlage an. Hier hatte der ehemalige Ministerpräsident Laval vornehmlich darauf bestanden, der österreichischen Regierung noch einmal das feierliche Versprechen abzunehmen, endgültig auf den Anschluß zu verzichten. -

Die Versklavungstat der Regierung Dollfuß rüttelte mit Macht in weiten Bevölkerungsschichten den Freiheitswillen wach. In den letzten Augusttagen veröffentlichten die nationalen Jugendverbände, die völkischen einschließlich der katholischen deutschen Burschenschaften und aller wehrhaften Hochschulkorporationen eine scharfe Erklärung, worin gesagt wurde, daß durch das Lausanner Abkommen die Interessen des gesamten deutschen Volkes in Mitteleuropa finanziellen Augenblicksbedürfnissen Österreichs hintangestellt worden seien.

302

8. Kapitel: Erstarken des Nationalsozialismus 303

„Die Jugend Österreichs hat keinen Anteil am Zustandekommen des Lausanner

Vertrages. Für sie ist er nichts mehr als ein Fetzen Papier, an den sie jetzt und in Zukunft in keiner Weise gebunden ist. Möge dieses Bekenntnis der deutschen Jugend in Österreich und allen deutschen Gauen gehört werden und dem Ausland eine Warnung sein!“

In einem steigenden Maße hatte sich die Jugend des Volkes seit dem Frühjahr 1932 der Freiheitsbewegung Hitlers zugewandt. In den Salzburger Landtagswahlen zum Beispiel, die am 24. April 1932 stattfanden, erhielten die Christlich-Sozialen 41 800, die Sozialdemokraten 29 000 und die Nationalsozialisten 24 125 Stimmen. Auch die Kommunisten konnten ihre Anhängerschaft vergrößern. In den Kreisen der alten Parteien sprach man von einer „Radikalisierung“. In der Tat geriet das seither bestehende bürgerlich-marxistische Gleichgewicht ins Schwanken. Vor allem begann das Ansehen der Christlich-Sozialen Partei, der seit zehn Jahren tonangebenden Regierungspartei, zu verblassen. Eine Folge dieser Entwicklung war eine Verschärfung der politischen Gegensätze, die sich, wie in Deutschland, zu einem blutigen Straßenkriege fortentwickelte. In Graz und Leoben kam es Anfang September 1932 zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Jungmarxisten, wobei die Gegner mit Messern und Revolvern gegeneinander vorgingen und die SA drei Tote hatte.

Vier Wochen später, am letzten Septembertage, war die Hauptstadt Wien Zeuge blutiger Vorgänge. In Wien hielten die Nationalsozialisten einen Gauparteitag ab, in dessen Verlauf die Schutzbündler gegen Abend zahlreiche Feuerüberfälle sehr schweren Charakters auf die Nationalsozialisten ausführten. Die Bewegung nahm eine bedenkliche Ausdehnung an. Als die nationalsozialistischen Gemeinderatsmitglieder auf die Kunde von den Gewalttaten hin die Wiener Gemeinderatssitzung aus Protest verließen, wurden sie von den Marxisten mit Tintenfassern, Aschenbechern und Schubladen beworfen. Ein wildes Handgemenge entspann sich. In den Straßen der Stadt wogte die Aufregung bis in die Nacht hinein, zwei erbitterte Saalschlachten zwischen Nationalsozialisten und Marxisten verwandelten stattliche Saalgebäude in trostlose Trümmerhaufen.

303

Deutsche unter Fremdherrschaft 304

Zahlreiche Beteiligte, auch Polizeibeamte, erlitten grausame und schreckliche Wunden. Etwa dreißig Schwerverletzte wurden von den Kampfstätten getragen. Die Unruhen zogen sich in der ersten Oktoberhälfte weiter fort. Der Boden Wiens bebte von unterirdischer Revolution. In Simmering lohte das Feuer des Kampfes am 16. Oktober auf, mit fanatischer Wut schossen die Marxisten ohne jeden Grund auf die Nationalsozialisten, und zwei nationalsozialistische Arbeiter und ein Polizist wurden durch Schutzbündler ermordet. Die sozialdemokratischen Studenten erschienen trotz alledem am 17. Oktober in Universität und Technischer Hochschule mit ihren Abzeichen, den drei Pfeilen der Eisernen Front. Von den nationalsozialistischen Studenten wurden sie aufgefordert, die Abzeichen abzulegen. Doch sie taten es nicht, und eine schwere Schlägerei war die Folge, ein Dutzend Sozialdemokraten wurden verletzt. Die Wiener Hochschulen wurden für mehrere Tage geschlossen. Die Regierung war in schwerer Sorge. Sie erkannte, daß es sich um ernste, tiefgreifende Erscheinungen handelte. Waren doch in Simmering achtzig Sozialdemokraten verhaftet worden, die sich an den Schießereien beteiligt hatten. Der Ministerrat beschloß eine große Entwaffnungsaktion, die sich auf alle militärischen Organisationen und Verbände erstrecken sollte. Ein Sicherheitsminister wurde ernannt, der Heimwehrmajor Fey (neben Dr. Jakoncig das zweite Regierungsglied der Heimwehren), der sofort die Bundespolizeidirektion in Wien anwies, ausnahmslos alle Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten und der ihnen nahestehenden Verbände unverzüglich zu verbieten. Er alarmierte weiterhin die Volkswehr (das Bundesheer) und setzte sie als Polizeitruppe ein. Bereits in den ersten beiden Tagen der Waffensuchungen bei Nationalsozialisten und

Sozialdemokraten in Wien und Simmering wurden 14 Maschinengewehre, 930 Gewehre und fast 20 000 Schuß Munitio n gefunden. „Österreich stand unbewußt 24 Stunden lang vor dem Bürgerkrieg“ schrieb das christlich-soziale „Neue Wiener Journal“.

304

8. Kapitel: Maßnahmen der Regierung 305

Fey fühlte sich berufen, den politischen Kampf zu „entradikalisieren“. Er ordnete an, daß alle Kampforganisationen überwacht oder aufgelöst würden, und daß Umzüge und Versammlungen von besonderer polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht würden. Er ließ in Wien und Graz die Büros der Gewerkschaften untersuchen, wo allerdings weder Waffen noch Munition gefunden wurden. Dagegen entdeckte man bei einem kommunistischen Funktionär Ende Oktober 2000 mit Dynamit gefüllte Sprengkapseln.

In dieser Zeit tauchte in der Regierung wieder ein Plan auf, der schon zur Zeit Enders erörtert wurde: die allgemeine Wehrpflicht sollte wieder eingeführt werden und gleichzeitig wollte man eine Miliz schaffen, einerseits um das Bundesheer zu einem kräftigen Instrument zu machen, andererseits, um den Parteiheeren ihre Gefährlichkeit zu nehmen durch Einziehung ihrer Mitglieder.

Die Christlich-Sozialen vergötterten Fey als den starken Mann, der den Staat rettete. Das „Neue Wiener Journal“ triumphierte, etwas früh, bereits am 20.

Oktober: „Das Ende des Radikalismus in Österreich ist gekommen. Alle Organisationen werden jetzt ohne Ausnahme der Staatskontrolle unterstellt. Die Heimwehren regulieren das politische Barometer in Österreich. Sie werden sich daraus nicht wieder verdrängen lassen. Der nächste Schritt muß die Verfassungsreform und die Reorganisierung des Wahlrechts sein.“ Wie der Christlich-Soziale Seipl einst die Heimwehren gegen die Sozialdemokraten einsetzte, so taten es seine Nachfolger gegen die Nationalsozialisten!

Wenn man allerdings den Nationalrat betrachtete, dann schien die Entradikalisierung noch in weiter Ferne. Gelegentlich einer Aussprache über die Simmering-Vorfälle gerieten der Sozialdemokrat Dr. Bauer und der Sicherheitskommissar Fey in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf Bauer den Bundeskanzler Dollfuß infolge seiner wankelmütigen Gesinnung als einen Gesinnungslumpen bezeichnete. Ein Heimatblockabgeordneter benutzte diese Gelegenheit, um gefüllte Tintenfässer gegen die Sozialdemokraten zu schleudern! –

305

Deutsche unter Fremdherrschaft 306

Seit dem Streite um das Lausanner Protokoll hatte sich allerdings zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten eine eigenartige, man könnte sagen, konservative Interessengemeinschaft gegen den „radikalen“ Nationalsozialismus herausgebildet. Beide Parteien, ebenso wie Landbündler und Heimwehrleute, fürchteten, daß die Neuwahlen zum Nationalrat den Nationalsozialisten starke Zunahme bringen würde, und deshalb suchten sie diese Neuwahlen so weit wie möglich hinauszuschieben und beschlossen, erst im Frühjahr 1933 einen Termin für die Neuwahlen festzusetzen. Eine Art gegenseitiger Tolerierung, ähnlich dem schwarz-roten System in Preußen, bildete sich zwischen beiden Parteien heraus, die in einer gemeinsamen Abwehrfront gegen Hitlers Freiheitsbewegung standen. Das deutlichste Zeichen dieser gegenseitigen Tolerierung gab die Regierung Dollfuß dadurch, daß sie den Sozialdemokraten zuliebe am 12. November, dem Gründungstage der Republik, das Aufmarschverbot aufhob.

Aber auch in anderer Weise zeigte sich die christlich-sozial-marxistische Bundesgenossenschaft gegen die Nationalsozialisten: Nach den Vorfällen in Simmering übergab der nationalsozialistische Gauleiter Frauenfeld dem Bundeskanzler eine umfangreiche Aufstellung sozialdemokratischer Waffenlager mit dem Ersuchen,

die Waffen der roten Organisation zu beschlagnahmen. Dollfuß verschleppte die Waffensuche und gab so den Sozialdemokraten Zeit und Gelegenheit, die Waffen zu verschieben. So kam es, daß Fey in Wien und Graz keinerlei Waffen mehr finden konnte.

Zu einem schweren Entrüstungssturm der Nationalsozialisten führten diese Dinge im Lande Salzburg. Anfang September 1932 teilte der Führer der Nationalsozialisten dem Landeshauptmann Dr. Rehr mit, daß die Sozialdemokraten in Hallein an fünfzig Stellen über tausend Gewehre, Pistolen, vier Maschinengewehre, einen Minenwerfer und einen Flammenwerfer versteckt hätten. Rehr weigerte sich, die Waffen zu beschlagnahmen! Kurz danach wurde Rehr mit Unterstützung der Sozialdemokraten wieder zum Landeshauptmann von Salzburg gewählt. Die nationalsozialistische „Alpenwacht“ in Salzburg aber fragte: „Sollte vielleicht das Beschirmen der roten Waffenlager zu einem der wesentlichsten Punkte des schwarz-roten Koalitionspaktes zählen, oder haben die Sozialdemokraten die Wiederwahl Doktor Rehrls überhaupt von der Duldung der austromarxistischen Waffenlager abhängig gemacht?“

306

8. Kapitel: Innerpolitische Gegensätze 307

Die Schärfe des Gegensatzes zwischen Christlich-Sozialen und Nationalsozialisten in Salzburg wurde noch durch einen anderen Umstand bedingt. Nach den Wahlen im April mußte das Land Salzburg drei neue Mitglieder in den Bundesrat entsenden. Die Christlich-Sozialen wollten verhindern, daß die Nationalsozialisten ein Mandat erhielten und umgingen die Verfassung, indem sie das dritte Mandat durch das Los feststellten. So kam es, daß zwei Christlich-Soziale und kein Nationalsozialist in den Bundesrat gewählt wurden. Doch die Nationalsozialisten erhoben Einspruch beim Verfassungsgerichtshof; Ende November wies dieser den Beschluß des Salzburger Landtages vom 27. Mai 1932 zurück und die Nationalsozialisten von Salzburg erhielten ihr Bundesratsmandat, das vierte ihrer Partei in dem aus 50 Köpfen bestehenden Bundesrat.

Die österreichische Entwicklung wies eine starke Analogie mit der deutschen auf. Zwar waren Heimwehren und Sozialdemokraten unversöhnliche Gegensätze wie in Deutschland Stahlhelm und Sozialdemokratie, aber wie in Deutschland Zentrum und Sozialdemokratie ein Abwehrbündnis gegen den Nationalsozialismus geschlossen hatten, bahnte sich ein solcher auch in Österreich an zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten.

Die inneren Vorgänge Österreichs erwiesen, daß das seit länger als zehn Jahren im Regiment befindliche System mählich schwach zu werden begann. Als nach einem kurzen Zwischenspiel sozialdemokratischer Herrschaft die Christlich-Sozialen die Führung des Staates übernahmen, da bildeten sie von Mayr bis Buresch das Rückgrat einer konservativen und stabilen Politik, in welcher das klerikale Element vorherrschte, allerdings nicht ohne Einbuße ihrer Vormachtstellung, als Seipl durch Schober abgelöst wurde. Die Christlich-Sozialen verstanden es, durch Koalition mit den übrigen bürgerlichen Parteien oder einigen von ihnen stets eine antimarxistische Mehrheitsfront zu bilden, ja der genialste Politiker der Partei, der Prälat Seipl, brachte sogar eine bürgerliche Einheitsfront zustande, mit der er den Kampf auf der ganzen Linie gegen die Sozialdemokratie aufnehmen wollte. Aber diese Front hielt nicht, sie zerbrach schon nach zwei Jahren wieder.

307

Deutsche unter Fremdherrschaft 308

Die Unzulänglichkeit der Verfassung 1927 bis 1929 und die schwere Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1932 zeigte dem österreichischen Volke die Hohlheit der ganzen Parteiherrschaft. Ein Ekel vor der Schrankenlosigkeit des Parlamentarismus erfaßte alle vaterlandsbewußten Österreicher. Das wußten mit

großem Geschick die an der Regierung beteiligten Heimwehren für sich auszunutzen, deren Zielsetzung ursprünglich die Überwindung des Parlamentarismus durch eine diktatorische Regierungsform anstrebte. Durch die Niederwerfung der Julirevolte 1927 traten sie zum ersten Male politisch in Erscheinung, und über ihren Rahmen hinaus wurde ihre Bedeutung als staatserhaltende Kraft bekannt. Sie erzwangen 1929 die Verfassungsänderung, die Umwandlung der Parlamentsrepublik in eine Präsidentschaftsrepublik. Durch ihren Gegensatz zu Schober aber wurden sie aus einer antiparlamentarischen Bewegung zu einer Parlamentspartei und büßten so teilweise ihre Macht und ihren Einfluß ein, indem sie zu Trabanten der Christlich-Sozialen wurden und deren wankende Herrschaft noch einmal von innen heraus stützten. Sie nahmen 1930 an der Regierung teil und versuchten den Schutzbund zu entwaffnen. Als aber die Herrschaft der Parteien fort dauerte und Schober mit dem Zusammenbruch der Zollunion einen sehr empfindlichen Schlag erlitt, ließen sich die Heimwehren zu einem Staatsstreich hinreißen, der zusammenbrach, aber den Heimwehren nicht das Genick brach, weil ihre christlich-sozialen Freunde ihnen Schutz gewährten. Aber die Heimwehren waren nicht das eigentlich Neue. Das bewiesen sie durch ihr Zugeständnis und ihre Teilnahme am Parlamentsregime. Sie waren nur Gegenspieler des herrschenden Systems, aber nicht die Träger eines gesunden Fortschritts. Sie traten also nur negativ in Erscheinung. Sie erwiesen sich als unzureichend, und es offenbarte sich eine große Lücke im Staatsleben, die vor allem die lebensbejahende Jugend empfand.

308

8. Kapitel: Zustand Österreichs 309

Diese Lücke des gesunden Fortschritts zu schließen, war das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung, und bei ihren Bestrebungen konnte sie auf die tätige Hilfe der Jugend rechnen. Sie hatte nichts gemein mit dem herrschenden System der Palliativmittel, sie kannte nur das eine große Ziel der Befreiung des Vaterlandes und fühlte sich an nichts gebunden, was die alten Parteien bisher zur Versklavung Österreichs getan hatten. Sie zog ihre Kräfte aus allen Parteien des alten Systems und begann, sie zu zersetzen, wie es mit Erfolg bereits in Deutschland geschehen war. Ihre ideelle Kraft aber zog diese Jugendbewegung aus ihrem Märtyrertum für die deutsche Freiheit, das in Österreich ebenso wie in Deutschland mit Blut besiegelt wurde. In den drei Monaten vom September bis November 1932 hatten die österreichischen Nationalsozialisten fünf Tote und über dreihundert Verwundete zu verzeichnen. Die Nationalsozialisten beanspruchten das Erbe der Christlich-Sozialen, die ihre Herrschaft durch die Hilfestellung der Heimwehren zu verlängern verstanden.

Mit dem Frühjahr 1932 setzte der Umbruch der Zeit ein. Es war eine Entwicklung, die analog der deutschen war. Als in Deutschland das sterbende System 1929 seinen tiefsten Punkt erreicht hatte mit der fünfzigjährigen Tributversklavung des Youngplanes, da erhob sich mächtig gegen diese Staatsführung der Freiheitswille des Nationalsozialismus. In Österreich geschah dies, als unter der Regierung Dollfuß 1932 der tiefste Punkt der Zinsversklavung erreicht wurde. So bedeutete, wie in Deutschland die Ära Hermann Müller, so in Österreich die Ära Dollfuß einen Wendepunkt.

Abseits vom großen Weltgeschehen, in Stresa, wurde am 5. September 1932 eine Wirtschaftskonferenz eröffnet, die das in London unterbrochene Thema der Sanierung der Donaustaaten wieder aufnahm. Deutschland, Italien, England und Frankreich hatten ihre Vertreter gesandt, die Gläubigerstaaten Holland, Belgien und die Schweiz waren erschienen, und dann die notleidenden Donaustaaten: Österreich,

Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Polen.
309

Deutsche unter Fremdherrschaft 310

Hart stießen die Meinungsgegensätze aufeinander. Die südosteuropäischen Schuldnerstaaten verlangten, daß zunächst die Finanzen saniert werden müßten durch Erleichterung der, Schuldenlast und durch Gewährung neuer Anleihen. Die Gläubigerstaaten, vor allem Frankreich, England, Holland, Belgien und die Schweiz, waren unnachgiebig, sie verlangten, daß zunächst die Wirtschaft in Ordnung gebracht werden sollte: Haushalt, Handelsbilanz und Kreditwesen. Dabei trat der französische Tardieuplan in den Hintergrund und die Konferenz neigte dem deutschen Vorschlag der Gewährung einseitiger Getreidepräferenzen an die notleidenden südosteuropäischen Staaten durch die Verbraucherstaaten zu.

Mitte des Monats kam ein Kompromißbericht an die Studienkommission der Europakommission zustande, der eine Zusammenfassung von Vorzugszöllen und Beitragsleistungen darstellte. Die Getreideausfuhr sollte, nach deutschem Vorschlag, auf Grund zweiseitiger Präferenzverträge geregelt werden, alle Beschränkungen des Handels sollten baldmöglichst beseitigt werden, das Zollverfahren sollte vereinheitlicht und vereinfacht, das Transportwesen verbessert, eine Hypothekenbank für Agrarkredite gegründet werden. Außerdem sollte ein Fonds durch Beitragsleistungen der Gläubigerstaaten geschaffen werden, aus dem die notleidenden Staaten unterstützt werden sollten, wogegen allerdings der Schweizer Vertreter ausdrücklich Verwahrung einlegte. Dem Deutschen Reiche wurde in der Konvention ausdrücklich zugestanden, daß es durch die von ihm gewährten Vorzugszölle von jeder Beitragsleistung befreit sei. –

Die Bedeutung der Konferenz von Stresa lag darin, daß der Anschlag Tardieus auf Deutschland und Österreich vereitelt worden war.

310

NEUNTES KAPITEL

Kampf der Regierung Dollfuß gegen den Nationalsozialismus

Zu Beginn des Jahres 1933 trat das Sklavenabkommen von Lausanne in Kraft. Von dreihundert Millionen Schilling, die Österreich vom Völkerbund erhielt, behielt es für sich nur den fünften Teil. Allein hundert Millionen waren nötig zur Umwandlung des kurzfristigen Kredits der Bank von England in einen langfristigen, und neunzig Millionen mußten an die Bank für Internationalen Ausgleich in Basel gezahlt werden. Von dem Rest wurden einige, dem Zusammenbruch nahe Großbanken gestützt. Die Bedeutung dieses Umschuldungskredits lag also auf politischem Gebiete: es war wieder einmal geglückt, Österreich vom Anschluß an Deutschland fernzuhalten. Die französische Völkerbundspolitik, deren Ziel es einzig und allein war, Deutschland einzukreisen, hatte einen Sieg errungen, indem sie Dollfuß zum Verrat am großdeutschen Gedanken bewegte.

Die Durchkreuzung des Anschlusses war ja seit 14 Jahren einer der Angelpunkte französischer Politik in Genf, und sie verstand es auch immer wieder, in den Kreisen rückständiger österreichischer Staatsmänner Helfer zu finden, die sich zum Verrat am großdeutschen, völkischen Gedanken hergaben. Dollfuß war ein solcher Mann.

Allein damit begnügte sich Frankreich keineswegs. Mitte Januar 1933 begann die französische Politik beim Völkerbund Versuche zu unternehmen, Österreich ähnlich wie die Schweiz zu neutralisieren, um unter allen Umständen und für alle Zeiten einen politischen oder wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland zu verhindern und

so diese ewige Sorge aus der Welt zu schaffen. Es durften nicht die geringsten Möglichkeiten mehr bestehen, die gegen Deutschland gerichtete Einkreisungspolitik zu durchbrechen. Um diese Politik durchzusetzen, bediente sich Frankreich jetzt in steigendem Maße der in den österreichischen Heimwehren und in der Christlich-Sozialen Partei lebendigen Bewegung der Legitimisten, die, ganz unter französischem Einfluß, wieder eine rege Tätigkeit entfalteten.

311

Deutsche unter Fremdherrschaft 312

Marschall Pétain, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, erklärte Ende Januar, die Restauration in Österreich stehe nahe bevor. Die französischen und legitimistischen Bemühungen wurden ganz besonders angefacht durch den Widerstand und die ablehnende Haltung, welche die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der Regierungspolitik einnahm.

Das Lausanner Abkommen hatte nun für die innere Entwicklung Deutsch-Österreichs dieselbe Bedeutung, die der Youngplan für das deutsche Volk hatte: die Vollendung der äußeren Knechtschaft fachte mächtig die völkische Freiheitsbewegung an. Und so geschah es denn, daß seit Anfang 1933 in Österreich das Ringen zwischen Nationalsozialismus und Parteienstaat in ein entscheidendes Stadium trat. Über Österreich lastete von nun an die Atmosphäre des Bürgerkrieges, wie sie auf Deutschland in den Jahren 1929 bis 1932 drückte.

Seit 1929 war mit dem organisatorischen Ausbau der Nationalsozialistischen Partei in Österreich begonnen worden. Es war dieses vor allem das Werk des Landesinspektors Habicht, des Landesleiters Proksch und des Wiener Gauleiters Frauenfeld. Schon die Landtags- und Gemeindewahlen des 24. April 1932 brachten den Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen außerordentliche Verluste und - wie in Deutschland - eine Zertrümmerung der Mittelparteien und Interessentengruppen zugunsten der Nationalsozialisten. In Wien, das bisher eine marxistische Zweidrittelmehrheit hatte, stieg die Zahl der nationalsozialistischen Stimmen von 27 000 auf mehr als 200 000; fast ein Fünftel der Wähler Wiens hatte sich der Hitlerbewegung zugewandt. Ebenso war es in Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Salzburg. In dem zu 94 Prozent katholischen Österreich gab es jetzt nur die drei großen Gruppen der Nationalsozialisten, der Christlich-Sozialen und Marxisten. Die durch die sie erfüllende Jugendkraft stärkste Gruppe war der Nationalsozialismus, und der Weg Österreichs für die nächste Zeit war vorgezeichnet durch die Abwehr der Christlich-Sozialen und Marxisten gegen den zur Macht drängenden Nationalsozialismus. Das hieraus entspringende Ringen hob im Sommer 1932 an.

312

9. Kapitel: Erstes Aufflammen der Kämpfe 313

Der Kampf um das Lausanner Abkommen gab dem Nationalsozialismus einen neuen gewaltigen Anstoß, so daß die Regierung Dollfuß und die Christlich-Sozialen befürchteten, von der Hitlerbewegung überwunden und gestürzt zu werden. So verschob denn die Regierung auf Grund eines Parlamentsantrages die im Herbst 1932 fälligen parlamentarischen Neuwahlen auf das Frühjahr 1933; es war das erste Zeichen der Schwäche für Dollfuß, des beginnenden Kampfes für die Nationalsozialisten.

Erstes Aufflammen gewaltiger Kämpfe bedeuteten sodann die schweren Unruhen nationalsozialistischer Bauern Anfang Januar 1933 in der östlichen Steiermark, in Vorau und Hartberg. Um die Leistungen zur Sozialfürsorge von den vor dem Ruin stehenden Bauern einzutreiben, wurden Zwangsversteigerungen durchgeführt. Dem setzten die Bauern aktiven Widerstand entgegen. Als auf dem Marktplatz in Vorau (Oststeiermark) ein Schwein versteigert werden sollte, das für rückständige

Krankenkassenbeiträge gepfändet worden war, eilten die Bauern rings aus dem Lande, mit langen Holzknüppeln bewaffnet, herbei, entrissen dem Gerichtsbeamten das Schwein und verprügelten den Exekutor und den Bürgermeister. Als die Haupttäter verhaftet wurden, drohten die Bauern die Gendarmen anzugreifen. Die Unruhen wuchsen immer mehr an, schon machten sich Bauernhaufen bereit, nach Graz zu marschieren und von der Landesregierung die Befreiung der neun verhafteten Führer zu fordern. In aller Eile mußte Gendarmerie und Militär aufgeboten werden, um die gefährdenden Unruhen niederzuhalten.

Bedenklich wurden diese Vorgänge für die Regierung nämlich noch dadurch, daß in die unruhigen Gebiete auch viele kommunistische Arbeitslose aus dem industriellen Müritzal zusammenstömten. Kommunistische Agitatoren hetzten, und die Bewegung griff auf Pöllau, auf Niederösterreich über. Die Angriffe auf Gendarmen und Soldaten nahmen zu, mit Holzknüppeln gingen die Bauern gegen sie an. Alle Begriffe der Ordnung und des Gesetzes waren ins Wanken gekommen, und die Erschütterung drohte weitere Gebiete des Staates zu ergreifen. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als mit den Bauern zu verhandeln und ihre Hauptforderung, die Verhafteten zu entlassen, zu erfüllen.-

313

Deutsche unter Fremdherrschaft 314

In der Folgezeit waren Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg sowie Vorarlberg, die Grenzländer des Staates, die Hochburgen des nationalsozialistischen Widerstandes.

Die österreichischen Sozialdemokraten waren durch diese ersten Anzeichen einer nationalsozialistischen Erhebung tief beunruhigt. Legten sie, die bisher länger denn ein Jahrzehnt anschlussfreundlich waren, keinen Wert mehr auf den Anschluß, als Papen deutscher Reichskanzler wurde im Sommer 1932, so schwebten sie seit Anfang Januar in steter Sorge und Angst vor den Nationalsozialisten, die den Anschluß unter Umständen gewaltsam erzwingen wollten. Insbesondere befürchteten sie, daß zwischen Nationalsozialisten und Heimwehren eine geheime Kampfgemeinschaft gegen die Marxisten bestehen oder sich herausbilden könnte. Überall witterten sie Waffen in den Händen der Nationalsozialisten und Heimwehren und spionierten geheime Waffenlager auf, während sie selbst in Wiener Neustadt und Wappersdorf im Burgenland Maschinengewehre, Gewehre, Karabiner und Munition für sich in Gewahrsam brachten. Ohne Rücksicht auf außenpolitische Verwicklungen gaben die Marxisten ihre „Enthüllungen“ in aller Öffentlichkeit kund. So berichtete die Wiener „Arbeiterzeitung“ Mitte Januar über einen Waffentransport nach Hirtenberg und Steyr, der 67 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre umfaßte: Die Waffen wurden wirklich gefunden, und es stellte sich heraus, daß ein italischer Offizier sie aus österreichischen Kriegsbeständen an die Waffenfabrik Solothurn verkauft habe und diese sie an die Waffenfabrik Hirtenberg zur Ausbesserung weitergegeben habe. Nur blieb es unklar, was weiter mit diesen Waffen geschehen sollte. Diese sozialdemokratische Meldung rief in Paris allgemeines Aufsehen hervor. Aber nicht genug damit: Anfang Februar behauptete im Bundesrat der sozialdemokratische Abgeordnete Deutsch, in Hirtenberg lägen in einem besonderen Depot der Heimwehren noch 10 000 Gewehre und Hunderte von Maschinengewehren.

314

9. Kapitel: Hirtenberg 315

Dieser sozialdemokratische Landesverrat hatte zur Folge, daß Frankreich und England am 11. Februar eine Note nach Wien schickten: Das Waffendepot in Hirtenberg stelle eine Verletzung des Artikels 134 des Vertrages von Saint-Germain dar, die Bundesregierung solle die Waffen zurückbefördern oder zerstören und den Westmächten unter Eid erklären, daß dies geschehen sei! Außerdem solle untersucht

und über das Ergebnis nach Paris und London berichtet werden, ob ein Teil der Waffen nach Ungarn weitergeleitet worden sei. Die österreichische Regierung sollte diesen Forderungen in einer Frist von zwei Wochen nachkommen.

Das Vorgehen der Franzosen und Engländer rief in Italien Empörung hervor, während die Kleine Entente aus Furcht über eine Aufrüstung Ungarns sich über Österreich entrüstete. Frankreich befürchtete eine Verbindung zwischen Deutschland, Italien und Österreich und wollte den Vorfall zum Anlaß eines neuen Vasallenpaktes machen. Aber die ganze Angelegenheit endete mit einem Rückzug Frankreichs, da am 21. Februar Ministerrat und Nationalrat beschlossen hatten, die demütigende Hirtenberger Note nicht zu beantworten. Die Waffen wurden nach Italien zurückgesandt. –

Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler die Regierung des Deutschen Reiches übernommen hatte, erfüllte großer Jubel die nationalsozialistische Bevölkerung Österreichs. Wie im Reiche fanden überall in Österreich Kundgebungen zu Ehren Hitlers statt. In Wien, dessen Bevölkerung jetzt zu einem Drittel nationalsozialistisch war, veranstalteten SA. und SS. einen mächtigen Fackelzug. Die Nationalsozialisten Deutsch-Österreichs forderten nun von der Regierung sofortige Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, wozu ja auch die Regierung verfassungsmäßig nach dem Parlamentsantrag vom Herbst 1932 verpflichtet gewesen wäre. Die deutsche Studentenschaft veranstaltete am 3. Februar in der Aula der Wiener Universität eine machtvolle Anschlußkundgebung.

Ende Februar weilten der nationalsozialistische Landesinspekteur Habicht und Landesleiter Proksch bei Adolf Hitler. Der Kanzler ließ sie wissen, daß die in Anbetracht der katastrophalen Wirtschaftslage Österreichs so heiß ersehnte Reichshilfe nur bei einer absolut sicheren Garantie hinsichtlich der künftigen Haltung Österreichs gegenüber dem Reiche möglich sei.

315

Deutsche unter Fremdherrschaft 316

Das hieß nichts anderes, als daß die Regierung Dollfuß durch Nationalsozialisten zu ersetzen sei. Die österreichischen Nationalsozialisten forderten also erneut und nachdrücklich Neuwahlen. Der deutsche Wahlsieg vom 5. März 1933 wurde in Wien und anderen größeren österreichischen Städten mit gewaltigen Kundgebungen gefeiert, man erblickte in ihm die klare und endgültige Niederlage des süddeutschen Separatismus. Überall auf den Bergen flammten die Freudenfeuer. Die Regierung Dollfuß hielt es nun, da sie mit Sorge die täglich wachsende Kraft des Nationalsozialismus erkannte, für nötig, diesen zu bekämpfen. Sie ahmte das deutsche Vorbild von Brüning nach, proklamierte auf Grund des alten kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 - die republikanische Verfassung bot keine Handhabe dafür - ein Notverordnungsrecht und entschloß sich zu autoritärer Staatsführung unter Ausschaltung des Nationalrates. Nun ereignete sich im Nationalrat selbst ein Vorfall, der diesen Verfassungsbruch der Regierung begünstigte. Die Großdeutsche Partei hatte am 4. März den Antrag gestellt, die für einen zweistündigen Demonstrationstreik der Bundesbahnen verantwortlichen höheren Eisenbahnbeamten straffrei ausgehen zu lassen und die Bundesbahnen wieder in die staatliche Hoheitsverwaltung zurückzuführen. Die Abstimmung fiel gegen die Christlich-Sozialen aus, aber zufällig verwandte ein sozialdemokratischer Abgeordneter einen falschen Stimmzettel. Die Christlich-Sozialen fochten aus diesem Grunde das Ergebnis an, und jetzt trat der sozialdemokratische Präsident des Nationalrates, Renner, zurück, auch die beiden Vizepräsidenten, der Christlich-Soziale Ramek und der Großdeutsche Straffner, legten ihre Ämter nieder. Dieser Vorgang war eine erste Entladung der gewitterschwülen Atmosphäre in Österreich, aber doch ein Ergebnis, welches dem österreichischen Volke selbst den größten Schaden zufügte. Der Nationalrat war nun ohne Präsidium, also arbeitsunfähig, und nicht nur das: er konnte noch nicht einmal von der Regierung oder dem Bundespräsidenten Miklas geschlossen, einberufen oder aufgelöst werden,

da kein Präsidium mehr vorhanden war!

316

9. Kapitel: Katastrophe des Nationalrats 317

Das kam dem Bundeskanzler sehr zustatten. Der unbequeme Parlamentsbeschluss vom 21. Oktober 1932, zu Beginn der Frühjahrstagung 1933 einen Vorschlag wegen des Wahltages für den Nationalrat durch die Regierung einzubringen, wurde jetzt vorläufig gegenstandslos. Dollfuß konnte, auf die Unterstützung der vorwiegend legitimistischen schwarzgelben Heimwehr des Fürsten Starhemberg rechnend, ein unbehindertes Gewaltregiment entfalten und den Existenzkampf der Christlich-Sozialen gegen den großdeutschen Nationalsozialismus aufnehmen. Die Stellung der Nationalsozialisten hatte sich durch den Schritt des Parlamentspräsidiums also sehr verschlechtert.

Die Christlich-Sozialen, deren Anhängerschaft noch 1920 und 1921 ein überwältigendes Bekenntnis für den Anschluß abgelegt hatte, waren, seitdem Papen in Deutschland die Regierung übernommen hatte, vollends aber, seitdem Adolf Hitler Reichskanzler geworden war, ausgesprochene separatistische Anschlußgegner geworden. Sie fanden sich hierin mit der Bayrischen Volkspartei zusammen, und Ende Januar 1933 erschienen auf einer Kundgebung der Bayrischen Volkspartei in München gemeinsam Held und Dollfuß; Held betonte hierbei die „traditionelle Freundschaft mit Österreich“. Die Interessengemeinschaft zwischen München und Wien, die im letzten Grunde in dem verwegenen Gedanken der Errichtung einer Donaumonarchie unter dem Zepter Ruprechts von Wittelsbach gipfelte, erlitt allerdings einen vernichtenden Stoß durch den Sturz Helds und die Ausschaltung der Bayrischen Volkspartei aus der Regierung am 11. März. Unter diesen Umständen gewann für Dollfuß die Verbindung mit dem von Starhemberg geführten legitimistischen Flügel der Heimwehren erneute Bedeutung, und an die Stelle der wittelsbachischen Idee trat nun die engere habsburgische. Die seit 1932 unter dem Schutz der Heimwehrminister betriebene großzügige Propaganda für Erzherzog Otto, den Sohn des ehemaligen Kaiser Karl, wurde jetzt wesentlich vertieft. Es gab zahlreiche Gemeinden, die dem Habsburger das Ehrenbürgerrecht verliehen. Überall wurden habsburgische Erinnerungen zu neuem Leben erweckt. Erzherzog Franz Salvator trat als Heimwehroffizier beim 4. Infanterieregiment in Wien ein, um ausgebildet zu werden.

317

Deutsche unter Fremdherrschaft 318

Es war leicht vorauszusehen, daß sich der Gegensatz der Regierung zu den Nationalsozialisten unter diesen Umständen weiter verschärfen mußte.

Bereits am 7. März beschloß der Ministerrat ein Versammlungs- und Aufmarschverbot, die Änderung des Pressegesetzes, um „Ruhe und Ordnung zu halten und Schädigungen der Wirtschaft zu verhindern“. Formell bot der Bundeskanzler Dollfuß dem Bundespräsidenten Miklas den Rücktritt der Regierung an, doch Miklas erklärte, er sei nicht in der Lage, den Rücktritt anzunehmen.

Die Nationalsozialisten beantworteten das Vorgehen der Regierung mit verschärfter Kampfansage. Auf der Führertagung am 11. März in Linz betonten Proksch und Habicht, die NSDAP. sei nach wie vor eisern entschlossen, mit aller Kraft den Sturz der aus Christlich-Sozialen, Heimwehr und Landbund bestehenden Regierung herbeizuführen. Drei Tage später nahm der Niederösterreichische Landtag einen nationalsozialistischen Antrag auf Amtsenthebung der Bundesregierung an, da sie durch ihre Notverordnungen die Verfassung gebrochen habe; die Regierung solle in den Anklagezustand versetzt werden, Neuwahlen sollten erfolgen. Schwere Vorwürfe erhob der nationalsozialistische Landesrat Leopold gegen die Bundesregierung in der Hirtenberger Angelegenheit: die Waffen seien für Ungarn und Kroatien bestimmt

gewesen; Dollfuß und die Christlich-Sozialen sympathisierten mit einer ungarisch-österreichisch-kroatischen Staatsidee, die von Gömbös und Mussolini befürwortet werde; an der Nordgrenze Südslawiens seien 60 000 Mann südslawischer Truppen zusammengezogen, auch sei tschechoslowakisches Militär an der österreichischen Grenze zum Einmarsch versammelt. Am 15. März veröffentlichten die Landesleitung der NSDAP. und der unter der Führung des steyrischen Heimatschutzes stehende deutsch-österreichische Heimatschutz, die sich zur Großdeutschen Front zusammengeschlossen hatten, einen gemeinsamen Aufruf: sie würden im Falle eines verfassungswidrigen gewaltsamen Vorgehens der Systemregierung dieser mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten.

318

9. Kapitel: Verschärfte Lage 319

Alles drängte jetzt zum Kampf um die Macht. Dollfuß bereitete sich völlig darauf vor. Bereits am 9. März ordnete er die Mobilisierung einiger Reservistenjahrgänge des Bundesheeres an. Die legitimistischen Heimwehren Starhemburgs wurden als Hilfspolizei aufgeboten. Die Führer der oppositionellen nationalsozialistischen Heimwehren, die zu einer Besprechung in Wien eintrafen, wurden verhaftet. Auch Verfassungsänderungen plante Dollfuß: der Bundesrat sollte in einen Ständerat umgewandelt werden, damit die Nationalsozialisten aus den Länderkammern verdrängt würden. Wien verwandelte sich in ein Heerlager.

Als sich die Dinge derart kritisch entwickelten, rief der großdeutsche Vizepräsident, Dr. Straffner, den Nationalrat zum 15. März, nachmittags 3 Uhr, zusammen. Tags zuvor forderte Miklas von Straffner, die Parlamentssitzung nicht stattfinden zu lassen. Straffner entgegnete, daß die Parteien des Nationalrates keineswegs die Mehrheit des österreichischen Volkes darstellten, sondern vielmehr im vollen Gegensatze zur Bundesregierung stünden. Er lehnte die Forderung von Miklas ab. Darauf beschloß Dollfuß, die Parlarnentssitzung durch Polizeigewalt zu verhindern. Doch Straffner eröffnete die Sitzung bereits um 1 Uhr. Es waren, mit ihm, sieben Großdeutsche und etwa 65 Sozialdemokraten, ungefähr ein Drittel aller Abgeordneten, anwesend. Eine halbe Stunde später erschienen vierzig Kriminalbeamte und sperrten den Sitzungssaal ab, so daß weitere Abgeordnete ihn nicht betreten durften. Straffner gab die Erklärung ab, daß er diesen Vorfall vor den Verfassungsgerichtshof bringen werde, dann schloß er die Sitzung. Die Abgeordneten riefen: „Hoch die Republik! Nieder mit den Legitimisten!“

Zwei Tage später war der Bundesrat versammelt. Er sprach der Regierung das Mißtrauen aus, forderte Rücktritt des Bundeskanzlers, Wiederherstellung der Aktionsfähigkeit des Nationalrats und Neuwahlen; die Regierung, so stellten Nationalsozialisten und Sozialdemokraten fest, habe die Verfassung gebrochen, und der Vorsitzende des Bundesrates wurde beauftragt, der Regierung Dollfuß, die trotz zweimaliger Aufforderung nicht erschienen war, mitzuteilen, daß sie das Vertrauen des Bundesrates sowie der Landtage von Wien, Salzburg, Niederösterreich und der steirischen Landesregierung nicht mehr genieße.

319

Deutsche unter Fremdherrschaft 320

Dollfuß nahm dies alles gleichgültig hin. Er mobilisierte sechs Jahrgänge des Beurlaubtenstandes und setzte seine Hoffnung auf die Macht der Bajonette. Er setzte seine Hoffnung auch auf die österreichischen Richter, die sie alsbald erfüllten. Die Nationalsozialisten konnten sich sogleich einen Begriff davon machen, was sie zu erwarten hatten: am 21. März wurde in Wien das Urteil gesprochen über den Marxistenüberfall in Simmering Herbst 1932, der den Nationalsozialisten Tote gekostet hatte. Nach einer hohnsprechenden Beweisaufnahme und ungeheuerlicher Tatsachenverdrehung, daß die Richter vor dem Zorn des Volkes

mit Waffengewalt geschützt werden mußten, verneinten die marxistischen Volksrichter mit neun gegen drei Stimmen die Schuldfrage: die Marxisten, die von dem Dache und aus den Fenstern des marxistischen Parteiheims ein Schnellfeuer auf die vorübermarschierenden Nationalsozialisten abgegeben hatten, wurden freigesprochen! So war es nun geworden: Christlich-Soziale und Marxisten hielten zusammen im Kampfe gegen den Nationalsozialismus, die Nationalsozialisten waren vogelfrei! Dies Wiener Urteil rief tiefste Empörung hervor. Protestdemonstrationen wälzten sich durch die Straßen, nur mit Mühe konnten die nationalsozialistischen Führer die erregten Massen an Ausschreitungen hindern. Aber mit diesem Urteil wurde die Nationalsozialistische Partei aufs neue gestärkt: Tausende und aber Tausende strömen ihr wieder zu. –

Allerdings lagen die Dinge in Österreich keineswegs einfach. Standen die Marxisten zwar im Kampfe zwischen Christlich-Sozialen und Nationalsozialisten auf seiten der ersten, so lag es keineswegs in ihrem Interesse, etwa die marxistenfeindliche Heimwehr zu unterstützen. Vor allem aber wollten sie doch den ausbrechenden Kampf benutzen, um in der erwarteten Verwirrung sich selbst wieder an die Macht zu bringen. Besonders die Tiroler Marxisten trafen alle Anstalten zum Putsch. Der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund hielt bei Innsbruck Nachtübungen ab, die Parteistellen leiteten den Generalstreik ein.

320

9. Kapitel: Pläne der Marxisten 321

Daraufhin bot aber die Tiroler Landesregierung in der Nacht zum 15. März die Heimwehr als Hilfspolizei auf, und da aus dem ganzen Lande marxistische Schutzbundformationen sich in Innsbruck konzentrierten, wurden auch Gendarmerie und Bundestruppen nach Tirol gebracht, so daß Innsbruck einem Heerlager glich. Die Spannung stieg von Stunde zu Stunde.

In der Nacht zum 16. März besetzte der Republikanische Schutzbund die Höhen um die Stadt Waidhofen an der Ybbs, die in der niederösterreichischen Industriegegend liegt. Die örtliche Heimatwehr zog Verstärkungen aus Amstetten heran, und nach einstündigem Feuergefecht mußten sich die Marxisten zurückziehen. Die Gendarmerie stellte die Ruhe wieder her. Den verhafteten Schutzbündlern wurden Schußwaffen, Handgranaten, Sprengmittel abgenommen.

Jetzt endlich ließ die Regierung, die bisher gegen die Sozialdemokraten recht nachsichtig gewesen war, umfangreiche Haussuchungen bei den Marxisten vornehmen.

In Linz wurden Führer verhaftet. In der Nacht zum 17. März fanden Militär und Polizei bei den Sozialdemokraten in Innsbruck zahlreiches hochverräterisches Schriftenmaterial. Es stellte sich heraus, daß der Republikanische Schutzbund Verbindung mit dem reichsdeutschen Reichsbanner hatte, Aufstand und Hochverrat plante, so daß die Tiroler Landesregierung die sofortige Auflösung des Schutzbundes verfügte. Eine umfangreiche Waffensuche förderte im ganzen Staatsgebiet bis Anfang April ungezählte Massen von Gewehren, Pistolen, Revolvern, Maschinengewehren, Munition zutage.

Für die Heimwehren waren diese Vorgänge ein willkommener Grund, der Regierung scharfe Vorwürfe zu machen.

Das allzu zögernde Vorgehen der Regierung gegen die Sozialdemokraten hatte die Heimwehren, die den Kampf gegen den Austromarxismus als ihre Hauptaufgabe ansahen, schon längst arg verstimmt. Dollfuß verfolgte die Politik, alle Kräfte des Systems von den Heimwehren bis zu den Marxisten in eine geschlossene Front gegen den Nationalsozialismus zu bringen. Das mußte zu Spannungen führen, da die Heimwehren als eine ihrer Hauptaufgaben die Niederkämpfung des Marxismus betrachteten.

321

Die Vorgänge im März gaben den Heimwehren neuen Anlaß, ihr altes Ziel ins Auge zu fassen. Jetzt forderten sie von Dollfuß ultimativ die Absetzung der sozialdemokratischen Wiener Stadtvertretung und Einsetzung eines rechtsstehenden Regierungskommissars. Dr. Steidle drohte auf einer Heimwehrdemonstration in Innsbruck am 2. April: „Man brauche keine Revolution in Filzpantoffeln, das weibische Getue so vieler Herren in der Regierung werde den Heimwehren langsam zu dumm, und wenn diese Herren nicht fähig seien, ein wirkliches diktatorisches Regime gegen den Austromarxismus durchzuführen, dann sollten sie gefälligst gehen.“ –

Der marxistische Aufstand, dem Österreich in jenen Frühlingstagen entgegentrieb, war zwar vereitelt. Um so stärker aber wuchs die Macht der Nationalsozialisten an. Anfang April gliederten sich alle aktivistischen Elemente und Organisationen Deutsch-Österreichs in die Nationalsozialistische Partei ein, so vor allem die steirische Heimwehr, die sich seit Wochen von dem legitimistischen Fürsten Starhemberg getrennt hatte, die Kärntener Heimwehrgruppen und die Mitglieder des Tiroler Bundes Oberland. Die Tiroler Landesregierung verbot zwar die Generalversammlung des Bundes, die den geschlossenen Übertritt vollziehen sollte, und so traten alle Mitglieder einzeln der Hitlerbewegung bei. Kammerhofer, der Führer des steirischen Heimatschutzes, gab der Stimmung dieser Richtung mit folgenden Worten Ausdruck: „Man will uns zwingen, unsere Selbständigkeit aufzugeben, man will uns von Deutschland abdrängen und verhindern, daß die nationale Erhebung platzgreife. Schon im Lausanner Abkommen trat dies klar zutage. Von Woche zu Woche wird es klarer, daß wir mit Ungarn und Kroatien, das unter italienischem Druck aus dem jugoslawischen Staatsverband ausgeschieden werden soll, zusammengeschlossen werden sollen. Um das vorzubereiten, werden gewaltige Geldmittel nach Österreich geworfen. Was man von uns für den Fall einer Einigung mit Starhemberg fordert, ist die Unterwerfung unter die Bundesführung. Dann wäre auch für uns Geld in Massen vorhanden. Die Frage aber, woher es stammt, ist leicht nach den Bedingungen - Verzicht auf den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich - zu beantworten.“

322

9. Kapitel: Romreise Dollfuß' 323

Dieses Geld, das hereinkommt, dient nur dazu, Volksverrat zu betreiben. Der Weg der Starhemberg-Heimwehr wird nur zum beschleunigten Ende ihrer eigenen Bewegung führen. An unserer Blute wird der Kampf gegen den Anschluß zunichte werden. Der Tag wird kommen, an dem der Wille des Volkes nicht mehr niederzuhalten ist. Unsere Zukunft geht nur mit Deutschland.“

Für Dollfuß wurde die Entwicklung unangenehm. Er zog schärfere Seiten auf: er verfügte die Vorzensur für sämtliche deutsche Kurzfilme, Wochenschauen usw. Er wollte sein Volk vor dem aufregenden Anblick der deutschen Volksbegeisterung für Adolf Hitler behüten. Dann setzte er auch in aller Rechtsform die von Starhemberg seit langem geforderte Hilfspolizei ein: sie sollte aus der Heimwehr, der Schutztruppe des Bauernbundes und den Sturmcharen der Christlich-Sozialen, deren Vertrauensmann in der Regierung Minister Schuschnigg war, gebildet werden. Ja, Mitte April, zu Ostern, reiste der Bundeskanzler nach Rom und umgarnte Mussolini, daß er der Anschlußbewegung entgegentrete. In der Tat brachte Mussolini beim Gastmahl ein Hoch aus auf die selbständige österreichische Republik. Es war das Ziel von Dollfuß, zwischen Deutschland und Italien Spannungen zu erzeugen, die sich vor allem auf Tirol bezogen, um auf diese Weise den Anschlußgedanken im Keime zu ersticken. Allerdings suchte Dollfuß zugleich eine 50-Million-Schilling-Anleihe zu erhalten.

Die Romreise des Bundeskanzlers hatte eine große politische Bedeutung. War es im Innern sein Bestreben, den überparteilichen großdeutschen Gedanken zu einer Parteiangelegenheit des Nationalsozialismus zu stempeln und dadurch sowohl die Christlich-Sozialen wie einen Teil der Heimwehren zu Gegnern des Anschlußgedankens

zu machen, dem Kampfruf „Deutschland erwache!“ den Ruf „Österreich erwache!“ gegenüberzustellen, so war Dollfuß auch nach außen hin bemüht, diese seine Ziele zu festigen und zu sichern. Er nahm daher seine Zuflucht zu der seit Jahren betriebenen „femininen Außenpolitik“ des ständigen Kokettierens mit dem anschlussfeindlichen Ausland. Der wichtigste Faktor in dieser Politik war den Umständen nach augenblicklich Italien.
323

Deutsche unter Fremdherrschaft 324

Weil dieser Staat Sympathien für Deutschland hegte, hielt es Dollfuß für seine Pflicht, diejenigen römischen Gemütsregungen zu entfachen, die unter keinen Umständen die Verlegung der Grenzen des Deutschen Reiches an den Brenner wünschten. Deshalb unterwarf sich Dollfuß willig dem römischen Druck und fügte auch die Heimwehren Starhembergs enger und fester in diese Willensregungen hinein; in Rom wurde recht eigentlich das Band zwischen Dollfuß und Starhemberg unlöslich geknüpft; Starhembergs Ziel war fortan ein doppeltes: nicht nur die Niederwerfung des Austromarxismus, sondern auch die Niederwerfung des „Faschismus“ und natürlich die Verhinderung des Anschlusses. Der Legitimus, der bisher in erster Linie das Gegengewicht gegen den Austromarxismus bildete und vorwiegend innenpolitische Bedeutung hatte, erweiterte sich jetzt zur Anschlußgegnerschaft, nahm also auch gewichtige außenpolitische Form an. Erfreuten sich die Heimwehren Starhembergs infolge ihrer legitimistischen Einstellung der Gunst Frankreichs, so verschaffte ihnen nun ihre Anschlußgegnerschaft nicht nur die Gunst Italiens, sondern auch recht beachtliche finanzielle Unterstützungen aus Italien! Und gerade diese durch Dollfuß' Romreise stark geförderte Anschlußgegnerschaft und Italienfreundschaft Starhembergs, die er in die Worte prägte, daß er nicht einen nationalsozialistischen, sondern „österreichischen Faschismus“ anstrebe, sollte das Heraufziehen einer schweren Krise für die ganze Heimwehrebewegung beschleunigen. Wichtig war, daß durch die Romreise des Bundeskanzlers die Bundesgenossenschaft Starhembergs mit der Regierung unter der Losung „Nieder mit Austromarxismus und Nationalsozialismus!“ gefestigt wurde. Weitere Schritte der Bundesregierung waren nun die Verhängung der Vorzensur über die nationalsozialistische Presse, das Verbot für Versammlungen und Umzüge. Ein Besuch, den Dollfuß in Berlin zur Regelung von Wirtschaftsfragen plante, wurde abgesagt. Aber alle diese Vergewaltigungen, die der Bundeskanzler den Nationalsozialisten zufügte, erwiesen sich als fruchtlos: Am Geburtstage Adolf Hitlers fanden in Wien gewaltige Anschlußkundgebungen statt. Die Gemeindewahlen Ende April brachten den Nationalsozialisten ungeheure Erfolge:
324

9. Kapitel: Zustände in der Heimwehr 325

in Innsbruck und andern Gemeinden - in Landeck in Tirol, in Stein und in Stockerau in Niederösterreich - erlangte die Hitlerbewegung zwei Fünftel, ja fast die Hälfte aller Sitze!
In der Heimwehrebewegung aber brach die seit langem drohende Krisis aus im Aufeinanderprallen des Gegensatzes für und wider den Dollfußkurs. Am 20. April tagten in Wien die Führer der Heimwehren von Tirol und Salzburg und die Landesführer von Vorarlberg, Oberösterreich und Niederösterreich. Gleichschaltungskämpfe setzten ein, die dem Vertreter des Bundesführers Fürsten Starhemberg sehr schmerzlich waren. Dr. Steidle von Tirol forderte energisch eine Änderung des bisherigen politischen Kurses der Heimwehren. Die Landesführer von Niederösterreich, Vorarlberg, Salzburg und der oberste Landesführer Weninger traten ihm bei. Der Gegensatz zwischen Steidle und Starhemberg, der einen Bruch innerhalb der bisher noch zu Starhemberg stehenden Heimwehren mit Leichtigkeit

herbeiführen konnte, war offenkundig. Über den Kopf Starhembergs hinweg berief jetzt Steidle eine Bundesführertagung für den 21. April nach Wien, die keinen andern Zweck verfolgte als die Absetzung Starhembergs. Während Starhemberg selbst den oppositionellen Landesführern mit Amtsenthebung drohte, kündigte Dollfuß dem Dr. Steidle an, daß er ihn seines Amtes als Sicherheitskommissar des Landes Tirol entheben werde. Doch die Verhandlungen der oppositionellen Landesführer wurden fortgesetzt, und diese beschlossen einstimmig Zusammenarbeit mit der Nationalsozialistischen Partei. Als Wortführer der Opposition trat der Landesführer Suber hervor, der die nationale Front auch gegen den Widerstand Starhembergs forderte. Der Handelsminister Jakoncig, welcher der Richtung Steidle angehörte, drohte mit seinem Rücktritt, wenn dem Wunsche der Opposition, das Verhältnis zu den Nationalsozialisten zu klären, nicht Rechnung getragen werde. Allgemein wurde schärferes Auftreten gegen die Sozialdemokratie und die Wiedervereinigung mit dem steirischen Heimatschutz gefordert. Allerdings, das Abseitsstehen dieses steirischen Heimatschutzes schwächte die Stellung der Opposition.

325

Deutsche unter Fremdherrschaft 326

Wenn auch Starhemberg die Gefahr dieser Opposition nicht unterschätzte - bewies sie doch, daß ein Riß mitten durch die Heimwehr ging und ihre Schlagfertigkeit lähmte -, so fühlte er sich doch durch diese Entwicklung bewogen, noch enger an die Regierung sich anzuschließen, denn nur dadurch konnte die Opposition überwunden, wenn es sein mußte, mit den Machtmitteln des Staates abgewürgt werden. Um so tiefer klaffte nun aber der Gegensatz zum nationalen und nationalsozialistischen Flügel der Wehrverbände auf.

Am 24. April trat der Organisator und Ehrenvorsitzende des steirischen Heimatschutzes, Dr. Walter Pfriemer, als Mitglied der NSDAP. bei. Am folgenden Tage kamen die Führer des deutsch-österreichischen (d. h. steirischen) Heimatschutzes in Linz a. d. Donau zusammen und schlossen mit der NSDAP. eine enge Kampfgemeinschaft auf allen Gebieten und für jeden Fall, deren Ziel die Schaffung einer starken Regierung der nationalen Konzentration sein sollte: man forderte Auflösung des Nationalrates und unverzügliche Ausschreibung von Neuwahlen. 32 Ortsgruppenführer des bisher zu Starhemberg stehenden oberösterreichischen Heimatschutzes erklärten geschlossen ihren Übertritt zum deutsch-österreichischen Heimatschutz Dr. Pfriemers und ihre Unterstellung unter Hitler.

Ende April war die nationalsozialistische Bewegung derart gewaltig und die Bemühungen um die Schaffung einer einheitlichen nationalen Front zur Abwehr des Dollfußregimentes und des Bolschewismus machten derart gute Fortschritte, daß selbst Dollfuß schwankte, ob er zurücktreten sollte. Doch die klerikalen Kreise, das Rückgrat der Christlich-Sozialen, sowie die jüdischen und großkapitalistischen Bank- und Handelsherrn bewogen ihn, im Amte zu bleiben und nun den rücksichtslosen Kampf gegen den Nationalsozialismus zu eröffnen, an dem vor allem das jüdische Wien das größte Interesse hatte.

Eine neue Periode fing an. Allenthalben setzte in Presse und Öffentlichkeit die Hetze gegen die Nationalsozialisten ein. Die Systempresse war durch jüdisches, tschechisches, französisches und italisches Geld ausgehalten und hatte zu schreiben, was die ausländischen Gegner des deutschen Nationalsozialismus verlangten.

326

9. Kapitel: Gesetze gegen Nationalsozialisten 327

Die christlich-soziale „Reichspost“ verkündete, daß österreichische Städte an der bayrischen Grenze durch SA. und SS. aus dem Reiche in Verbindung mit

nationalsozialistischen Formationen Tirols besetzt werden sollten. Es war alles Lüge - der bayrische Ministerpräsident Dr. Siebert erklärte, daß weder bei der Regierung des Reiches, noch bei derjenigen Bayerns auch nur das Geringste von einem geplanten Putsch auf Österreich bekannt sei -, aber die Regierung Dollfuß brauchte so etwas. Sie stopfte Gendarmen und Soldaten in die Grenzorte, Kufstein wurde ein Heerlager, und auf diese Weise konnten wenigstens die Tiroler Nationalsozialisten mit einem Schein des Rechtes energisch unterdrückt werden. Starhemberg sekundierte kräftig, er warf den Nationalsozialisten nationalen Verrat vor: sie bedienten sich der Gleichschaltung, als fühlten sie sich als Statthalter ihres Berliner Regierungschefs. Starhemberg lebte, seitdem er den Anschluß an die Regierung gefunden hatte, in dem Wahne, als sei er allein imstande, die Heimwehr gegen den Ansturm des Nationalsozialismus zusammenzuhalten, als könne er mit der Macht des Staates seine Widersacher unschädlich machen.

Am 5. Mai beschloß der Ministerrat ein politisches Uniformverbot, mit Ausnahme der Hilfspolizei und derjenigen Verbände und Organisationen, die hinter der Regierung standen: das Braunhemd war von nun an in Österreich verboten. Am 6. Mai wurde zum erstenmal in Österreich der „Völkische Beobachter“ beschlagnahmt. Am 7. Mai verkündete Dollfuß auf dem durch Bajonette geschützten Christlich-Sozialen Parteitag in Salzburg, daß in „Rücksichtnahme auf den Fremdenverkehr“ im nächsten Halbjahre keine Gemeindewahlen mehr stattfinden sollen. In der Tat beschloß dann auch am 11. Mai der Ministerrat, „zur Abwehr von wirtschaftlichen Schädigungen während der Fremdensaison“ die Landtags- und Gemeindewahlen bis zum 31. Oktober zu verschieben. Die von den Christlich-Sozialen bestimmte Kärntner Landesregierung zog die an den Verein für das Deutschtum im Ausland ergangene Einladung zurück. – Aber die Erregung des Volkes wächst jetzt von Tag zu Tag. In Wien bringen die Nationalsozialisten gewaltige Umzüge auf die Beine, die Männer marschieren in schwarzen Hosen, weißen Hemden und schwarzen Binden.

327

Deutsche unter Fremdherrschaft 328

Die Polizei wird von einem Stadtende zum andern gehetzt, nur um die Menschenansammlungen zu zerstreuen. In Innsbruck hatte die katholische Studentenschaft die Auflösung der deutschen Studentenschaft beantragt. Die deutsche Studentenschaft veranstaltet am 6. Mai eine gewaltige Kundgebung. Immer mehr Menschen strömen zusammen, viele Tausende. Sicherheitspolizei geht mit Säbel und Gummiknüppel gegen die Studenten vor. Unmittelbar darauf findet als Antwort gegen die Demonstration der Studenten ein Heimwehraufmarsch in Innsbruck statt. Es ist eine Herausforderung der Einwohner. Sie geraten in Erregung, beschließen, gegen die Heimwehr zu demonstrieren, der Regierung Dollfuß und dem Fürsten Starhemberg zu zeigen, daß sie nichts von ihm willen wollen. Soldatenabteilungen in voller Ausrüstung rücken in die Stadt. Sogar die Feuerwehr wird aufgeboten. Die erbitterten Massen ziehen vor das Gebäude der Landesleitung der Tiroler Heimwehren, rufen: „Nieder mit Starhemberg!“, die Fahne wird heruntergeholt und in Stücke gerissen. Ein allgemeiner Sturm auf das Gebäude steht bevor. Die nationalsozialistischen Führer bieten ihr Äußerstes auf, um diesen zu verhindern: jede Ausschreitung würde Dollfuß neue Rechtsgründe geben. Und so geht der drohende Aufruhr vorüber, die Menschen entblößen die Häupter und singen, ungezählte Tausende, mit heiliger Begeisterung das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied. Immer größer wird die Wucht des Nationalsozialismus. In Vorarlberg beschließt die Landesparteileitung der Großdeutschen Volkspartei, aus dieser auszuschneiden und der nationalsozialistischen Partei beizutreten. Die Kärntner Landesparteileitung der Großdeutschen fordert Kampfgemeinschaft mit den Nationalsozialisten, in Salzburg verlangen die Angehörigen der Großdeutschen Partei, daß ihre Parteiorganisation aufgelöst wird. Das, was in Deutschland sich bereits ereignete, vollzieht sich nun in Österreich: die Nationalsozialistische Partei saugt die andern Parteien in sich auf. –

In diesen stürmischen Maitagen berief Dollfuß den Heimwehrmann Major Fey, den ausgesprochenen Gefolgsmann Starhembergs, zum Staatssekretär für das Sicherheitswesen.

328

9. Kapitel: Legitimisten 329

Der Legitimist und Anhänger des Hauses Habsburg wurde mit allen diktatorischen Vollmachten ausgestattet, es war der Preis, den Dollfuß an Starhemberg für dessen Bundesgenossenschaft zahlte. „Wir verlangen Österreich für die Österreicher“, erklärte Fey, „das ist unsere Devise. Wir verleugnen unsere Stammesverwandtschaft mit Deutschland nicht, aber wir sind zunächst Österreicher, dann erst Deutsche. Wir haben keine Lust, uns von Nazi-Deutschland ins Schlepptau nehmen zu lassen, das seine Pläne in Bayern so deutlich gezeigt hat.“ Und Starhemberg betonte, die Österreicher würden es niemals dulden, daß man sie als „minderwertige Deutsche“ über die Achsel ansehe und als „national unzuverlässig“ verdächtige; das Programm des Heimatschutzes sei ein selbständiges, unabhängiges, faschistisches Österreich. Er müsse ein Großdeutschland solange ablehnen, als man in Berlin den Gedanken eines Reichskommissariats hege. Der christlich-soziale Justizminister Schuschnigg meinte: „Wir sind uns klar, daß unsere Brüder im Reiche die Rückgabe ihrer Kolonien fordern können. Aber es gibt keine Kolonie Österreich.“

Der Kurs lag also fest: Österreich den Österreichern! Der großdeutsche Gedanke wurde als ein Attribut des verhaßten Nationalsozialismus abgelehnt. Der Kurs lag um so fester, als gerade in jenen sturmbewegten Tagen Exkaiserin Zita und ihr Sohn, der Erzherzog Otto, zu einem geheimen Besuch in Österreich eintrafen und zunächst in Hall in Tirol auf dem Schloß des Grafen Stolberg, dann in Gmunden auf der Besitzung des Herzogs von Cumberland und zuletzt in einem Kloster bei Wien weilten. Geheimnisvolle Verbindungen zwischen den österreichischen Legitimisten und dem Grafen Zichy in Budapest hatten die Wiederherstellung der Donaumonarchie zum Ziele.

Doch die Regierung Dollfuß war in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung noch nicht einmütig legitimistisch und habsburgisch. Sie mußte im Innern schwere Erschütterungen aushalten, aber das Hervorrücken Feys war doch schon ein erster bedeutungsvoller Schritt zum Hause Habsburg hin, wodurch die Stellung der gemäßigten Minister Jakoncig und Rintelen erschwert wurde.

329

Deutsche unter Fremdherrschaft 330

Immerhin war die Lage noch nicht ganz klar. Am 10. Mai jedoch erklärten infolge der starken Spannungen innerhalb der Regierung die Minister Weidenhoffer, Jakoncig und Bachniger sowie Staatssekretär Fey ihren Rücktritt. Dollfuß berief jetzt den Landeshauptmann Dr. Buresch zum Finanzminister, den Kommerzienrat Stockinger zum Minister für Handel und Verkehr, den Ingenieur Vincent Schumy und den Staatssekretär Fey zu Ministern ohne Portefeuille. Jetzt sagen die Dinge wesentlich klarer: Dollfuß gab den Legitimisten, den Franzosenfreunden und Anschlußgegnern den Vorrang vor den Gemäßigten, deren letzter Vertreter nun nur noch der steirische Landeshauptmann und Unterrichtsminister Dr. Rintelen war. Aber auch dessen Tage waren gezählt.

Nun hatte die Landesleitung Österreich des Nationalsozialistischen Juristenbundes zu Mitte Mai eine Tagung in Wien festgesetzt, zu der der Reichsjustizkommissar Dr. Frank, der preußische Justizminister Kerrl und der Ministerialdirektor Freisler erwartet wurden. Diese deutschen Staatsmänner waren vor Wochen vom österreichischen Bundesminister Schuschnigg persönlich eingeladen worden, um über Fragen der Rechtsangleichung zu verhandeln. Als sich aber inzwischen die Dinge derart zugespitzt hatten, war die Wiener Regierung zu der Überzeugung gekommen,

daß der Besuch der deutschen Staatsmänner unerwünscht sei. Bundesregierung und Wiener Polizei beschlossen, ohne Rücksicht auf die Anwesenheit der Deutschen, die Juristentagung in jeder Form zu knebeln. Die Kundgebung als solche wurde verboten, und man gestattete nur eine Veranstaltung, die sich „unbedingt im Rahmen einer Erinnerungsfeier für die 250jährige Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung“ halten müsse. Es wurde gedroht, daß bei Abweichung vom Thema den Rednern das Wort entzogen und die Kundgebung verboten werde. Empfangsfeierlichkeiten und Aufmärsche zu Ehren der Deutschen hatten ganz und gar zu unterbleiben. Die christlich-soziale Presse erging sich in maßlosen Angriffen auf die deutschen Nationalsozialisten. Am 13. Mai 1933 trafen Kerrl, Dr. Frank, Dr. Ley und Dr. Freisler auf dem Asperner Flugplatz ein. Angehörige der Parteileitung unter Führung von Gauleiter Frauenfeld begrüßten sie, von der Regierung war niemand erschienen.

330

9. Kapitel: Deutsche Minister in Wien 331

Aber ein starkes Polizeiaufgebot umschloß den Flugplatz. Der höchste amtliche Vertreter war der Wiener Polizeipräsident Dr. Skubl, der dem Reichsjustizkommissar Dr. Frank erklärte, die österreichische Regierung betrachte seinen Besuch als nicht sehr erwünscht. Aber auf den Straßen warteten mehr als eine Viertelmillion begeisterter Wiener, welche die Deutschen begrüßen wollten, der Prater und die Ringstraße standen dichtgedrängt voll Menschen. Doch die Kraftwagen wurden durch Nebenstraßen geleitet.

In der Engelmann-Arena sprach Freisler vor 25 000 Menschen. Das Schicksal jedes deutschen Stammes, so sagte er, sei untrennbar verbunden mit dem Schicksal der Gesamtnation. Kämpfen und ringen um die Einheit der Nation bringe dem Volke die Erfüllung seiner Sehnsucht. Die Rede Freislers wurde durch den überwachenden Polizeibeamten unterbrochen: er solle sich mäßigen! Minutenlangem Proteststurm war die Folge. Die Kundgebung zeigte wieder einmal, daß das österreichische Volk sich zur deutschen Nation bekannte.

Als am nächsten Tage Frank nach Graz fuhr, wurde der Kraftwagen wieder auf Umwege geleitet. Zu Fuß mußte sich Frank zur Gauleitung begeben. Aber trotz all dieser Demütigungen feierte der Nationalsozialismus einen neuen Triumph: die gesamte Großdeutsche Partei unterstellte sich jetzt Adolf Hitler und schloß sich mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei und dem steirischen Heimatschutz zu einer Kampfgemeinschaft zusammen.

In dem zu Linz am 15. Mai zwischen dem nationalsozialistischen Landesleiter Proksch und dem Obmann der Großdeutschen Partei Foppa getroffenen Abkommen hieß es: Der Endkampf um Österreich hat begonnen. Die Fronten sind klar. Auf der einen Seite steht eine Regierung, die nur mehr eine kleine Minderheit hinter sich hat. Ihr gegenüber steht die nationale Front, welche die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes in Österreich umfaßt, und bekennt sich in klarer und bewußter Ablehnung einer Selbständigkeit Österreichs im Sinne des Diktates von Saint-Germain zur Schicksalsgemeinschaft des gesamten Deutschtums und zum Gedanken des Zusammenschlusses Österreichs mit dem Deutschen Reich.

331

Deutsche unter Fremdherrschaft 332

Der Entscheidungskampf zwischen beiden Fronten verlangt gebieterisch die lückenlose Schließung der nationalen Einheitsfront. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die NSDAP. Österreichs und die Großdeutsche Volkspartei folgendes Abkommen getroffen:

„Im Hinblick auf gemeinsames programmatisches Ideengut - in nationaler Hinsicht rückhaltloses Bekenntnis zum Großdeutschland, in sozialer Hinsicht Volksgemeinschaft statt Klassenkampf - schließt sich die Großdeutsche Volkspartei

unter Wahrung ihrer Selbständigkeit der von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit dem Deutsch-Österreichischen (Steierischen) Heimatschutz abgeschlossenen Kampfgemeinschaft an. Der unbedingte Anschlußwille an das heutige Deutschland ist ein Bekenntnis der Großdeutschen Volkspartei zum neuen Deutschland. Dieses aber schließt in sich die Anerkennung Adolf Hitlers als des Führers des gesamten deutschen Volkes. In ernstester deutscher Schicksalsstunde tritt die nationale Einheitsfront in den Kampf gegen alle Feinde der deutschen Einheit, Freiheit und Größe, entschlossen, auszuhalten und durchzuhalten bis zum Siege.“

Adolf Hitler aber trat der Regierung Dollfuß entgegen. Die Reichsregierung erhob in Wien Protest wegen der Behandlung Franks auf dem Flugplatz - ein Schritt, den die christlich-soziale Presse mit wüsten Beschimpfungen des deutschen Reichskanzlers beantwortete.

Unmittelbar beim Besuch der deutschen Minister in Wien setzte der Terror Feys gegen die österreichischen Nationalsozialisten ein. Die Heimwehr hatte schon vorher Drohungen ausgestoßen, daß sie bei der Türkenbefreiungsfeier die Vorwärtsdruckerei, das Rathaus und das Adolf-Hitler-Haus in Wien besetzen werde. Das „Abendblatt“ der Heimwehren berichtete, daß jetzt alle „reichsdeutschen Agitatoren“ ausgewiesen werden würden, der erste würde der Landesinspekteur und Beauftragte Hitlers, Theo Habicht, sein. Die geplante Aktion der Heimwehren war ein Verzweiflungsschritt; infolge der inneren Zerrüttung sahen sich Starhemberg und Fey genötigt, einen offensichtlichen Erfolg zu erringen und die innere Zerrüttung ihrer Organisation zu überwinden, denn in hellen Scharen strömten die Angehörigen der Heimwehren zu den Nationalsozialisten.

332

9. Kapitel: Beginn des Regierungsterrors 333

So war also die Schwerkraft des Aufmarsches vom 14. Mai in Wahrheit weniger gegen die Marxisten, als vielmehr gegen die Nationalsozialisten gerichtet.

An dem bewaffneten Aufmarsch in Wien nahmen etwa 15 000 Heimwehrleute - sie erhielten freie Fahrt und Unterkunft - teil; daß es bei dem provozierenden Verhalten der Heimwehr nicht an Reibungen und Zusammenstößen fehlte, war erklärlich. Die Polizeibehörde verhaftete bei dieser Gelegenheit mehr als zweitausenddreihundert Nationalsozialisten, die zu Geld- und Arreststrafen verurteilt wurden. Unter den dreihundert in Gerichtshaft überführten Nationalsozialisten befanden sich zahlreiche reichsdeutsche Studenten. Gleichzeitig wies die Tiroler Landesregierung 54 deutsche Studenten aus Innsbruck aus. Die Ausweisungen spielten von nun an eine wichtige Rolle in der Bekämpfung des Nationalsozialismus.

Der nationalsozialistische Gauinspekteur von Kärnten, von Kothen, ein Reichsdeutscher, wurde ebenfalls ausgewiesen. Die kärntische Bevölkerung protestierte, aber umsonst. Am 18. Mai wurde das Braune Haus in Klagenfurt durchsucht. Mit Mühe gelang es der Polizei, mit dem Gummiknüppel die erregten Menschenmassen auseinanderzutreiben, viele wurden verhaftet, weil sie die Ruhe störten und Dollfuß beschimpften. Der Vorsitzende des Bezirksgerichts Winklern im Mölltal (Kärnten) wurde seines Dienstes enthoben, weil er in einer nationalsozialistischen Versammlung gesprochen hatte. Der Bundeskanzler erwog bereits, von Ratgebern des deutschen Zentrums und der Bayrischen Volkspartei umgeben, die Auflösung der SA. und SS. und die Überführung der nationalsozialistischen Führer in Konzentrationslager. Er sagte, die Untersuchungen hätten ergeben, daß die nationalsozialistische Parteileitung planmäßige Störung des Heimwehraufmarsches beabsichtigt gehabt hätte! Dem Wiener Gauleiter Frauenfeld wurde am 29. Mai verboten, weiterhin Vorträge zu halten. Am selben Tage wurde der „Völkische Beobachter“ zum dritten Male beschlagnahmt.

333

Heeresminister Vaugoin, der Obmann der Christlich-Sozialen, sagte den Nationalsozialisten schärfsten Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an. Die Zeitungen mußten um Erteilung einer Konzession einkommen, den nationalsozialistischen Zeitungen wurde sie versagt. Den Gemeinden wurde verboten, Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen; wo dies geschehen, wurden die Ernennungen rückgängig gemacht. Nationalsozialistische Offiziere wurden in den Ruhestand verletzt, weil sie das Horst-Wessel-Lied gesungen hatten. So in Bregenz der Garnisonkommandant des 4. Alpenjägerbataillons und zwei Oberleutnants, während drei andere Offiziere strafversetzt wurden!

Trotzdem oder vielleicht gerade wegen der Schwere des Kampfes, dem er sich nicht gewachsen fühlte, erwog Dollfuß noch, Nationalsozialisten in seine Regierung aufzunehmen. Zwischen dem 14. und 21. Mai knüpfte der Bundeskanzler mit Habicht Verhandlungen unter vier Augen an. Dollfuß war bereit, den Nationalsozialisten zwei Ministerien zu bewilligen; wenn sie aber vier oder fünf verlangten, dann seien sie die braune Pest! Habicht lehnte ab. Dollfuß war nun entschlossen, seine Maßnahmen gegen die Hitlerbewegung zu verschärfen. Die Ablehnung Habichts beruhigte ihn: von nun an fühlte er sich im Rechte, so zu handeln, wie er es tat. Der Bundesminister für Unterricht, Dr. Anton Rintelen, zugleich Landeshauptmann von Steiermark, konnte diese Politik nicht mehr mitmachen: er trat am 22. Mai zurück. Justizminister Schuschnigg übernahm seine Vertretung. Mit Dr. Rintelen schied der letzte, gesamt-national eingestellte christlich-soziale Minister aus der Regierung Dollfuß. Schon die ganzen Wochen über bestand zwischen Rintelen und dem Bundeskanzler eine starke Spannung. Rintelen übte Kritik an der verhängnisvollen Staatsführung und war ein Gegner der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nationale Bewegung. Seinem Einfluß war es zu danken, daß die von Dollfuß beabsichtigte Auflösung des deutsch-österreichischen Heimatschutzes, der SA. und SS. noch nicht erfolgt war. Seinem Einfluß auch war es zuzuschreiben, wenn Dollfuß mit Habicht Verhandlung aufnahm.

334

9. Kapitel: Angriff auf die Verfassung 335

Nun waren diese gescheitert, und das war wohl der Grund, daß Rintelen aus der Regierung austrat: er konnte nicht länger Dollfuß und seinen bösen Ratgebern Widerstand entgegensetzen. Als seinen Nachfolger faßte Dollfuß den Legitimsten und Deutschenhetzer Dr. Aigner ins Auge.

Dollfuß schritt nun unverhüllt zum Angriff auf die Verfassung vor, er fand ja keinen Widerstand mehr im Ministerrat. Am 25. Mai wurde der Verfassungsgerichtshof ausgeschaltet durch folgende Bestimmung: Die auf Vorschlag der gesetzgebenden Körperschaften ernannten Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verfassungsgerichtshofes dürfen nur dann verhandeln, wenn sämtliche Mitglieder und Ersatzmitglieder vorhanden sind. Um diese Arbeit des Verfassungsgerichtshofes zu vereiteln, legten die drei auf Vorschlag der Christlich-Sozialen ernannten Richter und ihre Ersatzmänner die Ämter nieder: der Gerichtshof war arbeitsunfähig, die höchste verfassungsmäßige richterliche Instanz über die Gesetzmäßigkeit der Regierungsbeschlüsse war außer Kraft gesetzt. Damit war auch die letzte Hoffnung des vergewaltigten Nationalrates beseitigt. Der Parlamentarismus war tot. Eine Verfassungsreform wurde geplant, die in Metternichsche Zeiten zurückgriff. Zweck war natürlich Ausschaltung des Nationalsozialismus und des Volkes durch zwei Mittel: Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, um die nationalsozialistische Jugend auszuschließen, und Ersetzung des allgemeinen Wahlrechts durch das Wahlrecht nach Steuerleistung; dadurch sollten die nationalsozialistischen Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden ausgeschaltet und die Macht der

Großindustrie und der jüdischen Großbanken, der Stützen der Christlich-Sozialen, wesentlich erhöht werden. Dollfuß war zur rücksichtslosesten Vergewaltigung des Volkes entschlossen.

Ermutigt durch das Vorgehen der Regierung griffen die legitimistischen Heimwehren jetzt zum Faustrecht gegen die Nationalsozialisten. In den letzten Maitagen häuften sich die Gewalttaten von Heimwehrangehörigen gegen die Anhänger Hitlers. In der Gegend um Innsbruck fielen Heimwehrleute in Überzahl über nationalsozialistische Versammlungen her, verletzten Nationalsozialisten durch Kolbenhiebe und Bajonettstiche.

335

Deutsche unter Fremdherrschaft 336

In Axams errichteten die Heimwehrleute sogar Barrikaden und brachten Maschinengewehre in Stellung. Der Kraftwagen des Tiroler Gauleiters Hofer wurde mit Steinen beworfen. Die Gendarmerie mußte eine nationalsozialistische Versammlung verbieten, da die Heimwehr drohte, sie mit Waffengewalt zu verhindern! Zwei Tage später, am 28. Mai, wurden in Aldrana bei Innsbruck Nationalsozialisten beschossen. Am folgenden Tage kam es zu schweren Zusammenstößen in Innsbruck selbst. Die bewaffneten Heimwehrleute eröffneten ein Schnellfeuer auf die fliehenden Nationalsozialisten, so daß diese neun Verletzte hatten, darunter war ein Reichsdeutscher.

In diesen Tagen kam es auch bei einer Helden- und Schlagetergedenkfeier in der Wiener Universität zwischen nationalsozialistischen und katholischen Studenten zu einem erbitterten Handgemenge. Wachmannschaften mußten die Kämpfenden trennen. Dollfuß verfügte die Schließung der Wiener Universität bis auf weiteres. Am 20. Mai wurden sämtliche österreichischen Hochschulen auf acht Tage geschlossen. In Leoben traten daraufhin die Führer und Studenten der Montanistischen Hochschule in den Proteststreik, worauf eine vierzehntägige Sperre verhängt wurde. Die Zuspitzung der Lage in Österreich hatte Adolf Hitler bewogen, am 29. Mai die Ausreise deutscher Reichsangehöriger nach Österreich unmöglich zu machen. Es wurde eine Ausreisegebühr von tausend Mark erhoben, um die deutschen Nationalsozialisten davon abzuhalten, daß sie von der Regierung Dollfuß und ihren Schergen verfolgt, gemäßregelt, mißhandelt und verhaftet würden. Es war eine für Österreich sehr empfindliche Maßnahme, denn der deutsche Anteil am Fremdenverkehr in Österreich betrug immerhin 52 Prozent, in Tirol sogar 72 Prozent.

Die Presse öffnete alle Schleusen einer Schmähflut gegen Deutschland, in ihr gingen die wenigen Stimmen, die zur Vernunft rieten, unter. Dollfuß beantwortete den Schritt der deutschen Regierung mit der Einführung des Visumzwanges für die Ausreise von Österreich nach Deutschland.

336

5. Kapitel: Deutsches Grenzverbot 337

Er suchte den Fremdenverkehr durch Fahrpreisermäßigungen und Werbungen im Auslande zu heben und verteilte vier Millionen Schillinge an die Fremdenbetriebe, die geschädigt wurden. Natürlich erhielten diese Gelder nur Leute, die hinter der Regierung standen.

Da die Nationalsozialisten Flugblätter über die Gründe der deutschen Grenzsperrre verteilten, und da überall Massenbeitritte zur Hitlerpartei erfolgten, schritt Dollfuß jetzt zu Verhaftungen im ganzen Staatsgebiet, die Riesenausmaße annahmen. Am 31. Mai wurde das Adolf-Hitler-Haus in Wien nach Waffen, Sprengstoffen, Hochverratsbeweisen durchsucht, das Braune Haus in Innsbruck hatte dasselbe Schicksal; bei Habicht, der zum Presseattaché der Deutschen Gesandtschaft in Wien ernannt worden war, wurde unter Verletzung der Exterritorialität zweimal Haussuchung vorgenommen. Doch nirgends fand die Regierung, was sie suchte.

Die Tiroler Landesregierung, der ja zahlreiche Gendarmerie und Soldaten zur Verfügung standen, verordnete einen verschleierte Belagerungszustand für Innsbruck. Die Sicherheitsorgane wurden angewiesen, mit allen Mitteln gegen Demonstranten vorzugehen. Schwerste Strafen wurden angedroht. „Ausländer“ - die Reichsdeutschen waren gemeint - durften sofort ausgewiesen und über die Grenze geschafft werden. In Innsbruck und Hötting mußten von 22 Uhr ab sämtliche Haustore, um 23 Uhr sämtliche Gaststätten geschlossen werden. Jugendliche unter siebzehn Jahren durften nach 20 Uhr die Straße nicht mehr betreten. Reichsdeutsche Studenten, die in Innsbruck studierten, wurden des Landes verwiesen. Das Volk kochte vor Grimm. Als bei nationalsozialistischen Einwohnern Haussuchungen vorgenommen wurden, rotteten sich die Massen zusammen, drohten die Beamten anzugreifen, sangen das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied. Im Sturmschritt mit gefälltem Bajonett gingen die Gendarmen vor und verletzten einige der Demonstranten. - Die Gewerbetreibenden der tirolischen Orte bestürmten ihre Bürgermeister, bei Dollfuß persönlich dahin zu wirken, daß wieder freundschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reiche hergestellt würden.

337

Deutsche unter Fremdherrschaft 338

Ein wahres Schreckensregiment brach an, dessen böse Geister der Heeresminister und christlich-soziale Obmann Vaugoin, der Justizminister Schuschnigg und der Legitimist und Sicherheitsminister Fey waren. Hinter ihnen standen Starhembergs Heimwehren, Schuschniggs katholische Sturmcharen und die altösterreichischen Frontkämpferbünde, die alle auf die Habsburger Monarchie lossteuerten. - In den Abendstunden des Pfingstsonnabend wurden in ganz Österreich Massenverhaftungen vorgenommen, sämtliche Braunen Häuser wurden besetzt, umfangreiche Haussuchungen wurden abgehalten. Auf das nationalsozialistische Parteiheim in Favoriten verübte ein Heimwehrhauptmann, der aus der SA. ausgestoßen war, einen Handgranatenanschlag, in Linz ereigneten sich Zusammenstöße. Die Presse geriet in tobenden Fanatismus, sie forderte Verbot, ja Zerschmetterung der nationalsozialistischen Bewegung! Ja sogar die Priester vergaßen sich soweit, daß sie in hemmungslosester Weise gegen die Nationalsozialisten hetzten. Es war ein Pfingsten voll drückender Schwüle, das über Österreich kam. In den Ausflugsorten herrschte völlige Verkehrsstille, alle Gäste aus dem Reiche blieben aus. Das Volk von Tirol und Vorarlberg erlitt schweren wirtschaftlichen Schaden, es war aufs tiefste mißgestimmt. Statt 20 000 Fahrgäste wie im Vorjahr sah Bregenz dieses Mal nur tausend, nur 60 Gäste übernachteten in der Stadt. Ein großes Hotel bei Bregenz, das im vorjährigen Pfingstfest 300 Gäste beherbergte, hatte dieses Mal keinen einzigen. Der Ausfall der Einnahmen in Vorarlberg an den Pfingstfeiertagen wurde auf sechs- bis achthunderttausend Schilling geschätzt! Die Hoteliers aus Salzburg sandten einen Hilferuf an Dollfuß, er möge mit denkbar größter Beschleunigung alles unternehmen, was politisch befriedigende Beziehungen zu Deutschland sichern könne. Es war umsonst. In Kufstein beging die Heimwehr das Pfingstfest mit Bluttaten gegen Nationalsozialisten. - Der Heeresminister Vaugoin begann jetzt, auch gegen die Angehörigen der Wehrmacht einen harten Gesinnungsterror auszuüben. In einer Ansprache an die Offizierkorps sämtlicher Garnisonen kündigte er folgendes an: „Es genügt nicht, daß Sie erklären, keine Nationalsozialisten zu sein.

338

9. Kapitel: Terror im Bundesheer 339

Damit haben Sie noch nichts getan. Sie müssen auch Mitglied des Wehrbundes werden; wer nicht beitrifft, wird aus dem Heeresverband entlassen werden! Sie müssen aber noch einen weiteren Beweis Ihrer loyalen Gesinnung erbringen, und dieser Beweis

wird mir durch Ihren Beitritt zur Christlich-Sozialen Partei gegeben sein, denn wer nicht christlich-sozial ist, ist gegen uns!"

Eines deutschen Soldaten geradezu unwürdig waren die Richtlinien, die der Infanterieinspektor, Generalmajor Adasiéwitsch, bekanntgab: Jeder Mann, jeder Offizier und Unteroffizier sei verpflichtet, Anzeige gegen jeden, gleich ob Offizier oder Mann, zu machen, der sich in regierungsfeindlichen Verbänden, also vor allem in der NSDAP. betätige. Wer die Anzeige unterlasse, werde ebenfalls fristlos aus dem Heere entlassen! Allen Heeresangehörigen sei es verboten, die Übertragung deutscher Sender zu hören, deutsche Zeitungen zu lesen, zu halten und zu verbreiten. Jeder Offizier und Unteroffizier und Mann müsse schärfstens überwacht werden, damit man wisse, was er außerhalb des Dienstes tue und treibe. Briefe und sonstige Post würden in Zukunft überprüft werden. Adasiéwitsch schloß seine Auseinandersetzungen: „Seid vorsichtig! Wir wissen genau, wie ihr eingestellt seid, wir wollen mehr von euch, als ihr glaubt! Wir müssen aber sehr scharf gegen euch vorgehen. Die Regierung und auch wir -von der Heeresleitung - sind ja in Sorge, denn das Bundesheer ist ja noch das einzige Instrument, auf das wir uns verlassen können sollten.“

Also die innere Unsicherheit und Angst der Regierung trieb sie zu diesem hundsfüttischen Spitzelwesen und diesem entwürdigenden Terror, zu diesen Methoden, die bereits ein Ferdinand II. und Metternich mit schrecklichem Erfolge angewandt hatten. Offiziere, die Vorbilder an männlicher Tugend, an Offenheit und Geradheit des Charakters, an Ritterlichkeit sein sollen, wurden durch diese widerlichen Maßnahmen zu Denunzianten, Angebern, Verrätern und Häschern gestempelt. Die Regimentskommandeure wurden angewiesen, Listen einzureichen, in denen angegeben wurde, welche Offiziere und Unteroffiziere dem Wehrbund, den Christlich-Sozialen und den Nationalsozialisten angehörten!

339

Deutsche unter Fremdherrschaft 340

Ja, sogar den pensionierten Offizieren wurde bei Androhung des Verlustes ihrer Pension die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei, auch nur der Gesinnung nach, verboten.

Unterdessen nahmen die Haussuchungen und Verhaftungen unentwegt ihren Fortgang. Alle Veranstaltungen wurden verboten, über den „Völkischen Beobachter“ wurde für Österreich ein Verbot von einem Jahre ausgesprochen! Aber die Regierung erreichte nur das Gegenteil von dem, was sie wollte. Als in Krems am 11. Juni 4000 Heimwehrleute einen Aufmarsch veranstalteten, verhielt sich die Bevölkerung völlig ablehnend: die Fenster waren geschlossen und verhängt, nur drei Häuser hatten Flaggen; kein Jubel, keine Begeisterung - die Ruhe eines Kirchhofes. Immer hemmungsloser wütete die Heimwehr, indem sie jetzt sogar den Führern der Opposition nach dem Leben trachtete. Am 11. Juni wurde ein Revolveranschlag auf den Kraftwagen des Dr. Steidle in Innsbruck verübt und ein Sprengstoffanschlag auf den Steirer Landeshauptmann Dr. Rintelen in Kirchdorf bei Bruck an der Mur versucht. Beide Männer gehörten der Opposition gegen Dollfuß an, aber die Attentate wurden, völlig grundlos, den Nationalsozialisten zur Last gelegt. Schwere Zusammenstöße, die am 12. Juni vor der Wiener Universität sich ereigneten und bei denen eine Abteilung berittener Polizei im Galopp eine regelrechte Attacke gegen die Studenten ritt, gab der Regierung einen neuen willkommenen Grund, fast sämtliche nationalsozialistische Führer in Wien und Innsbruck, unter ihnen den Tiroler Gauleiter Hofer, zu verhaften. Sämtliche SA.-Heime in Wien wurden geschlossen und versiegelt. Die Grenze nach Bayern wurde vollkommen gesperrt. „Wir verhaften einen nach dem andern“, erklärte Vaugoin. Und so wurde denn in der Nacht zum 13. Juni sogar der Landesinspekteur Habicht in Linz mit seinem engeren Mitarbeiterstab Dr. Steinert, Dr. Wey und Ziegler, alles Reichsdeutsche, verhaftet und in eine schmutzige Zelle mit drei Landstreichern gesperrt, so daß er aus Protest in einen Hungerstreik trat. Am Nachmittage des 13. Juni wurde Habicht

ausgewiesen, worauf die deutsche Reichsregierung sofort den österreichischen Preffeattaché, Dr. Wasserbäck, auswies.

340

9. Kapitel: Verfolgung der Nationalsozialisten 341

Hunderte von Nationalsozialisten, darunter sämtliche Bezirksleiter und SA.-Unterführer, allein 150 Menschen, wurden in die Kerker geworfen. In Salzburg wurden allein neun nationalsozialistische Führer verhaftet, in Innsbruck vierzig, in Wien über hundert, darunter neunzehn „Ausländer“. Alle Braunen Häuser und SA.-Heime, etwa 170, wurden polizeilich versiegelt. Hunderte von arbeitslosen SA.-Leuten, die bisher in den Braunen Häusern Obdach und Unterstützung fanden, irrten mit ihren wenigen Habseligkeiten durch die Straßen. Es gab SA.-Leute, die nur so den Unbilden der Witterung entgehen konnten, indem sie sich solange vor der Polizeiwache aufstellten, bis man sie in Haft nahm. In ganz Österreich wurden im Einverständnis mit dem in London weilenden Dollfuß vom Ministerrat Sicherheitsdirektoren eingesetzt, die, der Bundesregierung unmittelbar unterstellt, gewissermaßen Tschekahauptlinge waren und vor allem auch darüber zu wachen hatten, daß kein Beamter Nationalsozialist war. Selbst dem christlich-sozialen Landeshauptmann von Salzburg, Dr. Rehr, war es zuviel: er legte sein Amt nieder.

Vaugoin begleitete diese diktatorischen Schritte mit dem nötigen Kommentar. In vier Massenversammlungen am 13. Juni äußerte er: „In Österreich gibt es keine Revolution. Sollte aber eine Revolution dennoch versucht werden, dann würden wir noch zu einem andern Mittel greifen. Es gibt ja noch ein Standrecht. Aber es wird hoffentlich nicht soweit kommen. Unsere Gendarmerie und unsere Polizei erfüllen ihre Pflicht, und das Bundesheer wird das übrige besorgen.“

Tag um Tag gab es neue Verbote, Verhaftungen, Ausweisungen, neue Attentate, Überfälle und Terrorakte. Scharenweise strömten die österreichischen Nationalsozialisten ins Reich, legionenweise wurden sie verhaftet. Nur einige Beispiele: in Krems wurden achtzehn nationalsozialistische Führer verhaftet, darunter zwei Gemeinderäte, ein pensionierter General, ein pensionierter Oberstleutnant; in Stein nahm man den nationalsozialistischen Bürgermeister und den SS.-Führer in Haft; in Salzburg wurden ein ehemaliger Flugzeugführer und ein Automechaniker von demselben Schicksal betroffen.

341

Deutsche unter Fremdherrschaft 342

In Innsbruck saßen 44 nationalsozialistische Funktionäre wegen Hochverrat in Haft, in Kufstein waren neun eingekerkert. Ganz Tirol starrte von Waffen, Stunde um Stunde wurden neue Verhaftete aus Zillertal, Hallein und dem Oberinntal in die Gefängnisse eingeliefert. Bis Mitte Juni waren in Österreich 1250 Nationalsozialisten verhaftet worden, davon in Niederösterreich 408, in Steiermark 340, in Oberösterreich 200, in Tirol 187, in Kärnten 110. Unter den Verhafteten befanden sich drei Staatsanwälte, sieben Richter, einundzwanzig Soldaten, 37 Rechtsanwälte, ebensoviel Gendarmen, 47 Stadträte, ebensoviel Landesbeamte, 61 Bahnangestellte, 81 Bürgermeister, 111 Gemeinderäte, 150 Lehrer, 214 Bezirksfunktionäre. In Tirol befand sich kein nationalsozialistischer Ortsgruppenführer mehr in Freiheit. Die von dem nationalsozialistischen Grafen Dr. Johann Hardegg auf Schloß Hardegg bei Korneuburg errichtete SA.-Führerschule wurde aufgelöst, der Graf selbst wegen „Hochverrats“ eingekerkert. Der Kreisleiter des nationalsozialistischen Studentenbundes und der Hochschulgruppenführer der Universität Wien wurden der Freiheit beraubt. Dennoch aber mußten viele der eingekerkerten Nationalsozialisten auf Grund der Entscheidung von Landesgerichten und Kreisgerichten alsbald wieder freigelassen werden, da Hochverrat ihnen nicht

nachgewiesen werden konnte. Die Freigelassenen wurden, wie in Korneuburg und Klagenfurt, von begeisterten Volksmassen begrüßt. Dollfuß hatte an der Londoner Weltwirtschaftskonferenz teilgenommen und kehrte von dieser neu gestärkt zurück. Er brachte das Bewußtsein mit, daß das kleine Österreich weit über seine Größe und Bevölkerungszahl hinaus in der ganzen Welt ernste Beachtung, volles Verständnis und herzliche Sympathie genieße. „Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß wir Österreicher in unserem Kampf um unsere politische und wirtschaftliche Selbständigkeit nicht allein stehen, sondern in der Welt viele und große Freunde haben.“ Diese Überzeugung gab dem Bundeskanzler neue Kraft, mit den rigorosesten Mitteln die Verfolgung der Nationalsozialisten fortzuführen, weiterhin tapfer für ein eingebildetes „österreichisches Nationalbewußtsein“ Unrecht und Gewalttaten zu begehen.

342

9. Kapitel: Auflösung der NSDAP. 343

In Wien aber kochte es. Überall züngelte der Zorn des Volkes empor. Überfälle und Handgemenge rissen nicht mehr ab. Im niederösterreichischen Landtag kam es zu einer wüsten Rauferei, Christlich-Soziale und Sozialdemokraten griffen die Nationalsozialisten an. Marxistische Provokateure schürten, es wurden methodische Bombenattentate verübt, welche den Terror gegen die Nationalsozialisten steigern sollten. In Krems wurden am 19. Juni zwei Handgranaten in eine übende Gruppe der christlich-sozialen Turnerschaft, die als Hilfspolizei Dienst tat, geworfen, so daß es drei Schwerverletzte gab. Es wurde nicht festgestellt, daß diese Handgranaten ein Nationalsozialist geworfen hatte. Aber der Sicherheitsminister Fritz Fey wußte „einwandfrei“, daß die Nationalsozialisten die Sprengkörper geschleudert hatten. Und so verbot auf seine Forderung hin der Ministerrat am 19. Juni die SA., die SS., die NSDAP. und das Tragen sämtlicher Abzeichen: „Der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Hitlerbewegung, wird jede Betätigung in Österreich und insbesondere auch die Bildung irgendwelcher Parteiorganisation verboten. Die bestehenden Sturmabteilungen und Schutzstaffeln (SA. und SS.) sind aufzulösen. Das Tragen jedweder Parteiabzeichen ist verboten.“ Zuwiderhandlungen wurden mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Schilling und einer Arreststrafe bis zu sechs Monaten bedroht. Justizminister Schuschnigg erläuterte das Regierungsverbot im Rundfunk: Österreich wolle den Frieden. Nun seien die Bomben explodiert. Österreich sei im Laufe der Geschichte mehr als einmal der Vorwurf gemacht worden, daß es zu spät gekommen sei! Die Bundesregierung habe einen solchen Vorwurf weder auf sich noch auf Österreich laden können und wollen! Deshalb habe sie sich veranlaßt gesehen, das Verbot der Nationalsozialistischen Partei zu verkünden. Gleichzeitig wurden der Vaterländische Schutzbund und der Steirische Heimatschutz verboten und aufgelöst. Alle nationalsozialistischen Parteizeitungen, jegliche Propaganda waren nun unmöglich.

343

Deutsche unter Fremdherrschaft 344

Alle nationalsozialistischen Mandate in den Gemeinderäten, Landräten und im Bundesrat wurden, trotzdem man ursprünglich davon absehen wollte, aberkannt. Mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung Österreichs wurde außerhalb des Gesetzes gestellt! Die finstersten Zeiten Ferdinands II. welche die deutsche Kraft Österreichs einst gebrochen hatten, waren wiedergekehrt. Starhemberg verkündete ohne jede Scheu jetzt ganz offen das „Recht der Notwehr“ und forderte seine Heimwehr auf, rücksichtslos vom Faustrecht Gebrauch zu machen gegen die „braunen Mordbestien“. Eine Welle neuer Massenverhaftungen und Schikanen, neue Zusammenstöße und Unruhen war die Folge des Kremser Vorfalles, des Parteiverbotes

und der Hetze Starhembergs.

Die deutsche Regierung sah sich genötigt, die Grenzsperre, die sie bereits aufzuheben beabsichtigte, weiter bestehen zu lassen und außerdem einen großen Schlag gegen die Bayrische Volkspartei zu führen, welche durch ihre Flüchtlinge in Wien die barbarische Politik der Regierung Dollfuß einflußreich bestimmte. Die Unruhe, die das Land erfüllte - in Innsbruck kam es bei Protestkundgebungen gegen das Verbot der NSDAP. am Abend des 20. Juni zu Zusammenstößen mit der Polizei, in Kärnten wurden Sprengstoffattentate verübt -, wurde durch die bewaffnete Macht unterdrückt. Österreich sollte von obenher in einen Friedhof und in ein Gefängnis verwandelt werden. Die Gefängnisse, die nun etwa dreitausend Nationalsozialisten aufgenommen hatten, waren überfüllt. Es gab Gefängnisse, deren Insassen vom ersten bis zum letzten Mann nur aus Nationalsozialisten bestanden! Der Zustand wurde immer unhaltbarer, der Druck von unten, die Unruhe wurde immer stärker. Das gemütliche Wien glied sich einem unterirdisch brodelnden Vulkan. Die Wut gegen die schrankenlosen Gewalttaten der Regierung stärkte nicht nur den unbeugsamen Willen der Nationalsozialisten, sondern führte ihnen auch immer neue Anhänger zu. Der feste Glaube, daß durch Standhaftigkeit auch diese Zeit der Not und Drangsal überwunden werden würde, erfüllte sie. Die verbotenen nationalsozialistischen Zeitungen erschienen, mit andern Namen getarnt, weiter.

344

9. Kapitel: Unruhe überall 345

Die revolutionäre Aktivität war nach wie vor ungebrochen. Im letzten Aufruf der Landesorganisation der österreichischen NSDAP. hieß es: „Die Partei ist verboten, jede Bewegung für sie oder in ihrem Sinne unter Strafe gestellt ... Die Bewegung aber lebt und war nie so stark wie in dieser Stunde. Der Kampf, der nun beginnt, wird sich auf jener Ebene bewegen, auf die die Regierung Dollfuß selber hingewiesen hat und wird sich jeder Formen und Mittel bedienen, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind und geeignet erscheinen. Das Ziel aber ist der Sturz der Regierung Dollfuß und die Befreiung Österreichs aus den Händen des ehrvergessenen und volksverräterischen Klüngels, der gegenwärtig im Dienste der Feinde des deutschen Volkes seine Gewaltherrschaft ausübt ... Mit uns geht das ganze deutsche Volk. Der Ausgang dieses Kampfes, wie lange er auch immer dauern möge, ist unzweifelhaft: der Sieg wird unser sein. Es lebe Adolf Hitler, es lebe Großdeutschland.“

Für die Regierung selbst war es unangenehm, daß die Untersuchung der Bombenanschläge keine für die Nationalsozialisten belastende greifbare Resultate brachte. Es erwies sich im Gegenteil immer mehr, daß die Führung der NSDAP. mit den Übergriffen einiger jugendlicher Heißsporne nicht das allergeringste zu tun hatte. Und diese Disziplin machte die Hitlerbewegung, die durch die Unterdrückung in keiner Weise geschwächt war, für die Bundesregierung so gefährlich! Dollfuß wußte keinen andern Ausweg, als daß er nun mit der Einführung der Todesstrafe drohte, die nach österreichischem Recht nicht verhängt werden durfte. Er verstärkte Ende Juni die Salzburger Garnison, durch ein motorisiertes Feldjägerbataillon aus dem Burgenlande, bestehend aus zwölf Offizieren und zweihundert Mann. Und dann erhielt Dollfuß auch noch Bundesgenossen: die sozialdemokratischen Gendarmerie-, Polizei-, Steueraufsichts- und Zollbeamten beschlossen, seiner „vaterländischen“ Front mit der gesamten Organisation beizutreten.

Das Chaos rückte immer näher. Unruhen und Anschläge, Zerstörungen von Fernsprechleitungen und Verkehrsverbindungen nahmen zu.

345

Deutsche unter Fremdherrschaft 346

Die Regierung plante bereits Konzentrationslager und Schnellrichter für Nationalsozialisten und erkannte nicht, daß sie ihr unglückliches Volk dem Marxismus in die Arme trieb. Aber andere sahen es, und darum legte der ehemalige Justizminister Dr. Franz Hüber, ein Schwager Görings, sein Amt als Landesführer der Salzburger Heimatwehr nieder: „Die von der Bundesregierung Dollfuß betriebene und derzeit von der Heimschutzführung unterstützte Politik ... bedroht in ihren letzten möglichen Auswirkungen den deutschen Charakter unseres Landes. Eine solche Politik kann ich für meine Person schon nicht mehr mitmachen, besonders dann nicht, wenn die Unterstützung und Finanzierung dieser Politik (Lausanner Anleihe) durch das nichtdeutsche Ausland erfolgt ... Dieser Kampf muß Österreich innenpolitisch dem Marxismus in die Arme treiben, außenpolitisch aber Kombinationen fördern, die jeder Österreicher, der seine deutsche Heimat liebt, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nur verwerfen kann. Ich wende mich daher von dieser Politik und sage hiermit allen Kameraden im österreichischen Heimatschutz Lebewohl!“

Obwohl der Kreis um Dollfuß, Fey und Starhemberg immer mehr zusammenschmolz, wurde die Politik der Zeitungsverbote, Verhaftungen, Ausweisungen und terroristischen Überfälle unvermindert fortgesetzt, wodurch dann wieder weiterhin Sprengstoffanschläge auf Bahnen und öffentliche Gebäude, Zerstörung von Kabeln und Fernsprechleitungen hervorgerufen wurden. Es war schon so weit gekommen, daß Dollfuß vor seinem eigenen Volke fliehen mußte. Als er Anfang Juli in Dornbirn (Vorarlberg), das noch im November 1932 eine christlich-soziale Mehrheit hatte, eine Rede vor der zahlenmäßig recht schwachen „vaterländischen Front“ hielt, mußte er sich auf Umwegen ins Versammlungslokal begeben, weil sich die Menschen auf den Straßen drängten, das Deutschlandlied und Horstwessellied sangen und nur vor dem gefällten Bajonett wichen. Dollfuß suchte sich zu rechtfertigen: der Kampf sei ihm von den österreichischen Nationalsozialisten aufgezwungen, sie hätten den Konflikt mit Deutschland herbeigeführt, und er werde nicht ruhen, bis der Nationalsozialismus in Österreich gänzlich niedergedrungen sei. - Kurz darauf ereignete sich in Graz dasselbe.

346

9. Kapitel: Erschütterung in der Regierung 347

Der Kampf wurde verschärft. Die Richter wurden angewiesen, schnell und rücksichtslos den Nationalsozialisten den Prozeß zu machen. Besuche bei den Gefangenen wurden beschränkt oder ganz verboten. Am Ende der ersten Juliwoche gab es wohl in keinem österreichischen Parlament noch einen nationalsozialistischen Abgeordneten, sie waren verhaftet, ausgewiesen oder ihres Mandates beraubt worden. Die Folge war, daß in zahlreichen Vertretungen von Ländern und Gemeinden die Marxisten die absolute Mehrheit erlangten. Der Hitlergruß war verboten. Inzwischen war die Regierung Dollfuß nicht müßig gewesen und hatte an der seit Frühjahr geplanten Verfassungsreform gearbeitet. Hier mußte Dollfuß sich für alle Fälle die Möglichkeit schaffen, sein Regiment zu verankern, rückte doch die Notwendigkeit der Neuwahlen unaufhaltsam näher, und von diesen Neuwahlen hatte die christlich-soziale Diktatur das Schlimmste zu befürchten. In den Frühsommerwochen des Jahres 1933 hatten Starhemberg, der Landbund, die Christlich-Soziale Partei und der jüdische Kronjurist der Regierung, der Sektionschef Hecht im Heeresministerium, eine Verfassung konstruiert, die von den Nationalsozialisten als ein „Iegitimistisch-jesuitisch-bauernbolschewistisch-freimaurerisches Monstrum“ bezeichnet wurde. Der Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Ender, wurde zum „Minister für Verfassungsreform“ ernannt. Ende Juli hatte das Monstrum Gestalt bekommen: Zunächst wurden darin dem Bundespräsidenten - der linksdemokratische Miklas verwaltete dies Amt - die Befugnisse derart erweitert, daß er erheblich größere Rechte als der deutsche Reichspräsident erhielt. Sodann sollten zwei Kammern geschaffen werden: der Ständerat, bestehend aus hundert Abgeordneten, die von den Ständevertretungen entsandt, also nicht durch das Volk gewählt werden

sollten, und zwar vierzig aus der Landwirtschaftskammer, fünfundzwanzig aus der Handels- und Gewerbekammer, zwanzig aus der Arbeiter und Angestelltenkammer, fünfzehn aus den „Intelligenzverbänden“, den Beamten und geistigen freien Berufen.
347

Deutsche unter Fremdherrschaft 348

Die zweite Kammer, der Nationalrat, sollte den Bundesrat ablösen. Auch er sollte hundert Abgeordnete haben, von denen die Hälfte aus den Landtagen entsandt, die andere Hälfte nach dem allgemeinen Volkswahlrecht gewählt werden sollte. Dieser Nationalrat darf Einspruch gegen ein Gesetz des Ständerates erheben, aber nur einmal; beharrt der Ständerat dann weiterhin auf seinem Gesetz, dann ist der Einspruch des Nationalrates hinfällig.

Das Wahlalter sollte vom 20. auf das 24. Jahr erhöht werden, das Wahlrecht sollte außerdem in Beziehung zum Steuerzensus gebracht und den „aus politischen Gründen Vorbestraften“, also den Nationalsozialisten, aberkannt werden.

Diese Verfassungsreform, die im September verkündet werden sollte, hatte den Zweck, die Regierung Dollfuß zu stützen. Die Zusammensetzung des Ständerates würde folgende Struktur aufweisen: Landwirtschaftskammer 35 Regierungsanhänger, 5 Oppositionelle; Handels- und Gewerbekammer 15 Regierungsleute, 10 Oppositionelle; Arbeiter- und Angestelltenkammer 15 Sozialdemokraten, 10 Oppositionelle; Beamte und freie Berufe 5 Regierungsleute und 10 Oppositionelle. Die nationale Opposition würde demnach 35 Mandate erhalten, zu wenig also angesichts der nationalen Volksmassen. Aber noch ungünstiger würde das Verhältnis bei den fünfzig aus den Landtagen zu entsendenden Nationalratsabgeordneten sein: hier würde die Regierung 30, die Sozialdemokraten 15 und die nationale Opposition 5 Mandate erhalten! – Inzwischen aber nahm der Terror seinen Fortgang. Es würde ermüden, all die Verfolgungen und Verhaftungen aufzuzählen, die nun schon seit Monaten andauerten. Ein neuer schwerer Schlag gegen die nationale Presse war die Presseverordnung des Ministerrates vom 21. Juli, durch die es nun auch den getarnten nationalsozialistischen Zeitungen unmöglich gemacht werden sollte, weiter zu erscheinen. Somit war Österreich von Ende Juli an ohne jede nationale Presse. Korrespondenten der reichsdeutschen Presse wurden verhaftet und ausgewiesen. Habicht nahm diesen Vorgang zum Anlaß, um im deutschen Rundfunk über Österreichs Zustände zu sprechen:

348

9. Kapitel: Österreichs Wirtschaftskatastrophe 349

Die Regierung Dollfuß sei ein verfassungs- und gesetzwidriges Gewaltregime, das von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und nicht mehr Vertragsfähig sei. Österreichs Wirtschaft sei katastrophal, und die Lage sei so, daß Österreich ohne das Reich und Österreich gegen das Reich zum Tode verurteilt sei, weil es wirtschaftlich gar nicht lebensfähig sei. Das Reich werde aber erst dann helfen, wenn an Stelle der Regierung Dollfuß ein Regiment getreten sei, das sich seiner Verbundenheit mit dem Deutschtum bewußt sei und dieses Bewußtsein auch durch Taten bekunde. –

Anfang August legte der Landesleiter Proksch der österreichischen NSDAP. im bayrischen Rundfunk die wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von Deutschland dar. Und es trat in der Tat jetzt das wirtschaftliche Problem, die durch unzulängliche Hilfsmaßnahmen verschleierte wirtschaftliche Katastrophe allmählich immer mehr in den Vordergrund. War die Wirtschaftslage Österreichs an sich schon traurig genug - von 100 verdienten Schillingen mußten 35 für Zölle, Steuern und Abgaben gezahlt werden, von 1918 bis 1932 war das Volksvermögen um 5,5 Milliarden Schilling zusammengeschrumpft (jedes Jahr schloß die Handelsbilanz mit fast einer halben Milliarde Verlust ab), die ganze Lebenskraft des österreichischen Volkes

stellten noch die Versklavungsanleihen des Auslandes dar -, so war die Entwicklung im Sommer 1933 geradezu vernichtend. Die Zahl der Arbeitslosen, die 1932: 427 000 bis 328 000 betrug, hatte sich auf 480 000 bis 375 000 erhöht. Die Spareinlagen waren vom Mai bis August um 23 Millionen Schilling, nach amtlicher Angabe, zurückgegangen. Die Bundesbahnen rechneten mit einem Defizit von etwa 150 Millionen, die Einnahmen der Post waren im ersten Halbjahr um 14 Millionen geringer gegenüber derselben Zeit des Vorjahres. Die Steuereinnahmen und Zölle erwiesen in sieben Monaten einen Rückgang von 41 Millionen, die Monopole einen solchen von 18 Millionen auf. Der Verlust durch den gedrosselten Fremdenverkehr wurde weit über 100 Millionen geschätzt. Durchschnittlich war der Fremdenverkehr um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen. In Tirol und Salzburg war im allgemeinen der Ertrag des Fremdenverkehrs auf ein Achtel bis ein Zehntel zurückgegangen.

349

Deutsche unter Fremdherrschaft 350

Natürlich wirkte die Not der Gastwirte auch auf Gewerbe- und Handeltreibende, auf Handwerker und Bauern zurück.

Dollfuß erkannte sehr wohl, welche Gefahr für sein Regiment die Wirtschaftskatastrophe bedeuten konnte. Darum regten ihn auch die Rundfunkvorträge Habichts und Prokschs im Innersten auf. Jetzt hielt er es für angebracht, die internationale Intervention anzurufen. Bereits auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz hatte sich Dollfuß des Wohlwollens der Westmächte versichert, und in Paris tauchte schon damals der von Österreich geförderte Plan einer Intervention auf. Aber darüber hinaus nahmen auch legitimistische Pläne einer Verbindung Österreichs und Ungarns in Paris festere Formen an; Mussolini regte an, die österreichisch-ungarische Frage im Wege des Viermächtepaktes zu behandeln. Allerdings ließ die Kleine Entente, unterstützt von den führenden Blättern der nationalen Opposition in Frankreich und des französischen Generalstabes, in Paris erklären, daß sie den österreichisch-ungarischen Zusammenschluß mit oder ohne Habsburg als Kriegsgrund auffassen werde. Beneschs Lieblingsgedanke war ja die Donaukonföderation, der auch Österreich noch in Stresa geneigt war. Doch die neuen Pläne mit Ungarn, die durch das Hervortreten der Legitimsten seit Frühjahr 1933 Gestalt annahmen, kamen einer österreichischen Absage an die Idee der Donaukonföderation gleich und wurden in Prag wie in Belgrad und Bukarest als akute Gefahr bewertet. Wenn auch Macdonald dem italischen Donauplan wohlwollend gegenüberstand, so wollte doch nun Frankreich, durch den energischen Widerspruch der Kleinen Entente bedenklich gestimmt, zu einer solchen politischen Union Österreichs mit Ungarn nicht mehr die Hand bieten, sondern höchstens eine rein wirtschaftliche Angliederung Österreichs an Ungarn, etwa in Gestalt einer Zollunion, begünstigen. Der Legitimus war ein durchaus ernster und wichtiger Faktor in der europäischen Politik geworden, und wenn er vorläufig noch nicht wirksam werden konnte, so lag das am Widerstande der Kleinen Entente. Jedenfalls waren die Fäden zwischen Wien und Paris wieder sehr eng geknüpft worden.

350

9. Kapitel: Dollfuß und Frankreich 351

Anfang Juli traf der österreichische Finanzminister Buresch in Paris mit Paul-Boncour zusammen, und Buresch war hochbefriedigt. Er kehrte mit der festen Überzeugung nach Wien zurück, daß man in Frankreich die Lage Österreichs vollkommen verstanden habe und daß die französische Politik der Regierung Dollfuß die Mittel verschaffen werde, die es ihm erlaubten, die Politik der Unabhängigkeit fortzusetzen.

Dollfuß selbst hielt es für angemessen, in dem von dem emigrierten Juden Leopold

Schwarzschild in Paris herausgegebenen „Neuen Tagebuch“, das in jedem Worte die schändlichsten Beschimpfungen Deutschlands, ja sogar Hindenburgs, und die unglaublichsten Greuelmärchen brachte, Mitte Juli einen Artikel zu veröffentlichen: „Österreich in diesem Augenblick“. Diese Abhandlung war ein Wutausbruch gegen den Nationalsozialismus, eine Lobpreisung des Österreichtums und ein Kompliment an Frankreich. Dollfuß schrieb: „In meinem Lande herrscht heute ein stärkeres nationales Gefühl als je zuvor, denn angesichts der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird sich das Volk seiner ererbten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Werte bewußt, und es ist entschlossen, aus ihnen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Die Österreicher brauchen sich weder der Vergangenheit noch der Gegenwart zu schämen.“ Waren diese Behauptungen wenigstens recht anfechtbar, so zeigte aber die folgende recht deutlich den Kurs der christlich-sozialen Politik: „Mit tiefer Befriedigung sieht das österreichische Volk die wachsende Freundschaft Frankreichs und die Sympathie, die es unseren nationalen Hoffnungen und Wünschen entgegenbringt. Wir wissen, daß Frankreich stets bereit ist, die Interessen der kleinen Nationen zu verteidigen, deren einziger Wunsch die Aufrechterhaltung des Friedens und der Unabhängigkeit ist, und wir schätzen dieses Interesse an unserem Wohlergehen, von wo es immer kommt.“ Das Interesse Frankreichs zeigte sich auch alsbald. Dollfuß beantragte in Paris die Errichtung einer rein militärischen Hilfspolizei von 18 000 Mann zur Niederzwingung des Nationalsozialismus; nach Fühlungnahme mit England und der Kleinen Entente stimmte die französische Regierung dem österreichischen Antrag zu!

351

Deutsche unter Fremdherrschaft 352

Als nun gar Habicht und Proksch im deutschen Rundfunk über die Verhältnisse in Österreich sprachen, an der Grenze auch, wie behauptet wurde, fremde Flugzeuge unbestimmbarer Nationalität über österreichischem Gebiet gesehen worden waren, die gegen die Regierung Dollfuß gerichtete Flugblätter abwarfen, schürte Dollfuß in London und Paris, daß die Mächte gegen Deutschland einschreiten sollten. Am 1. August brachte Havas eine Meldung, daß die englische Regierung nicht als „ein einfacher Zuschauer“ die Umtriebe der Nationalsozialisten in einem Lande sehen wolle, dessen Unantastbarkeit durch Verträge gesichert sei, die England unterzeichnet habe.

Nun war allerdings sowohl in England wie in Frankreich die öffentliche Meinung geteilt. Es gab gewichtige Stimmen, die eine Intervention ablehnten, aber die Dollfußfreunde blieben in der Oberhand. Nach ausgiebigen Presseerörterungen überreichten dann am 7. August 1933 in Berlin der englische und französische Botschafter je eine Note, worin gesagt wurde, daß die beanstandeten Vorgänge nicht dem „internationalen Brauch“, nicht den bestehenden Verträgen und nicht dem Viermächtepakt entsprächen. Italien allerdings hatte dem französischen Drängen nicht nachgegeben und sich der Intervention nicht angeschlossen, da die Angelegenheit bereits in einer freundschaftlichen Aussprache zwischen Neurath und dem italienischen Botschafter beigelegt worden war. Der französisch-englische Schritt in Berlin sollte das Ansehen der Regierung Dollfuß im Ausland und bei ihren eigenen Landsleuten stärken, aber er war ein Schlag ins Wasser: Die deutsche Regierung verbat sich sehr entschieden jede Einmischung in ihre Auseinandersetzung mit Österreich, da internationale Bestimmungen und Verträge nicht verletzt worden seien.

Es blieb der Regierung Dollfuß nichts weiter übrig, als den bisherigen Terror in verschärfter Form fortzusetzen. Zustände rissen ein, die jeder Beschreibung spotteten. Fey hatte sich aus moralisch zweifelhaften Subjekten eine Tscheka gebildet, die insgeheim jeden Menschen belauerte. Das Spitzelunwesen blühte, man spürte jedem Beamten und Soldaten bis in die geheimsten Winkel seiner Seele nach. Man setzte die Namen derer, die am 1. Mai mit der Hakenkreuzfahne geflaggt hatten, auf Listen und sperrte die Unglücklichen bei erster bester Gelegenheit in die

verwandten Gefängnisse.

352

9. Kapitel: Französisch-englische Intervention 353

Für Fey waren die Begriffe Nationalsozialist und Verbrecher identisch. Alle Bande der Ordnung, des Gesetzes und der Sitte rissen. Als Anfang August der in Fieberbrunn in Nordtirol von Heimwehrleuten ermordete nationalsozialistische Führer Kantriet begraben wurde, wurden aus der Ehrengemeinde am Grabe heraus die Leute verhaftet, die andern versuchte die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett zu zerstreuen, doch vergeblich. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich einige Tage später bei Salzburg. Der oppositionelle Dr. Steidle hatte sich wieder eng an Starhemberg und die Regierung Dollfuß angeschlossen, er jagte Überfallwagen mit schwerbewaffneten Polizeibeamten durch Innsbruck, ließ die Nationalsozialisten wie eine Herde Vieh zusammentreiben und dann auf die schwindelnd steilen Felszinnen mit Kolbenstößen hinaufhetzen, um dort die in der Nacht angemalten riesigen Hakenkreuze zu entfernen. Je blinder die Wut der Regierung wurde, desto erbitterter aber wurde die Wut des Volkes. Keine Gewalttat vermochte die mutigen Tiroler des nachts zu hindern, auf die Spitzen der Bergketten hinauzusteigen und rings auf ihnen mächtige Hakenkreuzfeuer zu entzünden. Steidle ging darauf dazu über, Nationalsozialisten, ohne Rücksicht, ob sie an den Vorgängen beteiligt waren oder nicht, als Geiseln zu verhaften und ins Gefängnis zu werfen. Der Sicherheitsdirektor von Vorarlberg, Rada in Bregenz, ließ nationalsozialistische Putzscharen bilden, die von Wänden und Häusern Hakenkreuze zu entfernen hatten. Schießereien an der bayrisch-tirolischen Grenze gehörten zu den täglichen Ereignissen, es gab dabei sogar Tote. Das österreichische Heer selbst zeigte bereits Symptome der Zerrüttung. Anfang August überschritten sechs österreichische Soldaten aus Braunau feldmarschmäßig die bayrische Grenze, weil sie wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung entlassen werden sollten! Solche Vorgänge wiederholten sich in der Folgezeit des öfteren. Als der württembergische Reichsstatthalter Murr an der bayrischen Grenze bei Traunstein weilte, wurde er von einem Heimwehrmann beleidigt. Dieser erhob sogar den Karabiner gegen die Begleitung des Reichsstatthalters.

353

Deutsche unter Fremdherrschaft 354

Die Stimmung in Tirol und Salzburg wurde im August immer erbitterter. Die schwere Wirtschaftsnot drängte förmlich zu revolutionären Entladungen. Selbst die Heimwehren wurden von der Gärung ergriffen. Sie waren, aus Furcht vor einem bayrischen Einfall, zum großen Teile an der Grenze zusammengezogen worden und murrten über den schweren Dienst und die unzureichende Bezahlung. Starhemberg, der nach dem Reichsverweserposten strebte, war aus dem Vordergrund verschwunden. Auch darüber waren die Heimwehrleute erbittert, und so kam es, daß von der Seite der Heimwehren aus ein neuer, stärkerer Druck als im Frühjahr auf die Regierung ausgeübt wurde. Starhemberg hielt irrigerweise den Nationalsozialismus für hinreichend geschwächt, daß er einen weiteren Schritt zur Verwirklichung seines legitimistischen Programms demnächst wagen zu können glaubte. Dollfuß konnte nicht im Zweifel sein, daß die letzten Stützen seiner Macht zu schwanken begannen. Ein Engländer, der Österreich bereiste, stellte fest, daß drei Viertel des Volkes nationalsozialistisch seien. Heimwehren und Bundesheer waren nicht mehr zuverlässig. Wenn das so weiterging, waren die Tage der Diktatur gezählt. In seiner Not wiederholte der Bundeskanzler das Spiel vom April: er suchte Hilfe bei Italien. Also flog Dollfuß am 20. August nach Riccione und besprach sich mit Mussolini. Zweck der Unterredung war einmal eine Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich, Ungarn und Italien, dann aber

auch die Herbeiführung einer Entspannung im deutsch-österreichischen Konflikt. Es waren zwei wichtige Punkte, die Dollfuß bewegten: einmal wollte er den italischen Hafen Triest für die katastrophale österreichische Wirtschaft erschließen, um von dort aus durch Präferenzzölle die österreichische Ausfuhr zu bessern, sodann wollte er Mussolini bewegen, den Konflikt mit Deutschland vor den Völkerbund zu bringen. Dies war für Dollfuß besonders wichtig, denn er wußte, daß diese Lösung für Deutschland ungünstig sein und von Österreich den Alpdruck der Grenzsperr nehmen würde. Allerdings war hierfür Mussolini nicht zu haben, und so hatte Dollfuß gerade in dieser wichtigsten Frage keinen Erfolg.

354

9. Kapitel: Verschärfter Terror 355

Dollfuß blieb also weiterhin in seiner fatalen Lage. Den falschen Weg, den er seit Frühjahr 1933 beschritten, mußte er weitergehen. Nachdem die englisch-französische Intervention vom 7. August ergebnislos verlaufen war, lehnte zwei Wochen später auch Mussolini ab, der Retter für Dollfuß zu werden. Dollfuß wußte die Widerstände, die sich ihm entgegenstellten, aus eigener Kraft zu überwinden suchen.

Der Terror ging weiter. Auf Grund eines Mitte August erlassenen Gesetzes wurde verschiedenen Nationalsozialisten die österreichische Landesbürgerschaft aberkannt, „auf Grund offenkundiger österreichfeindlicher Umtriebe im Ausland“, das heißt in Deutschland. Gauleiter Alfred Proksch war der erste auf der Liste der Ausgebürgerten. Bestrafungen, Beamtenentlassungen und Verhaftungen wurden fortgesetzt. Selbst Priester wurden nicht verschont, wie Dr. Simon Pirchegger in Graz, der sich seit langem schon zum Nationalsozialismus bekannte. Etwa siebentausend Nationalsozialisten waren bis Ende August Opfer des Dollfuß-Terrors geworden. An der Tiroler Grenze wurden die Truppen- und Heimwehrformationen aufs neue verstärkt, da man in Wien in ständiger Angst vor einem deutschen Einfall lebte. Und während Innsbruck in ein Kriegslager der Dollfuß-Armee verwandelt wurde, gelang es einigen beherzten Männern, den verwundeten Gauleiter Hofer aus dem Landgerichtsgefängnis mitten in der Stadt zu befreien und im Kraftwagen glücklich über die italische Grenze zu bringen! Der österreichische Grenzposten bemerkte die Flüchtlinge zu spät, als sie bereits italisches Gebiet betreten hatten. Die von der Wiener Regierung in Rom geforderte Auslieferung wurde abgelehnt.

Die Regierung hielt es Ende August auch für nötig, die Deutsche Studentenschaft in Österreich aufzulösen. Zehn Wiener Professoren wiesen nach, daß das Regierungssystem weder juristisch noch staatsrechtlich begründet werden könne. Aber Dollfuß kehrte sich nicht daran, er faßte höchstens die Maßregelung der renitenten Hochschullehrer ins Auge, ihm kam es allein darauf an, die Macht zu behaupten.

355

Deutsche unter Fremdherrschaft 356

Ein außenpolitischer Erfolg der Regierung bestand darin, daß es ihr am 1. September gelang, mit den Unterzeichnern des Vertrages von Saint-Germain über die Neuordnung des Wehrsystems eine Einigung zu erzielen. Danach durfte Österreich sein Berufsheer um 8000 Mann Assistenzkorps mit halbjähriger Dienstzeit vermehren. Damit war die Macht Vaugoins gegen die Nationalsozialisten abermals gestärkt worden. Das war ja auch der Zweck des Abkommens, denn die Signatarmächte von Saint-Germain erkannten ausdrücklich den zeitweiligen und außerordentlichen Charakter des Wehrabkommens an. Es handelte sich also zunächst um eine zeitlich begrenzte Einrichtung.

Allerdings wurde es immer trostloser um Dollfuß. Nicht nur Studenten und

Professoren waren Nationalsozialisten, nicht nur Bauern und Arbeiter und Handwerker standen zu Hitler, sondern neuerdings machte Dollfuß die Entdeckung, daß auch Heer und Polizei unzuverlässig würden. Anfang September hatte der Massenwürger eine schwache Stunde, in der er seinen Rücktritt erwog. Die Radikalen Fey und Vauguoïn verlangten, daß den deutschen Katholiken die Beteiligung am Katholikentag in Wien versagt würde. Aber Dollfuß und Winkler waren anderer Ansicht, und Dollfuß sah einen Ausweg aus den Meinungsgegensätzen nur in seinem Rücktritt.

In England schrieb die Presse lang und breit über diesen Plan und bemerkte, Napoleon Dollfuß stehe vor seinem Belle-Alliance; er habe zuviel Zeit auf den Kampf gegen seine Feinde verwendet, anstatt sich mit wirklichen Wiederaufbaumaßnahmen zu befassen. Es sei auch am besten für Österreich, wenn Dollfuß zurücktrete, denn seine Politik sei doch zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. - Die freimütige „Daily Expres“ wurde daraufhin in Wien beschlagnahmt. Dollfuß trat nicht zurück. Er setzte seinen Terror fort, setzte Beamte ab, sperrte Unschuldige ein, und seine Grenzschutzsoldaten flüchteten nach Bayern. Sie konnten es nicht mehr mit ihrem Eide vereinbaren, daß sie auf Grund der Befehle einer verfassungswidrigen und volksverräterischen Regierung auf Volksgenossen schießen sollten. -

356

9. Kapitel: Katholikentag 357

Mit dem Mute der Verzweiflung hatte der Bundeskanzler eine schwarz-rot-goldene „Vaterländische Front“ auf die Beine gebracht, deren erster Generalappell zugleich mit dem Internationalen Katholikentag am 11. September in Wien stattfand. Es mußte den Engländern gezeigt werden, daß ihre Kritik wegen mangelnder Wiederaufbaumaßnahmen nicht den Tatsachen entsprach! 60 000 Menschen waren erschienen. Dollfuß hielt eine Rede, in der er seine Verdienste rühmte und sodann eine geistige Anleihe beim Nationalsozialismus machte: „Die Zeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist vorüber, die Zeit der marxistischen Volksverführung ist vorüber, die Zeit reiner Parteiherrschaft ist vorüber. Wir lehnen Gleichschalterei und Terroristik (?) ab. Wir wollen einen sozialen christlichen deutschen Staat auf ständischer Grundlage.“ - Das war nun die nächste Sorge des Bundeskanzlers, die Vaterländische Front nach der ständischen Seite hin zu verbreitern, um ihren „überparteilichen“ Charakter besser zu fundieren. Um ein Stimmungsbild aus Wien zur Zeit des Katholikentages zu geben, sei hier ein zeitgenössischer Bericht darüber eingeschaltet:

„Man hat die Wiener Herbstmesse, den Katholikentag und die Türkenbefreiungsfeier absichtlich auf ein paar Tage zugleich angesetzt, um durch diese Ballung Massen auf die Beine zu bringen. Die Wiener Luft ist geradezu geschwängert von dem säuerlichen Geruch der alten Kerzelweiber, die da nach Wien gekommen sind, Weihrauch zu schnuppern. Wenn man diese Leute miteinander reden hört, dann glaubt man, sich nicht auf einem deutschen Katholikentag, sondern eher auf einem allslawischen Kongreß zu befinden.

„Das alte Österreich scheint auferstanden zu sein. Lange Kolonnen von Landleuten, denen die Priester voranschreiten, ziehen singend, ihre Futterbinkel auf dem Rücken, durch die Straßen Wiens. Ehemalige nationalsozialistische Führer, die früher öfter auf dem Lande in Versammlungen gesprochen haben, werden von einzelnen dieser Kolonnen lebhaft begrüßt. So fährt z. B. ein bekannter nationalsozialistischer Führer mit dem Wagen durch die Stadt. Eine Kolonne kreuzt seinen Weg. Er muß halten. Da stürzt der durch eine Armbinde gekennzeichnete Ordner auf ihn zu:

357

„Heil Hitler, Herr ...!“ und fügt sofort hinzu: „Dös da mach ich nur, weil i an Schülling dafür krieg!“ Die Leute aber stehen lachend um den Wagen und zeigen mit einem Male fröhliche Gesichter.

„Also ohne den Schilling hätte man nicht einmal die nötige Anzahl von Ordnern aufzutreiben vermocht. Ebenso ist die Absicht der Christlich-Sozialen Partei, diesen Katholikentag zu einer großen Heerschau ihrer Getreuen zu gestalten, fehlgegangen. Der größte Prozentsatz der Teilnehmer sind, soweit sie deutsch sind, wiederum - Nazi.

„Und die keine sind, die bleichsüchtigen Jünglinge und Mädchen zum Beispiel, die brauchen gar keine Abzeichen, denen sieht man schon von weitem an, wohin sie gehören. Ein Anblick, daß Gott erbarm!

„Von einer festlichen Beflaggung Wiens anläßlich des Katholikentages ist noch immer nichts zu merken. Zahllose Straßen und Gassen Wiens weisen, ausgenommen die Fähnchen bei den ‚Gefrorenensalons‘, keinerlei Schmuck auf. Beflaggt sind nur die staatlichen Gebäude und ganz wenige Wiener Häuser, in denen regierungsfreundliche Zeitungen und Zweigstellen bzw. Geschäftsstellen der Christlich-Sozialen Partei untergebracht sind. Hätte nicht die Gemeinde Wien anläßlich der Herbstmesse auf der Ringstraße die Flaggenmaste aufgezogen, wäre von einer festlichen Stimmung in Wien kaum etwas zu merken.

„Eines allerdings darf nicht übersehen werden. Die jüdischen Großwarenhäuser und Kleiderjuden haben reich beflaggt und zur Anlockung der christlichen Festbesucher ihre Auslagen mit großen Bildern vom Stephansdom geschmückt. Auch die Festnummer der ‚Reichspost‘ und des ‚Bauernbündler‘ zeigen große Inserate dieser jüdischen Firmen. Der Nutznießer des Ganzen ist also wiederum - der Jud! Und die Christlich-Soziale Partei hat, wie immer so auch hier - das Nachsehen. Ein paar Kerzelweiber, ein Haufen Franzosenknechte und die Juden, das ist alles, was ihr trotz allem Aufwand an Propaganda verbleibt. Ob man damit auf die Dauer Österreich beherrschen kann, bleibe dem Urteile des einzelnen Lesers überlassen.

„Die Regierung war auch krampfhaft bemüht, den anläßlich des Katholikentages erschienenen Ausländern den Beweis zu erbringen, daß der Nationalsozialismus in Österreich erledigt ist.

358

9. Kapitel: Katholikentag 359

So wurden schon seit Wochen über eine Anzahl ehemaliger nationalsozialistischer Führer aus nichtigen Gründen Arreststrafen verhängt, für die ihnen jedoch ein Strafaufschub bis zum 5. September gewährt wurde, ohne daß sie einen solchen gewünscht hätten. Weiter wurde ein Hetzplakat der Ostmärkischen Sturmsharen gegen die Nazi entfernt, um nicht durch diese Propaganda gegen den Nationalsozialismus einzugestehen, daß dieser in Österreich noch immer besteht und bekämpft werden muß.

„Trotz aller dieser Maßnahmen mußten die Fremden, Österreicher und Wiener am Sonnabend plötzlich die überraschende Wahrnehmung machen, daß die Straßen, durch welche die Eucharistische Prozession gezogen war, derart mit Papier-Hakenkreuzen übersät waren, daß man darin fast waten konnte.

„Trotz der angedrohten hohen Polizeistrafen schreckten die Wiener Nationalsozialisten nicht davor zurück, den Fremden immer wieder in auffälliger Weise kundzutun, daß der Nationalsozialismus in Wien und Österreich alles andere denn erstorben und erledigt ist. Daran änderte auch nichts der Umstand, daß die Polizei in der Nacht auf Sonntag, zwischen 2 und 3 Uhr, eine große Anzahl nationalsozialistischer Führer und Unterführer buchstäblich aus den Betten holte, zu ‚Putzsharen‘ bestimmte und zwang, mit Bürsten und Kübel ausgerüstet, die von unbekanntem Tätern in den Straßen und auf den Plakatwänden aufgemalten Hakenkreuze zu entfernen.

„Während sich so jeder Fremde von der ungebrochenen Kampfesfreude und Tatkraft des

Nationalsozialismus in Österreich überzeugen konnte, sahen sich die Berichterstatter der regierungstreuen und klerikalen Presse genötigt, die Leserschaft mit faustdicken Lügen über die klägliche Beteiligung an den Kundgebungen der Christlich-Sozialen Partei und der Vaterländischen Front hinwegzutäuschen. So lügt der Berichterstatter des christlichen ‚Neuigkeits-Weltblattes‘, daß bei der offiziellen Eröffnung des Katholikentages auf dem Karlsplatz 200 000 Menschen dem Festakte in tiefer Ergriffenheit beiwohnten.

359

Deutsche unter Fremdherrschaft 360

In Wahrheit faßt der Platz höchstens 40 000 Menschen. Tatsächlich waren aber nur 20 000 anwesend.

„Alle diese Lügen und all der Terror werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der überwiegende Teil des Österreichischen Bevölkerung heute nationalsozialistisch gesinnt ist und mit aller Kraft das baldige Ende der Regierung Dollfuß herbeizuführen sucht.“

Nun tauchte allerdings eine andere Krisis am Horizont auf. Starhemberg und Fey waren zu der Erkenntnis gekommen, daß Dollfuß doch nicht der Mann der letzten Konsequenzen sei, daß er sein Regiment nur auf dem gegenwärtigen negativen Standpunkt des Terrors stabilisieren wollte, ohne mutig das letzte Ziel, die Restauration der Habsburger, anzustreben. Andererseits wollten auch die Heimwehren, die kein Ende des nun schon seit Monaten dauernden außerordentlichen Zustandes erblickten, endlich einen Fortschritt zu einem festen, antimarxistischen System sehen, und Starhemberg gab Äußerungen von sich, daß der Faschismus die beste Staatsform sei, was die Franzosen sehr verstörte. Das „Echo de Paris“ meinte dazu, man könne schlecht daran glauben, daß das beste Mittel, Österreich vor dem Nationalsozialismus zu retten, darin bestehe, es in die Arme des Faschismus Starhembergs zu werfen.

Starhemberg und Fey hatten bereits feste Pläne, wie sie die faschistische Heimwehrdiktatur aufrichten wollten: Am 12. September, dem Tage der Türkenbefreiungsfeier in Wien und dem Höhepunkt des Katholikentages, sollte die Heimwehr nach den Plänen Starhembergs und Feys durch einen Putsch die faschistische Totalität des Staates herbeiführen. Bezahlte Individuen sollten mit Heil-Hitler-Rufen einen Anschlag auf Regierungsmitglieder oder den päpstlichen Legaten unternehmen, und in diesem „Augenblick höchster Gefahr“ wollte Fey unter Einsatz der ihm unterstellten Exekutive und der Heimwehr die Diktatur ausrufen. Zweck sollte Ausschaltung der Christlich-Sozialen Dollfuß und Vaugoin und des Landbündlers Winkler sein und die Einsetzung Starhembergs als Reichsverweser. Es war alles gut vorbereitet, zwölf Heimwehrebataillone hatten zu Paradezwecken Gewehre empfangen, und Starhemberg sagte gleich, die Bundesleitung denke nicht daran, die Waffen der Regierung zurückzugeben, da sie liefe auch fernerhin benötigen würde.

360

9. Kapitel: Dunkle Pläne Starhembergs 361

Der Plan wurde nicht ausgeführt, er hätte das zerrüttete Österreich vollends ins Chaos gestürzt. Kaum wurden Starhembergs Gedanken ruchbar, als sich auch schon die Sozialdemokratie erhob und erklärte, sie hätte nicht jene Selbstüberwindung geübt und Dollfuß im Kampfe gegen den Nationalsozialismus unterstützt, damit sie jetzt vom Heimwehrfaschismus niedergeworfen würde. Der sozialdemokratische Parteivorstand betonte, daß für den Fall eines gewalttätigen Angriffs des Heimwehrfaschismus gegen Verfassung und Gesetze der Republik die erforderlichen Beschlüsse gefaßt seien.

Der Gegensatz zwischen Starhemberg und dem landbündlerischen Vizekanzler Winkler

vertiefte sich immer mehr. Es war am selben 17. September, als die Sozialdemokratie ihre Drohungen ausstieß, daß Starhemberg in Kufstein den Vizekanzler Winkler einen „Korruptionisten“ schimpfte und Winkler als Führer der Nationalständischen Front auf deren Gründungsfeier in Graz sich gegen die radikalen Thesen und das faschistische Experiment Starhembergs wandte. Zu diesen neueren Zerrüttungen trat der nach kurzer Paule von einer Woche - während der die Regierung mit ihren internen Angelegenheiten beschäftigt war - neu aufflammende Kampf mit den Nationalsozialisten. Beim Streik in Wolfsegg, der, von Nationalsozialisten geführt, seit dem 9. September mit rücksichtsloser Gewalt geführt wurde, kam es am 29. September zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Heimwehrleuten. Bewaffnete Gendarmerie wurde eingesetzt, drei Nationalsozialisten wurden getötet, acht schwer verletzt, zahlreiche andere verhaftet. Wieder wurden im ganzen Lande umfangreiche Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Die Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau (Salzburg) erkannte 97 Personen, die nach Deutschland geflüchtet waren, die Staatsbürgerschaft ab. In Tirol wurden sechs Nationalsozialisten ausgebürgert; eine groß angelegte Aktion wurde gegen den Bund Oberland durchgeführt. Allein in der Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau waren vom Mai bis September etwa 1000 Personen mit Arrest von 24 Stunden bis 6 Wochen und Geldstrafen bis zu 1000 Schilling wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ bestraft worden.

361

Deutsche unter Fremdherrschaft 362

Um die schwere Spannung zwischen Starhemberg, Winkler und Vaugoin und um die gegensätzlichen Meinungen über die Behandlung des steirischen Streiks zu beseitigen, entschloß sich Dollfuß, am 21. September die Regierung umzubilden. Winkler und Vaugoin schieden aus der Regierung aus. Vaugoin wurde Präsident der Bundesbahnen. Fey wurde Vizekanzler, Fürst Schönburg-Hartenstein, ein entschiedener Legitimist, Staatssekretär für das Heerwesen. Außerdem wurden noch andere Legitimisten aufgenommen.

Bedeutete diese Regierungsumbildung eine weitere enge Anlehnung der Regierung an die Legitimisten, so war die Kluft zwischen Dollfuß und Starhemberg doch nicht überbrückt. Starhemberg verbot den Angehörigen der Heimwehren, an Kundgebungen der „Vaterländischen Front“ sich zu beteiligen, so lange, bis die Frage der Vaterländischen Front geklärt und bis der Bundesführer überzeugt sei, daß die Tätigkeit der Vaterländischen Front den mit Bundeskanzler Dollfuß vereinbarten Zwecken diene.

Das Ergebnis der Regierungsumbildung war also das, daß der Kampf aller gegen alle wesentlich verschärft wurde. Der legitimistische Einschlag ließ erkennen, daß die Rücksichtslosigkeit im Kampfe gegen die Nationalsozialisten zunehmen werde. Die Gegnerschaft Starhembergs aber war nicht überwunden, die Sozialdemokraten befanden sich in schärfster Opposition zur Regierung, und der von Dollfuß hinausbeförderte Landbund sammelte seine Kräfte zum Kampf.

Trotzdem Dollfuß seine Regierung zum Legitimus hin umgebildet hatte, hatte sich also seine Lage keineswegs gebessert. Hinzu kam, daß gerade in jenen Tagen der große Bergarbeiterstreik im west- und obersteirischen Kohlenrevier, den 6000 Arbeiter aller Richtungen unter einer aus Nationalsozialisten und steirischen Heimatschützern bestehenden Streikleitung gegen den von den roten Gewerkschaftssekretären ohne Erfolg versuchten Streikbruch führten, mit einem vollen Siege der Streikenden endete. Die auf Grund der Notverordnungen der Regierung Dollfuß von den Bergbauunternehmern verfügten Lohnkürzungen mußten gänzlich zurückgezogen werden.

362

9. Kapitel: Obersteirischer Streik 363

Dollfuß argwöhnte „politische Umtriebe“ bei dem Streik und verfügte, um die Hetze gegen die Regierung, der niemand entgegentrat, zu beenden, daß die Alpine Montangesellschaft und die Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft sofort die günstigen Löhne des 1. April 1933 wieder zahlen sollten. Ein Regierungskommissar wurde eingesetzt, der die Ausführung dieser Verordnung zu überwachen hatte. Dollfuß hatte also vor den Nationalsozialisten und Heimatschützern kapituliert. Vierzehn Tage lang hatte die Bergarbeiterschaft sich geweigert, auszufahren, fast 350 Stunden hatte sie im ewigen Dunkel und in der Stickluft der Schächte zugebracht - eine Leistung, welche die trotz Terror und Verfolgung ungebrochene Stoßkraft der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung aus neue bewies. Wieder einmal zeigte sich die nationalsozialistische Solidarität aller Stände. Die aus den Gruben ausfahrenden Arbeiter kehrten unter dem Jubel der ganzen Bevölkerung in ihre Heimatorte zurück, überall mit dem Gruße „Heil Hitler“ empfangen. Von den Häusern wehten Tausende von Fahnen. Selbst die staatliche Exekutive war von dem allgemeinen Jubel so hingerissen, daß sie ganz vergaß, den deutschen Gruß mit der in Österreich darauf stehenden Strafe von drei Monaten Arrest zu ahnden. So war der Streik in Steiermark eine nicht zu unterschätzende Machtprobe gewesen, die zu ungunsten der Regierung Dollfuß entschieden wurde. Andererseits wurde die Sozialdemokratie immer feindseliger gegen Dollfuß. Der neue legitime Charakter des Kabinetts und die Tatsache, daß Starhemberg wieder in den Vordergrund zu treten schien, gefiel ihr gar nicht. Ende September erklärte Deutsch, das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes und Abgeordneter im Nationalrat, daß bei einem etwaigen Verbot der Sozialdemokratischen Partei die Anhänger über den Vorstand hinweg Widerstand leisten würden: es würde dann die Gefahr eines Generalstreikes und Bürgerkrieges heraufbeschworen! Wer damals meinte, daß das neue Kabinett Dollfuß milder mit den Nationalsozialisten verfahren würde, hatte sich getäuscht.

363

Deutsche unter Fremdherrschaft 364

Die Verhaftungen und Ausweisungen wurden in aller Schärfe fortgesetzt. Hunderte von Flüchtlingen waren schon ins Deutsche Reich gekommen, und ihre Schar fand immer noch kein Ende. Neu entflammt wurde der Regierungsterror durch ein Attentat, das am Nachmittag des 3. Oktober auf Dr. Dollfuß verübt wurde. Mit diesem Attentat hatte es eine merkwürdige Bewandnis. Ein entlassener Gefreiter des Bundesheeres, namens Tertil, ein zweiundzwanzigjähriger Mann, gab auf den Bundeskanzler zwei Schüsse ab, die diesen nur leicht verletzten. Sofort wurde von der Dollfuß freundlichen Presse in lauten Tönen erklärt, der Täter sei Nationalsozialist. Die Regierung war vorsichtiger: Tertil gelte trotz seiner Zugehörigkeit zum Christlich-Sozialen Wehrbund in Kreisen seiner Kameraden als Anhänger nationalsozialistischer Ideen, habe sich aber durch aktive politische Betätigung nicht bemerkbar gemacht. Selbst Fey mußte zugeben, daß sich Beziehungen Tertils zu nationalsozialistischen Kreisen „noch nicht genau“ hätten feststellen lassen. Tertil selbst erklärte im Verhör, er sei kein Nationalsozialist, im Gegenteil, er sei politisch indifferent. Er habe lediglich durch das Attentat die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, vor allem auf seinen Stiefvater, den Ministerialsekretär Dr. Raimund von Günther, lenken wollen, da dieser „allein imstande wäre, das Volk in eine bessere Zukunft zu führen“. Der Chef der Wiener Staatspolizei, Hofrat Dr. Hederich, sah bereits die Fäden des Attentats zum Stiefvater Tertils laufen, und es wurde festgestellt, daß Tertil, der von Februar bis September 1932 vorübergehend der NSDAP. angehört hatte, sehr rege und enge Beziehungen zu Heimwehrcreisen unterhielt, er war seit 1929 Mitglied der Heimwehr und gehörte 1929-1930 der Stabskompanie, Leibwache des Fürsten Starhemberg, an. Nun ließ Dr. Hederich den Stiefvater Tertils, Dr. Raimund von Günther, verhaften

und in dellen Wohnung eine Haussuchung abhalten. Dabei wurde ein außerordentlich umfangreicher Briefwechsel aufgefunden, der die Zugehörigkeit Günthers zu den Kreisen um Starhemberg und Fey eindeutig bewies.

364

9. Kapitel: Anschlag auf Dollfuß 365

Es wurden Briefe von Fey, Dr. Steidle und Staatssekretär Neustädter-Stürmer gefunden. Der Pfeil, den die Regierung Dollfuß auf die Nationalsozialisten abgeschossen hatte, fiel auf sie selbst zurück: die geistigen Urheber des Attentats waren in den Kreisen der Legitimisten zu suchen! Das Attentat war also eine logische Folge jener Regierungsumbildung von Ende September, mit welcher Starhemberg unzufrieden war.

Der Chef der Wiener Staatspolizei, Hofrat Dr. Hederich, mußte seine Enthüllungen am 7. Oktober mit sofortigem „Erholungsurlaub“ büßen!

Aber immerhin, der Fall bewies der Regierung wieder einmal die Unbotmäßigkeit des Volkes, und da man gegen die Anhänger der eigenen Regierung nicht mit Gewalt vorgehen konnte, so tat man dies eben gegen die Nationalsozialisten! Verhaftungen, Haussuchungen, Verhöre, Ausweisungen und Ausbürgerungen geflüchteter Nationalsozialisten sowie Verbote reichsdeutscher Zeitungen wechselten in bunter Reihenfolge einander ab. Es war das alte Lied, das das österreichische Volk nun seit fast sieben Monaten kannte. Niemand war sicher, daß nicht plötzlich ohne jeden Grund und Ursache, nur weil man annahm, daß er in irgendeiner Beziehung zu den Nationalsozialisten stand, bei ihm die Gendarmen erschienen, alles um und um wühlten und ihn schließlich zu guter Letzt in eine Arreststrafe abführten.

Neuerdings begann Dollfuß auch damit, die gefangenen Nationalsozialisten insgeheim in Konzentrationslager überführen zu lassen, da die Gefängnisse überfüllt waren. Ohne daß die Bevölkerung etwas davon erfuhr, wurde Mitte Oktober das erste Konzentrationslager beim Orte „Feuerwerksanstalt“ durch Einlieferung von fünfzehn Nationalsozialisten und einer Frau eröffnet.

Da die neue Regierung Dollfuß auch gegen die Marxisten schärfer durchgriff, wurde deren Widerstand ebenfalls stärker. Anfang Oktober wurde „Die Arbeiter-Zeitung“ von der Regierung verboten. Darauf fanden am 10. Oktober in den Fiatwerken zu Floridsdorf Arbeiterversammlungen statt. Der geplante Streik trat aber nicht ein, da sich die Arbeiter durch ihre Vertrauensmänner bewegen ließen, die Werkstätten wieder aufzusuchen.

365

Deutsche unter Fremdherrschaft 366

Aber die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ wurde jetzt von der Regierung beschlagnahmt, weil sie diese Meldung gebracht hatte. Es kam infolgedessen am Nachmittag des 10. Oktober, als die Nachtschicht in den Fiatwerken beginnen sollte, erneut zu Versammlungen. Bei Einbruch der Dunkelheit sammelte sich die Menge auf der Straße, formierte Demonstrationen und rief „Freiheit“, „Wir fordern die freie Arbeiterzeitung!“, „Rot-Front!“. In den Arbeiterbezirken Favoriten, Ottak-Ring, Maria-Hilfer-Straße und Floridsdorf herrschte große Unruhe. Allerdings konnten die starken Wachaufgebote die Kundgebungen zerstreuen, ein paar Dutzend Demonstranten verhaften, aber in der Maria-Hilfer-Straße wurde ein Wachmann von der erbitterten Menge durch Stockschläge niedergeschlagen.

Es zeigte sich, daß, je unverhüllter die legitimistische Diktatur sich offenbarte, um so heftiger überall die Flammen des Aufruhrs aus dem morschen Staatsgebäude emporzüngelten. Die Regierung Dollfuß hatte einen Zweifrontenkrieg auf sich genommen, der eines Tages mit ihrer Niederlage enden mußte. Um so eifriger suchte sie sich gegen diese Möglichkeit der Niederlage zu schützen: Knebelung der Pressefreiheit, Verbot ausländischer Zeitungen, Durchorganisierung der

Hilfspolizei, Aufstellung des Assistenzkorps, Verlängerung der Reservisteneinberufung, nachdrückliche Arbeit an der Verfassungsreform war jetzt ihre Hauptsorge. Vor allem aber hielt sie es für nötig, die Ausschreibung von Wahlen weiter hinauszuschieben. Es war ein ganz unverhülltes Gewaltregiment, das sich hier zu verewigen gedachte.

Am grausamsten äußerte sich das kulturfeindliche Regiment des ironisch „Millimetternich“ genannten Dollfuß im Hochschulwesen. Was sich 1933 an den österreichischen Hochschulen ereignete, war eine Kulturschande größten Stils. Die seit Jahrhunderten nicht angetastete Autonomie der österreichischen Hochschulen wurde von der Regierung ohne Bedenken glatt gebrochen. In die Wiener Universität drangen die Polizisten ein und griffen mit dem Gummiknüppel die Studenten an, in den Hochschulen wurden - wie in Gefängnissen und Konzentrationslagern - besondere „Hochschulwachen“ errichtet.

366

9. Kapitel: Gewalt gegen Hochschule 367

Reichsdeutsche Studenten mußten sich eingehend untersuchen lassen, ob sie „staatsgefährliche“ Pläne bei sich trugen. Außerdem wurden alle auslandsdeutschen Studenten gezwungen, sich in einem Revers ehrenwörtlich zu verpflichten, sich jeder mittelbaren oder unmittelbaren Tätigkeit für die verbotene NSDAP. oder für die mit ihr sympathisierenden Organisationen zu enthalten. Die bisherige akademische Gerichtsbarkeit wurde der Hochschul-Disziplinarkommission entzogen und einer von einem Verwaltungsbeamten geleiteten Kommission des Unterrichtsministeriums übertragen. Diese „Dreiersenate“ wurden vom Bundesminister für das Unterrichtswesen ernannt; die geringste Strafe, die sie verhängten, war Ausschluß für das laufende und zwei folgende Semester vom Hochschulstudium. Die Höchststrafe war Verweisung von allen österreichischen Hochschulen für immer! Die größte Empörung aber wurde dadurch ins Volk gebracht, daß hochverdiente Professoren und Dozenten unverzüglich pensioniert wurden, weil sie Ende August in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung an der verfassungswidrigen Notverordnungspraxis Kritik geübt hatten. Unter den gemäßregelten Hochschullehrern befand sich der 57jährige Professor Graf Gleisbach, ehemaliger Rektor der Wiener Universität, ein von den Studenten verehrter und international anerkannter Mann, der einzige Strafrechtslehrer der Rudolfina. Auch der Verfassungsrechtslehrer Professor Layer und Dozent Dr. Zimmerl teilten dieses Schicksal. –

Anfang November war Dollfuß soweit, seinen „lang gehegten Wunsch“ in die Tat umzusetzen: er verkündete das Standrecht und die Einführung der Todesstrafe. – Das war die Entwicklung, die Österreich in dem für das deutsche Volk so entscheidungsschweren Jahre 1933 erschütterte: der Kampf, den Dollfuß gegen den Nationalsozialismus führte, wurde immer unverhüllter ein Kampf für den Legitimismo, ein Kampf für die Wiedereinsetzung der Habsburger. Die Methoden, mit denen dieser Kampf geführt wurde, waren durchaus habsburgisch: Gewalttat und Terror. Wir kennen diese Methoden aus der Geschichte der Habsburger.

367

Deutsche unter Fremdherrschaft 368

Die Zeit der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges hat verblüffende Ähnlichkeit mit der Dollfußära, desgleichen das Zeitalter Metternichs. Der Legitimismo war durch Frankreich und Italien gefördert worden unter dem Gesichtspunkte, durch die Begründung eines neuhabsburgischen Reiches den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Lag aber nicht in dem Begriffe Habsburg der traditionelle Gegensatz zu Italien? Sollte sich nicht, wenn es gelungen war, mit Italiens Hilfe den Erzherzog Otto auf den Thron Österreichs zu erheben, nicht der alte Gegensatz zum Königreich Italien in neuem Gewande zeigen? Österreich

brauchte nicht bis zur Thronbesteigung Ottos zu warten, um Gewißheit zu erlangen, daß dies geschehen würde.

Otto gab in Briefen, die er an verschiedene Gemeinden Tirols, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hatten, richtete, seine Ansicht kund, die darin bestand, daß er Gegner des Faschismus sei und die Rückkehr der Provinz Bozen zu Österreich fordere. Auch der Oberst Gustav Wolff und Otto Günther, zwei Führer der legitimistischen Bewegung, erklärten Mitte Oktober 1933 der ausländischen Presse, der „kleine Herr“ Otto sei gegen den Faschismus und wenn er Maria von Savoyen heiraten werde, werde Italien die Provinz Bozen an Österreich zurückgeben. „Popolo d'Italia“ erwiderte darauf, Otto müsse kein Habsburger sein, wenn er überhaupt imstande wäre, den Faschismus nur zu verstehen. Und wenn auch Otto Antipathien dagegen habe, werde der Faschismus dennoch in Österreich seine Straße gehen. Wenn aber behauptet werde, daß Italien die Provinz Bozen an Österreich zurückgeben werde, so sei dies eine lächerliche Phantasie. Das faschistische Italien stehe am Brenner. –

Es war Österreichs tragisches Geschick seit Jahrhunderten, daß der mächtige Schritt der Geschichte spurlos an ihm vorüberging. Die Regierungen Österreichs waren versteinertes Mittelalter: sie lagen wie ein lastender Klotz auf dem vorwärtsdrängenden Leben im deutschen Volke Österreichs, und der gegenreformatorische, zerstörende Geist österreichischen Regimes erlebte einen neuen Höhepunkt im Kampfe des Bundeskanzlers Dollfuß gegen den Nationalsozialismus.

368

IV. ABSCHNITT:

DAS SCHICKSAL DER SUDETEN- DEUTSCHEN UND IHR KAMPF

1919-1933

369

< [Leerseite] >

370

Am 3. September 1919, nach der Übergabe der endgültigen Friedensbedingungen an Renner in Saint-Germain, machte der vorläufige Landeshauptmann von Böhmen, Lodgemann, einen letzten vergeblichen Versuch, das drohende Schicksal von den Deutschen der Sudetenländer abzuwenden. In einem Telegramm an die amerikanischen Senatoren Lodge und Knox bat er diese, im Senatsausschuß für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen einzutreten. Man möge doch diesem deutschen Volksteil die Möglichkeit geben, gehört zu werden, bevor der Senat den Frieden ratifiziere. Nun war ja der Republikaner Knox, ein Gegner Wilsons, ein entgegenkommender und fortschrittlicher Mann, welcher den Deutschen nicht gehässig gegenüberzutreten wollte. Lodge aber, der andere Republikaner und fanatische Widersacher Wilsons, war ein starrer Reaktionär, ein erbitterter Feind Deutschlands, dem die Friedensbedingungen nicht hart genug sein konnten. Verfocht er doch streng den Grundsatz, daß Danzig den Polen gehören müsse! Wie konnte er da das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen schützen?

Der Schritt Lodgemanns hatte also nichts genützt. Auch Amerika, das sonst immer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gekämpft hatte, ließ die Sudetendeutschen im Stich. In der Erkenntnis, daß all ihr Tun umsonst sei, löste sich Ende September die vorläufige Landesregierung für das deutsche Böhmen und Mähren auf. –

So kamen drei und eine halbe Million Deutsche unter das tschechische Joch. Es war kein einheitliches Deutschtum. Stammesmäßig werden die Deutschen im Böhmerwald und in Südmähren wie auch im Egerland den Bayern zugerechnet, während der Norden und

Osten den Schlesiern verwandt war. Eine Mischung zwischen beiden Stammesarten mit obersächsischem Einschlag weist das dichtbesiedelte Nordwestböhmen zwischen dem Eger- und Elbfluß auf, also das Gebiet um Komotau, Kaaden, Saaz und Brüx.
371

Deutsche unter Fremdherrschaft 372

In der Volkswirtschaft waren die Deutschen den Tschechen überlegen. Sie waren in der Landwirtschaft fortschrittlicher, in der Industrie energischer. In den Bezirken von Eger und Reichenberg beherrschten sie die Verkehrsmittel, die Eisenbahnen waren dort in den Händen deutscher Gesellschaften. Die Verteilung der Deutschen auf die einzelnen Erwerbszweige war folgende: Landwirtschaft 825 348, Industrie 1 361 596, Handel und Verkehr 382 700, öffentliche Dienste 169 600, Sonstige 357 324. Ein stark ausgebautes Vereins- und Schutzwesen bildete den festen Rahmen für kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Genossenschaften und Banken dienten dem deutschen Wirtschaftsleben. Eine weitverzweigte Presse - fast jede deutsche Stadt hatte ihre eigene Zeitung - pflegte den Zusammenhalt der Deutschen. 175 deutsche politische Zeitungen mit einer Wochenaufgabe von 5,5 Millionen Stück wurden herausgegeben, allerdings befanden sich darunter 50 demokratische, jüdische, sozialdemokratische und kommunistische Zeitungen. Die Kultureinrichtungen standen in hoher Blüte. Nicht nur Volks-, Mittel- und Hochschulen waren als Bildungsstätten Kulturzentren, sondern in zahlreichen privaten Vereinen und Gesellschaften wurde deutsches Volkstum und deutsche Wissenschaft gepflegt, ihr Zentrum ist die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag. Die Gesellschaften und Vereine riefen zahlreiche Volkshochschulen ins Leben, die den breiten Massen deutschen Geist und deutsches Wissen nahebrachten. Aber wie überall, wo Deutsche in geschlossenen Massen zusammenwohnen, war auch in Böhmen und Mähren die unselige Parteizersplitterung die Achillesferse des Deutschtums. Da gab es neben den Nationalsozialisten und der Deutschen Nationalpartei eine Christlichsoziale Volkspartei, eine Deutsche Gewerbetepartei, eine Demokratische Freiheitspartei, einen Bund der Landwirte, und dann die Sozialdemokraten, von denen sich später die Kommunisten trennten. Waren die ersten beiden Parteien den Tschechen gegenüber unversöhnlich, „negativistisch“, so strebten die vier folgenden im Laufe der Zeit eine Verständigung an, sie waren „aktivistisch“, während die Sozialdemokraten von vornherein jede nationale Gemeinschaft mit den andern deutschen Parteien ablehnten und die proletarische Gemeinschaft mit den tschechischen Sozialdemokraten suchten!
372

Tschechen und Deutsche 373

Der Parteienhaß in erster Linie, sodann die zur Zersplitterung neigende Über- und Parallelorganisation in Bünden und Vereinen, schließlich die Stammesunterschiede führten eine Zerklüftung und Uneinigkeit unter den Deutschen herbei, die von den Tschechen zur Bekämpfung des deutschen Elementes wohl ausgenutzt wurden. Für die Tschechen war das deutsche Problem keineswegs leicht zu lösen. In seiner Neujahrsansprache 1922 erklärte Masaryk, die tschechisch-deutsche Frage sei die allerwichtigste, die Tschechoslowakei habe eigentlich nur diese eine Frage. Die tschechische Sorge war wohlbegründet, war doch die deutsche „Minderheit“ halb so groß als das ganze Tschechenvolk! Wie sollte diese Frage nun gelöst werden? Dies Problem beschäftigte unablässig die Tschechen. Die Chauvinisten waren für rücksichtslosesten Kampf. Der Nationaldemokrat Kramarsch meinte in der Nationalversammlung am 22. Januar 1920, am liebsten wäre ihm, wenn der Staat von den Deutschen befreit würde. Aber wie? Er verlangte eine „würdige, mannhaftige Lösung des deutschen Problems“. „Ich kenne die

Kraft der Deutschen“, sagte er, „die Deutschen werden sich niemals versöhnen mit dem, was geschehen ist. Wenn die deutschen Fanfaren ertönen, werden sich die Deutschen bei uns, in Österreich und in Deutschland erheben. Daher müssen wir unsere Politik danach einzurichten trachten.“ Etwas maßvoller war der Ministerpräsident Tusar; er setzte sich für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ein. „Wir wollen einen tschechoslowakischen Staat mit tschechischem Einschlag und Geist, in dem sich die Deutschen und andere Bürger völlig zu Hause fühlen. ...Wir haben ein gemeinsames, großes Interesse, das Interesse des Staates, der über den Parteien steht.“ Stellte Kramarsch den Nationalismus, Tusar die Gerechtigkeit als oberstes Prinzip im Verhalten des Staates zu den Deutschen auf, so vertrat der Sozialdemokrat Nemetsch aus reinen Nützlichkeitsbetrachtungen ebenfalls den Grundsatz der Gerechtigkeit: „Kämpfe mit den Deutschen können wir nicht wünschen, weil wir dabei unsere ganze Energie aufbrauchen würden, und es könnte geschehen, daß sich das große Deutschland gegen uns stellt.

373

Deutsche unter Fremdherrschaft 374

Ich bin dafür, daß wir den Kampf mit den Deutschen um die Palme der sozialen Reife und kulturellen Vollendung aufnehmen.“ Es sollte sich zeigen, daß in der Folgezeit die Ansicht von Kramarsch, welcher die unbedingte Unterwerfung und Knechtung der Deutschen als die einzige Möglichkeit positiver Politik erkannte, die stärkste und wirksamste war. –

Aber die Tschechen hatten durchaus nicht mehr die absolute Freiheit ihrer Politik den Deutschen gegenüber. In monatelangen Verhandlungen hatte man in Paris die Rechte und den Schutz der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei besprochen, und diese Verhandlungen fanden ihren Abschluß in dem Minderheitenschutzvertrage, den die Tschechoslowakei am 10. September 1919 mit England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten und Japan vollzog. Nach diesem Vertrage wurde der tschechoslowakische Staat verpflichtet, allen Bewohnern vollkommenen und absoluten Schutz des Lebens und der Freiheit, ohne Unterschied der Abstammung, der Staatszugehörigkeit, der Rasse oder der Religion, zu gewähren. Den Angehörigen anderer Bekenntnisse wurde Religionsfreiheit gegeben, und die Angehörigen der Minderheiten bekamen das Recht, für eine Staatszugehörigkeit zu agitieren. Vor dem Gesetz sollten alle Bürger gleich sein, auch sollte, wenn die tschechoslowakische Amtssprache eingeführt sei, den Bürgern anderer Zunge die Möglichkeit gegeben sein, vor Gericht ihre Sprache zu benutzen. Die tschechoslowakischen Staatsbürger nationaler Minderheiten erhielten auch ausdrücklich das Recht zuerkannt, auf eigene Kosten humanitäre, religiöse und soziale Anstalten, Schulen, Unterrichts- und Erziehungsinstitute zu gründen, zu leiten und zu verwalten und dort frei und ungehindert ihre Sprache zu gebrauchen und ihre Religion auszuüben. Darüber hinaus aber wurde der tschechoslowakischen Regierung die Pflicht auferlegt, öffentliche Minderheitsschulen zu errichten, in denen die Regierung allerdings berechtigt war, den obligatorischen Unterricht der tschechischen Sprache einzuführen. Der Völkerbund übernahm die Garantie für den Vertrag, und jede Meinungsverschiedenheit zwischen der tschechoslowakischen Regierung und einem der Vertragspartner über die Bestimmungen sollte als internationaler Konflikt im Sinne des Artikels 14 der Völkerbundsakte gelten.

374

Volkstage der Deutschen 375

Am 1. Oktober wurde der Vertrag veröffentlicht. Lodgemann hatte alsbald mit Tusar eine Unterredung über die Durchführung der Bestimmungen und erkannte bereits, welche Schwierigkeiten sich ergeben würden. Denn zwei Dinge hatten sich bereits in der Zeit zwischen dem 10. September und 1. Oktober ereignet, welche zu

berechtigten Zweifeln an der Ehrlichkeit der Tschechen Anlaß gaben. Am 18. September nahm der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung ein Ausnahmegesetz an, wonach die Regierung ermächtigt wurde, alle Staatsbeamten und -angestellten „mit feindseliger Gesinnung gegen die tschechische Nation“ ohne Pensionsanspruch zu entlassen. Dabei war es dem subjektiven Ermessen der Regierung überlassen, festzustellen, wann Staatsfeindlichkeit vorlag. Die deutschen Beamten waren den Tschechen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Acht Tage später verfügte der Landesschulrat, daß sämtliche deutschen Mittelschulen im Verkehr mit allen Ämtern und Behörden des Landes sich nur der tschechischen Sprache zu bedienen hätten! Lodgemann und seinen Freunden war es klar, daß man sich auf den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht einrichten müsse. Alsobald versammelten sich die Deutschen zu großen Kundgebungen, zu „Volkstagen“; auf einem solchen Volkstage in Aussig am 4. Oktober erklärte Lodgemann, von nun an dürfe es keine deutschböhmisches Politik mehr geben, sondern nur noch eine sudetenländische; unter allen deutschen Parteien müsse vollste Einigkeit hergestellt werden, es müsse eine großzügige Politik getrieben werden und sie müsse alle unterdrückten Nationen in der Tschechoslowakei zu einer mächtigen Einheit zusammenfassen. Auf dem Volkstage der vereinigten deutschen Parteien in Reichenberg am 19. Oktober wurde dagegen protestiert, daß die deutschen Beamten aus ihren Stellungen vertrieben würden, und das feierliche Gelöbnis wurde abgegeben: „Wir Deutschen in der tschechischen Republik schwören Treue unserm Volke bis zum letzten Mann!“ Der deutsche Volkstag in Tetschen am 26. Oktober forderte das Selbstbestimmungsrecht für die vier Millionen Deutschen der Sudetenländer und die Beseitigung des tschechischen Militärdruckes in den deutschen Gebieten.

375

Deutsche unter Fremdherrschaft 376

Auch in den andern Städten Deutschböhmens, Deutschmährens und Deutschschlesiens wurden solche Volkstage abgehalten, die in der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes gipfelten.

Eine der ersten Forderungen, welche die Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes aufstellten, war die nach allgemeinen Wahlen. In der Verfassungsgebenden Nationalversammlung waren bekanntlich die Minderheiten nicht vertreten, weil dies Parlament nicht gewählt, sondern berufen worden war. Am 21. Dezember überreichten die deutschen Führer der Regierung eine Denkschrift, worin gesagt wurde, daß der jetzige Zustand unhaltbar sei; es müsse unverzüglich eine Nationalversammlung gewählt werden, die alle Nationalitäten umfasse. „Alles, was von der jetzigen Versammlung in Prag beschlossen wurde, wird von uns niemals als ein Rechtszustand anerkannt werden.“ Am folgenden Tage erschienen die Vertreter der deutschen Parteien unter Führung von Lodgemann selbst bei Tusar und den Ministern und beschwerten sich über die Verzögerung der Wahlen. „Die deutschen Bürger der tschechoslowakischen Republik wollen ihre Bürgerpflicht erfüllen, wenn ihnen demgegenüber ein genügendes Maß von Bürgerrechten garantiert wird.“ Tusar versprach, bald nach Neujahr die Wahlen ausschreiben zu wollen, - inzwischen aber brachte die Nationalversammlung ohne Deutsche die Verfassung unter Dach und Fach!

Die Nationalversammlung hatte bereits durch einige tiefgreifende Gesetze den Kampf gegen die Deutschen eröffnet. Da war zunächst das Gesetz über die Bodenreform am 16. April 1919 geschaffen worden. Danach sollten alle Besitzungen, die mehr als 250 Hektar Umfang hatten, enteignet und aufgeteilt werden. Die Gefahr dieses Gesetzes lag nicht so sehr darin, daß die Enteigneten nicht nur Tschechen, sondern zum guten Teile auch Deutsche und Magyaren waren, denn es gab außer den Familien deutscher Fürsten und Standesherrn nicht sehr viele deutsche Großgrundbesitzerfamilien, sondern vielmehr darin, daß die neuen Siedler unter allen Umständen Tschechen sein mußten.

376

Der deutsche Bauernstand hatte keinen Vorteil von dieser Bodenreformaktion, das nur war der Zweck der Sache: ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet durch Hineinsetzen von tschechischen Siedlern zu sprengen und aufzulösen! Die historisch falsche These vom „Bodenraub am Weißen Berge“ sollte durch die Bodenreform und die hierauf gegründete Schaffung eines tschechisch-bürgerlichen Gutsherrenstandes und tschechisch-bäuerlicher Güter rückgängig gemacht werden. Mit dieser Aktion hing die Verstaatlichung der Wälder, besonders an der Grenze, zusammen. Die deutschen Forstbeamten sollten als „unsichere Kantonisten“ beseitigt und durch zuverlässige Tschechen ersetzt werden.

Durch Gesetz vom 21. November wurden die Eisenbahnen verstaatlicht. Besonders im Egerer und Reichenberger Gebiet, wie auch in dem andern Teil des deutschen Böhmen, Mähren und Schlehens wurden die deutschen Eisenbahngesellschaften zugunsten des Staates ausgeschaltet.

Um das deutsche Hochschulwesen zu zersetzen, wurde am 8. November 1919 im deutschen Brünn in Masaryks Anwesenheit eine tschechische Universität begründet. Eine ganz einzigartige Tatsache aber stellt ein Akt der Nationalversammlung dar, die am 19. Februar 1912 historische Wahrheiten auf dem sehr einfachen Wege der Gesetzgebung aus der Welt schaffte! In diesem Gesetz wurde nämlich bestimmt, daß die tschechische Universität in Prag die einzige rechtmäßige und natürliche Fortsetzung der Karlsruhochschule sei, denn Karl IV. habe die Universität einst begründet nicht in seiner Eigenschaft als römischer Kaiser oder deutscher König, sondern als König von Böhmen! Auf diese Weise versuchte man, der deutschen Universität nicht nur ihr Ansehen, sondern auch ihre Rechtsgrundlage zu entziehen. Auch der tschechische Militarismus wurde dazu verwendet, in das geschlossene Volksgebiet Bresche zu legen. In den deutschen Städten wurden ganz unverhältnismäßig starke tschechische Garnisonen errichtet, die eine doppelte Aufgabe hatten: sie mußten die unbotmäßigen Deutschen unter Druck halten und außerdem bei den Wahlen das tschechische Volkstum stärken, ja ihm ein Übergewicht über die Deutschen verleihen, denn den Soldaten wurde das Wahlrecht verliehen!

377

Auf diese Weise wurde die tschechische Wählerschaft in eine Mehrheit verwandelt in Matzelbach bei Eger, in Krumau, Komotau, Trautenau, Olmütz, Sternberg, Znaim, Iglau und anderen deutschen Städten. In der gleichen Weise ging man auch im Hultschiner Ländchen vor, das von den tschechoslowakischen Truppen am 4. Februar 1920 besetzt wurde.

Am 29. Februar 1920 nahm die Nationalversammlung ohne Deutsche die Staatsverfassung an. Hierin wurde das Gebiet der Republik als ein einheitliches und unteilbares Ganzes bezeichnet, dessen Grenzen nur durch ein Verfassungsgesetz geändert werden können. Im 6. Hauptstück war der Schutz der nationalen, religiösen und Rasseunterschiede verbrieft, und Artikel 134 bezeichnete jegliche Art gewaltsamer Entnationalisierung als unerlaubt.

Am gleichen Tage wurde ein Sprachengesetz verabschiedet, das folgendes bestimmte: die tschechoslowakische Sprache ist die staatliche, offizielle Sprache der Gerichte, Behörden, Anstalten, Unternehmungen und Organe der Republik, der Banknoten und der Wehrmacht. - Die Gerichte, Behörden und Organe in Bezirken mit wenigstens 20 Prozent Staatsbürgern einer anderen Sprache sind verpflichtet, in allen Angelegenheiten Eingaben in dieser Sprache anzunehmen und die Erledigung nicht bloß in tschechoslowakischer, sondern auch in der Sprache der Eingabe herauszugeben. - Die autonomen Behörden, Vertretungskörper und alle öffentlichen Körperschaften sind verpflichtet, in tschechoslowakischer Sprache erfolgte

mündliche und schriftliche Eingaben anzunehmen und sie zu erledigen. In ihren Versammlungen und Beratungen kann diese Sprache stets gebraucht werden. - In den Sudetenländern amtieren die Behörden tschechisch, in der Slowakei slowakisch. Dies Sprachengesetz entsprach zwar den internationalen Verträgen und den Zusicherungen, welche die tschechische Regierung zu ungezählten Maßen gegeben hatte. Dennoch blieb es Theorie. Erst volle sechs Jahre später, Februar 1926 erschien die Durchführungsverordnung, die nach der Lage der Dinge die Wirkung des Gesetzes selbst stark beeinträchtigte, da dem „freien Ermessen“ der nachgeordneten Beamten allzuviel Spielraum gewährt wurde.

378

Wahlen 1920 379

Was die Regierung bis jetzt zum Schutze der Minderheiten getan hatte, kann mit Fug und Recht als Blendwerk, als Spiegelfechtereie bezeichnet werden. Wesentlich tatkräftiger zeigte sie sich von der entgegengesetzten Seite. Die Tschechen spielten ein doppeltes Spiel: sie versuchten unter gleichzeitiger Täuschung des Auslandes ihren Staat zu nationalisieren. Sie zersetzten den Schutz der Minderheiten, zu dem sie durch internationale Verträge verpflichtet waren, durch die Salzsäure des freien Ermessens, das in überreichem Maße den nachgeordneten Behörden unter weitgehender Duldung der Regierung zugebilligt wurde. - Ein neues Stadium in den Beziehungen der Deutschen zu den Tschechen wurde durch die Wahlen Ende April 1920 eingeleitet. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. April wurden für deutsche Parteien 1 584 112 Stimmen, für tschechische 3 219 793 Stimmen abgegeben. Von den 293 Mandaten erhielten die deutschen Sozialdemokraten 29, die deutsche Nationalpartei 10 und die deutschen Nationalsozialisten 5, während die deutschen Mittelparteien 26 Sitze bekamen. Bei den Tschechen wurden 74 Sozialdemokraten und 125 bürgerliche Abgeordnete in acht Parteien gewählt. Unter den 146 Senatsabgeordneten, die am 25. April gewählt wurden, befanden sich 16 deutsche Sozialdemokraten, 9 Rechtsparteiler und 13 Mittelparteiler.

Die Deutschen waren vor eine neue Sachlage gestellt. Nur gemeinsame solidarische Arbeit konnte ihren Einfluß im Parlamente verstärken. Das wußten sie. Aber die deutschen Sozialdemokraten waren ja von vornherein nicht für eine gemeinsame Front mit den andern deutschen Parteien zu haben. Doch die Deutsche Nationalpartei und die Mittelparteien vermochten am 7. und 14. Mai in Prag ihre Abgeordneten zu einem „Deutschen Parlamentarischen Verband“ zusammenzuschließen, in dem nur mühsam die Spannungen und Gegensätze überbrückt werden konnten. Die Nationalsozialisten blieben außerhalb des Verbandes.

379

Deutsche unter Fremdherrschaft 380

Die neue Regierung Tusar, die am 25. Mai gebildet war, setzte sich aus deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, tschechischen Nationalsozialisten und Agrariern, zusammen. Das Äußere übernahm wieder Benesch, Innenminister wurde Svehla. Der deutsche Verband befand sich in der Opposition. Zwei Tage später wählten Abgeordnetenhaus und Senat mit 284 von 411 abgegebenen gültigen Stimmen Masaryk zum Präsidenten der Republik. Die deutschen Abgeordneten lehnten grundsätzlich die im Widerspruch mit Demokratie und Selbstbestimmungsrecht stehende oktroyierte Verfassung und die sich daraus ergebende Präsidentenwahl ab. Im Namen des „Deutschen Parlamentarischen Verbandes“ erklärte Lodgemann, daß die Deutschen gegen die ihnen widerfahrene Beleidigung feierlich Verwahrung einlegen und den Präsidenten Masaryk ablehnen, solange die Deutschen nur als Minderheitsnation, nicht als voll- und gleichberechtigtes Staatsvolk wie die Tschechen anerkannt würden.

Die Regierungserklärung, die Tusar am 1. Juni abgab und in der er behauptete, die tschechoslowakische Wahlordnung mit ihrer Sicherung der Minderheitenvertretung sei in ganz Europa als die liberalste anerkannt, trat Lodgemann im Namen des Deutschen Verbandes mit folgenden Ausführungen entgegen: „Durch den Friedensvertrag von Saint-Germain ist mitten in Europa ein Staat entstanden, der neben 6,5 Millionen Tschechen auch fast 4 Millionen Deutsche umfaßt. Vergebens haben wir versucht, das Schicksal unseres Siedlungsgebietes selbst zu bestimmen, vergebens haben wir darauf hingewiesen, daß ein so gestalteter Staat eine stete Bedrohung des europäischen Friedens bilden würde. Wir erklären daher feierlichst, daß wir keins dieser Gesetze der Revolutionsversammlung als für uns verbindlich anerkennen. Wir verkünden demnach feierlichst, daß wir niemals aufhören werden, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu kämpfen.“ Ein Zeugnis der gegenseitigen Erbitterung war die blutige Sonnenwendfeier in Iglau am 24. Juni, wo erst Soldaten und Gendarmen die gegeneinander tobenden Tschechen und Deutschen trennen mußten. Den Tschechen war nicht wohl zumute, daß ihnen solch ein großer Teil der Angehörigen ihres eigenen Staates feindselig gesinnt war.

380

Deutscher und tschechischer Marxismus 381

Die Tschechen wußten wohl, daß sie der Keil im deutschen Volkskörper waren, aber sie waren im eigenen Staate von einem starken deutschen Ring eingeschnürt. Die Außenpolitik des Staates mußte sich also darauf konzentrieren, die Ewigkeit der Verträge von Versailles und Saint-Germain zu betonen, die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen und die Vereinigung der drei deutschen Elemente im Reich, in Österreich und in Sudetenland zu verhindern. Gerade dies letzte aber war die unmittelbare Gefahr, insbesondere, da die Anschlußbewegung in Österreich die Gemüter erregte. Den Anschluß zu verhindern, rief Benesch im Sommer 1920 die Kleine Entente ins Leben. Vor dem Ständigen Ausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Benesch am 1. September über diese Kleine Entente, sie sei der Garant der Ruhe in Mitteleuropa, ohne für andere Staaten eine Beunruhigung zu bilden. Doch die deutschen Abgeordneten protestierten in heftiger Erregung gegen diese „Geheimpolitik“.

Es war ein Verhängnis, daß die deutschen Sozialdemokraten ihre eigenen Wege gingen. Sie hatten nicht genug mit ihrer Beteiligung an der Regierung, nein, sie begannen sogar Mitte September mit den tschechischen Sozialdemokraten über den Zusammenschluß zu einer gemeinsamen, großen proletarischen Partei zu verhandeln! Die Verhandlungen hatten kein Ergebnis, da die tschechischen Sozialdemokraten mehr nationalistisch als international waren. Als nun aber die deutschen Sozialdemokraten durch kommunistische Wühlereien in ihrer eignen Mitte geschwächt wurden, schieden sie aus der Regierung aus, worauf diese zurücktrat.

Das neue Kabinett Cerny, das am 15. September gebildet wurde, bezeichnete es als seinen ernstesten Willen, eine Annäherung und Übereinstimmung der Nationalitäten herbeizuführen. Nun war es gewiß nicht das Verdienst Cernys, daß eine Verfügung herausgegeben wurde, wonach in der Armee die Erläuterungen in der Muttersprache der Soldaten, die Befehlsgebung aber in der Staats- und Armeesprache gegeben werden sollten. Diese Regelung erwies sich als nötig, wenn nicht die Tschechen auf ihre deutschen und ungarischen Soldaten verzichten wollten.

381

Deutsche unter Fremdherrschaft 382

Im Gegenteil! Es scheint, als sei Cernys Versöhnungswille nur unehrlich oder zu schwach gewesen, um sich durchzusetzen. Die tschechischen Behörden im Sudetenlande waren im vollen Zuge, die deutschen Schulklassen abzubauen, rücksichtslos sich über alle internationale Vereinbarungen hinwegsetzend. Die Deutschen wurden derart

gereizt, daß sie am 8. und 9. Oktober 1920 in ihren Schulen einen Proteststreik wegen der Unterdrückung des deutschen Schulwesens veranstalteten. Sogar die deutsch-demokratische Zeitung „Bohemia“ in Prag fragte erbittert, ob die Tschechen ihre Versprechungen in Versailles vergessen hätten. Das Blatt veröffentlichte ein Dokument, das die Tschechen der Friedenskonferenz in Versailles vorgelegt hatten und worin ausdrücklich das Recht der Deutschen auf Sprache, Schule und Kultureinrichtungen anerkannt sei und die Tschechoslowakei sich verpflichtete, die deutsche Landessprache nicht anzutasten. Anscheinend, so sagten die Deutschen, hätten die Tschechen alle ihre Versprechungen restlos vergessen. Die Atmosphäre war bis zum Äußersten mit Zündstoff geladen. So war es kein Wunder, daß es am Nationalfeiertage, dem 1. November, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. In Teplitz stürmten die tschechischen Legionäre das Rathaus, verjagten den Bürgermeister, verhüllten das Denkmal Josefs II. In Reichenberg hausten die Tschechen wie die Barbaren im Rathaus, warfen alles durcheinander, hißten die weiß-rote Flagge; der Bürgermeister mußte der Gewalt weichen. - Infolge dieser Vorfälle kam es im Abgeordnetenhaus vom 9. bis 12. November zu außerordentlich stürmischen Szenen zwischen Deutschen und Tschechen. Die Stimmung wurde immer erhitzter, und am 16. November war Prag, die Hauptstadt, der Schauplatz ungeheurer schwerer Ausschreitungen des Tschechenpöbels gegen die Deutschen, in deren Verlauf das deutsche Landestheater besetzt und die Schriftleitung des „Prager Tagblattes“ verwüstet wurde. Seit diesen Tagen blieb das Landestheater den Deutschen verloren, die Tschechen hatten es durch Beschlagnahme sich angeeignet.

382

Blutbad von Aussig 383

Alle diese Dinge trugen nicht dazu bei, daß sich das Verhältnis der Deutschen zum tschechoslowakischen Staate besserte. Nach einem Winter voller kommunistischer Beunruhigung überreichten die Deutschen und Ungarn am 10. Februar 1921 Masaryk eine Denkschrift, worin sie sich über die täglichen Verletzungen der Minderheitenrechte beklagten: Schulen, wissenschaftliche Institute, literarische Vereinigungen würden unterdrückt, die Presse sei geknebelt, die Führer würden verfolgt und eingekerkert, die deutschen Beamten würden bespitzelt und verfolgt. Sie baten, daß dies anders würde. Nichts geschah. - Die Tschechen konnten deshalb auch nicht darauf rechnen, im Parlamente von den deutschen Parteien unterstützt zu werden. Bei der Rüstungsdebatte Mitte März beharrten die Deutschen auf Ablehnung, denn es handle sich um innere Rüstungen, um Rüstungen gegen die nationalen Minderheiten.

Am 18. Juli 1921 hatten die deutschen Parteien in Aussig eine öffentliche Protestversammlung einberufen gegen das Steuersystem und die schweren Steuerlasten, gegen den Raub der gezeichneten Kriegsanleihe und der Vermögen, der geplant war. Leidenschaftliche, scharfe Angriffe richteten die Redner gegen den Staat. Einer von ihnen schloß seine Ausführung mit den Worten: „Nichts für diesen Staat, alles für das Volk!“ - Die Tschechen waren beunruhigt; dies sei nicht bloß eine platonische Aufforderung, meinte die Regierung. Die Behörden ließen jetzt bei den Deutschen in den Grenzorten Haussuchungen nach Waffen vornehmen und fanden in der Tat ganze 125 Mäusergewehre und zehntausend scharfe Patronen. Sie triumphierten: da sei es doch erwiesen, daß die Deutschen eine Verschwörung gegen den Staat anzettelten! Aber dem wollte man schon beikommen! Als Vergeltung für den 18. Juli berief die tschechoslowakische Legionärgemeinde in die deutsche Stadt Aussig eine Versammlung für den 31. Juli ein. Mit erbitterter Wut sahen die Deutschen, wie in ihrer Stadt die Tschechen die Herren spielten. Es kam zu Reibereien und Zusammenstößen, weil sich, wie die Tschechen behaupteten, die Deutschen „provokatorisch“ benahmen. Die Wut der Deutschen wurde noch dadurch gesteigert, daß eine von den deutschen Parteien einberufene Protestversammlung gegen die Kundgebung der Legionäre durch die Regierung verboten worden war.

Zweitausend Deutsche strömten auf dem Marktplatz zusammen. Unruhe und Erregung durchbebte die Menge. Ein deutscher Abgeordneter hielt eine Rede. Plötzlich erschienen tschechische Legionäre und versuchten die Deutschen zu umzingeln. Die bewaffneten Tschechen gaben mehrere Schüsse ab, um die Deutschen zu verjagen. Ein allgemeiner Tumult erhob sich, zehn Deutsche wurden durch Schüsse verletzt, einer von ihnen starb an seiner Verwundung. Den ganzen Tag bis in die Nacht hinein herrschte in der Stadt eine Erregung, die bei dem geringsten Anlaß augenblicklich zu einer Katastrophe führen konnte. An mehreren Stellen wiederholten sich denn auch die Zusammenstöße zwischen den demobilisierten Legionären und dem Volke. Die Legionäre versuchten sogar, in die Kaserne einzudringen, um Waffen und Verstärkungen heranzuholen. Noch spät abends um 11 Uhr trafen polizeiliche Unterstützungen von auswärts ein.

Der Bürgerkrieg von Aussig zeigte wieder einmal die tiefen unversöhnlichen Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen auf. Der Kampf setzte sich am 3. August im Abgeordnetenhaus fort. Zwischen den Abgeordneten beider Nationalitäten kam es zu tätlichen Angriffen. Vier deutsche Abgeordnete wurden vom tschechischen Präsidium von der Sitzung ausgeschlossen und aufgefordert, den Saal zu verlassen. Sie gingen nicht. Ein Handgemenge entspann sich, das zwanzig Minuten dauerte. 24 Polizisten mußten gerufen werden, welche die deutschen Abgeordneten gewaltsam entfernten. - Das Tschechenvolk selbst tobte vor Wut gegen die Deutschen. Die tschechische Presse machte ihrer eigenen Regierung die schwersten Vorwürfe, sie sei zu nachlässig gegen die deutschen Hochverräter, sie werde noch den Untergang des Staates auf dem Gewissen haben! Vor allem wurde der Regierung vorgeworfen, sie schütze nicht die tschechischen Minderheiten im sudetendeutschen Gebiete. Am 12. August versammelte sich in Reichenberg ein Kongreß der tschechischen Minderheiten, zugleich tagten dort die Ortsgruppen der nordböhmisches Tschechisierungsvereine (Jednota).

384

Hier wurden die radikalsten Tschechisierungsforderungen erhoben: das deutsche Element sollte unverzüglich aus der Verwaltung verdrängt werden. Hinaus mit den deutschen Beamten! In die freiwerdenden Stellen sollten Legionäre hinein. Hinweg mit der deutschen Schule, der deutschen Polizei, mit der deutschen Selbstverwaltung in der Sozialfürsorge, hinweg mit den deutschen Namen der Straßen, Plätze, Gebäude usw.! Die großdeutschen Fahnen und Lieder müssen verboten werden, die deutschen Zeitungen müssen der Zensur unterworfen werden! Schwere Strafen dem, der sich nicht fügt!

Die Tschechen verlangten so viel von ihrer Regierung, daß sie es gar nicht auf einmal zu erfüllen in der Lage war. Die Regierung war in eine bedenkliche Sackgasse geraten: das eigene Volk machte ihr die schwersten Vorwürfe, sie sei zu nachsichtig gegen die Deutschen. Die Deutschen lehnten wegen ihrer Rücksichtslosigkeit jede Auseinandersetzung mit ihr ab, seit dem 3. August betraten die deutschen Abgeordneten nicht mehr das Parlament. Es gab nur einen Ausweg: den Rücktritt. Am 26. September 1921 hatte Benesch als Ministerpräsident und zugleich Außenminister eine neue Regierung gebildet, in der Cerny das Innere übernahm. Die Deutschen bezeichneten diese Regierung ihnen gegenüber weniger belastet als die früheren Regierungen, sie wünschten und hofften, daß eine Verständigung nun möglich sei. Am 8. Oktober beschlossen sie, vorläufig wieder an den Tagungen des Parlaments teilzunehmen. Die Tschechen urteilten nicht mit Unrecht, daß dies Verhalten der Deutschen einen Sieg der gemäßigten deutschen

Mittelparteien und eine Niederlage des radikalen Flügels unter Lodgemann darstelle. In der Tat war der bisher vorherrschende Einfluß der deutschnationalen Strömung unter Lodgemann gebrochen. In diesem Herbst begannen die deutschen Mittelparteien mit dem Versuch, aktive Politik auf maßvoller Grundlage zu treiben und eine nationale Einheitsfront sämtlicher Deutschen anzustreben; sie traten daher auch mit den deutschen Sozialdemokraten in Verhandlungen ein. Diese aber lehnten die nationale Einheitsfront beharrlich ab mit dem Bemerken, für sie käme nur die proletarische Einheitsfront mit den tschechischen Sozialdemokraten in Frage.

385

Deutsche unter Fremdherrschaft 386

Darin hatten sie sich allerdings sehr getäuscht, denn die tschechischen Sozialdemokraten fühlten sich nicht als internationale Partei, sondern als tschechische Nationalisten; eine solche Haltung wurde ihnen durch die Umstände aufgezwungen.

Da ereignete sich plötzlich wieder ein schwerer, blutiger Zusammenprall zwischen Deutschen und Tschechen, der alle Hoffnungen auf maßvolle Verständigung und Versöhnung zerstörte und ein neuer tragischer Beweis für die Spannung und Feindschaft unter den Nationalitäten war. Das sinnlose Ödenburger Abenteuer Kaiser Karls im Oktober 1921 veranlaßte die tschechoslawakische Regierung, ihre Armee zu mobilisieren. In Graslitz kam es gleich am ersten Mobilmachungstage, dem 27. Oktober, zu blutigen Zusammenstößen zwischen deutschen Demonstranten und tschechischem Militär. Die deutschen Militärpflichtigen weigerten sich, dem Einberufungsbefehl Folge zu leisten und machten einen Umzug durch die Stadt. Unverzüglich eröffneten die tschechischen Soldaten ein lebhaftes Feuer auf die Deutschböhmen und trieben sie mit Gewalt auseinander. Das Standrecht wurde verhängt. Zwölf Deutsche waren getötet, sechsundzwanzig verwundet worden. Die Regierung in Prag versprach, diesen neuen Konflikt mit Ruhe und Wohlwollen zu lösen. –

Doch alle Versprechungen der Regierung hatten keinerlei Bedeutung. Ganz abgesehen davon, daß den untergeordneten Behörden ein sehr weitgehendes freies Ermessen in der Durchführung der Minderheitengesetze zugestanden war und auf diese Weise die Politik der Nadelstiche hemmungslos betrieben werden konnte, wurde auch von oben herab täglich aufs neue die Axt an die Wurzel des Deutschtums gelegt. Mit zähem Eifer wurden die Großgrundbesitzer längs der bayrischen, sächsischen und österreichischen Grenze enteignet. Ihre gewaltigen Waldungen fielen an den Staat, während tschechische Industrie- und Börsenmagnaten sich der Ländereien bemächtigten. Die vom staatlichen Bodenamt gezahlten „Entschädigungen“ betrugen häufig weniger als ein Zehntel des Wertes, so daß die Besitzer fürstlicher Güter als arme Leute ihre Schlösser verließen.

386

Bespitzelung der Deutschen 387

Deutsche Förster, Köhler, Tagelöhner wurden verjagt, Tschechen traten an ihre Stelle. An die 700 000 Deutsche wollten die Tschechen auf diese Weise im Laufe der Zeit brotlos machen. Die in Not Geratenen durften nicht einmal von den Deutschen unterschätzt werden, nur ganz im geheimen konnte dies geschehen.

Die deutschen Beamten wurden bespitzelt und bei der Regierung denunziert. Auf Schritt und Tritt wurden sie belauert, ein unbedachtes Wort, eine harmlose Tat wurden sofort zum Hochverrat gestempelt, und der Deutsche wurde ohne Anspruch auf Pension entlassen. Manche Familie geriet in Not und Elend. Nur allzu bereit gab die Regierung den Einflüsterungen nach. Lehnte ein pflichttreuer Beamter jede Einmischung von Privatpersonen in Amtshandlungen ab, dann war das schon ein Grund

zu einer Denunziation und zum Vorgehen der Regierung, zur Pensionierung des „pflichtvergessenen“ Beamten. Hinter jedem gemäßregelten deutschen Beamten lauerten bereits zwei tschechische Legionäre, die zwar keine Kenntnisse besaßen, aber ihren Anspruch auf staatliche Versorgung geltend machten. Vor allem aber sorgten die Sokols (Turnvereine), Legionärgemeinden, Schützenverbände, Feuerwehren, Gesangvereine, Wandervereine, Gewerkschaften und die ausgesprochenen Tschechisierungsvereine (Jednotas) für eine systematische Zersetzung des deutschen Volkstums in Böhmen und Mähren. Besonders rührig waren die Jednotas, die den Böhmerwald, Nordböhmen, Mähren und Schlesien mit einem dichten Netz von Ortsgruppen überzogen, dessen Knotenpunkte Prag, Olmütz, Iglau, Troppau, Brünn waren. Sie verfügten über reiche Geldmittel, und waren so in der Lage, nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich zu wirken. Sie kauften deutsche Besitztümer auf, brachten verschuldete deutsche Besitzer durch Leihgelder in ihre finanzielle Abhängigkeit. Auch auf die Tschechisierung der Verwaltung hatten sie einen maßgebenden Einfluß gewonnen. Sie brachten tschechische Postmeister, Eisenbahnbeamte, Gendarmen, Finanzbeamte, die häufig kein Wort Deutsch verstanden, in rein deutsche Ortschaften. Häufig waren die Tschechen verheiratet, brachten Kinder mit.

387

Deutsche unter Fremdherrschaft 388

Nun begann die Jednota mit Zähigkeit eine tschechische Schule zu fordern. Sie wurde von der Presse unterstützt, und bald wurde die Schule errichtet, ein Lehrer kam, ein Turnsaal, eine Bücherei, ein Versammlungslokal wurden gebaut. Der nächste Schritt war der, daß die Tschechen in deutsche Familien eindringen, die ledigen Söhne verlobten sich mit deutschen Mädchen, heirateten sie, brachten die deutsche Familie unter ihren Einfluß. Zwar wurden von den andern Deutschen die pflichtvergessenen Mädchen angeprangert, im Egerlande schnitt man ihnen die Zöpfe ab, doch dann kam die Staatsgewalt, die Polizei, und nahm die Deutschen in schwere Strafen.

Die Schulfrage wurde von den Tschechen sehr einseitig behandelt. Wenn die Zahl der tschechischen Kinder bei weitem nicht die Mindestzahl von 40 erreichte, wurde bereits eine tschechische Schule errichtet, sank aber die Zahl der deutschen Kinder nur wenig unter 40, dann wurde die deutsche Schule geschlossen. Hierüber gerieten die Deutschen in große Erbitterung, und Mitte Juni 1922 erhob sich im Abgeordnetenhaus eine Debatte über die Aufhebung deutscher Schulen und Schulklassen. Die Deutschen beschwerten sich darüber, daß alle deutschen Schulen und Klassen mit weniger als 40 Kindern rücksichtslos aufgelöst würden. In rein deutschen Orten würden kinderreiche Tschechenfamilien untergebracht, denen die besten Schulgebäude gegeben würden. Es seien bis jetzt 193 deutsche Schulen oder 1288 deutsche Klassen aufgelöst, weiteren 30 Schulen stehe dasselbe Schicksal bevor. Der deutsch-nationale Schollech schleuderte den Tschechen wilde Worte ins Gesicht: „Eine ungeheure Erbitterung herrscht in allen Teilen der Bevölkerung, Sie werden die Deutschen dazubringen, daß man die tschechischen Minderheiten mit dem Dreschflegel und dem Revolver hinaustreiben wird!“ Nur mit Mühe wurden Zusammenstöße und Tätlichkeiten verhindert. Der Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokraten schlug die Bildung nationaler Kammern vor, damit in dieser Form einer nationalen Selbstverwaltung der Völkerstreit in der Tschechoslowakei beigelegt werde. Ein neuer schwerer Schlag gegen die deutschen Bürger und Bauern war die Entwertung der Kriegsanleihe, die seit 1922 betrieben wurde und einer Annullierung gleichkam.

388

Tschechisches Republikenschutzgesetz 389

Die Tschechen allerdings hatten dem Staate der Habsburger keine Kriegsanleihen gegeben, sie wurden also auch nicht durch den Verfall betroffen. Dazu kam eine Vermögensabgabe, die zu hoch veranlagt wurde und den Bauern fast alle Betriebsmittel nahm.

Anfang Oktober 1922 trat die neue Regierung Svehla in Erscheinung. Die versöhnungsbereiten deutschen Mittelparteien ließen sich von den tschechischen Sirenengesängen in zunehmenden Maße betören und entfernten sich von der unverändert radikal ablehnenden Haltung der Deutschnationalen und Nationalsozialisten immer mehr. Der deutsche Parlamentarische Verband wurde von innen heraus unterwühlt und geriet auf die abschüssige Bahn des völligen Zerfalles. Die Tschechen unterstützten diesen Prozeß, indem sie den Keil in die deutschen Parteien immer tiefer hineintrrieben durch das Gesetz zum Schutze des Staates, welches die Abgeordnetenversammlung am 7. März 1923 annahm und das sich gegen die „hochverräterischen“ Umtriebe der Deutschen und Ungarn richtete. Es kam zwar bei der Aussprache über das Gesetz zu scharfen Zusammenstößen, in deren Verlauf die deutschen und slowakischen Abgeordneten den Saal verließen, aber es blieb hinfort eine grundsätzliche Frage nach der Art des Hochverrates, an der sich der innerdeutsche Streit zwischen den tschechenfeindlichen und verfassungstreuen Parteien ergiebig zu nähren vermochte. An der Verfassung gemessen, mußte den deutschen Mittelparteien das Nationalitätsprinzip und die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes von seiten der Rechtsparteien bereits als Hochverrat erscheinen, insbesondere, da das an sich schwache Sudetendeutschtum weder von Österreich, noch vom Deutschen Reiche, noch vom Völkerbunde, noch von irgendeinem andern Staate oder Verbände auf tatkräftige Unterstützung in seinem Kampfe rechnen konnte. Die Saat, die dieses Gesetz gestreut hatte, trug mählich Früchte. Die deutschen Mittelparteien glaubten zu erkennen, daß unfruchtbare Opposition zu nichts führe. Sie verwiesen das Selbstbestimmungsrecht kurzerhand ins Reich der politischen Phantasien.

389

Deutsche unter Fremdherrschaft 390

So standen sich im deutschen Parlamentarischen Verbands bald zwei Auffassungen unversöhnlich gegenüber: die deutschnationale, welche die Zukunft des Sudetendeutschums im Auge hatte und diese nicht um kleine Vorteile der Gegenwart opfern wollte, sondern den Freiheitswillen wachzuhalten als ihre größte Pflicht erachtete, und die mittelparteiliche, die da glaubte, ohne eine grundsätzliche Änderung in der Einstellung des Staates zu seinen Deutschen abwarten zu müssen, durch politische Mitarbeit am Aufbau des Staates, insbesondere auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, Erleichterungen erreichen zu können. Die Kluft zwischen der „negativistischen“, im Sinne des Gesetzes hochverräterische, und der „aktivistischen“, verfassungstreuen Richtung, war unüberwindlich geworden. Am 29. Oktober 1923 zerfiel der deutsche Parlamentarische Verband. Die Deutsch-Demokratische Freiheitspartei, der Bund der Landwirte, die Christlich-Sozialen und die Gewerbetreibenden schlossen sich zur „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ zusammen. Ihr maßvolles und bescheidenes Ziel sollte sein: die Erringung der Selbstverwaltung für das geschlossene deutsche Sprachgebiet.

So standen sich von nun an unter den Deutschen der Tschechoslowakei vier einander heftig bekämpfende Gruppen gegenüber: die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Deutsche Arbeitsgemeinschaft und die Sozialdemokraten. Und gerade diese letzten waren in jenen Tagen wieder einmal eifrig aber vergeblich dabei, sich der tschechoslowakischen Sozialdemokratie aufs engste zu verbinden. Am 26. Oktober verhandelte in Prag eine internationale sozialistische Kommission mit den sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei über eine Verschmelzung. Allerdings wurde festgestellt, daß zunächst eine organisatorische Einigung und eine Einigung auf eine gemeinsame Politik - die tschechoslowakischen Sozialdemokraten hatten im März dem Schutzgesetz zugestimmt - nicht möglich sei,

aber es sollten wenigstens die Vorarbeiten geleistet werden, um die Voraussetzungen für eine Verständigung zu schaffen. Das ursprüngliche deutsche Ziel, daß im November 1918 fast alle Deutschen ihr Sudetenland erstrebten, war jetzt nur noch bei Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu finden.
390

Enteignungen und Beamtenentlassungen 391

Der Kreis der wahren deutschen Kämpfer war sehr zusammengeschmolzen. Auf dem Parteitag der Deutschen Nationalpartei am 11. Mai 1924 erklärte der Vorsitzende Lodgemann: Der tschechoslowakische Staat sei ein Mittel der französischen Machtpolitik zur Sicherung der Pariser Friedensverträge, welche die Zerschlagung des Deutschtums in Europa bedeuten. „Sie zu beseitigen ist unsere Aufgabe. Jede großdeutsche Politik muß sich in dieser Richtung innerhalb als auch außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches betätigen.“ Allerdings, die Ausrichten für den Erfolg des deutschen Kampfes hatten sich verringert, seitdem die deutsche Mitte die Front der Nationalen verlassen hatte.

Den Tschechen kam diese Schwächung des Deutschtums sehr gelegen. Sie verstärkten ihre Bemühungen der Bodenreform und benutzten diese zu teilweise gewaltsamer Sozialisierung, sie drosselten Schulen, knebelten Presse- und Versammlungsfreiheit, und verdrängten deutsche Landwirte. Im Saazer Lande waren allein 40 deutsche Meierhöfe auf Grund der Bodenreform in tschechische Hände gebracht worden. Die deutschen Güter kamen recht billig in den Besitz des Staates, um dann an ehemalige Legionäre weitergegeben zu werden. So wurde ein Gut für 60 000 Kronen gekauft, das einen Verkaufswert von 800 000 Kronen hatte; ein tschechischer Volksliebhaber, ein Boxer, wurde hineingesetzt, der sofort sämtlichen deutschen Angestellten und Arbeitern kündigte. Diese neuen Tschechenherren hausten wie die Barbaren. So wurden auf Schloß Smetscho in Böhmen die im Archiv aufbewahrten kostbaren Aktenstücke den Fleischern der Umgegend als Packpapier für Wurst und Fleisch verkauft. Ebenso wurden alle Bilder, die Statuen aus der Schloßkapelle, die Statuen vorn Schloßtor und andere wertvolle Kunstgegenstände verschleudert. Welche Verbrechen gegen die Kultur, die Dutzende deutscher Geschlechter mit Fleiß und Liebe geschaffen, bewahrt und vermehrt hatten! Seit Mitte 1924 holten die Tschechen zu neuen, wuchtigen Schlägen gegen die Deutschen aus. Mit der Enteignung der deutschen Wälder fing es an. Die Regierung beschlagnahmte umfangreiche Waldgebiete auf Grund des Bodenreformgesetzes.
391

Deutsche unter Fremdherrschaft 392

Dann aber kam das gefährliche Beamtenabbaugesetz, das das Parlament im November und Dezember 1924 beschäftigte. Bereits am 19. Dezember 1924 nahm das Abgeordnetenhaus das Gesetz an, wonach 10 Prozent der Beamtenstellen eingezogen, also etwa 30 000 Beamte abgebaut werden sollten. Die deutschen Abgeordneten erklärten, das Gesetz sei nur dazu geschaffen, um Tausende von deutschen Beamten aus ihren Stellen zu verdrängen.

So brachte das Locarnojahr 1925, das Jahr der Weltverbrüderung und Völkerversöhnung, einen neuen Sturmangriff des Tschechentums gegen die Sudetendeutschen. Das staatliche Bodenamts, das die Bodenreform durchzuführen hatte, beschlagnahmte am 21. August 1925 die Bäder und Quellen von Marienbad, die Eigentum des deutschen Stiftes Tepl waren, und nahm sie vier Tage später in staatliche Verwaltung. Dieser Vorgang erregte großes Aufsehen in der Welt, so daß Mitte Januar 1926 die Bürgermeister der Kurorte Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, Johannisbad und Joachimstal beim Völkerbund Beschwerde wegen dieser Konfiskation deutschen Besitzes und gegen die Tschechisierungsmaßnahmen der Prager Regierung

erhoben.

Mitte September kündigte die Regierung einen neuerlichen Schulsturm an; in Böhmen allein sollten 681 deutsche Schulklassen aufgehoben werden. Der Schritt wurde mit dem Rückgang der Schülerzahl begründet. Die Gesamtzahl der Schüler sei in der Tschechoslowakei um rund 70 000 zurückgegangen. Bereits zu Anfang des Schuljahres seien 2226 Klassen, darunter nur 817 deutsche, aufgehoben oder zusammengelegt worden. Auch der Beamtenabbau brachte den Deutschen schwere Verluste. Zum 1. Dezember 1925 wurden in Sudetendeutschland zweitausend deutsche Postbeamte abgebaut. Und da hatte die neue Regierung Svehla den Mut, in ihrer Regierungserklärung vom 9. Dezember für einen Abbau des sozialen, religiösen und nationalen Hasses einzutreten und Locarno als einen Fortschritt auf diesem Wege zu begrüßen! Darüber erhob sich ein ungeheurer Lärm und die deutschen Nationalsozialisten sagten, daß sie niemals die Friedensverträge als Rechtsgrundlage anerkennen würden, da sie zu Unrecht in den tschechischen Staat eingepfercht seien.

392

Zersplitterung der Deutschen 393

Allerdings traf die Sudetendeutschen selbst einen großen Teil der Schuld an diesen Zuständen: sie befanden sich in einem geradezu unwürdigen Stadium der Selbstzerfleischung. Im Hinblick auf die Mitte November stattfindenden Wahlen wurden im September und Oktober 1925 wochenlange Verhandlungen unter den bürgerlichen Parteien der Sudetendeutschen gepflogen, die den Zweck hatten, eine Einigung herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden vom Bunde der Landwirte geführt, allerdings war nur ein Teil dieser Organisation für die Einigungsbestrebungen, während der andere Teil und der Vorsitzende Krschepek selbst entschieden Gegner einer Einigung mit der Nationalpartei waren!

Am 16. Oktober endlich wurden die Satzungen für einen vetofreien „Sudetendeutschen Verband“ und eine Einheitsliste für die bevorstehenden Parlamentswahlen aufgestellt. Am 18. Oktober wurde das Ergebnis bekanntgegeben, und die deutsche Bevölkerung jubelte. Der Sudetendeutsche Verband umschloß sämtliche nichtmarxistische Parteien.

Aber schon am gleichen Tage gelang es dem Bund der Landwirte, in welchem der oppositionelle Teil die Oberhand gewonnen hatte, und den Christlich-Sozialen - beide Parteien waren gegen eine Einigung mit der Nationalpartei -, die Nationalsozialisten zu bestimmen, die Einheitsliste abzulehnen.

Am 20. Oktober folgten Gewerbetypen und Christlich-Soziale diesem Beispiel, und der Bund der Landwirte erklärte jetzt, seine Bemühungen seien gescheitert. Am 6. November gaben die vier nichtmarxistischen Mittelparteien einen scharfen Aufruf gegen die Nationalpartei heraus, und die folgenden acht Tage wurden von einem erbitterten, wilden Wahlkampf ausgefüllt.

Dennoch hatte die Wahl am 15. November noch einen erfreulichen Ausgang genommen. Zwar hatten die deutschen Abgeordneten zahlenmäßig einen Verlust erlitten, 1920 befanden sich im Abgeordnetenhaus unter 293 Abgeordneten 70 Deutsche, d. h. 23,9 Prozent, 1925 dagegen unter 300 Abgeordneten nur 66 Deutsche, d. h. 22 Prozent, aber der Verlust traf die Sozialdemokraten, die statt 29 nur noch 17 Abgeordnete bekamen; allerdings waren 8 Sozialdemokraten zu den Kommunisten abgewandert.

393

Deutsche unter Fremdherrschaft 394

Insgesamt hatten die deutschen Stimmen seit 1920 um 36 000 zugenommen. Das Ergebnis der Wahlen war nun, daß die stark geschwächten deutschen Sozialdemokraten eine noch engere Anlehnung an die tschechischen Genossen suchten, während die Negativisten unbeugsam auf ihrer Forderung des

Selbstbestimmungsrechte bestanden. Der Bund der Landwirte dagegen begann Anfang Dezember neue Einigungsverhandlungen unter Ausschluß der Nationalpartei, die am 5. Februar 1926 zur Bildung des „Deutschen Verbandes“ führte. Dieser war der Zusammenschluß der Nationalsozialisten und der vier mittelparteilichen Parteien, und sein Gegensatz zur Nationalpartei artete geradezu zu einer Ächtung dieser Partei aus, denn den Mitgliedern des Deutschen Verbandes wurde verboten, Anträge und Interpellationen der Nationalpartei zu unterschreiben oder zu unterstützen. Die Tendenz des Deutschen Verbandes ging infolge der Vorherrschaft der Mittelparteien auf Zusammenarbeit mit den Tschechen hin. Am 4. Februar 1926 erschien endlich infolge des unablässigen Drängens der Deutschen die Durchführungsverordnung zum Sprachgesetz von 1920. Der Geltungsbereich war auf die Ministerien des Innern, der Justiz, Finanzen, öffentlichen Arbeiten, des Handels und Gesundheitswesens beschränkt. Für Post und Eisenbahn war nur die Staatssprache zuständig. Von den Beamten wurde Kenntnis der Staatssprache und der Minderheitensprache verlangt; doch war dem freien Ermessen der untergeordneten Dienststellen ein allzu großer Spielraum gewährt. Die Regierungsverordnung entsprach also keineswegs den Erwartungen der Deutschen. Demnach hatte diese Verordnung, wie einst das Staatsschutzgesetz, die taktische Aufgabe, von der Regierung eine Brücke zu schlagen zu den deutschen Mittelparteien und diese aus der Deutschen Front zu lösen. Es war ein Versuch, den die Tschechen mit diesem Blendwerk unternahmen, und sie waren keineswegs sicher, ob er glückte. Das hing von dem Verhalten der deutschen Mittelparteien ganz allein ab.

394

Regierungswechsel 395

Am 16. Februar erschien die Regierung vor dem Parlament und erwartete einen deutschen Obstruktionssturm, insbesondere, da kurz zuvor gerade der Deutsche Verband unter dem Einfluß der Nationalsozialisten der Sprachenverordnung den schärfsten Kampf angesagt und erklärt hatte, daß er die Vereinheitlichung der deutschen Politik innerhalb und außerhalb des Parlamentes anstrebe. Jedoch erschienen zur Parlamentssitzung vom Deutschen Verbands nur die Nationalsozialisten, welche die Obstruktion der Deutschnationalen unterstützten, und die Christlich-Sozialen, die sich völlig passiv verhielten, während Bund der Landwirte und Gewerbetypartei erst zwei Stunden später nach Beendigung der Obstruktionsszenen erschienen. Sie nahmen an der Wahl des Präsidiums teil, in das der Landbundabgeordnete Spina gewählt wurde.

Die allnationale tschechische Regierungskoalition des Ministeriums Svehla geriet Anfang März in eine bedenkliche Lage. Die tschechischen Kleriker verlangten eine Erhöhung der Kongrua, der staatlichen Besoldung der Seelsorgegeistlichkeit, und die tschechischen Agrarier forderten Erhöhung der Einfuhrzölle. Beides lehnte die tschechische Sozialdemokratie ab, und sie schied aus der Regierung aus, so daß das Kabinett Svehla zurücktrat. Am 18. März 1926 wurde das Beamtenkabinett Cerny gebildet, das keine parlamentarische Mehrheit gehabt hätte, wenn nicht jetzt die Christlich-Sozialen, der Bund der Landwirte und die Gewerbetypartei für Kongrua und Zollvorlage gestimmt hätten, im Juli 1926.

Es war ja klar, daß die Interessen der Christlich-Sozialen und der tschechischen Klerikalen sowie der deutschen und tschechischen Bauern in vielen Punkten auf wirtschaftlichem Gebiete zusammenfielen, aber die Deutschnationalen machten diesen Parteien zum Vorwurf, sie hätten vorzeitig und ohne nationalpolitische Zugeständnisse die Regierung gerettet, statt die für den tschechischen Nationalstaat gefährliche Krise ausreifen und das bisherige Regierungssystem zusammenbrechen zu lassen. Im Frühjahr 1926 war nämlich der Augenblick gekommen, da der feste nationaltschechische Regierungsblock, der seit 1918 bestand und die Deutschen bedrückte, zu zerfallen drohte, und da hätten die deutschen Mittelparteien nach Ansicht der Rechtsparteien den Tschechen helfen sollen, um den Zerfall des Staatsgebildes nicht aufzuhalten.

In der Tat war der Nationalismus der deutschen Mittelparteien unter der verhängnisvollen Locarnopsychose stark „versachlicht“, d. h. zersetzt, die nationalen Gesichtspunkte traten hinter die wirtschaftlichen zurück. Von nun an stimmten die drei deutschen Mittelparteien stets für die Regierung, gegen die deutschen Nationalsozialisten und die deutsche Nationalpartei, und so war es eine folgerichtige Entwicklung, daß, als am 12. Oktober ein neues Kabinett Svehla gebildet wurde, auch zwei Deutsche, der Landbündler Spina als Arbeitsminister und der Christlich-Soziale Mayer-Harting als Justizminister - beide Universitätsprofessoren der deutschen Universität Prag - in die Regierung eintraten. Die deutschen Mittelparteien hatten das Ziel ihres Kurses erreicht, den sie seit 1922 verfolgt hatten: sie hatten sich mit den tschechischen Mittelparteien zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen zusammengeschlossen, unbekümmert darum, daß die tschechische Regierung den Kampf gegen die Deutschen in der rücksichtslosesten Weise mit polizeilicher Überwachung und Bespitzelung fortsetzte, daß Deutsche, die mit Deutschturnverbänden im Reiche in Briefverkehr standen, zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, ohne daß irgendein Grund oder überhaupt etwas Verdächtiges vorgelegen hätte!

Diese neue bürgerliche deutsch-tschechische Regierung ohne Marxisten erregte auf beiden Seiten aufs leidenschaftlichste die Gemüter. Der Nationaldemokrat Kramarsch vertrat zunächst die Ansicht, daß die Aufnahme von Deutschen in die Regierung unvereinbar sei mit dem Charakter des Staates, welcher der tschechoslowakische Nationalstaat sei und bleiben müsse. Svehla dagegen begrüßte die parlamentarische Zusammenarbeit, denn sie drücke eine Stabilisierung der Verhältnisse aus; die Demokratie kenne nur eine Zusammenarbeit ohne Unterschied der Nation und Konfession; die Differenzen der Kulturen könnten zwar nicht verschwinden, aber die Liquidation dieser Differenzen werde verbessert werden. Der Präsident Masaryk war vorsichtig, zurückhaltend. „Ich drücke darüber Genugtuung aus“, sagte er, „daß sich unsere deutschen Landsleute zur Mitarbeit in der Regierung entschlossen haben. Ich überschätze diesen ersten Schritt nicht, aber ich erblicke in der persönlichen Berührung der Regierungsparteien und in der administrativen Zusammenarbeit eine gute Bedingung für die weitere politische Annäherung.“

Die deutschen Nationalsozialisten und die Deutschnationalen verwarfen aufs entschiedenste die Regierungsbeteiligung der Deutschen. Im Senat erklärte der deutschnationale Senator Hartl am 22. Oktober: „Für jede gesperrte deutsche Schulklasse, für jeden abgebauten deutschen Beamten, für jeden den Tschechen überlieferten Hektar deutschen Bodens und für die Handhabung der Sprachenverordnung macht die deutsche Nationalpartei die Vertrauensmänner der deutschen Parteien in der Regierung verantwortlich. Ich bin überzeugt, daß sich die deutschen Minister der ungeheuren Verantwortung nicht bewußt gewesen sind, als sie sich ohne vorherige Sicherstellung der Erfüllung nationaler Mindestforderungen zur Teilnahme an der Regierung bereit erklärt haben. Das tschechische Volk ist noch viel zu sehr von der Ideologie des tschechischen Nationalstaates erfüllt, als daß die Zeit zu einem wirklichen Ausgleich zwischen den Deutschen und den Tschechen gekommen wäre.“ - Auch der deutsche Sozialdemokrat Czech kritisierte den Eintritt der Deutschen in die Regierung. Bei der Abstimmung im Parlament am 20. Oktober erlangte die deutsch-tschechische Koalition einen Sieg von 159 gegen 113 Stimmen. Dagegen gestimmt hatten die deutschen Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die deutschen Sozialdemokraten, die tschechoslowakischen

Nationalsozialisten, die tschechoslowakischen Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Nach dieser Wendung konnten die Nationalsozialisten nicht länger dem deutschen Verband angehören. Am 3. Dezember 1926 schieden sie aus mit der Begründung, daß die beiden deutschen Parteien nach ihrem Eintritt in die Regierung die sudetendeutschen Interessen nur mangelhaft vertreten. Die erste Tat des neuen Justizministers Mayr-Harting war, daß er am 23. Dezember 1926 einen Erlaß zur Sprachenverordnung herausgab, der einige Erleichterungen bringen sollte.

397

Deutsche unter Fremdherrschaft. 398

Es wurde verfügt, daß Gerichte in Gebieten, wo weniger als ein Fünftel nationale Minderheiten bestehen, verpflichtet sein sollen, den Parteien mündlich in ihrer Muttersprache zu antworten, um Rechtsnachteile für diejenigen zu vermeiden, die der Amtssprache nicht mächtig seien. Im großen ganzen machten aber die Tschechen, was sie wollten, und kümmerten sich herzlich wenig um die zwei Deutschen in der Regierung.

Der Arbeitsminister Franz Spina führte im November 1928 (Süddeutsche Monatshefte) folgendes aus: „Praktisch bedeutet die deutsche Beteiligung an der Regierung wenn auch nicht die völlige Einstellung, so doch die erhebliche Milderung des tschechischen Eroberungskampfes gegen das deutsche Element, der mit dem Umsturz eingesetzt hatte. Unter dem Druck dieser Einsicht erklärten denn auch bereits anfangs Oktober 1927 die Sprecher der beiden radikalsten negativistischen Parteien, der Deutschnationalen und der nationalsozialistischen Partei, im Parlament, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des Staates stellen und unter gewissen Voraussetzungen auch zur Mitarbeit am Staate, d. h. also zum Eintritt in die Regierung bereit seien. Damit wurde der Streit der Meinungen vom Grundsätzlichen auf das Gebiet der Taktik verschoben.“

Spina sagt weiter: „In den zwei Jahren unserer Mitarbeit in der Regierung wurde eine vollständig geänderte Atmosphäre im nationalpolitischen Leben beider Völker geschaffen. Vor allem wurde durch die Beteiligung der Deutschen viel Schlimmes verhütet oder doch wenigstens gemildert. Dinge, die noch vor zwei Jahren unmöglich waren, gelten heute als selbstverständlich. Ich verweise darauf, daß im Vorjahre zunächst die tschechische und deutsche Sozialdemokratie auf diesem Wege der tatsächlichen Annäherung gefolgt ist, daß weiterhin vor einigen Wochen der deutsche Industriellenverband sich mit der tschechischen Organisation eng zusammengeschlossen hat. Das sind Symptome für eine Versachlichung zunächst auf dem Boden der Wirtschaft, die aber die Voraussetzung für eine spätere programmatische Lösung des Nationalitätenproblems bildet.“

Tatsächlich aber hatte sich das Verhalten der Tschechen doch wenig geändert. 1927 führten die Tschechen die Bodenreform mit vollem Erfolge zu Ende.

398

Bodenentdeutschung 399

Es waren da in acht Jahren 1730 Besitzer von Gütern, die größer als 250 Hektar waren, enteignet worden. Vier Millionen Hektar an Grund und Boden, drei Zehntel des ganzen Staatsumfanges, waren tschechisiert worden, und zwar 17 Prozent der gesamten Ackerfläche und 53 Prozent der gesamten Waldfläche des Staatsgebietes. Die Wälder waren dem Staat anheimgefallen, auf dem Acker waren über 300 000 tschechische Siedlerfamilien angesetzt worden. Nur 15 000 Hektar waren deutschen Siedlern gegeben worden, und von den Restgütern bekamen Deutsche kaum ein Dutzend! Die ehemaligen Besitzer, sie waren zu 75 Prozent Deutsche gewesen, waren arme Leute geworden. Nicht nur, daß sie bloß etwa ein Achtel oder ein Zehntel des Wertes ersetzt bekamen, sondern der Betrag wurde ihnen nicht ausgezahlt. Er wurde

ins Staatsschuldenbuch eingetragen und mit 0,5 vom Hundert amortisiert. Bei dieser Methode läßt sich nicht nur verstehen, daß die Tschechen eine derart monumentale Enteignung durchführen konnten, sondern daß sie auch damit noch ein hervorragendes Geschäft machten. - Die Maßnahmen des Staates, die Deutschen zu verproletarisieren, sie in die Tiefe und in die Not zu stoßen oder zur Auswanderung zu bewegen, waren also ungeheuer tiefgreifend. Sie erfaßten jeden Stand: der Arbeiter mußte aus den Fabriken weichen, um den Tschechen Platz zu machen, der Beamte wurde aus seinem Wirkungskreis verdrängt, der Besitzende wurde fast nackt ausgeplündert!

Und dann das Schulwesen! Von 1918/19 bis 1927/28 hatten die Deutschen 300 Volksschulen oder 3000 Volksschulklassen verloren, von den Mittelschulen waren 27 aufgelassen worden, im ganzen hatte es ehemals deren 96 gegeben! Vor allem aber mußten die deutschen Minister ihre Zustimmung zu einigen sehr bedenklichen Maßnahmen der tschechischen Regierung geben. Zwar hatten sie die Absicht der Regierung unterstützt, daß den Soldaten das Wahlrecht entzogen werden sollte. Aber wie kam die Regierung damit bei dem Parlamente an! Der tschechische Nationalsozialist Spatny verwahrte sich im Abgeordnetenhouse sehr energisch gegen diese Absicht. Durch die Entpolitisierung des Heeres werde in zahlreichen Städten den Deutschen eine Wahlmehrheit wiedergegeben!

399

Deutsche unter Fremdherrschaft 400

Ja, die deutschen Wahlmehrheiten zu brechen war nach wie vor das Ziel der Tschechen trotz deutscher Regierungsbeteiligung. Und diesem Ziele diene die berühmte und berüchtigte Verwaltungsreform von Ende 1927, die wohl als eine der wichtigsten Schläge gegen das Sudetendeutschtum bezeichnet werden muß. Die Selbstverwaltung der deutschen Gebiete wurde stark eingeschränkt und das Zwangssystem der bürokratisierten statt demokratisierten Staatspolitik und Verwaltung unermeßlich erweitert. Infolge dieser Verwaltungsreform verschwand die alte österreichische Einteilung in Bezirkshauptmannschaften, und die Gaue bekamen durch Neueinteilung in der Mehrzahl tschechische Mehrheiten. In Böhmen behielten von den neuen Gauen nur die Gaue Böhmisches-Leipa und Karlsbad deutsche Mehrheiten. Die sechs mährisch-schlesischen Gaue bekamen durchweg tschechische Mehrheiten. Durch Ausscheiden einiger deutscher Gemeinden erhielt auch Hultschin eine tschechische Mehrheit. Die deutsche Hauptstadt Mährens, Brünn, erhielt durch Eingemeindungen eine tschechische Mehrheit von 72 Prozent. Die bisherige Landeshauptstadt von Schlesien, das zu 70 Prozent deutsche Troppau, wurde der neuen Gaustadt Groß-Ostrau, die nur 27 Prozent Deutsche zählte, unterstellt. Und zu dieser Verwaltungsreform gaben die deutschen Minister ihre Zustimmung. Die deutschen Minister gaben auch ihre Zustimmung zu den Staatshaushalten, die den Tschechen die Mittel in die Hand gaben, die Wälder zu enteignen und ihr Heerwesen zu verbessern - mit dem Hinweise des Abgeordneten Spatschek, daß der Feind aus Deutschland und Ungarn kommen werde -, die Deutschen gaben ihre Zustimmung zu jenem Gesetz, welches den Militäranwärtern ein Drittel der vom Staate zu besetzenden Dienststellen vorbehielt und so zu einer weiteren Abdrängung der Deutschen vom Arbeitsmarkt sowie zur Durchsetzung deutscher Ämter und Unternehmungen mit tschechischen Angestellten führen mußte. Die Deutschen mußten sich mit der Regierungsverordnung vom 4. Februar 1929 zufrieden geben, welche den Sprachgebrauch in den Landes- und Bezirksvertretungen regelte.

400

Schwäche der Deutschen in der Regierung 401

Es war gewissermaßen ein Nachtrag zum Sprachengesetz, aber wieder zum Schaden der Deutschen. Die Beratungen sollten stets in der Staatssprache stattfinden, bei 20

Prozent Minderheit wurde den Angehörigen dieser Minderheit gestattet, sich ihrer Sprache zu bedienen und darin abzustimmen. Kundmachungen sowie Aufschriften an Landes- und Bezirksstraßen mußten ebenso behandelt werden, jedoch überall mußte der Staatssprache die erste Stelle eingeräumt werden. –

Die Erwartungen, welche die Deutschen auf ihre Minister gesetzt hatten, wurden nicht erfüllt, ja, als im Spätsommer 1928 die Möglichkeit einer Teilnahme der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie an der Regierung auftauchte, da war die Gefahr einer weiteren Zurückdrängung des an sich schon sehr geringen Einflusses der Deutschen noch viel größer.

Die Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der deutschen Regierungsparteien veranlaßte die Deutsch-demokratische Freiheitspartei, die deutsche Gewerbetypartei und die Gruppe, die sich um den früher deutschnationalen Abgeordneten Dr. Rosche gebildet hatte, bereits Anfang August 1928 nach langen Verhandlungen sich zu einer Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen, die sich zwar unter Zurückstellung der nationalen Erfordernisse zur positiven Mitarbeit im Staate bekannte, aber die bisherige deutsche Regierungspolitik mißbilligte.

Die deutschen Regierungsparteien waren allmählich selbst über ihren Mißerfolg enttäuscht. Als im Februar 1929 Svehla zurücktrat und der Verteidigungsminister Udrzal ihm folgte, gaben die sudetendeutschen Regierungsparteien am 21. Februar zu Udrzal Regierungserklärung eine Zusatzerklärung ab, worin sie sagten, das Bestreben nach allseitiger nationaler Befriedigung habe leider noch nicht die erhofften Fortschritte gezeitigt, noch nicht sei die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Rasse, Sprache und Religion erreicht; diese Rechte seien durch Friedensvertrag und Verfassung garantiert, und die deutschen Regierungsparteien erwarten, daß das Werk der nationalen Befriedigung nunmehr raschere Fortschritte mache. Die Hoffnungen Spinas und Mayer-Hartings, die sie noch ein Jahr zuvor hatten, waren auf ein Mindestmaß zusammengeschmolzen.

401

Deutsche unter Fremdherrschaft 402

Dies mag auch der Grund gewesen sein, weshalb sich innerhalb der deutschen Regierungsparteien tiefe Meinungsverschiedenheiten entwickelten, die schließlich zu einer Opposition der Christlich-Sozialen führten. –

Der Bund der Landwirte trennte sich nun von seinen bisherigen Bundesgenossen und ging zu den Wahlen Anfang November 1929 mit der deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft eine Wahlgemeinschaft ein. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 4. November 1929 brachten dem Bund der Landwirte einen Verlust von 25 Prozent, der Nationalpartei einen solchen von 30 Prozent. Die Nationalsozialisten gewannen ein Mandat, die Christlich-Sozialen 2 und die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 4 Sitze. Auch die Sozialdemokraten, die bisher Opposition gewesen waren, hatten eine Zunahme von vier Sitzen zu verzeichnen.

Tafel zur Übersicht über die deutschen Parteien

im	Abgeordnetenhaus			Senat		
	1920	1925	1929	1920	1925	1929
Gesamtzahl	293	300	300	146	150	150
Deutsche Sozialdemokr.	29	17	21	16	9	11
Bund der Landwirte	13	16	12	7	8	8
Christlich-Soziale	9	13	11	4	7	6

Gewerbepartei	1	3	3	-	2	2
Demokrat. Freiheitsp.	2	-	-	2	-	-
Nationalpartei	10	10	7	7	5	-
Nationalsozialisten	5	7	8	2	3	4
Wilde	1	-	-	-	-	-
Arb.- u. Wirtschaftsgem.	-	-	4	-	-	1

Die Novemberwahlen hatten einen starken Ruck nach links gebracht, die bisherigen Regierungsparteien waren in die Minderheit gekommen (hatten ja doch die Deutschen Landwirte z. B. 4, die Christlich-Sozialen 2 Sitze verloren). Am 7. Dezember 1929 bildet Udrzal die neue Regierung, in der neben drei tschechischen Sozialdemokraten der deutsche Sozialdemokrat Czech als Minister für soziale Fürsorge vertreten war.
402

Schulterror 403

Der Landbündler Spina wurde vom Ministerium für öffentliche Arbeiten verdrängt und mußte sich jetzt mit der Volksgesundheit begnügen. Die Christlich-Sozialen hatten keinen Vertrauensmann mehr im Kabinett. Diese neue Regierung bestätigte den vollkommenen Zusammenbruch der „aktivistischen“ Politik. Es ließ sich kaum deutlicher erweisen, daß die Deutschen in der Regierung nur der Spielball, das willenlose Werkzeug der Tschechen waren, ohne Meinung, ohne Willen, ohne Recht. Doch die verblendeten Landbündler änderten nicht den Kurs: am 1. März 1930 schlossen sie sich sogar mit der Tschechischen Republikanischen Partei zu einem Agrarblock zusammen.

Durch derartig verfahrenere Zustände wurde natürlich das Sudetendeutschtum in seiner Gesamtheit ganz besonders bedroht. Wo war denn der Wall, den die Deutschen den Tschechen entgegensetzen konnten, wenn sie parteipolitisch so zerrüttet waren? Wo war die innere Kraft und Stärke zu suchen, die so nötig war in dem erbitterten Kampfe um die Selbstbehauptung? Und die triumphierenden Tschechen sparten nun vor allem nicht mit einer Politik der Nadelstiche und der Demütigungen! So bekam die deutsche Technische Hochschule in Brünn Anfang Februar 1930 von der mährisch-schlesischen Landesverwaltung einen Erlaß, worin unter Berufung auf das tschechische Sprachengesetz erklärt wurde, der bisherige Zustand des rein deutschen Sprachgebrauches an dieser Hochschule sei unzulässig. Darum wurde die Leitung der Hochschule aufgefordert, binnen drei Wochen sämtliche Siegel und Stempel zweisprachig herzustellen, die bisher im Gebrauch befindlichen zu vernichten und zum Beweis der Durchführung nach drei Wochen Abdrücke der neuen Stempel der Landesverwaltung vorzulegen.

Zur gleichen Zeit wurde auch den deutschen Gymnasien und Mittelschulen befohlen, im Verkehr mit allen Ämtern und Behörden nur die tschechische Sprache zu benutzen. Der Abbau der deutschen Volksschulen ging ungehindert weiter.

403

Deutsche unter Fremdherrschaft 404

Im Frühjahr 1930 hatten im Hultschiner Ländchen über tausend deutsche Kinder keine deutsche Schule mehr!

Angesichts dieser großen Not war es für die deutschen Verbände sehr schwer, den Deutschen hinreichenden Schutz zu gewähren. Da waren der Deutsche Kulturverband mit 2300 Ortsgruppen, der Bund der Deutschen in Böhmen mit etwa 1400 Ortsgruppen

und 150 000 Mitgliedern, der Deutsche Böhmerwaldbund mit 300 Ortsgruppen, der Bund der Deutschen Schlesiens mit 130 Ortsgruppen und der Bund der Deutschen Nordmährens mit 62 000 Mitgliedern tätig, den deutschen Grund und Boden zu erhalten, das deutsche Gewerbe an der Sprachgrenze zu stützen, Jugendfürsorge und Waisenpflege zu treiben, deutsche Unternehmungen aller Art zu fördern. Sie hatten Hilfsvereine ins Leben gerufen, in denen alle Deutschen, die noch einen Erwerb hatten, regelmäßige Beiträge opferten, um damit diejenigen Deutschen, die von den Tschechen aus Amt und Brot verdrängt waren, zu unterstützen. Aber all dies konnte nur ganz im Verborgenen geschehen, denn die Deutschen und ihre Selbstschutzeinrichtungen waren verfemt, geächtet, trotz der gleisnerischen Versöhnungsreden tschechischer Minister, trotz der Beteiligung deutscher Minister in der Regierung!

Von den deutschen Parteien waren noch die Nationalsozialisten und die Nationalpartei die einzigen, die unverrückbar am sudetendeutschen Ziel der Selbstbestimmung festhielten. Auf ihrem Parteitag in Prag am 21. September 1930 beschloß die Nationalpartei einstimmig, an der radikalen Haltung festzuhalten, denn es habe sich gezeigt, daß die Regierungsbeteiligung deutscher Parteien keine Erleichterung gebracht habe.

Gleichkam als Antwort auf diesen Beschluß hetzte die tschechische Presse den Pöbel zu einem Kultursturm gegen die Deutschen. In Böhmen bestanden eine Anzahl deutscher Lichtspieltheater, in Prag allein gab es deren 38, in denen stumme deutsche Filme regelmäßig vorgeführt wurden. Daneben hatten sich in Pilsen, Königgrätz, Mährisch-Ostrau und anderen Städten verschiedene deutsche Lichtspieltheater aufgetan, welche deutsche Tonfilme vorführten. In Prag pflegte das Uraniatheater den deutschen Tonfilm. Gegen dieses hetzte die Tschechenpresse den Pöbel.

404

Angriffe auf deutsche Kulturstätten 405

Vom 22.-25. September kam es zu großen Demonstrationen, in denen das Uraniatheater sowie andere deutsche Lichtspielhäuser gestürmt und teilweise verwüstet wurden. Der Prager Oberbürgermeister Dr. Baxa stimmte in den allgemeinen Haßgesang ein, indem er vom Innenminister ein allgemeines Verbot deutscher Tonfilmaufführungen in Prag forderte, da durch diese die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört würden! Die Angelegenheit war so bedenklich, daß sogar der deutsche Außenminister Curtius durch den Gesandten in Prag Einspruch erhob, worauf Benesch beschwichtigend erklärte, es handle sich keineswegs um einen allgemeinen Kulturboykott gegen die Deutschen!

Und all dies geschah, während der deutsche Landbündler Spina und der deutsche Sozialdemokrat Czech teilhatten an der Regierung! Ja, die deutschen Sozialdemokraten scheuten sich nicht einmal, ihren Standpunkt mitzuteilen: daß nur durch Unterstützung der tschechischen Sozialdemokraten die Deutschen die kulturelle Autonomie erreichen könnten! Sie wollten nicht erkennen, daß in Dingen, welche das nationale Leben betrafen, die tschechischen Sozialdemokraten stets Gegner der Deutschen bleiben würden. Die absolute Ohnmacht des deutschen Landbündlers Spina in der Regierung konnte nicht deutlicher zutage treten. Den letzten Rest Sympathie verloren die Landbündler jetzt bei der deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, die ja mit dem Landbund eine Wahlgemeinschaft eingegangen war. Ende November 1930 trennte sich die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft vom Bund der Landwirte und schied somit aus der Regierungsmehrheit aus. Anfang März 1931 stellte der deutsche Nationalsozialist Krebs im Abgeordnetenhaus fest, daß sich in der Bedrückung der Deutschen in den letzten zwölf Jahren in der Tschechoslowakei nichts geändert habe, obwohl auch deutsche Parteien an der Regierung beteiligt seien. Das Zwischenspiel der Zollunion Deutschlands und Österreichs verschlimmerte die Lage der Sudetendeutschen. Die Politik der Nadelstiche wurde von seiten der

Tschechen mit vermehrter Heftigkeit fortgesetzt, und Mitte Oktober 1931 führte der Innenminister einen Schlag gegen die Nationalsozialisten und die Deutsche Nationalpartei, indem er alle Staatsanwälte anwies, den deutschen Zeitungen in der Tschechoslowakei den Gebrauch des Wortes „sudetendeutsch“ nicht mehr zu gestatten.
405

Deutsche unter Fremdherrschaft 406

Zeitungen, die dennoch dieses Wort benutzten, sollten sofort beschlagnahmt werden. Wer das Wort „sudetendeutsch“ verwende, sei ein Hochverräter gegen den Staat! So tief war die innere Zerrüttung und Zersetzung des Deutschtums in der Tschechoslowakei vorgeschritten, daß man es jetzt wagen konnte, den Sudetendeutschen ihren Sammelnamen, den Begriff ihrer Schicksalsgemeinschaft zu nehmen, ihn als Hochverrat strafbar zu erklären.

Doch ein neues, sudetendeutsches Geschlecht wuchs bereits heran, das nicht gewillt war, die Knechtschaft zu tragen, die sich auf der Zerrüttung und Zersetzung der Väter gründete. Die sudetendeutsche Jugend, ihr akademischer Kern, die Studenten, begann, sich um die nationalsozialistische Freiheitsbewegung zu scharen und auf sie die Hoffnungen ihrer Zukunft zu setzen. Besonders auf den jungen Deutschen lastete eine ungeheure drückende Arbeitslosigkeit mit aller seelischen und wirtschaftlichen Depression. Hiergegen bäumten sich die Jungen auf, sie wollten sich nicht zertreten lassen, sie forderten ihr Recht, und wenn sie es erkämpfen mußten. Neues deutsches Selbstbewußtsein und neuer deutscher Volksglaube erhoben sich so auf dem starken Fundament des Nationalsozialismus. Der Geist der Hitlerbewegung hatte, nachdem Ende 1930 die grauenhafte Katastrophe der deutschen Regierungspolitik allgemein offenbar geworden war, immer weitere Kreise der deutschen Bevölkerung, vor allem der Jugend und der Studenten, ergriffen. Die Tschechen witterten hier neue Gefahr und suchten sie durch eine neue großzügige und umfangreiche Deutschenverfolgung zu bannen. So war das Verbot des sudetendeutschen Namens nicht nur der Schlußstrich unter die Abrechnung mit der zermürbten älteren Generation, sondern zugleich der Beginn des Kampfes gegen die heranwachsende junge Generation.

Tschechische Spitzel verbreiteten sensationelle Unwahrheiten über die deutscher Jugendbünde, und die tschechische Presse eröffnete einen Hetzfeldzug ohnegleichen.
406

Brünner Volkssportprozeß 407

In den letzten Wochen des Jahres 1931 überfielen schwerbewaffnete tschechische Gendarmen die Wohnungen von Amtswaltern des Bundes der Deutschen in Böhmen, verhafteten diese und warfen sie in die Kerker auf unbegründete Verdächtigungen und Gründe hin, und richteten seit Beginn des Jahres 1932 ihren Angriff vor allem gegen die den Nationalsozialisten nahestehenden Jugend- und Sportverbände, die im Deutschen Volkssportverband zusammengefaßt waren. Monatelang dauerten die Haussuchungen, die tagelangen Verhöre. Der unpolitische Bund der „Adler und Falken“, der nationalsozialistische Jugendverband, der „Jungsturm“ und andere Verbände wurden aufgelöst und verboten. Dann ging man dazu über, auch bei rein gewerkschaftlichen deutschen Organisationen, wie bei dem Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband, Haussuchungen abzuhalten. Und schließlich richtete man den Angriff gegen die mächtigste Organisation sudetendeutscher Volkserneuerung, gegen den „Deutschen Turnverband“, der 120 000 Mitglieder zählte. Bis zum Frühjahr 1932 hatte man 263 junge Sudetendeutsche, weil sie sich „zu Anschlägen auf die Republik vereinigt“ hätten, in die Kerker geworfen. Der tschechische Pöbel beteiligte sich auf seine Art an diesen Regierungshandlungen: in einer ganzen Anzahl von Städten mit deutscher Minderheit stürmten tschechische Nationalisten deutsche Geschäfte, die in ihren Firmenschildern oder in ihren

Auslagen noch deutsche Aufschriften und Bezeichnungen führten. Deutsche Turner, die das Turnerkreuz trugen, wurden auf offener Straße von tschechischer Übermacht angefallen und gezwungen, das Abzeichen abzulegen. In der zu 92 Prozent deutschen Stadt Bodenbach an der Elbe zwangen Anfang Mai 1932 vier tschechische Burschen in roher Weise einen jungen Deutschen, das Turnabzeichen abzulegen. Polizeibeamte, die Deutsche mit dem Abzeichen trafen, verhafteten diese und schleppten sie auf die Wache, wo sie schikaniert wurden.

Der Deutsche war vogelfrei. Die Zeitungen der Tschechen überboten sich in den wüstesten und gemeinsten Beschimpfungen gegen alles, was deutsch war. Es gab keine Behörde, kein Gericht, das den Deutschen schützte.

407

Deutsche unter Fremdherrschaft 408

Er war preisgegeben der rohen und brutalen tschechischen Vernichtungswut. Staatsapparat und Wirtschaftsleben wurden „gesäubert“ von den Deutschen, viele tausende unglücklicher, unschuldiger Menschen wurden von ihren Arbeitsplätzen in die Not hinausgejagt. Die Deutschen Spina und Czech saßen in der Regierung und taten nichts gegen diese Deutschenverfolgungen!

Am 4. Juni 1932 begann in Prag der „Hochverrats“prozeß gegen sieben von den 250 verhafteten Nationalsozialisten vom Volkssportverband. Der Prozeß wurde im August in Brünn vor einem aus lauter Tschechen bestehenden Gerichtshof fortgeführt. Die unglaublichsten Dinge wurden den jungen Deutschen zur Last gelegt: sie strebten nach dem „Dritten Reich“! Sie hätten deutsche Studentenlieder gesungen, in denen die Worte vom deutschen Vaterland vorgekommen wären! Das Ende dieses Satyrspiels war, daß sieben unschuldige junge Deutsche für ein bis drei Jahre ins Gefängnis geschickt wurden, weil sie das Schutzgesetz verletzt hätten, indem sie nämlich, wie es in der Begründung des Urteils hieß, sich seit den Jahren 1930, 1931 und 1932 in einigen Orten der tschechischen Republik zu Anschlägen auf diese vereinigt hätten und zu demselben Zwecke in unmittelbare oder mittelbare Verbindung mit fremden Faktoren getreten seien und zu demselben Zwecke bewaffnete Kräfte gesammelt, organisiert und ausgebildet hätten.

Noch standen die Sudetendeutschen ganz im Banne dieses ungeheuerlichen politischen Machtspruchs, den tschechische Richter am 24. September 1932 in Brünn gefällt hatten und bei dem nicht Tatsachen und Vergehen, sondern Willkür und Vermutung als hinreichende Indizien zur Anwendung des Gesetzes betrachtet wurden, weil nicht Gerechtigkeit, sondern Haß den Gang des Prozesses bestimmte, als am 17. Oktober in Brünn ein neuer „Hochverratsprozeß“ gegen 13 sudetendeutsche Jungen begonnen wurde. Sie hatten das Verbrechen begangen, dem Jungsturm anzugehören und diese reichsdeutsche Jugendbewegung nach der Tschechei zu verpflanzen beabsichtigt zu haben. Die Sechzehnjährigen, voller phantastischer und romantischer Pläne, hatten in Brünn eine Ortsgruppe des Jungsturms gegründet, hatten Ausflüge und Geländeübungen veranstaltet, Zeichnungen und Photographien aus dem Grenzlande angefertigt, von denjenigen Stellen, wo die Stoßtrupps aus dem Auslande in die Tschechoslowakei eindringen konnten!

408

Brünner Volkssportprozeß 409

Das genügte dem Staatsanwalt, um in seiner Anklageschrift zu behaupten, „daß durch die Errichtung der Jungsturmorganisation in der tschechoslowakischen Republik eine geheime Organisation geschaffen wurde, deren Zweck es war, die verfassungsmäßige Einheit der tschechoslowakischen Republik zu untergraben und zu gegebener Zeit mit Gewalt vom tschechoslowakischen Staatsgebiet Teile loszureißen, die in deutschnationalen Kreisen als von Deutschen bewohnte und als sogenannte „geraubte Gebiete“ angesehen werden, und sie einem fremden Staate, nämlich

„Großdeutschland“, einzuverleiben.“ - So lächerlich an sich auch diese Beschuldigungen gegen unreife Kinder waren, so erschütternd wirkte es für die Sudetendeutschen, daß eine Regierung, in welcher die Deutschen Spina und Czech mitwirkten, den Staatsanwalt gewähren ließ!

Es war eine schwere Prüfung für die Sudetendeutschen: um ihres Volksbekenntnisses willen als Hochverräter verfolgt zu werden, verraten und verlasen von den eigenen Volksgenossen in der Regierung!

Und dennoch! Der deutsche Lebenswille in der Tschechoslowakei wurde durch ein neues Martyrium gestählt für eine weitere Zukunft. Der Kreis der Deutschen, die noch um Freiheit und Selbstbestimmung kämpften, war zwar sehr klein geworden durch das Versagen der alten Generation, aber mit dem Heranwachsen einer neuen Jugend begann er sich wieder zu weiten. Die Sudetendeutschen hatten die dunkelsten Jahre ihrer Demütigung von 1926 bis 1931, ihren Tiefstand überwunden, ein neues Zeitalter des Kampfes um Recht und Freiheit und Einigkeit zog herauf.

Mitte Januar 1933 erklärte der nationalsozialistische Abgeordnete Krebs im Prager Parlament, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erstrebe ausschließlich die Autonomie der Sudetendeutschen mit gesetzlichen Mitteln, sie stehe auf dem Boden des Staates, in dessen Rahmen sie um die Selbstverwaltung des deutschen Volkes kämpfe.

409

Deutsche unter Fremdherrschaft 410

Das Bekenntnis zur Legalität, das ausdrücklich gegen die falschen Behauptungen der Gerichte abgegeben war, machte auf die Tschechen nicht den geringsten Eindruck, und sie begannen, ihren rücksichtslosen Kampf gegen das Deutschtum nun gänzlich auf die „gefährliche“ DNSAP. zu konzentrieren. Vollends die Machtergreifung durch Adolf Hitler in Deutschland gab diesem Kampfe der Tschechen neue Wucht. Die Behörden begannen jetzt nicht nur, auf die Inhaber nationalsozialistischer Mitgliedsbücher Jagd zu machen, sondern bestrafte sogar diejenigen, die den „Illustrierten Beobachter“ lasen. Da der Staatsanwalt im Volkssportprozeß festgestellt hatte, ohne positive Beweise zu haben, daß vier deutsche nationalsozialistische Abgeordnete hochverräterische Umtriebe angezettelt hätten, wurden sie Anfang Februar im Abgeordnetenhaus der Immunität für verlustig erklärt, vier Wochen später verhaftet und eingekerkert. Ende März wurden zwei weitere deutsche Abgeordnete, die der Deutschen Nationalpartei angehörten, eingekerkert, weil sie in Deutschland „hetzerische Reden gegen die Tschechoslowakei“ gehalten hätten! Die deutschen Minister in der Regierung ließen dies ruhig geschehen.

Ein zunehmender Terror gegen die Nationalsozialisten setzte im Frühjahr ein. Das böse Beispiel Österreichs fand an den Tschechen gelehrige Schüler. Mitte April wurde das Jugendheim Wennersdorf bei Gablonz durchsucht, worauf 25 junge deutsche Nationalsozialisten dem Kreisgericht in Reichenberg eingeliefert wurden. Zugleich veranstaltete man im Parteibüro der deutschen Nationalsozialisten in Falkenau eine Haussuchung und verhaftete den Bezirksleiter Julius Wirth. Bereits Mitte Mai 1933 plante die Prager Regierung die Auflösung der Nationalsozialistischen Partei und der Nationalpartei. Den Beamten wurde die Zugehörigkeit zu beiden Parteien verboten. Mitte Juni wurden 98 reichsdeutsche Zeitungen und Zeitschriften, auch unpolitische, verboten. In Mährisch-Ostrau wurden sämtliche nationalsozialistischen Führer aus den Betten heraus verhaftet und in den Kerker geworfen. Die Kreisgerichte in Pilsen und Eger verurteilten neben zahlreichen Sudetendeutschen auch zwölf Reichsdeutsche zu Gefängnisstrafen, weil sie an politischen Veranstaltungen in Deutschland teilgenommen hätten!

410

Terror gegen DNSAP. und deren Auflösung 411

Denn auf Grund des tschechischen Republikerschutzgesetzes wurde die deutsche DNSAP. als eine geheime Organisation bezeichnet, deren Zweck es sei, „die Selbständigkeit, die verfassungsmäßige Einheitlichkeit oder die demokratisch-republikanische Form des Staates zu untergraben“. Nationalsozialisten waren also Verschwörer, Hochverräter, Geächtete! Anfang Juli war es soweit, daß tschechische Soldaten planmäßig auf deutsche Nationalsozialisten Jagd machten und - wie in Trautenau - auf offener Straße jeden niederknüppelten, der das Parteiabzeichen trug!

Den Höhepunkt erreichte der Tschechenterror seit Anfang Oktober. Die Revision im Brüner Volkssportprozeß vom September 1932 bestätigte und verschärfte das Urteil der ersten Instanz. Die tschechischen Richter stellten wider alle tatsächliche Wahrheit fest, daß die DNSAP. in der Tschechoslowakei das Ziel gewaltsamer Losreißung eines Teiles des Staatsgebietes und dessen Einverleibung in das Deutsche Reich verfolge. Die Nationalsozialisten erkannten, daß das Verbot ihrer Partei bevorstand, und suchten ihm zuvorzukommen, indem sie die Selbstaflösung der Partei einleiteten. Jedoch schon am 4. Oktober 1933 befahl die Regierung die Auflösung der Partei, da sie durch den Grundsatz der Gewalt die republikanisch-demokratische Staatsform, die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedrohe. So unwahr all dies war - die Tschechen aber begannen unverzüglich mit Massenverhaftungen, Haussuchungen und Vermögensbeschlagnahmen. Überall wurden Abgeordnete und Privatleute in die Kerker geworfen, weil sie der DNSAP. angehört hatten, der man ja nachsagte, daß sie die gewaltsame Lostrennung Sudetendeutschlands von der Tschechoslowakei betreibe.

In schrankenloser Brutalität tobte sich jetzt der tschechische Terror gegen die Deutschen und ihre Vereine aus. Alle sozialen und charitativen Verbände der Deutschen wurden aufgelöst, rund tausend deutsche Turnvereine wurden untersucht, aufgelöst und in gerichtliche Verfahren verstrickt, deutsche Zeitungen wurden verboten, Hochschulvereinigungen wie die „Germania“ in Prag, der Jungvölkische Bund in Bodenbach, die Landsmannschaft „Arminia“ in Aussig wurden verboten und aufgelöst, ihre Führer verhaftet, ihre Vermögen beschlagnahmt, ja die tschechischen Chauvinisten forderten sogar das Verbot der 650 sudetendeutschen Apotheken!

411

Deutsche unter Fremdherrschaft 412

So befand sich, als in Deutschland die Kraft des Volkes sich aufs neue unter der Führung Adolf Hitlers sammelte, das Sudetendeutschtum im Kampfe um seine Existenz. Aber es ist ein Gesetz deutscher Geschichte, daß im Fegefeuer deutsche Kraft sich stählt. Von allen Völkern Europas ist wohl das deutsche Volk das einzige, das stets und immerdar seine Aufgabe darin erblickt, sein Schicksal zu meistern. Und so werden, das ist unsere Zuversicht, auch für die sudetendeutschen Volksgenossen dermaleinst die schwarzen Wolken der Gegenwart einer hellen Morgenröte zu Zukunft weichen. -

Dies wären die einzelnen Etappen des sudetendeutschen Schicksals: Frühjahr 1918 bis Frühjahr 1920 Kampf um das Recht der Selbstbestimmung. Frühjahr 1920 bis Herbst 1923 gemeinsame parlamentarische Arbeit aller nichtmarxistischen deutschen Parteien, Herbst 1923 bis Herbst 1926 Gegensatz zwischen den Negativisten und den Aktivisten, zwischen denen, welche Selbstbestimmung fordern, und denen, die, auf dem Boden der Verfassung stehend, sich nur mit der Selbstverwaltung begnügen wollen, seit Herbst 1926 Teilnahme der Aktivisten an der Regierung der Tschechoslowakei, zunehmende Zerrüttung des Sudetendeutschtums infolge der tschechischen Maßnahmen und des Versagens der Deutschen in der Regierung, aber zugleich Siegeszug der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung unter der jungen Generation Sudetendeutschlands, erklärt durch das Martyrium der von den Tschechen um ihrer Vaterlandsliebe willen Verurteilten. Und schließlich, seit 1932 der

heldenhafte Kampf der sudetendeutschen Nationalsozialisten um Volkstum und Vaterland. -
412

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Zertrümmerung des deutschen Volkskörpers

Gleichsam nach den Gesetzen eines antiken Dramas hat sich das Schicksal Europas erfüllt. Die europäische Welt der Nationen, die im Zeitalter der Reformation hervorging aus der christlichen und katholischen Einheit Europas, ging Schritt für Schritt ihrer Auflösung und der Zerstörung jahrhundertealter Völkergesetze entgegen, bis sie 1914 vollends zusammenbrach.

Der Dreißigjährige Krieg zertrümmerte die Weltmacht des Hauses Habsburg und führte die österreichischen Habsburger auf jene gefährliche Bahn, auf der sie in der Folge ihre eigene Herrschaft nur bewahren konnten, indem sie die fremden Völker gegen die deutschen abwog. Das Haus Habsburg, das seinen Grund durch das Zusammenheiraten von Ländern schuf, begann die neue Politik des Gleichgewichts zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, noch verbunden durch die höhere, überragende Einheit des römischen Glaubens, um nach dem Grundsatz *divide et impera* sein Regiment zu behaupten.

Ludwig XIV. und seine tatkräftigen Helfer, Richelieu und Mazarin, führten Frankreich, das sich in Glaubenskriegen zerfleischt hatte, zum Range einer Großmacht empor. Oliver Cromwell und Wilhelm von Oranien machten England zur Großmacht. Das britische Reich konnte sich in seiner Stellung befestigen, indem es den Grundsatz *divide et impera*, den Österreich in der inneren Politik anwandte, auf die äußere Politik übertrug: England ward groß durch die These vom europäischen Gleichgewicht, die es Jahrhunderte hindurch verfocht. Sein Ziel war, alle Völker Europas in gleicher Schwäche zu erhalten, damit sie dem britischen Seereiche nicht gefährlich wurden.

Als vierte Großmacht Europas erhob sich das Rußland Peters des Großen. Der Nordische Krieg war die Feuerprobe, die der Staatengründer aus dem Hause Romanow glänzend bestand. Ohne große Umschweife stampfte er im östlichen Hintergrund Europas aus den slawisch-tatarischen Barbaren ein Reich hervor, das Einlaß begehrte in die Gemeinschaft der europäischen Völker. Der Sinn Rußlands im 18. Jahrhundert war, daß es ein Bollwerk im Osten wurde für das Vordringen der Deutschen.

413

Deutsche unter Fremdherrschaft 414

Es ward der politische Riegel, der sich vor den west-östlichen Kulturform der Deutschen legte, sobald diese mit slawisch-polnischen Gebieten saturiert waren. Die fünfte Großmacht Europas ward Preußen. Die Tätigkeit seiner Herrscher aus dem Hause Hohenzollern bereiteten Friedrich dem Großen den Weg. Dieser König erhob die bisher unscheinbare Kurmark zu einem Staate, der in den Entscheidungen über das Schicksal Europas bestimmend mitsprach. Die Bedeutung Friedrichs des Großen liegt nicht nur darin, daß er sich im Kampfe gegen die älteren Großmächte Österreich, Frankreich und Rußland ebenbürtig behauptete, sondern auch darin, daß er dem Kulturstrom der Deutschen nach Osten eine politische Gestalt gab: er teilte Polen. Durch die von Friedrich dem Großen eingeleitete Teilung Polens wurde das deutsche Preußen seinerseits saturiert, andererseits begann Rußland jetzt aktiv die Rolle als Riegel des Slawentums gegen die Deutschen zu spielen.

„Die Staaten sind das, was die Männer, die sie regieren, aus ihnen machen“, sagte einmal Friedrich der Große. Für die Zeit der Entstehung nationaler Großmächte in

Europa trifft dies zu. In der Zeit von 1618 bis 1790 waren Ferdinand II. aus dem Hause Habsburg, Ludwig XIV. aus dem Hause Bourbon, der „Sonnenkönig“, Wilhelm III. aus dem Hause Oranien, Peter I., der Große, aus dem Hause Romanow, und Friedrich II., der Große, aus dem Hause Hohenzollern die Männer, die ihre Staaten und mit ihnen Europa formten. - Ferdinand II. starb 1637, Ludwig XIV. starb 1715, Wilhelm III. war bereits 1702 gestorben, Peter der Große starb 1725 und Friedrich der Große verschied 1786, und nach dem Tode dieses letzten Großen trat jener Umschwung ein, der zwar das europäische System aufs tiefste erschütterte, aber doch nicht zu sprengen vermochte.

Durch die Französische Revolution ward das Zeitalter der Volksberrschaffen heraufgeführt. Nicht mehr der Wille des Einzelnen bestimmte das Schicksal der Staaten wie bisher, von oben her, sondern der Anstoß kam jetzt von unten, vom Volke her. Das demokratische und nationale Selbstbestimmungsrecht wurde jetzt das Leitmotiv der geschichtlichen Taten.

414

Schlußbetrachtung 415

Frankreich benutzte auch alsbald das Selbstbestimmungsrecht als wirksame Waffe in seinem bereits in der vorhergehenden Epoche unter Ludwig XIV. eingeleiteten Kampfe um die Vorherrschaft in Europa. Aus dem nationalen Selbstbestimmungsrecht heraus rechtfertigte der revolutionäre Kaiser seine Staatengründungen, die nichts anderes bezweckten als die Zersplitterung Europas, um es besser beherrschen zu können. Soweit der Grundsatz völkischer Selbstbestimmung jedoch mit der autoritären Staatsführung sich vereinigen ließ, war er in der Folgezeit im Rahmen des bestehenden europäischen Systems ohne große Schwierigkeiten durchführbar: Cavour schmiedete die Splitter der Apenninenhalbinsel zum italischen Königreich zusammen und schuf so die sechste Großmacht Europas, während Bismarck die Großmacht Preußen zum Deutschen Reich erweiterte.

Sobald aber das neue Prinzip der nationalen Selbstbestimmung nicht in das während dem 17. und 18. Jahrhundert entstandene europäische System eingeordnet werden konnte, traten Spannungen von teilweise immenser Explosivkraft auf, die sich nicht nur auf dem Balkan, in den Baltischen Provinzen und in Irland zeigten, sondern vor allem auch in den zwischen slawischen Gebieten der mitteleuropäischen Kaiserreiche wie auch Rußlands: in den preußischen Weichselprovinzen, im Großherzogtum Warschau, in Galizien, in Tschechisch-Böhmen und Mähren, in Kroatien und Slowenien, wie auch in den südlichsten deutschen Alpenländern: Welschtirol und Südtirol.

Bismarck war ein genialer Mann. Er beherrschte nicht bloß die hohe Staatskunst, die autoritär ist, sondern er spürte auch den Puls des Volkes, der revolutionär ist. Er erkannte, daß zwar der in den vergangenen Jahrhunderten geschaffene staatliche Ausbau Europas fertig war, daß dieser aber nicht immer und überall mit den völkischen Tendenzen übereinstimmte. Und diese gerade begannen zu zerrn und zu spannen, ja im höchsten Grade den ganzen kunstvollen Staatsbau Europas zu erschüttern. Sie abzuwehren war das Ziel seiner doppelten Politik, die das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zum obersten Gesetz autoritärer Staatsführung machte beim Bau und Ausbau des Reiches, das revolutionäre Selbstbestimmungsrecht der Slawen jedoch soviel wie möglich in Bande zu legen suchte.

415

Deutsche unter Fremdherrschaft 416

Bismarck war ein ausdrücklicher Freund des Friedens, damit nicht das mühsam ausgeschwungene Gleichgewicht der europäischen Staaten durch nationale oder soziale Revolutionen gestört oder gar verwirrt wurde. Bismarcks Gegenspieler war

Frankreich, das dieses europäische Gleichgewicht stets zu stören trachtete, um über der allgemeinen Verwirrung die Vorherrschaft Frankreichs in Europa durch das Selbstbestimmungsrecht der kleinen slawischen Völker neu zu begründen. Dieser These gegenüber erblickte Bismarck den Schutz gegen die Zertrümmerung Europas in der festen Zusammenballung der staatspolitisch konservativen Großmächte. Deswegen schuf er die politische Interessengemeinschaft der drei europäischen Kaiserreiche, deswegen brachte er den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag zustande, deswegen begründete er den Dreibund, um die neue Großmacht Italien, die er im allgemeinen als einen unsicheren Kantonisten betrachtete, unschädlich zu machen. Die beiden Klammern Berlin-Petersburg und Berlin-Wien-Rom sollten das mittel- und osteuropäische Staatsgefüge zusammenhalten.

Aber das Werk Bismarcks ging in Rauch und Trümmer auf. Der Kanzler selbst mußte sehen, wie Rußland sich von Deutschland trennte und in das Lager Frankreichs übergang, wie das auf die erstarkende See- und Kolonialmacht Deutschlands neidische England im Begriff war, seinen konservativen Kurs zugunsten des revolutionären Frankreich zu ändern. Mit diesem Erfolge Frankreichs begann der Leidensweg der deutschen Völker. –

Die treibenden Kräfte der Umzingelung der deutschen Kaiserreiche waren Rußland als Bannerträger der allslawischen Idee gegen Österreich, Frankreich als Todfeind des deutschen Kaiserreiches und England als Widersacher der deutschen See- und Kolonialmacht. Der seit 1790 entstandene Gegensatz zwischen den revolutionären und den konservativen Mächten trat zurück hinter der Konkordanz der ehemals gegensätzlichen englischen, französischen und russischen Tendenzen, welche durch die Konzentrierung in der Feindseligkeit gegen das im 19. Jahrhundert entstandene und erstarkte Deutsche Reich herbeigeführt worden war.

416

Schlußbetrachtung 417

Im Jahre 1914 brach der Weltkrieg aus: Rußland und England, diese beiden Gegensätze, kämpften gegen Deutschland und Österreich; das war das Ausschlaggebende. Im Jahre 1915 übte Italien, bewogen durch Englands Vorgehen, Verrat am Dreibunde. Jetzt waren die beiden deutschen Kaiserreiche im Bunde mit Bulgarien und der Türkei gegen die Übermacht Europas und der Welt isoliert. Die Aufgabe, die sie zu erfüllen hatten, überstieg ihre Kräfte.

In der Propaganda der Gegner Deutschlands wurde der Krieg, den sie führten, als ein Krieg des Rechtes bezeichnet, zu dem sie gezwungen seien. Insbesondere sollten durch diesen Krieg die französischen Gedanken von 1789 verwirklicht werden. Sowohl Italien wie England und Amerika bekannten sich zu der Devise des demokratischen und nationalen Selbstbestimmungsrechtes, für das die Millionen der alliierten und assoziierten Mächte die Waffen erheben mußten.

Aber das stimmte nicht. Die Schuld, die man den kaiserlichen Mittelmächten an dem Ursprung des Krieges aufbürden wollte, war in Wirklichkeit gar nicht vorhanden! Es ist aktenmäßig erwiesen, daß weder Deutschland noch Österreich-Ungarn eine Politik betrieben haben, deren Ziel dieser Krieg war. Im Gegenteil! Sie haben ihn verhüten wollen, solange es irgend möglich war. Auch die moralische Unschuld der deutschen Kaiserreiche steht geschichtlich fest. Weder Deutschland noch Österreich-Ungarn haben ihre Minderheiten unwürdig behandelt, sie genossen politische und kulturelle Rechte, die für alle Welt vorbildlich sein konnten! Weder die Polen, noch die Tschechen, noch die Slowenen, noch die Italiener hatten Grund, sich über die deutsche Herrschaft zu beschweren. Und sie taten dies auch nicht, soweit sie verständlich genug die Verbindung ihres nationalen Selbstbestimmungsrechtes mit dem autoritären Staatsbegriff als ein notwendiges Gesetz kulturellpolitischen Zusammenlebens achteten. Soweit sie aber radikalrevolutionär waren und nichts wissen wollten von der Verbindung ihres Volkstums mit dem herrschenden Staatsprinzip und dem höheren Kulturwesen, bäumten sie sich auf dagegen.

Ganz allein vom Ausgang des Krieges hing es ab, ob die legale oder illegale Strömung der „Fremdvölker“ die Führung bekam. Der Krieg gegen das politisch und moralisch unschuldige Deutschland war von seiten der Gegner also kein Krieg des Rechtes, sondern ein Krieg der Macht, ein Krieg mit dem Ziele, das jahrhundertalte Staatsgefüge Europas, das durch die Bildung des Deutschen Reiches ergänzt worden war, zu zerbrechen. Daher war der Ausgang dieses gewaltigen Ringens keineswegs gewiß, er stand auf Messers Schneide.

Die europäische Lage von 1890 bis 1918 neigt zu einem Vergleich mit der europäischen Lage von 1790 bis 1815. Die politische Revolution, die von Frankreich 1790 ihren Ausgang nahm, führte zur Isolierung Frankreichs. Die konservativen Großmächte vereinigten sich zur Niederzwingung Frankreichs. Die weltwirtschaftliche Evolution, die seit dem Ende der 1880er Jahre stark von Deutschland vorwärts getrieben wurde, führte zur Vereinigung Frankreichs mit den liberalen Großmächten England und Italien auf einer schiefen Basis, auf der die Tendenz des Gleichgewichts mit der des Selbstbestimmungsrechts nicht ausbalanciert war. In diesem Bunde spielte das zarische Rußland eine sonderbare Rolle.

Bestimmend aber war es, daß Frankreich jetzt die gleichen Ideen vom demokratischen und nationalen Selbstbestimmungsrecht auf sein Banner schrieb wie 1790-1815, als es in ihrer Durchführung gescheitert war. Allein vom Verhalten Englands und Rußlands hing 1790-1815 wie auch 1890-1918 der Ausgang des Kampfes ab, den die konservativen deutschen Großmächte gegen das revolutionäre Frankreich führten. Sowohl England wie Rußland ist dieser Frontwechsel nicht gut bekommen, beide haben einen teuren Preis dafür zahlen müssen, daß sie sich dem unruhigen Frankreich anschlossen und sich von der natürlichen Linie ihres Aufstiegs entfernten. Es wäre für beide Staaten besser gewesen, wenn sie ihre Aufgabe, England die der Erhaltung des Gleichgewichts und Rußland die des Riegels im europäischen Osten, auf dem Wege des Friedens und des Rechtes statt auf dem des Krieges und der Gewalt erfüllt hätten!

418

Innerhalb der vier Jahre, die zwischen dem Beginn der Schlacht von Verdun und der Rechtsgültigkeit des Versailler Vertrages liegen, also zwischen dem 21. Februar 1916 und dem 10. Januar 1920, ward das schreckensvolle Werk der Zertrümmerung des deutschen Mitteleuropa vollbracht. Es vollzog sich in mehreren Abschnitten. Am Beginn steht die Schlacht von Verdun, die, unbeschadet aller unbeschreiblich heldenhaften Kriegsleistungen der deutschen Soldaten, ein voller strategischer Mißerfolg wurde. Die zweite Etappe begann im November mit der Koinzidenz zweier Ereignisse: der Proklamierung des Königreichs Polen und des Todes von Franz-Joseph, Kaisers von Österreich-Ungarn. Die dritte Stufe wurde durch die Frühjahrsrevolution in Rußland eingeleitet, die im November in völlige Bolschewisierung überging. Die vierte Phase wurde durch die im Januar 1918 einsetzende vollständige innerdeutsche Zerrüttung gekennzeichnet, und das Ende war der Zusammenbruch Österreich-Ungarns, dem der Zusammenbruch des Deutschen Reiches folgte. Diese Entwicklung führte zu den Friedensdiktaten von Versailles und Saint-Germain.

Der Krieg war ein Krieg der Macht und nicht ein Krieg des Rechtes. Er ward begonnen von Frankreich, England und Rußland, um das seit 1620 bis 1790 gewordene, von 1790 bis 1890 konsolidierte System der großen Mächte zu zertrümmern und um Frankreich mit Hilfe des demokratischen und nationalen Selbstbestimmungsprinzips ein neues Übergewicht zu verschaffen. Es endete mit der Katastrophe der drei

Kaiserreiche, deren Block Bismarck als ein Bollwerk des gewordenen rechtmäßigen Zustandes betrachtete, als einen Schutz des Rechtes gegen die Gewalt und die brutale Macht.

Der Frieden, den Frankreich, England, Amerika und Italien machten, war daher nicht ein Frieden des Rechtes, sondern nur ein Frieden der Gewalt. Den Frieden diktierte Frankreich, Clemenceau, und die andern redeten dazwischen, weil sie, als Verbündete Frankreichs, doch auch etwas zu sagen haben wollten. Der Frieden gründete sich auf die politische These Frankreichs vom demokratischen und nationalen Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker. Es war eine politische These, keine moralische, deshalb ward sie wie schon zu den Zeiten Napoleons ein Instrument illegaler Gewalt, nicht der lautereren Rechtschaffenheit.

419

Deutsche unter Fremdherrschaft 420

Von der politischen These Englands, die das europäische Gleichgewicht forderte, war keine Spur mehr vorhanden. Es ward wieder einmal offenbar, daß in Europa Selbstbestimmungsrecht und Gleichgewicht nicht nebeneinander bestehen konnten. Denn das Selbstbestimmungsprinzip wurde einseitig angewandt - gegen die deutsche Rasse. Über die deutsche Rasse war die Acht gesprochen, dagegen wurden den Letten und Esten, den Litauern und Polen, den Slowenen und Tschechen Rechte zuerkannt, die nicht auf der Kultur des 20. Jahrhunderts, sondern auf der Barbarei längst vergangener Zeiten beruhten! Die niederen Kulturen trumpften gegen die höhere auf, wie seinerzeit vom 6.-11. Jahrhundert zur Zeit des gewaltigen Ringens zwischen Deutschen und Slawen.

Unermessliche Abgründe von fernsten Zeiten her wurden wieder aufgerissen. In der Tschechei wurde das Zeitalter des Johann Hus zu neuem Leben gerufen, in Polen ging man weit über das Jahr 1772 zurück, man knüpfte an, worüber bereits ein Jahrtausend hinweggerauscht war. In Italien sogar berief man sich auf Rechte, die man aus dem Imperium der Cäsaren vor fast zweitausend Jahren ableitete!

Eine barbarische Grenze wurde in das deutsche Fleisch geschnitten, eine Grenze, die, Ostpreußen eingerechnet, dreitausendfünfhundert Kilometer lang ist. Ein Strom von Blut zerriß das östliche Europa von Reval bis Triest, ein Wall von tiefem Leid und Millionen zertrümmerter Schicksale deutscher Menschen und Familien zog sich von Memel bis Trient durch deutsches Land. Flammende Fanale des Hasses sind angezündet worden im Memelland und in Danzig, in Oberschlesien und im Sudetenland, in Kärnten und in Südtirol. Sieben Millionen Deutsche sind der Fremdherrschaft ausgeliefert worden. Über sieben Millionen Deutsche ist die Acht gesprochen worden. Sieben Millionen Deutsche sind mit dem Fluche der Verbrecher gezeichnet, weil sie sich zum deutschen Volkstum bekennen! Entehrt, geschmäht und verachtet müssen sich sieben Millionen Deutsche fremder Rechtlosigkeit, fremder Zunge fügen. Sie müssen ihre deutsche Muttersprache verleugnen und in allen Zungen kauderwelschen, litauisch und polnisch, tschechisch und slowenisch und italisch!

420

Schlußbetrachtung 421

Zweihunderttausend Schulkinder deutschen Geblüts wuchsen im Herbst 1932 ohne jeden deutschen Unterricht auf, weil die barbarische Fremdherrschaft die deutsche Seele aus ihnen herausreißen und vernichten wollte. Zwei Millionen sind aus ihrer alten Heimat geflohen im Laufe eines halben Menschenalters, weil sie die Demütigungen nicht ertragen konnten, welche die Stätte ihrer Väter verlassen mußten, weil barbarische Feinde sie vertrieben haben! Und dann schließlich die sechs Millionen in Österreich, die in schmachvoller Sklaverei gehalten werden, denen man die Faust an der Gurgel hält, um sie zu hindern, sich dem Deutschen Reiche einzugliedern! - Das alte Europa ist zertrümmert, nicht durch einen Akt der Gerechtigkeit, weil das

alte Staatensystem nicht mehr den neuen Verhältnissen angepaßt gewesen wäre, sondern durch einen Krieg brutaler Gewalt, den England, Frankreich und Rußland gegen die deutschen Mittelmächte angezettelt hatten. Die Losung vom demokratischen und nationalen Selbstbestimmungsrechte gibt es nur für die Freunde Frankreichs, nicht für die Deutschen! Das ist grauenhafte Gewalttat der neuen Zeit. Man hat von den Gestaden der Ostsee bis in die Gipfel der Alpen die Drachensaat eines neuen Hasses gesenkt und gleichzeitig die neue Einheit des alten Europa in Genf zu begründen versucht. Man hat in Versailles und Saint-Germain Völker in tödlichem Haß auseinandergeschleudert und in Genf dieselben Völker zu gemeinsamer Arbeit zusammengeworfen. Das herrschsüchtige Frankreich hat seine eiserne Faust auf Europa gelegt und will in ihr Feuer und Wasser zu friedlichem Nebeneinander zusammenzwingen, damit es ihm, dem mächtigen Frankreich, gehorche und diene. Zugleich mit den versklavten Gebieten liegt Europa in Ketten, es wartet auf seine Erlösung. Auf den Erzengel des Lichtes, der die Titanen der Finsternis von seinem angemessenen Throne herabstoßen wird. Dreizehn Millionen Deutsche unter der Fremdherrschaft hoffen und harren auf diesen Tag der Erlösung! -